

# **Vereinbarkeit von politischer Karriere und Familie**

**Untersucht anhand einer Umfrage von Mitgliedern des  
Deutschen Bundestages der 16. Legislaturperiode**

**Dissertation**

**zur Erlangung des Grades eines  
Doktors rerum politicarum (Dr. rer.pol.)**

**Am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften  
der Freien Universität Berlin**

**vorgelegt von Sabine Schmidt**

**Berlin, Juli 2014**

**Erstgutachter: Prof. Dr. Nils Diederich**

**Zweitgutachter: Prof. Dr. Dieter Ohr**

**Tag der Disputation: 7. Januar 2015**

## **Vorwort und Danksagung**

Die Idee, mich dieses Themas anzunehmen, kam zustande, nachdem ich bereits neben und nach meinem Studium für Bundestagsabgeordnete gearbeitet hatte. Anfang 2005 trat ich eine Arbeitsstelle bei dem Träger eines Projekts im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) an und ich beschäftigte mich erstmals im Rahmen meines Arbeitsverhältnisses intensiver mit Themen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Anfang 2007 kam meine erste Tochter zur Welt, Ende 2008 meine zweite Tochter. Auf diese Weise konnte ich selber Erfahrungen sammeln, die mit Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun haben. Nach den zwei Jahren meiner Tätigkeit für das BMFSFJ hatte ich wieder in den Bundestag gewechselt. Hier hatte ich eine Teilzeitanstellung gefunden, die es mir auch erlaubte, an meinem Promotionsvorhaben weiterzuarbeiten. Jedoch musste ich feststellen, wie schwierig es war, regelmäßig Zeit zu finden, in der ich mich meiner Dissertation widmen konnte.

Ende 2012 vergrößerte sich unsere Familie noch einmal. Meinem Sohn habe ich in gewisser Weise zu verdanken, dass ich mich während meiner Elternzeit in 2013 darauf konzentriert habe, jedes noch so kleine Zeitfenster zu nutzen, um mein Promotionsvorhaben abzuschließen. Im Juli 2014 war es dann so weit und ich konnte die Dissertation einreichen.

Ich habe bewusst darauf verzichtet, die mit der Bundestagswahl im September 2013 gestartete 18. Legislaturperiode noch heranzuziehen, um die Befunde meiner Erhebungen aus der 16. Wahlperiode nicht nur mit Zahlen aus der 17. Wahlperiode, sondern auch aus der 18. Wahlperiode zu vergleichen. Allerdings greife ich insbesondere im Resümee (Kapitel VIII), die im Verlauf der letzten Jahre erkennbaren Entwicklungen auf und schließe auf Trends, die sich ableiten lassen. Ich bin mir sicher, dass es in Zukunft weitere Arbeiten geben wird, die sich mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und einer Karriere in der Politik und insbesondere der Situation der Bundestagsabgeordneten auseinander setzen werden.

Nun bleibt mir, mich noch sehr herzlich für die Unterstützung zu bedanken, die ich im Laufe der Jahre erhalten habe. Hervorheben möchte ich den Betreuer meiner Dissertation Prof. Dr. Nils Diederich. Nicht nur einmal hat er mich dazu ermuntert nicht aufzugeben und weiterzumachen, wenn ich es infrage stellte, ob ich diese Arbeit jemals werde abschließen können.

Meinem Vater, Joachim Schmidt, möchte ich diese Arbeit widmen. Seit der Geburt meiner ersten Tochter hat er mir immer wieder Freiräume verschafft, die mir das weitere Arbeiten an der Dissertation ermöglicht haben. In all den zurückliegenden Jahren hat sich mein Vater liebevoll um seine Enkelkinder gekümmert und mich auch dabei unterstützt, meinem Beruf nachgehen zu können. Er hat die Entstehung dieser Dissertation immer mit großem Interesse verfolgt, die ich ohne seine Unterstützung nicht hätte realisieren können.

Weiterhin gilt mein besonderer Dank Rike, Tina, Gisa, Steffi, Kai, Mathias, Juri, Patricia und meinem ehemaligen Chef, Dietmar Nietan sowie meinen ehemaligen Kolleginnen Monika und Andrea.

Berlin, Februar 2015

# Inhaltsverzeichnis Dissertationsschrift

	Seiten
<b>I. Einleitung</b>	<b>1</b>
1. Hypothesen	1
2. Theorienhintergrund	1
3. Allgemeine Vorbemerkungen zum Untersuchungsgegenstand	3
4. Die Untersuchung leitende Fragen	15
5. Schwerpunkte der Untersuchung und Untersuchungsmethode	16
5.1. Forschungsdesign	17
5.2. Flankierende Forschungsfragen und Problemstellungen	19
5.3. Forschungsstand	20
<b>II. Familie</b>	<b>22</b>
1. Familie im Wandel der Zeit	22
1.1. Struktureller und historisch bedingter Wandel der Familie	23
1.1.1. Struktureller Wandel im Verlauf der Zeit unter Herausbildung der „Normalfamilie“	26
1.1.2. Struktureller innerfamiliärer Wandel seit den 1960er Jahren	26
1.2. Moderne Familienstrukturen	29
2. Sozio-gesellschaftlicher Wandel der Familienformen	33
2.1. Der Individualisierungsprozess und seine Folgen	33
2.2. Wandel der Familienformen und demographische Entwicklung	35
<b>III. Frauen im Fokus</b>	<b>40</b>
1. Frauenpolitik und Frauenbewegung	41
1.1. Die „erste Frauenbewegung“	41
1.2. Die „zweite Frauenbewegung“	43
1.3. Die „dritte Frauenbewegung“	44
2. Berufliche Segregationsphänomene auf dem Arbeitsmarkt	46
3. Frauenerwerbstätigkeit im Zeitverlauf	48
3.1. Frauenerwerbstätigkeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert	49
3.2. Frauenerwerbstätigkeit in den Nachkriegsjahren	50
3.3. Frauenerwerbstätigkeit in den 70er-, 80er- und 90er-Jahre	52
3.4. Frauenerwerbstätigkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts	55
4. Frauenquote für Deutschland und Europa	56

<b>IV.</b>	<b>Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit von Mann und Frau</b>	<b>58</b>
1.	Berufliche Erwerbsarbeit und Aspekte zur Familiengründung	58
2.	Reproduktives Verhalten, reproduktive Entscheidungen	59
3.	Lebensökonomie: Beweggründe für und gegen Familie	60
3.1.	Ökonomische Beweggründe	60
3.2.	Andere Beweggründe	62
4.	Allgemeine Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Erwerbstätigkeit	65
5.	Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich	68
5.1.	Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung bei Frauen und Männern	69
5.2.	Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern	77
6.	Initiativen aus der Familienpolitik	77
7.	Ausblick	81
<b>V.</b>	<b>Karriere in der Politik</b>	<b>83</b>
1.	Begriffliche Einordnung von „Karriere“ und „Elite“	83
2.	„Karriere“ und deren soziale Vorbedingungen	84
2.1.	Soziale Herkunft der „Elite“	84
2.1.1.	Soziale Ungleichheit	85
2.1.2.	Bourdieu's Modell des sozialen Raums	87
2.2.	Erfolgschancen und soziale Vorbedingungen	88
3.	Führungspositionen	90
3.1.	Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung	91
3.2.	Führungspositionen in der Politik	92
3.3.	Frauen und Männer in Führungspositionen	94
4.	Aufstieg in politische Führungspositionen	97
4.1.	Zugehörigkeit zur „Politischen Klasse“	98
4.2.	„Politische Elite“ und Einordnung des Berufspolitikers	101
4.3.	„Parteikarrieren“	103
4.4.	Männliche und weibliche Karrierepfade in politische Ämter	106
4.4.1.	Aufstiegsmerkmale	107
4.4.2.	Quotenregelungen der Parteien	109
4.4.3.	Prädispositionen – Einfluss „weiblicher Eigenschaften“	111
5.	Ämter auf Kommunal- und Landesebene und deren Besetzung	113

<b>6.</b>	<b>Das Bundestagsmandat</b>	<b>115</b>
6.1.	Vorbildfunktion von Bundestagsabgeordneten?	115
6.2.	Betrachtung der Zahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten	117
<b>7.</b>	<b>Das Amt des/der Bundesministers/in</b>	<b>120</b>
7.1.	Bildungsstand der Bundesminister/innen	122
7.2.	Bildungsstand der Bundesminister/innen im Vergleich zu den Bundestagsabgeordneten	126
7.3.	Bildungsstand der Bundesminister/innen und Bundestagsabgeordneten und Zahl ihrer Kinder	128
7.4.	Betrachtung aller Bundesministerinnen und Zahl ihrer Kinder	131
<b>8.</b>	<b>Ämter der Landesregierungen: Minister/innen und Ministerpräsidenten/innen</b>	<b>133</b>
8.1.	Ministerinnen auf Landesebene	135
8.2.	Vergleich zur Besetzung der Ministerposten auf Bundesebene im Zeitverlauf	136
8.3.	Ministerpräsidentinnen	139
8.4.	Heide Simonis, erste Ministerpräsidentin Deutschlands	140
<b>9.</b>	<b>Frauen in den höchsten Ämtern auf Bundesebene</b>	<b>143</b>
9.1.	Bundestagspräsidentinnen Annemarie Renger und Rita Süßmuth	144
9.2.	Angela Merkel, erste Bundeskanzlerin Deutschlands	147
<b>10.</b>	<b>Frauen im Regierungsamt im internationalen Vergleich</b>	<b>149</b>

## **VI. Auswertung der Ergebnisse**

	<b>der Befragung der Bundestagsabgeordneten</b>	<b>155</b>
<b>1.</b>	<b>Auswertung der Vorfragen</b>	<b>155</b>
1.1.	Beteiligung von Frauen und Männern	155
1.2.	Alter der Teilnehmenden an der Befragung	155
1.3.	Angaben zu Ausbildung und Beruf	156
1.3.1.	Ausbildung/erlernte Berufe der Abgeordneten	156
1.3.2.	Vor dem Mandat ausgeübte Tätigkeit	158
1.4.	Personenstand	159
1.5.	Kinderzahl	161
1.5.1.	Allgemeine Ergebnisse	161
1.5.2.	Vergleich von Männern und Frauen	165
1.5.3.	Kinderlose	171
1.5.4.	Unterteilung der Kinder in Altersgruppen	171
1.5.5.	Alter der Abgeordneten und Zahl der Kinder	173

1.5.6	Geburten während des Mandats	175
1.6.	Berufstätigkeit des Partners/der Partnerin	176
1.7.	Zugehörigkeitsdauer/Anzahl der Legislaturperioden im Deutschen Bundestag	180
<u>2.</u>	<u>Fragen an Abgeordnete mit Kindern</u>	<u>182</u>
2.1.	Eingangsfragen	182
2.1.1.	Frage nach der Einstellung zum „Kinder haben“	182
2.1.2.	Frage nach dem Wunsch, weitere Kinder zu haben	180
2.1.3.	Fragen nach den mit dem Kinderwunsch verbundenen Überlegungen	184
2.2.	Geburt von Kindern und Einfluss auf die politische Karriere	186
2.2.1	Einschätzung der Abgeordneten zum Einfluss der Geburt ihres/r Kindes/r auf die politische Karriere	186
2.2.2	Erläuterungen zu den Veränderungen	187
2.3.	Vereinbarkeit von Karriere und kleinen Kindern (rückblickend) beurteilt	191
2.3.1	Einschätzungen zur Vereinbarkeit mit kleinen Kindern	191
2.3.2	Einschätzungen zum Verlauf der Karriere ohne Kinder	195
2.4.	Fragen zur Betreuungssituation	198
2.4.1	Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut	198
2.4.2	Frage nach Häufigkeit der Fremdbetreuung	200
2.4.3	Frage nach der Anzahl der Wochenstunden, in denen eine Arbeitskraft zur Betreuung der Kinder beschäftigt wird	201
2.5.	Zeit, die neben der Tätigkeit als Abgeordnete(r) für Kinder bleibt	202
2.5.1.	Zeit für Kinder in Wahlkreis- und Sitzungswochen	203
2.5.2.	Frage nach dem Erleben von Alltagssituationen in der Familie	207
<u>3.</u>	<u>Fragen an kinderlose Abgeordnete</u>	<u>211</u>
3.1.	Frage nach aktuell bestehendem Kinderwunsch	211
3.2.	Frage nach früher bestehendem Kinderwunsch und nach Gründen für die Kinderlosigkeit	212
3.2.1.	Gründe für nicht realisierten Kinderwunsch	212
3.2.2.	Weitere Gründe für nicht realisierten Kinderwunsch	213
3.2.3.	Gründe für nicht vorhandenen Kinderwunsch	214
<u>4.</u>	<u>Allgemeine Fragen</u>	<u>216</u>
4.1.	Frage nach mandatsbezogenem Arbeitsumfang	216
4.2.	Frage nach der Zeit, die bei der Familie verbracht wird	217
4.3.	Vergleich mit einer anderen beruflichen Situation	219
4.3.1.	Antworten	219
4.3.2.	Begründungen	220
4.3.3.	Bewertung der Antworten	223

4.4.	Abgeordnete als Vorbilder?	225
4.4.1.	Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben	225
4.4.2.	Vorbildfunktion in Bezug auf die Zahl der Kinder	225
4.5.	Politisches Engagement der Partner von Abgeordneten	227
4.6.	Verzicht auf Karriere zugunsten der Familie?	228
4.7.	Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen	229
4.7.1.	Antworten	229
4.7.2.	Begründungen	230
4.7.2.1.	Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere	231
4.7.2.2.	Argumente, warum es Frauen nicht schwerer haben	236
4.7.3.	Versuch einer Einteilung und Bewertung der genannten Argumente	237
4.7.4.	Argumente mit explizitem Bezug zum Abgeordnetenmandat	239

## **VII. Familienleben von Politikern/innen (Bezugnahme auf eigene Erhebungen) 242**

<u>1.</u>	<u>Familienleben der (Spitzen-)Politiker/innen</u>	<u>242</u>
1.1.	Herausforderungen für Familien und Paarbeziehungen	243
1.2.	Familie und Partnerschaft als Rückzugsort	247
1.3.	Aufgabenverteilung, Vater- und Mutterrolle	249
1.4.	Anderweitige Betreuungsmodelle und Hilfe im Haushalt	259
1.5.	„Kind mit dabei“ / Frage des Lebensmittelpunktes	265
<u>2.</u>	<u>Karriereaussichten nach der Geburt eines Kindes</u>	<u>268</u>
<u>3.</u>	<u>Spitzenpolitikerinnen und die Medien</u>	<u>272</u>
<u>4.</u>	<u>Öffentliche Wahrnehmung des Familienlebens von Politikern/innen</u>	<u>274</u>
<u>5.</u>	<u>Umgang mit Ressentiments und eigenen Gewissenskonflikten</u>	<u>281</u>

## **VIII. Resümee 284**

<u>1.</u>	<u>Schlussfolgerungen</u>	<u>284</u>
<u>2.</u>	<u>Abschließende Bewertung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Allgemeinen</u>	<u>288</u>
<u>3.</u>	<u>Abschließende Bewertung der Vereinbarkeit von Familie und politischen Karrieren</u>	<u>299</u>



## Inhaltsverzeichnis Anhang

	Seiten:
<u>Literaturverzeichnis</u>	<u>1 - 7</u>
<u>Artikel aus Zeitschriften und Internet (Auswahl)</u>	<u>8</u>
<u>Nachweis über verwendete Grafiken</u>	<u>9 - 10</u>
<u>Fragebogen</u>	<u>11 - 13</u>
<u>Interviews (Übersicht und Erläuterungen)</u>	<u>16 - 76</u>
Interviewpartner (A bis J)	16 - 76
Interviewpartnerinnen (K bis Z)	77 - 189
Interview mit Heide Simonis	190 - 199

# **I. Einleitung**

## **1. Hypothesen**

In Politik und anderen gesellschaftlichen Institutionen werden große Anstrengungen unternommen, einen Mentalitätswechsel in Deutschland hin zu mehr Familienfreundlichkeit herbeizuführen und bessere Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen. Die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie gilt als einer der zentralen Gründe dafür, dass in Deutschland wenige Kinder geboren werden. Auch deshalb ist die Familienförderung zu einem zentralen Thema in der politischen Debatte aufgestiegen. Aber auch mit finanziellen Maßnahmen, wie dem 2007 eingeführten Elterngeld, kann der Staat nur Anreize schaffen. Diese Anstrengungen haben letztlich nur bedingten Erfolg, wenn es um die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas geht. Ein Mentalitätswechsel hat bisher nicht stattgefunden – auch nicht unter den Politikern/innen, denen das politische Geschäft ein hohes Maß an Zeit und Flexibilität abverlangt und in dem auf die familiäre Situation von Politikern/innen keine Rücksicht genommen wird. Hieraus lässt sich ableiten, dass eine politische Karriere mit dem Familienleben – insbesondere wenn kleine Kinder vorhanden sind – nicht oder nur unter stark erschwerten Bedingungen zu vereinbaren ist.

## **2. Theorienhintergrund**

In dieser Arbeit wird versucht einzuordnen, dass Frauen heutzutage nicht mehr nur „Außen-seiter- und Statistenrollen<sup>1</sup>“ auf der politischen Bühne spielen, obgleich Frauen in höheren politischen Positionen noch immer unterrepräsentiert sind. Für die Politik gilt, wie auch für die freie Wirtschaft, dass gerade Führungspositionen ein hohes Engagement und Flexibilität erfordern sowie einen hohen zeitlichen Aufwand mit sich bringen. Ein Aufstieg in höhere Positionen bedeutet in der Regel auch einen höheren Arbeitsaufwand.

Über Jahrzehnte hinweg gab es nur wenige Frauen an der Spitze der Politik und noch weniger von ihnen hatten Kinder. Im Deutschen Bundestag ist die Zahl der kinderlosen Frauen auffallend hoch<sup>2</sup>. Von daher drängt sich die Frage auf, ob eine politische Karriere oftmals

---

<sup>1</sup> Beate Hoecker: „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987, S. 12.

<sup>2</sup> Kürschner/Siri zufolge hat jede weibliche Bundestagsabgeordnete im Durchschnitt 1,22 Kinder. Unter den 413 Abgeordneten der 17. Wahlperiode mit Kindern (Zahlen aus 2011) sind 288 Väter und 125 Mütter. Quelle: „Politik mit Kind und Kegel - Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011. Zum Vergleich: In der 16. Wahlperiode (Zahlen aus 2008) hatten die weiblichen Abgeordneten im Durchschnitt nur 1,17 Kinder, die Männer hingegen 1,74 Kinder. Vgl. hierzu unter V.6.2. „Betrachtung der Zahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten“ – eigene Auswertung auf Grundlage der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch – Deutscher Bundestag“.

einen Verzicht auf Kinder bedeutet oder Frauen, die Kinder haben oder sich Kinder wünschen, der Berufspolitik fernbleiben. Nicht ein generelles Desinteresse an einem politischen Aufstieg, sondern die vorherrschenden Karrieremuster erschweren eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen, da die vorherrschenden Muster der Personalauslese vorrangig auf männliche Biografien zugeschnitten seien<sup>3</sup>. Diese von Beate Hoecker entwickelte These beruht unter anderem auf der Annahme, Männer würden deutlich häufiger als Frauen politiknahe Berufe ausüben und einflussreiche Positionen innehaben – sei es in Verbänden oder Institutionen oder sei es ein öffentliches Amt – und Männer würden im Gegensatz zu Frauen „abkömmlich“ sein und häufiger über die für politische Aktivitäten notwendige Zeit verfügen<sup>4</sup>. Hier nimmt Hoecker Bezug auf Dietrich Herzog, der als Voraussetzung für den politischen Aufstieg eine intensive, kontinuierliche und langfristige Mitarbeit nennt und diejenigen für „politisch privilegiert“ hält, die ein hohes Maß an beruflicher Abkömmlichkeit mitbringen<sup>5</sup>.

Herzog zufolge würden vor allem höhere Berufspositionen insbesondere aufgrund des höheren Maßes an Selbstbestimmung größere Freiräume bieten, aber auch eine größere Politiknähe<sup>6</sup>. Hoecker macht insbesondere das traditionelle Rollenverständnis dafür verantwortlich, dass viele Frauen vornehmlich auf die Familie orientiert und fokussiert seien und die Berufstätigkeit eine nachgeordnete Rolle spiele. Diese familiäre Orientierung und Isolation von der Berufswelt gelte im politischen Rekrutierungsprozess als inkompatibel mit einer politischen Karriere<sup>7</sup>. Frauen fehle infolge ihrer vorrangigen Verantwortlichkeit für Haushalt und Kindererziehung die für ein (zunächst ehrenamtliches) politisches Engagement notwendige Zeit<sup>8</sup>.

Zwar gehen immer mehr Frauen mit Familie einer Berufstätigkeit nach. Damit konkurrieren hinsichtlich der verfügbaren Zeit jedoch nicht nur die familiären Verpflichtungen mit dem politischen Engagement, sondern auch der Beruf, den es ja ebenfalls mit der Familie und der politischen Betätigung zu vereinbaren gilt. Auch Elke Schnitger erkennt ein Problem erfolgreicher Frauen darin, dass trotz einer beruflichen Beanspruchung von Frauen Haushalt und Kinder in ihrem Zuständigkeitsbereich verblieben<sup>9</sup>. Nicht zuletzt aus diesem Grund hält Schnitger die Bedingungen der politischen Arbeit für Frauen für unbefriedigend und kraftraubend. Eine politische Karriere hält sie für Frauen als wenig attraktiv<sup>10</sup>.

---

<sup>3</sup> Beate Hoecker: „Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik“, Leske und Budrich, Opladen 1995, S. 159.

<sup>4</sup> ebenda sowie Hoecker: „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske + Budrich, Opladen 1987, S. 107.

<sup>5</sup> Dietrich Herzog: „Politische Karrieren – Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen“, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, Gütersloh 1975, S. 223, f.

<sup>6</sup> ebenda.

<sup>7</sup> Beate Hoecker: „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987, S. 24.

<sup>8</sup> ebenda.

<sup>9</sup> Elke Schnitger: „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis – Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990, S. 175.

<sup>10</sup> ebenda, S. 163/164.

Hinzu kommt, dass noch lange das Bild der berufstätigen Frau vorherrschte, die ihre Kinder und Haushalt vernachlässigt<sup>11</sup>. Vor allem im alten Bundesgebiet wurde immer wieder – wenngleich auf unterschwellige Art und Weise – die Vermutung geäußert, berufstätige Mütter seien „Rabenmütter“<sup>12</sup>. Nach Schnitger hat die Frau die Wahl zwischen der „beschützten Rolle als nette, angepasste Frau und der ‚Aussteigerinnenrolle‘ als Karrierefrau, die der derzeitigen Rolle des Mannes entspringt und für die Frau gesellschaftliche Ablehnung beinhaltet, und zwar mit jeder Stufe der Karriereleiter mehr“<sup>13</sup>. Da Männer in der Regel auch bei Karrierefrauen – zu denen Politikerinnen zählen – keine oder nur wenig familiäre Verantwortlichkeiten übernehmen, würden sich Familie und Karriere nur vereinbaren lassen, wenn Frauen bei beiden Zugeständnisse machen<sup>14</sup>. Inwieweit diese Thesen nach wie vor Bestand haben oder nicht, soll diese Arbeit untersuchen.

### **3. Allgemeine Vorbemerkungen zum Untersuchungsgegenstand**

Die Erkenntnis, dass die Entscheidung für ein Kind oftmals nicht leicht fällt, ist keine neue. Schließlich bewegt sich die Geburtenrate in Deutschland mittlerweile seit Jahrzehnten auf einem niedrigen Niveau<sup>15</sup> und politische Lenkungsmaßnahmen haben hieran bislang nichts zu ändern vermocht. Vielmehr hat eine Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung<sup>16</sup> zu Tage befördert, dass Kinder nicht mehr für alle Deutschen einen zentralen Lebensbereich darstellen. Es seien häufig der Job und Karriere oder die Freizeitgestaltung, die vielen jungen Menschen in Deutschland wichtiger sind als das Leben mit Kindern.

Die Entscheidung für mehr als ein Kind fällt ebenfalls aus vielfältigen Gründen schwer. Es scheint, dass das Kinderkriegen immer mehr zu einer „Kopfscheidung“ geworden ist und Elternverantwortung zu übernehmen als Risiko empfunden wird. Die meisten jungen Menschen möchten zunächst ihre Berufsausbildung abschließen und im Beruf Fuß fassen, bevor sie das Wagnis Kind eingehen. In etlichen Fällen mag es die Sorge um den Arbeitsplatz und um ein gesichertes Einkommen sein, die eine Entscheidung für Kinder erschwert. Viele junge

---

<sup>11</sup> Elke Schnitger: „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis – Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990, S. 176.

<sup>12</sup> Regine Hildebrandt: „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – meine Erfahrungen“ in „Frauen – Karriere – Familie“ von Bernd Fahrholz (Hrsg.) Universum Verlagsanstalt, Wiesbaden 2001, S. 75/83.

<sup>13</sup> Elke Schnitger: „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis – Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990, S. 176/177.

<sup>14</sup> ebenda, S. 177.

<sup>15</sup> „Deutschland – und speziell das frühere Bundesgebiet – ist weltweit das einzige Land, in dem das niedrige Geburtenniveau um circa 1,4 Kinder je Frau bereits seit fast 40 Jahren zu beobachten ist.“ Quelle: Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 40.

<sup>16</sup> Martin Bujard, Jürgen Dorbritz, Evelyn Grünheid, Stephan Kühntopf, Detlef Lück, Robert Naderi, Jasmin Passet, Kerstin Ruckdeschel: „(Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland“, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Dez. 2012.

Menschen wollen wohl auch ihre Freiheit genießen, Hobbies nachgehen oder Reisen unternehmen können, ohne durch Kinder gebunden zu sein. Mit den Jahren steigt jedoch das Risiko, dass der „passende“ Partner fehlt, mit dem Frauen (noch) ein Kind bekommen möchten bzw. können. Wird die Familiengründung immer weiter nach hinten verlagert, sind es gerade jene Frauen, die sich bereits in ihren Berufen etablieren konnten, die sich mit dem Problem konfrontiert sehen, in ihrem Beruf weiter Karriere zu machen oder die erreichte Position halten zu können und zugleich den eigenen Ansprüchen auf Familienleben gerecht zu werden.

Die genannte Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung kommt zu dem Schluss, dass Kinder nicht mehr so viel bedeuten, wie einst. Die soziale Absicherung, die die deutsche Gesellschaft in den 70er und 80er Jahren errungen hat und wie sie bis heute erhalten geblieben ist, schafft demnach nicht jene Sicherheit, die junge Menschen brauchen, um sich für Kinder und eine Familie zu entscheiden. Die meisten Frauen und Männer wollen und können schon aus finanziellen Gründen heute nicht mehr in einer in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts noch vorherrschenden Vater-Mutter-Kind-Familie leben, für deren Unterhalt der Vater mit seiner Berufstätigkeit aufkommt, während die Mutter sich daheim um die Kinder und den Haushalt kümmert. Die heutige Patchwork-Familie kam zu dieser Zeit kaum vor, genauso wie offen gelebte gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. Mit gestiegenen Herausforderungen der Arbeitswelt<sup>17</sup> sehen sich heute sowohl Männer als auch Frauen konfrontiert. Mit Gewissensbissen haben nicht nur Mütter, sondern auch Väter zu kämpfen, die nach der Familiengründung ihre Karriere weiterverfolgen und von daher wenig Zeit für ihre Familie haben. In der Regel verfolgen Elternpaare und Alleinerziehende jedoch nicht primär das Ziel, beruflich aufzusteigen, sondern sie bemühen sich, den Lebensunterhalt der Familie zu bestreiten. Viele Väter und Mütter sind durch ihre Jobs sowie An- und Abfahrten zeitlich stark beansprucht und schon von daher nicht in der Lage, mehr Zeit mit ihrem Nachwuchs zu verbringen.

Die alltägliche Arbeitswelt und ihre Herausforderungen für Familien werden in dieser Arbeit jedoch nur am Rande thematisiert, da sie sich auf Karriereverläufe in der Politik, insbesondere jene der Bundestagsabgeordneten, konzentrieren will. Gleichwohl wird konstatiert, dass die Familiengründung allgemein erschwert wird, wenn es an beruflichen Perspektiven und Arbeitsplatzsicherheit fehlt und gleichzeitig eine qualifizierte Kinderbetreuung nicht im ausreichenden Maße vorhanden ist. In diesem Zusammenhang wird zu fragen sein, ob der von

---

<sup>17</sup> Zu diesen Herausforderungen zählen gestiegene Anforderungen im Bereich der Ausbildung und Arbeitserfahrung – beispielsweise eine gewisse Anzahl an Praktika oder Auslandsaufenthalte absolviert zu haben oder ein allgemein stärkerer Leistungsdruck – sowie die hohe Anzahl unsicherer Beschäftigungsverhältnisse.

Rüdiger Peuckert beschriebene „Konkurrenzvorteil“<sup>18</sup> noch immer so groß ist, dass anderherum die mit der Familiengründung verbundenen Verantwortlichkeiten junge Menschen vom Kinderkriegen abhalten. Diese Aspekte stehen ganz allgemein mit der Familienplanung im Zusammenhang und beschäftigen junge Menschen quer durch die Gesellschaft. Es darf aber davon ausgegangen werden, dass Fragen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerade jene junge Frauen und Männer besonders stark beschäftigen, die eine gute Ausbildung haben, denen ihre berufliche Tätigkeit wichtig ist und die darüber hinaus eine Karriere in ihrem Beruf anstreben – genauso wie jene, die in der Politik verantwortungsvolle und zeitintensive Funktionen bekleiden bzw. in solche aufsteigen wollen.

Aspiranten auf eine Karriere in der Politik gibt es sowohl unter Männern wie Frauen. Auch wenn Männer als machtbewusster und stärker karriereorientiert gelten, sind sie nicht immer erfolgreicher bei ihren Bewerbungen um parteipolitische Ämter und der Aufstieg in höhere Positionen gelingt ihnen nicht unbedingt schneller als den weiblichen Parteikolleginnen<sup>19</sup>. Nachdem Deutschland bereits seit 2005 von einer Bundeskanzlerin regiert wird, erscheint fraglich, ob die Politik noch als „der Machtbereich der Männer“<sup>20</sup> bezeichnet werden kann. Scheinbar gewandelt haben sich die Zeiten, in denen eine „geschlechtsspezifische Selektivität der Rekrutierungsprozesse“<sup>21</sup> dazu führte, dass Frauen seltener in höhere politische Ämter und fast gar nicht in politische Spitzenämter aufstiegen.

Frauen gehören heute zum öffentlichen Bild der Politik. So wie eine Ärztin, Juristin, Architektin oder Sozialwissenschaftlerin fast genauso häufig vorzufinden ist wie ihr männliches Pendant, so sind Frauen auch in politischen Ämtern immer häufiger anzutreffen. Allerdings gibt es Unterschiede in der Besetzung von Mandaten in der Kommunalpolitik, in den Landtagen und dem Bundestag sowie in deren Spitzenämtern. Unterschiedlich ist die Situation auch zwischen den einzelnen Bundesländern oder wenn man ländlich geprägte Regionen und Großstädte vergleicht. Dennoch ist klar, dass Frauen heute nicht mehr aus der Politik wegzudenken sind. Die Politik ist schon länger keine ausschließliche Männerdomäne mehr. Jedoch bestehen noch immer Ungleichgewichte zwischen Frauen und Männern<sup>22</sup>, die in dieser Arbeit näher untersucht werden sollen. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammen-

---

<sup>18</sup> „Die herrschenden gesellschaftlichen Normen und Strukturen nehmen in der Regel keine Rücksicht darauf, ob Menschen Elternverantwortung tragen oder nicht. Elternschaft gilt als Privatsache, wobei die Privatisierung der Elternverantwortung den Kinderlosen beträchtliche Konkurrenzvorteile bringt.“ aus Rüdiger Peuckert: „Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage 2004, S. 399.

<sup>19</sup> Hierauf wird näher unter V. 4.4. „Männliche und weibliche Karrierepfade in politische Ämter“ eingegangen.

<sup>20</sup> Elke Schnitger: „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis- Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990, S. 164.

<sup>21</sup> Beate Hoecker: „Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik“, Leske und Budrich, Opladen 1995, S. 158 ff.

<sup>22</sup> Bei der Rekrutierung politischen Personals und insbesondere bei Aufstiegschancen in Spitzenpositionen.

hang, welche Rolle das Vorhandensein von Kindern bzw. das Vorhandensein eines Kinderwunsches spielt.

Die Beschäftigungsquote von Frauen hat auf die gesamte Bundesrepublik bezogen in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen<sup>23</sup>. Nach wie vor werden bestimmte Berufsgruppen von Frauen oder Männern dominiert. Hieran hat sich auch seit dem Anstieg der Beschäftigungsquote von Frauen nichts verändert. So sind Frauen viel häufiger als Männer in Dienstleistungs- und Bürojobs anzutreffen, insbesondere im Verkauf und im Gastgewerbe. Im Handwerk und in der Industrie hingegen ging der Anteil von Frauen innerhalb der letzten zwei Jahrzehnte sogar zurück von 11 Prozent auf 9 Prozent in Handwerksberufen und von 18 Prozent auf 15 Prozent in der Industrie<sup>24</sup>. Mit der Wahl frauen- und männertypischer Berufe sind Unterschiede bei den Karriereverläufen, aber auch hinsichtlich des Verdienstes zu erklären. Der Verdienst von Frauen liegt noch heute um durchschnittlich 23 Prozent niedriger als der Verdienst von Männern. Einen entscheidenden Einfluss auf den so genannten Gender Pay Gap haben auch die unterschiedlichen Erwerbsbiografien von Männern und Frauen<sup>25</sup>. Vor allem aus familiären Gründen treten bei Frauen häufig Lücken oder Brüche auf. Der Anteil der Mütter mit Kindern unter 18 Jahren an den Erwerbstätigen beträgt 59 Prozent im Vergleich zu 83 Prozent bei den Vätern mit Kindern unter 18 Jahren<sup>26</sup>. Bei den berufstätigen Müttern ist Teilzeitarbeit die Regel, während sie bei den Vätern die Ausnahme darstellt<sup>27</sup>.

Berufliche Abstriche machen ganz überwiegend die Mütter. Mit der Geburt eines Kindes ist die Karriere vieler Frauen beendet. Nicht selten sind es die eigenen Chefs, die einer Mutter die frühe berufliche Rückkehr nicht zutrauen: „Wenn ihr Kind sie mit großen Augen anschaut, werden Sie das ganz anders sehen und gar nicht wieder arbeiten wollen“, wurde einer jungen werdenden Mutter im Gespräch mit ihrem Vorgesetzten gesagt, als diese anbot, nach dem gesetzlichen Mutterschutz<sup>28</sup> in Teilzeit an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, da sich auch der Vater um das Kind kümmern wolle<sup>29</sup>. Zu berücksichtigen ist, dass eine reguläre Teilzeitarbeit für manche Eltern keine Option darstellt, wie beispielsweise für Angestellte in kleinen Betrieben, für Selbstständige oder auch für Mandatsträger, wie Bundestagsabgeord-

---

<sup>23</sup> „2001 gingen 62 % Frauen einer Arbeit nach, 2011 waren es bereits 71 %. Bei den Männern stieg die Erwerbstätigenquote im gleichen Zeitraum nur halb so stark von 76 % auf 81 %“. Quelle: Statistisches Bundesamt, Frauen und Männer auf dem Arbeitsmarkt – Deutschland und Europa, Wiesbaden 2012, S. 6 (Autoren: Johanna Mischke, Christian Wingerter).

<sup>24</sup> Statistisches Bundesamt: „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“, Wiesbaden, September 2010, S. 12 f.

<sup>25</sup> Nähere Ausführungen hierzu folgen unter anderem unter IV. 5.2. „Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern“.

<sup>26</sup> Statistisches Bundesamt: „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“, Wiesbaden, September 2010, S. 10.

<sup>27</sup> ebenda.

<sup>28</sup> Gesetzlicher Mutterschutz gilt nach dem Mutterschutzgesetz (MuSchG) in der Regel sechs Wochen vor der Entbindung sowie acht Wochen nach der Entbindung, wobei nach der Entbindung ein sogenanntes Beschäftigungsverbot besteht.

<sup>29</sup> Quelle: Erfahrung der Autorin.

nete<sup>30</sup>. Für einige Mütter und Väter, insbesondere für Alleinerziehende, ist die Erwerbstätigkeit in Vollzeit alternativlos, wenn sie nicht auf Sozialleistungen angewiesen sein wollen. Manche Arbeitgeber haben aber auch Vorbehalte gegenüber Teilzeitarbeit. Darüber hinaus wird offenbar angenommen, dass grundsätzlich die Mütter im Krankheitsfall ihrer Kinder zu Hause bleiben. Eine junge Frau stellt damit nicht nur ein „Risiko“ dar, schwanger zu werden und als Arbeitskraft im Zuge des Mutterschutzes und aufgrund von Elternzeit auszufallen. Auch die Fehlzeiten, die mit Krankheitstagen von kleinen Kindern einhergehen können, werden meist allein mit der Mutter in Verbindung gebracht.

Allgemein betrachtet haben repräsentative Untersuchungen in den vergangenen Jahren immer wieder zutage gefördert, dass einem Großteil der Frauen ihre Berufstätigkeit, ihr berufliches Fortkommen sowie ihre finanzielle Selbstständigkeit sehr wichtig sind. Eltern mit Kindern im Kindergartenalter sprechen sich ganz überwiegend für eine Erwerbstätigkeit von Müttern aus (89 Prozent der Mütter und 85 Prozent der Väter). Bei Schulkindern steigt die Quote weiter an<sup>31</sup>. Trotz der Mehrfachbelastung, die Beruf und Familie zu vereinbaren bedeutet, generiere die Erwerbstätigkeit und der Austausch, den das Berufsleben mit sich bringe – neben der persönlichen wirtschaftlichen Absicherung – Zufriedenheit und ein höheres Selbstwertgefühl, das auch der Beziehung zum Partner zuträglich sei.

Vor allem der Debatte um sinkende Geburtenraten in Deutschland ist es geschuldet, dass die Frage, wie in Deutschland wieder mehr Kinder geboren werden könnten, schon seit Jahren intensiv diskutiert wird. Als „alarmierend“ wird die hohe Kinderlosigkeit bezeichnet und zum „Umdenken“ aufgefordert. Initiativen und von der Europäischen Union sowie aus Bundes- und Landesmitteln geförderte Projekte sollten helfen, das Land kinder- und elternfreundlicher zu machen. Gerade Probleme bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie werden als Hauptursache für die geringe Geburtenzahl in Deutschland herangezogen. Der „Familienatlas“<sup>32</sup>, der von Bundesfamilienministerin Renate Schmidt (SPD) in Auftrag gegeben und im Januar 2005 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, untersuchte erstmals umfassend die Familienfreundlichkeit der deutschen Städte. Renate Schmidts Nachfolgerin im Bundesfamilienministerium, Ursula von der Leyen, griff Initiativen und Ideen ihrer Vorgängerin auf, wie zum Beispiel den Ausbau der Kinderbetreuung der unter Dreijährigen und das Elterngeld. Auch der Familienatlas wurde neu aufgelegt. Die CDU-Politikerin und promovierte Ärztin wurde zu Beginn ihrer Amtszeit zum Teil zu „der“ Vorzeigemutter stilisiert, die trotz ihrer sie-

---

<sup>30</sup> Für Bundestagsabgeordnete gilt zwar der Mutterschutz, aber einen Anspruch auf Elternzeit haben Abgeordnete als gewählte Volksvertreter, die nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, nicht.

<sup>31</sup> Monitor Familienforschung: „Das Wohlbefinden von Eltern – Auszüge aus dem Ravensburger Elternsurvey“ Ausgabe 22, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Juni 2010, S. 16.

<sup>32</sup> Im Familienatlas werden alle 439 Kreise und kreisfreien Städte Deutschlands nach den Kriterien Arbeitsmarkt, Bevölkerungsentwicklung, Bildung sowie Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Sicherheit und Wohlstand bewertet. Durchgeführt wurde die Studie zur Familienfreundlichkeit deutscher Städte von der Prognos AG.



ben Kinder ihrem Beruf als Ärztin nachgegangen ist und später eine steile Karriere in der Politik gemacht hat. Auch die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, die im Januar 2011 ihr erstes Kind zur Welt brachte, und Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, die als erste Bundesministerin während ihrer Amtsausübung, im Juni 2011, ein Kind zur Welt brachte<sup>33</sup>, könnten andere junge berufstätige Paare ermutigen, sich trotz der Doppelbelastung für ein Kind zu entscheiden.

Bei der Entscheidung für ein Kind und den richtigen Zeitpunkt spielt die selbst empfundene Verpflichtung gegenüber dem eigenen Kind eine wichtige Rolle. Eine junge, verheiratete Bundestagsabgeordnete stellt in einem Interview<sup>34</sup> klar, dass Kinder zu ihrer Lebensplanung dazugehören. Genauso wie für ihren Mann. Gleichzeitig schließt sie für sich aus, ein Kind während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete zu bekommen, da sie die Anforderungen, die mit ihrer Arbeit als Abgeordnete verbunden sind, für nicht vereinbar mit der Betreuung eines kleinen Kindes hält. In ihrer Vorstellung von Mutterschaft sollte genügend Zeit vorhanden sein, um eine regelmäßige Anwesenheit beim und Betreuung des eigenen Kindes zu gewährleisten und zumindest in den ersten Lebensmonaten und vielleicht Jahren diejenige Bezugsperson zu sein, die am meisten Zeit mit dem Kind verbringt. Scheinbar sehr viel stärker als die meisten frisch gebackenen Väter sehen sich Mütter ihren Kindern gegenüber verpflichtet und kämpfen mit Gewissensbissen, wenn sie für ihr Kind nicht da sein können und es in die Obhut eines/einer Betreuer/in geben müssen. Die Situation ist immer dann einfacher für die jungen Frauen, wenn auch der Vater oder die Großeltern bereit sind, sich um das Kind zu kümmern. Nun ist es heutzutage aber keine Selbstverständlichkeit mehr, dass die Großeltern die Betreuung der Kinder mit übernehmen können und wollen. Entweder stehen sie selbst noch im Berufsleben oder sie wohnen nicht im gleichen Ort, wie Kinder und Enkelkinder oder haben einfach andere Interessen.

Eine andere Abgeordnete, die in den Bundestag einzog, als ihr Kind ungefähr ein Jahr alt war, berichtet davon, dass es für ihren Mann schwer war, plötzlich die Betreuung des Kindes zu übernehmen, die vor dem Einzug in den Bundestag hauptsächlich von der Mutter geleistet wurde. Durch die Abwesenheit der Mutter während der Sitzungswochen, in denen das Parlament in Berlin zusammentritt, war der Vater plötzlich in der Verantwortung, die Betreuung des Kindes und den Haushalt zu organisieren. Dass ihm diese Rolle nicht gefallen hat, daraus machte die junge Abgeordnete keinen Hehl. Es gehört zu den Ausnahmen, dass die

---

<sup>33</sup> Auf den Entschluss Kristina Schröders, nach der Bundestagswahl 2013 vom Amt der Bundesfamilienministerin zurückzutreten, um sich – neben ihrem Abgeordnetenmandat – zukünftig stärker ihrer Familie widmen zu können, wird näher unter VII. 4. „Öffentliche Wahrnehmung des Familienlebens von Politikern/innen“ eingegangen.

<sup>34</sup> Im Rahmen der empirischen Erhebungen zu dieser Arbeit wurden qualitative Interviews mit 26 zum größten Teil jüngeren, weiblichen und männlichen Bundestagsabgeordneten geführt, vgl. Übersicht „Interviews mit Bundestagsabgeordneten in der 16. Wahlperiode“ im Anhang.

Väter zu Hause bleiben und als „Hausmann“ ihren Frauen den Rücken frei halten, indem sie sich um die Kinder und den Haushalt kümmern<sup>35</sup>. In der Regel arbeiten die Männer erfolgreicher Frauen und sind selbst nicht weniger erfolgreich und zeitlich eingespannt als ihre Frauen<sup>36</sup>. Dies dürfte auch für die meisten Partner/innen von Politikern/innen gelten. Insgesamt ist eine Zunahme von „Doppelkarrierefamilien“ zu verzeichnen, bei denen jedoch meist die Karrieren der Frauen Modifikationen oder Einschränkungen unterworfen sind<sup>37</sup>.

Stärker als noch in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts rekrutiert sich heute der politische Nachwuchs aus dem Kreis derjenigen, die einen Studienabschluss haben oder anstreben und kaum noch aus der Arbeiterschaft<sup>38</sup>, wobei dieses Phänomen parteiübergreifend zu beobachten ist. Das spiegelt sich nicht nur in der Besetzung der Parlamente wider, insbesondere mit Blick auf die jüngere Generation von Abgeordneten. Auch die deutschen Spitzenpolitiker/innen haben ganz überwiegend ein Studium absolviert und zu einem großen Teil auch promoviert<sup>39</sup>. Weibliche Spitzenpolitikerinnen haben in der Regel Partner mit hoch qualifizierten Berufen, wie zum Beispiel Bundeskanzlerin Angela Merkel, die ebenso wie die ehemalige Ministerpräsidentin des Bundeslandes Schleswig-Holstein, Heide Simonis, mit einem Universitätsprofessor verheiratet ist. Die Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen, Christine Lieberknecht, ist Theologin und hat ebenso wie ihr Ehemann als Pfarrerin gearbeitet. Der Ehemann von Bundesfamilienministerin Kristina Schröder ist neben seinem Bundestagsmandat Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesinnenministerium.

Seit den Landtagswahlen in Thüringen und Nordrhein-Westfalen in 2010 standen erstmals zwei Frauen an der Spitze von Landesregierungen. Beide sind Mütter. Christine Lieberknecht hat zwei Kinder und Hannelore Kraft einen Sohn. Schon mit der Wahl Andrea Ypsilantis zur Spitzenkandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin von Hessen war erstmals eine Frau, die ein Kind hat, für ein solches Spitzenamt vorgesehen<sup>40</sup>. Seit August 2011 bekleidet mit der Ministerpräsidentin des Saarlandes, Annegret Kramp-Karrenbauer, eine dreifache Mutter, ein weiteres Ministerpräsidentenamt. Außerdem übernahm Maria Luise Dreyer<sup>41</sup> im Januar 2013 das Ministerpräsidentenamt ihres Amtsvorgängers Kurt Beck in Rheinland-Pfalz, so dass unterdessen von 16 Bundesländern vier von Frauen angeführt werden.

---

<sup>35</sup> Vgl. insbesondere VII. „Familienleben von Politikern/innen (Bezugnahme auf eigene Interviews)“.

<sup>36</sup> Vgl. Ausführungen unter II. 2. „Sozio-gesellschaftlicher Wandel der Familienformen“ und unter IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“.

<sup>37</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage 2004, S. 296/297.

<sup>38</sup> Vgl. Ausführungen unter V. 4. „Aufstieg in politische Führungspositionen“.

<sup>39</sup> Vgl. Ausführungen unter V. 7.1. „Bildungsstand der Bundesminister/innen“.

<sup>40</sup> Nach der Landtagswahl in Hessen vom 27. Januar 2008 scheiterte die von Ypsilanti geplante Bildung einer Minderheitsregierung von SPD und Grünen unter Tolerierung durch die Linken und damit auch ihre Wahl zur Ministerpräsidentin durch den Hessischen Landtag.

<sup>41</sup> Dreyer ist verheiratet mit dem Trier Oberbürgermeister Klaus Jensen. Die Ehe ist kinderlos.

Schon seit Ursula von der Leyen Bundesministerin wurde, ist das Bild einer Mutter (noch nicht erwachsener Kinder) in der Politik keine Besonderheit mehr. Damit kommen auch häufiger Modelle vor, bei denen die Männer ihren erfolgreichen Frauen „den Rücken frei halten“ – ein bisher eigentlich nur in der anderen Konstellation übliche Situation. Die Diplom-Ökonomin und Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, wird von ihrem Ehemann, einem Meister der Elektroinstallation, unterstützt. Beide haben einen mittlerweile volljährigen Sohn. Während Udo Kraft früher ein eigenes Unternehmen besaß und viel unterwegs war, kümmert er sich jetzt nebenberuflich auch um den Haushalt und hat das Kochen erlernt<sup>42</sup>. Auch im Falle der Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, wurde bekannt, dass der Vater ihres Kindes, ein promovierter Kunsthistoriker, hauptsächlich die Betreuung der kleinen Tochter übernahm. Andrea Nahles nahm nach der Geburt für sich und ihre Tochter nur eine Pause von knapp zwei Monaten in Anspruch. Sie wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sie um ihre Position fürchte, wenn sie eine längere Auszeit für sich in Anspruch nähme und sie nicht mit der Solidarität ihrer Parteigenossen rechnen könne. Nahles glaubt, dass Mütter in einer Männerwelt nach wie vor keinen Platz haben<sup>43</sup>.

Dabei sind es wohl auch die Frauen, die sich bei ihren Karriereambitionen selbst im Wege stehen. Wie es eine Abgeordnete wohl treffend formuliert, gibt es einen bedeutenden Unterschied zwischen Männern und Frauen: „Männer trauen sich grundsätzlich alles zu. Frauen fragen sich, geht das auch? Kann ich diesen Schritt gehen? Krieg ich dann noch den Rest meines Lebens in den Griff?“<sup>44</sup> Während Männer ihren Hut gern selbst in den Ring werfen, würden sich Frauen oft in Zurückhaltung üben, wenn es um die Verteilung von Posten geht<sup>45</sup>. Hier ist zu vermuten, dass sich die Politik von der allgemeinen Arbeitswelt kaum unterscheidet. Erschwerend kommt hinzu, dass Frauen es oftmals nicht schaffen, an der beruflichen Position, die sie vor der Geburt eines Kindes bereits innehatten, anzuknüpfen. Gründe hierfür könnten sein, dass jene Jobs, die mit einer Leitungsfunktion verbunden sind, in den meisten Fällen nicht ‚familienkompatibel‘ sind, Frauen nicht ausreichend Unterstützung im privaten Umfeld erfahren und Vorgesetzte und Mitarbeiter häufig nicht davon ausgehen, dass auch junge Mütter ihre beruflichen Ambitionen weiterverfolgen möchten.

Zwar ist zu beobachten, dass sich Männer zunehmend stärker engagieren und der Kinderwagen schiebende Vater auch tagsüber unter der Woche im Straßenbild nicht mehr als ungewöhnliche Erscheinung gelten kann. Jedoch scheint es vielfach nicht infrage zu kommen,

---

<sup>42</sup> [www.rp-online.de/landtagswahl/kandidaten/spd/Mann-Udo-kuemmert-sich-um-den-Haushalt\\_aid\\_843390.html](http://www.rp-online.de/landtagswahl/kandidaten/spd/Mann-Udo-kuemmert-sich-um-den-Haushalt_aid_843390.html), Beitrag vom 14.04.2010.

<sup>43</sup> [www.sueddeutsche.de/politik/spd-karrierekaempfe-andrea-nahles-schwanger-und-angst-um-den-job-1.1024626](http://www.sueddeutsche.de/politik/spd-karrierekaempfe-andrea-nahles-schwanger-und-angst-um-den-job-1.1024626), Beitrag vom 16.11.2010.

<sup>44</sup> Interview mit Interviewpartnerin „W“ (siehe Anhang).

<sup>45</sup> Diese Beobachtung machen einige der befragten Abgeordneten und berichten hiervon sowohl in Beantwortung des Fragebogens, als auch in den Interviews (siehe Anhang).

dass der Partner einer erfolgreichen Frau sich intensiver um den gemeinsamen Nachwuchs kümmert und der Frau damit die unmittelbare Rückkehr in den Job erleichtert, da der junge Vater ebenso erfolgreich und entsprechend stark beruflich eingebunden ist, wie seine Partnerin. In jeglichen Eltern-Konstellationen sind es ganz überwiegend die Frauen, die Elternzeit nehmen und über einen längeren Zeitraum dem Berufsleben fern bleiben. Insofern hat auch die von Rita Süßmuth gestellte Frage, was alle erzielten Durchbrüche in Bildung und Ausbildung der Frauen helfen, „wenn mit der Geburt des ersten Kindes getroffene Lebensplanungen der Frauen revidiert werden müssen, weil die beiden zentralen Lebensbereiche [Familie und Beruf] nicht miteinander vereinbar sind“<sup>46</sup>, nicht an ihrer Aktualität und Dringlichkeit eingebüßt.

Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) hat den sozialen Wandel der Erwerbsbeteiligung westdeutscher Frauen untersucht und festgestellt, dass die Geburt des ersten Kindes für Frauen ein kritisches Ereignis geblieben ist, das von Erwerbsunterbrechungen begleitet wird und sich hier über Jahrzehnte hinweg nur wenig verändert hat<sup>47</sup>. Seit einigen Jahren wird aber auch die Frage nach dem Verlauf männlicher Erwerbsbiografien und Elternschaft vor dem Hintergrund gestiegener Erwartungen an Männer, sich mehr in der Familienarbeit zu engagieren und eine aktive Vaterrolle zu übernehmen, stärker thematisiert. Das Erwerbsverhalten der Väter werde von einer Vielzahl von Faktoren beeinflusst. Einer dieser Faktoren sei die persönliche Einstellung zur Arbeitsteilung in der Familie. Väter mit einer traditionellen Einstellung zur Arbeitsteilung in der Familie hätten demnach eher längere Arbeitszeiten als Väter mit einer egalitären Einstellung<sup>48</sup>. Auch die Zahl der Kinder könnte im Zusammenhang stehen mit einer eher traditionellen Einstellung und Arbeitsteilung innerhalb der Familie, aber auch mit dem Beruf und Einkommensverhältnissen.

Die Auswertungen zu dieser Arbeit zeigen, dass im Bundestag viele männliche Abgeordnete mit überdurchschnittlich vielen Kindern anzutreffen sind. Umgekehrt, bei den Frauen, ist dies nicht der Fall<sup>49</sup>. Auch in anderen Branchen bleiben Frauen, gerade wenn sie höhere Positionen bekleiden, kinderlos. Im Zusammenhang mit der Arbeit hochqualifizierter Frauen in Großkanzleien berichtet eine Rechtsanwältin, während männliche Kanzlei-Partner oftmals eine Familie mit überdurchschnittlich vielen Kindern hätten, werde es Frauen häufig ver-

---

<sup>46</sup> Rita Süßmuth: „Die Frauenfrage – Aufbruch, Rückschläge und Widersprüche“ in „Mut zur Macht in Frauenhand“ (Hrsg. Rita Süßmuth), Verlag Busse Seewald, Herford 2001, S. 27.

<sup>47</sup> Nadiya Kelle: „Grenzen des Wandels – Ein Vergleich über Jahrzehnte zeigt: Immer noch unterbrechen Mütter oft ihre Erwerbstätigkeit“ in WZB-Mitteilungen, Heft 143, März 2014, S. 13ff. (14). Verglichen wurden drei Geburtskohorten der Jahrgänge 1936-45, 1946-55 und 1956-65).

<sup>48</sup> Matthias Pollmann-Schult und Mareike Wagner: „Vaterschaft im Kontext – Wie die Familiengründung die Erwerbstätigkeit von Männern beeinflusst“ in WZB-Mitteilungen, Heft 143, März 2014, S. 19 ff. (20 f.).

<sup>49</sup> Hierauf wird im Einzelnen in Kapitel VI „Auswertung der Ergebnisse der Befragung der Bundestagsabgeordneten“ eingegangen. Vgl. auch Kapitel V. 6.2. „Betrachtung der Zahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten“.

wehrt, Partnerinnen zu werden, wenn sie Kinder haben<sup>50</sup>. In Vorständen und Aufsichtsräten großer Unternehmen sind Frauen ohnehin – gleich ob sie Mütter sind oder nicht – stark unterrepräsentiert. Deutschland leistet sich einen Frauenanteil von vier Prozent in den Vorständen der größten 200 Unternehmen. Im Vergleich zu den Mitgliedsländern der Europäischen Union liegt Deutschland im Mittelfeld, aber weit entfernt von den Spitzenreitern Norwegen, Finnland, Lettland und Schweden<sup>51</sup>.

Es scheint, als ob Frauen noch immer an die „gläserne Decke“ stoßen, sobald es um das Erreichen von Positionen auf den höchsten Ebenen geht. Diese für Frauen zumeist undurchdringbare Barriere scheint nicht auf bestimmte Branchen beschränkt zu sein. Um sie durchdringen zu können, müssten Frauen zweimal so qualifiziert und klug und dreimal so leistungs- und leidensstark sein wie ihre männlichen Kollegen<sup>52</sup>. Dies sei auf diskriminierende Verhaltensmuster und Vorurteile zurückzuführen, gegen die in Deutschland weder auf gesellschaftlicher noch auf rechtlicher Eben vorgegangen würde<sup>53</sup>. Als hierfür verantwortliches Verhaltensmuster in der Berufswelt wird unter anderem angeführt, dass Männer ungern Frauen befördern und zudem besser damit umgehen könnten, wenn ein männlicher Kollege aufsteigt<sup>54</sup>. Frauen müssten die Kraft haben, sich in einer ihnen fremden Welt zu behaupten und sich der „Männerwelt“ der Führungszirkel anpassen. Da ihnen auch das Netzwerken und Kungeln weit weniger liege als ihren männlichen Kollegen, würde Frauen der Aufstieg abermals erschwert<sup>55</sup>. Andererseits würden die zunehmend wichtigen Qualifikationen der Kommunikation, Integrationskraft und Delegationsfähigkeit, den so genannten soft skills, eher von Frauen beherrscht. Darüber hinaus sollen weibliche Führungskräfte ihre männlichen Kollegen aber auch in weiteren Managementfähigkeiten übertreffen<sup>56</sup>.

Auch in der Politik bekleiden Frauen seltener als Männer führende Ämter. International gibt es zwar immer mehr Staatschefinnen. Deutschland wird seit 2005 von einer Bundeskanzlerin regiert, die damit die achte Regierungschefin in der EU ist, seit 1979 Margret Thatcher in Großbritannien zur Ministerpräsidentin gewählt wurde. In weiteren Ländern wie Chile, Brasilien und Norwegen stehen Frauen an der Spitze der Regierungen. Doch es lässt sich nicht

---

<sup>50</sup> Jutta Freifrau von Falkenhausen im Interview: „Billable hours oder work-life-balance. Frauen in Großkanzleien“ in Magazin der Bundesrechtsanwaltskammer 4/2010, S. 4 f.

<sup>51</sup> „Der Frauenanteil in Aufsichtsräten und Vorständen großer deutscher Unternehmen ist 2012 etwas gestiegen, verharrt aber weiterhin auf niedrigem Niveau. Das ist das Ergebnis des Managerinnen-Barometers des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin). Demnach waren die Vorstandsposten der gemessen am Umsatz 200 größten deutschen Unternehmen Ende 2012 zu einem Anteil von vier Prozent mit Frauen besetzt, was einem Anstieg von einem Prozentpunkt gegenüber dem Vorjahr entspricht.“ - Pressemitteilung des DIW Berlin vom 16.01.2013 „Managerinnen-Barometer 2013“.

<sup>52</sup> Jutta Freifrau von Falkenhausen im Interview: „Billable hours oder work-life-balance. Frauen in Großkanzleien“ in Magazin der Bundesrechtsanwaltskammer 4/2010, S. 5.

<sup>53</sup> ebenda.

<sup>54</sup> DER SPIEGEL 39/2008, Titel: „Die Natur der Macht“ von Klawitter, Nils; Lakotta, Beate; Shafy, Samiha; Thimm, Katja.

<sup>55</sup> ebenda.

<sup>56</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage 2004, S. 294/295.

leugnen, dass Geschlechtervorurteile in der Politik und insbesondere Vorbehalte gegenüber Politikerinnen mit Kindern weiterhin stark vertreten sind: „Müsstest du als Mutter nicht so verantwortungsvoll sein, zu Hause zu bleiben, wie eine gescheite Mutter es halt so macht?!<sup>57</sup>“ wurde eine junge Abgeordnete mit kleinem Kind von Bürgern und Bürgerinnen ihres Wahlkreises schon mehrfach gefragt. Eine andere Abgeordnete berichtet von vielerlei Nachfragen innerhalb ihrer Partei, wie sie als Mutter dreier Kinder das Abgeordnetenmandat denn wahrnehmen wolle. Auch eine weitere Frau mit zwei kleinen Kindern wurde in der Nominierungsphase häufig angesprochen: „Sie sind doch Mutter von zwei Kindern, warum wollen ausgerechnet Sie in den Bundestag?“ und „ist ihr Mann damit einverstanden, werden ihre Kinder darunter leiden?“ Die Abgeordnete erläutert, dies seien sehr vordringliche und eindringliche Fragen gewesen, die sie bei jeder Vorstellungsrunde zu beantworten hatte<sup>58</sup>. Sind ihre Kinder schon älter, sind Mütter hingegen weniger in Erklärungszwang. Männer müssen sich derlei Fragen – zudem unabhängig vom Alter ihrer Kinder – nicht gefallen lassen. Die Frau eines Abgeordneten erwartete Zwillinge, als ihr Mann in eine verantwortungsvolle Position im Fraktionsvorstand gewählt wurde. Er sei nicht gefragt worden, ob er trotz der bevorstehenden Geburt der Zwillinge das neue Amt übernehmen wolle. „Nein, ich glaube, da haben alle diese klassischen Denkmuster im Kopf: Eine Frau ist zu Hause und kümmert sich um die Kinder“<sup>59</sup>.

Unter den wenigen Frauen im Verhältnis zu den Männern waren jüngere Abgeordnete im Bundestag – zumal mit Kindern – noch im ausklingenden zwanzigsten Jahrhundert eine Seltenheit. Im Jahre 1970 gab es im Bundestag noch keine einzige Frau im Alter unter 40 Jahren<sup>60</sup>. Seitdem nahm die Anzahl jüngerer Volksvertreter/innen langsam aber kontinuierlich zu, ebenso wie die Zahl weiblicher Abgeordneter, die erstmals bei den Bundestagswahlen 1998 die 30-Prozent-Marke überschritt<sup>61</sup>. Seither ziehen zunehmend junge Frauen ins Parlament ein, die während ihrer Zeit im Bundestag ein Kind zur Welt bringen. Eine junge Abgeordnete meint, eine „Klimaverbesserung“ beobachtet zu haben, die es Politikerinnen heute eher ermöglicht, ein Kind während der Ausübung eines höheren politischen Amtes zu bekommen. „Aber es gibt auch nicht wirklich große Akzeptanz, Hilfestellung oder Erleichterung in so einer speziellen Situation. Es ist schon eine sehr auf die Frau, ihren Partner und ihre Familie zurückgeworfene Entscheidung. Es verändert nicht das politische System mit seinen

---

<sup>57</sup> Interview mit Interviewpartnerin „M“.

<sup>58</sup> Interview mit Interviewpartnerin „V“.

<sup>59</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>60</sup> „Bundestagsabgeordnete und dreifache Mutter“, Artikel im Internet des Deutschen Bundestages: [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30648360\\_familie\\_mandat/index.jsp](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30648360_familie_mandat/index.jsp)

<sup>61</sup> Der Frauenanteil im 2013 neu gewählten Bundestag beträgt 36,3% (17. Wahlperiode 32,8%, 16. Wahlperiode 31,6%, 15. Wahlperiode 32,8%, 14. Wahlperiode 30,9%, 13. Wahlperiode 26%, 12. Wahlperiode 20,5%, 11. Wahlperiode 15,4%, 10. Wahlperiode 9,8%). Quelle: „Kürschners Volkshandbuch – Deutscher Bundestag“. Zu beachten ist, dass die Zahlen innerhalb einer Wahlperiode in Abhängigkeit der Abgänge und Zugänge von Abgeordneten schwanken.

vielen Terminfragen und auch nicht den Druck und die Erwartungen – überhaupt nicht.“<sup>62</sup> Von daher sei es nicht verwunderlich, wenn einige der jungen Frauen dem Druck nicht standhalten (wollen). Dafür seien es auch nicht genügend Frauen<sup>63</sup>. Es sollen aber auch Männer unter den Jungpolitikern/innen sein, die sich an einem Punkt, an dem ihnen die Arbeit in den Parteigremien zu zeitintensiv und aufreibend wird, aus der Politik zurückziehen – oftmals dann, wenn sie bereits Kinder haben.

Immerhin haben Männer und Frauen in höheren Positionen – sei es in der Wirtschaft oder in der Politik – die Möglichkeit, sich mit den entsprechenden finanziellen Mitteln eine Betreuungsstruktur organisieren zu können, auf die Familien mit niedrigem Einkommen keinen Rückgriff haben. „In so weit bin ich privilegiert. Ich habe zwar auch mehr Terminverpflichtungen, aber zumindest materiell habe ich nicht die Sorgen, die viele andere Frauen haben“, sagt eine Abgeordnete<sup>64</sup>. Aber schließlich bleibe für eine junge Mutter die Frage, „ob man mit der Erwartungshaltung an sich selbst klar kommt“, dem Kind und zugleich dem Mandat bzw. Job gerecht zu werden<sup>65</sup>. Der Druck auf eine junge Mutter steige insofern, als dass sie mit der Doppelbelastung zurechtzukommen und dies im Job unter Beweis stellen müsse.kehrte die ehemalige Justizministerin Frankreichs, Rachida Dati, nicht auch deshalb bereits fünf Tage nach der Geburt ihrer Tochter an ihren Arbeitsplatz zurück, um zu beweisen, dass der Regierungschef auf sie zählen könne sowie aus Sorge um den Verlust ihres Amtes? So hat eine junge und erfolgreiche deutsche Politikerin einmal den Rat eines Parteifreundes erhalten, sie solle nicht laut sagen, dass sie sich Kinder wünsche. „Dann bist du weg vom Fenster!“<sup>66</sup>.

Es darf nicht verwundern, wenn die „Allgegenwärtigkeit der politischen Verpflichtung“, bis in die Nacht dauernde Sitzungen sowie die üblichen zahlreichen Termine auch an den Wochenenden, als große Belastung für die Familien der Politiker/innen angesehen werden<sup>67</sup>. Für Bundestagsabgeordnete kommt die Pendelei zwischen ihren Wahlkreisen und dem Sitz des Bundestages in Berlin hinzu. Sowohl Müttern als auch Vätern werde dadurch erschwert, ihren familiären Aufgaben nachzugehen<sup>68</sup>. Wie beispielhaft bereits erwähnt wurde, müssen sich junge Mütter darüber hinaus und anders als ihre männlichen Kollegen mit Kindern, im-

---

<sup>62</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Q“.

<sup>63</sup> ebenda.

<sup>64</sup> Interview mit Interviewpartnerin „K“.

<sup>65</sup> ebenda.

<sup>66</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Q“.

<sup>67</sup> Isabelle Kürschner und Jasmin Siri: „Politik mit „Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Akademie für Politik und Zeitgeschichte, „aktuelle analysen“ Band 58, München 2011, S 32.

<sup>68</sup> ebenda.

mer wieder die Frage gefallen lassen, wie sie sich neben ihrer politischen Arbeit um ihr Kind kümmern wollen<sup>69</sup>.

Trotz dieser Schwierigkeiten, hat eine zunehmende Zahl von Politikerinnen in den vergangenen Jahren während ihres politischen Mandats ein Kind zur Welt gebracht. Dies könnte auf eine allgemein zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz arbeitender Mütter zurückzuführen sein sowie auf eine gleichfalls steigende Zahl von Vorbildern erfolgreicher Frauen mit Kindern, die andere Frauen mit Karriereambitionen, die sich zugleich eine Familie mit Kindern wünschen, Mut machen. Es scheint, als ob Frauen immer häufiger und selbstverständlicher ihre verstärkte Teilhabe an der wirtschaftlichen wie politischen Macht fordern, aber gleichzeitig nicht (mehr) auf Familie verzichten wollen – den noch immer widrigen Umständen zum Trotz. Diese Aspekte und ob und wie es Frauen und Männern in der Praxis gelingt, ihre politische Arbeit mit der Familie zu vereinbaren, gilt es näher zu untersuchen.

#### **4. Die Untersuchung leitende Fragen**

Um der Frage, ob eine politische Karriere mit Familie zu vereinbaren ist, näher nachgehen zu können, bedarf es nicht nur empirischer Erkenntnisse und deren Analyse, sondern auch einer differenzierten Herangehensweisen, die mit folgenden Vorfragen eingeleitet werden soll: Was ist Familie? Welcher Begriff von Familie gilt heute und muss dieser Arbeit zugrunde gelegt werden? Wie hat sich das Familienleben im Laufe der Zeit gewandelt? Wie hat sich die Rolle der Frau verändert und die Frauenerwerbstätigkeit entwickelt?

Hieran schließen sich allgemeine Fragen zur Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie sowie ein Vergleich von Frauen und Männern nach Erwerbsbeteiligung sowie zu Initiativen der heutigen Familienpolitik an. Darüber hinaus ist zu klären, wann von Karriere, von Führungspositionen und Elite gesprochen werden kann und welche soziale Dimension hiermit verbunden ist. In der wissenschaftlichen Literatur finden sich viele Anknüpfungspunkte an diese Fragen, weshalb sie sich im Wege der Literaturanalyse am besten beantworten lassen. Von besonderem Interesse ist ein Vergleich der beruflichen Karriereorientierung von Frauen und Männern und daran anknüpfend die Fragen, ob die soziale Herkunft eine Rolle spielt und inwieweit Frauen und Männer bei ihrem Wunsch des beruflichen Aufstiegs Familienfragen mitbedenken. Zur Annäherung an die „politische Karriere“ sowie zu Vergleichszwecken werden anschließend eine Einordnung von Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft

---

<sup>69</sup> Kürschner/Siri sprechen davon, dass sich Politikerinnen „nicht nur ihren inneren Konflikten ausgesetzt [sehen], sondern auch einem permanenten Rechtfertigungsdruck gegenüber ihren Kollegen, Journalisten und Wählern“. (S.31).



und Verwaltung vorgenommen und Karrierepfade in politische Ämter erörtert. Hieran schließt sich eine Analyse politischer Ämter mit Fokus auf das Bundestagsmandat und die Regierungsämter an.

Zusätzliche Erkenntnisse aus den Befunden, die aus dem empirischen Material gezogen werden sollen, bedarf es insbesondere auf folgende Fragen bezogen:

Welchen zeitlichen Aufwand betreiben Frauen und Männer – auch zu Lasten der Familie – im ehrenamtlichen politischen Amt und wann fällt die Entscheidung, eine politische Karriere anzustreben bzw. die Politik zum Beruf zu machen? Wie sieht die zeitliche Beanspruchung durch ein Bundestagsmandat aus? Welchen Anspruch haben insbesondere die jungen Politiker/innen an ihr Familienleben? Welche eigenen Erwartungen und welche Erwartungen von außen können die Abgeordneten feststellen? Welche Unterschiede sind zwischen den jüngeren und älteren Generationen von Abgeordneten festzustellen? Wie ist die öffentliche Wahrnehmung vom Familienleben der Politiker/innen – insbesondere in Bezug auf deren Kinder? Welche Trends lassen sich hier womöglich ablesen?

Im Zentrum der Arbeit steht die Frage, ob eine politische Karriere und der Aufstieg in politische Spitzenämter mit einem mehr oder weniger *intensiven* Familienleben vereinbar ist und welche Unterschiede zwischen Frauen und Männern in höheren politischen Ämtern festzustellen sind. Untersucht werden soll schließlich, inwieweit die politische Klasse und hier insbesondere die Bundestagsabgeordneten einen allgemeinen Trend repräsentieren oder nicht.

## **5. Schwerpunkte der Untersuchung und Untersuchungsmethode**

Für eine Analyse der wesentlichen Beweggründe für oder gegen die Familiengründung bzw. für oder gegen Kinder im Zusammenhang mit der Verfolgung einer politischen Karriere sind insbesondere Aspekte der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu beleuchten und ihre Implikationen auf den Karriereverlauf. Zu beachten ist dabei, dass ein Aufstieg in politische Ämter oft weniger planbar ist, als eine Karriere in der Wirtschaft oder Wissenschaft – oftmals entscheidet der Wahlabend über die politische und zugleich berufliche Zukunft eines/r Politikers/in. Gleichwohl lassen sich womöglich allgemeine Tendenzen ablesen, die für bestimmte Gruppen von Politikern und Politikerinnen – seien es Politikneulinge oder erfahrene Abgeordnete – Geltung erlangen können. Zugleich können ablesbare Auswirkungen eines gesellschaftlichen Wandels auch für den allgemeinen beruflichen Werdegang von Frauen und Männern von Interesse sein.

Der in der „Eroberung“ der einstigen Männerbastion Politik durch Frauen reflektierte gesellschaftliche Wandel hat in der sozialwissenschaftlichen Literatur entsprechende Aufmerksamkeit erfahren. Dieses gerade mit Blick auf die Parlamente ausgeprägte Forschungsinteresse trägt der Tatsache Rechnung, dass Parlamente als direkt vom Volk legitimierte Repräsentationsorgane wesentlich sensiblere Seismografen sozialen Wandels sind als Kabinette oder die Spitzen der Ministerialbürokratie<sup>70</sup>. Die Frage, zu welchem Anteil Frauen in Parlamenten und in welchen der hier vorhandenen Gremien sie vertreten sind, ist aber auch von daher so wichtig, da in den Parlamenten die Entscheidungen getroffen werden, die (auch) das Leben der Frauen maßgeblich beeinflussen<sup>71</sup>. Ebenso gilt dies für Familienväter- und Mütter, die aus ihrer eigenen Erfahrung die für Familien wichtigen Aspekte in den Bundestag hineintragen und sie in einen größeren gesellschaftlichen Zusammenhang setzen können. Zudem sind im Bundestag viele der Spitzenpolitiker/innen, wie Bundesminister/innen oder auch Teile des Führungspersonals der Regierungs- und Oppositionsparteien vertreten, deren Karrierepfade für diese Arbeit speziell von Interesse sind. Aus diesen Gründen ist als Fokusgruppe für die vorliegenden Untersuchungen die der Bundestagsabgeordneten, eine Subgruppe der politischen Eliten, gewählt worden.

### **5.1. Forschungsdesign**

Schwerpunktmäßig beschäftigt sich diese Arbeit mit den Bundestagsabgeordneten der 16. Wahlperiode. Zu Vergleichszwecken werden auch jene die Abgeordneten betreffende Daten, wie die der Kinderzahl, aus den vorangegangenen Wahlperioden sowie aus der dem Erhebungszeitraum nachfolgenden 17. Wahlperiode herangezogen. Jene Daten sind öffentlich verfügbar<sup>72</sup> und werden ebenso zum Abgleich und zur Verifizierung des eigenen Datenmaterials aus der 16. Wahlperiode herangezogen.

Grundlage der Analyse bilden sowohl die empirische Forschung, als auch die Inhaltsanalyse. Die Inhaltsanalyse dient zum einen dazu, die für den Forschungsrahmen der Arbeit relevant erscheinende Literatur zu ermitteln und Leitlinien für eine thematische Gliederung der Arbeit zu entwickeln. Zum anderen trägt die Literatur- bzw. Inhaltsanalyse maßgeblich dazu bei, eine Einordnung der Ergebnisse des empirischen Teils der Arbeit vornehmen zu können und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen. Herangezogen werden auch Zeitungsartikel

---

<sup>70</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (32).

<sup>71</sup> Elke Schnitger: Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis- Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990, S. 165.

<sup>72</sup> Quelle „Kürschners Volkshandbuch – Deutscher Bundestag“ und [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

und Internetseiten, die es insbesondere ermöglichen sollen, aktuelle Gegebenheiten in die Bewertungen mit einzubeziehen.

Die in dieser Arbeit verwandten Basistechniken empirischer Forschung sind zum einen die des anonymisierten Fragebogens und zum anderen Leitfaden-Interviews. Die Arbeit untersucht im Rahmen von quantitativer Forschung Phänomene als messbar und statistisch auswertbar und zielt zugleich in qualitativer Hinsicht auf die Untersuchung von Bedeutungs- und Interpretationsfragen, ohne standardisierbare Methoden zu verwenden. Die Interviews haben den Vorteil, durch gezielte Fragen auf bestimmte die jeweils interviewte Person stärker betreffende Aspekte, näher eingehen zu können.

Für den Fragebogen wurden vor allem Fragetypen verwendet, die ein simples ja/nein als Antwortmöglichkeit vorgaben oder auch ein „unentschlossen“, es wurden quantitative Angaben abgefragt (Zeitangaben in Wochenstunden) sowie Fragen mit vorgegebenem geordnetem Spektrum („öfters/manchmal/selten/nie“ und „nicht schwerer/schwerer/erheblich schwerer“). Daneben boten bei allen Fragetypen eine Reihe von Fragen den Befragungsteilnehmern/innen die Gelegenheit, ihre Antwortauswahl zu erläutern: „Warum?“ oder „Aus welchen Gründen?“ „Bitte begründen Sie ihre Antwort“.

Die Interviews setzten sich sowohl aus strukturierten, standardisierten Fragen, die in allen Interviews gestellt wurden sowie aus Fragen zusammen, mit denen offen auf die Gesprächssituation reagiert werden konnte, für die aber eine systematische Auswertung nicht möglich ist. Insofern ist von einem halbstrukturiert/halbstandardisiertem Interviewtyp Gebrauch gemacht worden, um wiederkehrende Fragen in einer sinnvollen Reihenfolge stellen zu können und Themen aufgegriffen werden konnten, die von den jeweiligen Interviewpartnern eingebracht wurden. Zur Vorbereitung auf die Interviewsituation wurden zwei Vorab-Interviews geführt<sup>73</sup>. Anschließend wurden 26 Interviews geführt, mit 15 Frauen und 10 Männern, wobei eine Frau zwei Mal im Abstand von zwei Jahren interviewt wurde. Unter den Interviewpartnern/innen waren überwiegend Abgeordnete der jüngeren Generation: 23 Interviewpartner (10 Männer, 13 Frauen) der Jahrgänge von 1961 bis 1976 (2005-2008 im Alter zwischen 30 und 45 Jahren).

Trotz der relativ großen Anzahl von Interviews, fällt es schwer, im Ganzen verallgemeinerbare Aussagen zu treffen. Deshalb wurde eine spezifisch-individuelle Auswertung einer zusammenfassenden und vergleichenden Analyse vorgezogen, da die meisten Aussagen eher als „exemplarisch“ behandelt werden müssen. Die Interviews und die daraus resultierende

---

<sup>73</sup>Mit einer Kandidatin auf ein Bundestagsmandat im Bundestagswahlkampf 2005 und einem Bundestagsabgeordneten, der bei der Bundestagswahl 2005 den Wiedereinzug in den Bundestag verpasste.

Sammlung an biografischen Erfahrungssätzen der Abgeordneten verhelfen aber dazu, die Ergebnisse aus den Fragebögen abzurunden und ermöglichen Rückschlüsse bzw. geben Hinweise darauf, wie die eine oder andere Aussage oder ein quantitatives Ergebnis aus dem Fragebogen eingeordnet werden kann.

Zusätzlich zu den Interviews mit Bundestagsabgeordneten wurde ein Interview mit der ehemaligen Ministerpräsidentin von Schleswig Holstein, Heide Simonis, geführt. Zum einen bietet das Interview interessante Einblicke in die Zeit, in der sie als einzige Frau die Spitzenposition der Ministerpräsidentin eines Bundeslandes innehatte. Zum anderen sind auch die Erfahrungen von Heide Simonis als junge Bundestagsabgeordnete (1976-1988) für diese Arbeit von Interesse.

## **5.2. Flankierende Forschungsfragen und Problemstellungen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist bereits im letzten Jahrzehnt immer wieder Gegenstand der öffentlichen Diskussion gewesen. Die demographische Entwicklung, eine niedrige Geburtenrate und der Wunsch von Eltern, ihrem Beruf nachgehen zu können und zugleich ihre Kinder in guter Betreuung zu wissen bzw. noch möglichst viel eigene Zeit mit ihnen verbringen zu können, stellen die Politik weiter vor große Herausforderungen, die in dieser Arbeit angesprochen werden. Ebenfalls gefordert sind die Unternehmen. Betrieblichen Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf kommen eine große Bedeutung zu, insbesondere auch aufgrund der Auswirkungen von Personalpolitik auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel auf dem Arbeitsmarkt. Auf eine Untersuchung der Instrumente einer familienfreundlichen Unternehmenspolitik wird dennoch verzichtet, sie finden aber Erwähnung.

Zur Einordnung einer politischen Tätigkeit als Beruf wird unter anderem ein Kapitel zur „politischen Klasse“ vorausgeschickt, ebenso wie der „Elite-Begriff“ in Verbindung mit der Berufspolitik, aber auch allgemein im Zusammenhang mit „Karrieren“, deren sozialen Vorbedingungen und unterschiedlichen Verläufen thematisiert wird. Zudem werden politische Rekrutierungsprozesse beleuchtet und damit Anlehnung an der Partizipationsforschung sowie an der Rekrutierungsforschung genommen.

Ein Vergleich zwischen Vereinbarkeitsproblemen von Karrieren in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und in der Politik wird hinsichtlich der Situation von Führungskräften diskutiert. Auch hier wird auf eine genauere Analyse anderer Berufsfelder als dem der Berufspolitik –

insbesondere der Bundestagsabgeordneten – verzichtet. Im Zusammenhang mit gesellschaftlichem Familienbewusstsein wird aber Bezug auf allgemein auftretende Phänomene in der Arbeitswelt genommen, die Männer und Frauen unterschiedlich betreffen.

Im Verlauf der Untersuchungen wurde deutlich, dass die Situation von Frauen und Männern noch immer starke Unterschiede aufweist. Für die Inhaltsanalyse lagen zahlreich wissenschaftliche Abhandlungen vor, die sich allgemein mit der Situation von Frauen in der Arbeitswelt beschäftigen, aber auch speziell mit der Ausübung politischer Ämter durch Frauen. Um der Vereinbarkeitsfrage gerecht werden zu können, erschien es notwendig, Frauen speziell in den Fokus zu nehmen und einen eigenen Abschnitt zur Erläuterung des Emanzipationsprozesses von Frauen und der Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit vorzulegen.

Um aufbauend auf den Erkenntnissen aus den eigenen Erhebungen weitere Rückschlüsse sowie Vergleiche ziehen zu können, wurde – unter Bezugnahme auf die eigenen Interviews sowie Zeitungsartikel (auch aus dem Internet) – das Familienleben einzelner Bundestagsabgeordneter und Spitzenpolitiker näher in den Blick genommen. Hierbei spielen auch der Umgang mit den Medien und gesellschaftlichen Einstellungen eine Rolle.

### **5.3. Forschungsstand**

Zu Beginn der Arbeit war festzustellen, dass die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bezogen auf Politiker/innen kaum oder nur als einer unter zahlreichen Aspekten im Zusammenhang mit der Unterrepräsentation von Frauen in der Politik, untersucht worden war. Über die Vertretung von Frauen in Parteien und in politischen Funktionen sowie insbesondere in den Parlamenten sind zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten verfasst worden. Die Fragen, wie man mehr Frauen in die Parlamente holen könne und welche Gründe es für die Unterrepräsentation des weiblichen Geschlechts in politischen Ämtern und insbesondere in Spitzenpositionen gibt, waren Thema einer Reihe von Aufsätzen und Forschungsprojekten. Zum Teil beschäftigen sich diese auch genauer mit ost- und westdeutschen Biografien und den aufgrund verschiedener Sozialisation unterschiedlichen Karriereverläufen. Diese Aspekte werden in der hier vorliegenden Arbeit weitgehend ausgespart, obgleich sie Einfluss auf die Familiensituation haben.

Die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere, die im Zentrum des Forschungsinteresses dieser Arbeit steht, ist bisher nicht schwerpunktmäßig, sondern lediglich als begleitender Aspekt untersucht worden. Allerdings haben Isabelle Kürschner und

Jasmin Siri im Jahr 2011 eine Studie vorgelegt, die sich genau wie diese Arbeit schwerpunktmäßig mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten beschäftigt<sup>74</sup>, wenngleich nicht im selben Umfang. Zudem ist festzustellen, dass im empirischen Teil der bereits vorliegenden Untersuchungen fast ausschließlich Frauen zu Wort kommen und Männer größtenteils unberücksichtigt bleiben.

Einige Arbeiten aus den vergangenen Jahrzehnten haben Politikerinnen aus Landtagen und dem Bundestag porträtiert, mit eigenen Beiträgen der Politikerinnen zum Thema Frauenpartizipation<sup>75</sup> oder in Form von Interviews<sup>76</sup>. Während sich einige Arbeiten vor allem auf Ursachenforschung über die „Verhältnisse und Verhinderungen“ begeben<sup>77</sup>, untersuchen andere Arbeiten die „politische Kultur von Frauen“ und wollen Wege aufzeigen, wo und wie sich Frauen erfolgreich engagieren<sup>78</sup>.

Ein besonderes Forschungsinteresse hinsichtlich Frauen im Parlament hat Beate Hoecker, die über einen längeren Zeitraum hinweg zahlreiche Artikel und Bücher verfasst hat, in denen sie sich unter anderem mit der Frage befasst, ob Politik „ein männliches Geschäft“ ist<sup>79</sup>. Sie beschäftigt sich mit frauentypischen Karrieremustern und Fragen der Sozialisation, die in dieser Arbeit ebenfalls mitbehandelt werden sollen. Birgit Meyer konzentriert sich im Rahmen ihrer Forschung auf die spezifischen Qualitäten von Frauen in der parlamentarischen Politik, ihr Entscheidungsverhalten und auf ihre politischen Schwerpunktsetzungen<sup>80</sup>. Bärbel Schöler-Macher analysiert Erfahrungsberichte von Frauen in der Politik, die in einem durch männliche Tradition geprägten politischen Milieu zurechtkommen müssen<sup>81</sup>. Diese und weitere Forschungsprojekte haben die vorliegende Arbeit nicht nur inspiriert, sondern auch eine Reihe wichtiger und wertvoller Anhaltspunkte geliefert.

---

<sup>74</sup> „Politik mit Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“ – „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011.

<sup>75</sup> Zum Beispiel „Frauen – Karriere – Familie“ von Bernd Fahrholz (Hrsg.) Universum Verlagsanstalt, Wiesbaden 2001.

<sup>76</sup> „Frauengeschichten aus dem Parlament“, herausgegeben von Rose Götte, August 1991, Verlag Pfälzische Post GmbH Neustadt Weinstraße.

<sup>77</sup> Elke Schnitger: „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis – Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990.

<sup>78</sup> Sabine Asgodom(Hrsg.), Monica Weber-Nau: „Frauen machen Politik – So engagieren Sie sich; So finden Sie ihre Ziele; So setzen Sie sich durch“, ECON Taschenbuch Verlag, 1995, Diepholz.

<sup>79</sup> „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987; Politische Partizipation von Frauen“, Opladen 1995; „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007.

<sup>80</sup> Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag, Frankfurt Main, 1997.

<sup>81</sup> Bärbel Schöler-Macher: „Die Fremdheit der Politik – Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten“, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1994.

## II. Familie

Oft ist zu lesen, „Familie ist dort, wo Kinder sind“. Dabei spielt es kaum mehr eine Rolle, ob Kinder bei Eltern aufwachsen, die in einer ehelichen oder nicht-ehelichen Verbindung zusammen leben, es sich um Ein-Eltern-Familien, Stief- oder Patchwork-Familien und Kinder von Eltern gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften handelt. Familie zeigt sich in einer Vielzahl von Formen des Zusammenlebens und bietet Vielen verlässliche Bindungen auch im Rahmen eines erweiterten Familienkreises von Onkeln, Tanten, Nichten, Neffen, der Schwiegerfamilie und so weiter. Die Familie ist kein Auslaufmodell, sondern steht für Kontinuität, Halt im Leben und ist für Viele geprägt von dem Eindruck des füreinander Einstehens.

### 1. Familie im Wandel der Zeit

Die Familie wird als „Urgut der gesellschaftlichen Menschheit<sup>82</sup>“ bezeichnet. Es gilt als Gemeingut, dass die Familie die kleinste gesellschaftliche Einheit bildet, bestehend aus der „Kernfamilie“ Mann, Frau und Kind(-ern). Gebildet wird die Kernfamilie durch ein Paar, das mit Kind(-ern) in einem gemeinsamen Haushalt lebt. Neben der Kern- bzw. Kleinfamilie existiert die Großfamilie, in der eine größere Zahl Verwandter in einer Hausgemeinschaft wohnt, überwiegend nur noch in anderen Kulturformen. Der Drei-Generationen-Haushalt, in dem neben Eltern und Kind(-ern) auch die Großeltern wohnen und füreinander einstehen, hat vor allem im westlichen Kulturkreis in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ständig an Bedeutung verloren<sup>83</sup>.

Trotz des langen Bestehens der Familie sind Formen, Aufgaben und Bedeutung von Familie keineswegs statisch, sondern einem ständigen Wandel unterworfen, und stark geprägt von der jeweiligen Epoche, dem wirtschaftlichen und kulturellen Hintergrund und den sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen. Demzufolge finden wir heutzutage die unterschiedlichsten Ausprägungen familiären Lebens, was zum Beispiel die Anzahl ihrer Mitglieder, Rollenverteilungen, Kommunikationsmuster, Beziehungsstrukturen und Erziehungsstile angeht. Institutionalisierte Vorstellungen von Familie und sie betreffende Regeln der Gesellschaft über Sachverhalte wie beispielsweise Heiratsordnung, Eigentumsverhältnisse, Beruf und

---

<sup>82</sup> René König, „Die Familie der Gegenwart – Ein interkultureller Vergleich“, C.H. Beck München, 3. Auflage, 1978, S. 14.

<sup>83</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage 2004, S. 12.

Autoritätsverteilung, entscheiden über die jeweilige Struktur der Familie<sup>84</sup>. Dabei ist es eine wichtige Aufgabe der Familie, einen schützenden und überschaubaren Rahmen für das Heranwachsen des Kindes und sein Hineinwachsen in die jeweilige Gesellschaft zu bilden.

Vor dem Hintergrund sinkender Geburtenraten und einer immer älter werdenden Gesellschaft ist die Familie in den vergangenen Jahrzehnten stärker in das politische und gesellschaftliche Interesse gerückt. Mit einer dauerhaften Restabilisierung familiärer Verhältnisse ist dennoch nicht zu rechnen. Die Möglichkeit, Erwerbstätigkeit und Familie miteinander zu vereinbaren, deren institutionelle Verankerung sowie eine stärkere Einbeziehung der Männer in die Aufgaben privater Lebensführung<sup>85</sup>, könnten jedoch dazu beitragen, dass Frauen verstärkt am Erwerbsleben teilnehmen und so die Auswirkungen des demographischen Wandels abgeschwächt würden<sup>86</sup>.

### **1.1. Struktureller und historisch bedingter Wandel der Familie**

Die Frage, wie viele Kinder geboren werden, ist immer auch mit den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und insofern mit den alltäglichen Lebensverhältnissen der Familien verbunden gewesen. Vorstellungen und Formen von Familien unterscheiden sich nicht nur nach den jeweiligen Kulturen. Sie weisen zudem einen epochalen Charakter auf und repräsentieren nach ihrem Aufbau und ihrer Art und Weise des funktionalen Zusammenlebens eine Epoche. Es scheint daher sinnvoll, sich näher mit den sich im Zeitverlauf ergebenden Wandlungen der Familie in struktureller und historischer Hinsicht auseinanderzusetzen und damit zugleich Erkenntnisse abzuleiten, um die empirischen Erhebungen zu dieser Arbeit in einen größeren Zusammenhang stellen zu können.

#### **1.1.1. Struktureller Wandel im Verlauf der Zeit unter Herausbildung der „Normalfamilie“**

Über Jahrhunderte hinweg fielen in Mitteleuropa Arbeits- und Wohnstätte zusammen. Familien stellten eine soziale, rechtliche, politische und wirtschaftliche Einheit dar. Bis ins 18. Jahrhundert bildeten die meisten Familien eine Produktionsgemeinschaft, die in Dörfern, Marktgenossenschaften und Gutshöfen zusammen lebten. Bei den Bauernfamilien zählten

---

<sup>84</sup> René König, „Die Familie der Gegenwart – Ein interkultureller Vergleich“, C.H. Beck München, 3. Auflage, 1978, S. 12 und S. 22.

<sup>85</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage 2004, S. 13.

<sup>86</sup> Nähere Ausführungen in diesem Kapitel unter 2.2. „Wandel der Familienformen und demographische Entwicklung“.



Mägde und Knechte zur Familie. Bei den Handwerkern waren es die Gesellen und Lehrlinge und beim Adel die Dienstmädchen und Dienstboten. Vielfach lebten aber nicht drei Generationen unter einem Dach, da die damals niedrige Lebenserwartung zur Folge hatte, dass die erste Generation die Dritte in der Regel nicht erlebte. Die Großfamilie wurde in der Regel nur durch die hinterbliebenen Söhne und deren Frauen und Kinder gebildet, die auf dem gemeinsamen Besitz mit ihren jeweiligen Familien lebten und den Grund und Boden gemeinsam bewirtschafteten<sup>87</sup>. Die ökonomischen Verhältnisse waren oft Grund für die Entscheidung für eine Lebensform, Eingliederung in eine Großfamilie und den Verzicht auf eigene Kinder. Das traf beispielsweise auf Mägde und Knechte zu oder war Folge von rechtlichen Restriktionen, die ihnen das Heiraten verboten.

Die Großfamilie war vor allem von der gemeinsamen Arbeit geprägt. Die Betreuung der Kinder und Versorgung der Alten wurde innerhalb der Großfamilie erledigt. Emotionale Bindungen spielten eine geringere Rolle als heutzutage und der gemeinsame Haushalt diente weniger als Ort des Rückzugs und der Privatheit. Jene übliche Form des Familienzusammenhalts begann sich im Zuge der Industrialisierung im 19. Jahrhundert zu lockern. Die Familien der Industriegesellschaften schrumpften zur Nuklearfamilie<sup>88</sup>. Die Familie verlor im Verlauf der Industrialisierung bis auf agrarische und mittelständische Reste den Charakter der Produktionsgemeinschaft. Wo zuvor die ganze Familie nötig gewesen war, um den Hof zu bewirtschaften oder den kleinen Handwerksbetrieb am Laufen zu halten, und jedes einzelne Familienmitglied seinen festen Platz in der Arbeitsstruktur hatte, lösten sich mehr und mehr Menschen aus dem familiären Arbeitsverband und suchten sich Arbeit in den Fabriken der Städte.

Nach den gesellschaftlichen Umwälzungen des 18. und 19. Jahrhunderts kam es im Zuge der industriellen Revolution, einhergehend mit dem Prozess der Verstädterung, zur neuen vorherrschenden Form der „Industriearbeiterfamilie“, bei der nunmehr Arbeits- und Wohnstätte räumlich voneinander getrennt waren<sup>89</sup>. Infolgedessen konnte beispielsweise die Versorgung der Alten und Kranken nicht mehr von den arbeitenden Familienmitgliedern übernommen werden. Gleiches betraf vielfach die Betreuung von Kindern. Die eingeschränkten ökonomischen Verhältnisse und städtischen Strukturen machten es oft unmöglich, mit Verwandten und nichtverwandten Familienmitgliedern zusammenzuleben, und die kleinere Größe der städtischen Wohnung waren Gründe für die Verringerung der Familiengröße. In

---

<sup>87</sup> René König, „Die Familie der Gegenwart – Ein interkultureller Vergleich“, C.H. Beck, München, 3. Auflage, 1978, S. 38 ff.

<sup>88</sup> ebenda, S. 14. Die Nuklearfamilie im strengen Sinne beschränkt sich auf das Gattenpaar und die unverheirateten unmündigen Kinder.

<sup>89</sup> Winfried Speitkamp: „Jugend in der Neuzeit – Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert“, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1998, S. 121.

den Anfängen des Industriezeitalters arbeiteten Frauen und Kinder ebenfalls täglich in den Fabriken. Das Familienleben trat in den Hintergrund und die Wohnung war vor allem Schlafstätte.

Mit dem technischen Fortschritt verbesserte sich die soziale und wirtschaftliche Situation der Industriearbeiterfamilie. Gleichzeitig veränderten sich auch die familiären Lebensformen und Lebensgewohnheiten. Durch eine wirtschaftlich bessere Situation, den Zugewinn an Freizeit und der stärkeren Privatisierung der Wohnstätte wurden Ehen nun nicht mehr fast ausschließlich als ökonomische Zweckgemeinschaften im Sinne einer Versorgungsgemeinschaft empfunden und die Anzahl der Eheschließungen aus Liebe nahm zu. Auch die Rolle der Kinder und deren Erziehung gewannen in dieser Zeit stark an Bedeutung. Kinder wurden fortan stärker als Individuen wahrgenommen<sup>90</sup>. Ihnen wurde von nun ab mehr Aufmerksamkeit und Zuneigung zuteil. Einen Teil ihrer Erziehungs- und Ausbildungsfunktionen überließ die Familie von nun an der Schule.

Die um 1900 einsetzende soziale Mobilität lockerte die Bindungen der Familienmitglieder untereinander weiter. Der Ausbau der Sozialversicherung<sup>91</sup> machte die gegenseitige Unterstützungspflicht weitgehend entbehrlich. Diese Funktionsverluste der Familie begünstigten eine Individualisierung der Lebensauffassung und die Umstrukturierung der Familie zur Kern- bzw. Kleinfamilie, die dann lediglich Eltern und Geschwister umfasste. Bereits gegen Ende des 19. Jahrhunderts ließ sich eine Orientierung am bürgerlichen Familienleitbild mit einer nichterwerbstätigen Hausfrau und Mutter auch innerhalb der Arbeiterklasse ausmachen. Aber nur ein kleiner Kreis privilegierter bürgerlicher Schichten praktizierte dieses Leitbild in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Da es in den krisenhaften Zeiten der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts nicht gelang, für eine Mehrheit der Bevölkerung deutliche Verbesserungen des Lebensstandards herbeizuführen, konnte sich der bürgerliche Familientyp erst in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts in der deutschen Bevölkerung durchsetzen<sup>92</sup>.

Die Wirtschaftswunderjahre der 50er und frühen 60er Jahre trugen zur Etablierung der bürgerlichen modernen Kleinfamilie als „Normalfamilie“ bei. Dem Vater oblagen als Autoritätsperson die Außenbeziehungen und die materielle Versorgung der Familie, während es zur weiblichen Normalbiographie gehörte, als familienbezogene Hausfrau und Mutter die Familie nach innen zusammen zu halten<sup>93</sup>. Sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR kön-

---

<sup>90</sup> Winfried Speitkamp: „Jugend in der Neuzeit – Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert“, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1998, S. 120.

<sup>91</sup> Unter Reichskanzler Otto von Bismarck wurde im Jahr 1883 zunächst eine Krankenversicherung eingeführt. Im Jahr 1884 folgte die Unfallversicherung und 1889 die Invaliden- und Altersversicherung. Eine Angestelltenversicherung folgte im Jahr 1911.

<sup>92</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 24.

<sup>93</sup> Nähere Ausführungen hierzu unter III. 3. „Frauenerwerbstätigkeit im Zeitverlauf“.

nen die späten 50er und frühen 60er Jahre als Höhepunkt der modernen Familienentwicklung angesehen werden. Gleichwohl muss für die DDR von einem anderem gesellschaftlichen Ethos ausgegangen werden, demzufolge jedes Familienmitglied auch gegenüber der DDR in der Verantwortung stand, im Rahmen seines möglichen einen Beitrag zur leisten. Im Gegenzug baute die DDR ein Netz von Einrichtungen insbesondere zur Versorgung von Kindern und Alten auf.

### **1.1.2. Struktureller innerfamiliärer Wandel seit den 1960er Jahren**

Die familienpolitischen Impulse der 50er und 60er Jahre zementierten die traditionellen Geschlechterrollen und die Geschlechterhierarchie. Das patriarchalische Bild der Kleinfamilie hatte bis in die 60er Jahre hinein vorbildhaften Charakter. Aber die in der Ehe und Familie zusammengefassten Lebens- und Verhaltensformen begannen sich zu wandeln, und führten im Laufe der Jahre zur Abkehr vom „modernen Familientypus“, die Familiengröße, innerfamiliäre Arbeitsteilung und Machtstrukturen betreffend<sup>94</sup>. Mit der Entwicklung zur postindustriellen Gesellschaft begann das Aufbrechen gesellschaftlicher Traditionen. Die Technisierung des Haushalts ermöglichte es, mehrere Tätigkeiten nebeneinander auszuführen, und reduzierte die körperlichen Anstrengungen und zeitlichen Aufwand für die Hausarbeit deutlich. Die Technisierung trug auf diese Weise zur Emanzipation der Frauen bei. Zunehmend war auch eine diskriminierende Wirkung der Hausarbeit auszumachen, die eine ideologische Distanzierung vieler Frauen von der Hausarbeit zur Folge hatte – auch wenn es noch heute überwiegend die Frauen sind, von denen die Hausarbeit verrichtet wird<sup>95</sup>.

Mit höheren Bildungschancen der Frauen wurden tradierte Lebensweisen und Alltagsgewohnheiten weiter in Frage gestellt. Es begann ein in den 60er Jahren eingeleiteter allgemeiner Individualisierungsprozess<sup>96</sup>. Die Entwicklung zur Individualisierung und zur Pluralisierung von Lebensstilen, wie sie unter anderem in einem Anstieg des Heiratsalters und der Zahl der Scheidungen zum Ausdruck kommt, nahm ihren Anfang. Der damals in Gang gesetzte Prozess hält bis heute an und ist für weit reichende Veränderungen verantwortlich. Zum einen wirkte er sich auf die gesamte wirtschaftliche Entwicklung aus. Zum anderen hat er bis heute Einfluss auf das Familienleben und die Entscheidung für oder gegen Kinder.

---

<sup>94</sup> Rüdiger Peuckert: „Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 10.

<sup>95</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 42.

<sup>96</sup> René König, „Die Familie der Gegenwart – Ein interkultureller Vergleich“, C.H. Beck, München, 3. Auflage, 1978, S. 61 ff.

Zu Beginn der 70er Jahre entwickelte sich in der Bundesrepublik Deutschland eine Sensibilität für eine offene und verdeckte Diskriminierung von Frauen, die durch die autonome Frauenbewegung ausgelöst wurde, die sich seit 1968 entwickelt hatte und auf die Studentenbewegung zurückgeht<sup>97</sup>. Sie verstand sich zunächst als feministische Gegenkultur und rückte Bereiche ins Blickfeld, die vorher nicht oder kaum beachtet wurden, wie die Gesundheitssituation von Frauen und ihre Sexualität, Gewalt gegen Frauen sowie die Situation von Frauen in Forschung und Lehre. Die Frauen- bzw. Geschlechterfrage wurde zu einem relevanten gesellschaftspolitischen Thema, auf das die Sozialliberale Koalition aus SPD und FDP (1969 – 1982) reagierte. Die Regierung Brandt verfolgte das Ziel, mehr Chancengleichheit im Bildungssystem<sup>98</sup> und die Gleichstellung der Frau im Ehe- und Familienrecht durchzusetzen. Mit einigen Gesetzesnovellierungen wurde die rechtliche Stellung der Frauen gestärkt, und das Ehe- und Familienrecht liberalisiert<sup>99</sup>.

Im Jahre 1979 erlangte die Erziehungsarbeit mit der Einführung eines viermonatigen „Mutterschaftsurlaubs“ für erwerbstätige Mütter im Anschluss an die achtwöchige Mutterschutzzeit bei staatlichem Lohnausgleich von bis zu 750 DM zum ersten Mal eine direkte ökonomische Anerkennung. Ihre Berufstätigkeit gaben mit der Geburt ihres Kindes nur noch etwa die Hälfte der Mütter auf<sup>100</sup>. 1986 wurden erstmals Erziehungszeiten rentenrechtlich anerkannt und Mütter oder Väter, die ihr Kind selbst betreuen, wurde seither ein Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub – zunächst begrenzt auf zehn Monate bei monatlich 600 DM – gewährt<sup>101</sup>. Das Erziehungsgeld wurde im Laufe der Jahre (zuletzt 1992) auf zwei Jahre ausgedehnt, bis es 2007 vom Elterngeld ersetzt wurde, das maximal für vierzehn Monate gezahlt wird<sup>102</sup>.

Die Regierungsjahre der Koalitionsregierung aus Union und FDP (1982 – 1998) trugen unter anderem durch die genannten Gesetze zu einer materiellen Anerkennung der häuslichen

---

<sup>97</sup> Vgl. Ausführungen zu den Anfängen der Frauenbewegung unter III. 1. „Frauenpolitik und Frauenbewegung“.

<sup>98</sup> Im Jahre 1968/69 erreichten lediglich 10,4% aller Schülerinnen das Abitur, 23,3% einen mittleren Bildungsabschluss, vgl. Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 33.

<sup>99</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 21.

<sup>100</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 35.

<sup>101</sup> Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz (HEZG, 1968); Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und -urlaub (BerzGG, 1968).

<sup>102</sup> Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld ist eine so genannte Familienleistung für Eltern, die sich in den ersten 12 bzw. 14 Lebensmonaten nach der Geburt vorrangig selbst um die Betreuung ihres Kindes kümmern wollen und dafür die Berufsausübung unterbrechen oder die Arbeitszeit reduzieren. Ein Elternteil kann höchstens für zwölf Monate Elterngeld beantragen. Anspruch auf zwei weitere Monatsbeträge besteht, wenn für diese Zeit Erwerbseinkommen wegfällt und auch der andere Partner mindestens zwei Monate lang Elterngeld in Anspruch nimmt. In diesem Zeitraum ersetzt das Elterngeld 67 Prozent des nach der Geburt des Kindes wegfallenden, durchschnittlichen, monatlichen Erwerbseinkommens bis zu maximal 1.800 Euro (Stand: 2007). Vor der Geburt nicht erwerbstätige Elternteile erhalten mindestens 300 Euro und für Geringverdiener, Mehrkindfamilien und Familien mit Mehrlingen wird das Elterngeld aufgestockt. Neben Arbeitnehmern/innen, Beamten/innen, Selbstständigen und erwerbslosen Elternteilen können auch Studierende und Auszubildende Elterngeld in Anspruch nehmen. Vgl. Informationen des Bundesfamilienministeriums zum Bundeselterngeld auf [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de).

Erziehungs- und Pflegearbeiten bei, und stützen zugleich die „Ernährer-Ehe“. Eine finanzielle Absicherung der in der Familie Arbeitenden war nicht vorgesehen. Für einen diskriminierungsfreien Wiedereinstieg in das Erwerbsleben fehlte es an Maßnahmen und Impulsen zur Vereinbarung von Familie und Beruf, wie zum Beispiel durch eine stärkere Beteiligung der Männer und Väter an der sogenannten Reproduktionsarbeit<sup>103</sup>. Zumindest die Einführung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz ab dem 1. Januar 1996 vom vollendeten dritten Lebensjahr an bis zum Schuleintritt des Kindes<sup>104</sup> trägt nun dazu bei, Frauen den Wiedereinstieg in ihren Beruf zu erleichtern. Heute ist dieses Thema aktueller denn je: Mit der Elternzeit und dem Mutterschutz, mit verstärkt angebotenen Teilzeitmodellen und dem sukzessiven Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für kleinere Kinder versuchen sowohl der Gesetzgeber als auch einzelne Unternehmen, diesen Trend zu fördern und die notwendigen Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie *und* Beruf zu schaffen.

Auf Grund von Erwerbsarbeit und fehlender verwandtschaftlicher Einbindung ist die Familie auf die Zusammenarbeit mit verschiedenen Unterstützungssystemen angewiesen. Während bis in die 60er Jahre hinein die Hausarbeit und Versorgung der Kinder im Zentrum der häuslichen Arbeiten standen, der Betreuungsaufwand für Kinder ansonsten aber geringer ausfiel, wird seit den 70er Jahren für die Betreuung und Sozialisation von Kindern deutlich mehr Zeit aufgewendet<sup>105</sup>. Zunehmend haben seither Kindergärten, Schulen und Horte Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder übernommen. Daneben werden Krankenhäuser, Alters- und Pflegeheime und soziale Hilfsdienste zur Versorgung alter und schwacher Familienmitglieder – meist der Großelterngeneration – beansprucht.

Mit einer Anfang der 70er Jahre einsetzenden breiten gesellschaftlichen Debatte über die geschlechtsspezifische Rollenverteilung wurde die einseitige Zuweisung der Erziehungsarbeit an die Mutter infrage gestellt. Die Zahlen zu den Müttern und Vätern, die Elternzeit in Anspruch nehmen, bestätigen die rasanten Veränderungen innerhalb der vergangenen Jahrzehnte. Während noch in den 80er Jahren ein Vater, der sich hauptsächlich der Betreuung seines Kindes widmete, als absolute Ausnahmeerscheinung gelten musste, waren es Anfang der 90er Jahre 1,3 Prozent der Väter, die Erziehungsurlaub in Anspruch nahmen<sup>106</sup>. Laut Erhebungen des Statistischen Bundesamtes aus dem ersten Halbjahr 2009 sind es 23 Prozent der Väter, die Elterngeld in Anspruch nehmen. Bei den im Jahr 2008 geborenen Kindern

---

<sup>103</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 22 f.

<sup>104</sup> Entscheidung des BVerfG im Urteil zum § 218 StGB. (Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes war, dass der Rechtsanspruch den Entschluss begünstigen sollte ungeborenes Leben auszutragen. Gesetzlich verankert wurde der Anspruch im Achten Sozialgesetzbuch - SGB VIII (Kinder- und Jugendhilfegesetz), § 24.)

<sup>105</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 46.

<sup>106</sup> Zahlen aus: ebenda, S. 47.

lag die Väterbeteiligung bei knapp 21 Prozent<sup>107</sup>. Väter und Mütter müssen für die Inanspruchnahme des Elterngeldes ihre Erwerbsarbeit für mindestens zwei Monate ruhen lassen. Während drei Viertel der Väter nur für den relativ kurzen Zeitraum von zwei Monaten Elterngeld in Anspruch nahmen, betrug die Inanspruchnahme des Elterngeldes durch Mütter über 96 Prozent<sup>108</sup>. In der Regel nehmen Mütter mindestens ein volles Jahr Elternzeit und beantragen die Zahlung von Elterngeld für zwölf Monate. Das zeigt auch, dass sich am bislang vorherrschenden Grundmuster geschlechtsspezifischer Arbeitsaufteilung in den Familien trotz der gestiegenen Väterbeteiligung keine grundlegende Veränderung ergeben hat.

Trotz der konstant gestiegenen Zahl erwerbstätiger Mütter verbleibt die Erziehungsarbeit noch immer weitgehend bei den Frauen – auch wenn zum Teil eine stärkere Partizipation der Väter am Familienalltag festzustellen ist und im medialen Diskurs viel von den „neuen Vätern“ die Rede ist<sup>109</sup>. Insbesondere die Hausarbeit fällt neben der Familienarbeit noch immer überwiegend der Frau zu, während der Mann in erster Linie die Rolle des Ernährers übernimmt. Hier besteht eine Diskrepanz zwischen Realität und der Vorstellung von einer partnerschaftlichen Organisation der Hausarbeit, wie sie von den meisten Paaren begrüßt würde<sup>110</sup>. Das derzeit vorherrschende Familienbild ist demnach noch deutlich von der Vergangenheit geprägt. Die Familie wird trotz der zunehmenden Zahl getrennt lebender Eltern mehrheitlich als eine einflussreiche und stabile Institution angesehen, die sich meist aus einem Ehepaar mit Kind(ern) zusammensetzt<sup>111</sup>. Das vorherrschende Familienmodell ist noch immer jenes, in dem vor allem die Männer die Versorgerrolle einnehmen und die Frauen sich vornehmlich um die Familie kümmern.

## 1.2. Moderne Familienstrukturen

In Ergänzung der vorangegangenen Ausführungen, sollen im Folgenden vor allem neuere Entwicklungen in den Blick genommen werden. Obgleich das in Deutschland vorherrschende Familienbild das der traditionelle Zweieltern-Familie ist, muss die „bunte Gesamtheit“ der Familie berücksichtigt werden, die aus Zweieltern-Familien, genauso wie aus Eineltern-,

---

<sup>107</sup> Pressemitteilung Nr. 442 des Statistischen Bundesamtes vom 1.12.2010, Wiesbaden.

<sup>108</sup> ebenda.

<sup>109</sup> Zum Beispiel: EMMA – das politische Magazin von Frauen: „Neue Väter – Elternzeit für Väter und Kinder“, Heft 1/2009.

<sup>110</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 277: „90 Prozent von 1001 in einer Studie befragten Frauen und Männer zwischen 18 und 35 Jahren waren davon überzeugt, dass sich beide Partner um Haushalt und Familie kümmern sollten“ (vgl. BiB-Mitteilungen 2/2000).

<sup>111</sup> „Trotz der rückläufigen Entwicklung traditioneller Familien waren im Jahr 2012 die Ehepaare mit minderjährigen Kindern mit 71% die häufigste Familienform. Alleinerziehende Mütter und Väter machten 20% der Familien mit Kindern unter 18 Jahren aus, während 9% aller Familien Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern waren.“ Quelle: Statistisches Bundesamt „Haushalte und Familien“ 2012: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/HaushalteFamilien/HaushalteFamilien.html>.

Stief-, Adoptiv-, Pflege- und Patchwork-Familien besteht<sup>112</sup>. Hinzu kommen gleichgeschlechtliche Paare, die mit Kindern zusammen leben und auf diese Weise eine Familie bilden. Allerdings sind es vor allem die unterschiedlichen Lebens- und Haushaltsformen *ohne Kinder*, die während der letzten Jahrzehnte zugenommen haben, wie sich unter anderem am Zuwachs des Anteils von Einpersonenhaushalten ablesen lässt, der im Jahr 2012 auf knapp 41 Prozent stieg, während er im Jahr 1991 mit knapp 34 Prozent noch deutlich niedriger gelegen hatte<sup>113</sup>. Hierzu trägt auch ein verlängertes Leben und eine gleichzeitige Verkürzung der Familienphase aufgrund der geringeren Kinderzahl pro Familie bei<sup>114</sup>.

Wenn vom Wandel der Familien gesprochen wird, gilt als Bezugspunkt meist das Familienbild der traditionellen bürgerlichen Normalfamilie, das in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts in erstaunlicher Homogenität Verbreitung fand. Es zeichnet sich durch eine Familienform aus, in der die Eltern miteinander verheiratet sind und mit den Kindern im gemeinsamen Haushalt leben. Aus den in den 50er- und 60er-Jahren geprägten Bild der Ehe stammt das Verständnis der Ehe als Solidaritätsverbund zur gemeinsamen Existenzbewältigung und zur Erreichung materieller Ziele, wobei die Aufgaben geschlechtsspezifisch aufgeteilt sind, der Vater üblicherweise einer außerhäuslichen Erwerbstätigkeit nachgeht und die Mutter sich um den Haushalt und die Versorgung der Kinder kümmert<sup>115</sup>. Dies scheint heute jedoch nicht mehr das überwiegend als Idealfall empfundene moderne Familienbild einer partnerschaftlichen und demokratischen Struktur zu sein, bei der Frau und Mann gleichberechtigte Positionen innehaben. Auch die Kinder haben mehr Mitspracherecht und größere Freiheiten als früher.

Durch die verstärkte Berufstätigkeit der Frau haben sich am traditionellen Rollenbild der Hausfrau und Mutter und des berufstätigen Vaters bereits Änderungen ergeben. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass für Frauen, einhergehend mit dem bereits erwähnten Individualisierungsprozess, der Mitte der 60er Jahre eingeleitet wurde, die berufliche Entwicklung als konkurrierender Wert zur Familie immer wichtiger geworden ist. Die Vorstellungen zweier selbstständiger Individuen mit ihren jeweils eigenen Lebensplänen müssen nun miteinander koordiniert werden. Das bedeutet, neue Umgangsformen und Arrangements von Familie und Beruf müssen gefunden werden, um beide Seiten zufrieden zu stellen. Im Hin-

---

<sup>112</sup> Renate Schmidt, „S.O.S. Familie – ohne Kinder sehen wir alt aus“ Rowohlt Berlin, 1. Auflage März 2002, S. 44.

<sup>113</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 233 vom 11.07.2013 (Ergebnisse des Mikrozensus – Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz).

<sup>114</sup> Die Familienphase hat sich auf etwa ein Viertel der gesamten Lebenszeit verkürzt: Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 41.

<sup>115</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 34.

blick hierauf werden solche Lebensformen attraktiver, die es Mann und Frau gestatten, in einer Beziehung ihre selbstständigen Interessen zu verfolgen<sup>116</sup>.

Von einem Bedeutungsverlust hinsichtlich der Familie kann dennoch nicht die Rede sein. Obgleich Ehe und Familie einen Bedeutungswandel erfahren haben, genießen sie weiterhin große Wertschätzung, auch wenn zeitgeschichtliche Veränderungen sich nachweislich stärker auf die Ehe und weniger auf die Familie auswirken<sup>117</sup>. Die Kleinfamilie bleibt als gesellschaftlich dominierendes Lebensmodell und Leitbild privater Orientierungen einer Mehrheit der Menschen in Deutschland erhalten<sup>118</sup>. Die Familie ist jedoch im Verlauf der Jahrzehnte kleiner geworden, da Kinder häufiger ohne Geschwister aufwachsen und Familien mit mehr als zwei Kindern selten geworden sind. Noch seltener anzutreffen sind Familien, die mit mehr als zwei Generationen unter einem Dach zusammenleben. Hingegen steigt die Zahl von sogenannten Single-Haushalten und Paarhaushalten ohne Kinder. Bei einem anhaltenden Trend soll die Zahl der Ein- und Zwei-Personenhaushalte weiter zunehmen. Auch bei den Ehepaaren nimmt die Zahl der Ehepaare ohne Kinder im Verhältnis der Ehepaare mit Kindern zu<sup>119</sup>.

Zu den Ergebnissen des vom Statistischen Bundesamt im März 2005 veröffentlichten Mikrozensus 2004 zählt, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße zurückging, da im April 1991 durchschnittlich 2,72 Personen, im März 2004 nur noch 2,12 Personen in einem Haushalt lebten<sup>120</sup>. Zugleich ist festzustellen, dass immer mehr Menschen in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft leben. Die Zahl der Lebensgemeinschaften hat sich seit 1996 um 34 Prozent auf rund 2,5 Millionen Lebensgemeinschaften im März 2004 erhöht. Unverändert gering ist jedoch ihr Anteil an allen 21,6 Millionen Paaren in Deutschland, denn knapp neun von zehn Paaren sind Ehepaare (89 Prozent) und nur jedes zehnte Paar lebt in einer Lebensgemeinschaft. Die meisten minderjährigen Kinder (63 Prozent) leben überwiegend bei ihren verheirateten Eltern und mit mindestens einem Geschwisterkind zusammen<sup>121</sup>. Daraus lässt sich folgern, dass sich die Lebensformen verändern, aber das

---

<sup>116</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 42.

<sup>117</sup> Rosemarie Nave-Herz: Wandel und Kontinuität in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in Deutschland“ in: „Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland – Eine zeitgeschichtliche Analyse“, herausgegeben von Rosemarie Nave-Herz, Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH, Stuttgart 2002, S. 47.

<sup>118</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 38.

<sup>119</sup> Im März 2004 betreuten nur noch 44 Prozent der ostdeutschen Ehepaare ledige Kinder im Haushalt. Im Westen versorgte zu diesem Zeitpunkt noch die Hälfte (50 Prozent) der Ehepaare Kinder: „Sonderheft: Familien und Lebensformen – Ergebnisse des Mikrozensus 1996-2004“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2006, S. 13 f.

<sup>120</sup> „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004“, Statistisches Bundesamtes, Wiesbaden 2005, S. 9.

<sup>121</sup> ebenda: Erheblich Unterschiede zeigen sich jedoch zwischen Ost- und Westdeutschland, da 66 Prozent der westdeutschen, aber 45 Prozent der ostdeutschen Kinder im März 2004 in einer „traditionellen Normalfamilie“ mit verheirateten Eltern und mindestens einer weiteren Schwester oder einem weiteren Bruder im Haushalt leben.



bevorzugte Familienmodell nach wie vor das zu sein scheint, bei denen die Eltern verheiratet sind und mit ihren Kindern in einem gemeinsamen Haushalt leben.

Jedoch ist in den vergangenen dreißig Jahren nicht nur der Anteil der Ein-Personen-Haushalte, sondern auch die Zahl der Alleinerziehenden stark gestiegen. 17,4 Millionen Bürger der Bundesrepublik Deutschland leben allein. In Westdeutschland lebten im Jahre 1970 rund 656.000 Alleinerziehende als „Single mit Kind(-ern)“. Im Vergleich dazu war im Jahre 1980 mit 686.000 Alleinerziehenden nur ein geringer Anstieg zu verzeichnen. Im Jahre 1990 stieg die Zahl auf 941.000 Alleinerziehende. Ein noch größerer Sprung war bis 2000 zu verzeichnen: 1.548.000 Einfamilienhaushalte mit Kind zählte das Bundesfamilienministerium<sup>122</sup>.

Die Scheidungshäufigkeit stieg seit Mitte der 60er Jahre auf eine bisher nicht gekannte Größenordnung und blieb seit Mitte der 80er Jahre auf diesem Niveau. In den vergangenen Jahren hat sich die Scheidungsziffer erneut leicht erhöht und etwa jede dritte Ehe wird geschieden<sup>123</sup>. Auch aus diesem Grund nimmt die Zahl der Teilfamilien – allein erziehende Mütter bzw. Väter mit Kind(ern) – und die der Zweit- bzw. Stieffamilien zu<sup>124</sup>.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die abnehmende Zahl von Kindern und die gestiegene Scheidungshäufigkeit kein Beleg für den Zerfall der Familie sind. Die Neigung zur Familiengründung bleibt ungebrochen, findet aber vielfach in späteren Lebensabschnitten statt. Mehr als ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung lebt in einer „Kernfamilie“, zusammen mit einem Ehepartner und mindestens einem Kind<sup>125</sup>. Der Geburtenrückgang lässt sich hauptsächlich auf die im Durchschnitt niedrigere Anzahl der von einer Frau geborenen Kinder zurückführen und eher weniger auf Kinderlosigkeit<sup>126</sup>. Der steigende Anteil kinderloser Frauen wird indes vor allem auf die Schwierigkeiten zurückgeführt, Familie und Beruf zu vereinbaren, bedingt durch die heute auch für Frauen geltende Berufs- und Karriereorientierung<sup>127</sup>.

---

<sup>122</sup> Der Spiegel, Nr. 29/18.07.05, Titel: „Die Erziehung der Eltern – Wie Mütter und Väter um ihre Autorität kämpfen“, S. 133.

<sup>123</sup> Das Statistische Bundesamt ermittelt die Summe der ehedauerspezifischen Scheidungsziffern, die sich als geschiedene Ehen eines Eheschließungsjahrgangs je 1000 geschlossenen Ehen desselben Jahrgangs ergeben, für die Ehedauer von 0 bis 25 Jahren. Somit wurde 2011 bei einer Ehedauer von 0 bis 25 Jahre etwa jede 3. Ehe geschieden. Quelle: „Scheidungen - Maßzahlen zu Ehescheidungen 2000 bis 2012“ auf <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Ehescheidungen/Tabellen/MasszahlenEhescheidungen.html>

<sup>124</sup> Von Stieffamilien spricht man nach der erneuten Familiengründung eines oder beider geschiedener Elternteile. Alternative Familienformen sind Wohngemeinschaften mit Eltern und Kindern und nicht eheliche Lebensgemeinschaften.

<sup>125</sup> Melanie Kupsch: Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006, S. 8.

<sup>126</sup> Vgl. Renate Schmidt, „S.O.S. Familie – ohne Kinder sehen wir alt aus“, S. 59/60. Nähere Ausführungen dazu unter III. 2.2. „Wandel der Familienformen und demographische Entwicklung“.

<sup>127</sup> Gerhard Willke: „Die Zukunft unserer Arbeit“, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Buchdruckerei und Verlag Niedersachsen, Hannover, 1998, S. 210 f. Vgl. auch unter <sup>IV. 3.</sup> „Lebensökonomie: Beweggründe für und gegen Familie“.

## **2. Sozio-gesellschaftlicher Wandel der Familienformen**

Viele Eltern fühlen sich heute mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert und sind verunsichert im Umgang mit alltäglichen Erziehungsfragen. Anders als früher soll ein Kind heute weder „als ökonomische Absicherung“ dienen, „noch gehört es irgendwie mit zum Leben dazu. Ein Kind steht heute in der Regel für eine vielfach durchdachte Entscheidung – und hat eine Aufgabe: Es soll das Leben von Vater und Mutter bereichern, und zwar möglichst problemlos“<sup>128</sup>. Die heute größere Eigenverantwortlichkeit der einzelnen Familienmitglieder und zeitlicher Druck verschärfen existierende Schwierigkeiten im Zusammenleben der Familie im Vergleich zu den früher herrschenden starreren Familienformen. Einerseits soll die Familie den Anforderungen einer leistungsorientierten Gesellschaft möglichst offen und flexibel begegnen, andererseits soll sie eine Sicherheitszone schaffen für ihre eigenen Mitglieder und muss sich deswegen nach außen abgrenzen.

### **2.1. Der Individualisierungsprozess und seine Folgen**

Mit Individualisierung werde insbesondere die Auflösung industriegesellschaftlicher Lebensformen und deren Ablösung durch solche bezeichnet, in denen jeder Einzelne seine Biographie selbst erstellen muss, die Lebensführung und Lebensgestaltung also nicht mehr nach traditionellen Vorgaben erfolgt, sondern für die sozialstaatliche Regelungen entwickelter industrieller Arbeitsgesellschaften charakteristisch sind<sup>129</sup>. Die Menschen suchen heute nach Identität und Individualität. Dabei gehe der Trend von materiellen hin zu postmateriellen Werten, das heißt von ausschließlich auf Sicherheit und Versorgung bezogenen Werten hin zu auf Selbstverwirklichung und sozialen Status ausgerichtete Werte, die wiederum auf einer als gesichert erscheinenden materiellen Versorgung basieren<sup>130</sup>. Jene Absicherung in materieller Hinsicht kann jedoch nicht für jedes Individuum ohne weiteres vorausgesetzt werden. Mit dem Individualisierungsprozess gehen höhere persönliche Risiken einher. Ehe und Familie sind entscheidungsabhängig und müssen heutzutage „mit allen Widersprüchen als persönliches Risiko“ gelebt werden<sup>131</sup>.

Nicht nur die „biographische Selbstverständlichkeit“ von Ehe, sondern auch die der Mutterschaft, also der Frage, ob es zum Leben einer Frau dazu gehört, Kinder zu gebären und auf-

---

<sup>128</sup> Artikel von Katja Thimm: „Abends in die Elternschule“ in Der Spiegel Nr. 29/18.07.2005, S. 128.

<sup>129</sup> Ulrich Beck in „Die Erfindung des Politischen“ Suhrkamp 1993, S. 150 f.

<sup>130</sup> Gerhard Wilke: „Die Zukunft unserer Arbeit“, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Buchdruckerei und Verlag Niedersachsen, Hannover, 1998, S. 226.

<sup>131</sup> Ulrich Beck in „Die Erfindung des Politischen“ Suhrkamp 1993, S. 152.

zuziehen, hat ihre Bedeutung eingebüßt, während die Berufskarriere im Lebensentwurf der Frauen immer wichtiger geworden ist<sup>132</sup>. Für Frauen sind eine Ausbildung zu absolvieren und eine Berufskarriere zu starten und durchzuhalten mittlerweile von großer Wichtigkeit, da sie sich ihre Unabhängigkeit erarbeiten und erhalten müssen, selbst wenn sie verheiratet sind. Abgesehen davon, dass die Mehrzahl der Familien auf die Einkommen beider Elternteile angewiesen ist, werden Frauen insbesondere auch im Falle einer Scheidung nicht mehr weiter versorgt, wie es früher oftmals der Fall war<sup>133</sup>. Ob in der Ehe oder in einer Partnerschaft sind die Partner heute stärker gezwungen, als individuelle Akteure und Konstrukteure ihre eigenen Biographien zu gestalten und für ihre Zukunft vorzusorgen. In den meisten Fällen ist die Erwerbsbeteiligung Voraussetzung für eine Absicherung im sozialstaatlichen Gefüge und insbesondere für das Alter. In die Passform der Kleinfamilie müssen von daher zwei Einzelbiographien mit jeweils eigener Ausbildung und Berufskarriere zusammenverfolgt und zusammengehalten werden<sup>134</sup>.

Beruf und Familie werden von Frauen zumeist beide als wesentliche Elemente ihres Lebensentwurfs angesehen. Unterschiede weist jedoch ein Vergleich der Frauen nach ihren Bildungsabschlüssen auf. Individualistische Orientierungen und der Wunsch, nach einer längeren Berufsausbildung das Erlernte anzuwenden und darauf aufzubauen, sind bei Frauen mit einem hohen Bildungsabschluss und gehobenen Berufspositionen stärker ausgeprägt<sup>135</sup>. Für höher gebildete und beruflich erfolgreiche Frauen scheint es ungleich schwerer als für beruflich erfolgreiche Männer zu sein, eine feste Beziehung aufzubauen und eine Familie zu gründen. Frauen in Führungspositionen seien im Vergleich zu Männern in Führungspositionen nicht nur seltener verheiratet, sondern anders als Männer blieben in ihrem Beruf erfolgreiche Frauen trotz eines vorhandenen Kinderwunsches häufig kinderlos<sup>136</sup>. Im Jahre 2006 war der Anteil der Mütter mit 86 Prozent bei den Frauen mit niedriger Bildung am höchsten. Bei den Frauen, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügten, war der Anteil der Mütter mit 79 Prozent deutlich niedriger. Auch der Anteil der Frauen mit mehr als einem Kind nimmt mit steigendem Bildungsniveau ab. 63 Prozent der Frauen mit niedriger formaler Bildung hatten zwei oder mehr Kinder. Nur 57 Prozent der Frauen mit mittlerer Bildung und 53 Prozent der Frauen mit hoher Bildung hatten mehr als ein Kind<sup>137</sup>.

---

<sup>132</sup> Rüdiger Peuckert: „Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 364.

<sup>133</sup> Das Unterhaltsrecht wurde zum 1. Januar 2008 geändert, Nach § 1569 BGB hat grundsätzlich jeder Ehegatte nach der Scheidung die Obliegenheit, seinen eigenen Unterhalt selbst zu besorgen. Betreuungsunterhalt kann der geschiedene Ehegatte, der ein gemeinsames Kind pflegt und erzieht, grundsätzlich nur noch mindestens drei Jahre nach der Geburt des Kindes verlangen.

<sup>134</sup> Ulrich Beck in „Die Erfindung des Politischen“ Suhrkamp 1993, S. 152 f.

<sup>135</sup> Rüdiger Peuckert: „Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage, Oktober 2004, S. 365.

<sup>136</sup> Bettina Weiguny: „Karrierefrauen: Schön, erfolgreich und ohne Mann“ vom 07.09.2009 auf [www.faz.net](http://www.faz.net).

<sup>137</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007, S. 32. (Auf Fragen mit Bezug zur Bildung/Ausbildung wird insbesondere unter IV. 1. „Erwerbsarbeit und Aspekte zur Familiengründung“ eingegangen).

## 2.2. Wandel der Familienformen und demographische Entwicklung

Die Entwicklung der Geburten lässt Rückschlüsse auf die Situation von Familien und Kindern im gesamtgesellschaftlichen Kontext zu und hat Auswirkungen auf die zukünftigen Gesellschaftsstrukturen. Bereits heute ist die Bundesrepublik Deutschland – wie die meisten Industrieländer – durch eine verhältnismäßig schwach vertretene junge Generation gekennzeichnet. Die Lebenserwartung wächst und dadurch verschiebt sich die Altersstruktur ständig zugunsten der älteren Menschen. Bereits heute leben in Deutschland mehr 65-jährige oder ältere Menschen als 15-jährige und Jüngere<sup>138</sup>.

Die Zahl der Geburten ist seit Beginn des 20. Jahrhunderts stetig gesunken. Während eine Frau zur Jahrhundertwende im Durchschnitt noch 4,2 Kinder zu Welt brachte, waren es bereits 1915 nur noch 2,5 Geburten. In den 1930er Jahren lag die Geburtenziffer in Deutschland bei 2,2 Kindern<sup>139</sup>. Während der nationalsozialistischen Regierungszeit konnten Frauen ausschließlich als Mütter und Hausfrauen Ansehen und Wertschätzung erwerben und wurden fast gänzlich auf ihre biologischen Funktionen reduziert<sup>140</sup>. Dennoch wurden während des ‚Dritten Reiches‘ durchschnittlich weniger Kinder pro Familie geboren als zuvor. Nach dem Krieg stieg die Zahl der Geburten wieder an und erreichte im Jahr 1964 während des ‚Baby-Booms‘ knapp 1,4 Millionen Geburten, bei einer Geburtenziffer von rund 2,5 Geburten je Frau, sowohl in der DDR, als auch im früheren Bundesgebiet<sup>141</sup>. Damit lag die Zahl der durchschnittlichen Zahl von Geburten je Frau doppelt so hoch wie 2010<sup>142</sup>.

Die in den späten 50er und frühen 60er Jahren einsetzende Baby-Boom-Phase ging einher mit dem einsetzenden Wirtschaftswunder und der sozialen und wirtschaftlichen Stabilisierung im Land. Dazu trug aber auch bei, dass zu dieser Zeit das Leben in Ehe und Familie zur kulturellen Selbstverständlichkeit gehörte. In den 60er Jahren heiratete 95 Prozent der Bevölkerung und 95 Prozent aller Kinder wurden ehelich geboren<sup>143</sup>. Ab Mitte der 60er Jahre fiel die Geburtenrate jedoch stark ab und es kam zum so genannten „Zweiten Geburtenrück-

---

<sup>138</sup> Quelle: [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Aktuell](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/Aktuell) (November 2008).

<sup>139</sup> Statistisches Bundesamt: Zusammengefasste Geburtenziffer in Deutschland 1901 – 2010 (Durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau im gebärfähigen Alter von 15 bis 49 Jahren).

<sup>140</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 5. Auflage, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 44.

<sup>141</sup> Statistisches Bundesamt, „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden 2012, S. 6.

<sup>142</sup> ebenda.

<sup>143</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 34.

gang“, was insbesondere mit der Markteinführung der Pille in Zusammenhang stand<sup>144</sup> (so genannter Pillenknicke).

Die Häufung von nachgeholten und ohnehin anstehenden Geburten in den Nachkriegsjahren war vorüber und die Kinderzahl je Frau pendelte sich auf einem tiefen Niveau ein – ein Phänomen, das auch in anderen westlich-industriellen Gesellschaften zu beobachten war. Dabei ist Deutschland – insbesondere die alten Bundesländer betreffend – das weltweit einzige Land, in dem das niedrige Geburtenniveau von 1,4 Kindern je Frau bereits seit 30 Jahren zu beobachten ist. Im Vergleich mit anderen Ländern der Europäischen Union war die Bundesrepublik Deutschland bereits Anfang der 70er Jahre das Land mit dem niedrigsten Geburtenniveau von 1,9 Kindern je Frau. Die Geburtenhäufigkeit sank 1977 im früheren Bundesgebiet erstmalig auf 1,4 und erreichte Mitte der 80er Jahre mit weniger als 1,3 Kindern je Frau ihren Tiefpunkt<sup>145</sup>.

In den 70er Jahren stieg insbesondere der Anteil der Frauen stark an, die kinderlos blieben. Dieser Aspekt ist wesentlich für den Geburtenrückgang verantwortlich. 10 Prozent der Frauen des Jahrgangs 1940 blieben kinderlos. Diese Zahl verdoppelt sich bei den Frauen, die in den 50er Jahren geboren wurden. Auch die Zahl der „Spätgebärenden“, die ihr erstes Kind erst mit 30 Jahren oder älter zur Welt bringen, steigt. Dabei ist festzustellen, dass die späte Mutterschaft mit einem höheren Bildungsabschluss einhergeht: Je qualifizierter der Bildungsabschluss der Frauen, desto später werden sie Mutter und desto häufiger bleiben sie kinderlos<sup>146</sup>.

In der DDR hatte der ‚Babyboom‘ bereits früher als in der Bundesrepublik eingesetzt, genauso wie der anschließende Geburtenrückgang. Die DDR-Regierung versuchte mit verschiedenen Maßnahmen dem Geburtenrückgang entgegenzuwirken, zum Beispiel durch die Förderung Alleinerziehender, bevorzugter Behandlung von Eltern bei der Beschaffung von Wohnraum oder freien Haushaltstagen für Mütter. Mitte der 70er bis Anfang der 80er Jahre stieg die Geburtenrate noch einmal an, mit einem Höchstniveau von 1,9 Kindern je Frau im Jahre 1980<sup>147</sup>. Ein endgültiges Absinken der Geburtenzahlen in den 80er Jahren konnte aber nicht verhindert werden und in Folge der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche, die mit der deutschen Wiedervereinigung einhergingen, war in den ostdeutschen Bundesländern ein dramatischer Geburtenrückgang auf durchschnittlich 0,77 Kinder pro Frau zu verzeichnen.

---

<sup>144</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 35.

<sup>145</sup> Statistisches Bundesamt, „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden 2012, S. 6 und „Geburtenrends und Familiensituation in Deutschland“, Wiesbaden 2012, S.15.

<sup>146</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 37.

<sup>147</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007, S. 16.

1994 wurde ein Tiefpunkt mit 79.000 Geburten erreicht, nachdem 1989 noch 199.000 Kinder zur Welt gekommen waren<sup>148</sup>. Seit 1995 nimmt die Geburtenhäufigkeit in den neuen Bundesländern wieder zu, so dass die neuen und alten Bundesländer im Jahre 2007 etwa auf demselben Niveau von knapp 1,4 Kindern je Frau angelangten. Seit 2008 ist die Geburtenziffer in den neuen Bundesländern bereits höher als in den alten Bundesländern<sup>149</sup>. Die zusammengefasste Geburtenziffer des Jahres 2012 beträgt insgesamt 1,38 Kinder je Frau. Damit war sie geringfügig höher als im Vorjahr 2011 und entsprach dem Wert von 2008<sup>150</sup>.

Während Frauen in Ostdeutschland 1991 noch im Durchschnitt mit 24,9 Jahren und in Westdeutschland mit 27,1 Jahren ihr erstes Kind bekamen, waren es 2008 in Ostdeutschland im Durchschnitt 28,4 Jahre und in Westdeutschland sogar 29 Jahre<sup>151</sup>. Hieraus ergibt sich auch die geringere Wahrscheinlichkeit, ein zweites oder drittes Kind zu bekommen. Die Zahl potenzieller Mütter (Frauen zwischen 15 und 49) ist seit dem Jahr 1998, nachdem die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er und 1960er Jahre Kinder bekommen hatten, zurückgegangen und wird zukünftig weiter abnehmen<sup>152</sup>. Diese Entwicklung wird durch den aktuellen Altersaufbau der weiblichen Bevölkerung verursacht. Die Frauengruppe im Alter von 15 bis 49 Jahren schrumpft in den nächsten 15 Jahren weiter<sup>153</sup>. Die Entwicklung des Durchschnittsalters der Mütter bei ihrem ersten Kind verlief in Deutschland lange parallel zum Heiratsalter. Die Frauen der Jahrgänge 1942 bis 1946 bekamen ihr erstes Kind bereits mit durchschnittlich 23 Jahren. Bei den jüngeren Frauenjahrgängen stieg das Durchschnittsalter beim ersten Kind an und betrug bei den 1962 bis 1976 geborenen Müttern 26 Jahre. Bei den Frauen der Jahrgänge 1967 bis 1971 blieb sie bei 27 Jahren<sup>154</sup>. In den neuen Ländern waren die Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes deutlich jünger als in den alten Ländern. Erst bei den Frauen, die Mitte der 60er Jahre geboren wurden, nahm das Alter bei der Geburt des ersten Kindes zu. Für die 1967 bis 1971 geborenen Frauen beträgt es 24 Jahre<sup>155</sup>.

Die höchste Geburtenhäufigkeit wies 2006 in Deutschland die Gruppe der 30- bis 34-jährigen Frauen auf. An zweiter Stelle folgten die 25- bis 29-Jährigen. Noch Anfang der 70er Jahre hatten die 20- bis 24-jährigen Frauen die meisten Kinder zur Welt gebracht<sup>156</sup>. In den darauf folgenden Jahrzehnten verlief die Entwicklung im Osten und im Westen Deutschlands

---

<sup>148</sup> Rüdiger Peuckert: Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 28.

<sup>149</sup> Statistisches Bundesamt „Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland“, Wiesbaden 2012, S.15.

<sup>150</sup> ebenda.

<sup>151</sup> Quelle: [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/09/PD09\\_\\_327\\_\\_12641,templatelD=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2009/09/PD09__327__12641,templatelD=renderPrint.psml).

<sup>152</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007, S. 6.

<sup>153</sup> ebenda.

<sup>154</sup> Pressemitteilung Nr. 511 vom 18.12.2007 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, zur Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ vom Herbst 2006: Bundesweit wurden rund 12 500 Frauen im Alter von 16 bis 75 Jahren befragt.

<sup>155</sup> ebenda.

<sup>156</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007, S. 14.

sehr unterschiedlich. Beträchtliche Unterschiede im aktuellen Niveau und in der bisherigen Entwicklung der Geburtenzahl der altersbezogenen Kohorten zwischen neuen und alten Bundesländern zeigen sich für die Geburtsjahrgänge nach 1957. So ging die durchschnittliche Kinderzahl der 34-Jährigen von der Kohorte 1957 bis zur Kohorte 1970 im früheren Bundesgebiet um 20 Prozent und in den neuen Ländern um 29 Prozent zurück. Bezogen auf das Jahr 2006 waren die 30- bis 34-jährigen Frauen zu 42 Prozent im Westen und zu 31 Prozent im Osten Deutschlands kinderlos<sup>157</sup>.

Während von 1974 bis 2001 noch die 25- bis 29-Jährigen die meisten Kinder zur Welt brachten, wurden sie 2002 durch die Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen abgelöst. Seit Mitte der 70er Jahre war die Geburtenhäufigkeit dieser Altersgruppe sehr stark angestiegen, stagnierte aber seit 2004. Derzeit steigt lediglich in den alten Bundesländern – auf sehr niedrigem Niveau – die Geburtenhäufigkeit der höheren Altersgruppen bei den ab 35-Jährigen<sup>158</sup>. Obgleich ein gewisses Maß an Kinderlosigkeit in Deutschland schon lange vorherrscht, so ist für die letzten 20 Jahre ein sehr deutlicher Anstieg zu verzeichnen, der vor allem mit dem Bildungsstand in Zusammenhang zu stehen scheint. Insbesondere in den alten Bundesländern zeigt sich, dass Kinderlosigkeit mit dem Bildungsstand ansteigt. Unter den 40 bis 75 Jahre alten Frauen (Geburtsjahrgänge 1931 bis 1966) hat jede siebte mit niedrigem (weder Abitur oder Fachabitur, noch berufliche Ausbildung), aber jede fünfte Frau mit hohem Bildungsstand (Fachschul-, Fachhochschul- oder Hochschulabschluss) keine Kinder<sup>159</sup>.

Familien werden heute später gegründet und werden kleiner. Der Nichtfamiliensektor wird größer und stabilisiert sich. Dies sind die bereits formulierten Kernbefunde zur heutigen demographischen Lage in Deutschland. Allgemein lässt sich feststellen, dass junge Menschen heute einen geringer ausgeprägten Kinderwunsch zu haben scheinen als dies früher der Fall war. Insbesondere die Zahl der jungen Menschen, die überhaupt keine Kinder bekommen wollen, ist deutlich gestiegen. Insgesamt 23 Prozent der im Rahmen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung befragten Männer gaben an, sich keine Kinder zu wünschen, während sich 15 Prozent aller Frauen keine Kinder wünschten<sup>160</sup>.

Der Kinderwunsch wird vielfach auf einen späteren Lebensabschnitt verschoben, in dem sich das ‚biologische Fenster‘ bereits zu schließen beginnt. Wenn in dieser Phase kein geeigneter

---

<sup>157</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007, S. 18 f.

<sup>158</sup> ebenda, S. 14.

<sup>159</sup> Pressemitteilung Nr. 511 vom 18.12.2007 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, zur Sondererhebung „Geburten in Deutschland“ vom Herbst 2006: Bundesweit wurden rund 12 500 Frauen im Alter von 16 bis 75 Jahren befragt.

<sup>160</sup> Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Wiesbaden: „Kinderwünsche in Deutschland – Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik“, Mai 2005, herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart, S. 20.

Partner gefunden wird, bleibt der Kinderwunsch oftmals unerfüllt. Eheschließungen werden vor allem wegen des Strebens junger Menschen nach Unabhängigkeit und Selbstständigkeit aufgeschoben, aber auch aufgrund der Angst vor möglicher Arbeitslosigkeit. Viele junge Menschen, die keine Kinder bekommen wollen, geben hierfür als Grund die Wahrung ihres bisherigen Lebensstandards an. Darüber hinaus fürchten Kinderlose offenbar viel stärker als Eltern, ihr Leben mit Kindern nicht mehr so genießen zu können wie bisher<sup>161</sup>. Insofern spielt die gesellschaftliche Einstellung gegenüber Kindern und Familien eine nicht zu unterschätzende Rolle, wenn es um die Frage geht, wie sich die Geburtenzahl zukünftig entwickeln wird.

---

<sup>161</sup> Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung Wiesbaden: „Kinderwünsche in Deutschland – Konsequenzen für eine nachhaltige Familienpolitik“, Mai 2005, herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart, S. 31.



### III. Frauen im Fokus

Die der Frauen- und Familienforschung zugewiesene Vereinbarkeitsforschung setzt sich mit Wechselwirkungen verschiedener Lebensbereiche auseinander und wurde in den vergangenen Jahrzehnten von der Untersuchung des Verhältnisses von Arbeit und Leben um das Thema „Work-Life Balance“ erweitert. Vor dem Hintergrund sinkender Geburtenraten in den westlichen Industrieländern und einer verstärkten Erwerbsintegration von Frauen stehen im wissenschaftlichen und politischen Diskurs weiterhin weibliche Lebenszusammenhänge im Vordergrund<sup>162</sup>. Die historisch bedingte Trennung der Erwerbsarbeit und Reproduktionsarbeit<sup>163</sup> zwischen Mann und Frau dominiert noch heute die konkreten Lebensumstände von Familien und ist verbunden mit den als „Vereinbarkeitsproblemen“ bezeichneten Erfahrungen, mit denen vor allem Frauen konfrontiert sind<sup>164</sup>. Aus diesem Grund soll den Frauen in dieser Arbeit ein eigener Abschnitt gewidmet werden.

In der Frauen- und Geschlechterforschung werden die mit dem Geschlecht verbundenen Fragen der Hierarchisierung und Exklusion behandelt. Nach wie vor können deutliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern festgestellt werden, die sich nicht nur in der Wissenschaft nachvollziehen lassen, sondern vor allem in der Gesellschaft zum Ausdruck kommen. Die Geschlechterforschung geht auf die Frauenbewegung zurück, die sich seit den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts zunächst mit der Forschung von Frauen über Frauen beschäftigte, insbesondere unter dem Blickwinkel, dass Frauen bisher nicht Gegenstand von Untersuchungen und Forschungen gewesen waren. Erst nach und nach entwickelte sich die Frauenforschung zunehmend hin zu den „Gender Studies“ von heute. Die Geschlechterforschung beschäftigt sich unter anderem mit der Frage, wie stark der Alltag von Geschlechterverhältnissen geprägt ist. Untersucht werden vor allem Auswirkungen im rechtlichen Bereich, im Arbeitsbereich, in den verschiedenen Wissenschaftsdisziplinen, in den Medien oder der Politik. Da im vorangegangenen Kapitel bereits behandelt wurde, wie sich die Geschlechterverhältnisse mit Blick auf die Familie historisch entwickelt haben, soll im Folgenden insbesondere die Veränderung der Rolle der Frauen betrachtet werden.

---

<sup>162</sup> Kerstin Jürgens: „Arbeits- und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 101 ff.

<sup>163</sup> Nähere Ausführungen unter IV. 2. 2. „Reproduktives Verhalten, reproduktive Entscheidungen“.

<sup>164</sup> Kerstin Jürgens: „Arbeits- und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 105.

## **1. Frauenpolitik und Frauenbewegung**

Der eigentliche Antrieb für die Veränderung der Geschlechterverhältnisse war die Frauenbewegung. Insbesondere seit den 70er Jahren hat sie zu nachhaltigen Veränderungen in der deutschen Gesellschaft und der Politik in Deutschland beigetragen. Auch die Frauenpolitik ist als Politik von und für Frauen eng mit der Frauenbewegung verknüpft. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sind sowohl Ziele der Frauenpolitik, als auch der Frauenbewegung. Familienpolitische Anliegen wurden von der Frauenbewegung jedoch zum Teil bewusst ausgeklammert. Dies betrifft insbesondere Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die für eine wachsende Zahl von Frauen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts bedeutsam wurden. In den Augen der damaligen Frauenbewegung konnten sich Frauen aber nur dann von den Männern emanzipieren, wenn sie keine Kinder hatten.

Die deutsche Frauenbewegung lässt sich in drei historischen Abschnitten erläutern<sup>165</sup>. Die „erste Frauenbewegung“ erkämpfte sich grundsätzliche demokratische Rechte, zu denen das Wahlrecht, das Arbeitsrecht und das Recht auf Bildung zählen. In den 60/70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts konzentrierte sich die „zweite Frauenbewegung“ vor allem auf Gleichstellungsfragen und versuchte, ein breites Bewusstsein gegen die Unterdrückung von Frauen in der Gesellschaft zu schaffen. In den 90er Jahren entwickelte sich die „dritte Frauenbewegung“, die für die Unterdrückung der Frauen einen differenzierten Erklärungsansatz suchte, nach dem die soziale Lage der Frauen beispielsweise in Hinblick auf Herkunft und Bildung zu einem wesentlichen Anteil Einfluss auf ihre gesellschaftlichen Chancen habe. Als soziale Bewegung war die Frauenbewegung von ihren frühen Anfängen im ausgehenden 18. Jahrhundert<sup>166</sup> an darauf gerichtet, sozialen und gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Im Zentrum stand vor allem die Bekämpfung von Ungerechtigkeiten im Geschlechterverhältnis und sozialen Ungleichheiten.

### **1.1. Die „erste Frauenbewegung“**

In Deutschland markierte die 1848er Revolution die Anfänge einer deutschen Frauenbewegung. Erstmals wurden – von den Vorgängen in Frankreich inspiriert – frauenspezifische

---

<sup>165</sup> Im Folgenden wird Bezug genommen auf die Einteilung unter „Historische Dimension“, die Eva Flicker vorgenommen hat, in: „Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien“ in „Medien – Politik – Geschlecht: feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, Johanna Dorer (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 124 ff.

<sup>166</sup> Als „Zeitenwende in den Geschlechterbeziehungen“ nennt Ute Gerhard die Französische Revolution im Jahre 1789, vgl: Ute Gerhard: „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C. H. Beck, München 2009.

Interessen in der Öffentlichkeit zur Sprache gebracht und Unrechtserfahrungen artikuliert. Mit der „Frauen-Zeitung“ erhielt die erste deutsche Frauenbewegung ein Sprachrohr<sup>167</sup>. In ihren Ausgaben von April 1849 bis zu ihrem Verbot 1850 erschienen Berichte und politische Kommentare und Essays, die sich zunächst vor allem mit den Themen Freiheit, Selbstbestimmung und einem einigen Deutschland auseinandersetzten, bis sie zu „einem Medium der Mobilisierung und einem Organ für Fraueninteressen“<sup>168</sup> wurde. Die zahlreichen zum Ende der Märzrevolution neu gegründeten Frauenvereine tarnten sich und ihre Interessen oftmals, indem sie als „Demokratische Frauenvereine zur Unterstützung hilfsbedürftiger Familien“ auftraten. Ihre Vereine mussten mit Repressionen kämpfen, Frauenclubs waren verboten, ihre Mitglieder verfolgt und drangsaliert worden. Hieran zeigt sich, dass diese erste Frauenbewegung in Deutschland und europaweit von den Staatsgewalten als gefährlich eingeschätzt wurde<sup>169</sup>.

Um die Jahrhundertwende setzte eine bürgerliche Frauenbewegung ein, die Gründungen neuer Frauenvereine auf allen Ebenen auslöste, die sich wiederum alle dem „Bund Deutscher Frauenvereine“ anschlossen. Ein neues Vereinsgesetz erlaubte Frauen im Jahre 1908 erstmals in Parteien und Gewerkschaften einzutreten. Frauen konnten von nun an Parteimitglieder werden, obgleich sie weder wählen noch gewählt werden konnten<sup>170</sup>. Ebenfalls 1908 wurde mit Luise Zietz zum ersten Mal eine Frau in den Vorstand einer Partei – der SPD – gewählt. Aber auch innerhalb der Sozialdemokratie blieb die Beteiligung von Frauen an Parteiämtern und allgemeiner aktiver Mitarbeit eng begrenzt<sup>171</sup>.

Als Meilenstein in der Geschichte der Rechte der Frauen gilt das Jahr 1918, in dem Frauen in Deutschland das aktive und passive Wahlrecht erlangten<sup>172</sup>. Trotz der formalen gesetzlichen Gleichstellung zeigten sich aber in der Realität zunächst keine Veränderungen und trotz der politischen Gleichberechtigung von Mann und Frau blieb die Anzahl der Frauen im Parlament der Weimarer Republik mit acht Prozent verschwindend gering<sup>173</sup>. Fest steht jedoch, dass ohne die Frauenbewegung und ohne die Hartnäckigkeit der Frauen, die sich zu-

---

<sup>167</sup> Ute Gerhard: „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C. H. Beck, München 2009, S. 37.

<sup>168</sup> ebenda.

<sup>169</sup> ebenda, S. 44 f.

<sup>170</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 33.

<sup>171</sup> ebenda, S. 39.

<sup>172</sup> Am 19. Januar 1919 waren 17 Millionen Frauen und 15 Millionen Männer wahlberechtigt. Die Wahlbeteiligung betrug bei den Frauen 82,3 % und bei den Männern 82,4 %. 310 Frauen hatten kandidiert, 41 Parlamentarierinnen zogen in die Nationalversammlung ein (9,6 % der insgesamt 423 Abgeordneten).

<sup>173</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 25.

sammengeschlossen hatten, um ihre Forderungen immer wieder in der Öffentlichkeit vorzutragen, es nicht allmählich zu einem Wandel gekommen wäre<sup>174</sup>.

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 wurden Frauen der nationalsozialistischen Weltanschauung folgend auf ihren Platz in Familie und Haus verwiesen. Beamtinnen wurden entlassen, weiblichen Berufstätigen wurde das Gehalt gekürzt und ein Numerus Clausus von 10 Prozent für Studentinnen eingeführt<sup>175</sup>, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Der Bund Deutscher Frauenvereine löste sich im Jahre 1933 selbst auf, um einer Gleichschaltung zu entgehen. Die Auflösung bedeutete das Ende einer eigenständigen Frauenbewegung in Deutschland<sup>176</sup>. Im Jahre 1949 wurde der Deutsche Frauenrat als Dachverband unterschiedlichster Frauenverbände, die zum Teil wieder gegründet worden waren, errichtet. Er besteht bis heute und umfasst 47 Mitgliedsverbände mit rund 11 Millionen Mitgliedern, die in ihren Organisationen vertreten sind<sup>177</sup>.

## **1.2. Die „zweite Frauenbewegung“**

Diese „neue“, zweite Frauenbewegung entstand Ende der 60er Jahre und war Teil der Bürgerrechts- und Protestbewegung, die sich gegen eine Wiederbewaffnung und Atomwaffen und das konservativ-autoritär geprägte politische Klima in Deutschland wendeten. Die Nachkriegsgeneration und insbesondere die Studierenden suchten die Konfrontation mit der Kriegsgeneration und sahen sich dem Kampf gegen das Vergessen verpflichtet. Dabei bediente sich die „68er-Generation“ auch antibürgerlicher und antifamiliärer Reflexe. Der „neuen Frauenbewegung“ ging es nicht mehr allein um ihre Gleichberechtigung und Partizipation im bestehenden System, sondern um eine grundsätzliche Veränderung der Gesellschaft, eine andere Politikform und die politische Teilhabe von Frauen<sup>178</sup>. Die Frage nach Familie und Kindern wurde mehrheitlich ausgeblendet. Vielmehr ging es darum, den Frauen Autonomie zu verschaffen. Die „neue Frauenbewegung“ machte sich für die Streichung des Abtreibungsparagrafen § 218 StGB stark. Zugleich bekämpfte sie den „Weiblichkeitswahn“, den sie, vorneweg Alice Schwarzer, Anfang der 80er Jahre im Zuge gestiegener Arbeitslo-

---

<sup>174</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 41.

<sup>175</sup> Ute Gerhard: „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C. H. Beck, München 2009, S. 97.

<sup>176</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 42 f.

<sup>177</sup> ebenda, S. 53.

<sup>178</sup> Ute Gerhard: „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C. H. Beck, München 2009, S. 110.

sigkeit in Form einer Rückkehr zur Mütterlichkeit und Rückbesinnung auf die ‚heile Familie‘ drohen sah<sup>179</sup>.

Seit den 70er Jahren engagierten sich mehr und mehr Frauen in Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen und in der Friedensbewegung. Seit dem Einzug der Partei „Die Grünen“ in den Bundestag 1983 waren erstmals erklärte Feministinnen als Funktionsträgerinnen in einflussreichen Positionen der Politik vertreten. Die Quotierungsdebatte und der Entwurf eines Antidiskriminierungsgesetzes, der sich 1986 noch nicht als mehrheitsfähig erwies, gingen auf sie zurück und schließlich waren es auch diese Frauen, die den Anstoß für eine Gleichstellungspolitik gaben, aus dem sich ein politisch-administratives System von Gleichstellungsstellen auf Kommunal- und Länderebene etablierte<sup>180</sup>. Ebenso entwickelte sich seit den 80er Jahren das Gebiet der Frauenforschung mit eigenen Lehrstühlen in verschiedenen Fachbereichen, wie auch auf außeruniversitärer Ebene mit Forschungsinstitutionen, die auf Länderebene oder eigenständig organisiert sind.

### **1.3. Die „dritte Frauenbewegung“**

Als historische Zäsur für Frauenfragen und den Feminismus gilt das Jahr 1989. Die Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten veränderte die politischen Prioritäten und Diskurse grundlegend. Begriffe wie „Gleichberechtigung“ und „Emanzipation“ galten in der DDR als staatlich verordnete Frauenpolitik, so dass es aufgrund der unterschiedlichen Erfahrungen und Lebenslagen der Menschen in Ost und West schnell zu Missverständnissen und Differenzen kam und es den Frauenbewegungen in Ost und West nicht gelang, aus dem Vereinigungsprozess als gemeinsame politische Kraft hervorzugehen<sup>181</sup>.

Die „dritte Frauenbewegung“ tritt nicht mehr, wie zum Teil die „neue“ bzw. zweite Frauenbewegung in Form größerer Protestdemonstrationen in Erscheinung, aber ihre Ziele orientieren sich an denen der zweiten Phase. Ein allgemeiner gesellschaftlicher Wertewandel scheint nach wie vor nicht verwirklicht zu sein und so konzentriert sich die Frauenbewegung in ihrer aktuellen dritten Phase darauf, die Gleichberechtigung der Geschlechter weiter voranzutreiben. Junge Feministinnen vernetzen sich heute über das Internet und arbeiten zum Teil an globalen Projekten, die für „Frauenrechte als Menschenrechte“ kämpfen, Menschenrechtsverletzungen und speziell Gewalt gegen Frauen anprangern. Insbesondere für Frauen der

---

<sup>179</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 71.

<sup>180</sup> Ute Gerhard: „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C.H. Beck, München 2009, S. 117.

<sup>181</sup> ebenda, S. 121.

Dritten Welt soll eine Plattform geschaffen werden. Dieser so genannte Third Wave Feminismus<sup>182</sup> wird ebenfalls der „dritten Frauenbewegung“ zugerechnet.

In Deutschland gilt der mit der Frauenbewegung stets in Verbindung gebrachte „Feminismus“ bei der jungen Generation zum Teil als überholt und der Zeit nicht mehr angemessen. Eine emanzipierte Frau zu sein gilt als progressiv, genauso, wie es auch für einen Mann als progressiv gilt, eine emanzipierte Frau an seiner Seite zu haben<sup>183</sup>. Auch wenn „Feminismus“ nicht mehr „in“ ist, so kann behauptet werden, dass es nicht nur normal geworden ist, über das Verhältnis zwischen den Geschlechtern zu diskutieren, sondern das Erreichte inzwischen zum Alltag gehört<sup>184</sup>. Einzelne Forderungen, wie die nach gleichem Lohn bei gleicher Arbeit, bleiben hingegen aktuell<sup>185</sup>.

Obleich die heute jüngere Generation der Frauen für sich beanspruchen mag, genauso leistungs-, durchsetzungsstark oder auch karriereorientiert zu sein wie die Männer, so sehen sich auch jüngere Frauen nach wie vor strukturellen Barrieren auf dem Arbeitsmarkt und bei der Frage, wie sie Familie und Job vereinbaren können, ausgesetzt. Auch die „dritte Frauenbewegung“ muss sich damit auseinandersetzen, dass im neuen Jahrtausend die ‚Frauenfrage‘ weiterhin eine ‚Kinderfrage‘ ist. Wollen Frauen nicht auf Familie verzichten, müssen sie bezüglich ihres Berufslebens noch allzu oft Zugeständnisse machen, die den Männern kaum abverlangt werden, da es meist die Frauen sind, die ihre Berufstätigkeit zugunsten von Kindererziehung einschränken. Die Frauenbewegung hat nicht nur auf vielfältige Weise zu Modernisierungsprozessen beigetragen, indem sie diese beeinflusst und gefördert hat, sondern hat Modernisierungsprozesse auch gehemmt<sup>186</sup>.

So lässt sich schlussfolgern, dass die Frauenbewegung allgemein betrachtet in Hinblick auf die Vereinbarkeitsproblematik wenig zur Lösung bestehender Probleme beigetragen konnte, sondern sie im Ergebnis eher verschärft hat. Grund hierfür ist, dass Frauen, die ihre berufliche Selbstständigkeit bewahren wollten oder mussten, mit ihren Sorgen nicht ausreichend wahr genommen wurden, da sich die Frauenbewegung mit Familienfragen bzw. Familienaufgaben nicht auseinandergesetzt hat.

---

<sup>182</sup> Ute Gerhard: „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C.H. Beck, München 2009, S. 123.

<sup>183</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 5. Auflage, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 100.

<sup>184</sup> ebenda.

<sup>185</sup> Vgl. auch IV. 5.2. „Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern“.

<sup>186</sup> Vgl. Eva Flicker: „Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien“ in „Medien – Politik – Geschlecht: feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, Johanna Dorer (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 126.

Mit dem Eintritt in das neue Jahrtausend sind Frauenfragen jedoch immer häufiger mit Familienfragen kombiniert worden. Gleichstellungsbeauftragte der Länder und Kommunen sind heute überwiegend auch für Fragen der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zuständig und Anlaufstelle für Familien. Auch im Bereich des „Gender Mainstreaming“, mit dem Gleichstellung in der täglichen Arbeit ermöglicht werden soll, werden zunehmend Lebensentwürfe berücksichtigt, bei denen Familie und Beruf gleichermaßen im Mittelpunkt stehen. Es kommt darauf an, dass die unterschiedlichen Bereiche der Frauen- und Familienpolitik sowohl gemeinsam als auch getrennt voneinander betrachtet und behandelt werden und Familienfragen in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt werden, um ihnen gerecht werden zu können. Dies ist vor allem auch die Aufgabe einer kombinierten Frauen- und Familienpolitik.

## **2. Berufliche Segregationsphänomene auf dem Arbeitsmarkt**

Von beruflicher Segregation ist im Zusammenhang mit einer steten und bestimmten Zuweisung sozialer Gruppen zu bestimmten Arbeitsplätzen und Berufen die Rede. Eine geschlechtliche Segregation des Arbeitsmarkts zeigt sich auf zwei Ebenen – zum einen horizontal, besonders in den jeweils einem Geschlecht zugeschriebenen Berufsfeldern. Zum anderen ist sie auch vertikal feststellbar durch die Unterrepräsentation von Frauen in Führungspositionen und dem von Frauen dominierten Teilzeitarbeitsmarkt<sup>187</sup>. Die branchenspezifische Segregation des Arbeitsmarkts ist vor allem auf das zwischen Männern und Frauen unterschiedliche Berufswahlverhalten zurückzuführen und verfestigt sich einer Studie zufolge aufgrund des Einstellungsverhaltens der Betriebe weiter<sup>188</sup>. Sowohl in frauendominierten als auch in männerdominierten Betrieben in allen Bereichen der Wirtschaft sind geschlechtsspezifisch unterschiedliche Beschäftigungsformen vorzufinden. So haben auch in frauendominierten Betrieben Frauen zum einen nur unterdurchschnittlich häufig Führungsaufgaben inne und zum anderen finden Frauen auch in diesen Betrieben keine günstigeren Möglichkeiten der Ausbildung vor, zeigte die Untersuchung.

Die genannte horizontale und vertikale Segregation des Arbeitsmarktes kann sowohl als Ursache als auch Folge von Sozialisationsprozessen bezeichnet werden, insbesondere in Hinblick auf die Übernahme der Haus- und Familienarbeit vor allem durch Frauen<sup>189</sup>. Die gesell-

---

<sup>187</sup> GenderKompetenzZentrum – Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin : „Equal Pay als mehrdimensionale Gleichstellungsfrage – Daten und Faktoren; Zusammenfassung der Fachtagung am 19. Juni 2008, S.2 ff.

<sup>188</sup> „Gleich und doch nicht gleich: Frauenbeschäftigung in deutschen Betrieben - Auswertungen des IAB-Betriebspanels 2008“, IAB Forschungsbericht, Ausgabe 4/2009 (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg), S. 55.

<sup>189</sup> Kerstin Jürgens: „Arbeits- und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 106.

schaftliche Arbeitsteilung zwischen Berufs- und Familienarbeit soll für die Undurchlässigkeit der vorherrschenden Arbeitsmarktstrukturen verantwortlich sein, indem sie eine qualitative Verschiedenheit zwischen dem Arbeitsvermögen von Männern und Frauen schafft. Hinzu kommt, dass Frauen in mehreren Berufsfeldern, die insbesondere dem gewerblich-technischen Bereich zuzuordnen sind, fast gar nicht vorkommen<sup>190</sup>. Erklärt wird dieses Phänomen mit dem Frauen durch ihre Sozialisation vorgegebenen Rollenverhalten, das in das spätere Berufsleben übernommen wird. Typische, von ‚weiblichen Verhaltensmustern‘ geprägte Erwerbsarbeiten sind vornehmlich in den Tätigkeitsbereichen anzutreffen, in denen niedrige Löhne, schlechtere Arbeitsbedingungen und schlechte Aufstiegsmöglichkeiten vorherrschen<sup>191</sup>.

Nicht nur das Geschlecht, sondern auch die nationale Herkunft kann den Berufsweg und die beruflichen Chancen vorbestimmen, indem geschlechts- und herkunftsspezifische Rekrutierungs- und Selektionspraktiken bei Arbeitgebern die Beschäftigungschancen insbesondere von Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund einschränken. Grund hierfür können die pauschale Zuschreibung von Fähigkeiten sowie Vorurteile sein, die organisatorisch und institutionalisierten Motiven bzw. der „statistischen Diskriminierung“ zuzurechnen sind<sup>192</sup>. Nach dem „Konzept des individuellen Wahlverhaltens“ soll eine geschlechtsspezifische berufliche Segregation jedoch insbesondere daher rühren, dass sich Frauen für einige wenige Berufe entscheiden, die ihnen die Vereinbarung von Beruf und Familie sowie den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Erwerbspause ermöglichen sollen<sup>193</sup>. Hierbei wird unterstellt, dass strategische Gesichtspunkte ausschlaggebend sind und Frauen und Männer ihre Lebensläufe individuell beeinflussen und steuern können. Demnach kommt es beispielsweise darauf an, eine individuelle Wahl der Ausbildung und den Berufsweg prägende Entscheidungen zu treffen. Da mit Bildung und Berufserfahrung individuell in das Humankapital investiert wird und diese Investitionen auf dem Arbeitsmarkt direkt in ein höheres Einkommen umgesetzt werden können, liegt der durchschnittlich geringere Verdienst von Frauen in ihrer Wahl für Berufe mit geringeren Einkommen begründet.

Dieses Erklärungsmuster des individuellen Wahlverhaltens blendet aber weitere wesentliche Gründe einer beruflichen Segregation aus und scheint für sich genommen als nicht ausreichend. Folgt man den Ausführungen von Bourdieu, werden die Wahlfreiheiten der Menschen bereits durch den klassenspezifischen Habitus stark eingeschränkt<sup>194</sup>. Demnach würde sich die

---

<sup>190</sup> Prof. Dr. Heide M. Pfarr, Christine Fuchsloch: „Quoten und Grundgesetz. Notwendigkeit und Verfassungsmäßigkeit von Frauenförderung“, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1988, S. 184 f.

<sup>191</sup> ebenda, S. 185.

<sup>192</sup> Christian Imdorf: „Schulqualifikation und Berufsfindung – Wie Geschlecht und nationale Herkunft den Übergang in die Berufsbildung strukturieren“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 96.

<sup>193</sup> ebenda, S. 93.

<sup>194</sup> Vgl. Erläuterungen unter IV 2.1.2. „Bourdieu's Modell des sozialen Raumes“.



Arbeitsplatzsuche für privilegierte Milieus einfacher darstellen als für Frauen und Männer aus weniger privilegierten sozialen Schichten. Während die einen eher Kenntnis über attraktive Stellen erlangen oder für solche Stellen empfohlen werden, bleiben Stellen, die weniger Berufsprestige versprechen, für die weniger Privilegierten und schlechter ‚Vernetzten‘ übrig<sup>195</sup>. In diesem Zusammenhang lässt sich feststellen, dass Frauen oftmals schlechter vernetzt sind als Männer. Dies hat zum einen damit zu tun, dass sie ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder reduzieren und somit weniger eingebunden sind in berufliche Netzwerke als Männer. Zum anderen sehen sich Frauen aber auch weniger in der Rolle einer Netzwerkerin oder „Strippenzieherin“, als dies bei den Männern der Fall sein soll<sup>196</sup>. Darüber hinaus halten sie die Mitgliedschaft in Netzwerken bei der Gestaltung ihrer Karriere selbst für weniger ausschlaggebend<sup>197</sup>.

Die geschlechtliche Segregation des deutschen Arbeitsmarkts, die mit einem ungleichen sozialen Status von Männern und Frauen einhergeht, wird die Arbeitswelt wohl auch noch in absehbarer Zukunft kennzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass es weiterhin auf Geschlechter zugeschriebene Erwerbsbiografien geben wird, solange die Aufgaben der Familien- und Erziehungsarbeit ganz überwiegend von Frauen übernommen wird, während die Männer mehrheitlich die Rolle des „Hauptnährers“ übernehmen.

### **3. Frauenerwerbstätigkeit im Zeitverlauf**

Der Altersdurchschnitt der Bevölkerung der Bundesrepublik steigt. Wie auch in den meisten westlichen Ländern, nimmt die Zahl der jüngeren Menschen ab im Verhältnis zu einem größer werdenden Anteil immer älter werdender Menschen. Mit dem so genannten demographischen Wandel wird ein zunehmender Rückgang der Erwerbstätigen einhergehen. Vor diesem Hintergrund erlangt nicht nur eine nachhaltige Familienpolitik verbunden mit dem Ziel, die Geburtenrate zu erhöhen und damit der demografischen Entwicklung entgegenzuwirken, einen höheren Stellenwert. Ein weiterer Aspekt, der in der politischen Diskussion eine zunehmend größere Rolle spielt, ist die Steigerung der Frauenerwerbstätigkeit. Sie soll dazu beitragen, den für die Zukunft prognostizierten Arbeits- bzw. Fachkräftemangel zu vermeiden oder zumindest abzumildern. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Arbeit erscheint es in Folge dessen für geboten, der Frauenerwerbstätigkeit ein eigenes Kapitel zu widmen, bevor

---

<sup>195</sup> Christian Imdorf: „Schulqualifikation und Berufsfindung – Wie Geschlecht und nationale Herkunft den Übergang in die Berufsbildung strukturieren“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 95.

<sup>196</sup> Vgl. Auswertung des Fragebogens, VI. 4.7.2.1 „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>197</sup> Judith Kleinmeyer und Sandra Busch-Janser (Hrsg.): „Die Strippenzieherinnen. Welche Frauen stehen im Hintergrund“, polisphere library Berlin/München/Brüssel 2008, S. 14.

später im Zusammenhang mit dem Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nochmals auf die spezifischen Probleme für Frauen bzw. Mütter eingegangen wird.

### 3.1. Frauenerwerbstätigkeit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert

Im Zuge der Trennung der Haushaltsarbeit und der Erwerbsarbeit um 1900 kam es verstärkt zu einer geschlechtsspezifischen Aufgabenteilung, die auch durch das geschlechtsspezifisch differenzierte Bildungswesen und durch gesellschaftliche Normvorgaben gesichert wurde. Das Normalarbeitsverhältnis bildete sich heraus, indem die Männer als zuständig für die Ernährung und damit für das Einkommen der Familie galten, während die verheirateten Frauen für die Familie zuständig waren und ihr Einkommen auf dem Erwerbsmarkt zumeist einem Hinzuverdienst entsprach. Von den allein stehenden Frauen waren Ende des 19. Jahrhunderts etwa 70 Prozent erwerbstätig. Die Zahl der verheirateten Frauen, die zu dieser Zeit einer Erwerbstätigkeit nachgingen lag bei 10 Prozent<sup>198</sup>. Verheiratete Frauen waren zumeist nur dann erwerbstätig, wenn der Verdienst des Mannes nicht für den Lebensunterhalt der Familie ausreichte.

Die erwerbstätigen Frauen gehörten aufgrund des von ihnen erwarteten diskontinuierlichen Erwerbsverhaltens meist zu den unqualifiziert Beschäftigten und sie erhielten im Durchschnitt nur zwei Drittel des Lohns der Männer. Den Frauen, denen der Einstieg in einen kaufmännischen Beruf gelang, blieb der Aufstieg meist verwehrt, da lediglich von ihrer vorübergehenden Erwerbstätigkeit bis zur Heirat ausgegangen wurde<sup>199</sup>.

Auch im akademischen Bürgertum war Bildung, bis auf schöngestige Bildungsinhalte den Männern vorbehalten, während Frauen auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter vorbereitet wurden. Erst seit dem Jahre 1886 war es Mädchen erlaubt, das Abitur zu erwerben. Erstmals 1900 durften Frauen studieren<sup>200</sup>. Es waren die bürgerlichen Frauen, denen bisher nur die Aufgaben des Repräsentierens und Führens des Haushaltes zugeschrieben wurde, die das Recht auf Ausübung einer Erwerbsarbeit erhalten wollten – obgleich die Bedingungen, unter denen die meisten Frauen arbeiteten, sehr schlecht waren.

---

<sup>198</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 21.

<sup>199</sup> ebenda, S. 22/23.

<sup>200</sup> Frauen erhielten Zugang zu den Universitäten in Baden (1900), Bayern (1903), Württemberg (1904), Sachsen (1906), Thüringen (1907), Hessen, Preußen, Elsaß-Lothringen (1908) und in Mecklenburg (1909); aus: Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 32.

Nachdem sich die Situation der Frauen mit der Einführung von Mindestlöhnen, dem Mutterchutz und einer Reihe anderer „Frauengesetze“ im Jahre 1922 zu verbessern schien, brachte die Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre auch in den Folgejahren eine spürbare Verschlechterung für die Erwerbssituation der Frauen mit sich, die sich in den Zeiten des Nationalsozialismus fortsetzte<sup>201</sup>. So gab es während des Nationalsozialismus keine Frauen in wichtigen Positionen von Staat und Partei. Frauen wurden aus dem öffentlichen Dienst herausgedrängt und an den Universitäten wurde eine Beschränkung neuer Immatrikulationen bei 10 Prozent festgelegt, um den Zugang von Frauen zu begrenzen<sup>202</sup>. Während die Zahl der in akademischen Berufen beschäftigten Frauen sank, nahm unter den Nationalsozialisten nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges die Zahl der unqualifizierten Arbeiterinnen zu<sup>203</sup>.

### 3.2. Frauenerwerbstätigkeit in den Nachkriegsjahren

Erstmals im September 1948 trat der Parlamentarische Rat zusammen, um eine deutsche Verfassung zu beraten. Vor allem die SPD-Politikerin Dr. Elisabeth Selbert, Mitglied des Parlamentarischen Rates, setzte sich dafür ein, dass die zunächst vorgesehene Formulierung aus der Weimarer Verfassung „Männer und Frauen haben die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ ersetzt würde durch ein Grundrecht auf Gleichberechtigung. Mit der Hilfe von Frauenrechtsorganisationen und anderen Abgeordneter gelang es Elisabeth Selbert in zähen Auseinandersetzungen und durch ihr Beharren auf ihren Antrag zum Gleichberechtigungsartikel, diesen tatsächlich durchzusetzen<sup>204</sup>. Nach langen Diskussionen verankerten die vier „Mütter“ und einundsechzig „Väter“ des Grundgesetzes den Gleichberechtigungsgrundsatz des Art. 3 Abs. 2 „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ im Mai 1949 im Grundgesetz<sup>205</sup>. Bis zum 31. März 1953 mussten damit auch die Ehe- und familienrechtlichen Bestimmungen im Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), die noch eine patriarchalische

---

<sup>201</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 26.

<sup>202</sup> Rosemarie Nave-Herz: „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 1997, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, S. 44.

<sup>203</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 28.

<sup>204</sup> Babette Claas: „Gleichberechtigt in den Parteien? – Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Feministische Theorie und Politik, Herausgegeben von Barbara Schaeffer-Hegel, Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000, S. 29 ff.

<sup>205</sup> Zu den 65 Delegierten des Parlamentarischen Rates, einem auf Anweisung der drei Westmächte in Bonn eingesetztem Gremium, zählten vier Frauen: Friederike Naumann (SPD), Elisabeth Selbert (SPD), Helene Weber (CDU), und Helene Wessel (Zentrum). Sie setzten sich vehement und letztlich erfolgreich für die Durchsetzung von Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes ein; vgl. Marianne Dierks: „Karriere! – Kinder, Küche? – Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 1. Auflage November 2005.

Ordnung vorsahen, angepasst werden, womit sich die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer (CDU) schwer tat.

Aufgrund des Arbeitskräftemangels nach dem Krieg waren Frauen zunächst stark in die Erwerbsarbeit einbezogen und mussten oftmals für sich und ihre Familien allein sorgen. Von den aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Männern wurden die Frauen jedoch wieder aus dem Erwerbsarbeitsmarkt hinausgedrängt. Dazu trug auch das Familienbild der 50er Jahre bei. Den Posten des seit dem Jahr 1953 existierenden Amtes des „Familienministers“ bekleidete Franz-Josef Wuermeling (1953 – 1962 im Amt), der Frauenerwerbstätigkeit einen „gemeinschaftszerstörenden Charakter“ zuschrieb<sup>206</sup> und der Erwerbstätigkeit von Müttern aktiv entgegenwirkte. Das im Jahre 1957 unter Federführung von Familienminister Franz-Josef Wuermeling verabschiedete Gleichberechtigungsgesetz trug indes nichts zu einem Aufbrechen der traditionellen Arbeitsteilung bei<sup>207</sup>. Vielmehr wurde hierin erneut die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in Ehe und Familie festgeschrieben und das Recht der Ehefrau auf Erwerbstätigkeit eingeschränkt – in Abhängigkeit von den Pflichten in Ehe und Familie<sup>208</sup>.

Auch das Bundesverfassungsgericht hob in seinen Urteilen aus den 50er und 60er Jahren zum Gleichberechtigungsgebot des Art. 3 Abs. 2 Grundgesetz die natürliche Verschiedenheit der Geschlechter hervor und ließ eine ungleiche Behandlung von Frauen und Männern aufgrund ihres unterschiedlichen Wesens zu<sup>209</sup>. Wegweisend war jedoch das „Stichentscheid“-Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1959. Erst dieses Urteil stellte klar, dass die „zwischen den Eltern bestehende sittliche Lebensgemeinschaft und ihre gemeinsame, unteilbare Verantwortung gegenüber dem Kinde [...] in Verbindung mit dem umfassenden Gleichberechtigungsgebot der Verfassung im Bereich der elterlichen Gewalt zu voller Gleichordnung von Vater und Mutter“ führe<sup>210</sup>.

Das Familiengesetzbuch der DDR von 1966 sah vor, dass Frauen ihre berufliche und gesellschaftliche Tätigkeit mit der Mutterschaft vereinbaren können sollten. In der DDR standen die 50er und 60er Jahre im Zeichen der Integration möglichst vieler Frauen in die Arbeitswelt. Für die DDR und die Bundesrepublik galt jedoch in ähnlicher Weise in der Nachkriegszeit bis

---

<sup>206</sup> Birgit Meyer: „Frauenpolitik und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1990, S. 18.

<sup>207</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 30.

<sup>208</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 20 f.

<sup>209</sup> Babetta Claas: „Gleichberechtigt in den Parteien? – Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Feministische Theorie und Politik, Herausgegeben von Barbara Schaeffer-Hegel, Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000, S. 59 f.

<sup>210</sup> § 1628 BGB sah vor, dass in Erziehungsfragen der Vater das letzte Wort habe, und § 1629 bestimmte, dass die Vertretung des minderjährigen Kindes allein ihm zustehe.

Mitte der 60er Jahre die selbstständige Haushaltsgemeinschaft eines Ehepaares mit seinen leiblichen Kindern – die „moderne Kleinfamilie“ – als faktisch normativ. In der Bundesrepublik hatte sie sich universell durchgesetzt<sup>211</sup>. Die Rolle des Mannes als Ernährer der Familie und der Frau, die für die häusliche Welt – insbesondere Kinder und Küche – zuständig war, wurde hierin erneut zementiert.

Mit dem Wirtschaftswunder Ende der 50er bzw. Anfang der 60er Jahre und mit dem Eintritt in das postindustrielle Zeitalter, begann sich die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung auf die inner- und außerhäusliche Welt jedoch zu ändern. Grund war auch die zunehmende Deindustrialisierung und der wachsende Dienstleistungssektor, aus dem Frauen nicht mehr wegzudenken waren. Viele der neu entstandenen Arbeitsplätze wurden Frauen zugeschrieben und ermöglichten ihnen einen Einstieg in die Arbeitswelt. Im Jahre 1964 erreichte die Frauenerwerbstätigkeit mit 9,7 Mio. Frauen (49,6 Prozent aller Frauen im erwerbsfähigen Alter) ihren ersten Höhepunkt<sup>212</sup>. Eine gesellschaftliche Anerkennung der Frauenerwerbstätigkeit blieb aber aus. Der Anstieg der Zahl der beschäftigten Frauen führte zunächst nicht zu einer qualitativen Ausweitung der Frauenerwerbstätigkeit und zu einer Verbesserung der Bildungssituation der Frauen. Bis zum Jahre 1965 hielt der Trend der Vollbeschäftigung an und Frauen wurden als Arbeitskräfte benötigt. Dennoch wurden sie bei der Bezahlung oder den Aufstiegschancen diskriminiert<sup>213</sup>.

### **3.3. Frauenerwerbstätigkeit in den 70er-, 80er- und 90er-Jahre**

Bereits in den 60er Jahren bildete sich zum ersten Mal das frauentypische Beschäftigungsverhältnis der Teilzeittätigkeit heraus, das in den 70er Jahren als „weibliche Arbeitszeitform“ gefestigt wurde, aber die Frauen in der Regel nicht ökonomisch absicherte<sup>214</sup>. In den 70er Jahren waren es insbesondere die in Teilzeit arbeitenden und die ungelerten Frauen, die stark von Arbeitslosigkeit betroffen waren, da gerade diese Frauen in Industrien arbeiteten, die ihre Arbeitsplätze ins Ausland verlagerten. Darüber hinaus war die Reduzierung von Arbeitsplätzen eine Folge des technologischen Fortschritts.

---

<sup>211</sup> Rüdiger Peuckert: „Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage Oktober 2004, S. 9.

<sup>212</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 29.

<sup>213</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 32.

<sup>214</sup> 1960 arbeiten 8% aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, 1979 sind es bereits 30%, vgl. Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 29.

In den 80er und 90er Jahren setzte sich der Umbruch nach den Wirtschaftswunderjahren fort. Die Arbeitslosenquote stieg auf 9 Prozent Ende der 80er Jahre an, wobei die Arbeitslosenquote der Frauen über der der Männer lag. Vom fortschreitenden Wandel in Richtung Dienstleistungsgesellschaft konnten die Frauen jedoch überwiegend profitieren. Sie stellten rund 81 Prozent der im Dienstleistungssektor Beschäftigten. Von den in den 80er und 90er Jahren entstandenen neuen Arbeitsplätze waren zwei Drittel Teilzeitarbeitsplätze, wobei am Teilzeitarbeitsmarkt Frauen zu 90 Prozent beschäftigt waren und sich die Teilzeitarbeitsplätze vor allem auf Dienstleistungstätigkeiten beschränkten<sup>215</sup>.

Die eigene Erwerbstätigkeit und ökonomische Unabhängigkeit wurde insbesondere von jungen Frauen der Mittelschicht bereits im Zuge der neuen Frauenbewegung der 70er Jahre als zentrale Voraussetzung für die Gleichbehandlung der Geschlechter angesehen<sup>216</sup>. Eine erhöhte Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen am Bildungswesen und der damit verbundene Abbau von Bildungsdefiziten erleichterte Frauen allmählich den Zugang zur Arbeitswelt. Seit Beginn der 60er Jahre und in den folgenden drei Jahrzehnten hat sich die Anzahl der Mädchen, die eine höhere Schulbildung (Realschule, Gesamtschule und Gymnasium) erhielten, fast verdreifacht. Ebenso stieg der Anteil der Studienanfängerinnen im gleichen Zeitraum von 27 Prozent auf etwa 40 Prozent, wobei sich die Studierenden auf jeweils bestimmte Studienfächer konzentrierten<sup>217</sup>.

Die Erwerbsquote von Frauen in der Bundesrepublik stieg von 45 Prozent im Jahre 1969 auf 67 Prozent im Jahre 1994 (das heißt um 22 Prozent)<sup>218</sup>. In der DDR waren im Jahre 1989 91,2 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter berufstätig. Anders als in der Bundesrepublik galt die kontinuierliche Erwerbstätigkeit für ostdeutsche Frauen als Bestandteil des gesellschaftlichen Arbeitsethos. Gleichwohl verblieb neben der Erwerbstätigkeit die Verpflichtung für Haushalt und Kinder überwiegend bei den Frauen. In den Jahren nach der Wiedervereinigung verloren vor allem die Frauen Ostdeutschlands ihre Arbeitsplätze, so dass Frauen im Jahre 1993 rund zwei Drittel aller Arbeitslosen ausmachten<sup>219</sup>.

---

<sup>215</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 38.

<sup>216</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 30.

<sup>217</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 40.

<sup>218</sup> Erwerbsquote der 25- bis 60- Jährigen Erwerbstätigen und erwerbslos Gemeldeten inklusive Teilzeitbeschäftigungen und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse; vgl. Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 30.

<sup>219</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 44 ff.

In beiden Teilen Deutschlands ist zu beobachten, dass die Teilzeittätigkeit von Müttern zu Lasten der Vollzeittätigkeit zugenommen hat<sup>220</sup>. Das Statistische Bundesamt hat ermittelt, dass im Frühjahr 2004 7,2 Millionen abhängig Beschäftigte in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung einstufen. Das waren 2,4 Millionen bzw. 51 Prozent mehr als im April 1991. Die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten stieg im gleichen Zeitraum auf gut 23 Prozent, von denen 85 Prozent weibliche Teilzeittätige waren. Der Anteil der teilzeitarbeitenden Männer unter den abhängig Beschäftigten stieg lediglich von 8 Prozent im Jahre 1991 auf 15 Prozent<sup>221</sup>. Zum einen ist zu vermuten, dass diese Entwicklung mit dem seit 1996 bestehenden Anspruch auf einen Kindergartenplatz in Zusammenhang steht und zum anderen mit dem seit 2001 geltendem Recht auf Teilzeitarbeit für die Dauer der Elternzeit. Im Durchschnitt der EU-Länder<sup>222</sup> gehen Frauen mit Kindern zu 37 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach, während kinderlose Frauen des gleichen Alters nur zu 17 Prozent einen Teilzeitjob haben. Frauen mit Kinderbetreuungspflichten waren auf Deutschland bezogen über 20 Prozent seltener erwerbstätig als kinderlose Frauen bzw. Frauen, die keinen Kinderbetreuungspflichten (mehr) nachzukommen haben<sup>223</sup>.

Die im Verlauf der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts insgesamt deutlich zunehmende Zahl erwerbstätiger Frauen änderte nichts an bestehenden Benachteiligungen von Frauen in der Arbeitswelt, wie zum Beispiel Barrieren beim Berufseinstieg, schlechtere Arbeitsbedingungen, häufiger befristete Arbeitsverträge, Arbeitsplätze unter dem Ausbildungsniveau, geringere Karrierechancen und eine geringere Vergütung. Bis heute sind solche Diskriminierungen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt festzustellen<sup>224</sup>. Zum Teil sind sie auf die Mehrfachbelastung von Müttern zurückzuführen. Die verstärkte Integration von Frauen in die Arbeitswelt bedeutet für eine Mehrzahl von Frauen auch zusätzliche Belastung durch die Erwerbstätigkeit neben Haushaltsführung und Kinderbetreuung. Die Vaterschaft hingegen soll die Alltagspraxis der Männer nicht in ähnlich umfassender Weise verändern, wie „die Mutterschaft für Frauen zu einem neuen Leben wird“, wobei für Männer wie selbstverständlich die Möglichkeit bestehe, langfristige berufliche Ziele auch als Väter realisieren zu können, während sich eine selbstverständliche Erwartung an die Mütter richte, „die eigenen Ziele zugunsten der familiären Arbeit zurückzustellen“<sup>225</sup>.

---

<sup>220</sup> Statistisches Bundesamt: „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004“, Wiesbaden 2005, S. 32.

<sup>221</sup> ebenda, S. 44.

<sup>222</sup> Zahlen aus dem Jahr 1998 (fünfte Erhebungswelle), als die Europäische Union noch 15 Staaten umfasste, vgl. Melanie Kupsch: Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006, S. 6.

<sup>223</sup> Melanie Kupsch: Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006, S. 6.

<sup>224</sup> Vgl. unter IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“.

<sup>225</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 48.

### 3.4. Frauenerwerbstätigkeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Unter den im Jahre 2004 rund 35,7 Millionen Erwerbstätigen in Deutschland waren 45 Prozent Frauen (16 Millionen). Dabei lag der Frauenanteil an den Erwerbstätigen in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 47 Prozent etwas höher als im früheren Bundesgebiet (44 Prozent). Gegenüber 1992 ist der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen, der damals für ganz Deutschland bei 41 Prozent lag, insgesamt leicht gestiegen. Gegenüber 1992 ist der Frauenanteil an allen Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet um 3,7 Prozent, in den neuen Ländern und Berlin-Ost jedoch im gleichen Zeitraum um nur 1,9 Prozent gestiegen<sup>226</sup>.

Die Beschäftigungsquote der Frauen in Deutschland nimmt mit 59 Prozent im Jahr 2004 innerhalb der EU eine Mittelstellung ein<sup>227</sup>. An der Spitze aller EU-Länder standen Dänemark und Schweden mit einer Beschäftigungsquote der Frauen von knapp 72 Prozent bzw. 71 Prozent. Schlusslichter waren Italien und Griechenland mit knapp 45 Prozent erwerbstätiger Frauen. Keine Berücksichtigung findet hierbei der Beschäftigungsumfang der Frauen. Wie bereits ausgeführt, ist die Teilzeitarbeit in Deutschland relativ stark ausgeprägt. Eine Studie aus dem Jahr 2007 zeigt, dass in Abhängigkeit des Alters von Frauen drei Phasen auszumachen sind. Nach einer hohen Erwerbsbeteiligung bei Berufseintritt folgt ein zeitweises Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (wegen der Geburt und Erziehung von Kindern). Schließlich ist ein Wiedereintritt in die Erwerbstätigkeit üblich<sup>228</sup>.

Bezogen auf Frauen und Männer mit Kindern belegen Zahlen aus dem Jahr 2002, dass altersübergreifend 64 Prozent aller Mütter und 87 Prozent aller Väter einer Beschäftigung nachgingen<sup>229</sup>. Abhängig vom Vorhandensein von Kindern im Haushalt und Kinderbetreuungspflichten nimmt die Erwerbstätigkeit von Frauen ab. Dabei unterscheiden sich die Angaben im Alter der Frauen zwischen 21 und 30 Jahren besonders stark<sup>230</sup>. Ob Kinder im betreuungsbedürftigen Alter im Haushalt leben, scheint auf die Erwerbstätigkeit von Männern hingegen keinen vergleichbaren Einfluss zu haben. Vielmehr zeigt sich, dass Männer mit Kindern im Haushalt sogar häufiger erwerbstätig sind als Männer ohne Kinder im Haushalt<sup>231</sup>.

---

<sup>226</sup> Statistisches Bundesamt: „Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006“ Wiesbaden, 2006, S. 26.

<sup>227</sup> Ausgehend von einem erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren; Statistisches Bundesamt: „Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006“ Wiesbaden, 2006, S. 26, f.

<sup>228</sup> Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007: „Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext“, Dipl.-Ökonom Alexander Vogel, (Wirtschaft und Statistik 3/2007 S. 318).

<sup>229</sup> Melanie Kupsch: Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006, S. 9.

<sup>230</sup> Statistisches Bundesamt: „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004“, Wiesbaden 2005, S. 31 ff.

<sup>231</sup> „Am häufigsten erwerbstätig sind bei den Männern ohne Kinder im Haushalt die 35-Jährigen (84%), bei den Vätern die 38- und 41-Jährigen (91%).“ Aus: Statistisches Bundesamt: „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004“, Wiesbaden 2005, S. 32.



Während die Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter zwischen 35 und 39 Jahren mit unter Dreijährigen Kindern (bezogen auf das Alter des jüngsten Kindes) knapp unter 50 Prozent liegt und bei Kindern von 3 bis 5 Jahren bei rund 57 Prozent, liegt sie bei den Müttern von sechs- bis vierzehnjährigen Kindern bei knapp 70 Prozent. Ebenso lässt sich bezogen auf die 35- bis 39-jährigen Frauen feststellen, dass ihre Erwerbstätigkeit neben dem Alter der Kinder stark abhängig von der Anzahl der Kinder ist. So gehen rund 73 Prozent der Frauen mit einem Kind einer Beschäftigung nach. Bei den Frauen mit zwei Kindern sind es 66 Prozent und bei den Müttern von mehr als zwei Kindern nur noch 46,5 Prozent, während kinderlose Frauen dieser Altersstufe zu 84 Prozent erwerbstätig sind<sup>232</sup>.

Die heute weiterhin vorherrschende gesellschaftliche Rollenaufteilung, die den Frauen die Hauptlast bei der Haus- und Familienarbeit zuschreibt, wird auf dem Erwerbsarbeitsmarkt als Einschränkung bewertet. Auch deshalb ist für die Frage, ob Frauen mit Kindern einer Erwerbstätigkeit nachgehen können oder nicht, die Betreuungssituation der Kinder maßgeblich<sup>233</sup>. Diejenigen Frauen, die ihre Kinder außerhäusig betreuen lassen, gehen häufiger arbeiten<sup>234</sup>. Somit steht fest, dass sich die Inanspruchnahme externer Kinderbetreuungsmöglichkeiten positiv auf die Frauenerwerbstätigkeit auswirkt.

#### **4. Frauenquote für Deutschland und Europa**

Am 2. Juni 2008 trafen sich „Frauen in Entscheidungsprozessen aus ganz Europa“, um ein EU-weites Netzwerk von Frauen in Führungspositionen zu gründen<sup>235</sup>. Ziel dieses Netzwerks von Frauen in Führungspositionen aus Politik und Wirtschaft sollte die Schaffung einer gemeinsamen EU-Plattform für erfolgreiche Strategien zur Verbesserung der Gleichstellung von Mann und Frau in Führungspositionen sein. Zugleich wurde angekündigt, die Bemühungen um eine gleiche Beteiligung von Frauen und Männern an Führungspositionen zu verstärken<sup>236</sup>.

Vier Jahre später stellt die EU-Kommission ihre Vorschläge für eine gesetzliche Frauenquote in der EU zur Erhöhung der Zahl von Frauen in Führungspositionen auf Grundlage des Arti-

---

<sup>232</sup> Melanie Kupsch: Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006, S. 9 f.

<sup>233</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 103.

<sup>234</sup> Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007: „Determinanten der Frauenerwerbstätigkeit im Haushaltskontext“, Dipl.-Ökonom Alexander Vogel, (Wirtschaft und Statistik 3/2007) S. 319.

<sup>235</sup> Pressemitteilung der Europäischen Kommission: „Europäisches Netzwerk zur Förderung von Frauen in Führungspositionen“, IP/08/833, Brüssel, den 2. Juni 2008.

<sup>236</sup> ebenda.

kels 157 der Europäischen Verträge<sup>237</sup> zur Abstimmung. Handlungsbedarf ist für die meisten EU-Mitgliedsländer erkennbar, denn laut Kommission sind europaweit Frauen zu nur 13,5 Prozent in Führungsgremien vertreten (in Deutschland sind die Aufsichtsratsposten zu rund 15 Prozent mit Frauen besetzt, in den Vorständen sind es hingegen nur 4 Prozent). Die Vorschläge der federführenden Justizkommissarin Viviane Reding für eine europaweite Frauenquote in Aufsichtsräten konnte im November 2012 von der EU-Kommission auf den Weg gebracht werden. Neben Deutschland lehnen jedoch auch etliche andere EU-Länder gesetzliche Vorgaben ab, durch die für Aufsichtsräte großer, börsennotierter Konzerne ab 2020 ein Frauenanteil von 40 Prozent gesetzlich vorgeschrieben werden soll<sup>238</sup>.

Von Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde eine gesetzlich vorgeschriebene Frauenquote bisher sowohl als EU-weites Projekt als auch innerhalb Deutschlands abgelehnt, obgleich ihre Parteikollegin Ursula von der Leyen, als sie noch Bundesarbeitsministerin war, diese ausdrücklich befürwortete. Der Bundesrat hatte im September 2012 per Gesetzesantrag eine Frauenquote in Aufsichtsräten verlangt. Da hierfür im Bundestag zu dieser Zeit aber keine Mehrheit erzielt werden konnte, wurde das Vorhaben auch in Deutschland weiter aufgeschoben. Bundeskanzlerin Merkel favorisierte das von der ehemaligen Bundesfamilienministerin Schröder vorgeschlagene Modell der „Flexi-Quote“. Die Höhe der angestrebten Quote sollen die Unternehmen selbst festlegen und zugleich öffentlich machen. Somit beruht die Wirkung der Flexi-Quote auf Transparenz und Wettbewerb. Die Unternehmen sollen an den eigenen Zielen gemessen werden können<sup>239</sup>. Der Erfolg einer solchen Regelung darf zumindest angezweifelt werden. Auch wenn eine gesetzliche Quote von Frauen selbst zum Teil skeptisch beurteilt wird, so dürfte jedoch mit Blick auf die Quotierungs-Regelungen in Parteien<sup>240</sup> für eine gesetzliche Vorgabe sprechen, dass diese mehr Wirkung zu entfalten vermag, als Selbstverpflichtungen.

---

<sup>237</sup> Artikel 157 AEUV (ex-Artikel 141 EGV):

(1) Jeder Mitgliedstaat stellt die Anwendung des Grundsatzes des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit sicher.

(2) Unter "Entgelt" im Sinne dieses Artikels sind die üblichen Grund- oder Mindestlöhne und -gehälter sowie alle sonstigen Vergütungen zu verstehen, die der Arbeitgeber aufgrund des Dienstverhältnisses dem Arbeitnehmer unmittelbar oder mittelbar in bar oder in Sachleistungen zahlt. Gleichheit des Arbeitsentgelts ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bedeutet, dass das Entgelt für eine gleiche nach Akkord bezahlte Arbeit aufgrund der gleichen Maßeinheit festgesetzt wird, dass für eine nach Zeit bezahlte Arbeit das Entgelt bei gleichem Arbeitsplatz gleich ist.

(3) Das Europäische Parlament und der Rat beschließen gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses Maßnahmen zur Gewährleistung der Anwendung des Grundsatzes der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, einschließlich des Grundsatzes des gleichen Entgelts bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit.

(4) Im Hinblick auf die effektive Gewährleistung der vollen Gleichstellung von Männern und Frauen im Arbeitsleben hindert der Grundsatz der Gleichbehandlung die Mitgliedstaaten nicht daran, zur Erleichterung der Berufstätigkeit des unterrepräsentierten Geschlechts oder zur Verhinderung bzw. zum Ausgleich von Benachteiligungen in der beruflichen Laufbahn spezifische Vergünstigungen beizubehalten oder zu beschließen.

<sup>238</sup> Süddeutsche Zeitung vom 3.09.2012 auf [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), Artikel von Cerstin Gammelin (Brüssel): „EU-Kommission will Frauenquote für Aufsichtsräte“ und vom 23.10.2012: „EU-Kommission lehnt Frauenquote ab“.

<sup>239</sup> Quelle: [www.flexi-quote.de](http://www.flexi-quote.de), Internetredaktion des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2012.

<sup>240</sup> Vgl. Ausführungen unter V. 4.4.2. „Quotenregelungen der Parteien“.

## IV. Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit von Mann und Frau

### 1. Berufliche Erwerbsarbeit und Aspekte zur Familiengründung

Nach Max Weber beruhte die (neue) Arbeitsethik insbesondere auf der protestantischen Ethik, die Protestanten dazu veranlasste, fleißiger zu arbeiten, gleichzeitig sparsam zu sein und Reinvestitionen zu tätigen<sup>241</sup>. Als besonderes Merkmal des protestantischen Arbeitsethos kann auch die aus eigenem Antrieb folgende Arbeitsmotivation gewertet werden, verbunden mit einer geistigen Strömung, die auf Bildung für eine breite Masse gerichtet war und den Umbruch hin zu einer kapitalistischen Gesellschaftsstruktur einleitete. Es kann dahin gestellt bleiben, ob es vielmehr der Wandel der Produktionsformen war, der den gesellschaftlichen Wandel forcierte. Im Zusammenspiel mit den Lehren Calvins und des Puritanismus setzte sich ein verändertes Arbeitsethos durch, das auch dem *Beruf* jene Anerkennung einbrachte, durch die er heute geprägt ist<sup>242</sup>.

Der Beruf erlangte nach dem Einsetzen der Entfaltung der Berufswelt im Zuge der Industrialisierung zunehmende Bedeutung für die soziale Anerkennung, die wiederum als Auswirkung des Professionalisierungsprozesses Einfluss auf die Einordnung der Berufe hat. Denn Art und Intensität der Berufsbildung tragen bis heute dazu bei, dass die Position, die jemand im Berufsleben schafft einzunehmen, von der Ausbildung abhängt und sich entsprechend in eine Prestigehierarchie einordnen lässt<sup>243</sup>.

Die vom Haushalt getrennte Erwerbsarbeit ist eine Erfindung der Moderne. Sie kann als „bewusster und zweckgerichteter Einsatz körperlicher und geistiger Kräfte zur Befriedigung materieller und seelischer Bedürfnisse<sup>244</sup>“ definiert werden oder zugleich dahingehend, dass Materialien und Informationen unter Verwendung von Energie mit dem Ziel umgestaltet werden, nützliche Güter zu schaffen. Neben diesem objektiven Zweck der Arbeit hat sie auch eine subjektive Bedeutung, und zwar als „Möglichkeit der Entäußerung und Selbstverwirkli-

---

<sup>241</sup> Max Weber: „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band I, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 1920.

<sup>242</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 17 unter Bezugnahme auf Max Weber in „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“.

<sup>243</sup> René König: „Arbeit und Beruf in der modernen Gesellschaft“ Aufsatz „Der Beruf als Indiz sozialer Integration“, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hansjürgen Daheim und Dieter Fröhlich, Leske und Budrich, Opladen 2002, S. 133.

<sup>244</sup> Willke, Gerhard: „Die Zukunft unserer Arbeit“, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Buchdruckerei und Verlag Niedersachsen, Hannover, 1998, S. 14.

chung<sup>245</sup>“ als eine „personale Dimension“ zusammen mit der sozialen Dimension der gesellschaftlichen Anerkennung<sup>246</sup>. Arbeit wird folglich von ihrem gesellschaftlichen Charakter bestimmt. Anders ausgedrückt: Arbeit prägt die Menschen und mit ihnen auch die Gesellschaft, in der sie leben. Dabei gewinnen die Arbeitenden ihre soziale Identität über ihre Erwerbsarbeit.

Das gilt zunehmend auch für Frauen. Mit dem Weichen der traditionellen Frauenrolle in Familie und Kindererziehung ist auch für Frauen die persönliche Selbstverwirklichung zunehmend an die Erwerbsarbeit gekoppelt<sup>247</sup>. Anders als bei Männern bedeutet die Gründung einer Familie jedoch bei Frauen eine Beeinträchtigung der Erwerbsarbeit. Während der Mann Vollzeit arbeitet, ist die Frau in rund 50 Prozent der Paarhaushalte mit Kindern nicht erwerbstätig. Die Erwerbstätigenquote von Frauen ohne Kinder liegt dagegen nur um acht Prozent niedriger als die der Männer ohne Kinder<sup>248</sup>. Die Entscheidung für eine traditionelle Arbeitsaufteilung, bei der Frauen zu Hause bleiben, um die Kinder zu betreuen, wirkt sich deutlich auf ihre Karriereaussichten aus. Mit der Familiengründung werden selbst bei einer Rückkehr in den Beruf in Voll- oder Teilzeit die Aufstiegschancen von Frauen negativ beeinflusst. Die wenigen erfolgreichen Frauen, die in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft sitzen, haben in den meisten Fällen keine Kinder<sup>249</sup>. Auf die Aspekte der nach wie vor von Männern dominierten Arbeitswelt, dem geringen Anteil von Frauen in Führungspositionen sowie dem Phänomen der hohen Kinderlosigkeit unter den Akademikerinnen der gegenwärtigen Generation, soll später noch näher eingegangen werden.

## **2. Reproduktives Verhalten, reproduktive Entscheidungen**

Reproduktion bedeutet neben der Neuerstellung auch die Aufrechterhaltung eines Zustandes. In der Demographie kennzeichnet die Erzeugung von Nachwuchs die Aufrechterhaltung der Bevölkerung in Abhängigkeit von Fertilität und der Zahl der Geburten. Ein reproduktives Verhalten bemisst sich demnach anhand der Zahl der Geburten bzw. dem Zeugungs- und Gebärverhalten der Menschen. Bei der Entscheidung für oder gegen Kinder handelt es sich um ein komplexeres Verhältnis zwischen Intentionen, ein Kind zu zeugen bzw. zu gebären und dem tatsächlichem Umsetzen eines latent vorhandenen Kinderwunsches. Fertilität ist insofern vielerlei Einflüssen ausgesetzt, die nicht allein von Unfruchtbarkeit oder Problemen

---

<sup>245</sup> Willke, Gerhard: „Die Zukunft unserer Arbeit“, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Buchdruckerei und Verlag Niedersachsen, Hannover, 1998, S. 14.

<sup>246</sup> ebenda.

<sup>247</sup> ebenda, S. 15.

<sup>248</sup> Helga Lukoschat, Kathrin Walther: „Karriere(n)ick Kinder. Mütter in Führungspositionen – ein Gewinn für Unternehmen“, Bertelsmann Stiftung (Herausg.) Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2006, S. 13.

<sup>249</sup> ebenda, S. 7.

in der Partnerschaft zurückzuführen sind, sondern auch auf gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen.

Innerhalb der Fertilitätsforschung wird debattiert, inwieweit das reproduktive Verhalten eine individuelle Eingebundenheit in persönliche Beziehungen und Strukturen sozialer Netzwerke widerspiegelt. Erstmals Mitte der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts setzte sich die Erkenntnis durch, dass ein nachhaltiger Rückgang der Geburten nicht nur auf ökonomische Veränderungen, sondern auch auf institutionelle und kulturelle Veränderungen zurückzuführen ist. Zudem ist der Rückgang von Fertilität verknüpft mit dem Wandel von Wertvorstellungen und Meinungen zu Familie, Kindern und geschlechtsspezifischen Rollenbildern<sup>250</sup>. Neue fertilitätsbezogene Wertvorstellungen und Rollenmodelle finden Verbreitung über soziale Netzwerke, die geprägt sind von einer gemeinsamen Kultur, Kommunikation, der Vermittlung von Normen und dem Transfer von Ressourcen. Nicht nur die ökonomische Situation, die sich aus persönlichen Vermögens- und Besitzverhältnissen oder öffentlichen Transferleistungen ergibt, sondern auch die Leistungen und Güter, die aus sozialen Beziehungen resultieren, haben Einfluss auf reproduktive Entscheidungen<sup>251</sup>.

### **3. Lebensökonomie: Beweggründe für und gegen Familie**

Sämtliche Entscheidungen über Familienbildung, Ausbildung, Erwerbsbeteiligung, familienpolitische Transfers und Vermögensbildung sind von dem Begriff der Lebensökonomie umfasst. Sie zeigt zugleich die Entwicklung von Einkommen, Konsum von Eltern und Kindern, dem Sparverhalten, der Steuer- und Abgabenbelastung und die Opportunitätskosten für verschiedene Haushaltstypen im Laufe ihres Lebens<sup>252</sup>. Im Folgenden sollen in aller Kürze verschiedene Faktoren, die bei einer Entscheidung für oder gegen die Gründung einer Familie sprechen könnten, diskutiert werden.

#### **3.1. Ökonomische Beweggründe**

Zu den bedeutendsten und die Familie nachhaltig beeinflussenden Veränderungen des vergangenen Jahrhunderts zählen der Strukturwandel der Wirtschaft, der Ausbau des Sozial-

---

<sup>250</sup> Christoph Bühler: „Soziales Kapital und Fertilität“ in „Sozialkapital – Grundlagen und Anwendungen“ von Axel Franzen und Markus Freitag (Hrsg.), Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007, S. 397 ff.

<sup>251</sup> ebenda, S. 398, f.

<sup>252</sup> Ulrich Pfeiffer und Dr. Reiner Braun, „empirica“-Expertise „Lebensökonomie als (mögliches) Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik“, März 2005.

staates und der gestiegene Lebensstandard. Während in der Nachkriegszeit bis in die 50er Jahre die Sicherung ökonomischer wie politischer Lebensgrundlagen im Vordergrund standen, waren diese bereits Ende der 60er Jahre für die privilegierten Bevölkerungsgruppen erreicht. Auch ein Industriearbeiter konnte bereits im Jahre 1960 für seine Arbeitsleistung durchschnittlich doppelt so viele Konsumgüter kaufen wie zehn Jahre zuvor. Es kann von einer allgemeinen Wohlstandssteigerung innerhalb der deutschen Bevölkerung gesprochen werden, denn diese Wohlstandssteigerung, insbesondere der 60er und 70er Jahre, war auch bei den als arm geltenden Familien deutlich spürbar, die sich bis heute einen deutlich höheren Standard leisten können, als dies zuvor der Fall gewesen war.

Als Folge dieser Entwicklung gelten alle jene Konsumgüter sowie Freizeitangebote, die sich zuvor außer Reichweite befanden, als erstrebenswert<sup>253</sup>. Das Einkommen wird in der Regel nicht mehr ganz überwiegend zur Abdeckung der Grundbedürfnisse benötigt, sondern auch für Anschaffungen darüber hinaus. Gleichzeitig entwickelten sich Freizeit- und Urlaubsgewohnheiten, die ebenfalls grundsätzliche Veränderungen in der alltäglichen Lebensführung mit sich brachten und zum Teil auch mit dem Wandel der Frauenrolle, einer gestiegenen Müttererwerbstätigkeit und neuem Freizeitverhalten einhergingen<sup>254</sup>.

Die Realisierungsbedingungen für die an den Beruf gekoppelte Selbstentfaltung sind je nach Lage auf dem Arbeitsmarkt als problematisch einzuschätzen. Jüngere und ältere Arbeitnehmer sowie niedrig Qualifizierte und Frauen sind überproportional häufig erwerbslos, wobei Frauen sich zudem in die „Stille Reserve“ der Haus- und Familienarbeit zurückziehen<sup>255</sup>. Zudem sind gerade Frauen häufig in atypischen Beschäftigungsverhältnissen<sup>256</sup> vorzufinden. Hierzu zählen befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnisse und die so genannte geringfügige Beschäftigung. Zwischen 1997 und 2007 stieg die Zahl atypisch beschäftigter Frauen um 1,6 Millionen an, während sie bei den Männern um 980.000 anstieg. 71 Prozent aller atypischen Beschäftigungsverhältnisse wurden im Jahr 2007 von Frauen ausgeübt<sup>257</sup>. Die Zunahme solcher „prekärer“ Beschäftigungsverhältnisse in den vergangenen Jahren erschweren die Familienbildung, da sie immer mit Unsicherheiten behaftet sind.

---

<sup>253</sup> Helmut Fend „Sozialgeschichte des Aufwachsens – Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt Main, 1. Auflage 1988, S. 297.

<sup>254</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 25.

<sup>255</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 102.

<sup>256</sup> Zu den atypischen Beschäftigungsformen werden – in Abgrenzung vom Normalarbeitsverhältnis – Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Arbeitsstunden pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse gezählt. Quelle: Statistisches Bundesamt, [www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/AtypischeBeschaeftigung.html](http://www.destatis.de/DE/Meta/AbisZ/AtypischeBeschaeftigung.html).

<sup>257</sup> Statistisches Bundesamt: „Atypische Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt“, Begleitmaterial zum Pressegespräch am 9. September 2008 in Frankfurt am Main, Statistisches Bundesamt Wiesbaden 2008, S. 15.

Der Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse ist im Zeitraum zwischen 1999 und 2009 von 42 auf 46 Prozent angestiegen. Dabei gaben Frauen mit 47 Prozent etwas häufiger an, unfreiwillig befristet beschäftigt zu sein als Männer (44 Prozent)<sup>258</sup>. Für 22 Prozent der Erwerbstätigen ist die Arbeit in Teilzeit eine Notlösung und sie geben als Grund für ihre Teilzeittätigkeit an, keine Vollzeitstelle gefunden zu haben<sup>259</sup>. Von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden heute Zugeständnisse, wie das Arbeiten in einem befristeten Beschäftigungsverhältnis, ungewollte Arbeit in Teilzeit und Flexibilität hinsichtlich eines arbeitsbedingten Ortswechsels, zeitlicher Einsatz und Reisebereitschaft verlangt. Wenngleich Teilzeitarbeit, befristete oder auch geringfügige Beschäftigungsverhältnisse dazu beitragen, dass manche Frauen und Männer zumindest zeitweise Erwerbstätigkeiten ausüben können, so schaffen sie nicht die für Viele nötige wirtschaftliche Sicherheit, die sie zur Gründung einer Familie für nötig erachten.

### 3.2. Andere Beweggründe

Der Erwartungshorizont junger Menschen ist maßgeblich für ihr Verhalten, auch hinsichtlich der Frage, ob und wann sie eine Familie gründen. Er wird gespeist aus Wertorientierungen und individuellen Erwartungen, die an sich keine unveränderlichen Größen sind, sondern dem demographischen und gesellschaftlichen Wandel unterliegen. Erwartungshorizonte sind mit Anstrengungsbereitschaften verbunden und führen zu hohen Versprechungen auf eine personale Selbstentfaltung<sup>260</sup>. Zugleich werden Sorgen wach, eigene Vorstellungen sowie die von außen an sich herangetragenen Erwartungen nicht erfüllen zu können und zu scheitern. Derlei Sorgen beziehen sich auch auf die Rolle als Vater oder Mutter und der eigenen Idealvorstellung von Familienleben.

Einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes zufolge<sup>261</sup>, die untersucht, wie sich die Wertorientierungen, Ansprüche und Zukunftserwartungen der Deutschen in Ost und West seit 1990 verändert haben, belegt eine klare Hierarchie hinsichtlich der Ziele im Bereich des Privatlebens. An erster Stelle steht „eine glückliche Ehe/Partnerschaft haben“. Rund 90 Prozent aller Bundesbürger erachten dies als wichtig in ihrem Leben. Darauf folgt das Ziel „Kinder haben“ (ca. 80 Prozent) sowie „ein eigenes Haus haben“ (ca. 50 Prozent). „Erfolg im Beruf

---

<sup>258</sup> Statistisches Bundesamt: „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“, Wiesbaden, September 2010, S. 41.

<sup>259</sup> ebenda, S. 32.

<sup>260</sup> Helmut Fend „Sozialgeschichte des Aufwachsens – Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert“, suhrkamp Verlag, Frankfurt - Main, 1. Auflage 1988, S. 298.

<sup>261</sup> „Datenreport 2006, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland“ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 453, f.

haben“ wird von 71 Prozent (Westdeutschland) bzw. 76 Prozent (Ostdeutschland) als wichtig bzw. sehr wichtig eingeschätzt.

Neben der beruflichen Selbstentfaltung spielen auch der Wunsch nach Freiheit und Flexibilität eine Rolle. Von den Erwartungen an die persönliche Entwicklung steht zwar das Ziel „sich etwas leisten können“ und dem folgend „Erfolg im Beruf haben“ sowie „sich selbst verwirklichen“ im Vordergrund<sup>262</sup>. Aber auch „die Welt sehen, viele Reisen machen“ gehört bei knapp der Hälfte der Deutschen in Ost und West zu den wichtigsten Dingen im Leben. Reisen und andere Freizeitaktivitäten, die manchen Menschen besonders wichtig sind, lassen sich mit einem Familienleben mit kleinen Kindern schwerer vereinbaren. Das Familienleben schränkt die Flexibilität ein oder erfordert zumindest ein hohes Maß an Organisation. Insbesondere für Alleinerziehende ist es schwer, sich neben der Kinderbetreuung und Arbeit Freiräume zu verschaffen. Nicht selten trennen sich die Eltern innerhalb der ersten Lebensjahre ihrer Kinder und sind dann mit neuen Herausforderungen konfrontiert, die nicht planbar waren. Die Lebensplanung der meisten jungen Menschen zielt aber, wie es sich aus der Erhebung des Statistischen Bundesamtes ablesen lässt, auf das Leben in einer glücklichen Partnerschaft ab, die überwiegend mit „Kinder haben“ in Verbindung gebracht wird<sup>263</sup>.

Vor einigen Jahrzehnten galt es noch als selbstverständlich, dass die Mutter bei den Kindern zu Hause bleibt, während der Vater zum einen arbeiten geht und zum anderen zusätzliche Aktivitäten ausüben kann, für die ihm die Frau daheim „den Rücken frei hält“. Das Statistische Bundesamt hat die Wichtigkeit der Ziele für Männer und Frauen miteinander verglichen und es zeigt sich, dass vor allem in den Bereichen, in denen sich die klassischen Rollenvorstellungen widerspiegeln, Unterschiede auftreten. Männer halten deutlich häufiger den Erfolg im Beruf für wichtig, während Frauen häufiger „Kinder haben“ oder „für andere da sein“ als wichtiges Ziel nennen<sup>264</sup>. Allerdings zeigt eine neuere Erhebung aus dem Jahr 2012, dass Frauen zunehmend ‚Karriere‘ für wichtig erachten und sich im Zusammenhang mit den Werten von Heirat und Kindern betrachtet die gesellschaftliche Wahrnehmung mittlerweile hin zur Erwerbstätigkeit der Frau verschoben hat<sup>265</sup>. Nicht nur Frauen, sondern gleichfalls Män-

---

<sup>262</sup> „Datenreport 2006, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland“ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 453, f.: Zwischen 68% und 85% der Bürger in Ost- und Westdeutschland nennen diese Ziele als wichtig bzw. sehr wichtig.

<sup>263</sup> „Datenreport 2006, Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland“ Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 454; Tab. 1: „Wichtigkeit von verschiedenen Zielen im Leben“: Eine glückliche Ehe/Partnerschaft haben nennen 91% (Westdeutschland) und 90% (Ostdeutschland) als wichtig bzw. sehr wichtig. 77% der Bürger in Westdeutschland und 80% der Bürger in Ostdeutschland ist „Kinder haben“ wichtiges bzw. sehr wichtig (Datenbasis SOEP 2004).

<sup>264</sup> ebenda, S. 455.

<sup>265</sup> Jutta Allmendinger, Julia Haarbrücker, Florian Fliegner: „Lebensentwürfe heute – Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen“, Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, Discussion Paper P 2013–002, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, September 2013, S. 13.



ner gingen von Partnerschaftsmodellen aus, „in denen sie eine gesunde Balance zwischen Beruf und Familie suchen<sup>266</sup>“.

Akademikerinnen sind nicht nur häufiger kinderlos<sup>267</sup>, sondern sie gründen auch später eine Familie. Ein Grund dafür dürfte sein, dass eine abgeschlossene Ausbildung und eine erste Einbindung in den Arbeitsmarkt für sie oftmals Vorbedingungen sind, um sich für ein erstes Kind zu entscheiden. Daraus könnte unter anderem geschlussfolgert werden, dass für Frauen mit höheren Bildungsabschlüssen der Beruf eine größere Rolle spielt, als für Frauen mit niedrigeren Berufsabschlüssen und sie von daher dazu neigen, die Familiengründung zunächst hinten anzustellen. Zu bedenken ist, dass der gemeisterte Einstieg in die Berufslaufbahn gerade Akademikerinnen nicht nur mehr ökonomische Sicherheit sowie Anerkennung, sondern nach einer Erziehungspause auch den Wiedereinstieg in den Beruf ermöglicht. Das Aufschieben der Familiengründung scheint wiederum zur Folge zu haben, dass der Anteil kinderloser Akademikerinnen in Westdeutschland in der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen zwischen 41 Prozent und 44 Prozent liegt und damit besonders hoch ist<sup>268</sup>.

Der ökonomische Standard spielt für Männer und Frauen eine entscheidende Rolle bei der Entscheidung für oder gegen ein Kind. Dies betrifft insbesondere Akademikerinnen wegen der befürchteten Einbuße an materieller Selbstständigkeit. Es ist davon auszugehen, dass zeitliche Entlastungen durch Kinderbetreuung, die es den Eltern ermöglicht, ihre Berufstätigkeit fortzuführen oder weniger einzuschränken, für Akademiker/innen deshalb meist wichtiger sind als direkte finanzielle Hilfen. Für die Kinderlosigkeit vor allem von Frauen ist in vielen Fällen aber nicht die Sorge um die wirtschaftliche Situation und finanzielle Unabhängigkeit entscheidend, sondern eine ergebnislose Suche nach dem „richtigen Partner“ verantwortlich. Bei der Frage nach Beweggründen, die eine Rolle für die Entscheidung zur Gründung einer Familie spielen, sind „Partnerschaft, Gleichberechtigung und Emanzipation“ wichtige Stichworte. Ausschlaggebend für eine wirksame Bekämpfung des Geburtenrückgangs in allen westeuropäischen Ländern soll die Gleichstellung von Frauen und Männern sein<sup>269</sup>. Neuere Zahlen belegen jedoch zum einen, dass die meisten Männer ihre Erwerbsarbeit für die Kin-

---

<sup>266</sup> Jutta Allmendinger, Julia Haarbrücker, Florian Fliegner: „Lebensentwürfe heute – Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen“, Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, Discussion Paper P 2013–002, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, September 2013, S. 38.

<sup>267</sup> Die Kinderlosigkeit von Akademikerinnen beträgt im Jahr 2012 rund 30 Prozent (bei Frauen in Westdeutschland im Alter zwischen 45 und 49 Jahren). Die Kinderlosenquote bei allen 40- bis 44-jährigen Frauen in ganz Deutschland beträgt 22 Prozent: Statistisches Bundesamt, „Geburtentrends und Familiensituation in Deutschland“, Wiesbaden 2013, S. 9.

<sup>268</sup> Claudia Sandra Werner: „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller 2006, S. 103.

<sup>269</sup> Elisabeth Beck-Gernsheim: „Die Kinderfrage heute – Über Frauenleben, Geburtenrückgang und Kinderwunsch“, C.H. Beck, München 2006, S. 147.

dererziehung lediglich kurz unterbrechen wollen und ein Drittel der Männer gar nicht<sup>270</sup>. Zum anderen belegen die Erhebungen, dass zeitintensivsten Arbeiten im Haushalt wie Putzen, Waschen und Kochen mehrheitlich oder ausschließlich von Frauen erledigt werden und insofern von einer gesunden Balance von Partnerschaftsmodellen, nicht die Rede sein kann<sup>271</sup>.

#### **4. Allgemeine Vereinbarkeitsprobleme von Familie und Erwerbstätigkeit**

Der bundesdeutsche Gesetzgeber hat im Einigungsvertrag von 1990 die Verpflichtung übernommen, die Bedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien zu schaffen, wobei die Einlösung dieses Versprechens kaum allein familienrechtlich zu bewerkstelligen sein wird<sup>272</sup>, wie sich bereits aus den vorangegangenen Ausführungen ergibt. Obwohl sich die meisten Paare in Westdeutschland mit Kindern unter drei Jahren Modelle der Elternschaft wünschen, bei denen beide Partner einer Berufstätigkeit nachgehen können, setzen nur 23 Prozent von ihnen diese Vorstellung auch um<sup>273</sup>. Insbesondere jungen Menschen, die viel in die eigene Ausbildung investiert haben, sich in ihrem Beruf verwirklichen können und ein hohes Einkommen haben, falle die Entscheidung für ein Kind besonders schwer. Im Vordergrund stehe für sie die Sorge davor, den beruflichen Anschluss zu verlieren, Familie und Beruf nicht vereinbaren zu können bzw. beiden Lebensbereichen nicht gerecht zu werden<sup>274</sup>. Erschwert werde die Verknüpfung von beruflicher Karriere und Elternschaft dadurch, dass eine ehemals ganzheitliche familiäre Erziehungsarbeit „weitgehend von den Zeit- und Handlungslogiken der Erwerbsarbeit geprägt“ werde<sup>275</sup>. Es müsse also darauf ankommen, Zeitbalancen zu entwickeln, die es Müttern und Vätern zugleich ermöglichen, ihr berufliches Engagement und ihre Elternschaft zur Zufriedenheit beider Elternteile miteinander zu verknüpfen<sup>276</sup>.

Auf der einen Seite kommt es auf ein ausreichendes Angebot von Betreuungsmöglichkeiten an. Auf der anderen Seite sind die Betriebe gefragt, familienfreundliche Bedingungen zu schaffen. Mit flexibleren Arbeitszeiten, einer Betriebs-Kita oder der Möglichkeit zur gelegent-

---

<sup>270</sup> Jutta Allmendinger, Julia Haarbrücker, Florian Fliegner: „Lebensentwürfe heute – Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen“, Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, Discussion Paper P 2013–002, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, September 2013, S. 38.

<sup>271</sup> ebenda.

<sup>272</sup> Aufsatz von Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts und Siegfried Willutzki, Ehren-Vorsitzender des Deutschen Familiengerichtstages e.V.: „Die Entwicklung des Familienrechts seit 1949“ in „Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse“, Rosemarie Nave-Herz (Hrsg.), Lucius & Lucius Verlagsgesellschaft mbH Stuttgart 2002, S. 20.

<sup>273</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „MONITOR FAMILIENDEMOGRAPHIE – Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik“, September 2005 (Zahlen: IAB 2002), S. 9.

<sup>274</sup> ebenda.

<sup>275</sup> Marianne Dierks: „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, November 2005, S. 408, f.

<sup>276</sup> ebenda.

lichen Heimarbeit können Unternehmen einen wesentlichen Beitrag zur Mitarbeiterbindung bzw. -motivation ihrer Mitarbeiter/innen schaffen und fördern zugleich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dabei könnten von einer familienbewussten Personalpolitik auch die Unternehmen profitieren<sup>277</sup>. So sollen familienbewusste Unternehmen motiviertere und zufriedener Mitarbeiter haben, die zudem seltener fehlen<sup>278</sup>.

Was das Betreuungsangebot angeht, ist gerade in den alten Bundesländern (ausgenommen Berlin) die Situation hinsichtlich der Kinder unter drei Jahren und für Schulkinder angespannt. Hier gibt es kein den Bedarf deckendes Angebot. Zudem fehlt es an flexiblen Kinderbetreuungsangeboten, die auch so genannte Betreuungsrandzeiten abdecken und die Ausübung mancher Berufe damit erst möglich machen würden. Kinderwunsch und Kinderzahl sind eng verbunden mit der Höhe des Erwerbseinkommens und das Argument der Finanzierbarkeit spielt bei der Entscheidung für ein zweites oder drittes Kind eine zunehmend wichtige Rolle. So gibt jede zweite Ein-Kind-Familie an, dass finanzielle Gründe für den Entschluss gegen ein weiteres Kind eine Rolle spielten<sup>279</sup>.

Zum Vergleich: In einem Land wie Dänemark, das zu den Ländern Europas mit der höchsten Geburtenrate zählt, liegt die Betreuungsquote in Krippen für Kinder unter drei Jahren bei 64 Prozent, in Frankreich bei 29 Prozent. In Westdeutschland hingegen liegt sie bei rund drei Prozent. Dabei ist nach einem Gutachten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW Berlin) für das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Ausbau der Kinderbetreuung sogar aus ökonomischer Sicht sinnvoll. Das Gutachten besagt, dass ein solcher Ausbau mehr Geld einbringt, als er kostet<sup>280</sup>. Schweden, Finnland, Großbritannien und die Niederlande, die in den familienpolitischen Zielen als erfolgreiche Staaten zu bezeichnen sind, bieten gerade hoch qualifizierten Frauen eine gute Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf, indem sie zum einen für einen hohen Anteil an Kindern unter drei Jahren ein institutionelles Betreuungsangebot zur Verfügung stellen und zugleich Anreize für eine schnelle Rückkehr in den Beruf schaffen<sup>281</sup>.

---

<sup>277</sup> „Eine familienbewusste Personalpolitik stellt einen wichtigen betriebswirtschaftlichen Entscheidungsparameter dar, der den Unternehmenserfolg nachhaltig beeinflusst.“ Schneider, Helmut / Gerlach, Irene / Juncke, David / Krieger, John: „Betriebswirtschaftliche Ziele und Effekte einer familienbewussten Personalpolitik“, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik – Arbeitspapier Nr. 5, Münster und Berlin, Dezember 2008, S. 65.

<sup>278</sup> Pressemitteilung des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik vom 10.11.2008: „Familienbewusste Personalpolitik lohnt sich – Positive Wirkung auf Fehlzeitenquote, Mitarbeiterbindung & Co. belegt“.

<sup>279</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „MONITOR FAMILIENDEMOGRAPHIE – Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik“, September 2005, S. 9 / Forsa: „Was brauchen junge Eltern“, Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, 2005.

<sup>280</sup> Gutachten des DIW Berlin im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Abschätzung der (Brutto-)Einnahmeneffekte öffentlicher Haushalte und der Sozialversicherungsträger bei einem Ausbau von Kindertageseinrichtungen, August 2002.

<sup>281</sup> Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung – ein Triadevergleich D – EU – USA, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Mai 2007, S. 25.

Insgesamt wurden in Deutschland im Jahre 2005 54 Prozent aller Kinder unter sechs Jahren neben ihren Eltern durch ein institutionelles Angebot oder Tagespflege betreut. In 41 Prozent der Fälle übernahmen weitere Familienmitglieder, häufig die Großeltern, diese Aufgabe. Im zweiten Lebensjahr des Kindes wächst der Bedarf an öffentlicher Betreuung, während der Bedarf an Betreuung außerhalb der eigenen Familie im ersten Lebensjahr in Ost- und Westdeutschland noch gering ausfällt. Bei der Betreuung unter Dreijähriger in öffentlichen Einrichtungen bzw. durch öffentlich finanzierte Tagesmütter zeigen sich große Ost-West-Unterschiede: 2004 besuchte jedes zweite Kind dieser Altersgruppe in Ostdeutschland eine Krippe oder eine öffentlich finanzierte Tagesmutter. In Westdeutschland war es nur jedes zehnte Kind. Der Bedarf liegt aber auch in den alten Bundesländern deutlich höher und etliche berufstätige Eltern weichen auf Angebote aus, die sie vollständig privat finanzieren. Einer Studie des Deutschen Jugendinstituts zufolge liegt der Bedarf im Westen bei 27 Prozent der Eltern, die sich eine Betreuung für das zweite Lebensjahr wünschen und bei 55 Prozent der Eltern, die sich eine Betreuung für das dritte Lebensjahr ihres Kindes wünschen<sup>282</sup>.

Die beste Versorgungsquote besteht im Kindergartenbereich für die drei- bis unter sechs Jahre alten Kinder. Für 88 Prozent der Kinder in den alten und für alle Kinder in den neuen Bundesländern steht ein Platz bereit. Dabei ist im Osten eine Ganztagesbetreuung für fast jeden Kindergartenplatz selbstverständlich, während dies im Westen nur für jeden vierten Platz zutrifft. Zudem fehlt es an ausreichendem Angebot, Schulkinder am Nachmittag nach der Schule im Hort unterzubringen. Nur für eines von zwanzig Kindern steht in Westdeutschland eine institutionelle Betreuung im Hort zur Verfügung, während dieser Anteil in Ostdeutschland mit 41 Prozent deutlich höher liegt<sup>283</sup>. Vor diesem Hintergrund ist es vielen Eltern – insbesondere aus den alten Bundesländern – nicht möglich, einer Berufstätigkeit, wie sie diese vielleicht noch vor der Geburt ihres Kindes bzw. ihrer Kinder ausgeübt haben, weiterhin nachzugehen oder in ihren Beruf nach der Elternzeit zurückzukehren. Eine Teilzeitbeschäftigung ermöglicht oftmals nicht eine Rückkehr in den zuvor ausgeübten Beruf bzw. in die zuvor ausgeübte Position<sup>284</sup>.

Eine weitere Herausforderung, die mit der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verknüpft ist, besteht in der Doppelbelastung der täglichen Versorgung der Familie und der Organisation des Haushaltes vor und nach der Erwerbsarbeit, neben der Erziehungsarbeit. Während Frauen allgemein mehr Stunden mit der Familien- und Hausarbeit verbringen,

---

<sup>282</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „Monitor Familiendemographie – Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik“, September 2005, S. 16 / DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005.

<sup>283</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: „MONITOR FAMILIENDEMOGRAPHIE – Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik“, September 2005, S. 16.

<sup>284</sup> Vgl. IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“.

wenden Männer mehr Zeit für die Berufsarbeit auf<sup>285</sup>. Während Frauen durchschnittlich 32 Stunden gegenüber Männern mit durchschnittlich 42 Stunden im Beruf arbeiten, widmen Frauen 16 Stunden wöchentlich der Haus- und Familienarbeit im Vergleich zu den Männern mit einem Anteil von sechs Stunden an der Haus- und Familienarbeit. Diesen Zahlen zufolge arbeiten beide 48 Stunden, wobei die Frauen 66 Prozent ihrer Arbeit, aber die Männer 87 Prozent ihrer Arbeit bezahlt bekommen<sup>286</sup>. Zu beobachten ist zudem, dass bis zur Geburt des ersten Kindes die Hausarbeit zwischen Frauen und Männern überwiegend fast hälftig geteilt ist, die Beteiligung der Väter nach der Geburt des ersten Kindes jedoch rapide abnimmt<sup>287</sup>. Es mag sein, dass es Frauen zum Teil versäumen, eine partnerschaftlichere Aufteilung der Familienarbeit von den Männern einzufordern. Bleibt die Erziehungs- als auch Hausarbeit weit überwiegend den Frauen überlassen, fühlen sich einige womöglich bereits bei dem Gedanken daran überfordert, in ihren Beruf zurückzukehren. Das zum 1. Januar 2007 eingeführte Elterngeld<sup>288</sup> bietet insofern Anreize dafür, die Rollen mal komplett zu tauschen. Väter, die Elterngeld beziehen, verbringen mehr Zeit mit ihren Kindern und übernehmen einen höheren Betreuungsanteil. Sie leisten im ersten Lebensjahr des Kindes im Durchschnitt 22 Prozent der Betreuung, ohne Elterngeldbezug sind es nur acht Prozent, wobei sich dieser Unterschied im zweiten Lebensjahr sogar verstärkt<sup>289</sup>.

## **5. Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich**

Hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung und Stellung im Beruf gibt es deutliche Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Die Erwerbsbeteiligung sowie Arbeitszeiten der Frauen hängen anders als dies bei den Männern der Fall ist und wie es bereits angesprochen wurde, von der Zahl und Alter der zu betreuenden Kinder ab. Die Erwerbstätigenquote von Frauen mit und ohne Kinder unterscheidet sich in Deutschland besonders stark von derjenigen der Männer. Dies ist auch in den Ländern Estland, Großbritannien, Malta, Slowakei, Tschechische Republik und in Ungarn der Fall, während die Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern in Dänemark, Litauen, Portugal und Slowenien am höchsten ist<sup>290</sup>. In fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union nimmt die Erwerbstätigenquote von Frauen im Alter zwi-

---

<sup>285</sup> Melanie Kupsch: Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006, S. 13.

<sup>286</sup> Renate Schmidt, „S.O.S. Familie – ohne Kinder sehen wir alt aus“ Rowohlt Berlin, 1. Auflage März 2002, S. 88.

<sup>287</sup> ebenda.

<sup>288</sup> Vgl. Ausführungen in Kapitel IV. „Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit von Mann und Frau“, hier insbesondere unter 6. „Initiativen aus der Familienpolitik“.

<sup>289</sup> Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 26.08.2009: Ursula von der Leyen: "Elterngeld verbessert wirtschaftliche Stabilität von Familien".

<sup>290</sup> Christel Aliaga: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ in Statistik kurz gefasst – Bevölkerung und soziale Bedingungen, Ausgabe 4/2005, S. 2 (Daten der Europäischen Arbeitskräfteerhebung 2003).

schen 20 und 49 Jahren mit Kindern unter zwölf Jahren ab und sinkt auf im Schnitt nur noch 41 Prozent bei Frauen mit drei und mehr Kindern (zum Vergleich: Die Frauenerwerbstätigenquote bei Frauen mit einem Kind unter zwölf Jahren liegt im EU-Durchschnitt bei 65 Prozent)<sup>291</sup>.

Die Art der Erwerbstätigkeit – ob angestellt oder selbstständig – kann indes nicht als Ursache für eine geringere Erwerbsbeteiligung von Frauen mit Kindern herangezogen werden. Im März 2004 übten mit 65 Prozent fast zwei Drittel der weiblichen Erwerbstätigen in Deutschland Angestelltenberufe aus. Von den männlichen Erwerbstätigen waren nur 39 Prozent als Angestellte beschäftigt. Der Anteil der Frauen unter den Selbstständigen lag dagegen knapp halb so hoch (sieben Prozent) wie bei den Männern (14 Prozent). Dies dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass eine selbstständige Tätigkeit in der Regel weniger Sicherheit bietet und Frauen wohl auch aufgrund familiärer Aufgaben weniger risikobereit sind. Besonders attraktiv für Frauen, aber auch Männer mit Kinderwunsch dürften Arbeitsverhältnisse im Beamtenwesen sein. Der Anteil der Beamtinnen (fünf Prozent) und Beamten (sieben Prozent) divergierte nicht so stark, wie der jeweilige Anteil bei den Arbeiterinnen (22 Prozent) und Arbeitern (39 Prozent). Als „mithelfende Familienangehörige“ waren 1,9 Prozent der erwerbstätigen Frauen beschäftigt, während diese Zahl bei den Männern bei nur 0,5 Prozent lag<sup>292</sup>.

Berücksichtigt werden muss auch, dass Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes in der Regel jünger sind als ihr Partner und sie deshalb in ihrem Beruf oftmals weniger etabliert sind. Auch deshalb haben Frauen im Vergleich zu ihrem Partner ein geringeres Einkommen, mit der Folge, dass es aus finanziellen Gründen häufiger die Frauen und nicht die Männer sind, die Elternzeit in Anspruch nehmen, damit die Familie nicht auf das höhere Einkommen des Mannes verzichten muss.

### **5.1. Vollzeit- /Teilzeitbeschäftigung bei Frauen und Männern**

„Eine harte Erkenntnis“ nennen die Autoren einer zuvor bereits genannten Studie ihr Ergebnis, dass Müttern, je älter ihre Kinder werden, immer stärker bewusst werde, dass ihre Teilzeitarbeit sie nicht dorthin bringe, wo ihre Männer oder kinderlosen Frauen stehen<sup>293</sup>. Solan-

---

<sup>291</sup> Christel Aliaga: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ in Statistik kurz gefasst – Bevölkerung und soziale Bedingungen, Ausgabe 4/2005, S. 2 (Daten der Europäischen Arbeitskräfteerhebung 2003).

<sup>292</sup> Statistisches Bundesamt: „Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland 2006“ Wiesbaden, 2006, S. 27.

<sup>293</sup> Jutta Allmendinger, Julia Haarbrücker, Florian Fliegner: „Lebensentwürfe heute – Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen“, Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, Discussion Paper P 2013–002, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, September 2013, S.12.

ge die Kinder klein seien, sei das Glück meist ebenso groß wie der Optimismus der Mütter, Kinder und Karriere miteinander vereinbaren zu können. Umso stärker scheint die Ernüchterung einiger Frauen nach einigen Jahren Erfahrungen in Teilzeitarbeit zu sein, da die Gesellschaft sich schließlich auf Erwerbsarbeit ausrichte und vor allem Anerkennung für Erwerbsarbeit zolle<sup>294</sup>.

Zunächst einmal muss zwischen den unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten und denjenigen unterschieden werden, die eine Erwerbstätigkeit in Teilzeit bevorzugen und damit bewusst Einbußen beim Verdienst und bei der Altersvorsorge in Kauf nehmen. Etwa jede fünfte Teilzeitkraft will Vollzeit arbeiten, wobei es knapp 40 Prozent der Männer, aber nur 19 Prozent der Frauen waren, die eigentlich auf der Suche nach einem Vollzeitjob waren<sup>295</sup>. Für Frauen hingegen ist die „Betreuung von Kindern oder Pflegebedürftigen“ der wichtigste Grund für Teilzeitarbeit (27,8 Prozent im Vergleich zu 3,3 Prozent bei den Männern), gefolgt von „sonstigen familiären Pflichten“ (23,9 Prozent der Frauen geben diese als Grund an und Männer zu 5,0 Prozent)<sup>296</sup>.

Das vorherrschende Modell bei Paaren im Alter zwischen 20 und 49 Jahren ist jenes, bei dem beide Partner in Vollzeit oder in Teilzeit erwerbstätig sind (im Durchschnitt aller EU-Mitgliedstaaten 66 Prozent der Paare). Der Anteil der Paare, bei denen beide Partner in Vollzeit berufstätig sind und die Kinder unter 12 Jahren haben, ist jedoch geringer, denn mit dem Vorhandensein von Kindern steigt zum einen der Anteil der Paare, bei denen der Mann in Vollzeit arbeitet und die Frau einer Teilzeitbeschäftigung nachgeht, wie es insbesondere häufig in Deutschland, Großbritannien, den Niederlanden und in Österreich vorkommt. Zum anderen ist oftmals nur (noch) der Mann erwerbstätig – ein ebenfalls in Deutschland und Großbritannien verbreitetes Modell<sup>297</sup>. Finanziell günstiger stehen in Deutschland diejenigen Paare da, bei denen der Partner mit dem geringeren Erwerbseinkommen Elternzeit nimmt. Durch das Ehegattensplitting wird dieses Modell, bei dem in der Regel die Frauen ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen oder reduzieren, noch begünstigt.

Teilzeitarbeit ist bei Frauen und insbesondere Müttern so populär, da sich Beruf und Familie mit einer Beschäftigung in Teilzeit zeitlich besser vereinbaren lassen. Auf der anderen Seite der Medaille haben Frauen durch die reduzierte Arbeitszeit meist ein geringeres Einkommen, sie verzichten auf einen Teil ihrer Altersvorsorge und haben es schwerer, beruflich aufzu-

---

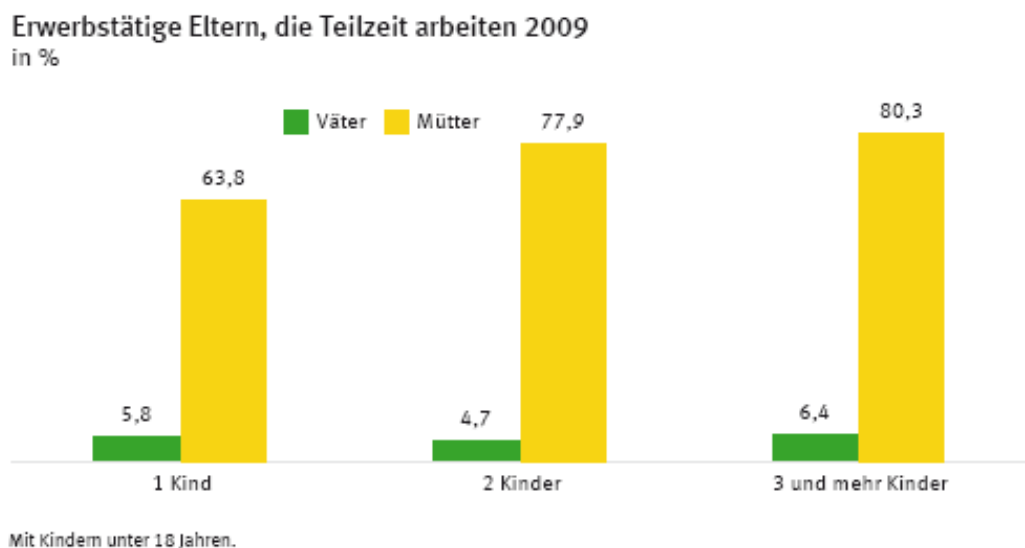
<sup>294</sup> ebenda.

<sup>295</sup> Statistisches Bundesamt: „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“, Wiesbaden, September 2010, S. 32 f.

<sup>296</sup> ebenda S. 33.

<sup>297</sup> Christel Aliaga: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ in Statistik kurz gefasst – Bevölkerung und soziale Bedingungen, Ausgabe 4/2005, S. 5 (Daten der Europäischen Arbeitskräfteerhebung 2003).

steigen. Während bei den Vätern Teilzeitbeschäftigung eine große Ausnahme darstellt, da nur sechs Prozent der erwerbstätigen Väter einer Teilzeittätigkeit nachgehen, lag die Teilzeitquote von Müttern bei 70 Prozent. Dabei muss aber auch berücksichtigt werden, dass im Jahr 2009 insgesamt 83 Prozent der Väter mit Kindern unter 18 Jahren berufstätig waren, während der Anteil bei Müttern mit 59 Prozent deutlich darunter lag<sup>298</sup>. Mit wachsender Kinderzahl steigt die Teilzeitquote von Müttern an:



Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit, 2010

Grafik 1

Im Alter von 30 bis 54 Jahren arbeiten durchschnittlich mehr als 90 Prozent der männlichen Beschäftigten in Vollzeit. Der Anteil der vollzeitbeschäftigten Frauen nimmt hingegen mit dem Alter deutlich ab. Im Alter zwischen 25 und 29 Jahren waren 65 Prozent aller erwerbstätigen Frauen vollzeitbeschäftigt. Bei den 30- bis 34-Jährigen waren es 57 Prozent, bei den 35- bis 39-Jährigen nur noch 46 Prozent. Der Anteil der Frauen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen, nahm im Gegenzug zu. Bei den 25- bis 29-jährigen Frauen waren 20 Prozent teilzeitbeschäftigt. Bei den 35- bis 39-Jährigen lag dieser Anteil bereits bei 41 Prozent und hat sich demnach mehr als verdoppelt<sup>299</sup>.

Obwohl junge Frauen häufiger berufstätig sind als noch in der Generation ihrer Mütter (bezogen auf die alten Bundesländer), so lässt sich doch feststellen, dass die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Frauen vor allem mit einem Anstieg der Teilzeitarbeit einhergeht. Die Zahl

<sup>298</sup> Statistisches Bundesamt: „Qualität der Arbeit – Geld verdienen und was sonst noch zählt“, Wiesbaden, September 2010, S. 36.

<sup>299</sup> Alle Zahlen: Statistisches Bundesamt: „Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern“, Destatis, 26. August 2008, Autor: Ralf Droßard, [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/VerdiensteArbeitskosten/2008\\_\\_8/2008\\_\\_8Verdienste,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/STATmagazin/VerdiensteArbeitskosten/2008__8/2008__8Verdienste,templateId=renderPrint.psml).



der in Vollzeit arbeitenden Frauen ist jedoch seit Beginn der 1990er Jahre nahezu konstant geblieben<sup>300</sup>. Trotz des Ausbaus der Betreuungsplätze für Krippen- und Kindergartenkinder und dem Ausbau von Schulen zu Ganztagschulen und erweiterten Angeboten im Hortbereich, lässt sich die Kinderbetreuung für beide in Vollzeit arbeitende Elternteile oder Alleinerziehende mit einer Vollzeitbeschäftigung nur schwer realisieren. Hier sind Eltern vielfach auf die Hilfe der Großeltern oder die Betreuung privat engagierten Personals angewiesen.

Entscheidend ist auch die Frage, in welchem Umfang an Arbeitszeit die Teilzeitarbeit ausgeübt wird. Kehren Frauen bereits nach einem Jahr Elternzeit mit einer Arbeitszeit von mindestens 20 Wochenstunden in Ihren Job zurück, schaffen sie es leichter, an ihr vorheriges Berufsleben anzuknüpfen, als wenn sie entweder mehrere Jahre vollständig aus dem Berufsleben aussteigen oder nach der Rückkehr ins Berufsleben nur eine geringfügige Beschäftigung ausüben. Die Ausübung eines Minijobs gilt gemeinhin genauso als Teilzeitarbeit wie der 32-Stunden-Job. Maßgeblicher Unterschied ist in den meisten Fällen jedoch, dass mit einer Beschäftigung im geringfügigen Umfang, das heißt mit einem so genannten 400-Euro-Job bzw. Minijob kaum eine eigene Existenzsicherung möglich ist. Zudem reicht diese Art von Beschäftigung nicht, um ausreichend Altersvorsorge zu betreiben – ein Aspekt, der zunehmend an Bedeutung gewinnen müsste.

Umso bedeutsamer sind die Auswertungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahre 2010 zur „atypischen Beschäftigung“. Wie der Grafik des WSI<sup>301</sup> zu entnehmen ist, gibt es mehr als sieben Millionen Minijobber. Etwa jedes fünfte Beschäftigungsverhältnis ist somit ein geringfügiges. Von den abhängig beschäftigten Frauen haben 19,1 Prozent ausschließlich einen Minijob. Aber auch immerhin rund zehn Prozent der abhängig beschäftigten Männer haben ausschließlich einen Minijob und sehen sich damit den gleichen Risiken ausgesetzt, wie jene Frauen, die längerfristig den Schritt in ein anderes Arbeitsverhältnis nicht schaffen.

---

<sup>300</sup> Kerstin Jürgens: „Arbeits- und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006, S. 106 (mit Bezug auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes 2005).

<sup>301</sup> Erschienen zum Artikel „Atypische Beschäftigung - Minijobs: Ländlich, westlich, weiblich“ in Böckler Impuls 19/2010, Seiten 6/7 (Grafik, Seite 7), unter Bezugnahme auf Karl Brenke: „Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht“ in DIW-Wochenbericht 46/2010 / Alexander Herzog-Stein, Experte für Arbeitszeit und Zeitarbeit am WSI, [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de).

## Ein Fünftel aller Beschäftigten mit Minijob

Geringfügig beschäftigt arbeiten ...



Quelle: Herzog-Stein 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

Grafik 2

Beachtlich ist auch der Unterschied zwischen West- und Ost-Frauen. Der Anteil der Minijobs an allen Beschäftigungsverhältnissen betrug in den alten Bundesländern überall unter 15 Prozent, während er in den alten Bundesländern bei bis zu 23,7 Prozent lag. Im Osten ist die Minijob-Quote bei Frauen zudem kaum höher als die der Männer. Außerdem zeigt sich, dass der Anteil der geringfügig Beschäftigten in den alten Bundesländern besonders in ländlichen Gebieten sehr hoch ist. Die traditionelle Arbeitsteilung, bei der der Mann das Geld verdient und die Frau sich überwiegend um die Familienarbeit kümmert, scheint hier noch weit verbreitet zu sein<sup>302</sup>. Gründe hierfür könnten laut WSI sein, dass sich auf dem Land Familie und Beruf oftmals schwieriger vereinbaren lassen als in den Städten, in denen zudem in der Regel mehr Angebote an Kinderbetreuung vorhanden sind. Hinzu kommt, dass die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs auf dem Land deutlich eingeschränkter sind als in Ballungsgebieten. Auch dieser Aspekt könnte die Aufnahme einer regelmäßigen Erwerbstätigkeit erschweren, zumal das Angebot an Arbeitsplätzen auf dem Land in der Regel geringer ist als in Ballungszentren.

<sup>302</sup> „Atypische Beschäftigung - Minijobs: Ländlich, westlich, weiblich“ in Böckler Impuls 19/2010, Seiten 6/7 (Grafik, Seite 7), unter Bezugnahme auf Karl Brenke: „Fachkräftemangel kurzfristig noch nicht in Sicht“ in DIW-Wochenbericht 46/2010 / Alexander Herzog-Stein, Experte für Arbeitszeit und Zeitarbeit am WSI, [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de).

## 5.2. Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern

Zunächst ist zu klären, wie die seit Jahren öffentlich diskutierten Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen im Einzelnen betrachtet zustande kommen. Nach den Ergebnissen der „Verdienststrukturerhebung 2006“ lag der Bruttoverdienst von Frauen um 23 Prozent unter dem der Männer. Dies bedeutet zwar nicht, dass Frauen im gleichen Unternehmen für die gleiche Tätigkeit 23 Prozent weniger verdienen. Vielmehr ist dieser Unterschied auf vielfältige Ursachen zurückzuführen. Der Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern wird daher „unbereinigter Verdienstabstand“ oder auch "unadjusted Gender Pay Gap" genannt<sup>303</sup>.

Der prozentuale Unterschied im durchschnittlichen Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen lag auch im Jahr 2010 mit 23,1 Prozent deutlich über dem Durchschnitt der Europäischen Union, der bei 16,4 Prozent lag<sup>304</sup>. Nur die Länder Estland, die Tschechische Republik und Österreich wiesen mit 25,5 bis 27 Prozent einen gegenüber Deutschland höheren geschlechtsspezifischen Verdienstabstand auf. Dem gegenüber war Deutschlands Nachbarland Polen mit 1,9 Prozent das Land mit den europaweit geringsten Unterschieden im Bruttostundenverdienst von Männern und Frauen. Auch das große Industrieland Italien wies mit 5,5 Prozent einen vergleichsweise geringen Gender Pay Gap auf<sup>305</sup>.

Der Gender Pay Gap in Deutschland ist nur zum Teil darauf zurückzuführen, dass Positionen zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmern ungleich besetzt werden. Daneben ist bedeutsam, dass Frauen und Männer sich in der Wahl ihrer Berufe, Branchen und in der Erwerbsbiografie unterscheiden. Auch die Tatsache, dass Frauen eher teilzeitbeschäftigt und tendenziell schlechter ausgebildet sind, hat Einfluss auf die bestehenden Verdienstunterschiede, ermittelte das Statistische Bundesamt<sup>306</sup>.

Immer noch lassen sich klassische Frauen- bzw. Männerberufe identifizieren, in denen kaum das jeweils andere Geschlecht vertreten ist. Insgesamt lässt sich feststellen, dass gut bezahlte Berufe immer noch Männersache sind, wie zum Beispiel Geschäftsführer und Unternehmensberater. In schlecht bezahlten Berufen arbeiten umgekehrt überwiegend Frauen,

---

<sup>303</sup> Statistisches Bundesamt: „Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern“, Destatis, 26. August 2008, Autor: Ralf Droßard.

<sup>304</sup> Statistisches Bundesamt: Gender Pay Gap 2010: Deutschland weiterhin eines der Schlusslichter in der Europäischen Union:  
[www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Aktuell\\_GenderPayGap.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Aktuell_GenderPayGap.html).

<sup>305</sup> ebenda.

<sup>306</sup> Untersuchungen der Verdienststrukturerhebung 2006:  
[www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Aktuell\\_Verdienstunterschied.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMaennerFrauen/Aktuell_Verdienstunterschied.html).

zum Beispiel als Friseurinnen oder Raumpflegerinnen<sup>307</sup>. Zwar variiert der Verdienstabstand zwischen den Geschlechtern stark in den unterschiedlichen Branchen, doch verdienen Frauen in keinem Wirtschaftszweig mehr als Männer.

Betrachtet man die Ausbildung der abhängig Beschäftigten, so ist festzustellen, dass der Verdienstunterschied bei Frauen und Männern mit dem Grad der Bildung ansteigt. Liegt er bei abhängig beschäftigten Frauen und Männern, die keine Berufsausbildung vorweisen können, bei lediglich 2,5 Prozent, so liegt er bei Beschäftigten mit Berufsausbildung bei 19,9 Prozent und bei Frauen und Männern mit Hochschulabschluss sogar bei 25,8 Prozent<sup>308</sup>.

Nicht verwundern dürfte vor diesem Hintergrund, dass männliche Führungskräfte sogar rund 30 Prozent mehr verdienen als Frauen in Führungspositionen<sup>309</sup>. Allerdings lag der nach den Zahlen aus 2006 zu beurteilende allgemeine Gender Pay Gap statistisch bereinigt bei rund acht Prozent. Nach Herausrechnung struktureller Merkmale lässt sich demnach folgern, dass Frauen auch bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit je Stunde durchschnittlich acht Prozent weniger als Männer verdienen<sup>310</sup>. Diese Verdienstlücke ist damit ausschließlich dem Geschlecht geschuldet und sie dürfte entsprechend der vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen bei Führungskräften entsprechend höher liegen als bei Beschäftigten in niedrigeren Positionen. Die besonders große Differenz beim Gehalt von Führungskräften könnte insbesondere auf die Zurückhaltung von Frauen bei Gehaltsverhandlungen zurückzuführen sein. Bei Führungspositionen kommt es noch stärker als in den anderen Berufskategorien darauf an, über das Gehalt zu verhandeln und mit Selbstbewusstsein für Extrazahlungen oder Sondervergütungen zu streiten.

Hervorzuheben ist auch, dass große Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern insbesondere für die alten Bundesländer festzustellen waren. Im früheren Bundesgebiet lag der Verdienstabstand im Jahr 2006 bei 24 Prozent, in den ostdeutschen Ländern hingegen lediglich bei sechs Prozent. Ein Grund hierfür sind vor allem die deutlich höheren Verdienste der Männer in den westdeutschen Bundesländern, der mit 18,67 Euro 46 Prozent über dem

---

<sup>307</sup> Statistisches Bundesamt: „Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern“, Destatis, 26. August 2008, Autor: Ralf Droßard.

<sup>308</sup> Statistisches Bundesamt: Verdienstunterschied zwischen Männern und Frauen; unbereinigter Gender Pay Gap nach persönlichen Merkmalen im Jahr 2006 / Verdienststrukturerhebung 2006: [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMae nnerFrauen/Tabellen/GPG\\_Persoendlich.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMae nnerFrauen/Tabellen/GPG_Persoendlich.html).

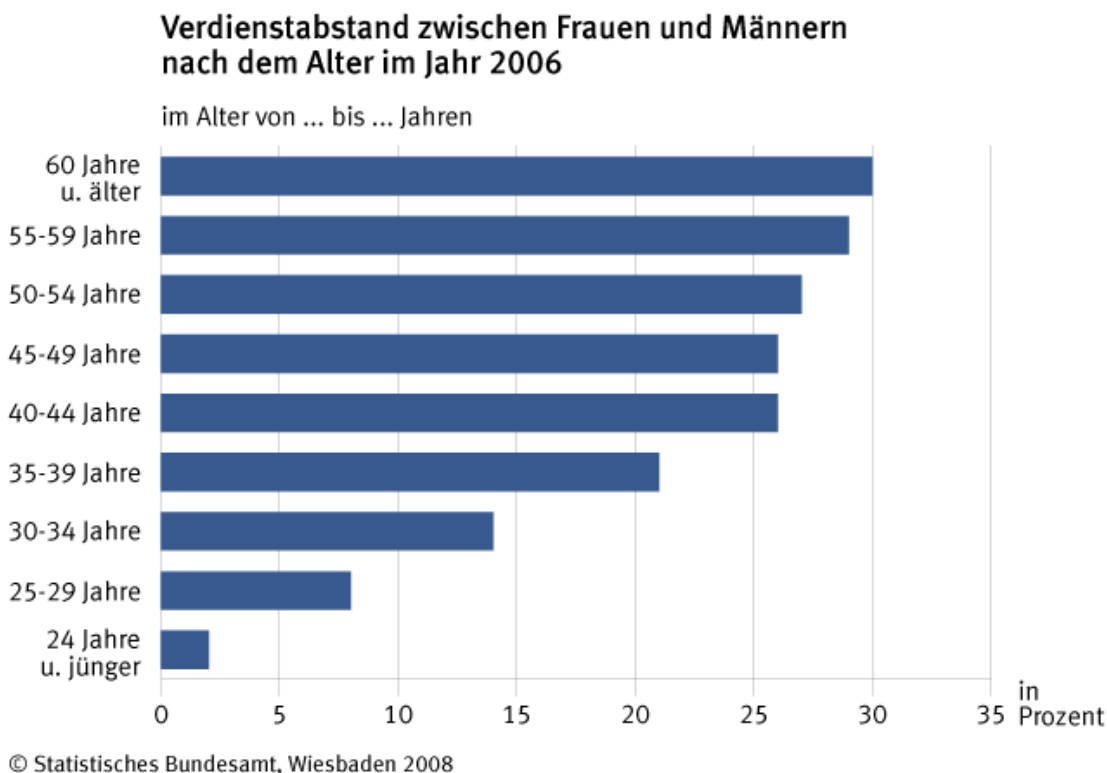
<sup>309</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 345 vom 4.10.2012: „Frauen verdienen 2010 in Führungspositionen 30 % weniger als Männer“.

<sup>310</sup> Statistisches Bundesamt: „Gender Pay Gap: Zwei Drittel lassen sich strukturell erklären“: [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMae nnerFrauen/Aktuell\\_Verdienstunterschied.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdienstunterschiedeMae nnerFrauen/Aktuell_Verdienstunterschied.html), im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Projekt „Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen“. Datengrundlage der Berechnungen ist die Verdienststrukturerhebung 2006 mit Angaben von 3,1 Millionen Beschäftigten.

der neuen Bundesländer mit 12,76 Euro lag. Diese Differenz betrug bezogen auf den Verdienst der Frauen nur 18 Prozent, nämlich 14,20 Euro gegenüber 12,05 Euro<sup>311</sup>.

Im Übrigen sind die Verdienstunterschiede bei den Verheirateten deutlich größer als bei Unverheirateten. Frauen verdienen nur etwa 77 Prozent gegenüber dem allgemeinen Mittelwert von 82 Prozent bei verheirateten Männern. Bei den Unverheirateten sind es 92 Prozent. Zu beachten ist, dass unter den Vollzeitbeschäftigten die Frauen seltener verheiratet sind (39 Prozent) als dies bei den Männern der Fall ist (59 Prozent)<sup>312</sup>. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass verheiratete Frauen öfter Kinder haben und stärker in die Familienarbeit eingebunden sind als ihre Männer.

Gerade die kinderbedingten Erwerbsunterbrechungen wirken sich für Frauen einkommensmindernd aus. So ist der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen beim Einstieg in das Berufsleben vergleichsweise gering. Bei den 25- bis 29-Jährigen lag er im Jahr 2006 bei acht Prozent. Bei den 35- bis 39-Jährigen betrug er mit 21 Prozent mehr als das 2,5-fache und am größten war er mit 30 Prozent bei den 60-Jährigen und Älteren. Wie der Grafik des Statistischen Bundesamtes zu entnehmen ist, nimmt der Verdienstabstand bis zu einem Alter von 40 Jahren besonders stark zu:



Grafik 3

<sup>311</sup> Statistisches Bundesamt: „Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern“, Destatis, 26. August 2008, Autor: Ralf Droßard.

<sup>312</sup> Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung DIW Berlin Nr. 15/2008: „Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern nur teilweise durch Strukturmerkmale zu erklären“, S. 184 ff. (S. 186, f.).

Aus diesen Zahlen lässt sich vor dem Hintergrund, dass Frauen im Jahr 2006 bei der Geburt ihres ersten Kindes im Durchschnitt knapp 30 Jahre alt waren, Folgendes schlussfolgern: Während und nach schwangerschafts- und mutterschutzbedingten Erwerbsunterbrechungen sowie den damit verbundenen Erziehungszeiten verpassen Frauen den Anschluss an die Verdienstentwicklung der Männer.

Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass viele Frauen nach der kinderbedingten Erwerbsunterbrechung und Rückkehr in den Beruf von der Vollzeit- in die Teilzeitbeschäftigung wechseln. Eine Reduzierung der Arbeitszeit ist schon aufgrund der geringeren Stundenzahl mit finanziellen Einbußen verbunden. Vor allem aber verhindert Teilzeitarbeit oft den Aufstieg in besser bezahlte Jobs. Männer arbeiten hingegen nahezu durchgängig auf einem Vollzeit-arbeitsplatz und die Erwerbsbiografie von Männern ist im Regelfall nicht unterbrochen.

## **6. Initiativen aus der Familienpolitik**

Eine wesentliche Voraussetzung für die Familiengründung ist Vertrauen in die eigene Zukunft und gesellschaftliche Wertschätzung. Ein solches Vertrauen speist sich nicht zuletzt aus den ökonomischen Rahmenbedingungen<sup>313</sup>. Die Faktoren, die junge Menschen zu einem ersten Kind ermutigen bzw. davon abhalten hängen mit der jeweiligen Ausgestaltung der Sozialsysteme und der Kultur zusammen. In Deutschland gibt es zunehmend mehr Transferleistungen für Familien. Eine Bestandsaufnahme aus dem Jahr 2010 zeigt, dass von den insgesamt 148 familienbezogenen Maßnahmen mit einem finanziellen Gesamtvolumen von 125,5 Mrd. Euro rund 55,4 Mrd. Euro als Familienförderung bezeichnet werden<sup>314</sup>. Hierzu zählen das Kindergeld und das Elterngeld. Seit sich die Erkenntnis durchgesetzt habe, dass Kinder neben Liebe und Verständnis auch finanzielle Unterstützung erhalten sollen, seien Leistungen erhöht worden und die Masse an Fördermöglichkeiten für Familien sei mittlerweile „erschlagend“<sup>315</sup>.

Jedoch scheint gerade die Versorgung mit Kinderbetreuungseinrichtungen in zahlreichen Regionen noch längst nicht auszureichen. Trotz aller von Politikern/-innen und anderen Akteuren angeschobenen Initiativen für einen Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, wird vor allem Frauen eine Rückkehr an den Arbeitsplatz dadurch erschwert, dass sie mancherorts (noch) keine geeignete Betreuung für ihren Nachwuchs vorfinden. Für verheiratete

---

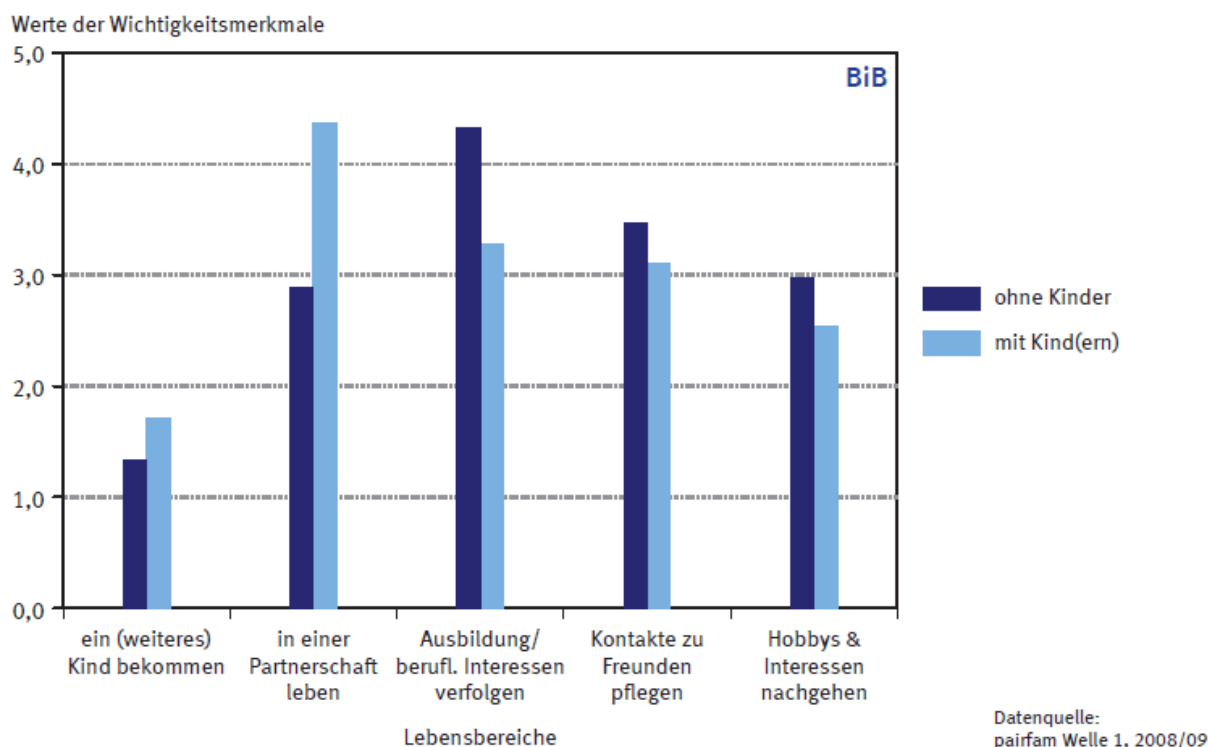
<sup>313</sup> Bericht der Kommission „Familie und demographischer Wandel“ der Robert-Bosch-Stiftung unter der Leitung des Wirtschaftsforschers Hans Werner Sinn (2005).

<sup>314</sup> Politischer Bericht zur Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen, Herausgeber: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Juni 2013, S. 4.

<sup>315</sup> Artikel von Sabine Schmitt: „So umsorgt der deutsche Staat die Familie“ auf [www.welt.de](http://www.welt.de) vom 24.01.2010.

Frauen, deren Ehepartner ein deutlich höheres Erwerbseinkommen erzielen, könnte es auch aufgrund des Ehegattensplittings an Anreizen fehlen, nach der Geburt von Kindern zügig in das Erwerbsleben zurückzukehren, da sich das Familieneinkommen aufgrund des steuerlichen Vorteiles des Ehegattensplittings kaum erhöhen würde. Hier kann von einer fortbestehenden Begünstigung des Modells des männlichen Ernährers gesprochen werden. Konflikte zwischen Arbeit und Familie betreffen in Deutschland nach wie vor insbesondere Frauen<sup>316</sup>.

Die hohen Investitionen in Familienpolitik, die insbesondere seit Einführung des Elterngeldes fließen, scheinen keine größeren Erfolge zu zeitigen. Besonders bedenklich ist eines der Ergebnisse einer Studie des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung<sup>317</sup>, wonach Kinder nicht mehr für alle Deutschen einen zentralen Lebensbereich darstellen. Die Bedeutung von Kindern habe demnach ihren hohen Stellenwert eingebüßt. Für die Befragten ohne Kinder in den Altersgruppen 25 – 27 und 35 – 37 Jahre ist die Ausbildung bzw. das Verfolgen beruflicher Interessen im Vergleich zu anderen Lebensbereichen am wichtigsten, gefolgt von der Pflege von Freundschaften, Hobbys oder Interessen und der Partnerschaft<sup>318</sup>.



Grafik 4

<sup>316</sup> Vgl. Kurz, Karin (2005): Die Familiengründung von Männern im Partnerschaftskontext. Eine Längsschnittanalyse zur Wirkung von Arbeitsmarktunsicherheiten. In: Angelika Tölke und Karsten Hank (Hg.): Männer: Das 'vernachlässigte' Geschlecht in der Familienforschung. Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung: S. 178-197.

<sup>317</sup> „(Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland“, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Autoren: Martin Bujard, Jürgen Dorbritz, Evelyn Grünheid, Stephan Kühntopf, Detlef Lück, Robert Naderi, Jasmin Passet, Kerstin Ruckdeschel, Wiesbaden, Dez. 2012.

<sup>318</sup> ebenda, Tabelle/Abb. 18 auf Seite 39.

Für die Studie wurde die Gefühlslage der Deutschen bei der Frage nach dem dauerhaften Geburtenrückgang berücksichtigt und dies mit bekannten Daten zur Familienforschung kombiniert. Ein Ergebnis der Untersuchung ist auch, dass Kinderkriegen in Deutschland so unattraktiv geworden ist, wie nie zuvor. Verantwortlich hierfür soll unter anderem auch das kulturelle Leitbild von einer ‚guten Mutter‘ sein, die zu Hause bei den Kindern bleibt und ihre Kinder umsorgt. Die meisten jungen Frauen sehen sich aber nicht in dieser Rolle, sondern möchten ihrem Beruf und Freizeitaktivitäten nachgehen, statt sich mit einem zumindest vermeintlich hohen Erwartungsdruck auseinanderzusetzen, der an sie als Mütter gestellt würde. Eine Reaktion darauf dürfte auch sein, die Entscheidung für das Kinderkriegen auf später zu verschieben.

Der Studie zufolge sei auch „die geringe Akzeptanz außerhäuslicher Kinderbetreuung als kultureller Faktor und das begrenzte Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen als struktureller Faktor“ in den alten Bundesländern für die Entscheidung gegen Kinder mitverantwortlich<sup>319</sup>. Es bedürfe sowohl einer Imagekorrektur kultureller Leitbilder, aber auch der Gleichstellung von Mann und Frau. Die Studie betont, dass positive Effekte durch politische Rahmenbedingungen voraussetzen, dass Familienpolitik ganzheitlich, widerspruchsfrei und strategisch ausgerichtet werde und dabei infrastrukturelle, zeitpolitische, monetäre und gleichstellungsorientierte Elemente sinnvoll verbunden werden<sup>320</sup>.

Auch frühere Studien haben festgestellt, dass es wichtig wäre, die Familienpolitik der gesamten EU so auszugestalten, dass positive Wachstumsimpulse durch eine steigende Erwerbstätigkeit der Frauen und durch eine bessere frühkindliche Bildungspolitik erzielt werden können<sup>321</sup>. Ob es nötig sein wird, den Erziehungsurlaub von derzeit 36 Monaten auf 12 Monate zu verkürzen, wäre zumindest bedenkenswert, sofern zugleich die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Alter von bis zu drei Jahren deutlich ausgebaut und den Bedürfnissen der Familien angepasst werden. Vermutlich sind es in Frankreich gerade die guten Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die zu höheren Geburtenraten bei einer gleichzeitig hohen Frauenerwerbsquote und geringen Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern geführt haben<sup>322</sup>. Nach Ansicht einer Studie des IW Köln könnte durch eine geeignete Familienpolitik

---

<sup>319</sup> „(Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland“, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Autoren: Martin Bujard, Jürgen Dorbritz, Evelyn Grünheid, Stephan Kühntopf, Detlef Lück, Robert Naderi, Jasmin Passet, Kerstin Ruckdeschel, Wiesbaden, Dez. 2012, S. 56.

<sup>320</sup> ebenda, S. 57.

<sup>321</sup> Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung – ein Triadevergleich D – EU – USA, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Mai 2007, S. 21.

<sup>322</sup> Prof. Dr. Patrick Puhani in: Pressemitteilung des Instituts für Arbeitsökonomie der Leibniz Universität Hannover (IZA): „Erziehungsurlaub verringert Weiterbildungschancen“ vom 7.01.2010.



die Erwerbstätigenquoten insbesondere von Frauen steigen<sup>323</sup>. Als Erfolg versprechende Maßnahmen werden hierfür unter anderem die Einführung des Elterngeldes, der Ausbau der frühkindlichen Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur und die verstärkte Einführung von Ganztagschulen genannt<sup>324</sup>.

Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes zu den im ersten Jahr der Einführung des Elterngeldes sowie im ersten Quartal 2008 gestellten Anträge auf Elterngeld haben ergeben, dass gut die Hälfte (52,5 Prozent) aller Mütter, denen Elterngeld bewilligt wurde, vor der Geburt erwerbstätig waren. Bei den Vätern waren es 77 Prozent. Von diesen Müttern und Vätern beantragten Mütter zu 85 Prozent für ein Jahr und die Väter zu zwei Dritteln für zwei Monate Elterngeld. Der Anteil der Väter, die eine ‚Babypause‘ und Elterngeld in Anspruch nahmen lag von Januar 2007 bis März 2008 im gesamten Bundesgebiet bei 12,1 Prozent. Die Zahlen für das erste Quartal 2008 weisen eine steigende Tendenz bei der Inanspruchnahme einer „bezahlten Babypause“ durch die Väter auf<sup>325</sup>. In der Hälfte aller Bundesländer sind es zu über 20 Prozent Väter, die Elterngeld beziehen, wobei Bayern mit 26,2 Prozent die Spitzenposition einnimmt, gefolgt von Berlin mit 24,7 Prozent<sup>326</sup>. Für die im Jahr 2011 geborenen Kinder hat eine erneut gestiegene Anzahl von Vätern Elterngeld bezogen. Mit einer Väterbeteiligung von 27,3 Prozent ist diese gegenüber den Vorjahren erneut angestiegen und hat damit ihren bisherigen Höchststand erreicht<sup>327</sup>.

Wenngleich das Bundesfamilienministerium auf den durchschlagenden Erfolg des Elterngeldes verweist und die Zahl der Männer, die Elternzeit in Anspruch nehmen sich seit Einführung des Elterngeldes kontinuierlich steigert, so steht trotzdem zu bedenken, dass rund Dreiviertel der Väter weiterhin keine Elternzeit nehmen – nicht einmal für zwei Monate, um die Anspruchsdauer auf das Elterngeld auf 14 Monate auszudehnen. Während die Väterbeteiligung in manchen Regionen über einem Drittel liegt, ist sie in anderen Regionen nur halb so hoch<sup>328</sup>. Auch die Versorgung von unter Dreijährigen mit Betreuungsplätzen oder die Angebote verlässlicher Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern variieren stark von Bundesland zu Bundesland und von Region zu Region. Die Bundesregierung hat die Zielmarke von

---

<sup>323</sup> Wachstumseffekte der demographischen Entwicklung – ein Triadevergleich D – EU – USA, Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), Mai 2007, S. 26.

<sup>324</sup> ebenda.

<sup>325</sup> Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 214 vom 11.06.2008 ([www.destatis.de](http://www.destatis.de))

<sup>326</sup> Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen vom 4.12.2009: „Bundesministerin Kristina Köhler: "Das Elterngeld ist ein Erfolg - damit es so bleibt, entwickeln wir es weiter".

<sup>327</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 176 vom 27.05.2013: „Elterngeld: Väterbeteiligung mit 27,3 Prozent auf neuem Höchststand“, Wiesbaden.

<sup>328</sup> „Die höchste Väterbeteiligung gab es wie schon in den letzten Jahren in Bayern (35,8 %) und Sachsen (35,6 Prozent). Sie war dort somit mehr als doppelt so hoch wie im Saarland, das mit 17,5 % nach wie vor das Schlusslicht bildet.“ Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr. 176 vom 27.05.2013: „Elterngeld: Väterbeteiligung mit 27,3 % auf neuem Höchststand“, Wiesbaden.

einer Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren auf bundesweit 35 Prozent bis zum Jahr 2013 gesetzt. In gut einem Fünftel aller Landkreise in Deutschland, wie zum Beispiel in Berlin (40 Prozent), in weiteren 88 ostdeutschen Landkreisen sowie in Westdeutschland einzig in der Stadt Heidelberg mit 35 Prozent, wurde dieses Ziel bereits erreicht. Die niedrigsten Betreuungsquoten finden sich in den alten Bundesländern im Landkreis Olpe (Nordrhein-Westfalen) mit drei Prozent sowie in den Landkreisen Cloppenburg und Leer (Niedersachsen) mit jeweils vier Prozent<sup>329</sup>. Für den vor allem in Westdeutschland dringend nötigen Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen hat der Bund von 2008 bis 2013 insgesamt vier Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, um die Länder und Kommunen dabei zu unterstützen, internationale Standards zu erreichen. Umfasst davon sind Ausbau und Weiterentwicklung neuer Ganztagschulen, die Schaffung zusätzlicher Plätze an bestehenden Ganztagschulen oder die Qualitative Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten<sup>330</sup>.

## **7. Ausblick**

Der demografische Wandel verlangt nach zukunftsfähigen Handlungsstrategien. Die Alterung der Gesellschaft und Abwanderungstendenzen werden sich insbesondere in Regionen bemerkbar machen, die jungen Leuten keine Ausbildungs- oder Arbeitsplätze anbieten können und die Bedürfnisse junger Familien nicht aufgreifen. Eine sowohl bevölkerungs- als auch wachstumsorientiert ausgestaltete Familienpolitik kann und sollte unbedingt ökonomische Aspekte in den Blick nehmen. Für ein Ansteigen der Kinderzahl mitverantwortlich sind die Arbeitsmarktperspektiven der Väter und Mütter, eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Investitionen in Bildung, darunter in eine bessere frühkindliche Förderung der Kinder. Diese Aspekte sollten im Mittelpunkt der Reformanstrengungen einer nachhaltigen Familienpolitik stehen.

Die Politik ist weiterhin gefragt, gemeinsam mit Unternehmen, Verwaltungen und Akteuren der Zivilgesellschaft auf die alten und neuen Herausforderungen des angefangenen Jahrhunderts zu reagieren. Vor allem die Wirtschaft ist zum Handeln aufgerufen, wenn es um die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsplätze geht. Eine familienbewusste Personalpolitik kann betriebswirtschaftliche Vorteile mit sich bringen und zu einer so genannten win-win-Situation für die Familien und zugleich für die Unternehmen beitragen. So hat beispielsweise das Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik bei einer Paneluntersuchung auditierten Unternehmen festgestellt, dass diese infolge eines nachhaltig familienbewusst aus-

---

<sup>329</sup> Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes Nr.164 vom 29.04.2009: „Kreise in Sachsen-Anhalt sind Spitzenreiter bei Betreuung unter Dreijähriger“.

<sup>330</sup> Informationen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: „Ganztagschulen – das Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung““ auf [www.bmbf.de](http://www.bmbf.de).

gerichteten Personalmanagements langfristig von betrieblichen Vorteilen, wie einem positiv besetzten Image, einer erleichterten Personalgewinnung, verkürzt wahrgenommener Elternzeit durch deren Mitarbeiter/innen und einer Verringerung von Fehlzeiten profitieren können<sup>331</sup>.

Frauen werden als qualifizierte Fach- und Führungskräfte und als engagierte Mütter zugleich gebraucht. Männer möchten auch etwas von ihrer Familie haben und gleichzeitig nicht auf den beruflichen Erfolg verzichten. Der engagierte Familienvater wird immer selbstverständlicher und dabei gerät auch er zunehmend unter Druck, seinen Aufgaben im Beruf und in der Familie gerecht zu werden. Um sowohl Frauen als auch Männern beides zu ermöglichen – und das betrifft jeden klassischen Beruf genauso, wie die Ausübung von Politik als Beruf – benötigt unsere Gesellschaft ein neues Rollenverständnis. Dabei müssen insbesondere auch männliche Führungskräfte als Väter wahrgenommen werden, für die es möglich ist, sich neben ihren beruflichen Aufgaben aktiv ihren Kindern und den damit verbundenen familiären Aufgaben zu widmen. Ein solches, modernisiertes Karriereverständnis trägt zu mehr Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern bei<sup>332</sup>. Die Beschäftigung von Müttern in Führungspositionen hat sich als für Unternehmen lohnend erwiesen, da sich Familie für diese Frauen oftmals als Ressource erweist und die Verantwortung für die Familie die berufliche Motivation der Frauen steigert<sup>333</sup>.

Auch in der Politik können Frauen höhere politische Ämter wahrnehmen, ohne auf Kinder und Familienleben verzichten zu müssen. Immer mehr hochrangige Politikerinnen, aber auch Politiker stehen öffentlich dazu ein, dass sie Verantwortung für ihren Nachwuchs übernehmen oder dies planen. Über einige jener Beispiele wird im Rahmen dieser Arbeit noch berichtet werden. Gerade für Politikerinnen ist es jedoch – wie sich zeigen wird – wohl ähnlich wie für Frauen in anderen Berufen, nach wie vor schwierig, unter den gegenwärtigen Bedingungen eine berufliche Karriere und Kinder miteinander zu vereinbaren.

---

<sup>331</sup> Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik: Thesenpapier Nr. 2 2008 „Erfolge familienbewusster Personalpolitik im Zeitablauf“.

<sup>332</sup> Helga Lukoschat, Kathrin Walther: „Karriere(k)nick Kinder. Mütter in Führungspositionen – ein Gewinn für Unternehmen“, Bertelsmann Stiftung (Herausg.) Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2006, S. 14.

<sup>333</sup> ebenda, S. 15.

## V. Karriere in der Politik

### 1. Begriffliche Einordnung von „Karriere“ und „Elite“

Das Wort Karriere stammt vom lateinischen Wort „carrus“, was „der Wagen“ bedeutet. Während das Berufsleben eher allgemein jene Zeit umschreibt, in der ein Mensch einer Arbeitstätigkeit nachgeht und die der arbeitende Mensch an seiner Arbeitsstätte verbringt, bezieht sich das Wort Karriere auf die Laufbahn eines Menschen. Bestimmte gesellschaftliche Muster geben dabei vor, wann von einer Karriere, zum Beispiel einer „steilen Karriere“ oder einem „Karriereknick“ gesprochen werden kann. Zum Teil wird „Karriere“ auch synonym mit der beruflichen Laufbahn, unabhängig vom Aufstieg auf der „Karriereleiter“ verwendet, um die kontinuierliche Berufstätigkeit zu bezeichnen. In der Regel wird aber von Karriere im Zusammenhang mit dem beruflichen Aufstieg, zum Beispiel in einer Unternehmenshierarchie, in Bezug auf eine Managementkarriere oder eine Fachkarriere bzw. dem Aufstieg in einer Expertenlaufbahn gesprochen. Damit verbunden sind dann der jeweilige Grad der Qualifikation oder die Dienststellung einer Person, bzw. auch das Amt, das ein/e (Berufs-)Politiker/in innehat.

Eng verbunden mit dem Karrierebegriff ist der Begriff der Elite, der sich aus dem lateinischen Wort „eligere“ mit der Bedeutung „auswählen“ ableitet. Das Wort Elite steht demnach für Auswahl oder Auserwählte. Wer dieser Auswahl angehört und wie der Kreis von Auserwählten zustande kommt, ist umstritten<sup>334</sup>. Der Begriff der Elite wurde erstmalig als „Gegenbegriff zur Masse bzw. zur demokratischen Massengesellschaft mit ihren Gleichheitsforderungen“<sup>335</sup> herangezogen. Mehr oder weniger deutlich von einander abgrenzbare Personengruppen können als „Machtzentren“ identifiziert werden. Die Zugehörigkeit zu diesen Machtzentren bzw. zur Elite bemisst sich dabei am Ausmaß der Macht, wobei die jeweils „mächtigsten Mitglieder gesellschaftlicher Gebilde“ als Elite bezeichnet werden<sup>336</sup>.

Gemeinhin werden als Eliten gehobene soziale Schichten bzw. Personengruppen bezeichnet, die sich von der Gesellschaft abheben, da ihnen Führungscharakter und Einfluss auf bestimmte gesellschaftliche, wirtschaftliche oder politische Gegebenheiten zugeschrieben

---

<sup>334</sup> Meinhard Miegel: „Nachdenken über Eliten“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, S. 66; Herausgeber Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein, Bouvier Verlag, Bonn/Berlin 1992.

<sup>335</sup> Bernhard Schäfers: „Elite“ in ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 10, 2004, S. 3. ff./ S. 3.

<sup>336</sup> Karl Martin Bolte/Stefan Hradil: „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag und Budrich GmbH, Leverkusen, 5. Auflage 1984, S. 177.

werden. Neben dem Begriff der Leistungselite, der ausschließlich auf den weit überdurchschnittlichen Bildungserfolg Einzelner abzielt, soll der Begriff der Positionselite und der Machtelite die tatsächlich einflussreichen Kreise einer Gesellschaft kennzeichnen. In der aktuell etablierten Elitenforschung der Soziologen und Politologen wird heute von einem vornehmlich funktional konzipierten Elitenbegriff ausgegangen. Als besondere Merkmale der Funktionseliten gilt, dass sie überproportional aus Familien mit hohem sozialem Status stammen und sich durch ihr Bildungsniveau von der Gesamtbevölkerung deutlich absetzen vermögen<sup>337</sup>. Dies galt und gilt überwiegend auch für die so genannte politische Elite, auf die im Folgenden speziell eingegangen wird.

## **2. „Karriere“ und deren soziale Vorbedingungen**

Die Frage nach dem beruflichen Aufstieg und Karrierechancen steht oft im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen sowie privaten Situation des Betroffenen. So kann beruflicher Aufstieg auch den sozialen Aufstieg und den Wechsel von einer in eine andere soziale Schicht bedeuten. Die jedem Individuum oder einer Gruppe von Menschen zur Verfügung stehenden Ressourcen entscheiden über Handlungsbedingungen und somit über Handlungsspielräume. Auch heutzutage werden Bildungschancen, Berufswahl, der Berufseinstieg sowie Aufstieg im Beruf von Faktoren mitbestimmt, die in Abhängigkeit von individuell vorhandenen Ressourcen stehen und in einem mehr oder weniger ausgeprägten Selbstbewusstsein, geringerer oder höherer Mobilität, in Wahlfreiheiten oder der Vielseitigkeit von Kontakten zum Ausdruck kommen können. Hinzu kommen Merkmale, wie Geschlecht und Herkunft, die Einfluss auf die Lebensläufe und Karrierechancen haben. Die mit der Herkunft im Zusammenhang stehenden möglichen Vorbedingungen sollen im Folgenden näher untersucht werden.

### **2.1. Soziale Herkunft der „Elite“**

Bei den Inhabern von Führungspositionen sind hinsichtlich der sozialen Herkunft gewisse Übereinstimmungen festzustellen<sup>338</sup>. Einer Übersicht von Bolte und Hradil über die soziale Herkunft und Schulbildung der Elitenmitglieder des Jahres 1972 zufolge stammten diese überproportional häufig aus mittleren und oberen Bevölkerungsschichten<sup>339</sup>. Demnach kamen bezogen auf Mitglieder der Bundesregierung und des Bundestags 19,3 Prozent aus der

---

<sup>337</sup> Bernhard Schäfers: „Elite“ in ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Band 10, 2004, S. 3 ff./ S. 4.

<sup>338</sup> Karl Martin Bolte/Stefan Hradil: „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag und Budrich GmbH, Leverkusen, 5. Auflage 1984, S. 186.

<sup>339</sup> ebenda.

Oberschicht, 25 Prozent aus der mittleren Mittelschicht und 44,3 Prozent aus der unteren Mittelschicht, aber nur 11,4 Prozent aus den Unterschichten. 55,6 Prozent besaßen einen Hochschulabschluss. Inhaber von Führungspositionen in Wirtschaftsverbänden, beim Militär und in der Wissenschaft stammten zu jeweils knapp 50 Prozent aus der Oberschicht und zwischen 0 bis 3 Prozent aus der Unterschicht. Bezogen auf Herausgeber/Verleger, Industrieunternehmen und Banken/Versicherungen kamen die Führungskräfte zu über 30 Prozent aus der Oberschicht und zu 3 bis 4 Prozent aus der Unterschicht. Mit Ausnahme der Angehörigen des Militärs besaßen zwischen rund 66 und 96 Prozent dieser Gruppen einen Hochschulabschluss. Bei den Mitgliedern der Bundesregierung und des Bundestags waren es rund 56 Prozent<sup>340</sup>.

Der Akademisierungsgrad in der Politik scheint seit den 70er Jahren zugenommen zu haben. In 2010 können rund 70 Prozent der Mitglieder des Bundestages einen Universitätsabschluss vorweisen und weitere 15 Prozent einen anderweitigen Hochschulabschluss<sup>341</sup>. In den Kabinetten der letzten Bundesregierungen lag der Akademisierungsgrad zwischen 80 und 100 Prozent<sup>342</sup>. Die Herkunft und ein hoher Bildungsabschluss waren und sind noch immer für eine Karriere in der Politik von großer Bedeutung. Im Folgenden soll deshalb auf Fragen, die mit der sozialen Herkunft im Zusammenhang stehen, näher eingegangen werden.

### **2.1.1. Soziale Ungleichheit**

Soziale Ungleichheit steht nicht in Abhängigkeit zu rein biologisch bzw. physisch bedingten Faktoren, wie das Geschlecht, Lebensalter, die Körpergröße oder eine natürliche Begabung. Vielmehr geht es ausschließlich um die „gesellschaftlich verankerten Formen der Begünstigung und Bevorrechtigung einiger, der Benachteiligung und Diskriminierung anderer“<sup>343</sup>. Auch jene Unterschiedlichkeiten der Menschen, die sich aus alters- und geschlechtsspezifischen Besonderheiten, aus verschiedenartigen kulturellen, religiösen, regionalen oder nationalen Hintergründen ergeben, sind „soziale Differenzierungen“, die nicht notwendigerweise zu sozialer Ungleichheit in Form von sozialer Bevorrechtigung oder Benachteiligung führen. Obgleich beide begrifflich voneinander getrennt betrachtet werden sollten, so stehen „soziale

---

<sup>340</sup> ebenda.

<sup>341</sup> Kürschners Volkshandbuch – Deutscher Bundestag – 17. Wahlperiode, 116. Auflage, Stand 15. Juni 2010, S. 298. Herangezogen wurden zum einen „Universität mit Abschluss“ und zum anderen die Anzahl der Abgeordneten, die eine höhere Fachschule, eine Pädagogische Hochschule oder eine Fachhochschule besucht haben.

<sup>342</sup> Nähere Ausführungen unter V. 7.1. „Bildungsstand und Berufe der Bundesminister/innen“.

<sup>343</sup> Reinhard Kreckel: „Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit“, Campus Verlag, Frankfurt/Main, 1992, S. 15.

Differenzierungen“ und soziale Ungleichheit in unterschiedlichen Ausformungen miteinander in Verbindung. Somit müsste Kreckel zufolge dann von sozialer Ungleichheit die Rede sein, „wenn bestimmte soziale Differenzierungen es mit sich bringen, dass einzelne Individuen oder Gruppen in dauerhafter Weise begünstigt, andere benachteiligt sind“<sup>344</sup>. Hiervon sind vor allem Angehörige gesellschaftlicher Teil- und Randgruppen und insbesondere Mitglieder verschiedener sozialer Schichten betroffen.

Um sich zu vergegenwärtigen, dass sich verschiedene Einflussfaktoren auf die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht auswirken, hat Stefan Hradil das Modell der sozialen Lagen<sup>345</sup> entwickelt, durch welches mehr Dimensionen der sozialen Ungleichheit und deren relevanter Merkmale berücksichtigt werden<sup>346</sup>. Soziale Ungleichheit entsteht dann, wenn gewisse Unterschiede zwischen Menschen eine Bewertung erfahren, durch die sie „nicht einfach als in bestimmter Hinsicht verschieden erscheinen, sondern dadurch gleichzeitig auch als besser- oder schlechter-, höher- oder tiefergestellt, bevorrechtigt oder benachteiligt“<sup>347</sup>. Umso brisanter wird solch eine durch ein Bewertungsmuster geprägte Einteilung von Menschen und gesellschaftlichen Gruppen dann, wenn man sich vor Augen hält, dass die Lebenschancen ganzer Generationen von diesen „Ungleichverhältnissen“ geprägt sind. Kreckel spricht in diesem Zusammenhang von „strukturierter sozialer Ungleichheit“, die zugleich eine gesellschaftstheoretische Schlüsselfrage ist<sup>348</sup>.

In unserer westlichen Gesellschaft lassen sich die jene soziale Ungleichheit ausmachenden Unterschiede vor allem am Einkommen, Ansehen oder Bildungsgrad ablesen. Zugleich ergibt sich aus dem Vergleich der Stellung der einen mit einer anderen Person des gleichen Gesellschaftszusammenhangs der jeweilige Status – sei es Einkommensstatus, Bildungsstatus oder Status aufgrund von Berufsprestige<sup>349</sup>. Dabei dient das Erreichen eines gewissen Status, so wie öffentliches Ansehen, nach Hannah Ahrendt der Befriedigung des Bedürfnisses nach Anerkennung auf der einen und des Geld Verdienens auf der anderen Seite<sup>350</sup>. Erwerbsarbeit hat in unserer Gesellschaft eine ganz entscheidende Bedeutung und Einfluss

---

<sup>344</sup> ebenda, S. 16 f.

<sup>345</sup> Soziale Lagen sind „typische Kontexte von Handlungsbedingungen, die vergleichsweise gute oder schlechte Chancen zur Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse gewähren“, Stefan Hradil: „Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft – Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Leske und Budrich, Opladen 1987, S. 153.

<sup>346</sup> Nicole Burzan: „Soziale Ungleichheit – Eine Einführung in die zentralen Theorien“, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 3. Auflage 2007, S. 134.

<sup>347</sup> Karl Martin Bolte / Stefan Hradil: „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag und Budrich GmbH, Leverkusen, 5. Auflage 1984, S. 11.

<sup>348</sup> Reinhard Kreckel: „Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit“, Campus Verlag, Frankfurt/Main, 1992, S. 21.

<sup>349</sup> Karl Martin Bolte / Stefan Hradil: „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag und Budrich GmbH, Leverkusen, 5. Auflage 1984, S. 29.

<sup>350</sup> Hannah Ahrendt, Vita Activa oder Vom tätigen Leben, W. Kohlhammer Verlag 1960, Stuttgart, S. 55, f. in Hinblick auf den „öffentlichen Raum“ in Abgrenzung zum privaten Bereich.

auf jeden Einzelnen und sein Leben. Von der Erwerbsarbeit sind nicht nur die eigene Lebensgestaltung, die Stellung in der Gesellschaft, sondern mithin auch die Persönlichkeitsentwicklung und das Selbstwertgefühl des Einzelnen geprägt.

### 2.1.2. Bourdieus Modell des sozialen Raumes

Nach dem französischen Soziologen Pierre Bourdieu ist der Lebensstil bzw. die persönliche Laufbahn eines jeden Menschen gesellschaftlich geprägt durch die Klassenzugehörigkeit und somit nicht frei wählbar<sup>351</sup>. Prägend ist insbesondere die soziale Position, wenngleich der Zusammenhang zwischen sozialer Position und Lebensstil nicht als mechanischer verstanden werden soll. Vielmehr werde der Raum der sozialen Positionen und der Raum der Lebensstile durch den *Habitus* miteinander verknüpft<sup>352</sup>.

Bourdieu's Modell des sozialen Raumes und der sozialen Klasse wohnt das Konzept des klassenspezifischen Habitus inne. Unterschiedliche soziale Bereiche wie Ökonomie, Kultur oder der akademische Hintergrund, werden voneinander differenziert betrachtet. Geprägt werden sie durch unterschiedliche Interessen, Strukturen und Teilhabebedingungen, die in ihrer Summe für die Stellung im sozialen Raum verantwortlich sind und von Bourdieu *Kapital* genannt werden: „Die zu einem bestimmten Zeitpunkt gegebene Verteilungsstruktur verschiedener Arten und Unterarten von Kapital entspricht der immanenten Struktur der gesellschaftlichen Welt, das heißt der Gesamtheit der ihr innewohnenden Zwänge, durch die das dauerhafte Funktionieren der gesellschaftlichen Wirklichkeit bestimmt und über die Erfolgchancen der Praxis entschieden wird“<sup>353</sup>.

Bourdieu unterscheidet zwischen ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Eine weitere Kapitalform, die Bourdieu nennt, ist das „symbolische Kapital“, das das Prestige oder Renommee einer Person bezeichnet. Es ist die „wahrgenommene und als legitim anerkannte Form der drei vorgenannten Kapitalien (gemeinhin als Prestige, Renommee, usw. bezeichnet)“<sup>354</sup>. Alle genannten Kapitalformen sind im sozialen Raum ungleich verteilt, wodurch stetig um Machtpositionen gerungen wird. Wer beispielsweise hinsichtlich seiner familiären Situation die bessere Ausgangssituation bei den Verteilungskämpfen innehat, in Bezug auf den

---

<sup>351</sup> Pierre Bourdieu: „Entwurf einer Theorie der Praxis“ (Original aus dem Jahr 1972), Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main, 2. Auflage 2009, S. 137 ff.

<sup>352</sup> Nicole Burzan: „Soziale Ungleichheit – Eine Einführung in die zentralen Theorien“, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 3. Auflage 2007, S. 132.

<sup>353</sup> Pierre Bourdieu: „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“ in „Soziale Ungleichheiten“ (Soziale Welt, Sonderband 2), herausgegeben von Reinhard Kreckel, Verlag Otto Schwartz & Co. Göttingen, 1983, S. 183.

<sup>354</sup> Pierre Bourdieu: „Sozialer Raum und «Klassen», Leçon sur la leçon – Zwei Vorlesungen“, Suhrkamp Verlag Frankfurt am Main, (1. Auflage) 1985, S. 11.



Bildungserfolg, aber auch hinsichtlich von Möglichkeiten, hilfreiche Kontakte zu knüpfen, steht zumeist von vornherein fest.

Das ökonomische Kapital beinhaltet materiellen Reichtum wie Geld, Besitz und Eigentum und ist somit direkt in Geld konvertierbar. Als soziales Kapital bezeichnet Bourdieu solche Ressourcen, die auf der „Zugehörigkeit zu einer Gruppe“<sup>355</sup> beruhen, während das kulturelle Kapital die wohl wichtigste Kapitalform darstellt, da hierin „sämtliche Wissensformen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die durch Bildung erworben werden können“<sup>356</sup>, vereint sind. Sie müssen selbst erlernt werden und können weder vererbt, verschenkt noch gekauft werden. Dabei ist das kulturelle Kapital durch den familiären bzw. den schulischen Erwerbsmodus gekennzeichnet und hat eine eigene Ethnologie und eine Struktur, die es von den anderen Kapitalformen unterscheidet. Differenziert werden müssen hierbei wiederum drei Erscheinungsformen des kulturellen Kapitals: Den inkorporierten Zustand als dauerhaft gewordene Disposition einer Person, den in Kulturgütern objektivierten Zustand und den institutionalisierten Zustand, der das zur Verfügung stehende gesellschaftliche Bildungssystem bezeichnet<sup>357</sup>.

## 2.2. Erfolgchancen und soziale Vorbedingungen

Die zuletzt genannte Erscheinungsform des kulturellen Kapitals eines Menschen erscheint für die Einordnung und den Vergleich von Karrieren als besonders relevant. Zu Beginn der 80er Jahre wurde damit begonnen, den Zusammenhang von Bildung und Lebenschancen zu diskutieren<sup>358</sup>. Heute hat dieses Thema nichts an seiner Aktualität eingebüßt. Der erreichte Bildungsgrad ist maßgeblich für das berufliche Fortkommen und hat zumeist Einfluss auf den gesamten Lebensverlauf eines Menschen und seine Stellung innerhalb der Gesellschaft. Bildung und Wissen erhalten eine zunehmende Bedeutung für individuelle Lebenschancen in unserer globalisierten Welt. Bildungserfolg und Karrierechancen sind jedoch abhängig von Variablen, die von Einflussfaktoren, wie dem Geschlecht, familiären Lebensverhältnissen,

---

<sup>355</sup> Pierre Bourdieu: „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“ in „Soziale Ungleichheiten“ (Soziale Welt, Sonderband 2), herausgegeben von Reinhard Kreckel, Verlag Otto Schwartz & Co. Göttingen, 1983, S. 190 f.

<sup>356</sup> Vgl. Wieland Jäger/Hans-Joachim Meyer: „Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart“, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden, (1. Auflage) 2003, S. 70.

<sup>357</sup> ebenda.

<sup>358</sup> Vgl. Beate Kraus in: „Bildung als Kapital – Neue Perspektiven für die Analyse der Sozialstruktur?“ in „Soziale Ungleichheiten“ (Soziale Welt, Sonderband 2), herausgegeben von Reinhard Kreckel, Verlag Otto Schwartz & Co. Göttingen, 1983, S. 200.

Bildungsstand der Eltern sowie schulischen und familiären Lernumständen, aber auch den erworbenen sozialen Kompetenzen abhängen<sup>359</sup>.

Die soziale Lage der Eltern soll auch noch heutzutage eine wichtige Komponente sein, die unterschiedliche Lernvoraussetzungen bedingt und somit als ein entscheidender Einflussfaktor für den Schulerfolg gilt<sup>360</sup>. Schulerfolg ist wiederum eine wichtige Voraussetzung für einen geglückten Karrierestart. Anders formuliert: In der Schule wird die soziale Hierarchie der Berufe und der damit verbundenen Einkommenschancen vorbereitet. Bisher ist es, den Ergebnissen der PISA-Untersuchungen nach zu urteilen, nicht gelungen, Chancengleichheit bei allen Schülern, unabhängig von ihrer sozialen Lage, herzustellen. Vielmehr haben die Untersuchungen zutage befördert, dass weltweit in kaum einem anderen Land so früh differenziert wird wie in Deutschland und in keinem anderen Land die soziale Herkunft so ausschlagend für den Bildungserfolg ist<sup>361</sup>. Die zunehmende „Ausweitung des Konkurrenz- und Leistungsprinzips“ werde durch den Zusammenhang von sozialer Lage und Schulerfolg noch verstärkt<sup>362</sup>.

Die traurige Bilanz ist anscheinend, dass sich trotz der Bildungsexpansion die Aufstiegsmöglichkeiten, insbesondere in die Eliten, verringert haben. Die Chancen des gehobenen und des Großbürgertums auf eine Führungsposition in der Wirtschaft seien im Vergleich zu Angehörigen der unteren Schichten deutlich größer und mithin das „persönliche Leistungskriterium“ infrage gestellt<sup>363</sup>. Von der sozialen Herkunft stark beeinflusst ist auch das eigene soziale Netzwerk. Sehr unterschiedlich stark ausgeprägt können Kontakte innerhalb einer Gesellschaftsgruppe sowie zwischen den Gesellschaftsgruppen sein. Arbeits- und Berufstätigkeit ist Grundlage für soziale Anerkennung und für Kontakte. Auch in Zeiten digitaler sozialer Netzwerke verhelfen Kontakte, die über das familiäre Umfeld bereits vorhanden sind, mitunter zu einem erleichterten Berufseinstieg bzw. einem Karriereschritt. Je besser das eigene Umfeld vernetzt ist, umso einfacher fällt es, hieran zu partizipieren. Außen vor bleiben diejenigen, die in einem Umfeld verharren, das keine Karriere fördernde Netzwerke aufweist.

---

<sup>359</sup> Torsten Feltes und Marc Paysen: „Soziale Lage, Schulerfolg und die Wirkung von Bildungsstandards“ in spw 7 / 2007 (Schwerpunkt: Aufstieg durch Bildung), S. 14 ff.

<sup>360</sup> Deutscher Bericht zu PISA 2006, Internationale Schulleistungsstudie der OECD:  
[www.oecd.org/document/37/0,3343,de\\_34968570\\_34968855\\_39066085\\_1\\_1\\_1\\_1,00.html](http://www.oecd.org/document/37/0,3343,de_34968570_34968855_39066085_1_1_1_1,00.html)

<sup>361</sup> ebenda

<sup>362</sup> Torsten Feltes und Marc Paysen: „Soziale Lage, Schulerfolg und die Wirkung von Bildungsstandards“ in spw 7 / 2007 (Schwerpunkt: Aufstieg durch Bildung), S. 14 ff, (17).

<sup>363</sup> Sigird Metz-Göckel: „Exzellente Bildung von Frauen – Die internationale Frauenuniversität als Forum einer Weltelite gebildeter Frauen“ in „Willkommen im Club? – Frauen und Männer in Eliten“, Herausgeberin Regina-Maria Dackweiler, Schriftenreihe Forum Frauen- und Geschlechterforschung. Verlag westfälisches Dampfboot, Münster 2007, S. 110.

### **3. Führungspositionen**

In diesem Kapitel sollen zum einen für die in der Politik typischen Aufstiegsmerkmale und beispielhafte Karrierepfade vorgestellt werden. Es wird diskutiert, was unter der „politischen Klasse“ zu verstehen ist und inwiefern eine „politische Selektion“ stattfindet. Zugleich soll herausgearbeitet werden, was allgemein unter einer Führungsposition zu verstehen ist – sei es in der Wirtschaft, Wissenschaft oder in Verwaltungseinheiten. Im Untersuchungszusammenhang ist diese Frage von Bedeutung, da die zu untersuchenden Merkmale einer „Führungskraft/Führungsposition“ Aspekte aufweisen, die unabhängig davon, in welchem Zusammenhang eine Führungsposition innegehabt und ausgeübt wird, miteinander verglichen werden können und somit einige Gemeinsamkeiten oder Unterschiede herausgearbeitet werden können.

Unter Führungskräften sind allgemein Personen mit Personal- und Sachverantwortung zu verstehen. Aufgrund ihrer relativ hohen hierarchischen Stellung können sie auf das gesamte Unternehmen oder seine wichtigsten Teilbereiche Einfluss nehmen<sup>364</sup>. Vergleichbaren Einfluss können Führungskräfte in der Verwaltung und in der Wissenschaft auf die ihnen unterstehenden Organisationseinheiten nehmen. Zu ihren Führungsaufgaben zählen das Delegieren, Kontrollieren, Planen, Steuern und gezieltes Informieren. Dem Allgemeinverständnis nach werden Führungskräften Vorbildfunktionen zugeschrieben. Zunehmend wichtig ist neben der Qualifikation und Arbeitserfahrung der Führungskraft, ihre Persönlichkeit und insbesondere die Fähigkeit, Multiplikator und Kommunikator zu sein.

Eine wichtige Führungsfunktion ist die Motivation der Mitarbeiter oder Befehlsempfänger. Der Umstand, dass nicht jede Führungskraft es beherrscht, motivierend zu wirken und imstande ist, sowohl die Arbeitsleistung des Einzelnen als auch den Gruppenzusammenhalt der Organisationseinheit oder des gesamten Unternehmens zu fördern, spielt in der Theorie keine Rolle. In der Praxis wird eine Führungskraft aber in der Regel daran gemessen, ob es ihr im ausreichenden Maße gelingt, die Mitarbeiter/innen und Untergebenen auf die Erreichung von Zielen zu orientieren und entsprechende Ergebnisse vorzuweisen. Die Verantwortung dafür, zuvor definierte Ziele zu erreichen, liegt in der Regel bei der Führungskraft.

---

<sup>364</sup> Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: Führungskräfte, online unter: <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/57296/fuehrungskraefte-v5.html>.

### 3.1. Führungspositionen in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung

Als Führungskräfte in der Wirtschaft werden insbesondere leitende Angestellte gewertet, zu denen beispielsweise Abteilungs- und Betriebsleiter gezählt werden. Ein leitender Angestellter bzw. eine leitende Angestellte müsse bei einer Gesamtwürdigung der ihr/ihm übertragenen Aufgaben ausreichend bedeutsame unternehmerische Aufgaben wahrnehmen und dabei einen erheblichen Entscheidungsspielraum zu verantworten haben und darüber hinaus müssten diese auch seiner Dienststellung und seinem Dienstvertrag entsprechen<sup>365</sup>. Beispielfhaft können hier die dem leitenden Angestellten übertragene Handlungsvollmacht oder Befugnisse zur Einstellung und Entlassung genannt werden. Das Kündigungsschutzgesetz gilt für leitende Angestellte nur eingeschränkt und das Arbeitszeitgesetz ist nicht anwendbar, so dass in der Regel auch keine festen Arbeitszeiten mit leitenden Angestellten vereinbart werden.

Die Ministerialverwaltungen der Landes- und Bundesbehörden, aber auch etliche Universitäten und den Verwaltungen angegliederte Wissenschaftszentren sind meist streng hierarchisch strukturiert. Führungsaufgaben und die hiermit zusammenhängenden Rechte und Pflichten ergeben sich bereits aus der Organisationsstruktur. Zur obersten Leitungsebene der Ministerialverwaltung zählen die Abteilungs- oder Behördenleitung sowie die Leitung der Fach- und Zentralabteilungen<sup>366</sup>. Diesen untergliedert sind die Posten der Referatsleitungen. Die Freiräume zur Ausübung von Führungsverantwortung können stark variieren, in Abhängigkeit von der obersten Leitungsebene bzw. gegebenenfalls auch den (mehrschichtigen) oberen Leitungsebenen.

Im öffentlichen Dienst besteht im Vergleich zur Wirtschaft eine weit größere Chance, aufgrund längerer Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst bzw. einer längeren Dienstzeit, einen höheren Posten zu erreichen. Dieses Prinzip der Seniorität<sup>367</sup> ist weder in der Wirtschaft, noch in der Wissenschaft so stark ausgeprägt, wie im öffentlichen Dienst. In der Wissenschaft ist es erst nach und nach innerhalb der letzten Jahrzehnte jüngeren Wissenschaftlern erleichtert worden, die Leitung eines Instituts zu übernehmen oder Lehrstühle zu besetzen, wie zum Beispiel durch die Einführung von Junior-Professuren. Zu Wissenschaftlern mit Füh-

---

<sup>365</sup> Der Begriff leitender Angestellter ist ein Rechtsbegriff aus dem deutschen Arbeitsrecht und u.a zu finden im Betriebsverfassungsgesetz (§ 5 Abs. 3 und 4 BetrVG). Zur Definition herangezogen wurde: Gabler Wirtschaftslexikon, Stichwort: leitender Angestellter, online unter: [wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/58164/leitender-angestellter-v7.html](http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/58164/leitender-angestellter-v7.html).

<sup>366</sup> „Verwaltungsführung heute – Ergebnisse einer Führungskräftebefragung in der deutschen Ministerialverwaltung“, ein Gemeinschaftsprojekt der Hertie School of Governance, der Universität Potsdam und der Universität Leipzig, gefördert durch KPMG; erstellt von Prof. Gerhard Hammerschmid, Prof. Isabella Proeller, Prof. Christoph Reichard, Prof. Manfred Röber, René Geißler, Berlin, 2010, S. 5.

<sup>367</sup> ebenda, S. 7.

rungsaufgaben zählen insbesondere Professorinnen und Professoren, Dekaninnen und Dekane sowie wissenschaftliche Leiterinnen und Leiter von Einrichtungen.

### 3.2. Führungspositionen in der Politik

Bei der Frage, wie eine politische Führungskraft zu definieren ist, kommt es darauf an Kriterien zu identifizieren, nach denen Politiker/innen in Führungspositionen von denjenigen Politikern/innen abgegrenzt werden können, die aufgrund ihres politischen Amtes zwar Einfluss ausüben können<sup>368</sup>, gleichwohl aber nicht in vergleichbarer Weise mit den für die Wirtschaft oder Wissenschaft aufgestellten Merkmalen einer Führungskraft ausgestattet sind. Am ehesten wird bei der politischen Klasse der Berufspolitiker davon auszugehen sein, dass diese jener so genannten „politischen Elite“ zuzurechnen sind, die sich durch die im Zuge ihrer Stellung erworbenen Macht bzw. ihres Einflusses von anderen politisch Engagierten abgrenzen lassen. Es sind jene Politiker/innen „die eine formal definierte Führungsfunktion innerhalb des politischen Systems innehaben, die sie in die Lage versetzt, gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen maßgeblich und regelmäßig zu beeinflussen“<sup>369</sup>. Insofern sind in erster Linie die Angehörigen von Landesregierungen sowie der Regierung auf Bundesebene und jene Politiker/innen hinzuzurechnen, die ein Mandat in einem deutschen Parlament auf Bundes- oder Landesebene innehaben.

Den in dieser Arbeit vornehmlich untersuchten Bundestagsabgeordneten kommt innerhalb der politischen Elite deshalb eine zentrale Rolle zu, das sie – wie auch die Kollegen/Kolleginnen auf Länderebene – direkt vom Wähler legitimiert sind und als Akteure der repräsentativen Demokratie besonders stark öffentlich wahrgenommen werden. Einer wohl noch intensiveren öffentlichen Beobachtung unterstehen (nur) die Regierungsmitglieder und Oppositionsführer bzw. die Vorsitzenden der bundesweit aktiven Parteien, deren Generalsekretäre/innen sowie der Bundespräsident. Jene Politiker/innen üben in der Regel auch Personal- und Sachverantwortung aus, die als allgemeine Merkmale von Führungskräften gelten. Sowohl die Bundestagsabgeordneten, als auch die Landtagsabgeordneten können auf die Zuarbeit eigener Angestellter zurückgreifen<sup>370</sup>, für die sie gleichfalls Personalverantwortung übernehmen müssen. Innerhalb der Fraktionen und in den Geschäftsstellen der Parteien gibt es zudem angestellte Mitarbeiter/innen.

---

<sup>368</sup> wie beispielsweise der/die Vorsitzende/r eines „Ortsvereins“, der kleinsten Organisationseinheit einer Partei.

<sup>369</sup> Bernd Martens, Lars Vogel, Daniel Gerstenhauer: „Eliten in Politik und Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland“ in SFB 580 Mitteilungen 2012, Heft Nr. 39, S. 10.

<sup>370</sup> Anders als in den Flächenstaaten sind das Berliner Abgeordnetenhaus, die Bremische und die Hamburgische Bürgerschaft so genannte „Feierabendparlamente“. Der Anteil reiner Berufspolitiker ist hier gering, da die meisten Abgeordneten neben ihrem Mandat in der Regel noch einer anderen Arbeit nachgehen dürfen/können. Eine Erstattung von Auslagen für die Beschäftigung von Mitarbeitern/innen ist aber auch hier vorgesehen.

Jedoch sind nicht alle höheren parteipolitischen Ämter mit Personalverantwortung verbunden. Anders als bei Regierungsmitgliedern und Abgeordneten, die schon aufgrund der Tatsache, dass sie an der Gesetzgebung mitwirken, „gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen maßgeblich und regelmäßig beeinflussen“<sup>371</sup>, müssen für Inhaber rein parteipolitischer Führungsfunktionen andere Merkmale herangezogen werden. Personen in parteipolitischen Führungspositionen<sup>372</sup>, die kein Abgeordnetenmandat innehaben und die außerhalb einer Regierungsverantwortung stehen, verfügen ebenfalls über Sachverantwortung. Sie nehmen Einfluss auf die Geschicke der Partei und deren inhaltliche Ausrichtung, können aufgrund ihrer höheren hierarchischen Stellung Einfluss auf untere Organisationseinheiten bzw. Parteigremien nehmen und auf diese Weise sogar in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang wirken.

Mit den Führungskräften aus Wirtschaft und Wissenschaft hat das politische Führungspersonal gemein, dass es entweder aufgrund einer relativ hohen hierarchischen Stellung oder durch die auf sie übertragene Entscheidungsverantwortung die Möglichkeit zur Einflussnahme besitzt. In der Regel gehören gerade das Delegieren, Kontrollieren, Planen, Steuern und gezieltes Informieren zu wesentlichen Aufgaben von Parteifunktionären.

Der Aufstieg in politische Führungsämter gelingt in den meisten Fällen nur dann, wenn der/die Aspirant/in auf ein höheres politisches Amt oder der/die Anwärter/in für eine Karriere innerhalb eines Parteiapparats bereits Erfahrungen in der Gremienarbeit einer Partei gesammelt hat und zudem typische Merkmale einer Persönlichkeit aufweist, die von Führungskräften aus der Wirtschaft ebenfalls regelmäßig zu erwarten sind. Hierzu zählen neben ausgeprägten kommunikativen Fähigkeiten auch Überzeugungskraft und Geschick darin, andere zu motivieren. Auf politische Partizipationsformen, Besonderheiten hinsichtlich der Rekrutierung politischen Führungspersonals und musterhafte Karriereverläufe in der Politik, wird noch im Folgenden näher eingegangen.

---

<sup>371</sup> Bernd Martens, Lars Vogel, Daniel Gerstenhauer: „Eliten in Politik und Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland“ in SFB 580 Mitteilungen 2012, Heft Nr. 39, S. 10.

<sup>372</sup> Insbesondere so genannte Parteifunktionäre, zu denen die Geschäftsführer der Bundes- und Landesverbände der (größeren) Parteien zählen, die Parteivorsitzenden und Bundesvorstände, Generalsekretäre, die Vorsitzenden, Vorstände und Sprecher der Parteijugendorganisationen.

### 3.3. Frauen und Männer in Führungspositionen

Zu den Visionen der Frauenbewegung zählt die einer weiblichen Positions- bzw. Machtelite. Dabei ist das vordergründige Ziel die gleichberechtigte Teilhabe und Repräsentanz von Frauen an den Funktions- und Bildungseliten und das hiermit verbundene Interesse, (mehr) Verantwortung zu übernehmen und Macht auszuüben<sup>373</sup>. Auch wenn die Zahl der Frauen in Führungspositionen zugenommen hat, so müssen sich Frauen auch weiterhin innerhalb der obersten Gremien eher als Exoten fühlen. Von einer gleichberechtigten Teilhabe an den Eliten kann noch keine Rede sein. Führungspositionen gelten allgemein hin auch heute als männlich dominiert. Zu einem gewissen Anteil wird dies auf die unterschiedlichen Erwerbsbiographien von Frauen und Männern zurückzuführen sein, die bereits thematisiert wurden<sup>374</sup>. Allerdings haben sich in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Änderungen ergeben, die zu einem Aufbrechen tradierter Rollenverständnisse geführt haben und Frauen heute – gerade auch in der Politik – sehr viel häufiger Möglichkeiten eröffnen, in höhere und oberste Positionen vorzudringen.

Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, war 2011 knapp jede dritte Führungskraft eine Frau (30 Prozent). Seit 2005 steigt der Anteil der Frauen an den Führungskräften, zu denen Geschäftsführer/innen kleiner Unternehmen, Geschäftsführer/innen oder Bereichsleiter/innen großer Unternehmen sowie leitende Positionen im Verwaltungsdienst gehören, jedes Jahr um 0,4 Prozentpunkte an. Seit 1992 stieg ihr Anteil von 26 Prozent auf 30 Prozent an<sup>375</sup>. In deutschen Aufsichtsratsposten sind Frauen jedoch nur zu rund 15 Prozent vertreten. In den Vorständen sind es laut Europäischer Kommission sogar nur vier Prozent<sup>376</sup>. Diese Zahlen belegen nicht nur, dass Frauen in Führungspositionen stark unterrepräsentiert sind, sondern auch, dass je höher der Posten, desto seltener wird er von einer Frau bekleidet.

Eine entscheidende Frage ist also, an welchen Stellen Frauen auf ihrem Weg nach oben heute noch mit anderen Herausforderungen als Männer konfrontiert sind und welche Gründe es dafür geben könnte, dass sie zwar im mittleren Management zu immerhin einem Drittel vertreten sind, aber (noch immer) nicht in den obersten Chef-Etagen ankommen.

---

<sup>373</sup> Hildegard Macha: „Rekrutierung von weiblichen Eliten“ in *ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 10, 2004, S. 25 f.

<sup>374</sup> Vgl. IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“.

<sup>375</sup> Quelle: Arbeitskräfteerhebung des Statistischen Bundesamtes im Rahmen der Untersuchung „Qualität der Arbeit“:

[www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1\\_4\\_FrauenFuehrungspositionen.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/QualitaetArbeit/Dimension1/1_4_FrauenFuehrungspositionen.html)

<sup>376</sup> *Süddeutsche Zeitung* vom 3.09.2012 auf [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de), Artikel von Cerstin Gammelin (Brüssel): „EU-Kommission will Frauenquote für Aufsichtsräte“.

Generell zu beobachten ist, dass Frauen im Erwerbsbereich weiterhin mit Hemmnissen zu kämpfen haben, die nicht nur jene Frauen betreffen, die Führungspositionen anstreben oder diese besetzen, sondern auch Barrieren existieren, die Routinen oder unreflektierten und meist unbewussten Handlungsweisen von Männern geschuldet sind, durch die eine Abwertung von Frauen gar nicht intendiert war<sup>377</sup>. So soll es auch das unbewusste Handeln von Müttern, Vätern, Lehrerinnen und Lehrern sein, die eine Übernahme stereotyper Verhaltensmuster bedingen und eine stereotype Berufswahl fördern, die wiederum die Möglichkeiten für eine individuell gestaltbare Lebensplanung von Mädchen und Jungen einschränken und zugleich geschlechtstypische Potenziale und Kompetenzen betonen. Auch wenn heute kein konsistentes zweigeschlechtliches Rollenmodell in der Gesellschaft mehr vorzufinden ist, so könne gleichwohl von polarisierenden und typisierenden Wirkungen auf Mädchen und Jungen beim Durchlaufen des Erziehungs-, Sozialisations- und Bildungsprozesses ausgegangen werden<sup>378</sup>. Unter anderem würden Mädchen aufgrund einer geringeren Erfolgsmotivation eine im Vergleich zu Jungen geringere Erfolgszuversicht ausbilden und im Ergebnis weniger ehrgeizig sein und zudem dazu neigen, ihre eigenen Bedürfnisse und Ziele aus dem Auge zu verlieren<sup>379</sup>.

Möglich erscheint, dass vielen jungen Frauen schon früh bewusst wird, dass ihre Lebensziele sich gleichermaßen auf ein erfülltes Berufsleben und auf ein Familienleben mit Kindern richten und junge Frauen anders als junge Männer schon früh beginnen, sich hierauf zu orientieren. Hohe Karriereziele erscheinen vor diesem Hintergrund wohl für viele Mädchen und junge Frauen nicht als so vordergründig wichtig und erstrebenswert, wie dies im Falle von Jungen und jungen Männern der Fall sein könnte. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass geschlechterspezifische Verhaltensmuster Kindern auch heute noch vorgelebt werden. Der Haushalt und die Familienarbeit werden überwiegend von Müttern geleistet, auch wenn diese einem Beruf nachgehen. Meistens sind es die Frauen, die zumindest solange die eigenen Kinder kleiner sind, beruflich kürzer treten und in Teilzeit arbeiten<sup>380</sup>. Dieses Modell wird Kindern und Jugendlichen heute noch mehrheitlich vorgelebt. Schon bei Mädchen und Jungen unter 18 Jahren zeigte sich, dass sie ungleich an der Hausarbeit beteiligt werden<sup>381</sup>. Eine Zuschreibung geschlechterspezifischer Verhaltensformen wird zudem durch die mediale Beeinflussung, die schon im frühen Kindesalter beginnt, verstärkt.

---

<sup>377</sup> Hildegard Matthies: „Männerkultur bremst weibliche Karrieren“ in *ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 7, 2007, S. 32 ff.

<sup>378</sup> Hildegard Macha: „Rekrutierung von weiblichen Eliten“ in *ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte*, Band 10, 2004, S. 25 ff./ S. 29.

<sup>379</sup> ebenda, S. 30.

<sup>380</sup> Vgl. hierzu II.1.1.2. „Struktureller innerfamiliärer Wandel seit den 1960er Jahren“, IV. 5.1. „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung bei Frauen und Männern“ und VII. 1.3. „Aufgabenverteilung, Vater- und Mutterrolle“.

<sup>381</sup> Waltraud Cornelißen (Herausgeberin): „1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland“, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, München, November 2005, 2. Fassung, S. 316.



Jene Frauen, die bestrebt sind, Führungsfunktionen zu übernehmen und sich ihren Weg nach ganz oben zu bahnen, müssen jedoch vielfach feststellen, dass die sogenannte gläserne Decke weiterhin existiert. Auch wenn geschlechtsspezifische Aufstiegsbarrieren nicht ohne weiteres erkennbar sind, so werden Frauen immer noch am Aufstieg in führende Positionen gehindert und sie müssen sich Positionen im Bereich unterhalb der gläsernen Decke begnügen. Eine Untersuchung bei Wissenschaftlerinnen ergab, dass Erfolg in der Wissenschaft nicht dadurch erklärt werden könne, dass es den weniger erfolgreichen Wissenschaftlerinnen an Karriereabsichten mangle und sie deswegen häufiger Kinder haben. Wissenschaftlerinnen mit Kind(ern) konnten jedoch bedeutend seltener erfolgreich eine Karriere realisieren als jene ohne Kind(er). Darüber hinaus war zu beobachten, dass Wissenschaftlerinnen mit Karriereerfolg keine oder erst später eine Familie gründeten bzw. ihre Kinderzahl einschränkten<sup>382</sup>. Beruflich erfolgreicher können Frauen demnach in der Regel dann sein, wenn sie kinderlos bleiben.

Gründe für die Existenz der „gläsernen Decke“ können sein, dass vielfach vermutet wird, dass jene ambitionierten, meist hoch qualifizierten Frauen aufgrund von Kinderwunsch oder bestehender familiärer Verpflichtungen nicht im gleichen Maße belastbar wären, wie Männer. Zum Teil werden es nicht nur Männer, sondern auch Frauen in leitenden Positionen sein, die gegenüber Frauen – mit oder ohne Familie – Vorurteile hegen. Daran scheint sich bislang wenig geändert zu haben, obgleich es heutzutage mehr Männer gibt, die sich zu ihren Aufgaben als Familienvater bekennen, Zeit für die Familie einfordern, Elternzeit nehmen und sich die Familienarbeit stärker als zuvor mit ihren Partnerinnen aufteilen. Zudem gibt es auch allein erziehende Väter oder solche, die sich die Betreuung mit den Müttern der Kinder aufteilen und von daher zeitliche Kompromisse eingehen müssen.

Weitere Gründe könnten sein, dass Frauen weniger stark gefördert werden als ihre männlichen Kollegen und sie insofern weniger Chancen haben als Männer in die obersten Ebenen aufzusteigen. Verantwortlich sein könnten auch „Männerrunden“, die gern unter sich bleiben wollen und einen Austausch in „Männerzirkeln“ zu pflegen bevorzugen, zu denen Frauen in der Regel keinen Zugang haben. Nach wie vor scheinen Frauen Schwierigkeiten zu haben, den Anschluss an entscheidende berufliche Netzwerke zu finden und empfinden die Allgegenwärtigkeit männlicher Netzwerke als Karrierehindernis<sup>383</sup>, zumal Männer-Seilschaften

---

<sup>382</sup> Agnieszka Althaber, Johanna Hess & Lisa Pfahl: „Karriere mit Kind in der Wissenschaft – Egalitärer Anspruch und tradierte Wirklichkeit der familiären Betreuungsarrangements von erfolgreichen Frauen und ihren Partnern“ in „Gemeinsam Karriere machen – Die Verflechtung von Berufskarrieren und Familie in Akademikerpartnerschaften“, Heike Solga (Hrsg.), Verlag B. Budrich, Opladen, Berlin 2011, S. 92.

<sup>383</sup> „Frauen fürchten Männer-Netzwerke“, Artikel auf [focus.de](http://focus.de) vom 9.05.200: [www.focus.de/finanzen/karriere/management/network/top-positionen\\_aid\\_55793.html](http://www.focus.de/finanzen/karriere/management/network/top-positionen_aid_55793.html)

noch oftmals das Bild der Öffentlichkeit bestimmen<sup>384</sup>. Allerdings werden „Frauennetzwerke“ immer häufiger. Sie bieten ein Forum für den Austausch karriereorientierter Frauen unterschiedlicher Berufsgruppen<sup>385</sup>. Hier finden Frauen die Möglichkeit, wertvolle Kontakte zu knüpfen, Wissen auszutauschen und sich gegenseitig zu motivieren, ihren ambitionierten Weg weiterzuverfolgen.

Frauennetzwerke und Mentorenprogramme, durch die insbesondere junge Frauen gezielt gefördert und gestärkt werden sollen, können jedoch nur funktionieren, wenn Frauen selbst den Willen haben, ihre beruflichen Chancen auszubauen und es bis nach ganz oben zu schaffen. Zu beobachten ist, dass gerade Frauen mittleren Alters mit kleineren Kindern eine berufliche Karriere hinten anstellen, um – zumindest für eine gewisse Zeit – mehr zeitliche Freiräume für ihre Familie zu haben. Äußere Faktoren, wie fehlende Betreuungsangebote mögen hierbei eine mehr oder minder gewichtige Rolle spielen. Davon abgesehen scheint das Bedürfnis, in größerem zeitlichen Umfang selber für das eigene Kind oder die eigenen Kinder da sein zu können, bei Frauen im Vergleich zu Männern stärker ausgeprägt zu sein. Es ist davon auszugehen, dass die traditionelle Rollenverteilung und die oftmals auch aufgrund des Stillens enge Bindung der Mutter der ersten Wochen und Monate nach der Geburt an ihr Kind, dies auch heute noch stärker beeinflussen. Aber auch der Umstand, dass Männer häufig bereits höher auf der Karriereleiter stehen als ihre Partnerinnen, oftmals ein höheres Einkommen erzielen oder bessere Aufstiegschancen in ihrem Job haben, kann dazu beitragen, dass sich wenig an der vorherrschenden Aufgabenverteilung zwischen Männern und Frauen ändert. Vor diesem Hintergrund darf es nicht verwundern, wenn insbesondere Mütter seltener in Führungspositionen gelangen. Wenn jedoch immer mehr Männer Zeit für sich und die Familie einfordern, sollte dies längerfristig dazu beitragen, dass sowohl Frauen auch als Männer in Führungspositionen akzeptiert werden, die neben dem Job auch noch ausreichend Zeit für ihr Privatleben einfordern.

#### **4. Aufstieg in politische Führungspositionen**

Für ein Fortkommen in der Politik sind gute Kontakte und das Networking bzw. die Kontaktpflege und „Networking“ wichtige Voraussetzungen<sup>386</sup>. Auch über das familiäre Umfeld hergestellte Kontakte zur Politik bzw. zu Entscheidungsträgern/innen in der Politik können ge-

---

<sup>384</sup> Judith Kleinmeyer und Sandra Busch-Janser (Hrsg.): „Die Strippenzieherinnen. Welche Frauen stehen im Hintergrund“, polisphere library Berlin/München/Brüssel 2008, S. 13.

<sup>385</sup> Als Beispiele seien das Netzwerk „Business and Professional Women“ (BPW) und die „Sorooptimisten“ genannt: Artikel „Kein Fußball, kein Golf, kein Bier – Frauen kungeln nicht schlechter, nur anders als Männer. Daraus ergeben sich wertvolle Chancen“ im Tagesspiegel – Sonntagsbeilage Seite K 10 vom 28.10.2012.

<sup>386</sup> Vgl. V. 2.2. „Erfolgschancen und soziale Vorbedingungen“ und die Auswertung des Fragebogens (VI. 4. „Allgemeine Fragen“).

gebenenfalls eine Rolle spielen und den Zugang zu politischen Ämtern erleichtern<sup>387</sup>. Ob die Herkunft und soziale Vorbedingungen in Hinblick auf (fehlende) Kontakte einen maßgeblichen Einfluss auf den Verlauf von Politikerkarrieren haben, soll jedoch dahingestellt bleiben. Zumindest sind sie wohl heutzutage weniger bedeutsam, als dies beispielsweise noch zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts der Fall war, als der Adel ein Privileg und großen Einfluss auf die Besetzung von Posten in der Politik hatte. Maßgeblichen Einfluss auf die Karrierechancen in der Politik haben hingegen Bildung und Berufstätigkeit, indem beide den Zugang zur Politik erleichtern können<sup>388</sup>.

Im Folgenden soll unter anderem der Frage nachgegangen werden, ob spezifische Wege in die Spitzenämter der Politik auszumachen sind, ob diese gleichermaßen für Männer und Frauen gelten und welche Rolle dabei Rekrutierungs- und Selektionsmechanismen spielen. Dabei wird die Annahme zugrunde gelegt, dass der Grundstein für politische Teilhabe bedingt durch das politische Interesse im politischen Sozialisationsprozess gelegt wird<sup>389</sup>. Um sich einen Eindruck von Karriereverläufen verschiedener Spitzenpolitiker/innen machen zu können, müssen die Lebensläufe einzelner erfolgreicher Politiker/innen betrachtet werden. Zunächst soll aber untersucht werden, ob heute noch von einer „politischen Klasse“ und deren Elitestellung gesprochen werden kann. Damit im Zusammenhang steht die Frage nach dem Bildungsgrad der Politiker/innen.

#### **4.1. Zugehörigkeit zur „Politischen Klasse“ und politische Selektion**

Folgende politischen Akteure, die in einem an Max Weber angelehnten Sinne „Politik als Beruf“ praktizieren<sup>390</sup>, lassen sich als „Politische Klasse“ bezeichnen: Hauptamtliche Funktionäre in Parteien und Verbänden, vor allem aber die Abgeordneten des Bundestages und der Landtage, auch wenn deren Perspektive von Politik als längerfristig ausgeübten Beruf immer auch mit dem Risiko verbunden ist nicht wieder für ein Amt aufgestellt bzw. nicht wieder gewählt zu werden. Wenngleich dies differenziert zu betrachten ist, teilt die politische Klasse durch ihr Berufsbild und ihre Einkommensquelle ein bestimmtes sozialökonomisches Positionsinteresse. Und die politische Klasse teilt wesentliche Merkmale gemeinsamer politischer Kultur und eines gemeinsamen Verständnisses politischer Professionalisierung,

---

<sup>387</sup> Berühmte Beispiele für Familienangehörige in der Politik sind die Brüder Hans-Jochen Vogel (ehemaliger Vorsitzender der SPD) und Bernhard Vogel (CDU-Ministerpräsident der Länder Rheinland-Pfalz und Thüringen). Bundesministerin Ursula von der Leyen ist die Tochter des ehemaligen CDU-Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Ernst Albrecht.

<sup>388</sup> Beate Hoecker in „Politische Partizipation von Frauen“, Opladen 1995, S. 188.

<sup>389</sup> Beate Hoecker: „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987, S. 21.

<sup>390</sup> Vgl. Max Webers Vortrag von 1919 „Politik als Beruf“ mit einem Vorwort von Marianne Weber (1926), Vierte Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1964, S. 14 ff.

wodurch sie sich vom „Normalbürger“ und politischem Laien deutlich unterscheidet. Eine gemeinsame lebensbestimmende Sozialisation im Berufsweg vermittelt einen Grundbestand gemeinsamer Identität und zahlreiche übereinstimmende Kommunikations- und Interaktionsgewohnheiten – über alle politische Richtungsgrenzen und Binnendifferenzierungen der politischen Klasse hinweg<sup>391</sup>.

Die „Politische Klasse“ wird jedoch heterogener mit steigender Akademisierung und dem Schwinden des Juristenmonopols<sup>392</sup>, das vornehmlich Absolventen einer juristischen Ausbildung den Aufstieg in parlamentarische und administrative Führungsgruppen ermöglichte. Dazu trägt auch bei, dass heute ökonomisch-technische und sozialwissenschaftlich-pädagogische Bildungsqualifikationen relevant geworden sind. Der Zugang zu Elitepositionen gestaltet sich vielfältiger und offener. Neben Ausbildung und Berufserfahrung ist im Verlauf der Zeit auch hinsichtlich der sozialen Herkunft eine stärkere Differenzierung bei den Berufspolitikern festzustellen<sup>393</sup>.

Zu den bekanntesten Beispielen von Politikern „einfacher Herkunft“ zählen Willy Brandt und Gerhard Schröder. Willy Brandt (von 1969 bis 1974 Bundeskanzler und von 1964 bis 1987 Vorsitzender der SPD) nannte sich selbst Arbeiterkind, der seinen Vater nicht kannte und der bei seiner Mutter aufwuchs, die Verkäuferin im Konsum war<sup>394</sup>. Auch die SPD-Politikerin Käthe Strobel, die von 1966 bis 1969 Bundesministerin für Gesundheitswesen und von 1969 bis 1972 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit war, wuchs in einfachen Verhältnissen auf. Käthe Strobel (geborene Müller) war das vierte von sieben Kindern des Schuhmachers Friedrich Müller, der später Stadtrat wurde. Gemeinsam mit ihrer Familie lebte Käthe zunächst in einer Nürnberger Arbeitersiedlung. Sie absolvierte eine kaufmännische Ausbildung und arbeitete als Buchhalterin. Norbert Blüm (CDU), der von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung war, kam ebenfalls aus einer Arbeiterfamilie. Sein Vater war Kraftfahrzeugschlosser und Busfahrer. Blüm machte nach dem Abschluss der Volksschule eine Lehre als Werkzeugmacher bei der Adam Opel AG in Rüsselsheim und arbeitete auch anschließend dort<sup>395</sup>. Neben dem Beruf holte Blüm das Abitur nach.

Gerhard Schröder (SPD), von 1990 bis 1998 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und von 1998 bis 2005 deutscher Bundeskanzler, wuchs in armen Verhältnissen als Sohn einer Kriegswitwe auf, die den Lebensunterhalt der Familie mit verschiedenen Putz- und

---

<sup>391</sup> Thomas Meyer: „SPD, Politische Klasse und politische Kultur“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, S. 175.

<sup>392</sup> Das „Juristenmonopol“ schließt insbesondere auch Staatsbedienstete bzw. verbeamtete Juristen mit ein.

<sup>393</sup> Dietrich Herzog: „Zur Funktion der Politischen Klasse“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, S. 137.

<sup>394</sup> Willy Brandt: „Erinnerungen“, Propyläen Verlag, Ullstein, Frankfurt Main 1989, S. 87.

<sup>395</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Norbert\\_Blüm](http://de.wikipedia.org/wiki/Norbert_Blüm).

Aushilfsjobs bestritt. Schröder absolvierte nach Verlassen der Volksschule eine Lehre zum Einzelhandelskaufmann und holte neben der Berufstätigkeit die Mittlere Reife und später das Abitur auf dem zweiten Bildungsweg nach. Anschließend studierte Gerhard Schröder Jura<sup>396</sup>. Auch die Spitzenpolitikerin der Grünen, Renate Künast, ist ausgebildete Juristin. Der Vater der aus Recklinghausen stammenden Künast war Kfz-Mechaniker, die Mutter arbeitete als Hilfsschwester im Krankenhaus. Nach der Mittleren Reife absolviert Künast einen Fachoberschulabschluss und ein Studium der Sozialarbeit in Düsseldorf. Nach dem Abschluss arbeitet Künast als Sozialarbeiterin in Berlin und entschließt sich für ein weiteres Studium der Rechtswissenschaften<sup>397</sup>.

Diese Beispiele lassen erkennen, dass es für Männer und Frauen aus sozial schwächeren Familien durchaus Aufstiegsmöglichkeiten in ein politisches Spitzenamt gibt. Deutlich wird zugleich, dass nicht nur das Abitur, sondern auch der Abschluss eines Studiums – heute (noch) stärker als zu Beginn der Bundesrepublik Deutschland – von Bedeutung sind. So weit die Bundesministerinnen und Bundesminister des zweiten Merkel-Kabinetts entsprechende Angaben gemacht haben, lässt sich feststellen, dass sie überwiegend aus Akademikerhaushalten stammen. Eine Ausnahme ist Kanzleramtsminister Roland Pofalla, dessen Vater Arbeiter in einer Holz verarbeitenden Fabrik war und dessen Mutter dort als Putzfrau arbeitete<sup>398</sup>. Pofalla besuchte nach der Mittleren Reife die Fachoberschule für Sozialpädagogik und beendete sein Studium als Diplom-Sozialpädagoge (FH). Im Anschluss daran studierte auch er Jura und ließ sich später als Rechtsanwalt nieder.

Im Prozess der politischen Rekrutierung und Selektion werden Inhaber bestimmter Berufspositionen aufgrund ihrer Tätigkeitsmerkmale in besonderer Weise begünstigt oder auch benachteiligt. So variieren politische Karrierechancen insbesondere in Abhängigkeit von der Politiknähe einer Berufsposition und der Art der Berufstätigkeit. Zeitliche Flexibilität spielt hierbei ebenfalls eine Rolle. Der Beruf des selbstständigen Rechtsanwalts kann hier beispielsweise den benötigten Freiraum für ein politisches Engagement lassen. Zum Teil kann dieser Beruf als „politiknah“ in Abhängigkeit von der Ausrichtung und Spezialisierung bzw. der Mandantschaft bezeichnet werden. Es gibt Beschäftigungsfelder, die es zum einen erlauben, sich für den Beruf des Politikers/der Politikerin zu professionalisieren und die zum anderen auch dem Beschäftigungserhalt eines Berufspolitikers dienen sollen. Demnach werden Positionen in der Partei, auf parlamentarischer und exekutiver Ebene oder im Bereich der Interessenvertretung gleichzeitig oder nacheinander ausgeübt. Während knapp 20 Pro-

---

<sup>396</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard\\_Schröder](http://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Schröder).

<sup>397</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Renate\\_Künast](http://de.wikipedia.org/wiki/Renate_Künast).

<sup>398</sup> [www.regierenkapieren.de/nsc\\_true/Webs/KW/Content/DE/Artikel/Anlagen/pofalla-ministertext-pdf,property=publicationFile.pdf/pofalla-ministertext-pdf](http://www.regierenkapieren.de/nsc_true/Webs/KW/Content/DE/Artikel/Anlagen/pofalla-ministertext-pdf,property=publicationFile.pdf/pofalla-ministertext-pdf).

zent der Abgeordneten vor ihrem Einzug in den Bundestag keine politische Funktion ausübten, lag der Anteil der Abgeordneten, die neben Ihrer Berufstätigkeit (oder Ausbildung) bereits ein oder mehrere politische Ämter inne hatten etwa vier Mal so hoch. Ein Zehntel der Mandatsträger hatte sogar drei und mehr Funktionen zugleich inne<sup>399</sup>.

## 4.2. „Politische Elite“ und Einordnung des Berufspolitikers

Zu Beginn der Demokratisierung im 19. Jahrhundert existierte eine einheitliche, aus der Oberklasse stammende politische Führungsschicht. Sie war mit Besitz, einem Adelstitel oder Honoratioren-Status verbunden. Diese Herkunftsmerkmale sind heutzutage nicht mehr vorhanden<sup>400</sup> bzw. für eine Karriere nicht mehr relevant. Von einer Abbildung der sozialen Schichtung der Gesellschaft in der Elite kann aber auch am Ende des 20. Jahrhundert keine Rede sein<sup>401</sup>. Genauso stellt sich auch die Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts dar. Noch heute ist eine deutliche Differenz zwischen der sozialen Herkunft bzw. in der sozialen Zusammensetzung von Bevölkerung und Eliten zu verzeichnen, die sich seit Beginn der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts nur geringfügig verändert hat. Angehörige der oberen Mittelschicht und bestimmter Berufe sind weit überproportional in Führungspositionen vertreten. Umgekehrt ausgedrückt sind die Elitenmitglieder diejenigen, die nicht nur überwiegend oberen Berufsklassen angehören, sondern auch aus oberen Bildungsschichten stammen<sup>402</sup>.

Wie zu Beginn dieses Kapitels beschrieben<sup>403</sup>, dient der Begriff der Elite allgemein vor allem dazu, erfolgreiche und einflussreiche Kreise einer Gesellschaft gegenüber der Masse bzw. den „Normalbürgern“ abzugrenzen. Zur politischen Elite werden Inhaber von Spitzenpositionen in der Politik gezählt, die besonderen Einfluss auf die politischen Geschehnisse ihres Landes haben und innerhalb des politischen Systems maßgebliche Entscheidungen treffen oder dieses mit beeinflussen können. Ergänzend zu den obigen Ausführungen soll der Elitenbegriff noch einmal im Zusammenhang mit der politischen Klasse etwas genauer untersucht werden: Als besonders bedeutsam sollen in diesem Zusammenhang neben der Leistungselite und der Stellungselite, die Herkunftselite hervorgehoben werden, die alle drei eine

---

<sup>399</sup> Elena Semenova: „How to become an MP: Die Rekrutierung von deutschen und russischen Parlamentariern im Vergleich“, Sonderforschungsbereich 580 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580 Mitteilungen, Heft 28, September 2008 S. 54 f.

<sup>400</sup> Dietrich Herzog: „Zur Funktion der Politischen Klasse“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, S. 137. Herausgeber Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein, Bouvier Verlag, Bonn/Berlin 1992.

<sup>401</sup> Vgl. Karl Martin Bolte/Stefan Hradil: „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag + Budrich GmbH, Leverkusen, 5. Auflage 1984, S. 186 ff.

<sup>402</sup> Erhebung von Bürklin/Rebenstorf u.a. von 1997: „Die Bildung der Elitenmitglieder 1981 und 1995 (in %)“, S. 86 in: Stefan Hradil „Soziale Ungleichheit in Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 8. Auflage (2001 im Nachdruck 2005), Wiesbaden 2005, S. 270 / 271.

<sup>403</sup> Vgl. insbesondere unter 3.2. „Führungspositionen in der Politik“.

gesellschaftliche Minderheit und deshalb eine „Auswahl“ darstellen<sup>404</sup>. Die Stellungselite umfasst jene Minderheit, die aus welchen Gründen auch immer eine herausgehobene Stellung in der Gesellschaft innehaben. Damit ist diese am ehesten von den drei genannten mit den „Funktionseliten“ vergleichbar, die in der Regel jene gesellschaftlichen Führungsgruppen beschreiben, die infolge der Übernahme einer Funktion im „gesellschaftspolitischen Wirkungszusammenhang“<sup>405</sup> bestimmt werden können und somit auch die Gruppe der politischen Führungskräfte abbildet. Der Mehrzahl empirischer Befunde nach zu urteilen, existiert in Deutschland ein nach Funktionsbereichen gegliedertes Elitengefüge, wobei die in diesem Gefüge existierenden Machtgruppierungen relativ eigenständig und mit unterschiedlicher Macht ausgestattet sind<sup>406</sup>.

Was die politischen Führungskräfte angeht, können diese aber zugleich der von Miegel genannten Stellungselite zugeordnet werden, für die folgende Besonderheiten gelten: Die bekleidete Stellung ist wichtiger als die Person, da sie sich durch die Stellung definiert und die Person hinter der Stellung zurücktritt. So werden Minister, Vorstandsvorsitzende großer Unternehmen oder ein Bischof, oder auch ein Landgerichtspräsident oder Universitätsprofessor über ihre Stellung wahrgenommen, egal was er/sie mitzuteilen hat. Die Person wird auf den Schild gehoben und dadurch weithin sichtbar, aber verlässt sie den Schild, verschwindet sie meist sofort wieder. Dann ist es nicht mehr von Interesse, was er/sie zu sagen hat<sup>407</sup>. Insofern stehen und fallen Stellungseliten mit den Organisationen, die eine solche hervorgehobene Stellung zu verschaffen vermögen, da letztlich die Organisation die Stellung bedingt. Ist also das Amt Ausfluss und Produkt einer Organisation, wird es hierdurch unvermeidlich Wesensmerkmale dieser Organisation tragen. Das wiederum führt dazu, dass jene dieses Amt am besten ausfüllen, die ebenfalls der Organisation wesensmäßig entsprechen. Die wichtigste Aufgabe der Stellungselite ist insofern, „das Wollen und Wirken ihrer Organisation zusammen-, nicht aber anzuführen“<sup>408</sup>. Ein/e Politiker/in mit Ambitionen auf ein herausragendes Führungsamt ist somit zum Scheitern verurteilt, wenn er/sie nicht die Interessen seiner/ihrer Partei vertritt und zugleich sein/ihr Amt der Aufgabe unterordnet, im gesellschaftspolitischen Zusammenhang zu wirken.

---

<sup>404</sup> Meinhard Miegel: „Nachdenken über Eliten“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, S. 66 f.

<sup>405</sup> Karl Martin Bolte / Stefan Hradil: „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag + Budrich GmbH, Leverkusen, 5. Auflage 1984, S. 177.

<sup>406</sup> Stefan Hradil „Soziale Ungleichheit in Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 8. Auflage (2001 im Nachdruck 2005), Wiesbaden 2005, S. 273.

<sup>407</sup> Meinhard Miegel: „Nachdenken über Eliten“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, S. 69.

<sup>408</sup> ebenda, S. 70.

### 4.3. „Parteikarrieren“

Die politischen Parteien sind gemäß § 1 Absatz 2 des Parteiengesetzes<sup>409</sup> insbesondere auch damit beauftragt, die politische Bildung anzuregen und zu vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben zu fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranzubilden und sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden zu beteiligen. Damit steht außer Frage, dass die Rekrutierung geeigneten politischen Personals sowie die Herstellung einer ausgewogenen, angemessenen Beteiligung von Frauen und Männern in der Politik den Parteien obliegt, wie auch die Aufgabe, Männer und Frauen für die Beteiligung an der Parteiarbeit und als potenzielle Kandidaten/innen für politische Ämter zu gewinnen und zu fördern<sup>410</sup>.

Eine übliche Karriere in der Politik wird oftmals assoziiert mit der so genannten Ochsentour, die mit kleineren Parteiämtern auf der Ebene der Ortsvereine der Parteien startet und bis hin zu Ämtern mit „politischem Gewicht“ führen kann. Für diesen langsamen Aufstieg wird nicht nur stetes Engagement in einer Partei vorausgesetzt, sondern zugleich die Bereitschaft Zeit zu investieren und Kompromisse einzugehen. Es kommt aber auch ab und zu vor, dass ein Kandidat oder eine Kandidatin nach nur kurzer Zeit in der Partei eine Erfolg versprechende Platzierung in Wahllisten der Parteien erreichen oder in ein neu zu besetzendes Amt nachrücken kann, beispielsweise wenn über die Kandidaturen „altgedienter Parteisoldaten“ keine Einigung erzielt werden konnte.

Bezeichnend für die Elitenrekrutierung in der Politik ist, dass die Aufstiegschancen von Parteimitgliedern unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, ihrem beruflichen Hintergrund oder ihren persönlichen Eigenschaften ist, aber die Mitarbeit in der Partei und die „innerparteiliche Organisationswirklichkeit“ als ausschlaggebend für den personellen Auswahlprozess angesehen werden<sup>411</sup>. Entscheidend für den Aufstieg in höhere politische Ämter ist in diesem Zusammenhang die *Anciennität*. Die engagierte Beteiligung in einer Partei über einen längeren Zeitraum hinweg und die Arbeit als Delegierter oder Abgeordneter sorgen für Rückhalt innerhalb einer Partei und deren „parteiinternen Hausmacht“, die in der Regel nötig ist für eine

---

<sup>409</sup> § 1 Abs. 2 PartG - Parteiengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. August 2011 (BGBl. I S. 1748) geändert worden ist:

Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluss nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranzubilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluss nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozess der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

<sup>410</sup> Vgl. Louise K. Davidson-Schmich, Isabelle Kürschner: „Stößt die Frauenquote an ihre Grenzen? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009“ in ZParl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2011, S. 25 ff. (25).

<sup>411</sup> Dietrich Herzog: Politische Führungsgruppen – Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1982, Darmstadt, S. 86.



erfolgreiche Kandidatur. Hinzu kommen „Proporzgesichtspunkte“, die bei allen Parteien eine wichtige Rolle spielen<sup>412</sup>. Zu denken ist hierbei insbesondere an das Aushandeln einer ausgeglichenen Besetzung von Posten oder Wahllisten im Hinblick auf Gruppierungen unterschiedlicher innerparteilicher Ausrichtungen oder eine regionale Ausgeglichenheit.

Der These von Herzog, dass Parteikarrieren abgekoppelt von den Merkmalen der sozialen Herkunft, dem beruflichen Hintergrund oder persönlichen Eigenschaften verlaufen, ist aus heutiger Perspektive entgegenzuhalten, dass der erfolgreiche Aufstieg in höhere politische Ämter unter anderem auch davon abhängt, ob der/die Anwärter/in sich als Sympathieträger der eigenen Parteimitglieder sowie des Wahlvolks eignet, er/sie kommunikativ ist, andere zu überzeugen vermag und gut verhandeln kann, den Umgang mit den Medien nicht scheut und sich geschickt zu inszenieren weiß. Der Berufspolitiker sollte zudem ein guter „Netzwerker“ sein. Wie oben erwähnt, können im beruflichen oder familiären Umfeld erworbene Kontakte den Karriereeintritt erleichtern. Auch wenn diese Kontakte für die politische Karriere weniger bedeutsam sein mögen als für eine Karriere in der Wirtschaft, so ist bezogen auf Bildung und Berufstätigkeit davon auszugehen, dass diese einen maßgeblichen Einfluss auf die Karrierechancen in der Politik haben<sup>413</sup>.

Vor allem aber ist es die „Ochsentour“, die den Spitzenpolitikern/innen von morgen das nötige Rüstzeug mit auf den Weg gibt. Kein Ausbildungszweig oder Studiengang vermittelt das für Politiker notwendige Wissen und Können. Es kommt auf die praktische politische Erfahrung an, die bereits in den Jugendorganisationen der Parteien oder die einzelnen Ebenen der „Mutterpartei“ gemacht werden können. Über den Posten im Ortsverein, über die Kreisebenen hinweg auf die Landesebene werden Erfahrungen gesammelt in der Antragsarbeit, in Gremiensitzungen, bei Abstimmungs- und Kompromissfindungsprozessen. Die „Ochsentour“ mit ihren „Bewährungszwängen“ in den verschiedenen politischen Ämtern und Mandaten der unterschiedlichen Ebenen, bietet grundsätzlich ideale Bedingungen für das für eine Karriere in der Politik üblicherweise notwendige „learning by doing“<sup>414</sup>. Davon abgesehen gehören neben Ambitionen aber auch das Interesse für die politische Arbeit einer Partei, Geduld und die Bereitschaft beträchtliche Zeit und ein wenig „Herzblut“ zu investieren zu den Dingen, die ein Politik-Anwärter mitbringen sollte. Erkennbar wird in diesem Zusammenhang die emphatische Konnotation, die bei der Beschreibung der Sozialfigur des Berufspolitikers und dessen Pflichtethos durch Max Weber zum Ausdruck kommt. Insofern müsste die „Hin-

---

<sup>412</sup> Dietrich Herzog: Politische Führungsgruppen – Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1982, Darmstadt, S. 87.

<sup>413</sup> Vgl. unter V. 4. „Aufstieg in politische Führungspositionen“ und Beate Hoecker in „Politische Partizipation von Frauen“, Opladen 1995, S. 188.

<sup>414</sup> Robert Lorenz und Matthias Micus: „Politische Quereinsteiger“, Artikel auf [www.spiegel.de/politik/deutschland](http://www.spiegel.de/politik/deutschland) vom 12.09.2009.

nahme von Opfern in der Privatsphäre“ auch als mit dem Prozess der politischen Professionalisierung einhergehend verstanden werden<sup>415</sup>.

Neben der beschriebenen für die Politik typische Elitenrekrutierung gibt es aber auch immer Gelegenheit für einen Quer- oder Seiteneinstieg. Als Quereinsteigerinnen gelten beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Arbeits- und Sozialministerin Ursula von der Leyen, die Merkel 2005 als Familienministerin in ihr Kabinett holte. Keine klassische Parteikarriere machten auch der im ersten Kabinett Gerhard Schröders vertretene parteilose Wirtschaftsminister Werner Müller, der Journalist und Verleger Michael Naumann als erster Kulturstatsminister im Jahre 1998 und als Spitzenkandidat der Hamburger SPD zur Bürgerschaftswahl 2008 oder der Schriftsteller Stefan Heym, der 1994 für die PDS in den Bundestag gewählt wurde. Gründe dafür, dass nicht allzu viele bekannte Wissenschaftler, erfolgreiche Wirtschaftsmanager oder renommierte Künstler an einem Quereinstieg in die Politik interessiert sind, könnten folgende sein: Der Beruf des Politikers ist nicht nur zeit- und arbeitsintensiv, sondern auch von oftmals ganz unterschiedlichen und schon von daher nicht erfüllbaren Erwartungen überfrachtet. Er verspricht kein zusätzliches Renommee, sondern birgt vielmehr die Gefahr einer schnellen Abwahl und ist im Vergleich zur bisherigen Tätigkeit der Quereinsteiger vergleichsweise schlecht bezahlt. Für Quereinsteiger ist es zudem schwieriger damit umzugehen, dass Erfolg und Misserfolg in der Politik schwer bestimmbar sind und ihnen eine erhöhte Diskussions- und Rechtfertigungsbereitschaft abverlangt wird<sup>416</sup>.

Parteikarrieren bzw. allgemein politische Karrieren können jäh enden. Neben Karrierechancen ergeben sich für Berufspolitiker gleichsam immer auch Karriererisiken. Die Gefahr der Abwahl resultiert aus einer offenen Parteienkonkurrenz, die wiederum Teil der repräsentativen Demokratie ist. Die nach eigenen Angaben hohe Arbeitsbelastung der Parlamentarier und das Abwahlrisiko wirkt sich allerdings weniger stark auf den Wunsch aus, im Parlament verbleiben zu wollen. 85 Prozent der befragten deutschen Landes-, Bundes- und Europaparlamentarier beabsichtigen, erneut zu kandidieren. Bei den Bundestagsabgeordneten lag diese Zahl sogar bei 93 Prozent<sup>417</sup>.

---

<sup>415</sup> Beitrag von Best/Jahr basierend auf Vorträgen einer Veranstaltung vom 8.11.2004 bzw. 15.12.2004: „Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland“ in ZParl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2006, unter Bezugnahme auf Max Weber „Politik als Beruf“ (Vgl. Max Webers Vortrag von 1919 „Politik als Beruf“ mit einem Vorwort von Marianne Weber (1926), Vierte Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1964, S. 14 ff.).

<sup>416</sup> Robert Lorenz und Matthias Micus: „Politische Quereinsteiger“, Artikel auf [www.spiegel.de/politik/deutschland](http://www.spiegel.de/politik/deutschland) vom 12.09.2009.

<sup>417</sup> „Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland“ – Beitrag basierend auf Vorträgen einer Veranstaltung vom 8.11.2004 bzw. 15.12.2004 unter Bezugnahme auf eine telefonische Befragung deutscher Landes-, Bundes- und Europaparlamentarier in 2003/2004 im Rahmen des Projekts A3 im SFB 580 an den Universitäten Jena und Halle, geleitet von Heinrich Best und Karl Schmitt. Beitrag von Best/Jahr in ZParl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2006.

#### 4.4. Männliche und weibliche Karrierepfade in politische Ämter

Eine entscheidende Frage zur Untersuchung der für Frauen im Unterschied zu Männern spezifischen Karrierepfade in der Politik ist die nach den womöglich anderen Chancenstrukturen von Frauen für eine politische Karriere. Trotz Einführung der Frauenquote bei den Grünen, der SPD und der Linkspartei in den achtziger und neunziger Jahren<sup>418</sup> und einem sich daran anschließenden deutlichen Anstieg des Frauenanteils im Bundestag, stagniert dieser bei rund einem Drittel. Vor allem für die aussichtsreichen Direktmandate wurden Männer deutlich häufiger nominiert als Frauen. Verantwortlich dafür ist die Kandidatenaufstellung bzw. Nominierungspraxis der Kreis- und Bezirksverbände der Parteien. Hier scheinen Frauen auch heute noch „schlechtere Karten“ zu haben als Männer<sup>419</sup>. Davidson-Schmich, und Kürschner gehen davon aus, dass vor allem in den drei Parteien mit den größten Anteilen an direkt gewählten Bundestagsabgeordneten, nämlich CDU, CSU und SPD, Frauen zu wenige der einflussreichen Vorstandspositionen auf Kreis-, Bezirks- und Landesebene einnehmen. Dementsprechend gering fällt der Einfluss von Frauen auf die Nominierung von Kandidaten/innen aus<sup>420</sup>.

Bei der Untersuchung der Frage nach anderen Chancenstrukturen und abweichenden Karrierepfaden von Frauen in der Politik, hat Michael Edinger von der Universität Jena jedoch festgestellt, dass auf Frauen zugeschriebene Karrieremuster kaum noch vorzufinden seien<sup>421</sup>. So legten Frauen mittlerweile überwiegend die gleichen Etappen zurück wie Männer. Zudem bewältigen Frauen die Anforderungen der „Ochsentour“ im Verlauf der Jahre leichter, als in den Jahrzehnten vor der deutschen Wiedervereinigung. Frauen sind in der Politik gleichwohl unterrepräsentiert, was daran festzumachen sei, dass weniger Frauen als Männer Parteien beitreten und was auch zur Folge habe, dass weniger weibliche Parteimitglieder politische Ämter innehaben.

Zugleich werden für Frauen erschwerte Startbedingungen angenommen. Diese werden auf in der Politik immer noch vorherrschende Karrieremuster zurückgeführt, die vor allem der Lebenssituation von Männern entsprechen und der geschlechtsspezifischen Arbeitsaufteilung nicht genügend bzw. bisher kaum Rechnung tragen<sup>422</sup>. Frauen, die höhere Posten an-

---

<sup>418</sup> Nähere Ausführungen unter V. 4.4.2. „Quotenregelungen der Parteien“.

<sup>419</sup> Vgl. Louise K. Davidson-Schmich, Isabelle Kürschner: „Stößt die Frauenquote an ihre Grenzen? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009“ in ZParl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1/2011, S. 25 ff. (31 ff.).

<sup>420</sup> ebenda, S. 34.

<sup>421</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (32).

<sup>422</sup> Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (60).

streben müssen erleben, dass Führungskreise immer noch einen männlichen Bias aufweisen und der Zugang zur Elite über ausgrenzende Netzwerke verläuft<sup>423</sup>. Dieser Umstand mag mittlerweile im Vergleich zur Wirtschaft und zur Wissenschaft nicht mehr so stark ausgeprägt sein, wie noch am Ende des vorherigen Jahrhunderts, als Frauen in politischen Spitzenpositionen noch Seltenheitswert hatten. Dennoch muss auch für politische Karrieren davon ausgegangen werden, dass die noch überwiegend männlich geprägten Führungszirkel dazu beitragen können, dass Frauen an die auf Politikkarrieren bezogene „gläserne Decke“ stoßen, die ihnen den Aufstieg in hohe Positionen verwehren.

#### 4.4.1. Aufstiegsmerkmale

Für die Ausübung von Ämtern auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene können unterschiedliche Voraussetzungen konstatiert werden. Die Entscheidung, wer für ein kommunalpolitisches Amt kandidieren soll, wird insbesondere von drei Kriterien beeinflusst. Neben einem hohen Bekanntheitsgrad und Sachkompetenz, spielt die zeitliche Abkömmlichkeit eine Rolle. Da die kommunalen Wahlsysteme in Deutschland als Personenwahl gelten können, spielt der individuelle Bekanntheitsgrad des/der Bewerbers/in um ein politisches Mandat eine besonders wichtige Rolle bei der Kandidatenauswahl. Frauen sind in der Kommunalpolitik auch deshalb seltener vertreten als Männer, da sie beispielsweise weniger präsent sind in Vorstandspositionen lokaler Vereine und in der Regel eher Männer infolge langjähriger Amtsausübung einen höheren Bekanntheitsgrad bei den Wählerinnen und Wählern genießen<sup>424</sup>. Dafür sind Frauen stärker in der lokalen Bildungs- und Schulpolitik aktiv und engagieren sich als Elternvertreterinnen in Kitas und Schulen, die ihre eigenen Kinder besuchen. Derlei Aktivitäten können in selteneren Fällen auch der Start für eine politische Karriere sein<sup>425</sup>.

Chancen auf eine Karriere in der Politik sind aber auch abhängig vom Grad der beruflichen Freiräume, um politische Funktionen übernehmen zu können. Als privilegiert für den politischen Aufstieg gilt eine berufliche Tätigkeit, die inhaltlich und zeitlich mit der politischen Be-

---

<sup>423</sup> Sigrid Metz-Göckel: „Exzellente Bildung von Frauen – Die internationale Frauenuniversität als Forum einer Weltelite gebildeter Frauen“ in „Willkommen im Club? – Frauen und Männer in Eliten“, Herausgeberin Regina-Maria Dackweiler, Schriftenreihe Forum Frauen- und Geschlechterforschung. Verlag westfälisches Dampfboot, Münster 2007, S. 110.

Vgl. auch Ausführungen unter V. 3.3. „Frauen und Männer in Führungspositionen“.

<sup>424</sup> Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (59 f.).

<sup>425</sup> Vgl. Interview mit Interviewpartnerin „L“, die über die Arbeit als Elternvertreterin in der Schule ihrer Kinder, zur Politik kam (Vgl. auch Ausführungen unter VII. „Familienleben von Politikern/innen“).

tätigung vereinbar ist<sup>426</sup>. Dies wird darauf zurückzuführen sein, dass Aufstiegsaspiranten sehr bald mit dem Problem der zeitlichen Vereinbarkeit von politischer und beruflicher Tätigkeit konfrontiert werden<sup>427</sup>. Unter diesen Umständen wird die politische Tätigkeit zugunsten des beruflichen Fortkommens in Wirtschaft oder Wissenschaft eingeschränkt oder gar aufgegeben. Hinzu kommt die zeitliche Belastung mit der Familienarbeit, insbesondere dann, wenn im Haushalt kleine Kinder leben, die vor allem auch am Abend betreut werden müssen. Mitgliedertreffen und Gremiensitzungen, deren Besuch für eine politische Karriere unabdingbar ist, finden aber meist abends statt und können bis spät in die Nacht dauern. Die Ausübung eines Amtes in der Kommunalpolitik, das überwiegend als ehrenamtliche Arbeit erfolgt und insbesondere mit Abendterminen einhergeht, bindet viel Zeit. Gerade jüngere Frauen lassen sich von den vorherrschenden Formen der politischen Arbeit abschrecken und können die geforderte Zeit nicht aufbringen, um Familie, Beruf und Politik miteinander zu vereinbaren<sup>428</sup>. Damit fehlt ihnen oftmals die Möglichkeit für einen Aufstieg in politische Ämter auf Landes- oder gar Bundesebene.

Das im Beruf gewonnene Fachwissen eines Parteimitglieds kann, ähnlich wie einflussreiche Kontakte, den Aufstieg befördern<sup>429</sup>. Obgleich Frauen und Männer heute ein vergleichbares Bildungsniveau erreicht haben, wissen Männer womöglich besser als Frauen, ihre in Ausbildung und Beruf erworbenen Kenntnisse auf politischer Ebene einzusetzen. Hinzu kommt, dass Männer nach wie vor insbesondere in der Privatwirtschaft häufiger einflussreiche Positionen innehaben als Frauen, was Männern gegenüber Frauen Vorteile verschafft.

Mit dem Alter der Anwärter auf ein Bundestagsmandat scheint dies indes nicht in Verbindung zu stehen. Zum Zeitpunkt der ersten Kandidatur für ein Mandat eines Länderparlaments oder den Bundestag waren Frauen und Männer durchschnittlich 40 Jahre alt (Frauen 40,0 und Männer 40,7 Jahre). Zum Zeitpunkt des Eintritts in das Parlament waren die Frauen im Durchschnitt etwas jünger als die Männer (Frauen 43,1 und Männer 44,8 Jahre)<sup>430</sup>. Damit verging für Frauen nicht nur weniger Zeit zwischen der ersten Kandidatur und dem Eintritt in das Parlament, sondern es zeigt sich auch, dass Frauen schneller nach dem Parteieintritt

---

<sup>426</sup> Zu denken ist hier an Pädagogen und andere im Beamtenverhältnis Beschäftigte, die eine recht große im Bundestag vertretene Berufsgruppe bilden oder auch an Rechtsanwälte, wie bereits weiter oben erwähnt.

<sup>427</sup> Vergleiche insbesondere Aussagen der interviewten Abgeordneten zur Zeitintensität ihres politischen Engagements in Kapitel VII.

<sup>428</sup> Vgl. Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (59 f.). Vgl. auch Ausführungen unter VII. „Familienleben von Politikern/innen“.

<sup>429</sup> Vgl. Beate Hoecker (ebenda), S. 52 ff. (60).

<sup>430</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (32 f). Quelle: Abgeordnetenbefragung 2003/2004 und biografische Datenbank SFB 580.

zum Mandat gelangten als Männer<sup>431</sup>. Frauen werden später politisch aktiv als Männer und bei ihrem ersten politischen Engagement sind sie im Durchschnitt 1,6 Jahre jünger und beim Parteieintritt 1,1 Jahre jünger als Männer. Die Spanne zwischen Partei- und Parlamentseintritt ist bei Frauen durchschnittlich um 2,7 Jahre kürzer als bei Männern. Damit erreichen Frauen schneller einen Sitz im Parlament als Männer<sup>432</sup>, obwohl die parteipolitischen Vorerfahrungen bei den Frauen, die ein Parlamentsmandat innehaben, geringer ausgeprägt sind als bei ihren männlichen Kollegen.

#### **4.4.2. Quotenregelungen der Parteien**

Die Tatsache, dass Frauen in den Parlamenten im Durchschnitt im Vergleich zu ihrem Anteil unter den Parteimitgliedern mittlerweile besser vertreten sind und dass Frauen den Einzug in ein Parlament relativ schnell schaffen, dürfte vor allem auf die Umsetzung entsprechender Quotierungsregelungen zurückzuführen.

Während die Partei der Grünen bereits mit ihrer Parteigründung im Jahr 1979 eine Frauenquote beschlossen, bei der mindestens die Hälfte aller Ämter weiblich besetzt sein sollte, konnten sich die anderen Parteien der Bundesrepublik Deutschland erst nach und nach für die Einführung einer Quote anfreunden. Die SPD hatte die Einführung einer Frauenquote sehr eingehend diskutiert, bevor sie auf ihrem Parteitag im August 1988 in Münster ein Quotenmodell mit einer stufenweise zu erreichenden 40-Prozent-Mindestbeteiligung beider Geschlechter für Ämter und Mandate beschloss. Der Parteitag wählte zudem mit Herta Däubler-Gmelin erstmals eine Frau in das Amt einer stellvertretenden Parteivorsitzenden, nachdem nicht mehr zwei, sondern drei dieser Stellvertreterposten geschaffen wurden, um dem neuen Quotenmodell gerecht zu werden.

Sowohl das Aufkommen der Grünen zu Beginn der achtziger Jahre, das die Diskussion über frauenpolitische Themen beflügelte, als auch die Quotendebatte innerhalb der SPD, führe zu einer Öffnung der SPD für Reformdiskussionen, die in das neue Grundsatzprogramm von 1989 Einfluss nahmen. Der SPD war ihre Vorbildfunktion als Volkspartei in einer veränderten Gesellschaft bewusst. Mit der Frauenfrage war zum einen die Glaubwürdigkeit der Partei vor dem Hintergrund ihrer Geschichte und Tradition verbunden und zum anderen sollte auch eine Signalwirkung von der Einführung der Quote auf Frauen als potentielle Wählerinnen und

---

<sup>431</sup> Alle Zahlen aus: Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in *Gesellschaft Wirtschaft Politik*, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (32 f). Quelle: Abgeordnetenbefragung 2003/2004 und biografische Datenbank SFB 580.

<sup>432</sup> ebenda.

Mitglieder ausgehen<sup>433</sup>. Die Tatsache, dass im Vergleich zu den konservativ-bürgerlichen Parteien bei den Parteien des linken Spektrums eine striktere und frühere Quotenregelung eingeführt wurde, kann insbesondere auf die höhere Affinität zu frauenspezifischen Themen zurückgeführt werden. So sollen die Quotenregelungen von SPD und Grünen insofern eine verstärkende Wirkung erzielen, da mit ihnen ein impliziter Auftrag zur Repräsentation frauenspezifischer Interessen verbunden werden kann<sup>434</sup>.

Nachdem die CDU 1992 noch die Einführung einer starren Quotenregelung abgelehnt hatte, schlug der CDU-Bundesvorstand auf dem Parteitag 1995 in Karlsruhe die Einführung eines Quorums vor. Das Umdenken innerhalb der CDU war vor allem dem Rückgang der Mitgliederzahl und Zuspruch der Wählerinnen und Wähler geschuldet. Das Wort Quote war durch „Quorum“ ersetzt worden, wobei durch das Frauenquorum ein Anteil an Frauen in bestimmten Positionen erhöht werden sollte, ohne zugleich zwingende Vorschriften über den Frauenanteil zu machen. Auf dem CDU-Parteitag im Oktober 1996 in Hannover wurde die Aufnahme eines Quorums in einer Soll-Vorschrift verabschiedet. Demnach „sollen“ an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten Frauen zu mindestens einem Drittel beteiligt sein<sup>435</sup>.

Die Partei Die Linke hat eine den Grünen vergleichbare Frauenquote beschlossen, bei der alle Ämter mit einem Frauenanteil von 50 Prozent besetzt werden sollen. Die PDS hatte 1997 die Gleichstellung und Verhinderung der Diskriminierung als eines ihrer Grundprinzipien verabschiedet. Im Parteivorstand der PDS ist seit den Wahlen im Dezember 1991 die Quote erfüllt gewesen und damit eine paritätische Besetzung erfolgt<sup>436</sup>.

Die CSU hatte sich mehrfach dafür ausgesprochen, auf „Freiwilligkeit“ zu setzen, anstelle „Verpflichtungen“ durch eine Quotenregelung einzuführen. Als Grund für die ablehnende Haltung gegenüber einer Quote wurde auch die geringe Mitgliedschaft von Frauen in der CSU angeführt und die damit verbundene Gefahr, eine Quote könne zu einem über den Mitgliederanteil von Frauen hinausgehenden Frauenanteil führen<sup>437</sup>. Auf ihrem Parteitag im Ok-

---

<sup>433</sup> Babette Claas: „Gleichberechtigt in den Parteien? – Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Feministische Theorie und Politik, Herausgegeben von Barbara Schaeffer-Hegel, Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000, S. 144 f.

<sup>434</sup> Sandra Brunsbach: „Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag“ in ZParl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, 42. Jahrgang, Heft 1 / 2011, S. 3 ff. (8 f.).

<sup>435</sup> Babette Claas: „Gleichberechtigt in den Parteien? – Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Feministische Theorie und Politik, Herausgegeben von Barbara Schaeffer-Hegel, Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000, S. 199.

<sup>436</sup> ebenda, S. 303 f.

<sup>437</sup> Der Anteil der Frauen an den Parteimitgliedern bei der CSU ist im Vergleich zu den anderen Parteien weiterhin mit unter 20 Prozent der niedrigste. In der CDU liegt der Frauenanteil an den Parteimitgliedern bei rund 25 Prozent. (Grüne und Linke: 38 Prozent, SPD: 32 Prozent, FDP: 23 Prozent; Quelle: Oskar Niedermayer, Statista 2011 (<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/192247/umfrage/frauenanteil-in-den-politischen-parteien>)).

tober 2010 hat die CSU nach jahrzehntelanger Zurückhaltung beschlossen, dass in den CSU-Gremien oberhalb der Orts- und Kreisverbände alle Ämter zu 40 Prozent mit Frauen besetzt werden sollen.

Die FDP ist die einzige der bis 2013 im Bundestag vertretenen Parteien, die keine Bestimmungen zur Gleichstellung bei der Besetzung von Ämtern und Mandaten vorsieht. Auf den Rückgang ihrer Wählerinnen und Mitglieder hatte die FDP im Mai 1995 mit einem Beschluss des Bundesvorstandes „Mehr Chancen für Frauen in der FDP“ reagiert. Grund dafür, dass im Vergleich zum Gesamtanteil der weiblichen Abgeordneten der Frauenanteil in der FDP relativ gering war, könnte die Nominierung von Frauen auf weniger aussichtsreiche Plätze gewesen sein. Nach der für die FDP erfolgreichen Bundestagswahl 2009 konnten jedoch erstmals auch die sonst wenig aussichtsreichen Plätze ins Parlament einziehen, Gleichwohl sind Frauen in der Führungsebene – zumal nach der Abwahl von Birgit Homburger als Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion – stark unterdurchschnittlich vertreten. Nicht verwundern darf von daher, dass es in einem Artikel der Süddeutschen Zeitung nach der ablehnenden Haltung der FDP zur Frauenquote auf ihrem Parteitag im Mai 2011 heißt: „Die FDP bleibt ein Männerverein, in dem Frauen eben so geduldet werden und die Herren unter sich bleiben wollen. Auf ihrem Parteitag haben die Liberalen die Frauenquote nicht nur abgelehnt – sie haben sie abgeschmettert.“<sup>438</sup>

#### **4.4.3. Prädispositionen – Einfluss „weiblicher Eigenschaften“**

Verbunden mit der Frage, ob die Frauenquote notwendig ist, um Frauen den Zugang zu politischen Ämtern zu erleichtern und damit die Präsenz von Frauen in der Politik zu verstärken, bleibt noch zu untersuchen, ob Prädispositionen vorhanden sind, die Einfluss auf die Vertretung von Frauen in politischen Ämtern ausüben. Solche Persönlichkeitsmerkmale und Verhaltensformen, die bei der Besetzung von Führungsämtern eine Rolle spielen könnten, sind bestimmte „weiche“, Frauen zugeschriebene Eigenschaften. Fraglich ist hierbei jedoch, ob sie die Chancen auf politische Posten tatsächlich schmälern und sich insbesondere bei der Besetzung von Spitzenpositionen negativ auswirken.

Babette Claas hat in Interviews mit einer Reihe von Spitzenpolitikerinnen aus den Jahren 1997/1998 gefragt, welche Eigenschaften Frauen besitzen, die als erfolgreich in der Politik gelten. Die Politikerinnen befanden, dass Eigenschaften von Nöten seien, die, „bedingt durch

---

<sup>438</sup> Artikel/Kommentar „Die Steinzeit-Partei“ von Thorsten Denkler auf <http://www.sueddeutsche.de/politik/> vom 14.05.2011.



die männlich geprägten Muster in der Politik, als männlich angesehen werden“<sup>439</sup>. Hierzu zählten Durchsetzungsvermögen, Unnachgiebigkeit, Ehrgeiz und strategisches Denken. Hinzu kommt die Fähigkeit mit Kritik umgehen und diese auch wegstecken zu können. Es scheint jedoch fraglich, ob die genannten Kriterien auf Frauen generell weniger zutreffen, als auf Männer, die genauso wenig eine homogene Gruppe darstellen, wie „die Frauen“, denen im Unterschied zu Männern besondere Kompetenzen im Bereich der „soft skills“ zugeschrieben werden.

Als „soft skills“ oder weibliche bzw. weiche Eigenschaften gelten kommunikative Fähigkeiten, die auch mit einschließen, „Zwischentöne“ wahrzunehmen, zuzuhören und auf andere zuzugehen. Insbesondere Teamfähigkeit und ein kooperativer Führungsstil sollen Frauen auszeichnen<sup>440</sup>. Allerdings ist auch hier in Frage zu stellen, ob „soft skills“ zurecht als explizit weibliche Kompetenzen bezeichnet werden können und diese den typischen Führungsstil von Frauen ausmachen. Auf der einen Seite wird der Führungsstil von Frauen gern grundsätzlich als weich bezeichnet, da Frauen aufgrund ihres Geschlechts „achtsame Fähigkeiten“ besäßen, die vor allem im Bereich der sozialen und kommunikativen Kompetenzen angesiedelt werden und Empathie und Vertrauen in die Mitarbeiter/innen beinhalten.

Auf der anderen Seite können Frauen in Führungspositionen aber auch härter und strenger auftreten als Männer, um sich zu beweisen und um nicht unterschätzt zu werden. Beispielhaft für diesen eher strengen und autoritären Führungsstil soll Bundeskanzlerin Angela Merkel stehen, die es vermochte, sich gegenüber Kanzler Helmut Kohl in der CDU-Spendenaffäre und gegenüber dem damaligen CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble zu behaupten, und den parteiinternen Widersacher Friedrich Merz zu verdrängen<sup>441</sup>. Allerdings sei gerade der Führungsstil Angela Merkels stark persönlich geprägt und als facettenreich zu bezeichnen. Ihr Beispiel, aber auch das von Barack Obama, dem ersten schwarzen Präsidenten der USA, sei Ausdruck dafür, dass die (westlich geprägte) Gesellschaft an einem Wendepunkt stehe, was die Stereotypisierung in Bezug auf Führungskompetenzen betrifft<sup>442</sup>. Schließlich sind die meisten Führungspersonen nicht nur männlich, sondern haben auch eine weiße Hautfarbe und kommen aus der Oberschicht.

---

<sup>439</sup> Babette Claas: „Gleichberechtigt in den Parteien? – Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Feministische Theorie und Politik, Herausgegeben von Barbara Schaeffer-Hegel, Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000, S. 129.

<sup>440</sup> ebenda, S. 130.

<sup>441</sup> Katja Glaesner: „Angela Merkel – mit „Soft Skills“ zum Erfolg?“ in ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 50/2009, S. 28 ff. (28 f.).

<sup>442</sup> ebenda, S. 28 ff. (34).

US-Präsident Barack Obama und Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie andere Frauen in Regierungsämtern<sup>443</sup> haben Vorbildcharakter. Neue Vorbilder können maßgeblich dazu beitragen, ein neues Bewusstsein von Führung zu schaffen. Hinzu kommt, dass sich bereits ein moderner Führungsstil zu etablieren scheint. Wie bereits erörtert<sup>444</sup>, sind persönliche Fähigkeiten einer Führungskraft in der Kommunikation und im Umgang mit Mitarbeitern/innen zunehmend wichtig. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere diese soft skills die Chancen auf höhere Posten in der Politik – heutzutage – nicht schmälern und auf der anderen Seite Durchsetzungsvermögen oder Ehrgeiz und die Fähigkeit zu strategischem Denken nicht ohne weiteres (nur) dem männlichen Geschlecht zugeschrieben werden können.

## **5. Ämter auf Kommunal- und Landesebene und deren Besetzung**

Bei den Ämtern auf Kommunal- und Landesebene ist zu unterscheiden zwischen innerparteilichen Ämtern und den von den Einwohnern/innen einer Gemeinde, einer Stadt, eines Landkreises oder eines Bundeslandes wählbaren Posten, bei denen im Wege einer Direktwahl der/die Bürgermeister/in oder der/die Landrat/-rätin bestimmt werden kann oder über die Besetzung des Kommunalparlaments, der Stadtverordnetenversammlung oder des Landtags entschieden werden kann. Auch die Ämter innerhalb einer Partei sind stark untergliedert. Damit kommen sie ihrer Aufgabe nach, „an der politischen Willensbildung des Volkes auf unterster Ebene durch ihre Gebietsverbände“ mitzuwirken. Geregelt ist dies im Parteiengesetz, das weiter vorschreibt, dass die Gliederung der Gebietsverbände so weit ausgebaut sein muss, dass den einzelnen Parteimitgliedern „eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist“<sup>445</sup>. Lediglich kleine Parteien oder nur regional vertretene Parteien müssen keine regional untergliederten Strukturen bilden.

Die kleinste Einheit in der Gebietsstruktur der Parteien ist der so genannte Ortsverein, deren Mitglieder einen Vorsitzenden und einen Beirat wählen. Die Ortsvereine entsenden Delegierte zu den Vertreterversammlungen der jeweils höheren Gebietseinheit, die wiederum einen eigenen Vorstand hat und seinerseits durch Delegierte oder den Vorsitzenden auf der wiederum nächst höheren Ebene vertreten ist. Jeder Ortsverein hat ein eigenes Antragsrecht und beteiligt sich an der Personalauswahl durch die Nominierung von Kandidaten/innen für Kommunalparlamente oder für die Übernahme von Aufgaben als Bürgerdeputierte. Bei diesen Posten handelt es sich regelmäßig um Ehrenämter, für die zum Teil Entschädigungen oder Sitzungsgelder in geringerem Umfang gezahlt werden. Diese Ämter sind in der Regel

---

<sup>443</sup> Vgl. V. 10. „Frauen im Regierungsamt im internationalen Vergleich“.

<sup>444</sup> Vgl. V. 3. „Führungspositionen“.

<sup>445</sup> § 7 Abs. 1 PartG, Parteiengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1994 (BGBl. I S. 149), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. August 2011 (BGBl. I S. 1748) geändert worden ist.

recht zeitaufwendig, auch wenn sich die Sitzungen auf einzelne Abende in der Woche beschränken.

Die im Verhältnis zu Männern meist geringere zeitliche Flexibilität von Frauen, die eine Familie zu betreuen haben, wird ein Grund dafür sein, dass Frauen seltener Parteifunktionen, wie den Vorsitz von Ortsvereinen innehaben. Insbesondere der Posten der/des Kreisvorsitzenden, der für eine Karriere als strategisch wichtiges Amt gilt, wird von Frauen seltener bekleidet<sup>446</sup>. Allerdings sind hier Unterschiede zwischen ländlichen Regionen und Städten bzw. den Bundesländern und insbesondere den Parteien festzustellen. Der Anteil von Frauen unter den Parteimitgliedern in den einzelnen Parteien ist unterschiedlich hoch. Da politische Karrieren in der Regel in den Parteien beginnen und das politische Personal innerhalb der Parteien geschult und in Wahlen mit unterschiedlichen Kompetenzen ausgestattet wird<sup>447</sup>, ist die Zahl der weiblichen Parteimitglieder von Bedeutung<sup>448</sup>. Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist auf insgesamt gut ein Viertel aller Parteimitglieder (420.000 von 1,5 Mio. in 2004) angewachsen. Während die Frauen unter den Parteimitgliedern von PDS<sup>449</sup> und Bündnis90/Grüne über ein Drittel ausmachen (45 Prozent bzw. 37 Prozent), sind es bei der SPD 30 Prozent und bei der CDU 25 Prozent. In der FDP sind im Jahr 2004 Frauen zu einem Anteil von 23 Prozent vertreten, in der CSU in Bayern lediglich mit einem Anteil von 18 Prozent<sup>450</sup>. In Relation zu ihrem Anteil unter den Parteimitgliedern sind Frauen in den Parlamenten mittlerweile besser vertreten als Männer. Dies gilt zumindest für die Fraktionen von PDS, Bündnis90/Grüne und die SPD, während sich mit Blick auf die Geschlechterrelationen in CDU und FDP eine ausgeglichene Repräsentation ergibt<sup>451</sup>.

In den Parlamenten der 16 Bundesländer sind Frauen im Jahr 2006 durchschnittlich zu 31 Prozent vertreten gewesen. Den höchsten Frauenanteil haben Bremen mit 41 Prozent, Schleswig-Holstein mit 39 Prozent und Berlin mit 38 Prozent Frauen zu verzeichnen. Die wenigsten weiblichen Abgeordneten finden sich in Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern,

---

<sup>446</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in *Gesellschaft Wirtschaft Politik*, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (33).

<sup>447</sup> Vgl. Ausführungen unter V. 4.3. „Parteikarrieren“.

<sup>448</sup> Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (52).

<sup>449</sup> Im Juli 2005 wird die PDS in „Die Linkspartei.PDS“ umbenannt. Im Zuge der Fusion mit der WASG geht sie im Juni 2007 in der Partei „Die Linke“ auf.

<sup>450</sup> Quelle der Zahlen zur weiblichen Parteimitgliedschaft in 2004: Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (53), zusammengestellt nach Angaben der Parteigeschäftsstellen.

<sup>451</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in *Gesellschaft Wirtschaft Politik*, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (38).

Nordrhein-Westfalen und Sachsen mit je 27 Prozent<sup>452</sup>. Bei der Mandatsvergabe scheinen SPD, Bündnis90/Grüne und die PDS (Die Linke) weibliche Kandidaten eher zum Zuge kommen zu lassen als Union und die FDP. Hierfür verantwortlich sollen insbesondere die in der SPD, bei den Bündnisgrünen und der Linken existierenden Quotierungsregelungen sein<sup>453</sup>. Zum Vergleich: Die Repräsentation von Frauen im Bundestag liegt etwa gleich auf mit der in den Länderparlamenten. Der Frauenanteil im Bundestag beträgt in der 16. Wahlperiode 31,6 Prozent (Stand April 2006) und in der 17. Wahlperiode 32,9 Prozent (Stand Juni 2011)<sup>454</sup>.

## **6. Das Bundestagsmandat**

Das Bundestagsmandat wird im Unterschied zu Mandaten in den meisten Länderparlamenten so honoriert, dass es einem Abgeordneten die nötige finanzielle Unabhängigkeit einräumt zu einer „zeitlichen Freistellung zur Politik“ und es gewährt „Zugang zu Informationen und verhilft zu dem Einfluss, der es ermöglicht, Netzwerke zu knüpfen und eine eigene Klientel zu gewinnen“<sup>455</sup>. Auch diese Aspekte sind mit ausschlaggebend dafür, dass Bundestagsabgeordnete, wie bereits erörtert<sup>456</sup>, zweifelsfrei der „politischen Elite“ zuzurechnen sind – unabhängig davon, ob sie ein herausgehobenes Amt innerhalb des Parlaments innehaben oder eher als „Hinterbänkler“ gelten. Als oberste Legislative entscheiden Bundestagsabgeordnete über die Gesetzgebung des Bundes und beeinflussen damit die gesellschaftliche Entwicklung des Landes.

### **6.1. Vorbildfunktion von Bundestagsabgeordneten?**

Als die direkt vom Wähler legitimierten Akteure der repräsentativen Demokratie haben Bundestagsabgeordnete mit der Übernahme ihres Mandats eine besonders verantwortungsvolle Aufgabe übernommen und sind als „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“<sup>457</sup>. Vor diesem Hintergrund ste-

---

<sup>452</sup> Quelle: Internetseiten der Landesparlamente, Stand Nov. 2006, im Beitrag von Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (55).

<sup>453</sup> ebenda (Beate Hoecker).

<sup>454</sup> [www.bundestag.de/mdb/mdb-zahlen/frauen.html](http://www.bundestag.de/mdb/mdb-zahlen/frauen.html) (Stand April 2006) und

[www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_zahlen/frauen\\_maenner.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/frauen_maenner.html) (Stand: Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode, 2. Auflage).

<sup>455</sup> Ingrid Reichart-Dreyer: Von der Basis an die Spitze: Frauenaufstieg in den Parteien der BRD“ in „Willkommen im Club? – Frauen und Männer in Eliten“, Hrsg. Regina-Maria Dackweiler, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, S. 170.

<sup>456</sup> Vgl. Ausführungen unter V. 3.2. „Führungspositionen in der Politik“.

<sup>457</sup> Art. 38 Abs. 1 Satz 2 Grundgesetz vom 23.05.1949, zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juli 2012 (BGBl. I S. 1478): „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“

hen sie auch immer im Lichte der Öffentlichkeit und von ihnen wird in der Regel erwartet, mit dem ihnen im Zuge der Wahlen entgegengebrachten Vertrauen sorgsam umzugehen.

Jedoch erscheint dieses Vertrauen in Politiker/innen allgemein und Bundestagsabgeordnete in Besonderem bei größeren Teilen der Bevölkerung stark erschüttert zu sein. Bundestagsabgeordnete genießen zwar Ansehen und Respekt. Das Misstrauen der Bevölkerung in die Arbeit von Abgeordneten muss jedoch als alarmierend bezeichnet werden, trägt es doch zu einer über die Jahrzehnte sich steigernde „Politikverdrossenheit“ bei, die unter anderem durch die Nichtteilnahme an Wahlen zum Ausdruck kommt. Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa<sup>458</sup> nach dem Ansehen einzelner Berufsgruppen, kommen Politiker auf einen der untersten Ränge:



Grafik 5

Vor diesem Hintergrund erscheint es fragwürdig, ob das Bundestagsmandat noch als Amt angesehen werden darf, das mit (ausreichend) Ansehen und Respekt verbunden ist. Die diesbezüglichen Erfahrungen von Abgeordneten im Umgang mit Bürgern/innen ihrer Wahlkreise, aber auch Interessenvertretern und anderen Amtsinhabern werden wohl sehr unter-

<sup>458</sup> Von Beamtenbund und Tarifunion beauftragte Umfrage, die jährlich durchgeführt wird. Ergebnisse vorgestellt am 10.10.2012. Befragt wurden im Mai 2012 rund 3000 Bürger/innen. Eine vom „Stern“ im Frühjahr 2012 beauftragte und ebenfalls von Forsa durchgeführten Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass nur 37 Prozent der rund 1000 Befragten der Auffassung sind, Politiker würden ihre Arbeit im Großen und Ganzen eher gut machen. Eine Mehrheit von 56 Prozent ist gegenteiliger Ansicht. 63 Prozent glauben außerdem, dass die Politiker nicht die Interessen des Landes im Blick hätten, sondern eher auf ihren eigenen Vorteil bedacht seien. Vgl. auch den Artikel vom 4. Mai 2012 auf [www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-vertrauen-in-die-politik-schrumpft-rapide-1681035.html](http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-vertrauen-in-die-politik-schrumpft-rapide-1681035.html).

schiedlich ausfallen. Die öffentliche Berichterstattung über die Arbeit des Bundestags, dessen vermeintlicher Klientelpolitik und die Inszenierung von Streit und Schlagabtausch zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien, tragen gewiss zu dem schlechten Image von Politikern/innen bei. Dabei wird der Alltagsbetrieb des Parlaments gern ausgeblendet. Beispielsweise wird das geschlossene Abstimmungsverhalten der Abgeordneten einer Fraktion<sup>459</sup> als Ergebnis von Zwang und Schwäche des Parlaments gewertet, obwohl die Voraussetzung für gemeinsamen Erfolg der Regierungsmehrheit im Bundestag ihre Geschlossenheit ist<sup>460</sup>.

Aus der eigenen Erhebung und Auswertung der Fragebögen ist zu schlussfolgern, dass die Bundestagsabgeordneten überwiegend nicht an ihre Vorbildfunktion als Abgeordnete glauben. Gefragt wurde, ob die Abgeordneten glauben, dass sie eine Vorbildfunktion in Bezug auf ihr Familienleben haben. Während 68 Prozent und damit etwa zwei Drittel der befragten Abgeordneten dies verneinen, gehen immerhin rund ein Drittel der Abgeordneten von ihrer Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben aus<sup>461</sup>. Hieraus lässt sich ableiten, dass zumindest ein Teil der Abgeordneten von ihrer grundsätzlichen Vorbildfunktion ausgehen, die über rein mandatsbezogene Angelegenheiten hinaus geht und auch das private Umfeld, nämlich die Familie, betrifft.

## **6.2. Betrachtung der Zahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten**

In Bezug auf Kinder und deren Zahl gehen die befragten Abgeordneten in der eben erwähnten eigenen Befragung nur zu 20 Prozent von dem Vorhandensein einer Vorbildfunktion aus. Im Vergleich zu den Männern gehen die befragten Frauen seltener von der Existenz einer Vorbildfunktion bezogen auf die Zahl eigener Kinder aus. Dies könnte damit im Zusammenhang stehen, dass Parlamentarierinnen im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen häufiger kinderlos sind und diejenigen Frauen mit Kind/ern, weniger Kinder haben. Diese Situation lässt sich trotz der gestiegenen Zahl der Frauen im Bundestag als Trend über alle Legislaturperioden hinweg verfolgen.

In der folgenden Tabelle (S. 119) wird die durchschnittliche Kinderzahl der Frauen und Männer im Bundestag sowie der auf alle Abgeordneten bezogene Durchschnitt von der 8. bis zur

---

<sup>459</sup> Entscheidungen über Gesetzesvorhaben, die von der Fraktionsspitze unter so genannten „Fraktionszwang“ gestellt werden bzw. für die von den Abgeordneten von der Fraktionsspitze um „Fraktionsdisziplin“ eingefordert wird.

<sup>460</sup> Suzanne S. Schüttemeyer: „Politische Führung im Parlament“ in ApuZ – Aus Politik und Zeitgeschichte“, Band 2-3 / 2010, S. 15 ff. (15 f.).

<sup>461</sup> Vgl. VI. 4.4. „Abgeordnete als Vorbilder?“.

16. Wahlperiode dargestellt<sup>462</sup>. Dabei fällt auf, dass die durchschnittliche Kinderzahl bezogen auf alle Abgeordneten kontinuierlich abgenommen hat. Im Schnitt hatten die Bundestagsabgeordneten in der 9. und 10. Wahlperiode mit jeweils 2,1 Kindern pro Abgeordneten die meisten Kinder. Mit dem deutlichen Anstieg der Zahl der weiblichen Abgeordneten ab der 11. Wahlperiode sank diese Zahl, wobei der deutlichste Unterschied zwischen der 11. und 12. Wahlperiode festzustellen ist:

---

<sup>462</sup> Kürschners Volkshandbuch: 8. Wahlperiode (WP), 1977 („Familienstand“, S. 221); 9. WP, 34. Auflage, Stand: 4. Februar 1981 („Familienstand“, S. 239); 10. WP, 37. Auflage, Stand: 1. Juni 1983 („Familienstand“, S. 243); 11. WP, 55. Auflage, Stand: 1. März 1989 („Familienstand“, S. 257); 12. WP, 69. Auflage, Stand: 1. April 1993 („Familienstand“, S. 309); 13. WP, 81. Auflage, Stand: 15. August 1997 („Familienstand“, S. 307); 14. WP, 91. Auflage, Stand: 15. März 2001 („Familienstand“, S. 305); 15. WP, 100. Auflage, Stand: 26. November 2004 („Familienstand“, S. 292/293); 16. WP: [www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/familienstand](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/familienstand), Stand: Februar 2008.

<b>Wahlperiode / Stand / Anteil Frauen</b>	<b>Zahl der Kinder von Frauen</b>	<b>Durchschnitt der Kinder von Frauen</b>	<b>Zahl der Kinder von Männern</b>	<b>Durchschnitt der Kinder von Männern</b>	<b>Durchschnitt der Kinder aller Abgeordneten</b>
<b>8. WP 1977</b> 518 MdB, davon 38 Frauen (= 7,34%)	19 Frauen (50%) haben 47 Kinder = im Durchschnitt 2,47 Kinder	Alle 38 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,24 Kinder.</b>	397 Männer (78,9%) haben 958 Kinder = im Durchschnitt 2,53 Kinder	Alle 480 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>2,0 Kinder</b>	Alle 518 MdB haben 1005 Kinder = im Durchschnitt <b>1,94 Kinder.</b>
<b>9. WP 4. Feb. 1981</b> 519 MdB, davon 44 Frauen (= 8,48%)	24 Frauen (54,5%) haben 53 Kinder = im Durchschnitt 2,21 Kinder	Alle 44 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,2 Kinder</b>	392 Männer (82,5%) haben 1036 Kinder = im Durchschnitt 2,64 Kinder	Alle 475 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>2,18 Kinder</b>	Alle 519 MdB haben 1089 Kinder = im Durchschnitt <b>2,1 Kinder.</b>
<b>10. WP 1. Juni 1983</b> 520 MdB, davon 51 Frauen (= 9,81%)	33 Frauen (64,7%) haben 68 Kinder = im Durchschnitt 2,06 Kinder	Alle 51 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,33 Kinder</b>	386 Männer (82,3%) haben 1037 Kinder = im Durchschnitt 2,69 Kinder	Alle 469 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>2,21 Kinder</b>	Alle 520 MdB haben 1105 Kinder = im Durchschnitt <b>2,13 Kinder</b>
<b>11. WP 1. März 1989</b> 519 MdB, davon 80 Frauen (= 15,41%)	49 Frauen (61,2%) haben 103 Kinder = im Durchschnitt 2,1 Kinder	Alle 80 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,29 Kinder</b>	370 Männer (84,2%) haben 964 Kinder = im Durchschnitt 2,6 Kinder	Alle 439 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>2,2 Kinder</b>	Alle 519 MdB haben 1067 Kinder = im Durchschnitt <b>2,06 Kinder</b>
<b>12. WP 1. April 1993</b> 662 MdB, davon 136 Frauen (= 20,54%)	93 Frauen (67,9%) haben 183 Kinder = im Durchschnitt 1,97 Kinder	Alle 136 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,35 Kinder</b>	450 Männer (85,5%) haben 1099 Kinder = im Durchschnitt 2,44 Kinder	Alle 526 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>2,09 Kinder</b>	Alle 662 MdB haben 1182 Kinder = im Durchschnitt <b>1,79 Kinder</b>
<b>13. WP 15. Aug. 1997</b> 672 MdB, davon 176 Frauen (= 26,19%)	117 Frauen (67,6%) haben 233 Kinder = im Durchschnitt 1,99 Kinder	Alle 176 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,32 Kinder</b>	395 Männer (80,1%) haben 932 Kinder = im Durchschnitt 2,36 Kinder	Alle 496 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,88 Kinder</b>	Alle 672 MdB haben 1165 Kinder = im Durchschnitt <b>1,73 Kinder</b>
<b>14. WP 15. März 2001</b> 669 MdB, davon 207 Frauen (= 30,94%)	133 Frauen (64,2%) haben 256 Kinder = im Durchschnitt 1,92 Kinder	Alle 207 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,24 Kinder</b>	368 Männer (79,6%) haben 848 Kinder = im Durchschnitt 2,3 Kinder	Alle 462 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,84 Kinder</b>	Alle 669 MdB haben 1104 Kinder = im Durchschnitt <b>1,65 Kinder</b>
<b>15. WP 26. Nov. 2004</b> 601 MdB, davon 202 Frauen (= 33,61%)	131 Frauen (64,8%) haben 259 Kinder = im Durchschnitt 1,98 Kinder	Alle 202 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,28 Kinder</b>	322 Männer (80,7%) haben 760 Kinder = im Durchschnitt 2,36 Kinder	Alle 399 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,9 Kinder</b>	Alle 601 MdB haben 1019 Kinder = im Durchschnitt <b>1,7 Kinder</b>
<b>16. WP Februar 2008<sup>463</sup></b> 612 MdB, davon 195 Frauen (= 31,86%)	228 Kinder	Alle 195 weibl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,17 Kinder</b>	724 Kinder	Alle 399 männl. MdB haben im Durchschnitt <b>1,74 Kinder</b>	Alle 612 MdB haben 952 Kinder = im Durchschnitt <b>1,55 Kinder</b>

Tabelle 1

<sup>463</sup> Eigene Auswertung unter Berücksichtigung von „Kürschners Volkshandbuch“, Darstellung auf [www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/familienstand](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/familienstand), Stand: Februar 2008. Für die 16. WP weist „Kürschners Volkshandbuch“ keine Unterteilung zwischen der Zahl der Kinder von Frauen und Männern auf. Auch für die 17. Wahlperiode weist „Kürschners Volkshandbuch“ keine Unterteilung zwischen der Zahl der Kinder von Frauen und Männern auf. Im Juni 2012 hatten alle Bundestagsabgeordnete durchschnittlich 1,53 Kinder.



Der Durchschnitt zwischen der 11. Wahlperiode (Stand: März 1989) und der 12. Wahlperiode (Stand: April 1993) sank um 0,3 auf 1,8 Kinder. Bis zur 17. Wahlperiode (Stand Juni 2012) sank der Durchschnitt auf 1,5 Kinder. Das sind im Durchschnitt, rund 0,6 weniger als noch Anfang der Achtziger Jahre. In der 11. Wahlperiode (Stand: März 1989) betrug der Anteil der Frauen im Parlament immerhin schon 15,4 Prozent. Die Frauen haben durchschnittlich 1,3 Kinder, bei den Männern sind es im Durchschnitt 2,2 Kinder und es ergibt sich ein Gesamtdurchschnitt von 2,1 Kindern. In der 12. Wahlperiode (Stand: April 1993) betrug der Anteil weiblicher Abgeordneter 20,5 Prozent, wobei die Frauen durchschnittlich 1,4 Kinder haben, während es bei den Männern 2,1 Kinder sind. Die durchschnittliche Kinderzahl lag bei 1,8 Kindern. In den darauf folgenden Wahlperioden (13. - 15. Wahlperiode) ändert sich an der durchschnittlichen Zahl der Kinder aller Abgeordneter nur wenig, obwohl der Anteil der Frauen weiter zunimmt (auf knapp 34 Prozent in der 15. Wahlperiode, Stand: November 2004).

Während sich die Zahl der Kinder weiblicher Abgeordneter über die Jahre hinweg weniger stark verändert hat (im Schnitt 1,2 Kinder) ist hinsichtlich der männlichen Abgeordneten festzustellen, dass sich diese zwischen 1,7 Kindern (16. Wahlperiode) und 2,2 Kindern (9. - 11. Wahlperiode) bewegt und sich anschließend deutlicher verringert, als dies bei den Frauen der Fall ist. Auch die Zahl der Geburten in Deutschland sank im vergleichbaren Zeitraum kontinuierlich. Festzustellen ist aber, – worauf im folgenden Kapitel noch näher eingegangen wird – dass die Anzahl der Kinder der männlichen Bundestagsabgeordneten jeweils deutlich über der vergleichbaren durchschnittlichen Kinderzahl in Deutschland liegt<sup>464</sup>.

## **7. Das Amt des/der Bundesministers/in**

Die Berufung in das Amt eines/r Bundesministers/in kann für Berufspolitiker/innen den Höhepunkt ihrer politischen Karriere darstellen. Der Weg in das Bundeskabinett ist in der Regel lang, aber auch die Verweildauer kann lang sein<sup>465</sup>. Nach Art. 64 Abs. 2 des Grundgesetzes schlägt der Bundeskanzler die Minister vor. Bei der Auswahl von geeigneten Persönlichkeiten für ein Ministeramt muss sich der/die Kanzler/in darum bemühen, die vielschichtigen Interessen und Forderungen der Koalitionsfraktionen und Parteien in einem möglichst ausgeglichenen Verhältnis zu berücksichtigen. In der Regierung braucht der/die Kanzler/in den Rückhalt der Politiker/innen, die sich bereits Ansehen und Hausmacht in der Fraktion und der Partei erarbeitet haben. So werden neben den Fraktionsspitzen, die Führungszirkel der

---

<sup>464</sup> Vgl. [www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Geburten/Tabellen/GeburtenZiffer.html) und unter VI. 1.5. „Kinderzahl“.

<sup>465</sup> „Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister“ in „Politik als Beruf – Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema“, Reihe: Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte, Band 44/2010, herausgegeben von Michael Edinger und Werner Patzelt, S. 192 (196 f).

Parteien und Vertreter aus den wichtigen Landesverbänden in die Personalentscheidung miteinbezogen<sup>466</sup>.

Auffallend ist, dass über die Hälfte aller Bundesminister/innen vor ihrem Amtsantritt eine Parteifunktion auf Landesebene oder auch ein Amt auf Bundesebene innegehabt haben. Gerade der Bundestag erweist sich häufig als „Sprungbrett ins Kabinett“<sup>467</sup>. Aber auch nach dem Ausscheiden aus einem Ministeramt behalten viele ihr Abgeordnetenmandat. In der 16. Legislaturperiode hatten von den fünfzehn Bundesministern/innen zehn, also zwei Drittel, ein Abgeordnetenmandat inne. Nach dem Ausscheiden der acht Minister/innen der SPD aus dem Ministeramt im Oktober 2009, verblieben Sigmar Gabriel, Ulla Schmidt, Olaf Scholz, Heidemarie Wiecezorek-Zeul und Brigitte Zypries im Parlament. Peer Steinbrück, Frank-Walter Steinmeier und Wolfgang Tiefensee zogen erstmals in den Bundestag ein. Von den innerhalb oder nach der 16. Legislatur ausgeschiedenen CDU/CSU-Ministern verblieben Michael Glos und Franz-Josef Jung im Deutschen Bundestag. Horst Seehofer legte sein Mandat zeitgleich mit dem Ministeramt nieder, als er im Oktober 2008 den Posten des Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern übernahm<sup>468</sup>.

Eine Befragung ehemaliger Abgeordneter aus dem Jahr 2007 ergab, dass die Abgeordneten aus Länderparlamenten, dem Bundestag sowie deutsche Abgeordnete des EU-Parlaments ihr Mandat zu 47 Prozent als Schritt in die politische Laufbahn bewerten. Mit 53 Prozent bezeichnet etwas mehr als die Hälfte der ehemaligen Abgeordneten das Mandat als „vorübergehende Tätigkeit“<sup>469</sup>. Daraus lässt sich schließen, dass der Einzug in ein Parlament für einige der Mandatsträger den Beginn der politischen Karriere markiert, während andere das Mandat parallel zu einem weiteren politischen Amt ausüben oder bereits ein höheres politisches Amt innehatten und das Mandat als eine weitere Station vor dem Rückzug aus der Politik ansehen. Die Berufung eines Landtagsabgeordneten in das Amt eines Bundesministers ist unüblich. Vielmehr müssen Kandidaten/innen auf ein Ministeramt auf Bundesebene in der Regel zuvor Mitglied einer Landesregierung gewesen sein. Von 1949 bis 2008 waren 40 (21 Prozent) der 191 Minister/innen, die erstmals in ein Ministeramt berufen wurden, Minister oder Regierungschef eines Bundeslandes. 121 der Bundesminister/innen (71 Prozent) wurden im selben Zeitraum aus dem Bundestag rekrutiert. Ein seltenes Phänomen sind in

---

<sup>466</sup> „Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister“ in „Politik als Beruf – Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema“, Reihe: Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte, Band 44/2010, herausgegeben von Michael Edinger und Werner Patzelt, S. 192 (196 f).

<sup>467</sup> ebenda.

<sup>468</sup> Auf Horst Seehofer folgte Ilse Aigner als Ministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg löste im Februar 2009 Michael Glos im Amt des Wirtschaftsministers ab. Aigner und zu Guttenberg gehörten bereits dem Bundestag an.

<sup>469</sup> Deutsche Abgeordnetenbefragung – Ergebnisse der Befragung ehemaliger Abgeordneter, Teilprojekt A3 (Delegationseliten nach dem Systemumbruch) des „Sonderforschungsbereiches 580 - Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Prof. Dr. Heinrich Best, S. 22.

Deutschland hingegen Quer- bzw. Seiteneinsteiger in die Politik<sup>470</sup>. Unter den Abgeordneten, die bereits im Bundestag waren, haben wiederum viele in ihren Fraktionen bereits eine hervorgehobene Funktion bekleidet.

## 7.1. Bildungsstand und Berufe der Bundesminister/innen

Betrachtet man die Zusammensetzung des Bundestages, so stellt man fest, dass hier Akademiker/innen und bestimmte Berufsgruppen besonders stark vertreten sind<sup>471</sup>. Das gleiche trifft auch auf die Riege der Bundesminister/innen zu. Wie bereits erörtert<sup>472</sup>, werden Repräsentationseliten, wie es die Bundestagsabgeordneten und Bundesminister/innen sind, vornehmlich aus höheren Bildungsschichten rekrutiert und haben zudem einen weit über der Bevölkerung liegenden Bildungsstand<sup>473</sup>.

Anhand folgender Tabellen lässt sich dies hinsichtlich des Bildungsstandes der Bundesminister/innen nachvollziehen (Bezugszeitraum Juli 2007). Tabelle 1 und 2 geben zunächst Aufschluss über den Akademisierungsgrad unter den Bundesministern/innen. Eingeschlossen ist die Regierungschefin. Hochschul- und Fachhochschulabschlüsse werden beide als Hochschulabschluss berücksichtigt:

Bundeskabinett (16. WP / Juli 2007)	Hochschulabschluss		Promotion	
	Alle Minister/innen*	15	94%	6
Ministerinnen*	6	100%	3	50%
Minister	9	90%	3	30%

Tabelle 2

\*) Incl. der Bundeskanzlerin

Von den 16 Kabinettsmitgliedern hat ein Minister keinen Hochschulabschluss. Er ist Müllermeister mit eigenem Mühlenbetrieb. (Es handelt sich um Michael Glos, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie.)

<sup>470</sup> „Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister“ in „Politik als Beruf – Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema“, Reihe: Politische Vierteljahrschrift Sonderhefte, Band 44/2010, herausgegeben von Michael Edinger und Werner Patzelt, S. 192 (201 f.).

<sup>471</sup> Vgl. VI. 1.3. „Angaben zu Ausbildung und Berufen“.

<sup>472</sup> Insbesondere unter V. 4.2. im Zusammenhang mit der Einordnung der „Politischen Elite“.

<sup>473</sup> Elena Semenova: „How to become an MP: Die Rekrutierung von deutschen und russischen Parlamentariern im Vergleich“, Sonderforschungsbereich 580 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580 Mitteilungen, Heft 28, September 2008, S. 24; Vgl. ebenfalls Manfred G. Schmidt: „Das politische System Deutschlands, München 2007, Verlag C.H. Beck. S.138.

Zum Vergleich das Bundeskabinett von August 2010:

<b>Bundeskabinett (17. WP / Aug. 2010)</b>	<b>Hochschul- abschluss</b>		<b>Promotion</b>	
	<b>Alle Minister/innen*</b>	15	94%	10
<b>Ministerinnen*</b>	5	83%	3	50%
<b>Minister</b>	10	100%	7	70%

Tabelle 3

\*) Incl. der Bundeskanzlerin

Von den 16 Kabinettsmitgliedern hat eine Ministerin keinen Hochschulabschluss. Sie ist staatlich geprüfte Elektrotechnikerin. (Es handelt sich um Ilse Aigner, Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.)

Im Vergleich zu allen 191 Bundesministerinnen und Bundesministern, die den Kabinetten von 1949 bis 2009 (bis einschließlich der 16. Wahlperiode) angehörten, haben 154 einen Hochschulabschluss (80,6 Prozent), davon wiederum waren 83 promoviert, davon wiederum 15 habilitiert. Von den 29 Frauen, hatten 23 einen Hochschulabschluss (79,3 Prozent). Promoviert haben zehn (34,5 Prozent), darunter eine habilitiert. (Zum Vergleich: 45 Prozent der 162 Männer unter den Bundesministern/innen haben promoviert.)<sup>474</sup>. Der Akademisierungsgrad der Minister/innen war seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland sehr hoch und liegt, wenn man die letzten Legislaturperioden betrachtet nochmals höher, nämlich zwischen 80 und 100 Prozent.

Besonders stark vertretene Berufsstände sind die der Juristen/innen, Verwaltungsbeamten/innen<sup>475</sup> und Wissenschaftler/innen<sup>476</sup>. Betrachtet man die letzten drei Bundeskabinette (Schröder II, Merkel I und II), lässt sich feststellen, dass rund 20 Prozent aller Kabinettsmitglieder den Beruf des/der Rechtsanwalts/Rechtsanwältin ausübten, bevor sie ein politisches (Spitzen-)Amt übernahmen<sup>477</sup>. Lehrer/innen (darunter Berufsschullehrer/innen) sind in den drei Kabinetten zu rund zehn Prozent vertreten, ebenso wie kaufmännische Berufe und wissenschaftliche Mitarbeiter/innen bzw. Referenten/innen (je rund zehn Prozent). Zu knapp zehn Prozent sind Berufe aus dem wissenschaftlich-technischen Bereich (zum Beispiel Ingenieur und Physikerin) zu finden. Als Ärzte arbeiteten lediglich die dem Kabinett „Merkel II“ angehörenden Gesundheitsminister Philipp Rösler und Bundesarbeitsministerin Ursula von

<sup>474</sup> Bezogen auf alle Bundesminister/innen, die von 1949 bis zum Ende der 16. Wahlperiode ein Ministeramt innehatten (ohne Doppelnennungen).

<sup>475</sup> Eine Vielzahl höherer Verwaltungsbeamter/innen sind ebenfalls Juristen/innen.

<sup>476</sup> „Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister“ in „Politik als Beruf – Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema“, Reihe: Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte, Band 44/2010, herausgegeben von Michael Edinger und Werner Patzelt, S. 192 (204).

<sup>477</sup> Diese und folgende Zahlen stammen aus eigenen Erhebungen. Jedes Kabinettsmitglied wird nur einmal gezählt. Den drei Kabinetten gehör(t)en insgesamt 48 Mitglieder an.

der Leyen, die im vorangegangenen Kabinett „Merkel I“ Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend war.

Ein beachtlicher Anteil der Spitzenpolitiker/innen von ebenfalls rund zehn Prozent übernahm nach der Ausbildung bzw. Studium ein Amt in der Verwaltung, an das sich ein politisches Amt anschloss. Dazu zählen Horst Seehofer und Peer Steinbrück, die nach ihrem Studium in der Kommunalverwaltung bzw. in Landes- und Bundesministerien arbeiteten. Peer Steinbrück, Bundesfinanzminister in der ersten Merkel-Regierung, war im Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes Nordrhein-Westfalen tätig, bevor er Büroleiter des damaligen Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, wurde. Anschließend übernahm er nacheinander das Amt des Staatssekretärs in zwei Ministerien Schleswig-Holsteins, bevor er selbst Ministerposten übernahm – zunächst in Schleswig-Holstein, dann in Nordrhein-Westfalen. Der Jurist Thomas de Mazière war nach seinem Referendariatsexamen Mitarbeiter der Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker und Eberhard Diepgen. Es folgten weitere hauptamtliche politische Tätigkeiten, wie Staatssekretär in einem Landesministerium und Chef der Staatskanzlei in Mecklenburg-Vorpommern, bevor er eine Reihe von Posten als Staatsminister übernahm und schließlich als Chef des Bundeskanzleramtes im November 2005 erstmals auch das Amt im Range eines Bundesministers übernahm.

Im Vergleich zu den Ergebnissen der Auswertung des Fragebogens<sup>478</sup> lässt sich feststellen, dass auch die befragten Bundestagsabgeordneten am häufigsten vor Übernahme ihres Bundestagsmandates als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin tätig waren (rund 10 Prozent). Des Weiteren übten die Abgeordneten zu 7,4 Prozent den Beruf des/der Lehrer/in aus und waren zu 6,6 Prozent als Beamte beschäftigt. Möglich ist, dass eine Reihe derjenigen, die angeben als Beamte/r gearbeitet zu haben, ebenfalls den Beruf des/der Lehrer/in ausübten. Daneben wird es sich vor allem um Beamte der Kommunal-, Landes- und Bundesverwaltung handeln. Einige der Befragten waren bereits „Berufspolitiker“ als sie in den Bundestag einzogen. So geben 15 Abgeordnete (6,1 Prozent) an, Mitglied eines Landtages gewesen zu sein, bevor sie ihr Bundestagsmandat übernahmen und sieben Abgeordnete (2,9 Prozent) waren zuvor Bürgermeister/in. Den offiziellen Angaben des Deutschen Bundestags zufolge ist die am häufigsten vertretene Berufsgruppe gemessen an den „Vorberufen“ die Berufsgruppe der Partei-, Gewerkschafts-, Verbandssekretäre/innen und -funktionäre (14,8 Prozent)<sup>479</sup>.

In ihren eigentlichen Berufen haben viele der Abgeordneten und der Bundesminister/innen nur kurz gearbeitet. Insbesondere die zahlreichen Rechtsanwälte/innen unter den Abgeord-

---

<sup>478</sup> Vgl. VI. 1.3.2. „Vor dem Mandat ausgeübte Tätigkeit“.

<sup>479</sup> Bundestags-Berufsstatistik: WP 16 (18.10.2005) – „Vorberufe“ – auf [www.bundestag.de/mdb/statistik](http://www.bundestag.de/mdb/statistik).

neten und Bundesministern/innen haben ihren Beruf oftmals ausschließlich neben der Wahrnehmung politischer Ämter ausgeübt. Als nicht ungewöhnlich muss zudem gelten, dass gerade diejenigen, die sich schon in jungen Jahren stark in der Politik engagieren, sich bereits zum Berufseinstieg auf einen Beruf im politischen Umfeld festlegen, sei es als Partei- oder Gewerkschaftssekretär oder als wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in eines Abgeordneten oder in einer politischen Funktion innerhalb der Verwaltung. Dem einen oder anderen gelingt aus dieser politiknahen Position heraus bereits in jungen Jahren der Sprung ins Parlament.

Ein Beispiel für einen „schnellen Aufstieg“ liefert Kristina Schröder (Bundesfamilienministerin im Kabinett Merkel II), die bereits während des Studiums Mitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten war und nach dem Abschluss ihres Studiums als Diplom-Soziologin im Jahr 2002 den Sprung in den Deutschen Bundestag schaffte. Auch der ehemalige Wirtschafts- und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg galt zu seiner Zeit als Bundesminister zusammen mit dem damaligen Gesundheitsminister Philipp Rösler als „neue junge Politikgarde“, deren „Ochsentour durch die Parteiebenen“ keine Jahrzehnte dauern muss oder die eine Abkürzung über eine Referententätigkeit mit Nähe zu Führungszirkeln innerhalb der Partei nehmen<sup>480</sup>.

Aber auch wenn Karriereverläufe in Ämter der Spitzenpolitik unterschiedlich verlaufen, so handelt es sich bei den meisten Aufsteigern/innen in der Regel um „Politikprofis“, die über Netzwerke in ihrer Partei verfügen und das politische Geschäft aus der Kommunal- oder Landespolitik oder aufgrund ihres Berufs im politischen Umfeld bereits kennen. Quereinsteiger wie der parteilose Werner Müller, der eine Führungsfunktion in der Energiewirtschaft inne hatte, als er unter Gerhard Schröder den Posten des damaligen Bundeswirtschaftsministers übernahm, stellen eine Ausnahme dar.

---

<sup>480</sup> „Ein Kommen und Gehen“, Beitrag in der Beilage „Karriere & Beruf“ des Berliner Tagesspiegels (Sonntagsausgabe), 4.07.2010, K2.

## 7.2. Bildungsstand der Bundesminister/innen im Vergleich zu den Bundestagsabgeordneten

Im Bundestag waren im vergleichbaren Zeitraum<sup>481</sup> weniger Akademiker/innen als im Bundeskabinett vertreten. Die Zahl der Promovierten lag sehr deutlich unter der der Promovierten in den letzten beiden Bundeskabinetten:

	Bundestag (Juli 2007)				Bundestag (August 2010)			
	Hochschulabschluss		Promotion		Hochschulabschluss		Promotion	
<b>Alle Abgeordnete</b>	492	80,4%	120	19,6%	492	79%	117	18,8%
<b>Frauen</b>	156	80%	25	12,8%	149	72,5%	24	11,7%
<b>Männer</b>	336	80,5%	95	22,7%	343	82%	93	22,3%

Tabelle 4

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung liegt der Akademisierungsgrad und die Zahl der Promovierten im Bundestag um ein Vielfaches höher. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes haben 3.223.000 Einwohner Deutschlands einen Fachhochschulabschluss (4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung der über 15-Jährigen) und 4.844.000 haben einen Hochschulabschluss (6,8 Prozent). Zusammengerechnet sind es 8.067.000 Einwohner (11,3 Prozent). Hinzu kommen 676.000 mit Promotion (0,9 Prozent). Der Anteil der Promovierten stieg im Jahr 2008 auf 1 Prozent an<sup>482</sup>.

Politische Führungskräfte unterscheiden sich demnach insbesondere im Hinblick auf ihr Bildungsniveau von der Wählerschaft und werden überwiegend aus höheren Bildungsschichten rekrutiert. Die Bundestagsabgeordneten als „Repräsentationseliten“ haben einen meist weit über der Bevölkerung liegenden Bildungsstand<sup>483</sup>. Insgesamt lässt sich feststellen, dass Spitzenämter in der Politik von Persönlichkeiten bekleidet werden, deren Bildungsniveau weit über dem der Gesamtbevölkerung liegt. Der Abstand vergrößert sich zudem, je höher das Amt ist, wie es ein Vergleich mit dem Bildungsstand der Mitglieder des Bundeskabinetts nahe legt. Wie oben dargestellt, haben über 80 Prozent der Bundesminister/innen einen Hochschulabschluss.

<sup>481</sup> Vergleichszeitraum bezogen auf die Bundesminister/innen in 7.1. aus den Kabinette Schröder II, Merkel I und Merkel II.

<sup>482</sup> Statistisches Bundesamtes, Ergebnis des Mikrozensus - Personen im Alter von 15 Jahren und mehr aus dem Jahre 2007 und 2008: [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Content100/Bildungsabschluss,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/BildungForschungKultur/Bildungsstand/Tabellen/Content100/Bildungsabschluss,templateId=renderPrint.psml) „Bildungsstand - Bevölkerung nach Bildungsabschluss in Deutschland“

<sup>483</sup> Elena Semenova: „How to become an MP: Die Rekrutierung von deutschen und russischen Parlamentariern im Vergleich“, Sonderforschungsbereich 580 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580 Mitteilungen, Heft 28, September 2008, S. 24; vgl. auch Manfred G. Schmidt: „Das politische System Deutschlands, München 2007, Verlag C.H. Beck. S138.

Ebenfalls festzustellen ist, dass sich die Berufe und Ausbildungszweige der Spitzenpolitiker/innen auf wenige Fächer konzentrieren. So ist im Bundestag nur eine geringe Zahl von Gewerbetreibenden und Managern vertreten, was auf eine „Dissoziation zwischen Politik und Wirtschaft“<sup>484</sup> schließen lässt. Nicht verwunderlich ist, dass hinsichtlich ihrer Berufe die Bundestagsabgeordneten vergleichbar mit den Minister/innen sind. Die hier am häufigsten anzutreffenden Berufsgruppen sind die der Juristen/innen, Beamten/innen (insbesondere Lehrer/innen) und Wissenschaftler/innen<sup>485</sup>.

Der Abstand der promovierten Frauen und Männer zueinander liegt bei den Bundestagsabgeordneten bei rund 10 Prozent. Während die Männer zu etwa 22 Prozent promoviert sind, tragen etwa 11 Prozent der Frauen einen Dokortitel und sind damit nur zur Hälfte im Vergleich zu den Männern promoviert (vergleiche Tabelle 4). Dieser geringere Anteil promovierter Frauen lässt sich auch in der Gesamtbevölkerung ablesen. So stieg zwar der Frauenanteil an allen Promotionen im Jahr 2007 auf 42 Prozent an (2000 lag er noch bei 34 Prozent)<sup>486</sup>. In beruflichen Positionen macht sich der Anstieg aber weniger stark bemerkbar. Im Bereich Forschung und Lehre sind Frauen immer noch deutlich unterrepräsentiert. Gerade in den höchsten Positionen der Lehre und Forschung findet man nach wie vor sehr wenige Frauen. Im Jahr 2007 waren in der Professorenschaft nur 16 Prozent Frauen vertreten. In den höchsten Beamten-Besoldungsgruppen betrug der Frauenanteil sogar nur 12 Prozent<sup>487</sup>.

Betrachtet man die beiden Kabinette der 16. und 17. Wahlperiode ist jedoch ein anderer Trend zu beobachten (vergleiche Tabellen 2 und 3): Die Frauen der Kabinette sind jeweils zu 50 Prozent promoviert, also deutlich häufiger als die weiblichen Bundestagsabgeordneten. Das trifft auch auf die Bundesminister zu, die ebenfalls zu einem wesentlich höheren Anteil promoviert sind. Anders als im Bereich Lehre und Forschung scheinen promovierte Frauen in der Politik eher in Spitzenpositionen zu gelangen. So lag die Quote der promovierten Frauen mit Bundesministerinnenamt seit 1949 im Schnitt bereits bei 34,5<sup>488</sup> und hat sich zuletzt noch gesteigert.

---

<sup>484</sup> Elena Semenova: „How to become an MP: Die Rekrutierung von deutschen und russischen Parlamentariern im Vergleich“, Sonderforschungsbereich 580 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580 Mitteilungen, Heft 28, September 2008 S. 49.

<sup>485</sup> Vergleiche Auswertung des Fragebogens: VI. I 3.1. Ausbildung/erlernte Berufe der Abgeordneten.

<sup>486</sup> Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr.266 vom 16.07.2009.

<sup>487</sup> ebenda.

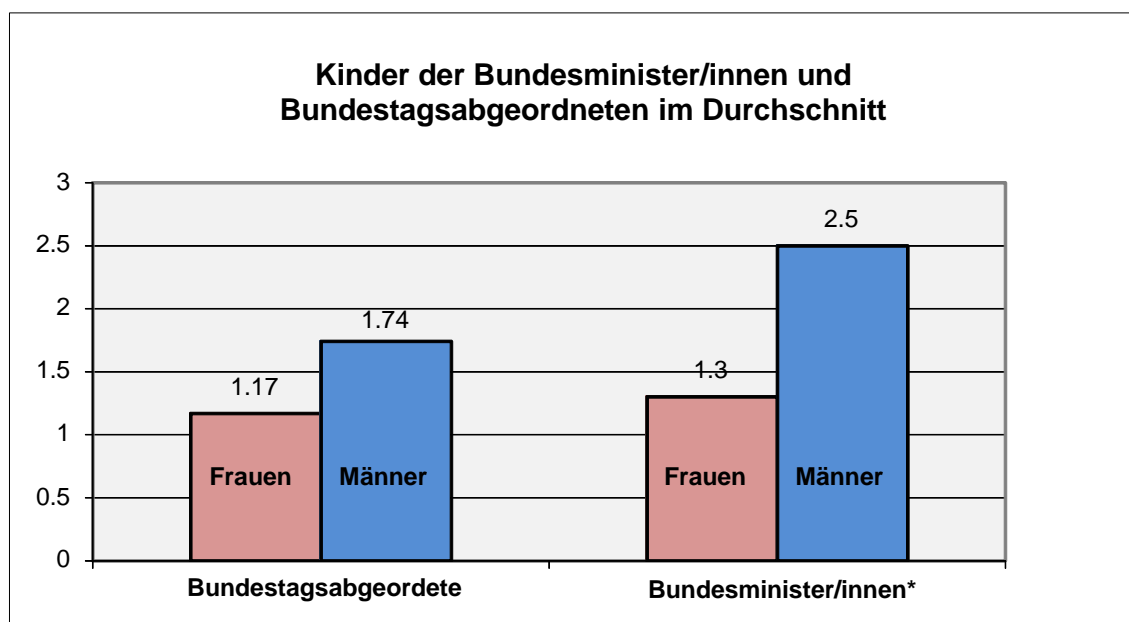
<sup>488</sup> Bezogen auf alle Bundesminister/innen, die von 1949 bis zum Ende der 16. Wahlperiode ein Ministeramt innehatten (ohne Doppelnennungen).



### 7.3. Bildungsstand der Bundesminister/innen und Bundestagsabgeordneten und Zahl ihrer Kinder

So wie gesamtgesellschaftlich Ungleichheiten und eingeschränkte berufliche Aufstiegschancen für Frauen festzustellen sind, können diese auch für Frauen in der Politik konstatiert werden<sup>489</sup>. Vor diesem Hintergrund soll an dieser Stelle auch der Frage nachgegangen werden, wie sich das Vorhandensein von Kindern und deren Zahl auf die Ausübung einer politischen Spitzenposition auswirken kann. Wie bereits angesprochen, stehen Frauen stärker als Männer vor der Herausforderung, den Beruf, die Betreuung ihrer Kinder und des Haushalts mit ihrem politischen Engagement zu vereinbaren. Vor dem Hintergrund, dass es für Mütter noch junger Kinder hinsichtlich dieser Vereinbarkeitsproblematik in der Regel schwerer zu bewerkstelligen ist, in verantwortungsvolle politische Ämter aufzusteigen, soll zunächst untersucht werden, wie viele Frauen mit Kindern in das politische Spitzenamt der Bundesministerin gelangt sind. In einem weiteren Schritt soll verglichen werden, ob es sich bei den Bundesministern/innen ähnlich wie im Bundestag verhält, für den bereits deutliche Unterschiede zwischen der Zahl der Kinder von Frauen und Männern festgestellt wurde.

Verglichen werden hier zunächst die durchschnittliche Zahl der Kinder der Mitglieder des Bundeskabinetts und die der Mitglieder des Bundestages im Jahr 2008<sup>490</sup>:



\*) Incl. der Bundeskanzlerin

Grafik 6

<sup>489</sup> Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (61).

<sup>490</sup> Die Zahlen stammen jeweils aus dem Beginn des Jahres 2008, als Horst Seehofer noch Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und Michael Glos noch Bundesminister für Wirtschaft und Technologie war.

Die Bundestagsabgeordneten haben im Durchschnitt weniger Kinder als die Kabinettsmitglieder. Während es bei den Bundestagsabgeordneten 1,55 Kinder sind, haben die Mitglieder des Kabinetts im Durchschnitt zwei Kinder. Zum Vergleich: Im Kabinett der 17. Wahlperiode (Zahlen aus August 2010) haben die Kabinettsmitglieder im Durchschnitt 1,75 Kinder. Nur eine der fünf weiblichen Kabinettsmitglieder hat Kinder. Arbeitsministerin Ursula von der Leyen hebt den Durchschnitt der Zahl der Kinder bei den Frauen mit ihren sieben Kindern auf 1,2, während die zehn männlichen Kabinettsmitglieder im Durchschnitt 2,1 Kinder haben. Sieben der zehn Bundesminister haben Kinder<sup>491</sup>.

Im Bundeskabinett des Jahres 2008 hatten zwei der sechs Frauen zusammen acht Kinder (Ursula von der Leyen und Ulla Schmidt). Von den neun männlichen Kabinettsmitgliedern sind acht Väter von insgesamt 33 Kindern. Problematisch ist die Gegenüberstellung insofern, da schon eine „Ausnahmeerscheinung“, wie Frau von der Leyen mit ihren sieben Kindern, den Durchschnitt der Zahl der Kinder so stark ansteigen lässt, dass die Repräsentativität in Frage gestellt werden muss. Fest steht jedoch, dass Frauen mit einem Ministeramt deutlich seltener Kinder haben als ihre männlichen Kollegen. Im Kabinett 2008 sind Zweidrittel der Frauen kinderlos. Im Kabinett 2010 geht die Schere noch einmal auseinander, da hier nur eine der fünf Frauen Kinder hat<sup>492</sup>. Während die männlichen Kollegen sogar noch einmal deutlich mehr Kinder haben als ihre Kollegen im Bundestag, lässt sich zumindest auf die Männer bezogen schließen, dass Kinder kein Karrierehindernis darstellen, wenn männliche Politiker ein politisches Spitzenamt anstreben.

Einzelne Abgeordnete berichten davon, dass sie gerade als Familienväter ein gutes Ansehen genießen und damit ihre Chancen bei der Kandidatur für ein Bundestagsmandat höher einschätzen, als wenn sie allein stehend und kinderlos wären. Einige Frauen hingegen sprechen davon, dass sie als Mütter bereits mit der Skepsis eigener Parteikollegen/innen zu kämpfen hatten, die ihre Kandidatur hinsichtlich der Problematik, Familie und Mandat unter einen Hut zu bringen, hinterfragten<sup>493</sup>. Frauen werden demnach, anders als Männer, damit konfrontiert, ihren privaten Anforderungen womöglich nicht gerecht zu werden oder dass ihre politische Arbeit aufgrund familiärer Verantwortung leiden könnte. Außerdem zeigt sich, dass karriereorientierte Frauen, die zugleich Mütter jüngerer Kinder sind, schnell mit dem Vorur-

---

<sup>491</sup> Den jüngsten Nachwuchs hat Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler, der im Oktober 2008 Vater von Zwillingstöchtern wurde.

<sup>492</sup> Da aber insbesondere die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Christina Schröder, Jahrgang 1977, noch sehr jung ist, könnte es hier noch zu Verschiebungen auch bei der Zahl der Kinder von weiblichen Kabinettsmitgliedern kommen.

<sup>493</sup> Vgl. insbesondere Interviews mit Interviewpartnerinnen „P“ und „V“.

teil, sie seien „Rabenmütter“ konfrontiert werden<sup>494</sup>. Bei den Vätern hingegen wird nicht hinterfragt, wie viel Zeit ihnen mit ihrer Familie bleibt und wie die Kinderbetreuung und Wahrnehmung eines politischen Spitzenamtes zu vereinbaren sind.

Um ebenfalls eine Einschätzung zum Bildungsgrad im Zusammenhang mit der Zahl der Kinder abgeben zu können, werden in der folgenden Tabelle die Kinderzahl der Zahl der Hochschulabsolventen gegenübergestellt:

<b>Bundestag (Feb. 2008)</b>	<b>Hochschulabschluss</b>		<b>Kinder Anzahl / Ø</b>		<b>Bundeskabinett (Dez. 2008)</b>	<b>Hochschulabschluss</b>		<b>Kinder Anzahl / Ø</b>	
<b>Alle 612 Abgeordnete</b>	492	80,4%	952	1,55	<b>Alle 16 Mi- nister/innen*</b>	15	94%	33	2
<b>Frauen (195 MdB)</b>	156	80%	228	1,17	<b>Frauen (6 BMin)</b>	6	100%	8**	1,3
<b>Männer (417 MdB)</b>	336	80,5%	724	1,74	<b>Männer (10 BMin)</b>	9	90%	25	2,5

Tabelle 5

\*) Incl. der Bundeskanzlerin

\*\*\*) 7 Kinder stammen von einer Ministerin

Bei dieser Gegenüberstellung wird deutlich, dass die Bundesminister/innen nicht nur durchschnittlich mehr Kinder haben als ihre Kollegen/innen im Bundestag, sondern auch zu einem größeren Anteil einen Hochschulabschluss besitzen. Ein höherer Abschluss scheint nicht nur förderlich für die politische Karriere zu sein, sondern scheint zugleich einer größeren Zahl an Kindern nicht im Wege zu stehen. Diese Feststellung muss aber in Bezug auf die Frauen dahingehend mit Vorsicht behandelt werden, da wenige der Frauen im Amt der Bundesministerin Kinder haben. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zählt zu der Reihe kinderloser Spitzenpolitikerinnen. Es sind vor allem die männlichen Berufspolitiker, die überdurchschnittlich viele Kinder haben<sup>495</sup>. Für Frauen dürfte jedoch Ähnliches gelten, wie für alle anderen Frauen: Frauen mit hohem Bildungsabschluss haben deutlich weniger Kinder als Frauen mit niedrigerer Bildung. Auch der Anteil der Frauen mit mehr als einem Kind verringert sich mit steigendem Bildungsniveau<sup>496</sup>.

<sup>494</sup> Vgl. Ergebnisse der Befragung unter VI. 4.7.2.1. und VII. 4. „Öffentliche Wahrnehmung des Familienlebens von Politikern/innen“ sowie VII. 5. „Umgang mit Ressentiments und eigenen Gewissenskonflikten“.

<sup>495</sup> So auch ein Befund aus der Befragung der Abgeordneten, vgl. VI. 1.5. „Kinderzahl“.

<sup>496</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden 2007, S. 32.

#### 7.4. Betrachtung aller Bundesministerinnen und Zahl ihrer Kinder

Von 1949 bis 2012 gab es 30 Bundesministerinnen<sup>497</sup>. Diese 30 Bundesministerinnen haben zusammen 31 Kinder<sup>498</sup>. Das sind durchschnittlich 1,03 Kinder. Von den 30 Frauen haben 15 Kinder und somit ist die Mehrheit der Bundesministerinnen (17 Frauen) kinderlos. Die 15 Mütter haben im Schnitt 2,15 Kinder. Allerdings haben bis auf Ursula von der Leyen und Renate Schmidt die Frauen mehrheitlich zwei Kinder (acht Frauen). Ein Kind haben fünf Frauen:

	<b>Bundesministerinnen</b>	<b>Kinder</b>
1	Aigner, Ilse	keine
2	Bergmann, Christine	2 Kinder
3	Bergmann-Pohl, Sabine	2 Kinder
4	Brauksiepe, Aenne	keine
5	Bulmahn, Edelgard	keine
6	Däubler-Gmelin, Herta	2 Kinder
7	Fischer, Andrea	keine
8	Focke, Katharina	keine
9	Fuchs, Anke	2 Kinder
10	Hasselfeldt, Gerda	2 Kinder
11	Huber, Antje	keine
12	Künast, Renate	keine
13	Lehr, Ursula	2 Kinder
14	Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine	keine
15	Leyen, Ursula von der	7 Kinder
16	Merkel, Angela	keine
17	Nolte, Claudia	1 Kind
18	Rönsch, Hannelore	1 Kind
19	Schavan, Annette	keine
20	Schlei, Marie	2 Kinder
21	Schmidt, Renate	3 Kinder
22	Schmidt, Ulla (Ursula)	1 Kind
23	Schröder, Kristina	1 Kind

<sup>497</sup> Eigene Erhebung. Jede Ministerin wird nur einmal gezählt, auch wenn sie mehreren Bundeskabinetten angehörte. Frau Prof. Johanna Wanka, die zwei Kinder hat und im Februar 2013 Annette Schavan als Ministerin für Bildung und Forschung ablöste, wurde hier nicht mehr berücksichtigt.

<sup>498</sup> Kinder haben Christine Bergmann, Sabine Bergmann-Pohl, Herta Däubler-Gmelin, Anke Fuchs, Gerda Hasselfeldt, Ursula Lehr, Ursula von der Leyen, Claudia Nolte, Hannelore Rönsch, Renate Schmidt, Ulla Schmidt, Käte Strobel und Rita Süssmuth.

24	Schwaetzer, Irmgard	keine
25	Schwarzhaupt, Elisabeth	keine
26	Strobel, Käte	2 Kinder
27	Süssmuth, Rita	1 Kind
28	Wieczorek-Zeul, Heidemarie	keine
29	Wilms, Dorothee	keine
30	Zypries, Brigitte	keine

Tabelle 6

Mit durchschnittlich 1,03 Kindern liegen die Bundesministerinnen deutlich unterhalb des Geburtenniveaus der Bevölkerung Deutschlands mit Blick auf die vergangenen Jahre und Jahrzehnte. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau lag in Deutschland im Jahr 1971 noch bei 1,9 Kindern, sank dann kontinuierlich und lag zum letzten Mal im Jahr 2000 bei 1,38. Danach sank sie auf ihr niedrigstes Niveau mit 1,33 Kindern je Frau im Jahr 2006<sup>499</sup>.

Wie bereits erörtert<sup>500</sup>, ist ein Zusammenhang zwischen Bildungsstand und Kinderlosigkeit festzustellen, der vor allem die alten Bundesländer betrifft. Frauen mit höherem Bildungsstand sind eher kinderlos, wie Zahlen aus 2006 belegen<sup>501</sup>. So war bei Frauen, die über einen hohen Bildungsabschluss verfügten, der Anteil der Mütter mit 79 Prozent deutlich niedriger als der Anteil der Mütter unter den Frauen mit niedriger Bildung (86 Prozent). Vergleicht man alle Bundesministerinnen der Bundesrepublik Deutschland mit den Frauen, die einen höheren Bildungsabschluss haben, so muss man feststellen, dass der Anteil der Mütter im Verhältnis 43 Prozent zu 79 Prozent steht. Unter den Bundesministerinnen befinden sich insgesamt betrachtet deutlich weniger Mütter, als dies bezogen auf Frauen mit höherem Bildungsabschluss in Deutschland der Fall ist. Obgleich derzeit mit Ministerin Ursula von der Leyen eine Frau mit überdurchschnittlich vielen Kindern im Kabinett vertreten ist, so war bei Betrachtung der Kabinette der vorangegangenen Legislaturperioden keine Veränderung erkennbar, die darauf hindeuten würde, dass Bundesministerinnen zu Beginn des neuen Jahrhunderts häufiger Mütter sind als zuvor<sup>502</sup>.

Es scheint demnach, dass Kinder von Frauen mit Ambitionen auf politische Spitzenämter nach wie vor als Karrierehindernis wahrgenommen werden. Jedoch zeigt ein Blick in den

<sup>499</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007.

<sup>500</sup> unter II. 2.1. „Der Individualisierungsprozess und seine Folgen“ sowie II. 2.2. „Wandel der Familienformen und demographische Entwicklung“.

<sup>501</sup> Statistisches Bundesamt: „Geburten in Deutschland“, Wiesbaden, Dezember 2007, S. 32.

<sup>502</sup> Das Kabinett „Merkel III“ wurde für diese Arbeit nicht mehr berücksichtigt. Es sei jedoch angemerkt, dass in dem Ende 2013 konstituierten Bundeskabinett (Merkel III) abgesehen von Angela Merkel und Barbara Hendricks die weiteren Bundesministerinnen Kinder haben: Ursula von der Leyen (7 Kinder), Andrea Nahles (1 Kind), Manuela Schwesig (1 Kind) und Johanna Wanka (2 Kinder).

Bundestag, dass nicht nur Männer, sondern auch Frauen im Laufe der vergangenen Legislatur Kinder bekommen haben<sup>503</sup>. Prominente Beispiele sind die Spitzenpolitikerin Andrea Nahles, Generalsekretärin der SPD, sowie Katja Kipping der Partei „die Linke“, die seit 2005 Bundestagsabgeordnete ist. Im Juni 2012 wurde Kipping zu einer der beiden Vorsitzenden der Linkspartei gewählt, als ihre Tochter gerade mal ein halbes Jahr alt war.

In europäischen Nachbarländern hat es bereits schwangere Ministerinnen gegeben. In Spanien waren im zweiten, im Frühjahr 2008 gebildeten Kabinett von Ministerpräsident José Zapatero, bis zur Kabinettsumbildung Ende 2010 erstmals mehr weibliche als männliche Minister/innen vertreten. Zum ersten Mal übernahm eine Frau das Amt der Verteidigungsministerin. Dabei war in Spanien nicht unumstritten, ob die Verteidigungsministerin Carme Chacón aufgrund ihrer fehlenden militärischen Erfahrungen die richtige Besetzung darstellte<sup>504</sup>. Brisanter ist jedoch, dass Chacón das Amt übernahm, als sie bereits schwanger war. Wenige Monate nach Amtsübernahme brachte sie ihr Kind zur Welt. Auch die schwedische EU-Ministerin Brigitta Ohlsson trat ihr Amt schwanger an. Drei Wochen nach der Geburt ihrer Tochter kehrte sie an ihren Arbeitsplatz zurück. Der Vater des Kindes brachte der Mutter das Kind ins Büro, damit es tagsüber gestillt werden konnte<sup>505</sup>. In Frankreich hat es schon schwangere Ministerinnen vor der ehemaligen französischen Justizministerin Rachida Dati (2007-2009) gegeben, die während ihrer Amtszeit ein Kind zur Welt brachten. Besondere Aufmerksamkeit zog Dati deshalb auf sich, da sie bereits fünf Tage nach der Geburt ihres Kindes wieder ihren Dienst antrat. Damit brachte sie sich aber selbst in Frankreich nicht nur Bewunderung, sondern vor allem Kritik ein<sup>506</sup>.

## **8. Ämter der Landesregierungen: Minister/innen und Ministerpräsidenten/innen**

Das Amt des Ministerpräsidenten gilt als einflussreich. Wer es einmal zum Ministerpräsidenten bzw. Regierungschef einer Landesregierung gebracht hat, kann in diesem Amt sogar mehrere Legislaturen überdauern, wie zum Beispiel Bernhard Vogel, der insgesamt 23 Jahre Ministerpräsident war – zunächst 1976-1988 in Rheinland Pfalz und 1992-2003 in Thüringen. Am längsten war Peter Altmeier Ministerpräsident eines Bundeslandes, und zwar von 1947 bis 1969, nahezu 22 Jahre lang. Auf ihn folgte Helmut Kohl. Nur wenig länger als Kohl war

---

<sup>503</sup> Darunter die Abgeordneten Dorothee Bär, Hildegard Müller, Nina Hauer, Grietje Staffelt. Vergleiche auch die Ausführungen unter VI. I. 5. zur „Kinderzahl“.

<sup>504</sup> Artikel vom 20.04.2008 auf [www.netzeitung.de/politik/ausland/983317.html](http://www.netzeitung.de/politik/ausland/983317.html).

<sup>505</sup> Artikel „Unter anderen Umständen“ in Der Tagesspiegel vom 20.01.2011, S. 2.

<sup>506</sup> Artikel vom 12.01.2009 auf [www.rp-online.de/politik/ausland/Jetzt-ist-sie-Frankreichs-Rabenmutter\\_aid\\_659729.html](http://www.rp-online.de/politik/ausland/Jetzt-ist-sie-Frankreichs-Rabenmutter_aid_659729.html).

Franz-Josef Röder Ministerpräsident des Saarlandes, der im Juni 1979 in seinem Amt verstarb.

Der Ministerpräsident ist aufgrund des „Verbundcharakters des deutschen Föderalismus“<sup>507</sup> konstant eingebunden in die auf der Bundesebene laufenden politischen Prozesse. Als Chef der Landesregierung erwerben Ministerpräsidenten/innen nicht nur an Profil über die Landesgrenzen hinweg, sondern können aus ihrer Position heraus Einfluss auf die Bundespolitik ausüben. Aus diesem Grund waren von den 191 Bundesministern/innen, die zwischen 1949 bis 2008 zum ersten Mal in dieses Amt berufen wurde, 40 (21 Prozent) entweder Ministerpräsident/in bzw. Bürgermeister/in eines Stadtstaates oder auch Minister/in bzw. Senator/in in einer Landesregierung gewesen<sup>508</sup>. Auffallend dabei ist, dass seit 1998 häufiger Mitglieder einer Landesregierung rekrutiert wurden, als dies zuvor der Fall war. Dies kann zum Teil darauf zurückgeführt werden, dass 1998 in Deutschland ein kompletter und darauf folgend anteilige Regierungswechsel erfolgten. Hierbei war es hilfreich, auf die notwendige Regierungserfahrung einiger Landespolitiker zurückgreifen zu können<sup>509</sup>. Zu den Bundesministern/innen, die zuvor in einer Landesregierung vertreten waren, zählen Hans Eichel, Heinz Funke, Sigmar Gabriel, Reinhard Klimmt, Jürgen Trittin und nach der Regierungsumbildung 2005 Annette Schavan, Ursula von der Leyen und Peer Steinbrück.

In der Regel bestehen die Kabinette bzw. Senate neben dem/der Ministerpräsident/in aus neun bis zwölf Minister/innen, wobei – auch aufgrund eines allgemeinen Zuwachses an Ressorts – diese zum Teil so gebündelt werden konnten, dass einzelne Ministerposten eingespart werden konnten. Zugrunde gelegt wird eine eigene Erhebung aus August 2010. Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und das Saarland kommen mit acht Ministern/innen aus. Hinzu kommt jeweils der amtierende Ministerpräsident bzw. der Regierende Bürgermeister von Berlin. In Schleswig-Holstein sind es sieben Minister/innen nebst Ministerpräsident Peter Harry Carstensen. Bremen ist das Bundesland mit den wenigsten Ministerposten. Der Senat besteht aus insgesamt sieben Mitgliedern. Neben den sechs Senatoren/innen ist Bürgermeister Jens Böhrnsen auch Kultursenator und für kirchliche Angelegenheiten zuständig. Zum Zeitpunkt der Erhebung besteht nur die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft aus elf Landesministern/innen. Die Mehrzahl der Kabinette besteht aus neun Ministern/innen und dem/der jeweiligen Ministerpräsidenten/in<sup>510</sup>.

---

<sup>507</sup> „Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister“ von Jörn Fischer und André Kaiser in „Politik als Beruf – Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema“, Reihe: Politische Vierteljahresschrift Sonderhefte, Band 44, S. 192 (197).

<sup>508</sup> ebenda.

<sup>509</sup> ebenda.

<sup>510</sup> Im August 2010 sind es in Brandenburg, Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen je neun Minister/innen bzw. Senatoren/innen neben dem /der Regierungschef/in.

## 8.1. Ministerinnen auf Landesebene

Unter den insgesamt 140 Landesministern/innen der 16 Bundesländer sind im August 2010 43 Ministerinnen zu finden. Hinzu kommen 14 Ministerpräsidenten bzw. Bürgermeister und zwei Ministerpräsidentinnen. 31 Prozent der Minister/innen sind Frauen. Unter Berücksichtigung der Regierungschefs bestehen die 16 Landesregierungen zusammengerechnet aus 156 Mitgliedern, an denen Frauen zu 29 Prozent beteiligt sind (45 Frauen und 111 Männer).

In Nordrhein-Westfalen sind neben der Regierungschefin Hannelore Kraft vier Ministerinnen im Kabinett vertreten und somit fünf Frauen an der Landesregierung beteiligt<sup>511</sup>. Üblicherweise sind es zwei bis drei Frauen. Das gilt jedoch erst seit Beginn der 90er Jahre. Vorher galt für die Bundes- wie auch Landeskabinette das „Gruppenbild mit Dame“ als charakteristisch. Ebenso wie im Parlament, waren die Frauen stark unterrepräsentiert und zudem fielen ihnen überwiegend „weiche Ressorts“ zu, die auch als „frauentypisch“ bezeichnet werden können<sup>512</sup>.

In Berlin und Bremen sind die Ministerposten zum Zeitpunkt der Erhebung paritätisch verteilt<sup>513</sup>. Paritätisch besetzte Landesregierungen hat es im Gegensatz zur Bundesebene insbesondere in rot-grün-regierten Ländern bereits mehrmals gegeben<sup>514</sup>. In Berlin sind im August 2010 vier von acht Ministerposten durch Frauen besetzt (Justizsenatorin Gisela von der Aue, Senatorin für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz Katrin Lompscher, Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Carola Bluhm). In Bremen gibt es drei Minister und folgende drei Ministerinnen: Finanzsenatorin Karoline Linnert, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Ingeborg Rosenkötter, Senatorin für Bildung und Wissenschaft Renate Jürgens-Pieper. Die sechs Senatorinnen Berlins und Bremens sind überwiegend für Politikfelder zuständig, die nicht als „frauentypisch“ bezeichnet werden können. Je stärker die Zahl der im Kabinett vertretenen Frauen zunimmt, desto seltener werden „weiche Themen“ aus dem Bereich der Jugend-

---

<sup>511</sup> Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann, Ministerin für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie Svenja Schulze, Ministerin für Generationen, Familie, Frauen und Integration Ute Schäfer, Ministerin für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien Angelica Klara Schwall-Düren (August 2010).

<sup>512</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in *Gesellschaft Wirtschaft Politik*, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (37).

<sup>513</sup> Nach den Neuwahlen in Bremen im Juni 2011 bzw. dem Ausscheiden der Senatorin Renate Jürgens-Pieper im Dezember 2012 wurde das Ressort Bildung, Wissenschaft und Gesundheit mit Eva Quante-Brandt und Hermann Schulte-Sasse neu besetzt, so dass dieser neue Senat aus drei Senatorinnen und vier Senatoren sowie Bürgermeister Jens Böhrnsen bestand. Der Berliner Senat war nach den Neuwahlen im September 2011 in einer Koalition aus SPD und CDU ebenfalls nicht mehr paritätisch besetzt, sondern bestand, wie in Bremen, aus drei Senatorinnen, vier Senatoren und dem Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit.

<sup>514</sup> Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in *„Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“*, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (58).



Familien-, Bildungs- und Kulturpolitik ausschließlich von Frauen besetzt<sup>515</sup>. Nach wie vor werden aber fast ausschließlich Männer mit der Innenpolitik betraut<sup>516</sup>. So findet sich im August 2010 unter den Ministerinnen keine einzige Ministerin bzw. Senatorin, die für Inneres zuständig wäre. Auf Bundesebene sind neben dem Innenministerium das Finanzministerium, aber auch das prestigereiche Amt des Außenministers fest in Männerhand. Bis zur Bundestagswahl in 2013 traf dies auch auf das Verteidigungsministerium zu. Ursula von der Leyen ist im „Kabinett Merkel III“ die erste Verteidigungsministerin der Bundesrepublik Deutschland. Für die genannten Ressorts gilt jedoch, dass in diesen „harten Politikfeldern“ Frauen noch immer unterrepräsentiert sind<sup>517</sup>.

Bisher galt, dass der Frauenanteil maßgeblich von der Regierungsbeteiligung einer eher im politisch linken Spektrum angesiedelten Partei abhängt. So waren Frauen nicht nur bei Beteiligung der Bündnis90/Grünen und nunmehr auch der Partei Die Linke stärker beteiligt, sondern auch traditionell zahlreicher vertreten in SPD-geführten Regierungen als in CDU-geführten Regierungen. Noch immer lässt sich eine solche Tendenz bestätigen. Überwiegend sind es die von einem CDU-Ministerpräsidenten geführten Bundesländer, in denen nur eine Frau (Kabinett Peter Harry Carstensen 2009/Schleswig-Holstein mit der Ministerin für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Dr. Juliane Rumpf) oder zwei Frauen (wie zur selben Zeit im Saarland, in Sachsen und Sachsen-Anhalt) vertreten sind bzw. waren<sup>518</sup>.

## 8.2. Vergleich zur Besetzung der Ministerposten auf Bundesebene im Zeitverlauf

In der Geschichte der Bundesrepublik waren die Ministerposten auf Bundesebene über einen Zeitraum von über zehn Jahren hinweg ausschließlich von Männern besetzt. Die erste Frau im Amt einer Bundesministerin war die CDU-Politikerin Elisabeth Schwarzhaupt, die unter Bundeskanzler Konrad Adenauer im November 1961 Bundesministerin für Gesundheitswesen wurde. Dieses Amt bekleidete sie auch unter Ludwig Erhard bis zum Ende der Regierungszeit im November 1966. Erstmals im Kabinett Kiesinger (Dezember 1966 bis Oktober 1969) bekleideten zwei Frauen Ministerämter. Für das Gesundheitswesen übernahm die SPD-Politikerin Käthe Strobel die Verantwortung. Nachdem die ersten zwei Regierungs-

---

<sup>515</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (36).

<sup>516</sup> Eine Ausnahme bildet Annegret Kramp-Karrenbauer, die im Saarland von 2000 bis 2007 Ministerin für Inneres, Familie, Frauen und Sport war. Anschließend war sie bis 2009 Ministerin für Bildung, Familien, Frauen und Kultur zuständig und darauf folgend für Arbeit, Familie, Soziales, Prävention und Sport (seit 2009). Im August 2009 wurde sie Ministerpräsidentin des Saarlandes.

<sup>517</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (39).

<sup>518</sup> Stand: August 2010. Auch das Kabinett von Matthias Platzeck (Brandenburg) war seit 2009 nur noch mit zwei Ministerinnen besetzt. In Thüringen waren es auch zwei Ministerinnen neben Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht.

jahre Bruno Heck das Amt des Familien- und Jugendministers ausgeübt hatte, übernahm im Oktober 1968 die CDU-Politikerin Aenne Brauksiepe seinen Posten. In den anschließenden Jahren kam man zurück zum „Gruppenbild mit Dame“, so dass rückblickend das Regierungsjahr Oktober 1968 bis Oktober 1969 ein Ausreißer war in Hinblick auf die Besetzung des Kabinetts mit zwei Ministerinnen. In den nachfolgenden Regierungen von Willy Brandt war zunächst Käte Strobel Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, die in der zweiten Brandt-Regierung durch Katharina Focke abgelöst wurde (beide SPD). Katharina Focke bekleidete auch unter Helmut Schmidt das Amt der Jugend- Familien- und Gesundheitsministerin.

Erst im zweiten Kabinett Helmut Schmidts von Dezember 1976 bis November 1980 war neben dem Ressort Jugend, Familie und Gesundheit, das Antje Huber (SPD) übernahm, einer weiteren Frau ein Ministeramt zuteil geworden. Marie Schlei (ebenfalls SPD) übernahm bis Februar 1978 das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auf sie folgte Rainer Ofergeld. Nach dieser kurzen Episode mit zwei Ministerinnen wurde wieder einzig das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit von einer Frau geführt. Mit der Ablösung Helmut Schmidts durch Helmut Kohl im Oktober 1982 wurde mit Heiner Geißler wieder ein Mann Minister für Jugend, Familie und Gesundheit. Dorothee Wilms (wie Geißler CDU) übernahm das Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Im zweiten Kabinett Kohl wurde Heiner Geißler im September 1985 von Rita Süßmuth abgelöst, die Ministerin für Jugend, Familie und Gesundheit wurde. Dorothee Wilms blieb Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft. Seit September 1985 waren in den Bundeskabinetten immer mindestens zwei oder drei Ministerinnen vertreten<sup>519</sup>.

Im selben Zeitraum, seit Mitte der 80er Jahre, wuchs der Anteil der Frauen in den Parlamenten kontinuierlich an, so dass von einer schrittweisen „Verweiblichung“ der Parlamente gesprochen werden kann<sup>520</sup>. Der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag und den einzelnen Landesparlamenten variierte, aber stellte überall ein krasses Missverhältnis zur

---

<sup>519</sup> Dritte Regierung Kohl (März 1987 bis Januar 1991): Ministerin für Innerdeutsche Beziehungen Dorothee Wilms; Ministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit bis 9. Dezember 1988 Rita Süßmuth, anschließend Ursula Lehr (alle drei CDU), Ministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau als Nachfolgerin von Oscar Schneider im April 1989 Gerda Hasselfeldt (CSU).

Vierte Regierung Kohl (Januar 1991 bis November 1994), die aus 20 Ministern/innen bestand, davon regierten zeitgleich 3 Ministerinnen: Ministerin für Justiz wird als Nachfolgerin von Klaus Kinkel im Mai 1992 Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), Ministerin für Familie und Senioren Hannelore Rönsch (CDU), Ministerin für Frauen und Jugend Angela Merkel (CDU), Ministerin für Gesundheit Gerda Hasselfeldt bis Mai 1992, bevor Horst Seehofer ihr Amt übernahm (beide CSU), Ministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau Irmgard Adam-Schwaetzer (FDP).

Fünfte Regierung Kohl (November 1994 bis Oktober 1998): Ministerin für Justiz Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, bis sie im Januar 1996 durch Edzard Schmidt-Jortzig (beide FDP) ersetzt wird; Ministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Claudia Nolte (CDU) und Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Angela Merkel (ebenfalls CDU).

<sup>520</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (30).

Zusammensetzung der Wählerschaft dar, die auch damals in etwa zu gleichen Teilen aus Männern und Frauen bestand. Noch in den ersten Regierungsjahren Helmut Kohls waren im Deutschen Bundestag unter 10 Prozent Frauen vertreten. Im Durchschnitt waren die Landtage zu dieser Zeit bereits mit knapp über 10 Prozent Frauen besetzt. Allerdings waren Frauen in den Flächenstaaten, insbesondere mit Blick auf die katholisch geprägten süddeutschen Flächenstaaten deutlich seltener vorzufinden, als in den Stadtstaaten<sup>521</sup>.

Im Bundestag waren Frauen erstmals nach den Wahlen zum 11. Bundestag im Jahre 1987 mit einem Anteil von 15 Prozent vertreten. Im ersten gesamtdeutschen Bundestag waren es bereits 20,5 Prozent<sup>522</sup>. Erstmals mit der Bundestagswahl 2002 waren Frauen im Bundestag zu einem Drittel (33 Prozent) vertreten<sup>523</sup>. Nach einem leichten Rückgang des Frauenanteils in der 16. Wahlperiode (31,6 Prozent)<sup>524</sup> stellten Frauen in der 17. Wahlperiode wieder ein Drittel aller Abgeordneten (32,9 Prozent)<sup>525</sup>.

Mit der Übernahme des Kanzleramtes durch die rot-grüne Bundesregierung im Oktober 1998 kamen fünf Frauen in Regierungsverantwortung. Das entspricht einen Anteil von 31 Prozent Frauen. Im Deutschen Bundestag waren zu diesem Zeitpunkt ebenfalls 30,9 Prozent der Abgeordneten Frauen<sup>526</sup>. Im Januar 2001 ersetzte Renate Künast Minister Karl-Heinz Funke. Aus dem von ihm geleiteten Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten wurde das Ministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft. Im nachfolgenden zweiten Schröder-Kabinett (Oktober 2002 bis Oktober 2005) waren von Beginn an sechs Frauen vertreten<sup>527</sup>. Angesichts der Besetzung des Kabinetts mit nur vierzehn Mitgliedern (Kanzler Gerhard Schröder, sieben Minister und sechs Ministerinnen), waren Frauen anteilig betrachtet nie mit so viel Regierungsverantwortung ausgestattet gewesen, wie zu dieser Zeit.

---

<sup>521</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (29/30).

<sup>522</sup> Beate Hoecker: „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 52 ff. (56).

<sup>523</sup> „Frauen im Parlament“, Stand: Wahl 2002, <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=213&id=1041>

<sup>524</sup> Der Frauenanteil beträgt 31,6 Prozent und steigt innerhalb der Wahlperiode bis 2002 auf 32,5 Prozent an, <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=213&id=1041>.

<sup>525</sup> Der Frauenanteil in der 18. Wahlperiode beträgt 36,5 Prozent (Stand: Oktober 2013) und ist im Vergleich zur 17. Wahlperiode (32,9 Prozent, Stand: Dezember 2012) leicht angestiegen. Vgl.

[http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mb\\_zahlen/frauen\\_maenner.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete18/mb_zahlen/frauen_maenner.html) und <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=3041&id=1223>.

<sup>526</sup> „Frauen im Parlament“, Stand: Wahl 1998, <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=213&id=1041>.

<sup>527</sup> Edelgard Bulmahn: Bildung und Forschung (SPD), Renate Künast: Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (B90/Grüne), Renate Schmidt: Familie, Senioren, Frauen und Jugend (SPD), Ulla Schmidt: Gesundheit und Soziale Sicherung (SPD), Heidemarie Wieczorek-Zeul: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (SPD) und Brigitte Zypries: Justiz (SPD).

Das erste Kabinett Angela Merkels (November 2005 bis Oktober 2009) startete mit elf Ministern und vier Ministerinnen<sup>528</sup>: Nach dem Ausscheiden von Horst Seehofer übernahm Ilse Aigner zum 31. Oktober 2008 das Ressort Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Auch das Bundeskabinett 2010 bestand aus 16 Mitgliedern: Zehn Ministern, fünf Ministerinnen und der Bundeskanzlerin. Im Vergleich zur zweiten Schröder-Regierung sind die Frauen in den Merkel-Regierungen im deutlich geringeren Maße repräsentiert. Immerhin kann in Rechnung gestellt werden, dass Deutschland seit Oktober 2005 erstmals von einer Frau regiert wird, der nach Art. 65 Abs. 1 Grundgesetz die so genannte „Richtlinienkompetenz“ obliegt. Dies vermag zumindest in der medialen Wahrnehmung aufzuwiegen, dass in der Regierung wieder weniger Frauen vertreten sind.

### 8.3. Ministerpräsidentinnen

Nie zuvor standen mehr Frauen an den Spitzen der Landesregierungen. Von Oktober 2009 bis Dezember 2014 war die CDU-Politikerin Christine Lieberknecht Ministerpräsidentin des Freistaates Thüringen. Sie übernahm das Amt von ihrem Parteifreund Dieter Althaus, der nach einer schweren Wahl Niederlage zurückgetreten war. Am 14. Juli 2010 wurde in Nordrhein-Westfalen die SPD-Politikerin Hannelore Kraft erstmals in das Amt der Ministerpräsidentin gewählt. Damit ist sie die erste Frau, der es gelang, einen amtierenden Ministerpräsidenten abzulösen. Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) wurde im Mai 2011 zur Landesvorsitzenden der CDU Saar gewählt. Seit August 2011 ist die Mutter dreier Kinder Ministerpräsidentin des Saarlandes. Ihr Vorgänger Peter Müller hatte die saarländische Sozialministerin als seine Nachfolgerin in beiden Ämtern vorgeschlagen. Aus den vorzeitigen Neuwahlen im März 2012 ging die CDU als stärkste Kraft hervor. Kramp-Karrenbauer blieb Ministerpräsidentin. Darüber hinaus löste in Rheinland-Pfalz die bisherige Sozialministerin Malu Dreyer (SPD) im Januar 2013 den langjährigen Ministerpräsidenten Kurt Beck ab. In den Jahren 2013/2014 gab es in der Bundesrepublik Deutschland vier Ministerpräsidentinnen zugleich. Damit wurden ein Viertel der 16 Bundesländer von Frauen angeführt.

Diese Entwicklung war noch vor wenigen Jahrzehnten undenkbar. Als erste „Länderchefin“ könnte die SPD-Politikerin Louise Schroeder gelten, die in den Jahren 1947/1948 kommissarische Oberbürgermeisterin Berlins war, als West-Berlin jedoch keinen Status als Bundesland hatte. Lange Zeit war die einzige Ministerpräsidentin der Bundesrepublik Deutschland die SPD-Politikerin Heide Simonis, die das Amt der Regierungschefin von Schleswig-

---

<sup>528</sup> Ursula von der Leyen: Familie, Senioren, Frauen und Jugend (CDU), Annette Schavan: Bildung und Forschung (CDU), Ulla Schmidt: Gesundheit (SPD), Heidemarie Wieczorek-Zeul: Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (SPD) und Brigitte Zypries: Justiz (SPD).

Holstein von 1993 bis 2005 ausübte. Heide Simonis war Finanzministerin und wurde nach dem Rücktritt von Björn Engholm dessen Nachfolgerin. Im Amt der Ministerpräsidentin wurde sie bei den Landtagswahlen 1996 und 2000 bestätigt.

Als Ministerpräsidentin bzw. Regierende Bürgermeisterin erfolglos kandidiert hatten Rita Süßmuth (CDU) im Jahr 1990 in Niedersachsen<sup>529</sup>, Anke Fuchs (SPD) 1990 in Sachsen, Renate Schmidt (SPD) 1994 und 1998 in Bayern, Ingrid Stahmer (SPD) im Jahr 1995 in Berlin, Ute Vogt (SPD) im Jahr 2001 und nochmals 2006 in Baden-Württemberg, Andrea Ypsilanti (SPD) 2008 in Hessen sowie Johanna Wanka (CDU), Kerstin Kaiser (Die Linke) in Brandenburg 2009 und Renate Künast (Bündnis90/Grüne) im Jahr 2011 in Berlin. In 2011 trat außerdem die CDU-Politikerin Julia Klöckner an, das Ministerpräsidentenamt in Rheinland-Pfalz zu übernehmen, unterlag aber dem damaligen Amtsinhaber Kurt Beck.

#### **8.4. Heide Simonis, erste Ministerpräsidentin Deutschlands**

„Erst als ich Ministerpräsidentin wurde, begann die totale Vereinnahmung des eigenen Lebens“<sup>530</sup> schreibt die erste Ministerpräsidentin Deutschlands, Heide Simonis, in ihrem Buch über ihr Leben „unter Männern“ in der Politik. Simonis beschreibt, wie stark sie das Amt täglich und ebenfalls an Wochenenden, an denen Veranstaltungen von Parteien, Vereinen und Verbänden stattfinden, in Anspruch nimmt. So haben private Termine fast gar keinen Platz mehr in einem übervollen Terminkalender eines Ministerpräsidenten/einer Ministerpräsidentin. Aus diesem Grunde sei es wohl ganz gut, dass die eigene Familie nur aus ihr und ihrem Mann bestehe, schreibt Heide Simonis<sup>531</sup>. Familie und gewachsene Freundschaften seien aber gerade für Politiker/innen in Spitzenpositionen so wichtig, da sie eine ehrliche Rückmeldung geben, wie es sonst keiner tue. Gerade als Politiker/in dürfe man sich nicht erlauben, Schwächen zu zeigen, sondern müsse sich immer unter Kontrolle haben und aufpassen, nichts preiszugeben. Simonis wirft die Frage auf, ob Männer wohl besser mit diesen Verhältnissen umgehen können als Frauen, da Männer eher die nötigen Erfahrungen mitbringen und gewöhnt sind, „Schwächen zu kaschieren und Stärke zu demonstrieren“<sup>532</sup>. Der Aufstieg in eine Spitzenposition in der Politik würde Männern demnach leichter fallen als Frauen, da sie sich eher in das von ihnen als Spitzenpolitiker erwartete Rollenbild einfügen können.

---

<sup>529</sup> Zwischen Rita Süßmuth und Ernst Albrecht bestand die Vereinbarung, dass Albrecht als amtierender Ministerpräsident nach der Landtagswahl 1990 weitere zwei Jahre im Amt verbleiben würde und Süßmuth ihm 1992 hätte nachfolgen sollen.

<sup>530</sup> Heide Simonis: „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag München, aktualisierte Auflage Dezember 2004, S. 185.

<sup>531</sup> ebenda.

<sup>532</sup> ebenda, S. 192.

Als jüngste Abgeordnete im Bundestag<sup>533</sup>, erstes und lange Zeit einziges weibliches Mitglied des Haushaltsausschusses und erste Ministerpräsidentin hatte Heide Simonis den Eindruck, „besonders scharf unter die Lupe genommen zu werden – fast als sei Weiblichkeit ein Defekt, der durch besondere Leistungsfähigkeit überkompensiert werden müsse“<sup>534</sup>. Gerade als Frau, berichtet Simonis, müsse man zum einen sehr kompetent sein und sachlich überzeugend argumentieren können. Zum anderen ginge es aber sehr stark um Zähigkeit und zugleich um die Fähigkeit, auch einstecken zu können. Denn „wer zu zart besaitet ist, hält es in der Politik nicht lange aus“. Auch Herta Däubler-Gmelin, Bundesjustizministerin in der ersten Schröder-Regierung und langjähriges Mitglied des Deutschen Bundestages, macht die größere Empfindsamkeit von Politikerinnen gegenüber Kritik und Niederlagen als wesentlichen Unterschied zwischen Frauen und Männern aus, wobei die Verletzbarkeit der Frauen ihr größtes Handicap darstelle<sup>535</sup>.

Aber mit den vielen Misserfolgen, die zum politischen Geschäft dazu gehören, kommen die heute jungen Politikerinnen besser zurecht, glaubt Simonis. Zudem hätten die jüngeren Frauen den Beobachtungen von Simonis zufolge ein unverkrampfteres Verhältnis zur Macht<sup>536</sup>. Das mag damit zusammenhängen, dass den jüngeren Politikerinnen von ihren älteren Kolleginnen der Weg bereitet wurde. So habe auch der Druck durch die Frauenbewegung geholfen, dass Politikerinnen nicht wie einst – wengleich von den männlichen Kollegen zum Teil unbewusst und nicht gewollt – ausgegrenzt, vergessen, übergangen oder negiert wurden, bestätigt Herta Däubler-Gmelin<sup>537</sup>.

Frauen mit Ambitionen auf ein politisches Spitzenamt schadet es heutzutage offenbar nicht, ähnlich selbstbewusst und pragmatisch wie Männer aufzutreten. Noch am Ende des vergangenen Jahrhunderts wurde ein forsches Auftreten einer Politikerin hingegen eher negativ bewertet: „Mir ist ja immer der Vorwurf gemacht worden, ich wäre gar keine Frau, ich wäre so was militant Unfrauliches. Ich habe aber immer in Ausschüssen gearbeitet, wo [ein männliches Verhalten] notwendig war: Haushaltsausschuss [des Bundestages], im Kieler Finanzausschuss. Später war ich Finanzministerin und Tarifverhandlungsführerin und dann als Ministerpräsidentin sowieso – ich musste schon eher Männerverhaltensweisen an den Tag

---

<sup>533</sup> Heide Simonis zog 1976 erstmalig in den Bundestag ein und war dort eine von insgesamt 36 weiblichen Abgeordneten (7% aller Abgeordneten).

<sup>534</sup> Heide Simonis: „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag München, aktualisierte Auflage Dezember 2004, S. 73 f.

<sup>535</sup> Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag Frankfurt/Main, 1997; Politische Biographie von Herta Däubler-Gmelin auf S. 136 ff./S. 158.

<sup>536</sup> Heide Simonis: „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag München, aktualisierte Auflage Dezember 2004, S. 75.

<sup>537</sup> Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag Frankfurt/Main, 1997; Politische Biographie von Herta Däubler-Gmelin auf S. 136 ff./S. 159.

legen als ich Frauenverhaltensweisen hätte durchziehen können.<sup>538</sup> Es beginne schon in der Kommunalpolitik, dass Frauen bei Zuteilung von Themen sich meist um die Kindergärten und Kinderspielplätze kümmern und die Männer sich mit Finanzen, dem Hafen und der Müllverbrennungsanlage beschäftigen. So rät Heide Simonis den Frauen, wenn sie nicht gerade Fachfrau für „Familienangelegenheiten“ und die so genannten soften Themen sind, sich auch der anderen Themen anzunehmen, um zu denjenigen zu gehören, die am Ende die maßgeblichen Entscheidungen treffen, die zum Beispiel die Finanzierbarkeit von Projekten betreffen<sup>539</sup>.

Simonis beklagt in ihrem Buch, dass trotz einiger positiver Entwicklungen immer noch erschreckend wenige Frauen in den zentralen politischen Machtpositionen zu finden seien. So habe es auf Bundesebene – was sich auch bis dato nicht verändert hat – noch nie eine Finanz-, Wirtschafts-, Innen – oder Außenministerin gegeben. Diese Ressorts nennt Simonis „die letzten Bollwerke der männlichen Macht“<sup>540</sup>. Zudem meint sie, wir seien in Deutschland und Europa noch weit entfernt von einer Gesellschaft, in der die politischen Spitzenpositionen halbwegs gleichgewichtig zwischen Männern und Frauen verteilt sind, wobei dies nicht nur für die Politik, sondern auch für die Wirtschaft, die Verwaltung, Universitäten und den Kulturbetrieb gelte<sup>541</sup>. Obgleich es heute viel stärker als früher eine individuelle Entscheidung der Frauen ist, Karriere im Beruf oder in der Politik zu machen, würden manche Frauen, wie Heide Simonis ausführt, strukturelle Karrierehindernisse, wie insbesondere die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, nicht erkennen. Auffallend sei zugleich, dass erfolgreiche Frauen auch noch heute seltener Kinder haben<sup>542</sup>.

Simonis meint beobachtet zu haben, dass erfolgreiche Frauen ihre Ambitionen zurücknehmen, wenn sie Kinder bekommen und sich ihre Prioritäten – anders als es bei den meisten Männern der Fall sei – veränderten. Zudem macht sie als Problem aus, dass manche Männer nicht akzeptieren würden, wenn Frauen für die Ausübung ihres Berufes und überdies für ein freiwilliges politisches Engagement, das ganz überwiegend den Anfang einer politischen Karriere markiert, Zeit beanspruchten. Mit ausreichend großem politischem Interesse würden Frauen sehr schnell in politische Ämter kommen können, sie müssten nur „am Ball bleiben“, um dann auch nach höheren Ämtern greifen zu können. Jedoch hielten sich die alten Machtmechanismen desto hartnäckiger, je höher es auf der Karriereleiter ginge: „Ganz oben gilt noch immer, dass eine Frau am ehesten dann eine Chance bekommt, wenn der Mann

---

<sup>538</sup> Interview mit Heide Simonis (siehe Anhang).

<sup>539</sup> ebenda.

<sup>540</sup> Heide Simonis: „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag München, aktualisierte Auflage Dezember 2004, S. 78.

<sup>541</sup> ebenda, S. 81.

<sup>542</sup> ebenda, S. 77.

vor ihr gescheitert aus der Kurve getragen wurde und sich im Augenblick kein anderer findet, der die Sache übernehmen will“<sup>543</sup>. Heide Simonis verweist darauf, dass sie selbst in einer solchen Konstellation Ministerpräsidentin geworden sei. Ähnlich sei es gewesen, als Angela Merkel CDU-Vorsitzende wurde. Auch Christine Lieberknecht, von Oktober 2009 bis Dezember 2014 Ministerpräsidentin Thüringens, erlangte in einer Situation, als ihr Vorgänger Dieter Althaus sich nach einer schweren Wahlniederlage zurückzog, ihr Amt. Die Ministerpräsidentin Nordrhein-Westfalens, Hannelore Kraft, mag nicht ganz in das Erklärungsmuster passen. Allerdings übernahm sie den Landesvorsitz der NRW-SPD nach desaströsen Niederlagen der SPD und sie galt zunächst als chancenlos im Kampf um das Ministerpräsidentenamt.

Auf die Frage, ob Heide Simonis glaube, dass es ihr heute möglicherweise leichter fallen würde, sich für ein Kind neben der politischen Karriere zu entscheiden, meint sie: „Mein Mann [war arbeitsbedingt] in Berlin, wir [lebten] hier in Schleswig-Holstein und ich [zugleich] auch in Bonn. Da können Sie keine Kinder haben. Bei mir geht das nicht. Die Kinder dann jeden Montag irgendwo abliefern und am Freitag wieder abholen, die Bündelchen – das geht nicht.“<sup>544</sup> Für Heide Simonis stand damit fest, dass sich ihre Arbeit als Bundestagsabgeordnete nicht mit einem Leben mit Kindern verbinden ließ: „Es ist in anderen Berufen vielleicht ein klein bisschen leichter, als in der Politik, wenn der Arbeitsplatz der Frau am Wohnort liegt. Die Frau mit einem politischen Mandat hat häufig lange Strecken zu überwinden. Sitzungswochen und die ganzen Abendveranstaltungen, Samstagfrüh Ehrungen und Sonntag-nachmittag Kaffee mit den Senioren und was weiß ich. Das macht Druck, wenn Frauen Kinder haben, die das Gefühl haben, ihre Mutter sei nie zu Hause. Das geht ja dann an die Seele.“ Simonis führt weiter aus: „Ich bin mit 33 Jahren in den Bundestag gekommen und irgendwann [...] ist die biologische Uhr auf einen Punkt zugelaufen, an dem man sagt, jetzt lieber auch nicht mehr. Also ich beklage das auch nicht. Das wäre dumm. Denn das ist von mir eine eigene Entscheidung gewesen [...] – mehr oder weniger bewusst – aber eine Entscheidung“<sup>545</sup>.

## **9. Frauen in den höchsten Ämtern auf Bundesebene**

Seit November 2005 wird Deutschland von einer Kanzlerin regiert. Allein 44 Jahre dauerte es nach der Übernahme des ersten Ministerpostens durch eine Frau im Jahr 1961, bis der Pos-

---

<sup>543</sup> Heide Simonis: „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag München, aktualisierte Auflage Dezember 2004, S. 83.

<sup>544</sup> Interview mit Heide Simonis.

<sup>545</sup> ebenda.



ten des Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland an eine Frau übergang<sup>546</sup>. In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gab es zwei Bundestagspräsidentinnen und mittlerweile mehrere Ministerpräsidentinnen. Aber eine Bundespräsidentin hat es seit Gründung der Bundesrepublik noch nie gegeben, obgleich Kandidatinnen für das höchste Amt des Staates bereit standen, wie unter anderen Annemarie Renger und Gesine Schwan (beide SPD). Vor der letzten Bundespräsidenten-Wahl im Juni 2010 wurde zunächst spekuliert, ob Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen die Kandidatin für das Bundespräsidentenamt werden könnte und ob Deutschland für zwei Frauen an der Spitze bereits reif wäre. Dies war zumindest aus Sicht der Union offenbar nicht der Fall.

### **9.1. Bundestagspräsidentinnen Annemarie Renger und Rita Süßmuth**

Nach dem Bundespräsidenten hat der Bundestagspräsident das höchste Staatsamt inne und steht zumindest formal vor dem/der Bundeskanzler/in. Neben dem/der Bundestagspräsident/in, der/die von der Mehrheitsfraktion im Parlament nominiert wird, gibt es mehrere Stellvertreter/innen, die von den anderen im Bundestag vertretenen Fraktionen gestellt werden. Die erste Frau, die das Amt der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages übernahm, war die CSU-Politikerin Maria Probst. Sie übte dieses Amt von Dezember 1965 bis zu ihrem Tode im Mai 1967 aus. In der nächsten Legislaturperiode folgte als Frau im Amt einer Vizebundestagspräsidentin die FDP-Politikerin Liselotte Funcke. Sie war von 1969 bis 1979 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Mit Annemarie Renger wurde erstmals das Amt des/der Bundestagspräsidenten/in von der SPD besetzt. Sie war die erste Frau der Welt an der Spitze eines frei gewählten Parlaments<sup>547</sup>. Annemarie Renger übte ihr Amt von Dezember 1972 bis Dezember 1976 aus. Sie stand bei ihrer Kandidatur nicht nur vor der Herausforderung, dass zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik das Amt des Bundestagspräsidenten der SPD zustand, sondern auch, dass der Bundestag stark männerdominiert war – so stark wie nie zuvor und danach. Lediglich 30 Frauen saßen zu Beginn der 7. Wahlperiode im Parlament (5,8 Prozent aller Abgeordneten). Annemarie Renger sagte dazu rückblickend: „Ich war der Meinung, dass man jedes Amt annehmen muss, das Frauen in den Stand setzt zu beweisen, Frauen können es genauso gut – vielleicht sogar besser als Männer.“<sup>548</sup> Offensichtlich hatte Renger gegen Vorurteile zu kämpfen, die ihr nicht nur von Seiten der Männer, sondern wohl auch von Frauenseite entgegengebracht worden waren.

---

<sup>546</sup> Ingrid Reichart-Dreyer: „Von der Basis an die Spitze: Frauenaufstieg in den Parteien der BRD“ in „Willkommen im Club? – Frauen und Männer in Eliten“, Hrsg. Regina-Maria Dackweiler, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, S. 170.

<sup>547</sup> Trauerstaatsakt des Deutschen Bundestages am 13. März 2008 für die kurz zuvor verstorbene Präsidentin a. D., Dr. h. c. Annemarie Renger, Herausgeber: Stenografischer Dienst, Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit: [www.btg-bestellservice.de/pdf/20099704.pdf](http://www.btg-bestellservice.de/pdf/20099704.pdf), S. 8.

<sup>548</sup> ebenda, S. 9.

Hätte sie nicht genügend gesundes Selbstbewusstsein mitgebracht, als es um die Kandidatur ging, sich selbst ins Gespräch zu bringen, wäre sie gar nicht Bundestagspräsidentin geworden. In einem späteren Interview sagte sie: „Ich habe mich in der Fraktion selber für das Amt des Bundestagspräsidenten vorgeschlagen. Glauben Sie, man hätte mich sonst genommen?“<sup>549</sup>.

Annemarie Renger war bei der Wahl des Bundespräsidenten 1979 als Kandidatin der SPD angetreten, unterlag aber dem Kandidaten der CDU und CSU Karl Carstens. Bereits 1953 war Renger in den Deutschen Bundestag gewählt worden, dem sie danach bis 1990 ununterbrochen angehörte. Bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Parlament übte sie die Position der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages aus. Wiederum als erste Frau war sie von 1969 bis 1972 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion und damit gehörte sie zugleich als erste Frau dem engeren Fraktionsvorstand der SPD-Fraktion an. Bis heute ist das Amt des/der Parlamentarischen Geschäftsführers/in und seiner Stellvertreter/innen meist von Männern besetzt. Wenngleich Parlamentarierinnen relativ häufig der Aufstieg in Vorstandspositionen gelingt, so bleibt der Vorsitz in der Regel den Männern vorbehalten, ebenso die Position des Parlamentarischen Geschäftsführers<sup>550</sup>. Dies trifft insbesondere auf die großen Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD zu. Nach der Bundestagswahl 2013 hatte die SPD-Fraktion jedoch den bisherigen Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer Oppermann zum Nachfolger Frank-Walter Steinmeiers gewählt. Daraufhin rückte mit Christine Lambrecht zum ersten Mal eine Frau in das Amt der Ersten Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD im Bundestag nach.

Nach Annemarie Renger gab es noch eine weitere Frau im Amt der Bundestagspräsidentin. Die CDU-Politikerin Rita Süßmuth stand für knapp zehn Jahre, von November 1988 bis Oktober 1998, an der Spitze des Parlaments. Die vor ihrer Karriere in der Politik als Professorin für Erziehungswissenschaften tätige Rita Süßmuth war von 1985 bis 1988 Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, bevor sie 1988 das Amt der Präsidentin des Deutschen Bundestages übernahm. In einem von ihr herausgegebenen Band äußert Süßmuth, es sei ein langer Weg gewesen, „gepflastert mit Widerständen“, bis es mit Angela Merkel erstmals gelang, dass eine Frau an die Spitze der CDU kam. „Macht in Frauenhand – da stehen wir am Anfang!“, schreibt Süßmuth<sup>551</sup>, die von 1986 bis 2001 auch Bundesvorsitzende der Frauen-Union war. Veränderungen seien mit Blick auf die Geschichte der Gleichberechtigung der Frauen nur mit mutigen Vorkämpferinnen zu erreichen gewesen und wären

---

<sup>549</sup> ebenda, S. 8, f.

<sup>550</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (36).

<sup>551</sup> Rita Süßmuth in: „Mut zur Macht in Frauenhand“, herausgegeben von Rita Süßmuth, Verlag Busse Seewald GmbH, Herford, 2001, Vorwort, S. 13.

nur gegen heftige Widerstände durchzusetzen. „Nichts wird von selbst, aber es muss auch nichts aussichtslos bleiben“, formuliert Süssmuth und verweist auf die Wichtigkeit, zentrale Zukunftsfragen früh zu identifizieren, Bündnispartner zu suchen und sich insbesondere einer breiten Unterstützung der Frauen untereinander zu vergewissern, um auf Parteibeschlüsse Einfluss zu nehmen<sup>552</sup>.

Ogleich wenige Frauen einen so starken Einfluss auf die Politikgestaltung der Bundesrepublik Deutschland gehabt haben, wie Rita Süssmuth im ausklingenden 20. Jahrhundert, stellt sie zu Beginn des 21. Jahrhunderts fest, dass Frauen trotz aller Fortschritte noch weit entfernt seien von einer machtvollen, erkennbaren Gestaltung aller gesellschaftlich relevanten Gegenwarts- und Zukunftsfragen. Im „Vorhof der Macht“ seien die Frauen angekommen, aber noch nicht im Zentrum<sup>553</sup>. Rita Süssmuth ist verheiratet und hat eine Tochter, die vor Beginn ihrer wissenschaftlichen und politischen Karriere zur Welt kam. Womöglich auch aus eigener Erfahrung weiß Süssmuth von dem Vorurteil zu berichten, dass sich die Selbstverwirklichungsinteressen von Frauen gegen die Familie und somit gegen die Gemeinschaftsinteressen richteten. In diesem Zusammenhang stellt sie fest, dass die Selbstverwirklichungsinteressen der Männer hingegen nicht als familienabträglich gelten würden und von vornherein klar wäre, dass die Frauen die Bedürfnisse und Erwartungen der Familienangehörigen wahrnehmen – unter anderem aus Rücksicht auf die Männer. Als Grund dafür, dass Kinder und beruflicher Aufstieg nach wie vor schwierig zu vereinbaren seien, macht Süssmuth die fehlende Rücksichtnahme auf Familie durch das öffentliche und politische Leben aus. Außerdem verantwortlich seien die an männlichen Biografien orientierten Strukturen, denen sich ein Großteil der jüngeren Frauengenerationen in der Politik anpassen würden, in der Annahme, die Gleichberechtigung sei vollzogen und Frauenfragen hätten in jenen männlichen Politikmustern keinen Platz. Ob dieses Konstrukt nachhaltig tragen wird, bleibe abzuwarten<sup>554</sup>.

---

<sup>552</sup> Rita Süssmuth in: „Mut zur Macht in Frauenhand“, herausgegeben von Rita Süssmuth, Verlag Busse Seewald GmbH, Herford, 2001, Vorwort, S. 21.

<sup>553</sup> ebenda, S. 22.

<sup>554</sup> ebenda, S. 28.

## 9.2. Angela Merkel, erste Bundeskanzlerin Deutschlands

Wenngleich der/die Bundeskanzler/in der protokollarischen Rangfolge entsprechend hinter dem Bundespräsidenten und dem Bundestagspräsidenten steht, so ist der/die Bundeskanzler/in als deutsche/r Regierungschef/in doch der/diejenige, der/die die Richtlinien der Politik bestimmt und mit der größten politischen Macht ausgestattet ist. Die derzeitige Bundeskanzlerin Angela Merkel ist in der Reihe der Kanzler seit Gründung der Bundesrepublik die Nummer acht. Zur ersten weiblichen Bundeskanzlerin wurde Merkel im Herbst 2005 gewählt, nachdem es nach der von ihrem Vorgänger Gerhard Schröder gestellten Vertrauensfrage zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen gekommen war. In der Liste „The World’s 100 Powerful Women“, die das US-amerikanische Wirtschaftsmagazin Forbes jedes Jahr ermittelt, rangiert Bundeskanzlerin Merkel im Jahr 2010 auf Platz vier als einzige Deutsche unter den 100 mächtigsten Frauen der Welt<sup>555</sup>. In den Jahren 2006 bis 2009 und erneut in 2011 und 2012 ist es Angela Merkel, die jene Rangliste mehrmals in Folge anführt. Dabei war sie eine der wenigen Politikerinnen auf den vorderen Plätzen. Meist wurde sie von Konzern- und Bankchefinnen dominiert. Abgelöst an der Spitze wurde Angela Merkel 2010 von der First Lady der USA, Michelle Obama. Hillary Clinton, US-Außenministerin von Januar 2009 bis Februar 2013, belegte in den vergangenen Jahren ebenfalls einen der vorderen Plätze hinter Merkel.

Sicherlich ist diese Liste der mächtigsten Frauen kein Maßstab für reale Macht und Einfluss, den die genannten Frauen in ihren Bereichen ausüben. Dennoch spiegelt diese Rangliste wider, als wie stark der Einfluss der deutschen Regierungschefin in der Welt eingeschätzt wird und wie weit es „Kohls Mädchen“ gebracht hat. Die bei den ersten gesamtdeutschen Wahlen 1990 in den Bundestag gewählte Merkel übernahm bereits 1991 das Amt der Bundesministerin für Frauen und Jugend, als das alte Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit dreigeteilt wurde. Das Ressort Gesundheit übernahm die CSU-Politikerin Gerda Hasselfeldt und das Bundesministerium für Familie und Senioren wurde fortan von Hannelore Rösch (CDU) geführt. 1994 machte Bundeskanzler Helmut Kohl Angela Merkel zur Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Nach der darauf folgenden Niederlage für die Union bei der Bundestagswahl 1998 wurde Merkel auf den Vorschlag von Wolfgang Schäuble hin, der den CDU-Vorsitz von Kohl übernahm, Generalsekretärin der CDU. Als Beweis für Merkels Machtwillen gilt, dass sie als Generalsekretärin auf dem Höhepunkt der CDU-Spendaffäre im Dezember 1999 einen „kühnen Befreiungsschlag gegen ihren politischen Lehrmeister und Gönner Helmut Kohl“<sup>556</sup> wagte. So hatte Merkel

---

<sup>555</sup> [www.forbes.com/wealth/power-women](http://www.forbes.com/wealth/power-women).

<sup>556</sup> Jacqueline Boysen: „Angela Merkel ist Deutschlands erste Kanzlerin. Das war so nicht vorgesehen“ im Magazin ZEIT Geschichte „Die Frauen und die Macht“, Nr. 4/2006, S. 54 (56).

erstmalig ihren Anspruch auf den Parteivorsitz öffentlich gezeigt, den sie seit April 2002 innehat. Die Ablösung des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz hatte Merkel hingegen eher im Stillen vorbereitet, indem sie sich die Loyalität der Unions-Politiker/innen erwarb und sicherte<sup>557</sup>.

Es heißt, ihren ungewöhnlich schnellen Aufstieg in der Union verdanke Merkel ausschließlich der Gunst des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohls. Darüber hinaus sei ihre Karriere aber nicht nur deshalb möglich gewesen, da sie sich mit viel Geduld und Geschick bis in den männlich und westdeutsch geprägten Führungszirkel der CDU vorgekämpft habe, sondern auch aufgrund der Tatsache, dass Angela Merkel als Frau aus dem Osten unterschätzt wurde<sup>558</sup>. Die Pastorentochter Merkel, die mit ihren Eltern und zwei jüngeren Geschwistern in Brandenburg aufwuchs, habe in der DDR gelernt, wachsam und vorsichtig zu sein. Der Vater und Merkels Familie zählten zu jenen, die innerhalb der evangelischen Kirche nicht in der Opposition zur DDR-Kirchenpolitik standen. So war es Angela Merkel auch möglich, ihrem Wunsch gemäß Physik zu studieren. Die Freiheit, die ihr die Wende brachte, bezeichnete Merkel als die größte Überraschung ihres Lebens. Merkel wusste diese Freiheit für sich als „Motor auf dem Weg zur Macht“ einzusetzen<sup>559</sup>. Und sie wusste ihre Chancen zu nutzen. Von daher kann es nicht verwundern, wenn Angela Merkel die Frauen dazu auffordert, insbesondere sich selbst zu fragen, ob sie die sich ihnen bietenden Chancen ergriffen und auch immer konsequent genutzt haben<sup>560</sup>. Über sich selbst schreibt Merkel, sie habe die ihr gebotenen Chancen genutzt, sei dabei mehrfach ins kalte Wasser gesprungen und habe sich nicht gescheut, schwierige Aufgaben zu übernehmen<sup>561</sup>.

Angela Merkel ist seit 1998 in zweiter Ehe mit dem Professor Joachim Sauer verheiratet und hat keine Kinder. Anders als ihre Vorgänger im Amt des Bundeskanzlers, tritt Merkel meist ohne Partner an der Seite auf. Sei es auf Staatsbesuchen im Ausland, Parteitag oder Wahlkampfauftritten, ist Merkel in der Regel ohne Joachim Sauer zu sehen. Vom „unsichtbaren Ehemann“ ist die Rede<sup>562</sup>, obgleich es die ein oder anderen Bilder gibt, auf denen Merkel und Sauer gemeinsam auf einem Staatsbesuch zu sehen sind oder die Sauer zeigen, wie er sich dem „Damenprogramm“ angeschlossen hat. Wie auch Heide Simonis, ist Angela Merkel mit einem anerkannten Wissenschaftler verheiratet, für den der eigene Beruf ganz im Vordergrund steht. Das Privatleben der Eheleute Merkel/Sauer – kann man wohl sagen – ist für

---

<sup>557</sup> Jaqueline Boysen: „Angela Merkel ist Deutschlands erste Kanzlerin. Das war so nicht vorgesehen“ im Magazin Zeit, Geschichte „Die Frauen und die Macht“, S. 54 (56).

<sup>558</sup> ebenda.

<sup>559</sup> ebenda.

<sup>560</sup> Angela Merkel: „Mut haben – Chancen ergreifen“ in: „Mut zur Macht in Frauenhand“, herausgegeben von Rita Süßmuth, Verlag Busse Seewald GmbH, Herford, 2001, S. 363 (366).

<sup>561</sup> ebenda.

<sup>562</sup> Vgl. Jaqueline Boysen: „Angela Merkel ist Deutschlands erste Kanzlerin. Das war so nicht vorgesehen“ im Magazin Zeit, Geschichte „Die Frauen und die Macht“, S. 54 (56).

die Öffentlichkeit „tabu“ und damit hat sie sich scheinbar auch abgefunden. Anders als beispielsweise in den USA wird das Privatleben von Spitzenpolitikern/innen in Deutschland in so weit respektiert, dass sich die bunte Blätterwelt eher auf die mehr oder weniger Prominenten aus Film und Fernsehen konzentriert und „Politik-Prominenz“ weitgehend in Ruhe lässt<sup>563</sup>.

## **10. Frauen im Regierungsamt im internationalen Vergleich**

Mit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin im Jahr 2005 sind die Staats- bzw. Regierungschefinnen stärker in den Blick genommen worden, die nun nicht mehr Ausnahmefrauen zu sein scheinen<sup>564</sup>. Amtierende Staatschefinnen sind die Präsidentinnen von Argentinien, Brasilien, Südkorea, Liberia und Malawi (Stand März 2013). Regierungschefinnen amtieren neben Kanzlerin Angela Merkel in Dänemark, Island, Australien und Thailand.

Die Vorsitzende der dänischen Sozialdemokraten Helle Thorning-Schmidt ist seit dem 3. Oktober 2011 als erste Frau Ministerpräsidentin Dänemarks. Die 1966 geborene Thorning-Schmidt ist verheiratet und Mutter zweier Töchter. Als erste isländische Premierministerin leitete Jóhanna Siguroardóttir von Februar 2009 bis Mai 2013 die Politik in der etwa 320.000 Einwohner zählenden Republik Island. Erwähnenswert ist, dass die zunächst verheiratete Siguroardóttir im Jahr 2002 eine eingetragene Partnerschaft mit ihrer Lebensgefährtin einging und damit die erste Regierungschefin eines Landes war, die ihre Homosexualität offen zeigt. Seit dem 20. März 2013 hat mit Alenka Bratušek auch in Slowenien zum ersten Mal eine Frau das Ministerpräsidentenamt inne. Zusammen mit Kanzlerin Angela Merkel sind sie die derzeit einzigen Regierungschefinnen Europas. Damit stehen allerdings mehr Frauen gleichzeitig an der Spitze der Regierung ihres Landes als je zuvor in Europa. Zwischen 1979 und 1990 war es die damalige Premierministerin des Vereinigten Königreichs, Margaret Thatcher, die für das „Gruppenbild mit Dame“ sorgte. Seit 2005 war es meist Angela Merkel, die in den Männerreihen die Ausnahme darstellte.

Die Argentinierin Cristina Fernandez de Kirchner, die Senatorin für die Provinz Buenos Aires war, wurde am 28. Oktober 2007 zur Nachfolgerin ihres Ehemanns Néstor Kirchner zur Präsidentin Argentiniens gewählt und im Oktober 2011 in ihrem Amt bestätigt. Gemeinsam mit ihrem verstorbenen Mann und Amtsvorgänger Néstor Kirchner hat sie zwei Kinder. Die

---

<sup>563</sup> Vgl. weitere Ausführungen hierzu unter VII. 3. „Spitzenpolitiker/innen und die Medien“.

<sup>564</sup> Vgl. bspw. Eva Flicker: „Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien“ in Medien – Politik – Geschlecht: feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung, von Johanna Doer (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden 2008, S. 124 ff. (S. 134) unter Bezugnahme auf Alice Schwarzer in „Die Antwort“, Kiepenheuer & Witsch, Köln 2007.

Nachfolgerin des langjährigen Staatschefs Brasiliens, Lula da Silva, ist Dilma Rousseff, die das Amt der Präsidentin Brasiliens seit dem 1. Januar 2011 ausübt. Die von ihrem zweiten Ehemann geschiedene Rousseff ist Jahrgang 1947 und hat eine erwachsene Tochter. Erste Staatschefin in Lateinamerika war Isabel Perón. Sie war die dritte Ehefrau von Juan Domingo Perón, 1946 bis 1950 Präsident von Argentinien. Aus dem Exil zurückgekehrt, wurde er 1973 wieder zum Präsidenten Argentiniens gewählt, seine Frau Isabel machte er zur Vizepräsidentin und als er 1974 starb, wurde sie Präsidentin. 1967 wurde sie bei einem Militärputsch abgesetzt. Fast vierzig Jahre später, im März 2006, wurde Verónica Michelle Bachelet zur Präsidentin Chiles gewählt. Als Tochter des Luftwaffengenerals Alberto Bachelet, der am chilenischen Militärputsch 1973 nicht teilnahm und deshalb gefangengenommen und gefoltert wurde, stand sie schon früh in Opposition zum Militärregime. Sie schloss sich der Sozialistischen Partei an und wurde 2002 erste Verteidigungsministerin Chiles.

Als jüngste Schwester des im Exil lebenden ehemaligen thailändischen Premierministers Thaksin Shinawatra ist die im Jahr 1967 geborene Yingluck Shinawatra die erste Regierungschefin Thailands. Seit August 2011 hat sie das Amt der Premierministerin Thailands inne. Shinawatre hat gemeinsam mit ihrem Lebensgefährten einen Sohn. In Südkorea regiert seit Februar 2013 Park Geun-hye, die Tochter des Diktators Park Chung-hee, der von 1963 bis 1979 über Südkorea herrschte. Die ehemalige Vorsitzende der konservativen Saenuri-Partei wurde im Dezember zur Präsidentin Südkoreas gewählt. Park Geun-hye ist ledig und kinderlos. Zu den amtierenden Regierungschefinnen (Stand: März 2013) zählt außerdem die 1961 in Wales/Vereinigtes Königreich geborene Julia Gillard. Sie ist seit Juni 2010 die Premierministerin Australiens. Die Rechtsanwältin lebt seit 1966 in Australien und ist, wie auch Angela Merkel und Park Geun-hye, kinderlos.

Auch in Afrika sind Frauen in die Position der Staats- und Regierungschefin gewählt worden. So regiert in Liberia seit Januar 2006 Ellen Johnson Sirleaf. Nach der Verfassung von Liberia ist sie damit zugleich Staatsoberhaupt, Regierungschefin und Oberbefehlshaberin der liberianischen Streitkräfte. Bei der Wahl im Jahr 2011 wurde Sirleaf im Amt bestätigt. In Malawi erlangte mit Joyce Banda, Jahrgang 1950 und Mutter von fünf Kindern, im April 2012 eine weitere Frau das Amt der Regierungschefin. Nach dem Tod des Präsidenten Bingu wa Mutharika wurde die bisherige Vizepräsidentin Banda als neues Staatsoberhaupt vereidigt.

Bezogen auf Europa ist Finnland hervorzuheben, da hier bereits von April bis Juni 2003 Anneli Jäätteenmäki als Ministerpräsidentin erste Regierungschefin Finnlands gewesen war, bevor die 1968 geborene Mari Johanna Kiviniemi als zweite Frau von Juni 2010 bis Juni 2011 das Amt der finnischen Ministerpräsidentin ausübte. Während dieser Zeit war die 1943

geborene Juristin Tarja Halonen Präsidentin Finnlands. Ganze zehn Jahre lang, von März 2000 bis März 2012 war sie als erste Frau im Amt des Staatsoberhauptes von Finnland. Im Jahr 2006 war Halonen für eine zweite Amtszeit wiedergewählt worden.

Aber nicht nur in Europa sind mittlerweile eine Reihe von Staatschefinnen zu finden. Wie bereits erwähnt, werden in Lateinamerika mit Brasilien und Argentinien große und einflussreiche Länder von Frauen angeführt. In Israel war Golda Meir, nachdem sie von 1956 bis 1965 Außenministerin Israels gewesen war, von 1969 bis 1974 Ministerpräsidentin. In Indien regierte Indira Gandhi, Tochter des ersten Ministerpräsidenten Indiens, Jawaharlal Nehru, von 1966 bis 1977 und von 1980 bis zu ihrem Tod im Oktober 1984. Indira Gandhi war einem Attentat zum Opfer gefallen. Einer ihrer beiden Söhne, Rajiv Gandhi, wurde neuer Regierungschef. Der mit Sonia Gandhi verheiratete Rajiv Gandhi wurde im Mai 1991 ermordet. Die Nehru-Gandhi-Familie gilt als die einflussreichste Politikerfamilie Indiens, in der die jeweiligen Nachkommen gezielt gefördert und für politische Ämter aufgebaut worden waren<sup>565</sup>. Von daher darf es wenig verwundern, dass auch Sonia Gandhi ihrem verstorbenen Ehemann in die Politik nachfolgte. Seit 1998 ist sie Präsidentin der Indischen Kongresspartei, die seit 2004 die Parlamentsmehrheit innehat. Sonia Gandhi verzichtete auf das Amt der Ministerpräsidentin. Im Juli 2007 wurde Pratibha Patil als erste Frau in das Präsidentenamt der Republik Indien gewählt. Nachdem sie auf eine erneute Kandidatur verzichtete, endete ihre Amtszeit im Juli 2012. Seitdem übt wieder ein Mann die Regierungsgeschäfte Indiens aus.

In Asien amtierten seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts ebenfalls einige Staats- und Regierungschefinnen. Neben Indien sind hier insbesondere Benazir Bhutto in Pakistan und Sirimavo Bandaranaike zu nennen, die in den Jahren 1960-1965, 1970-1977 und 1994-2000 das Amt der Premierministerin Ceylons bzw. des heutigen Sri Lankas innehatte. Sie war die erste Frau, die jemals in ein solches Regierungsamt gewählt wurde. Ihr Ehemann war der frühere Premierminister Salomon Bandaranaike, der 1959 einem Attentat zum Opfer fiel. Er und seine Frau hatten drei gemeinsame Kinder. Chandrika Kumaratunga, eine der beiden Töchter, war von 1994 bis 2005 Präsidentin Sri Lankas. Benazir Bhutto, die Tochter des ehemaligen Premierministers von Pakistan, Zulfikar Ali Bhutto, war von 1988 bis 1990 und von 1993 bis 1996 Premierministerin von Pakistan. Zu den Regierungschefinnen aus jüngerer Zeit zählen Tansu Çiller, Ministerpräsidentin der Türkei von 1993 bis 1996 sowie Gloria Macapagal-Arroyo, von der die Philippinen von Januar 2001 bis Juni 2010 regiert wurden.

Viele der genannten Regierungschefinnen folgten ihren Ehemännern bzw. Vätern im Amt des Staats- und Regierungschefs nach. Auffallend ist dies vor allem in Südamerika und Asi-

---

<sup>565</sup> Tariq Ali: „Die Nehrus und die Gandhis – Eine indische Dynastie“, Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen/München 2005, S. 175 ff. und 425 ff.



en. Nicht zu unterschätzen sind die in manchen Ländern noch fortbestehenden großen Einflussmöglichkeiten einer „politischen Klasse“, die sich aus einflussreichen Familienclans zusammensetzt. Als Beispiel für eine politisch einflussreiche „Familien-Dynastie“ wurde bereits die Nehru-Gandhi-Familie in Indien genannt. Ohne den Bekanntheitsgrad und das Ansehen ihrer verstorbenen Ehemänner und Familien bei großen Teilen der Bevölkerung wären einige der zuvor genannten Frauen wohl nicht zur Staats-/ oder Regierungschefin gewählt worden. Ohne ihren familiären Hintergrund wären diese Frauen mit großer Wahrscheinlichkeit weder in die aktive Politik gewechselt, noch hätten sie ohne ihren familiären Hintergrund – erst recht zum damaligen Zeitpunkt – eine reale Chance auf die Wahl in das Führungsamt ihres Landes gehabt. Isabel Perón, aber auch Sirimavo Bandaranaike und Indira Gandhi sollen mehr in ihre Ämter genötigt als berufen worden seien und hätten über kaum mehr als symbolische Macht verfügt<sup>566</sup>. Von einem „feudalen Muster in demokratischem Gewand“<sup>567</sup> ist in diesem Zusammenhang gar die Rede.

Dieses Phänomen ist in der westlich geprägten Welt nur in stark abgeschwächter Form anzutreffen. Jedoch können hier nicht nur die politische Prägung innerhalb der Familie eine Rolle spielen, sondern auch der Familienname bzw. die Nähe zum ehemaligen Amtsinhaber. Sie können eine politische Karriere begünstigen, indem sie den Einstieg in politische Strukturen erleichtern und den Aufstieg beschleunigen. In Deutschland zog es beispielsweise Ursula von der Leyen in die Politik. Die Tochter von Ernst Albrecht, dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Niedersachsen (von 1976 bis 1990), trat im Jahr 1990 der CDU bei und war ab 2003 Ministerin in Niedersachsen, bevor sie 2005 als Bundesfamilienministerin in das erste Merkel-Kabinett wechselte. Ein berühmtes Beispiel aus den USA ist die Familie Bush. George H. W. Bush war der 41. Präsident der Vereinigten Staaten. Zwei seiner Söhne zog es ebenfalls in die Politik. John Ellis Bush war von 1999 bis 2007 Gouverneur des Bundesstaates Florida. Der andere Sohn, George W. Bush, war der 43. Präsident der Vereinigten Staaten und regierte zwei Wahlperioden von 2001 bis 2009 die USA. Anders stellt sich die Situation bei der Familie Clinton dar. William Jefferson (Bill) Clinton war von 1993 bis 2001 der 42. Präsident der Vereinigten Staaten. Den Schritt aus der zweiten Reihe hat Hillary Clinton zwar erst nach dem Ausscheiden ihres Ehemannes aus der aktiven Politik vollzogen, jedoch war sie schon lange politisch aktiv gewesen. Erst im Jahr der auslaufenden zweiten Amtsperiode Bill Clintons als Präsident der USA, wurde Hillary Clinton von 2001 bis 2009 Senatorin für den Bundesstaat New York. Sie kandidierte für die Präsidentschaftswahl 2008 und wäre die erste Frau in diesem Amt geworden. In den Vorwahlen zur Präsidentschaftswahl unterlag sie jedoch ihrem innerparteilichen Konkurrenten Barack Obama. In dessen erster Amtszeit wurde sie Außenministerin der USA.

---

<sup>566</sup> „Die Macht der Frauen“, GEO, Ausgabe 9, September 2009, S. 110 ff. (S. 128 ff.).

<sup>567</sup> ebenda.

Auffallend ist, dass die meisten Staatschefinnen Kinder haben. Mit Ausnahme der australischen Premierministerin Julia Gillard, der isländischen Premierministerin Jóhanna Siguroardóttir und Bundeskanzlerin Angela Merkel sind die regierenden Frauen Mütter von meist mehreren Kindern. Die Anwärterin auf das Präsidentenamt Frankreichs, Ségolène Royal, die für die Sozialistische Partei Frankreichs (PS) für die Wahlen in 2007 antrat, hat vier Kinder, die ihre politische und berufliche Karriere nicht behindert haben. Die Franzosen seien fasziniert davon gewesen, mit welcher Leichtigkeit Ségolène Royal eine gute Mutter und erfolgreiche Politikerin zugleich war<sup>568</sup>. In Frankreich werden die Themen Familie, Werte und Kindererziehung, wie sie unter anderem der Kandidatin Ségolène Royal zugeschrieben wurden<sup>569</sup>, höher geschätzt als in Deutschland. Der Umstand, dass eine Mutter eine Karriere verfolgt, scheint in Frankreich, anders als in Deutschland, wenig ungewöhnlich oder diskussionswürdig zu sein.

Auch wenn es 2005 als vorzeigewürdig galt, dass die neue Bundesfamilienministerin im Kabinett Merkel, Ursula von der Leyen, siebenfache Mutter ist und schon von daher eine hohe Erfahrungskompetenz für das Amt mitbringt, so war genau dieser Umstand in der Öffentlichkeit aber auch umstritten. Die Frage, ob eine Mutter noch relativ kleiner Kinder ein politisches Spitzenamt übernehmen dürfe, das ihr wenig Zeit für die Familie lässt, wurde häufig thematisiert. Nachdem die neue Bundesfamilienministerin anfangs mit der Veröffentlichung von Bildern und „Homestories“ ihrer Familie einverstanden war, entschied sie sich schon bald, diese ganz aus der Öffentlichkeit herauszuhalten, da ein Imagegewinn damit für sie und ihre Politik offenbar nicht verbunden werden konnte<sup>570</sup>.

Auch die in der Vergangenheit regierenden Frauen, waren meist Mütter. Die im Alter von 54 Jahren im Dezember 2007 in einem Attentat ermordete Benazir Bhutto hatte drei Kinder. Die ehemalige Regierungschefin der Republik der Philippinen, die 1947 geborene Gloria Macapagal-Arroyo ist verheiratet und hat ebenfalls drei Kinder. Sonia Gandhi hat gemeinsam mit ihrem ermordeten Ehemann, dem ehemaligen indischen Premierministers Rajiv Gandhi, zwei Kinder. Die 1946 geborene Tansu Çiller ist verheiratet und hat auch zwei Kinder. Auch die über zehn Jahre das Vereinigte Königreich regierende Chefin der Konservativen Partei, Margaret Thatcher, war Mutter zweier Kinder. Thatcher soll gesagt haben, im Vergleich zu den Herausforderungen für Mütter, die nachts raus müssen zu ihren Kindern, sei Politik ein Klacks<sup>571</sup>. Margaret Thatcher sei es als erster Frau gelungen, den in der Politik herrschenden

---

<sup>568</sup> „Frankreich-Info“ des Bureau de Paris der Friedrich-Ebert-Stiftung: „Das Phänomen Ségolène Royal“ von Türkan Karakurt, März 2006.

<sup>569</sup> ebenda.

<sup>570</sup> Vgl. VII. 4. „Öffentliche Wahrnehmung des Familienlebens von Politikern/innen“

<sup>571</sup> „Die Macht der Frauen“, GEO, Ausgabe 9, September 2009, S. 110 ff. (S. 131).

Bann des Establishments zu brechen. Dabei habe sie ihr Geschlecht nicht überspielt, sondern es ausgespielt<sup>572</sup>. Thatcher habe die Chancen von Frauen in der Demokratie verbessert, da sie als Inhaberinnen delegierter Macht überhaupt erst vorstellbar geworden seien. Allerdings war es nie Thatchers Ziel, zugleich die Chancen anderer Frauen verbessern zu wollen. Mit Ausnahme von zwei Jahren ihrer elfjährigen Regierungszeit habe sie keine andere Frau an ihrer Seite bzw. in ihrem Kabinett geduldet<sup>573</sup>. Einer von vielerlei Gründen dafür, dass die Zahl der Staats- und Regierungschefinnen in der Vergangenheit überschaubar war und es erst allmählich einen Zuwachs zu verzeichnen gibt, ist sicherlich auch darin zu finden, dass Frauen in Machtpositionen in der Vergangenheit eher selten andere Frauen gefördert haben.

---

<sup>572</sup> „Die Macht der Frauen“, GEO, Ausgabe 9, September 2009, S. 110 ff. (S. 130 f.).

<sup>573</sup> ebenda, S. 110 ff. (S. 133).

## **VI. Auswertung der Ergebnisse der Befragung der Bundestagsabgeordneten**

### **1. Auswertung der Vorfagen**

#### **1.1. Beteiligung von Frauen und Männern**

Die Fragebögen<sup>574</sup>, die an alle (damaligen) 614 Bundestagsabgeordneten<sup>575</sup> versandt wurden, sind von 254 Parlamentariern/innen (41,4 Prozent aller MdB), darunter 158 Männer (62,2 Prozent) und 96 Frauen (37,8 Prozent) beantwortet worden. Da das Verhältnis von weiblichen und männlichen Bundestagsabgeordneten in der 16. Legislaturperiode (Stand 2006) bei 420 Männern (68,4 Prozent) und 194 Frauen (31,6 Prozent) liegt, haben damit prozentual gesehen mehr Frauen als Männer den Fragebogen beantwortet<sup>576</sup>.

#### **1.2. Alter der Teilnehmenden an der Befragung**

229 Abgeordnete haben Angaben zu ihrem Alter gemacht und ihren Geburtsjahrgang genannt. Von den Männern gaben 151 ihr Geburtsjahr an (96 Prozent aller 158 männlichen Abgeordneten) und von den Frauen 78 (81 Prozent aller weiblichen Abgeordneten). Die 78 Frauen sind im Durchschnitt 47 Jahre alt. Die 151 Männer sind durchschnittlich 49 Jahre alt. Der Gesamtdurchschnitt liegt bei 48 Jahren.

Auf die Angaben aller 229 Abgeordneten bezogen fällt auf, dass die Jahrgänge zwischen 1952 und 1947 besonders stark vertreten sind. Der am häufigsten vertretene Jahrgang ist 1949 (13 Abgeordnete sind demzufolge bei Durchführung der Befragung im Mai/Juni 2006 im Alter von 57 Jahren oder werden im Laufe des Jahres 2006 noch 57 Jahre alt werden. Ebenfalls häufig vertretene Jahrgänge mit jeweils zwölf Nennungen sind 1959 (Alter: 47 Jahre), 1956 (Alter: 50 Jahre) und 1947 (Alter: 59 Jahre). Der stärkste Jahrgang der jüngeren Generation ist mit neun Nennungen der Jahrgang 1975 (Alter im Jahr 2006: 31 Jahre).

---

<sup>574</sup> Der vierseitige Fragebogen ist im Anhang zu finden.

<sup>575</sup> Nach dem Ausscheiden zweier Abgeordneter, deren Mandate nicht wiederbesetzt wurden, liegt die Zahl der Abgeordneten im Verlauf der 16. Wahlperiode (2005 – 2009) nur noch bei 612 Abgeordneten. Die Befragung fand im Mai 2006 statt.

<sup>576</sup> Gemessen an der Zahl der im Parlament vertretenen Frauen haben sich an der Umfrage rund 6% mehr Frauen beteiligt.

### 1.3. Angaben zu Ausbildung und Beruf

Zunächst sei hier auf obige Ausführungen zur Frage verwiesen, inwieweit von einem Selbstverständnis der Bundestagsabgeordneten als Berufspolitiker ausgegangen werden kann<sup>577</sup>. Gerade von den Bundestagsabgeordneten, die auch in einem hohen Maße Zeit in ihre Tätigkeit investieren, wird dies – auch unter dem Aspekt der „Beruflichkeit“ der Politik – überwiegend bejaht<sup>578</sup>.

Auf die Frage nach der Ausbildung bzw. dem erlernten Beruf<sup>579</sup> antworten 240 Abgeordnete. Je sieben Frauen und sieben Männer geben hier keine Antwort. Die darauf folgende Frage nach der „ausgeübten Tätigkeit vor dem Mandat“<sup>580</sup> beantworten insgesamt 243 Abgeordnete. Sieben Frauen und vier Männer machen hier keine Angaben.

Auffallend ist, dass oftmals bereits bei der ersten Frage nach der Ausbildung eine Berufsbezeichnung gewählt wurde wie „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ oder „Angestellter“. Die von den Abgeordneten absolvierten Ausbildungsberufe oder studierten Fachrichtungen lassen sich insofern nur in stark eingeschränkter Form darstellen.

#### 1.3.1. Ausbildung / erlernte Berufe der Abgeordneten

Bei den Antworten zur „Ausbildung“ liegt in der Spitzenposition die Berufsbezeichnung „Jurist“ mit 36 Nennungen (14,2 Prozent) bezogen auf alle 254 Abgeordneten. Darauf folgen mit 20 Nennungen (7,9 Prozent) der „Beamte“ und der „Pädagoge“ mit 19 Nennungen (7,5 Prozent). Relativ häufig ist auch die Angabe „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ mit 15 Nennungen (5,9 Prozent), obgleich verwundert, dass hier von den Abgeordneten nicht die Bezeichnung die studierte Fachrichtung bzw. der Abschluss genannt wird.

---

<sup>577</sup> Vgl. V. 4.1. „Zugehörigkeit zur „Politischen Klasse““ und 4.2. „„Politische Elite“ und Einordnung des Berufspolitikers“.

<sup>578</sup> Vgl. hierzu Ergebnisse zu „Politik als Beruf“ der „Zweiten Deutschen Abgeordnetenbefragung 2007“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3 („Delegationseliten nach dem Systemumbruch“).

<sup>579</sup> Das Statistische Bundesamt definiert Beruf als die „auf Erwerb gerichtete, charakteristische Kenntnisse und Fertigkeiten sowie Erfahrungen erfordernde und in einer typischen Kombination zusammenfließende Arbeitsverrichtungen, durch die der Einzelne an der Leistung der Gesamtheit im Rahmen der Volkswirtschaft mitschafft.“ Klassifizierung der Berufe. Personensystematik; systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbezeichnungen. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt. Stuttgart 1992. S. 15.

<sup>580</sup> Die Analyse der „erlernten“ und „ausgeübten“ Berufe der Abgeordneten gehört zum Standardrepertoire der „Parlamentssoziologie“. Die Methode der Berufsanalyse steht allgemein im wissenschaftlichen Zusammenhang mit der Erforschung von Herkunft, Rekrutierung, Karrierisierung, Verberuflichung und Professionalisierung gesellschaftlicher und politischer Führungsgruppen/Eliten bzw. der „politischen Klasse“.

Keine Angaben zum Beruf haben 14 Abgeordnete gemacht (5,5 Prozent) und zwar jeweils sieben Frauen und sieben Männer. Während sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern „Jurist“ am häufigsten genannt wurde, so rangiert bei den Frauen auf Platz zwei „Pädagogin“, während bei den Männern „Beamter“ Platz zwei einnimmt, gefolgt vom „Pädagogen“. Auffallend ist, dass bei den Frauen mit jeweils fünf Nennungen sich folgende Berufsangaben den dritten Platz teilen: „Sozialpädagogin/Sozialarbeiterin“, „Beamtin“, „Angestellte“ und „MdL“ bzw. Mitglied eines Landesparlaments (jeweils 6,5 Prozent. Zum Vergleich: „Juristin“ 10 Prozent und „Pädagogin“ 7 Prozent). Von den Männern gaben zwei Abgeordnete an, sie wären vor Eintritt in den Bundestag Student gewesen (1,6 Prozent). Von den Frauen waren dies vier (4,5 Prozent). Eine Frau schreibt, sie wäre „Hausfrau“ gewesen.

Von den Frauen war eine zuvor Bürgermeisterin. Von den Männern waren sogar sieben zuvor Bürgermeister (4,6 Prozent). „MdL“ gewesen zu sein geben vier von ihnen an (2,6 Prozent – zum Vergleich: 5,6 Prozent bei den Frauen). „Bürgermeister“, „Geschäftsführer“ und „Ingenieur“ liegen mit jeweils sieben Nennungen bei den Männern gleich auf (jeweils 4,6 Prozent). Mehrfach genannt wurden nach Jurist, Beamter und Pädagoge lediglich die Berufsbezeichnungen „Kaufmann“ und „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ mit je zehn Nennungen (6,6 Prozent). Zum Vergleich: Bei den Frauen mit jeweils vier Nennungen folgten auf die „Top 5-Berufe“ neben „Studentin“, „Ingenieurin“, „wissenschaftliche Mitarbeiterin“, „Geschäftsführerin“ und „Gewerkschafterin“ mit je vier Nennungen (jeweils 4,5 Prozent). „Gewerkschafter“ als für einen Einstieg in höhere politische Ämter recht typischer Beruf waren von den Männern zuvor drei (2 Prozent). Häufiger genannt wurden allerdings „Hochschullehrer“, „MdL“ und „Journalist“ (fünf und vier Nennungen).

Nach den offiziellen Angaben des Deutschen Bundestages sind die am häufigsten vertretenen (Ausbildungs-) Berufe bezogen auf alle 614 Abgeordnete die Folgenden: Jurist/in 143 (23,3 Prozent), Gymnasiallehrer/in 34 (5,5 Prozent), Politologe/in 28 (4,6 Prozent), Diplom-Volkswirt/in mit 26 (4,2 Prozent), Ingenieur/in 20 (3,3 Prozent) und Verwaltungsfachleute im gehobenen Dienst 19 (3,1 Prozent)<sup>581</sup>. Auffällig ist, dass lediglich der Ausbildungsberuf des/der Juristen/in überproportional häufig vorkommt. Im Vergleich zu den Angaben der Teilnehmer/innen der Befragung sind nach offiziellen Angabe auf alle 614 Abgeordnete bezogen mit 23,3 Prozent deutlich mehr Abgeordnete Juristen/innen als unter den Befragungsteilnehmer/innen (14,2 Prozent). Unter den Abgeordneten, die sich als Beamte/innen bezeichnen, sind darüber hinaus etliche Juristen/innen zu vermuten, ebenso wie wohl auch unter den wissenschaftlichen Mitarbeitern/innen oder Angestellten.

---

<sup>581</sup> Bundestags-Berufsstatistik zur 16. Wahlperiode (vom 18.10.2005) über „Grundberufe“ auf [www.bundestag.de/mdb/statistik](http://www.bundestag.de/mdb/statistik), S. 18.

Die am häufigsten vertretenen Berufsklassen gemessen an den „Vorberufen“ sind nach den offiziellen Angaben des Deutschen Bundestages Folgende: Partei-, Gewerkschafts-, Verbandssekretäre/innen und -funktionäre 91 (14,8 Prozent), Rechtsanwälte 47 (7,7 Prozent), Kommunale Wahlbeamte/innen 36 (5,9 Prozent), Verwaltungsfachleute (höherer Dienst), allgemein 36 (5,9 Prozent), wissenschaftliche Mitarbeiter/in 25 (4,1 Prozent), Präsidenten/innen, Minister/innen, Senatoren/innen 17 (2,8 Prozent) sowie Geschäftsführer/innen oder Betriebsleiter/innen 16 (2,6 Prozent)<sup>582</sup>.

### 1.3.2. Vor dem Mandat ausgeübte Tätigkeit

Diese Angaben lassen sich mit den Angaben der Abgeordneten zur zweiten Frage vergleichen. Hier wurde nach der ausgeübten Tätigkeit vor dem Mandat gefragt. Mit einer Anzahl von 24 geben 9,9 Prozent der Abgeordneten an, als Rechtsanwalt/Rechtsanwältin gearbeitet zu haben. Gewerkschaftsmitarbeiter/innen sind zu 2,9 Prozent vertreten. Allerdings finden sich keine Angaben zu Partei- oder Verbandsmitarbeitern/innen oder –funktionären/innen. Auch Präsidenten/innen, Minister/innen oder Senatoren/innen sind nicht vertreten bzw. finden sich solche Angaben nicht unter den Antworten der Befragungsteilnehmer/innen. Einige Abgeordnete geben jedoch an, zuvor als MdL (6,1 Prozent) oder Bürgermeister/in (2,9 Prozent) gearbeitet zu haben.

Folgende Zuteilung der Berufsgruppen gibt einen Überblick über die Tätigkeiten der Abgeordneten vor der Übernahme des Bundestagsmandats:

<b>Ausgeübte Tätigkeit</b>	<b>Abgeordnete</b>	<b>Anzahl</b>	<b>Prozent</b>
<b>Rechtsanwalt/in</b>	<b>gesamt</b>	<b>24</b>	<b>9,9%</b>
	Frauen	6	6,7%
	Männer	18	11,6%
<b>Lehrer/in</b>	<b>gesamt</b>	<b>18</b>	<b>7,4%</b>
	Frauen	7	7,9%
	Männer	11	7,1%
<b>Beamte</b>	<b>gesamt</b>	<b>16</b>	<b>6,6%</b>
	Frauen	4	4,5%
	Männer	12	7,8%
<b>MdL</b>	<b>gesamt</b>	<b>15</b>	<b>6,1%</b>
	Frauen	10	11,2%

<sup>582</sup> Bundestags-Berufsstatistik zur 16. Wahlperiode (vom 18.10.2005) über „Vorberufe“ auf <http://www.bundestag.de/mdb/statistik>, S. 23.

	Männer	5	3,2%
<b>Wissenschaftliche/r</b>	<b>gesamt</b>	<b>12</b>	<b>4,9%</b>
- Angestellter/Mitarbeiter/Referent	Frauen	3	3,4%
	Männer	9	5,8%
<b>Angestellte</b>	<b>gesamt</b>	<b>11</b>	<b>4,5%</b>
	Frauen	5	5,6%
	Männer	6	3,9%
<b>Geschäftsführer/in</b>	<b>gesamt</b>	<b>9</b>	<b>3,7%</b>
	Frauen	4	4,5%
	Männer	5	3,2%
<b>Gewerkschaftsmitarbeiter/in</b>	<b>gesamt</b>	<b>7</b>	<b>2,9%</b>
	Frauen	4	4,5%
	Männer	3	1,9%
<b>Kaufmann/frau</b>	<b>gesamt</b>	<b>7</b>	<b>2,9%</b>
	Frauen	1	1,1%
	Männer	6	3,9%
<b>Bürgermeister/in</b>	<b>gesamt</b>	<b>7</b>	<b>2,9%</b>
	Frauen	1	1,1%
	Männer	6	3,9%
<b>Dipl. Ing.</b>	<b>gesamt</b>	<b>7</b>	<b>2,9%</b>
	Frauen	4	4,5%
	Männer	3	1,9%
<b>Keine Angaben</b>	<b>gesamt</b>	<b>11</b>	<b>4,3%</b>
	Frauen	7	7,9%
	Männer	4	2,5%
<b>Verwertete Angabe</b>	<b>gesamt</b>	<b>243</b>	<b>95,6%</b>
	Frauen	89	92,7%
	Männer	154	97,4%

Tabelle 7

#### 1.4. Personenstand

Die Teilnehmer/innen der Befragung sind überwiegend verheiratet. Ihren Angaben zufolge sind 176 Abgeordnete (70 Prozent) verheiratet. In einer Partnerschaft befinden sich 21 Frauen und Männer (8,5 Prozent). Ledig sind 28 (11 Prozent). Geschieden oder getrennt lebend sind 27 Abgeordnete (10,5 Prozent)<sup>583</sup>. Zwei Frauen machen hier keine Angabe über ihren Personenstand.

<sup>583</sup> Auf die Abfrage nach „Verwitweten“ wurde aus Platzgründen verzichtet.



Bei einem Vergleich zwischen den Männern und Frauen lässt sich Folgendes feststellen: Die Frauen unter den Abgeordneten sind doppelt so häufig ledig wie ihre männlichen Kollegen (16,5 Prozent zu 8 Prozent). Dafür leben fast doppelt so viele Frauen in einer Partnerschaft ohne Trauschein wie Männer (12 Prozent zu 6,5 Prozent). Die Männer sind zu 30 Prozent häufiger verheiratet als die Frauen, und zwar im Verhältnis 51 Prozent zu 81 Prozent. Während also über Dreiviertel der Männer verheiratet sind, sind es bei den Frauen nur rund die Hälfte. Geschieden oder getrennt lebend sind mit 20,5 Prozent weit aus mehr Frauen als Männer, die dies den Angaben zufolge nur zu einem Anteil von 4,5 Prozent sind.

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent	Bundestag (Männer und Frauen) <sup>584</sup>	Prozent
<b>Ledig</b>	15	16,5%	13	8%	72	14%
<b>verheiratet</b>	48	51%	128	81%	410	78,5%
<b>in Partnerschaft</b>	11	12%	10	6,5%	13	2,5%
<b>geschieden/getrennt<sup>585</sup></b>	20	20,5%	7	4,5%	27	5%
<b>verwertete Antworten</b>	94	100%	158	100%	522	100%
<b>keine Angaben</b>	2				92	
<b>gesamt</b>	96				614	

Tabelle 8

Ein Vergleich der Angaben der Teilnehmer/innen der Befragung mit den offiziellen Angaben des Bundestags bezogen auf alle 614 Abgeordnete zeigt, dass der Anteil der Verheirateten mit 8,5 Prozent (78,5 Prozent zu 70 Prozent) höher liegt als der Durchschnitt der Frauen und Männer, die an der Befragung teilgenommen haben. In einer Partnerschaft befinden sich hingegen mit im Durchschnitt 8,5 Prozent der Frauen und Männer auch 6 Prozent mehr Befragungsteilnehmer/innen als jene 2,5 Prozent der Gesamtzahl der Abgeordneten. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Bundestagsverwaltung bei ihrer Erhebung auf die „Lebensgemeinschaft“ abstellt und diese nicht ohne weiteres mit der Abfrage „in Partnerschaft“ zu vergleichen ist, da die Lebensgemeinschaft enger gefasst ist und damit in der Regel nur die auf Dauer angelegten Partnerschaften homosexueller Paare gemeint sind.

Die Anzahl derjenigen, die bei der Befragung angegeben haben geschieden oder getrennt lebend zu sein, liegt mit 10,5 Prozent etwa doppelt so hoch wie auf alle Bundestagsabgeord-

<sup>584</sup> Offizielle Angaben auf [www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/familienstand.html](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/familienstand.html), Stand: September 2006

<sup>585</sup> Bei den offiziellen Angaben des Deutschen Bundestags wurde unterteilt in „getrennt lebend“ (4), „verwitwet“ (2) und „geschieden“ (21). Dies ergibt zusammen 27 geschieden oder getrennt Lebende (siehe Tabelle 2).

nete bezogen (5 Prozent). Als „ledig“ bezeichnen sich 11 Prozent der Befragungsteilnehmer/innen und 14 Prozent aller Abgeordneten laut Bundestagsstatistik. Einige Befragungsteilnehmer/innen könnten anstelle von ledig die Antwortmöglichkeit „in Partnerschaft“ gewählt haben. Da sich die Abweichungen bei allen Angaben zum Personenstand in einem Rahmen von jeweils unter 10 Prozent bewegen, ist eine weitergehende Interpretation nicht angezeigt.

## 1.5. Kinderzahl

### 1.5.1. Allgemeine Ergebnisse

Die Kinderzahl der 254 Abgeordneten, die geantwortet haben, liegt im Durchschnitt bei 1,67 Kindern je Abgeordneten und damit um 0,16 höher als im Schnitt der Kinderzahl der 614 Abgeordneten des Deutschen Bundestags im Jahr 2006<sup>586</sup>: 409 von 614 Abgeordneten haben insgesamt 929 Kinder, im Durchschnitt sind das 1,51 Kinder. Diese Differenz deutet darauf hin, dass prozentual gesehen mehr Eltern als Kinderlose den Fragebogen beantwortet haben<sup>587</sup>.

Zum Vergleich: in der 15. Wahlperiode hatten die damals 603 Abgeordneten des Deutschen Bundestages 957 Kinder und damit im Durchschnitt 1,59 Kinder<sup>588</sup>. In der 16. Wahlperiode hatten die 614 Abgeordneten im Vergleichszeitraum im Durchschnitt 1,51 Kinder. In der 17. Wahlperiode haben die 622 Abgeordneten im Durchschnitt 1,46 Kinder<sup>589</sup>. Verglichen werden hier jeweils Zeiträume etwa ein Jahr nach Beginn der jeweiligen Legislaturperiode: Juli 2003, September 2006 und August 2010. Dies ist nicht ganz ohne Bedeutung, da die Zahl der Kinder der Abgeordneten im Laufe einer Legislaturperiode ansteigt um die Zahl der Kinder derjenigen zumeist jüngeren Bundestagsabgeordneten, die während der Legislaturperiode Kinder bekommen.

Im Vergleich zu 2006 gab es bis 2008 nicht nur einen Zuwachs bei den Geschwisterkindern, sondern die Anzahl der Kinderlosen verringerte sich von 205 auf 193, mit einem Zwischenstand von 197 im Juli 2007. Während 2006 noch 33,4 Prozent der Abgeordneten kinderlos waren, sind es in 2008 noch 31,5 Prozent. Innerhalb von etwa zwei Jahren sind zwölf Abge-

---

<sup>586</sup> Ermittelt anhand der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“, S. 294: Familienstand, Kinder, 16. Wahlperiode, Ausgabe 2/Sep. 2006.

<sup>587</sup> Da sich die Abweichung auf 0,16 beschränkt, ist sie als für die Repräsentativität der Umfrageergebnisse tolerable Abweichung einzustufen.

<sup>588</sup> Ermittelt anhand der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“, 15. WP, 97. Auflage, Stand Juli 2003, Seite 286/287.

<sup>589</sup> ebenda (15. WP.) sowie „Kürschners Volkshandbuch“, 16. Wahlperiode, 104. Auflage, Stand Sep. 2006, Seite 294: „Familienstand“ und anhand [www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_zahlen/familienstand.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/familienstand.html) (Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode, Ausgabe 2).

ordnete erstmals Vater bzw. Mutter geworden, darunter Grietje Staffelt (geb. Bettin) und Marco Mühlstein. Zu den Abgeordneten, die im Laufe der 16. Legislatur erste und weitere Geschwisterkinder bekommen haben, zählen Dirk Becker, Alexander Bonde, Nina Hauer, Carsten Schneider, Anton Schaaf und Kai Wegener.

In der 16. Wahlperiode sind zwischen September 2006 und Februar 2008 insgesamt 23 Kinder hinzugekommen. Im September 2006 hatten 409 von 614 Abgeordneten 929 Kinder<sup>590</sup> (im Durchschnitt 2,27 Kinder). Alle Abgeordneten hatten im Durchschnitt 1,51 Kinder. Im Juli 2007 haben 415 der 613 Abgeordneten insgesamt 944 Kinder<sup>591</sup>. Der Durchschnitt auf alle Abgeordneten bezogen erhöhte sich auf 1,54 Kinder. Im Februar 2008 haben 419 der 612 Abgeordneten insgesamt 952 Kinder<sup>592</sup> (im Durchschnitt aller Abgeordneten 1,56 Kinder). Damit ist innerhalb der Legislaturperiode ein Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl aller Abgeordneten um 0,05 zu verzeichnen.

Auffallend ist auch, dass sich die Zahl der Kinder, die alle Abgeordneten in den letzten drei Wahlperioden gehabt haben, verringert hat, vergleicht man die Zahlen etwa ein Jahr nach Beginn der Wahlperioden (zwischen Juli 2003 und 2010 um 0,13 Kinder im Durchschnitt). Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass zunehmend junge Abgeordnete ins Parlament einziehen, die noch keine Kinder haben und die Anzahl der (älteren) Männer, die bereits viele Kinder haben, sinkt<sup>593</sup>.

In der 15. Wahlperiode (2002 – 2005) haben die Bundestagsabgeordneten 1,59 Kinder<sup>594</sup>. Zu Beginn der 16. WP (Zahlen aus September 2006) sind es nur noch 1,51 Kinder<sup>595</sup>. Aber im Februar 2008 ist ein Zuwachs um 0,05 Kinder auf 1,56 Kinder im Durchschnitt zu verzeichnen. In der 17. Wahlperiode (2009 – 2013) hatten im Juni 2010<sup>596</sup> alle Abgeordneten im Durchschnitt 1,46 Kinder. Im Juni 2011 waren es bereits 1,47 Kinder und im Juni 2012 1,53 Kinder<sup>597</sup>.

Der Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl lag in diesem Zeitraum bei 0,07 Kindern. Dieser rasante Anstieg ist bemerkenswert und lässt sich nicht allein darauf zurückführen, dass

---

<sup>590</sup> Ermittelt anhand der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“, 16. Wahlperiode, Ausgabe 2/Sep. 2006, S. 294; „Familienstand“ und [www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/familienstand](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/familienstand), Stand: Februar 2008.

<sup>591</sup> Ermittelt anhand der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“, 16. Wahlperiode, Ausgabe 3/Juli 2007 – Auswertung aller Biografien, S. 59 ff.

<sup>592</sup> [www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_zahlen/familienstand.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/familienstand.html) (Kürschners Volkshandbuch 17. Wahlperiode, 2. Auflage) und [www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/familienstand](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/familienstand), Stand: Februar 2008.

<sup>593</sup> Vergleiche unter nachfolgend 1.5.2: Beim Vergleich von Männern und Frauen ist eine sehr hohe Zahl von Kindern männlicher Bundestagsabgeordneter festzustellen.

<sup>594</sup> Kürschners Volkshandbuch, 15. Wahlperiode, Juli 2003.

<sup>595</sup> Kürschners Volkshandbuch, 16. Wahlperiode, September 2006.

<sup>596</sup> Kürschners Volkshandbuch, 17. Wahlperiode, 2. Ausgabe vom 15. Juni 2010.

<sup>597</sup> Kürschners Volkshandbuch, 17. Wahlperiode, Juni 2011 und 6. Ausgabe vom 10. Juni 2012.

innerhalb dieses einen Jahres ausgeschiedene Abgeordnete durch besonders kinderreiche Abgeordnete ersetzt wurden<sup>598</sup>.

Ausgeschiedene Abgeordnete (Partei)	Datum des Eintritts	Nachfolgende Abgeordnete (Partei)	Datum des Austritts	Zuwachs/ Verringerung der Kinderzahl (+/-)
Garrelt Duin (SPD)	21.06.2012	Gabriele Groneberg (SPD)	26.06.2012	+ 1 Kind
Michael Groschek (SPD)	21.06.2012	Wolfgang Hellmich (SPD)	22.06.2012	+ 2 Kinder
Ingrid Nestle (Bündnis 90/Die Grünen)	14.06.2012	Arfst Wagner (Bündnis 90/Die Grünen)	18.06.2012	+ 3 Kinder
Nicolette Kressl (SPD)	01.06.2012	Annette Sawade (SPD)	01.06.2012	+ 3 Kinder
Paul K. Friedhoff (FDP)	01.05.2012	Manfred Todtenhausen (FDP)	02.05.2012	- 2 Kinder
Scheel, Christine (Bündnis 90/Die Grünen)	16.01.2012	Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen)	16.01.2012	+ 3 Kinder
Hoyer, Dr. Werner (FDP)	01.01.2012	Jörg von Polheim (FDP)	04.01.2012	+ 2 Kinder
Seiler, Till (Bündnis 90/Die Grünen)	03.12.2011	Schneider, Ulrich (Bündnis 90/Die Grünen)	07.12.2011	Beide keine Kinder (+/- 0)
Höfken, Ulrike (Bündnis 90/Die Grünen)	09.06.2011	Lindner, Tobias (Bündnis 90/Die Grünen)	09.06.2011	- 3 Kinder

Tabelle 9

Aus den Angaben in der Tabelle<sup>599</sup> lässt sich ablesen, dass die nachrückenden neun Abgeordneten insgesamt acht Kinder mehr als die ausscheidenden Abgeordneten haben.

Der Zuwachs bei der Kinderzahl wird aber vor allem darauf zurückzuführen sein, dass zahlreiche Kinder geboren wurden. Im Juni 2011 gaben 369 Abgeordnete an, Kinder zu haben. Im Juni 2012 waren es 416. Von den insgesamt 38 weiteren Kindern müssten unter Berücksichtigung von acht Kindern, die dem Mandatswechsel zuzuschreiben sind, 30 Kinder innerhalb dieses einen Jahres geboren oder auch adoptiert worden sein<sup>600</sup>.

<sup>598</sup> Zwischen dem 9. Juni 2011 und dem 21. Juni 2012 sind neun Abgeordnete aus dem Bundestag ausgeschieden, vgl. [www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/ausgeschiedene/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/ausgeschiedene/index.html) - „eigene Angaben der Abgeordneten zur Kinderzahl“ in „Kürschners Volkshandbuch“. Zu den neu Eingetretenen zählt Beate Walter-Rosenheimer (Bündnis 90/Die Grünen). Sie ist Mutter von fünf Kindern. Die ausgeschiedene Christine Scheel hat zwei Kinder. Hier ist ein Zuwachs von drei Kindern zu verzeichnen.

<sup>599</sup> Eigene Darstellung, Zahlen aus: [www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/ausgeschiedene/index.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/ausgeschiedene/index.html).

<sup>600</sup> 2011: 396 Abgeordnete haben Kinder. Das sind 63,8% aller 620 Abgeordneten. Die 396 Abgeordneten, die Eltern sind, haben im Durchschnitt 2,3 Kinder. 36% aller 620 Abgeordneten haben keine Kinder. Alle 620 Abgeordneten haben im Durchschnitt 1,47 Kinder.

Zahlen auf: [www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb\\_zahlen/familienstand.html](http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/mdb_zahlen/familienstand.html)

2012: 416 Abgeordnete haben Kinder. Das sind 67% aller 620 Abgeordneten. Die 416 Abgeordneten, die Eltern sind, haben im Durchschnitt 2,3 Kinder. 33% aller 620 Abgeordneten haben keine Kinder. Alle 620 Abgeordneten haben im Durchschnitt 1,53 Kinder.

Zahlen aus: Kürschners Volkshandbuch, 17. Wahlperiode, 124. Auflage, Juni 2012.

Bei einem Vergleich der durchschnittlichen Anzahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten mit der durchschnittlichen Kinderzahl in Deutschland<sup>601</sup> ist festzustellen, dass Bundestagsabgeordnete mehr Kinder als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung haben.

Von den 254 Abgeordneten, die sich an der Umfrage beteiligt haben, sind 59 Frauen und Männer kinderlos, während 195 der Abgeordneten (77 Prozent) zwischen einem und sechs Kindern haben:

	<b>Abgeordnete</b>	<b>Prozent</b>
<b>keine Kinder</b>	59	23%
<b>1 Kind</b>	59	23%
<b>2 Kinder</b>	74	29,5%
<b>3 Kinder</b>	39	15,5%
<b>4 Kinder</b>	16	6%
<b>5 Kinder</b>	6	2,5%
<b>6 Kinder</b>	1	0,5%
<b>Antworten</b>	254	100%

Tabelle 10

Von den insgesamt 614 Bundestagsabgeordneten haben 409 und damit etwa zwei Drittel ein bis sechs Kinder, insgesamt sind es 929 Kinder<sup>602</sup>. Damit haben die 614 Abgeordneten im Vergleich zu der Gruppe der Teilnehmer/innen an der Befragung zu rund 10 Prozent weniger häufig Kinder. Umgekehrt ausgedrückt sind 10 Prozent mehr Kinderlose unter allen Bundestagsabgeordneten (33 Prozent zu 23 Prozent).

Gleichwohl stellt sich heraus, dass die 195 Abgeordneten mit Kindern, die sich an der Befragung beteiligt haben, weniger Kinder haben im Vergleich zu den 409 Vätern/Müttern unter allen Bundestagsabgeordneten. Der Unterschied beträgt jedoch lediglich im Schnitt 0,1. Zur Verdeutlichung: 409 von 614 Abgeordneten haben 929 Kinder und damit im Durchschnitt 2,27 Kinder. Von den 254 Teilnehmern/innen der Befragung haben 195 Abgeordnete 424 Kinder. Jene 195 Abgeordneten haben also im Durchschnitt 2,17 Kinder. Das bedeutet, dass unter den Abgeordneten, die sich **nicht** an der Umfrage beteiligt haben, etliche Eltern mit überdurchschnittlich vielen Kindern sein müssen. Das bedeutet auch: Vergleichsweise viele

<sup>601</sup> Im Jahr 2006 wurden in Deutschland durchschnittlich 1,33 Kinder je Frau geboren. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau ging leicht von 1,34 auf 1,33 zurück. Angaben aus Pressemitteilung Nr. 366 des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom 10.09.2007.

<sup>602</sup> Ermittelt anhand der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“, S. 294: Familienstand, Kinder, 16. Wahlperiode, Ausgabe 2/Sep. 2006.

Abgeordnete unter denen, die sich an der Befragung beteiligten, haben verhältnismäßig wenige (das heißt ein oder zwei) Kinder.

Betrachtet man die offiziell vorliegenden Zahlen zur Anzahl der Kinder aller Bundestagsabgeordneten aus dem Jahr der Erhebung<sup>603</sup> und vergleicht sie mit denen aus der Befragung, sieht man diese Annahme bestätigt. Zumindest ist festzustellen, dass die Zahlen bezogen auf die Anzahl der Kinderlosen und die Anzahl der Abgeordneten mit einem Kind voneinander abweichen, während die Angaben der Teilnehmer/innen der Befragung und die offiziellen Zahlen zur Kinderzahl der Abgeordneten ab zwei Kindern nah beieinander liegen:

Anzahl der Kinder	254 Teilnehmer/innen der Befragung	Prozent	Anzahl der Kinder	614 MdB (offizielle Angaben)	Prozent
keine Kinder	59	23%	keine Kinder	205	33,4%
1 Kind	59	23%	1 Kind	99	16%
2 Kinder	74	29,5%	2 Kinder	172	28%
3 Kinder	39	15,5%	3 Kinder	80	13%
4 Kinder	16	6%	4 Kinder	48	8%
5 Kinder	6	2,5%	5 Kinder	8	1,3%
6 Kinder	1	0,5%	6 Kinder	2	0,3%
Antworten	254	100%	Abgeordnete	614	100%

Tabelle 11

### 1.5.2. Vergleich von Männern und Frauen

Wie sich aus der nachfolgenden Tabelle 12 ergibt, haben 19,5 Prozent der Männer und 29 Prozent der Frauen, die sich an der Umfrage beteiligt haben, keine Kinder bzw. 80,5 Prozent der Männer und 71 Prozent der Frauen haben Kinder<sup>604</sup>:

	Männer (Teilnehmer Befragung)	Prozent		Frauen (Teilnehmer Befragung)	Prozent
keine Kinder	31	19,5%	keine Kinder	28	29%
1-6 Kinder	127	80,5%	1-5 Kinder	68	71%
Antworten	158	100%	Antworten	96	100%

Tabelle 12

<sup>603</sup> Kürschners Volkshandbuch, 16. Wahlperiode, Ausgabe 2/Sep. 2006, S. 294: Familienstand, Kinder.

<sup>604</sup> Zum Vergleich: Im Jahr 2006 hatten 82% der Frauen im Alter von 35 bis 75 Jahren (Jahrgänge 1931 bis 1971) Kinder. In den alten Bundesländern lag der Anteil der Mütter in dieser Altersgruppe bei 81%, in den neuen Bundesländern bei 90%, Statistisches Bundesamt, Broschüre: Geburten in Deutschland, 2007.

Von den 254 Abgeordneten, die sich an der Befragung beteiligt haben, sind 195 Abgeordnete Eltern von Kindern (68 Frauen und 127 Männer), insgesamt 59 der Teilnehmenden sind damit kinderlos (23 Prozent; dementsprechend haben 77 Prozent Kinder). Von den 195 Abgeordneten mit Kindern sind 34,9 Prozent der Kinder von weiblichen Abgeordneten und 65,1 Prozent der Kinder von männlichen Abgeordneten.

Vergleichszahlen bezogen auf alle 612 Abgeordneten des Deutschen Bundestages liegen aus Februar 2008 vor<sup>605</sup>:

	<b>Männer</b>	<b>Prozent</b>		<b>Frauen</b>	<b>Prozent</b>
<b>keine Kinder</b>	121	29%	<b>keine Kinder</b>	72	36,9%
<b>1-6 Kinder</b>	296	71%	<b>1-5 Kinder</b>	123	63,1%
<b>Abgeordnete</b>	417	100%	<b>Abgeordnete</b>	195	100%

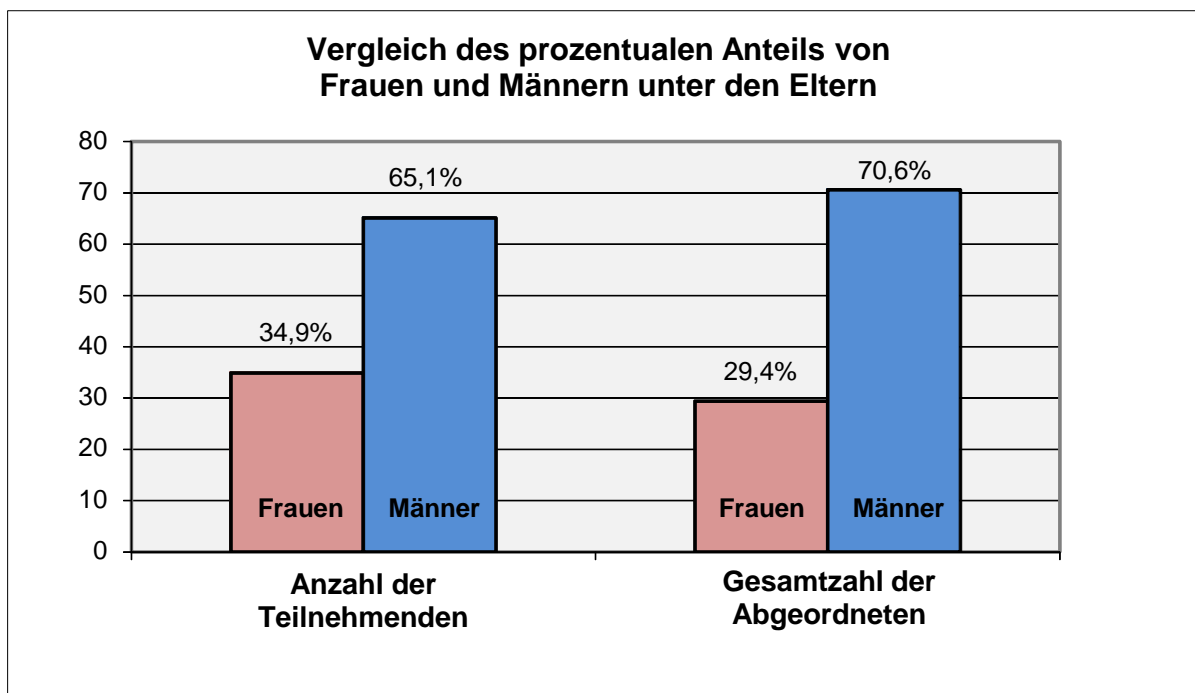
Tabelle 13

Von den 612 Abgeordneten sind 419 Eltern von Kindern (123 Frauen und 296 Männer), insgesamt 193 Abgeordnete sind damit kinderlos (31,5; dementsprechend Prozent haben 68,5 Prozent Kinder).

Auffallend ist, dass die Differenz zwischen kinderlosen Frauen und kinderlosen Männern bezogen auf alle Abgeordnete im Vergleich zu den Abgeordneten, die an der Befragung teilgenommen haben, geringer ist. Die Differenz beträgt bei den Teilnehmenden knapp zehn Prozent, während sie bei der Gesamtzahl der kinderlosen Abgeordneten knapp acht Prozent beträgt.

<sup>605</sup> Ermittelt anhand der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“, 16. Wahlperiode, 104. Auflage, Stand Sep. 2006, S. 294: „Familienstand“ und anhand [www.bundestag.de/mdb/mdb\\_zahlen/familienstand](http://www.bundestag.de/mdb/mdb_zahlen/familienstand), Stand: Februar 2008.

Im Vergleich zu den Zahlen der Erhebung ergibt sich ein deutlich größerer Unterschied bei der Zahl der Kinder der Frauen und Männer des gesamten Bundestags im Verhältnis zu der Zahl der Kinder der Befragungsteilnehmer/innen. Von den 419 Abgeordneten mit Kindern sind 29,4 Prozent der Kinder von weiblichen Abgeordneten und 70,6 Prozent der Kinder von männlichen Abgeordneten:



Grafik 7

Rund 40 Prozent beträgt die Differenz der Kinder von Frauen und Männern im Bundestag. Auf die Abgeordneten bezogen, die an der Befragung teilgenommen haben, lässt sich eine Differenz von rund 30 Prozent feststellen.

Die festgestellten Differenzen sind jedoch zu einem großen Teil darin begründet, dass im Bundestag (und auch bei den Teilnehmern/innen an der Befragung) mehr männliche Abgeordnete vertreten sind. Das Verhältnis von weiblichen und männlichen Bundestagsabgeordneten in der 16. Legislaturperiode (Stand 2008) liegt bei 195 Frauen (31,9 Prozent) und 417 Männern (68,1 Prozent). Der Fragebogen ist von verhältnismäßig mehr Frauen (37,8 Prozent) als Männern (62,2 Prozent) beantwortet worden. Entscheidender ist also die Frage nach der durchschnittlichen Zahl der Kinder der im Bundestag vertretenen Eltern.



Folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Kinder der Bundestagsabgeordneten insgesamt im Vergleich zu den Kindern der Befragungsteilnehmer/innen<sup>606</sup>:

<b>Bundestag Februar 2008</b>	<b>Kinder (Anzahl)</b>	<b>Kinder (Durch- schnitt)</b>	<b>Befragung Juni 2006</b>	<b>Kinder (Anzahl)</b>	<b>Kinder (Durch- schnitt)</b>
<b>Alle 612 Abgeordnete</b>	952	1,55	<b>Alle 254 Teil- nehmer/innen</b>	424	1,67
<b>Frauen (195 MdB)</b>	228	1,17	<b>Frauen (96 MdB)</b>	129	1,34
<b>Männer (417 MdB)</b>	724	1,74	<b>Männer (158 MdB)</b>	295	1,87

Tabelle 14

Während die Männer im Durchschnitt 1,74 Kinder haben, liegen die Frauen mit 1,17 Kindern deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 1,55 Kindern<sup>607</sup>. Bezogen auf die Befragungsteilnehmer/innen haben die Männer im Durchschnitt 1,87 Kinder und die Frauen 1,34. Es ergibt sich ein Unterschied von jeweils gut 0,5 Prozent zwischen der Anzahl der Kinder männlicher und weiblicher Abgeordneter.

In der 15. Wahlperiode hatten von den damals 603 Abgeordneten des Deutschen Bundestages 199 Frauen 258 Kinder, im Durchschnitt 1,3 (1,296) Kinder. Die 404 Männer hatten insgesamt 699 Kinder und damit im Durchschnitt 1,73 Kinder<sup>608</sup>, also auch jeweils etwas weniger als die Befragungsteilnehmer/innen. Auf alle 603 damaligen Abgeordneten bezogen lag der Durchschnitt mit 1,59 Kindern jedoch höher als der aller Bundestagsabgeordneten in der 16. Wahlperiode mit 1,55 (bzw. 1,51 zu Beginn der Legislaturperiode). Die durchschnittliche Zahl der Kinder weiblicher Abgeordneter im Jahr 2003 (15. WP) lag mit 1,3 Kindern im Vergleich zu 1,17 Kindern in 2008 (16. WP) merklich höher und damit auch deutlich näher am Durchschnitt der Kinder der Gesamtbevölkerung, wie ein Vergleich mit der Statistik zur Geburtenzahl des Statistischen Bundesamtes der vergangenen Jahre zeigt<sup>609</sup>:

<sup>606</sup> Aus Mai/Juni konnten keine differenzierten Zahlen zur Anzahl von Kindern aller männlichen und weiblichen Abgeordneten des Bundestages ermittelt werden. Von daher wird hier Bezug auf Zahlen aus Februar 2008 genommen. Zu berücksichtigen ist dabei, dass im Zeitraum zwischen September 2006 und Februar 2008 bezogen auf die Zahl der Kinder aller Abgeordneten ein Zuwachs um 0,05 Kinder auf 1,56 Kinder im Durchschnitt zu verzeichnen war.

<sup>607</sup> Eigene Auswertung unter Berücksichtigung von „Kürschners Volkshandbuch“. Für die 16. WP weist „Kürschners Volkshandbuch“ keine Unterteilung zwischen der Zahl der Kinder von Frauen und Männern auf.

<sup>608</sup> Auswertung nach Kürschners Volkshandbuch, 15. WP, 97. Auflage, Stand 15. Juli 2003, Seite 286/287.

<sup>609</sup> Die zusammengefasste Geburtenziffer schwankt in den letzten Jahren bei knapp 1,4 Kindern je Frau. Eine leichte Zunahme der Geburtenhäufigkeit war in den Jahren 2007 und 2008 zu verzeichnen (durchschnittlich 1,38 Kinder je Frau im Jahr 2008). Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass vor allem Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren durchschnittlich mehr Kinder bekamen als die gleichaltrigen Frauen in den Jahren davor, während die Geburtenhäufigkeit in den jüngeren Jahrgängen weiter abnahm.: Vgl. Statistisches Bundesamt, Broschüre: Geburten in Deutschland, 2007 und [www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/AktuellGeburtenentwicklung](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Bevoelkerung/AktuellGeburtenentwicklung) (durch das Statistische Bundesamt auf Grundlage der Statistik der Geburten ermittelte zusammengefasste Geburtenziffer des Jahres 2008).

### Zusammengefasste Geburtenziffer <sup>1)</sup>

Jahr	Deutschland	Früheres Bundesgebiet <sup>2)</sup>	Neue Länder <sup>3)</sup>
1990	1,45	1,45	1,52
1995	1,25	1,34	0,84
2000	1,38	1,41	1,21
2001	1,35	1,38	1,23
2002	1,34	1,37	1,24
2003	1,34	1,36	1,26
2004	1,36	1,37	1,31
2005	1,34	1,36	1,30
2006	1,33	1,34	1,30
2007	1,37	1,37	1,37
2008	1,38	1,37	1,40

<sup>1)</sup> Zahl der Kinder, die eine Frau im Alter von 15 Jahren im Verlauf ihres weiteren Lebens bekommen würde, wenn sie sich hinsichtlich ihres Geburtenverhaltens so verhalten würde wie alle betrachteten Frauen von 15 bis 49 Jahren des entsprechenden Berichtsjahres.

<sup>2)</sup> Ab 2001 ohne Berlin-West.

<sup>3)</sup> Ab 2001 ohne Berlin-Ost.

Quelle: Pressemitteilung Nr. 327 vom 04.09.2009 des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden

Grafik 8

Bei Betrachtung der Zahl der Abgeordneten mit Kindern unter den Befragungsteilnehmer/innen, erhöht sich die durchschnittliche Kinderzahl bei Frauen und Männern um je 0,32 Kinder: Die 68 Mütter haben insgesamt 129 Kinder und damit im Schnitt 1,66 Kinder, während die 127 Väter 295 Kinder haben, im Schnitt 2,22 Kinder (ein Unterschied von 0,56 Kindern zwischen den Vätern und Müttern).

Es fällt auf, dass die männlichen Abgeordneten im Verhältnis zu ihren Kolleginnen häufiger zwei oder auch mehr Kinder haben als ihre Kolleginnen:

	Väter (Teilnehmer Befragung)	Prozent		Mütter (Teilnehmer Befragung)	Prozent
<b>1 Kind</b>	32	25%	<b>1 Kinder</b>	27	40%
<b>2 Kinder</b>	47	37%	<b>2 Kinder</b>	27	40%
<b>3 Kinder</b>	30	24%	<b>3 Kinder</b>	9	13%
<b>4 Kinder</b>	12	9%	<b>4 Kinder</b>	4	6%
<b>5 Kinder</b>	5	4%	<b>5 Kinder</b>	1	1%
<b>6 Kinder</b>	1	1%	<b>6 Kinder</b>	0	--
<b>Antworten</b>	127	100%	<b>Antworten</b>	68	100%

Tabelle 15

Während 40 Prozent der Mütter, die sich an der Umfrage beteiligt haben, **ein** Kind haben, sind es bei den Männern nur ein Viertel (25 Prozent) mit einem Kind. Bei den Abgeordneten

mit zwei Kindern gleichen sich die Zahlen an. Während von den Frauen ebenfalls 40 Prozent zwei Kinder haben, sind es bei den Männern mit 37 Prozent kaum weniger. Gleichzeitig lässt sich feststellen, dass die Männer am häufigsten zwei Kinder haben. Frauen haben ebenso häufig ein wie zwei Kinder. Wie sich der Tabelle 6 ebenfalls entnehmen lässt, haben Männer fast doppelt so häufig wie Frauen drei Kinder und auch zu einem Drittel häufiger vier Kinder als die Frauen.

Bei einem Vergleich mit dem Trend in der Bundesrepublik Deutschland<sup>610</sup> lässt sich feststellen, dass die Zahl der Kinder der Mütter unter den Abgeordneten insgesamt nicht sehr stark von der Zahl der Kinder aller Mütter in der Bundesrepublik Deutschland abweicht. Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes haben fast die Hälfte aller Mütter zwei Kinder. Die Zweikind-Familie spielte in Deutschland bei den Müttern der Jahrgänge 1931-1956 sowohl als auch bei den Müttern der Jahrgänge 1957-1971 mit einem Anteil von 45 Prozent bzw. 48 Prozent eine dominierende Rolle. Ein Kind hatten im Jahr 2006 30 Prozent bzw. 32 Prozent. Der Anteil der Mütter, die drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht haben, lag bei 25 Prozent bzw. in der jüngeren Altersgruppe bei 20 Prozent. Lediglich leichte Verschiebungen sind zukünftig noch zwischen den Anteilen der Frauen mit zwei und drei Kindern möglich, da in diesem Alter nur noch wenige Mütter ihr erstes Kind bekommen<sup>611</sup>.

Zu beachten ist, dass unter den Müttern, die an der Befragung teilgenommen haben, zwei Mütter jünger sind als die Frauen der beiden Vergleichsgruppen. Die Mehrzahl der Mütter findet sich in der jüngeren Altersgruppe der Jahrgänge 1957-1971. In jener Altersgruppe haben sechs Mütter unter den befragten Abgeordneten mehr als zwei Kinder, ebenso wie in der Altersgruppe der Jahrgänge 1943-1956 (insgesamt 14 Mütter haben drei bis fünf Kinder, darunter zwei ohne Altersangabe). Zum Vergleich: Bei den Männern sind es 16 Väter in der Altersgruppe der Jahrgänge 1957-1971, die mehr als zwei Kinder haben. In der Altersgruppe der Jahrgänge 1937-1956 haben 30 der Väter unter den befragten Abgeordneten angegeben, mehr als zwei Kinder zu haben (insgesamt 48 Väter haben drei bis sechs Kinder, darunter zwei ohne Altersangabe).

Die Zahl der Eltern von mehr als zwei Kindern unter den Abgeordneten liegt zwischen 20 Prozent bei den Müttern und 28 Prozent bei den Vätern. Bezogen auf die Mütter liegt hier im Vergleich mit den Angaben des Statistischen Bundesamtes der gleiche Durchschnitt von 20 Prozent beim Anteil der Mütter der Altersgruppe der Jahrgänge 1957-1971, die drei oder mehr Kinder zur Welt gebracht haben, vor. Bezogen auf die Väter lässt sich feststellen, dass

---

<sup>610</sup> Ein direkter gesamtgesellschaftlicher Vergleich lässt sich nicht anstellen. Zu der durchschnittlichen Zahl der Kinder aller in Deutschland lebenden Frauen *und* Männern mit Kindern gibt es kein Zahlenmaterial.

<sup>611</sup> Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, 2007.

sie im Gegensatz zu ihren Kolleginnen im Parlament durchschnittlich nicht nur häufiger, sondern auch mehr Kinder haben, wobei dies erst bei einer Anzahl von mehr als zwei Kindern zutage tritt.

### **1.5.3. Kinderlose**

Im Bundestag sind insgesamt verhältnismäßig mehr kinderlose Frauen vertreten als unter den Frauen, die sich an der Befragung beteiligt haben. Die Abweichung von rund zehn Prozent bei den Kinderlosen (siehe Tabelle 11) ist wohl damit zu erklären, dass sich deutlich mehr Abgeordnete von der Thematik der Befragung angesprochen gefühlt haben, die selbst Kinder haben und deshalb mehr weibliche Abgeordnete mit Kindern den Fragebogen ausgefüllt haben als kinderlose Abgeordnete. Wie bereits dargelegt, liegt der Durchschnitt der Kinderzahl bei den Teilnehmer/innen der Befragung etwas höher als im Schnitt des Bundestags. Außerdem haben prozentual gesehen mehr Frauen als Männer den Fragebogen beantwortet.

Da es häufiger Frauen sind, die „nur“ ein Kind haben (vgl. Tabelle 11: 7,5 Prozent mehr Frauen haben **ein** Kind als Männer), lässt sich erklären, wie der Unterschied von 7 Prozent zwischen den Teilnehmer/innen der Befragung und den Angaben zu allen 614 Abgeordneten (23 Prozent zu 16 Prozent der Abgeordneten mit einem Kind, vgl. Tabelle 11) zustande kommt. Zudem haben sich viele jüngere Abgeordnete an der Befragung beteiligt, von denen der oder die ein oder andere bisher ein Kind hat und noch weitere Kinder bekommen könnte.

### **1.5.4. Unterteilung der Kinder in Altersgruppen**

Geantwortet haben insgesamt 96 Abgeordnete, die keine Kinder mehr im Alter bis einschließlich 18 Jahren haben bzw. die nur Kinder haben, die über 18 Jahre alt sind (das sind 37,8 Prozent aller Abgeordneten, die sich an der Befragung beteiligt haben)<sup>612</sup>. Jüngere oder keine Kinder hat dem entsprechend der überwiegende Teil der Abgeordneten: 62,2 Prozent der 254 Abgeordneten. Dies deckt sich mit der Bewertung, dass sich viele jüngere Parlamentarier/innen an der Umfrage beteiligt haben, deren Kinder noch kleiner sind.

---

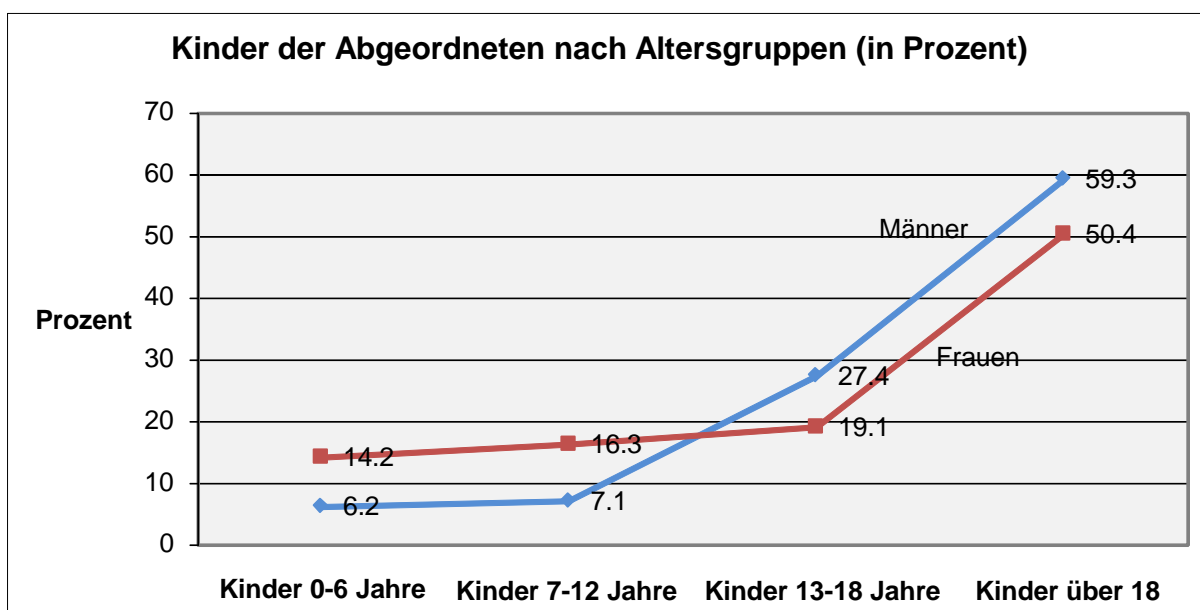
<sup>612</sup> Zu beachten ist hier, dass 9 Abgeordnete über das Alter ihrer Kinder keine Angaben gemacht haben. Diese 9 Abgeordneten haben je ein Kind (2 Abgeordnete), zwei Kinder (5 Abgeordnete) und 3 Kinder (2 Abgeordnete).

Von den 254 Abgeordneten haben genau so viele Abgeordnete Kinder bis 18 Jahre wie Kinder über 18 Jahre, nämlich jeweils 96 und dem entsprechend 37,8 Prozent. Diese Zahl verteilt sich anders als bei den Kindern über 18 Jahre (siehe Tabelle 16) so, dass 26 Frauen (27 Prozent) und 70 Männer (43,4 Prozent) Kinder im Alter bis 18 Jahre haben. Während die Frauen zu 44,8 Prozent Kinder über 18 Jahre haben, sind es bei den Männern nur 33,5 Prozent:

Kinder bis 18 Jahre	Mütter	Prozent	Väter	Prozent	Kinder über 18 Jahre	Mütter	Prozent	Väter	Prozent
1 Kind	14	14,5%	28	17,5%	1 Kind	16	16,7%	11	6,9%
2 Kinder	7	7,3%	26	16%	2 Kinder	18	18,7%	24	15,2%
3 Kinder	5	5,2%	12	7,5%	3 Kinder	7	7,4%	10	6,3%
4 Kinder	26	27%	2	1,2%	4 Kinder	2	2%	6	3,8%
5 Kinder	-	-	2	1,2%	5 Kinder	-	-	2	1,3%
<b>Gesamt</b>	26	27%	70	43,4%	<b>gesamt</b>	43	44,8%	53	33,5%
keine Kinder bis 18 Jahre	70	73%	89	56,6%	Jüngere oder keine Kinder	53	55,2%	105	66,5%
<b>Gesamt</b>	96	100%	158	100%	<b>gesamt</b>	96	100%	158	100%

Tabelle 16

Bei einer Unterteilung der Antworten der Teilnehmer/innen der Befragung mit Kindern nach der Zahl der Kinder in vier Gruppen von Kindern von unter sechs Jahren, sieben bis zwölf Jahren, 13 bis 18 und über 18 Jahren ergibt sich folgendes Bild:



Grafik 9

In der Altersgruppe der Kinder zwischen 7-12 und 13-18 Jahren erfolgt eine Umkehr zwischen der Anzahl der Kinder von Frauen und Männern, wenngleich die Tendenz jeweils deutlich steigend ist und ab der Altersgruppe der 13-18-Jährigen sogar parallel verläuft.

#### **1.5.5. Alter der Abgeordneten und Zahl der Kinder**

In Ansehung der Tatsache, dass insbesondere die Abgeordneten jüngerer Jahrgänge noch Kinder bekommen können, erfolgte eine Korrelation der Angaben „keine Kinder“ und „Alter der MdB“. Daraus ergibt sich jedoch kein signifikanter Unterschied, wenn man die Jahrgänge 1946 bis 1965 mit den Jahrgängen 1983 bis 1966 vergleicht: Bei den Frauen sind es etwa ebenso viele kinderlose Frauen über vierzig wie unter vierzig Jahren. Bei den Männern sind es zwar deutlich mehr Männer unter vierzig Jahren, die (noch) kinderlos sind als Kinderlose über Vierzig. Dies müsste aber damit zu erklären sein, dass sich insgesamt deutlich mehr jüngere Abgeordnete an der Umfrage beteiligt haben als ältere, die sich für das Thema weniger zu interessieren scheinen<sup>613</sup>.

Das Alter der Abgeordneten, die sich an der Umfrage beteiligt haben, umfasst die Jahrgänge 1937 bis einschließlich 1983, so dass die gesamten Altersstufen, bis auf die ältesten Jahrgänge zwischen 1932 und 1936 vertreten sind.

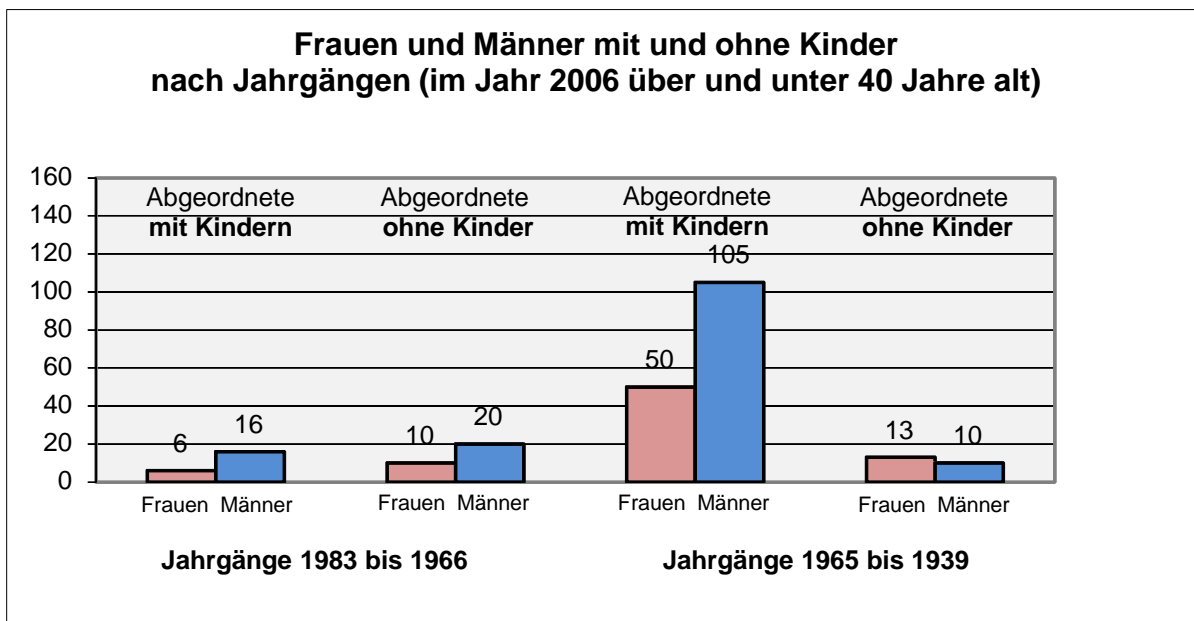
Unter den Männern der Jahrgänge 1937 bis 1945 sind keine Kinderlosen. Unter den Jahrgängen 1946 bis 1965 sind unter den Männern zehn ohne Kinder. Unter den Männern der Jahrgänge 1966 bis 1979 befinden sich 20 Abgeordnete ohne Kinder. Insgesamt sind 31 Männer kinderlos (vergleiche Tabelle 12)<sup>614</sup>.

Von den Frauen haben 23 Frauen, die ihr Alter angegeben haben, keine Kinder (insgesamt sind 28 der weiblichen Abgeordneten kinderlos, vergleiche Tabelle 12). Von ihnen sind 13 der Jahrgänge 1943 bis 1965 kinderlos, während zehn Frauen der Jahrgänge 1966 bis 1983 ohne Kinder sind. Zur Verdeutlichung:

---

<sup>613</sup> Ein Grund hierfür dürfte sein, dass sich die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere ab dem Alter von etwa 20 Jahren stellt, bis zu einem Alter, in dem die eigenen Kinder weitgehend selbstständig sind (in der Regel bis zu einem Alter der Eltern von maximal 50 bis 60 Jahren).

<sup>614</sup> Ein Mann hat über sein Alter keine Angaben gemacht und kann insofern nicht berücksichtigt werden.



Grafik 10

Die jüngsten zwei Mütter sind Jahrgang 1975. Darauf folgen noch jeweils eine Mutter des Jahrgangs 1971 und eine Mutter des Jahrgangs 1968 mit einem Kind und jeweils eine Frau der Jahrgänge 1967 und 1966 mit je zwei Kindern. Damit haben sechs Frauen der Jahrgänge 1966 bis 1983 Kinder, während es insgesamt 50 Frauen der Jahrgänge 1943 bis 1965 sind, die Kinder haben<sup>615</sup>.

Betrachtet man den Anteil derjenigen Abgeordneten mit Kindern, die zum Zeitpunkt der Umfrage 40 Jahre alt und jünger waren, ergibt sich im Vergleich zu der Zahl der Abgeordneten mit Kindern im Alter von über 40 Jahren ein ähnliches Bild, nämlich, dass Männer wie auch Frauen der Jahrgänge 1965 bis 1939 über sechs mal (Männer) bzw. acht mal (Frauen) so viele Kinder haben wie die Kollegen und Kolleginnen der jüngeren Jahrgänge (vergleiche Grafik 10).

In erster Linie ist dies darauf zurück zu führen, dass insbesondere die jüngeren Jahrgänge noch keine Kinder haben und noch Kinder bekommen können. Bei den Frauen der Jahrgänge bis einschließlich 1966 sind es den Angaben der Grafik entsprechend 10 Abgeordnete ohne Kinder. Das entspricht 62,5 Prozent. Bei den Männern sind es 55,6 Prozent bis Jahrgang 1966 ohne Kinder – ein relativ geringer Unterschied. Bei den Jahrgängen ab 1966 (Männer und Frauen über 40 Jahren) hingegen differiert das Ergebnis stärker: 20,6 Prozent der Frauen dieser Altersgruppe haben keine Kinder, während nur 8,7 Prozent der Männer im

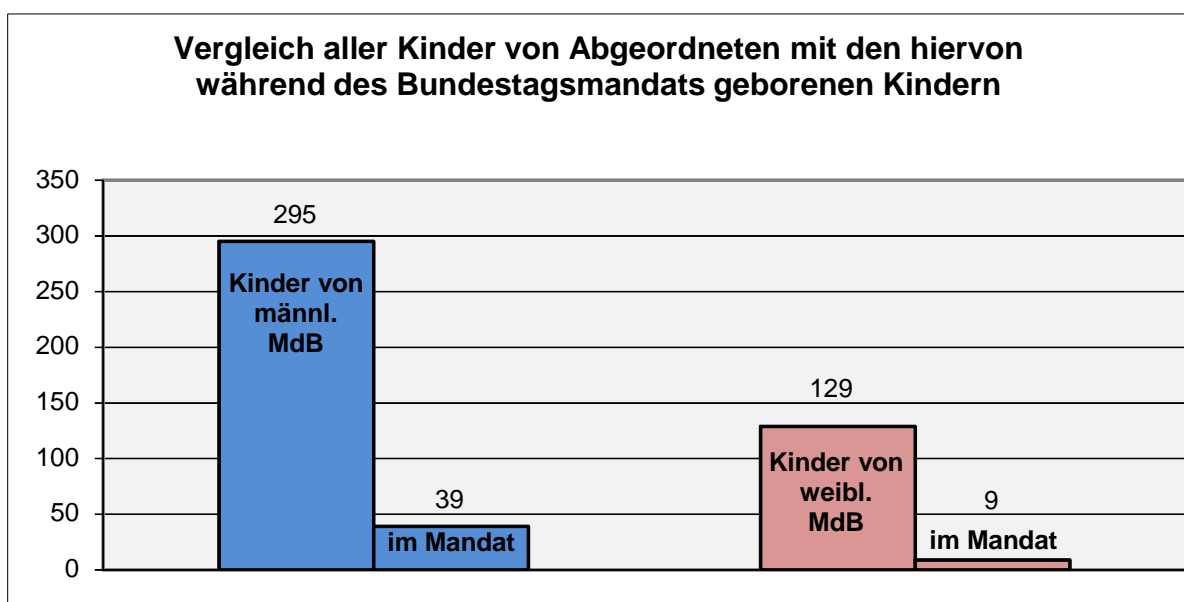
<sup>615</sup> Insgesamt sind es 68 Frauen, die Kinder haben, wobei 12 von ihnen keine Angabe über ihr eigenes Alter gemacht haben und deshalb in dieser Auswertung nicht berücksichtigt werden können.

Alter über 40 Jahren keine Kinder haben. Anders herum bedeutet dies, dass die männlichen Abgeordneten zu über 90 Prozent Väter sind.

Das mag auch damit zu begründen sein, dass verhältnismäßig mehr Väter geantwortet haben als ihre kinderlosen Kollegen. Nicht zu vernachlässigen ist auch, dass Männer weit häufiger als Frauen noch mit über 40 Jahren Vater eines (weiteren) Kindes werden. Dass die Parlamentarier – insbesondere im Alter von über 40 Jahren – besonders häufig Väter sind, wird durch die offiziellen Angaben über die Gesamtzahl der Abgeordneten bestätigt<sup>616</sup>. Auch diesen offiziellen Angaben über die Gesamtzahl der Abgeordneten zufolge, haben die Männer unter den Abgeordneten nicht nur häufiger Kinder, sondern vor allem überdurchschnittlich oft mehr als zwei Kinder<sup>617</sup>.

### 1.5.6. Geburten während des Mandats

Unter den Abgeordneten, die an der Befragung teilgenommen haben und Kinder haben sind etliche, die ihre Kinder (oder einen Teil ihrer Kinder) bekamen, als sie Bundestagsabgeordnete waren. Insgesamt 48 Kinder kamen zur Welt, als der Vater oder die Mutter Bundestagsabgeordnete(r). Von den Abgeordneten mit Kindern (127 Väter mit 295 Kindern und 68 Müttern mit 129 Kindern) bekamen die männlichen Abgeordneten 39 Kinder und die weiblichen Abgeordneten neun Kinder während der Ausübung ihres Bundestagsmandats:



Grafik 11

<sup>616</sup> „Kürschners Volkshandbuch“, 16. Wahlperiode, Ausgabe 2/Sep. 2006.

<sup>617</sup> Vgl. obige Ausführungen hierzu unter VI. 1.5. „Kinderzahl“ / VI. 1.5.1. „Allgemeine Ergebnisse“.



Insgesamt bekamen von den 195 Abgeordneten mit Kindern 36 während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete ein oder mehrere Kinder (= 18,5 Prozent). Von den 36 Abgeordneten waren es 29 Männer und sieben Frauen, die während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete 39 bzw. neun Kinder bekamen. Bezogen auf alle 127 Väter unter den Teilnehmern/innen der Umfrage sind es von 29 Männern 22,8 Prozent bzw. bezogen auf alle 68 Mütter bei sieben Frauen, 10,2 Prozent, die Kinder bekamen. Damit bekamen Männer mehr als doppelt so häufig wie die weiblichen Kolleginnen ihre Kinder während des Mandats. Ein Grund dafür, dass die Zahl der während der Zeit als Bundestagsabgeordnete geborenen Kinder von Männern im Verhältnis zu der Zahl der Kinder von Frauen höher ist, liegt auch darin begründet, dass die Männer mehrere Kinder bekamen. 29 Männer bekamen 39 Kinder (im Schnitt 1,34 Kinder), während sieben Frauen neun Kinder bekamen (im Schnitt 1,28 Kinder).

Die meisten dieser Kinder wurden bereits innerhalb des ersten bis dritten Jahres während der Zugehörigkeit zum Bundestag geboren (knapp 50 Prozent)<sup>618</sup>. Während der Dauer von drei bis zu 15 Jahren Verweildauer im Bundestag wurden gut 50 Prozent geboren. Sicherlich hängt dies auch damit zusammen, dass die meisten Abgeordneten im Schnitt nur ein bis zwei Legislaturperioden im Bundestag verbringen. Je länger die Verweildauer und je älter die Abgeordneten werden, desto weniger Kinder kommen zur Welt.

## **1.6. Berufstätigkeit des Partners/der Partnerin**

Auf die Frage „ist Ihr Partner/Ihre Partnerin berufstätig?“ (Antwortmöglichkeit ja/nein) antworteten 217 der 254 Abgeordneten. 28 Frauen und neun Männer haben hierzu keine Angabe gemacht. Insbesondere diejenigen Abgeordneten, die sich nicht in einer Ehe oder Partnerschaft befinden, konnten (und sollten) hier nicht antworten.

Mit „ja“ hat mit 74 Prozent der überwiegende Anteil der Abgeordneten geantwortet. 26 Prozent der Partner/innen sind derzeit nicht berufstätig. Bei einem Vergleich zwischen den Angaben der Männer und der Frauen fällt auf, dass die Partnerinnen der Männer zu einem wesentlich größeren Anteil nicht berufstätig sind – etwa ein Drittel im Vergleich zu den Partnern der Frauen, die mit einem Unterschied von 19 häufiger zu den Partnerinnen der Männer berufstätig sind.

---

<sup>618</sup> 12 Kinder wurden geboren im Zeitraum einer Verweildauer von 0-1 Jahren, 11 Kinder von 2 Jahren, 3 Kinder von 3 Jahren, 2 Kinder von 4 Jahren, 7 Kinder von 5 Jahren, 3 Kinder von 6 Jahren, 3 Kinder von 7 Jahren, 2 Kinder von 10 Jahren, 2 Kinder von 11 Jahren und je ein Kind bei einer Verweildauer von 12, 14 und 15 Jahren – berechnet anhand den Angaben der Abgeordneten zum Alter ihrer Kinder.

Partner berufstätig?	Antworten Frauen	Prozent	Antworten Männer	Prozent
Ja	59	87%	101	68%
Nein	9	13%	48	32%
<b>verwertete Antworten</b>	68	100%	149	100%
<b>keine Angaben</b>	28		9	
<b>Gesamt</b>	96		158	

Tabelle 17

Nun stellt sich die Frage, ob die Partner/innen vorübergehend arbeitslos bzw. Arbeit suchend oder – bezogen auf die jüngeren Partner/innen – noch in der Ausbildung sind oder ob die Kindererziehung Grund dafür ist, dass der/die Partner/in zu Hause bleibt bzw. Elternzeit nimmt, um sich um den gemeinsamen Nachwuchs zu kümmern.

Eine Korrelation der Antworten (Partner berufstätig) mit der Zahl der Kinder zeigt, dass bei den Abgeordneten mit zwei oder drei Kindern die Partner häufiger nicht berufstätig sind, als bei Familien ohne Kinder oder mit einem Kind. Dabei sind typischerweise die Partnerinnen bzw. Mütter gemeinsamer Kinder deutlich häufiger erwerbslos als die Väter. Generell liegt die Erwerbstätigenquote der Männer mit Kindern in der Bundesrepublik Deutschland leicht höher als die kinderloser Männer, während die Erwerbstätigkeit der Frauen mit dem Vorhandensein von Kindern abnimmt. Wie im Kapitel IV. bereits näher ausgeführt wurde, ist dabei nicht nur der zeitliche Umfang der Erwerbstätigkeit, sondern auch der Beteiligungsgrad stark abhängig von Alter und Anzahl der Kinder<sup>619</sup>.

Da die Kinder der befragten Abgeordneten vielfach schon erwachsen sind oder zumindest in einem Alter sind, das eine Berufstätigkeit beider Eltern besser zulassen sollte, wurde die Berufstätigkeit der Partner mit den Kindern der Abgeordneten bis einschließlich 12 Jahren korreliert:

Partner berufstätig?	Antworten Frauen mit Kindern bis 12 Jahren	Prozent	Antworten Männer mit Kindern bis 12 Jahren	Prozent
ja	9	90%	35	62,5%
nein	1	10%	21	37,5%
<b>verwertete Antworten</b>	10	100%	56	100%
<b>keine Angaben</b>	3		2	
<b>gesamt</b>	13		58	

Tabelle 18

<sup>619</sup> Melanie Kupsch: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“ (2006), S. 9 /Angaben des Statistischen Bundesamtes 2004.

Hier sind auf alle 66 Abgeordneten (Männer und Frauen) bezogen, die geantwortet haben, zwei Drittel der Partner/innen berufstätig und ein Drittel (33,3 Prozent) der Partner/innen mit Kindern bis zwölf Jahren nicht berufstätig. Die insgesamt zehn Partner der weiblichen Abgeordneten sind zu 90 Prozent berufstätig. Die 56 Partnerinnen der männlichen Abgeordneten mit Kindern bis zwölf Jahren sind zu knapp zwei Dritteln (62,5 Prozent) berufstätig.

Das Bild verändert sich kaum, wenn man die Eltern von Kindern bis einschließlich 17 Jahren mit einbezieht: Hier sind auf alle 97 Abgeordnete bezogen, die geantwortet haben, gut zwei Drittel (68 Prozent) der Partner/innen berufstätig und knapp ein Drittel (32 Prozent) der Partner/innen mit Kindern bis zwölf Jahren nicht berufstätig. Die insgesamt 19 Partner der weiblichen Abgeordneten sind zu 95 Prozent berufstätig. Die 78 Partnerinnen der männlichen Abgeordneten mit Kindern bis zwölf Jahren sind zu 61,5 Prozent berufstätig:

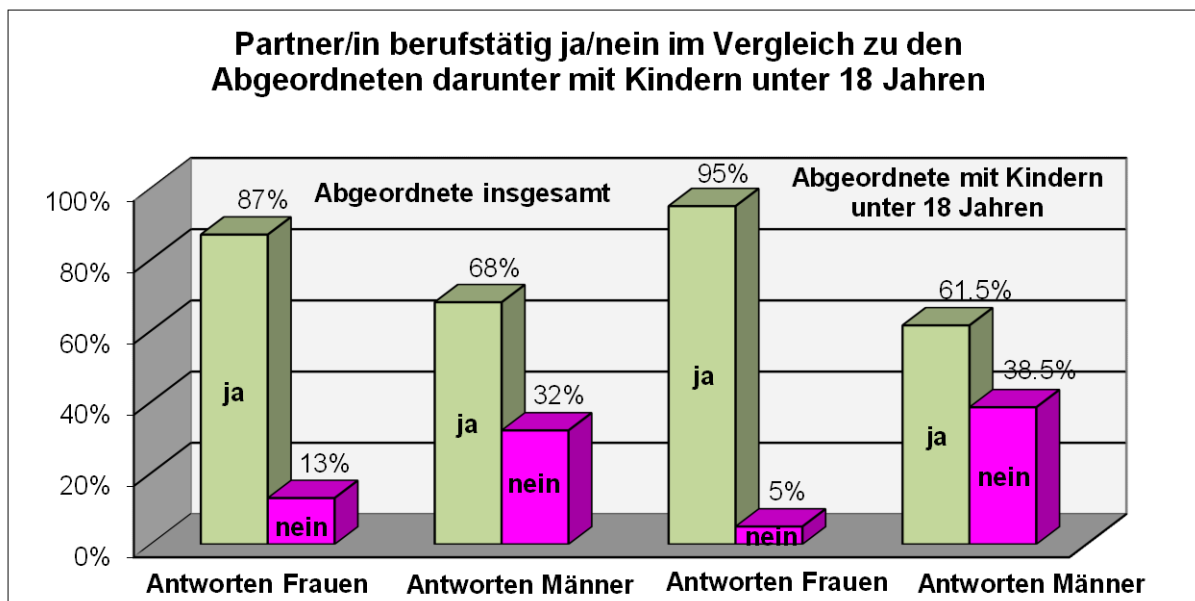
Partner berufstätig?	Antworten Frauen mit Kindern unter 18 Jahren	Prozent	Antworten Männer mit Kindern unter 18 Jahren	Prozent
ja	18	95%	48	61,5%
nein	1	5%	30	38,5%
<b>verwertete Antworten</b>	19	100%	78	100%
<b>keine Angaben</b>	7		3	
<b>gesamt</b>	26		81	

Tabelle 19

Der Abstand zwischen berufstätigen Partnerinnen und Partnern vergrößert sich demnach leicht, wenn die Kinder im Alter von 13 bis 17 Jahren miteinbezogen werden (um 6 Prozent von 27,5 Prozent auf 33,5 Prozent). Das mag damit zusammenhängen, dass der Trend dahin geht, dass die Mütter (bzw. hier die Partnerinnen der Abgeordneten), obgleich ihre Kinder noch jünger sind, früher in die Berufstätigkeit zurückkehren als es zuvor der Fall war. Die Erwerbstätigenquote in Deutschland ist zum Ende des vergangenen Jahrhunderts und in den vergangenen Jahren angestiegen. Dies wird auch auf den seit 1996 bestehenden Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz und damit auf die Betreuung des Nachwuchses ab einem Alter von drei Jahren zurückgeführt<sup>620</sup>.

Um einen besseren Überblick zu gewinnen, ist in dieser Grafik zu sehen, wie viele Partner/innen von Abgeordneten insgesamt und wie viele von ihnen, sofern sie Kinder im Alter bis einschließlich 17 Jahren („unter 18 Jahren“) haben, berufstätig sind:

<sup>620</sup> Melanie Kupsch: „Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“ (2006), S. 10.



Grafik 12

Anders als zu vermuten wäre und wie zuvor ausgeführt, sind es nicht per se die Abgeordneten mit minderjährigen Kindern (bis einschließlich 17 Jahren) unter allen befragten Abgeordneten, deren Partner/innen nicht berufstätig sind.

Im Vergleich zu den Männern unter den Befragungsteilnehmer/innen, die zu 68 Prozent mit „ja“ geantwortet haben, sind die Partnerinnen nur zu 6,5 Prozent häufiger dann nicht berufstätig, wenn sie noch Kinder im Alter unter 18 Jahren haben (61,5 Prozent). Bei den weiblichen Abgeordneten ist es sogar umgekehrt. Ihre Partner arbeiten häufiger, wenn noch minderjährige Kinder im Haushalt leben. Und zwar sind es im Unterschied zu der Gesamtzahl der Abgeordneten acht Prozent mehr Partner, die einer Berufstätigkeit nachgehen und deren Kinder noch nicht volljährig sind.

Dieser Unterschied lässt sich möglicherweise mit der zum Teil besseren Betreuungssituation der Kinder heutzutage erklären. So ist es zum einen aufgrund des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren, aber in einigen Bundesländern und insbesondere in größeren Städten sogar noch früher möglich, für Krippenkinder einen Betreuungsplatz in einer Tageseinrichtung zu finden. Darüber hinaus hat sich das Angebot an Ganztagschulen und Horten innerhalb der vergangenen Jahre in vielen Bundesländern deutlich verbessert, so dass sich Kinder und eine Berufstätigkeit einfacher für beide Elternteile vereinbaren lassen.

Es könnte aber auch an einem gesellschaftlichen Mentalitätswechsel liegen, dass immer weniger Eltern (insbesondere weniger Mütter als früher) ihre Berufstätigkeit zugunsten der

Familie aufgeben bzw. schneller in ihren Beruf zurückkehren oder sogar gar keine Elternzeit in Anspruch nehmen<sup>621</sup>. Zu bedenken ist aber, dass auf das Einkommen des Mannes einer Bundestagsabgeordneten, der seine Berufstätigkeit für einen längeren Zeitraum zugunsten der Familie unterbricht, anders als in einer deutschen Durchschnittsfamilie, die auf den Verdienst des Mannes zumeist angewiesen ist, eher verzichtet werden kann<sup>622</sup>. Dennoch scheint eine solche Konstellation die Ausnahme zu sein. Die Partner beruflich erfolgreicher Frauen – der so genannten Karrierefrauen – sind meist berufstätig<sup>623</sup>.

### **1.7. Zugehörigkeitsdauer/Anzahl der Legislaturperioden im Deutschen Bundestag**

An der Befragung haben sich mehrheitlich Abgeordnete beteiligt, die in den letzten beiden Legislaturperioden in den Bundestag kamen. Von 251 Abgeordneten (drei ohne Angaben) sind rund 30 Prozent seit 2005 und 25 Prozent seit 2002 Mitglied des Deutschen Bundestages. Neben der Mehrzahl der Abgeordneten, die jeweils zu Beginn einer Legislaturperiode im Jahr der Bundestagswahlen in den Bundestag einzogen, sind einige Abgeordnete auch in den Jahren während einer laufenden Legislaturperiode in den Bundestag nachgerückt. So sind von den Befragungsteilnehmer/innen in den Jahren zwischen 1989 und 2005 jeweils mindestens ein Abgeordneter/eine Abgeordnete (0,4 Prozent) in den Bundestag eingezogen.

Die Zahl der Abgeordneten nimmt mit den weiter zurück liegenden Jahrgängen (nach 1990) immer stärker ab. Im Zuge der Bundestagswahlen von 1990 zogen insgesamt 16 der Befragungsteilnehmer/innen (6,3 Prozent) in den Bundestag ein. Aus den sich anschließenden Jahrgängen bis einschließlich 1976 stammen noch 13 Zugänge. Die drei Abgeordneten mit der längsten Verweildauer (darunter zwei Männer) sind jene der Jahrgänge 1968, 1960 und 1953.

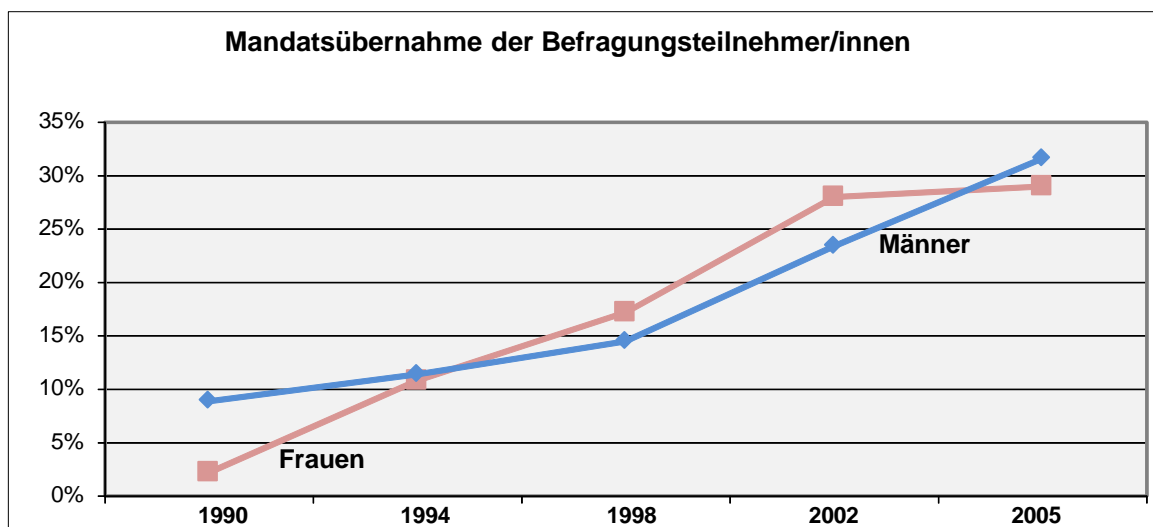
---

<sup>621</sup> Vgl. Ausführungen unter IV. „Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit von Mann und Frau“.

<sup>622</sup> Hierauf weist auch Interviewpartnerin „V“ im Interview hin.

<sup>623</sup> Vgl. insbesondere Ausführungen unter III. 3. „Frauenerwerbstätigkeit im Zeitverlauf“ und IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“.

Für den Gesamtüberblick wurden in folgender Grafik nur die „starken Jahrgänge“ der Bundestagswahlen im Zeitraum von 1990 bis 2005 berücksichtigt:



Grafik 13

Nicht nur die Tatsache, dass die meisten Abgeordneten, die zur Zeit der Befragung im Bundestag vertreten sind, in den Jahren 2002 und 2005 in den Bundestag einzogen, sind eine Erklärung für die stärkere Beteiligung. „Bundestags-Neulinge“ sind erfahrungsgemäß auch offener für die Teilnahme an Umfragen. Dass aus den jüngeren Jahrgängen aber auch mehr jüngere Abgeordnete stammen, für die das Thema der Forschungsarbeit generell von größerem Interessen sein dürfte als für die älteren unter den Abgeordneten, könnte ebenso ein Erklärungsansatz für das Beteiligungsverhalten sein.

Von 93 Frauen sind 27 Frauen (29 Prozent) seit 2005 im Bundestag und 50 Männer (32 Prozent) seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. Im Jahr 2002 zogen 26 Frauen (28 Prozent) und 37 Männer (23,4 Prozent) in den Bundestag ein. Männer und Frauen haben sich in einem vergleichbaren Maße, gemessen an ihrer Mitgliedschaft im Bundestag, an der Umfrage beteiligt. Von den Frauen haben sich zwar in den Jahren 1998 und 2002 verhältnismäßig mehr Frauen beteiligt. Bei den Männern nimmt das Interesse im Vergleich zu den Frauen nach dem Eintrittsjahr 1994 offensichtlich weniger stark ab als bei den Frauen. Auch die in 2005 in den Bundestag eingezogenen Männer haben sich zu einem größeren Anteil an der Umfrage beteiligt.

## 2. Fragen an Abgeordnete mit Kindern

### 2.1. Eingangsfragen

In einem ersten Abschnitt dieses Teils des Fragebogens, der sich an alle Abgeordneten richtete, die Kinder haben, wurden verschiedene allgemeine Fragen zum „Kinderkriegen“ bzw. dem „Kinderwunsch“ gestellt.

#### 2.1.1. Frage nach der Einstellung zum „Kinder haben“

Auf die Frage „**war es für Sie selbstverständlich, ein Kind/Kinder zu haben?**“ antworten die 194 Abgeordneten mit Kindern zu 95 Prozent mit „ja“. Die Männer unter ihnen haben die Frage zu 97 % bejaht und die Frauen zu 92,5 Prozent.

Zwischen den Frauen und Männern unter den Abgeordneten lässt sich nur eine geringe Abweichung feststellen:

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
ja	63	92,5%	122	97%
nein	5	7,5%	4	3%
gesamt	68	100%	126	100%

Tabelle 20

Bei den Männern mit Kindern wird in einem geringen Umfang von 4,5 Prozent häufiger Kinder zu haben als „selbstverständlich“ eingeordnet.

#### 2.1.2. Frage nach dem Wunsch, weitere Kinder zu haben

Die Frage „**wollen oder wollten Sie eigentlich ein weiteres Kind haben?**“ wird von 182 der Abgeordneten mit Kindern beantwortet. Insgesamt geben mit 58,5 Prozent über die Hälfte der Abgeordneten an, ein weiteres Kind haben zu wollen. Entsprechend weniger als die Hälfte der Abgeordneten sagt, kein weiteres Kind mehr bekommen zu wollen (bzw. keines mehr bekommen zu können, zum Beispiel aufgrund des Alters oder möglicherweise auch, weil ein Kind mit der aktuellen Lebenssituation nicht mehr korrespondiert). Vor allem die jüngeren Abgeordneten, die beispielsweise erst ein Kind haben, könnten hiermit zum Ausdruck gebracht haben, noch ein weiteres Kind bekommen zu wollen. Zugleich sind unter den 58,5

Prozent derjenigen, die sagen, noch ein Kind zu wollen oder gewollt zu haben auch jene versammelt, deren Wunsch nach einem weiteren Kind nicht erfüllt werden konnte und damit auch nicht mehr zu rechnen ist.

Bei den Frauen sind es 53 Prozent und bei den Männern 61 Prozent, die noch ein Kind bekommen wollen bzw. eines gewollt hätten. Die Abweichung zwischen Männern und Frauen liegt bei acht Prozent:

	<b>Frauen</b>	<b>Prozent</b>	<b>Männer</b>	<b>Prozent</b>
<b>ja</b>	34	53%	72	61%
<b>nein</b>	30	47%	46	39%
<b>gesamt</b>	64	100%	118	100%

Tabelle 21

Die Parlamentarierinnen wünschen oder hätten sich zu einem geringeren Anteil ein weiteres Kind gewünscht als ihre männlichen Kollegen (die Abweichung beträgt acht Prozent).

Es lässt sich feststellen, dass alle Frauen der Jahrgänge 1976 bis 1966, die auf diese Frage antworten (und die ihr Alter angegeben haben) die Frage, ob sie ein weiteres Kind woll(t)en, mit „ja“ beantworten (5 Frauen = 100 Prozent dieser Altersgruppe). Da diese Frauen noch im so genannten gebärfähigen Alter sind, wäre der Wunsch nach einem weiteren Kind grundsätzlich wohl realisierbar. Bei einem Vergleich mit den Männern der Jahrgänge 1976 bis 1966 und ihrem Wunsch nach einem weiteren Kind lässt sich hingegen feststellen, dass die Männer sich zu 81 Prozent (13 von 16 Männern in dieser Altersgruppe) ein weiteres Kind wünschen. Während es bei den jüngeren Abgeordneten folglich die Frauen sind, die sich häufiger ein weiteres Kind wünschen, sind es bezogen auf die Gesamtzahl der Väter und Mütter unabhängig von ihrem Alter, wie bereits erwähnt, die Männer, die verhältnismäßig häufiger als die Frauen den Wunsch nach einem weiteren Kind haben.

Bei den kinderlosen Abgeordneten sind es jedoch die Männer, die sich deutlich häufiger als die Frauen Kinder wünschen<sup>624</sup>. Während sich 34,5 Prozent der Frauen ein Kind wünschen, wollen mit 55 Prozent die meisten Männer noch ein Kind/Kinder bekommen.

<sup>624</sup> Vgl. hierzu die in diesem Kapitel noch folgenden Ausführungen unter 3.1. „Frage nach aktuell bestehendem Kinderwunsch“.



### 2.1.3. Fragen nach den mit dem Kinderwunsch verbundenen Überlegungen

Auf die Frage „**haben Sie länger überlegt, ob sie ein Kind haben wollen?**“ antworten 187 Abgeordnete und davon 29 mit „ja“ (15,5 Prozent) und 158 mit „nein“ (84,5 Prozent). Bei den Frauen sind es 79 Prozent und bei den Männern 87,5 Prozent, die angeben, nicht länger überlegt zu haben. Von den Frauen geben entsprechend 21 Prozent an, länger überlegt zu haben, ob sie ein Kind haben wollen. 12,5 Prozent der Männer haben nach ihrer Einschätzung länger überlegt. Das bedeutet, dass diesen Angaben zufolge die Männer sich im Unterschied zu den Frauen im Verhältnis von 8,5 Prozent weniger lange überlegt haben, ob sie Kinder haben wollen. Die Männer haben auch etwas häufiger angegeben, Kinder zu haben als für sie „selbstverständlich“ anzusehen. Das mag damit zu tun haben, dass die Geburt eines Kindes für Männer regelmäßig weniger gravierende Umstellungen hervorrufen als bei Frauen, die sich im Vergleich zu Männern in der Regel stärker dazu veranlasst sehen, ihr Leben neu organisieren zu müssen – insbesondere um Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können<sup>625</sup>.

Die Frage „**haben Sie länger überlegt, wann der richtige Zeitpunkt wäre, ein Kind zu bekommen,**“ haben 181 Abgeordnete mit Kindern beantwortet, und zwar 26,5 Prozent davon (47 Abgeordnete) mit „nein“ und 73,5 Prozent mit „ja“ (134 Abgeordnete). Die Antworten der Frauen und Männer sind prozentual bewertet identisch. Obwohl die Frauen in geringem Maße häufiger als die Männer angegeben haben länger überlegt zu haben, ob sie Kinder haben wollen, schlägt sich dieser Unterschied nicht in den Überlegungen nach dem richtigen Zeitpunkt nieder. Hierbei sollte aber berücksichtigt werden, dass die Mehrzahl der Kinder der Abgeordneten vor dem Eintritt in den Bundestag zur Welt kamen. Befinden sich Frau und Mann bereits im Bundestag, spielt gerade bei Frauen die Überlegung nach dem richtigen Zeitpunkt wohl eine entscheidende Rolle als bei Männern, die sich Kinder wünschen<sup>626</sup>.

Der Bitte zu schildern, welche Überlegungen für Kinder sprachen, kommen 54 Abgeordnete nach (21 Frauen und 23 Männer). Sie schreiben überwiegend, dass es eine „Selbstverständlichkeit“ für sie war, ein Kind zu bekommen, dass Kinder „*Zukunft und Leben bedeuten*“ und dass zu einem „*erfüllten Leben Kinder gehören*“. So bringt eine in einer Partnerschaft lebende Abgeordnete und Mutter zweier Kinder zum Ausdruck: „*Kinder bekommt man der Liebe wegen und nicht „wegen Überlegungen“, Kinder sind die großartigste Bereicherung*“. Ein Vater dreier Kinder schreibt „*Eigentlich bedarf es keiner Überlegungen, weil es eher „normal*“

---

<sup>625</sup> Vgl. insbesondere unter III. 3. „Frauenerwerbstätigkeit im Zeitverlauf“ und IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“.

<sup>626</sup> Wobei dieser Umstand insbesondere auch damit in Zusammenhang steht, dass die Frauen und nicht die Männer die Kinder zur Welt bringen. Eine Interviewpartnerin machte sich sehr konkrete Gedanken über den richtigen Zeitpunkt Mutter zu werden (Vergleiche Interview mit Interviewpartnerin „K“).

ist, Kinder zu haben.“ Und ein anderer Mann erläutert: *„Für mich, für uns, gehören Kinder einfach zur Familie dazu. Deshalb haben meine Frau und ich vor zwei Jahren zwei Mädchen adoptiert.“*

Eine Mutter dreier Kinder schreibt: *„Ich wollte nicht darauf verzichten. Sie geben Mut und Kraft für Engagement.“* Ein Vater von drei Kindern macht klar, dass für ihn und seine Frau Kinder kein Grund sind, *„diese unter Karrieregesichtspunkten zu haben oder auch nicht“*.

*„Es ging um den richtigen Zeitpunkt zwischen mir und meiner Frau. Für Kinder spricht alles“*, meint ein weiterer Abgeordneter, der ebenfalls drei Kinder hat. Es seien *„eher emotionale Gründe“*, die für Kinder sprachen, wie *„Kinder aufwachsen sehen, Partnerschaft vertiefen, sehen, wie es weiter geht.“* *„Mehrere Kinder machen eine interessante Lebens- und Familiensituation“*, schreibt ein Abgeordneter. Zum Ausdruck kommt auch, dass für einige die eigene *„familienorientierte Sozialisation“* eine Rolle spielt und das Aufwachsen in einer Großfamilie: *„Ich liebe Kinder, bin die Älteste von 7 Kindern.“*

Eine geschiedene Frau mit zwei Kindern geht auf die Frage ein und äußert: *„(Ja) Beim ersten Kind: erst nach dem Zwischenstudium. (Nein) Beim zweitem Kind: es war nicht geplant.“* Eine Mutter mit einem Kind schreibt, sie hätte gerne *„weitere Kind(er) gehabt, aber den Partner dazu nicht gefunden“*. Ein Mann mit vier Kindern stellt klar: *„Die beiden älteren Kinder stammen aus der ersten Ehe meiner Frau. Ich wollte noch zwei „eigene“ Kinder haben.“*

Aus den Angaben lässt sich zunächst schlussfolgern, dass für die Abgeordneten, die hier geantwortet haben, zu dem Zeitpunkt, als sie ihre Kinder bekommen haben – egal ob geplant oder eher ungeplant – Überlegungen zum „richtigen Zeitpunkt“, die mit der politischen Laufbahn in Zusammenhang stehen, keine Rolle gespielt haben.

Möglicherweise spielen Kinder und Familie gerade bei politisch engagierten Männern und Frauen eine wichtige Rolle. Die Aussage *„Kinder geben Mut und Kraft für Engagement“* deutet meines Erachtens darauf hin, dass anders als in den typischen Berufsorientierten Karrieren – in Wirtschaft und Wissenschaft – das politische Engagement, insbesondere der Frauen, oftmals familiär mitbegründet ist. Sich zunächst einmal für politische Belange auf kommunaler Ebene einzusetzen ist Männern und Frauen, die sich selber Kinder wünschen oder die bereits Kinder haben, oft ein wichtiges Anliegen. Diese Annahme wird zum Teil auch durch Anmerkungen der Abgeordneten zu der folgenden Frage bestätigt.

## 2.2. Geburt von Kindern und Einfluss auf die politische Karriere

### 2.2.1. Einschätzung der Abgeordneten zum Einfluss der Geburt ihres/r Kindes/r auf die politische Karriere

Die Frage „haben Sie den Eindruck, dass die Geburt Ihres/Ihrer Kind(er) Ihre politische Karriere beeinflusst hat?“, die sich ebenfalls nur an die Abgeordneten mit Kindern richtete, wurde von drei Vierteln der Abgeordneten mit „nein“ beantwortet. Vergleicht man die Antworten von Müttern und Vätern unter den Abgeordneten, die sich an der Umfrage beteiligt haben, stellt man eine kleine Abweichung fest:

	<b>Mütter</b>	<b>Prozent</b>		<b>Väter</b>	<b>Prozent</b>
<b>Ja</b>	21	32%	<b>Ja</b>	26	21%
<b>Nein</b>	44	68%	<b>Nein</b>	98	79%
<b>verwertete Antworten</b>	<b>67</b>	<b>100%</b>	<b>verwertete Antworten</b>	<b>124</b>	<b>100%</b>
<b>ohne Angaben</b>	<b>3</b>		<b>ohne Angaben</b>	<b>3</b>	
keine Kinder	28		keine Kinder	31	
Gesamt	96		Gesamt	158	

Tabelle 22

Von den Frauen meint etwa ein Drittel, die Geburt von Kindern hätte ihre politische Karriere beeinflusst. Bei den Männern ist es unter einem Viertel, die das so sehen. Bedenkt man außerdem, dass Frauen ihre politische Karrieren häufiger als Männer erst nach der Geburt ihrer Kinder beginnen und eine Beeinflussung der „politischen Karriere“ insofern nicht durch die Geburt als solche begründet worden sein kann, belegen diese Zahlen, dass die Wahrnehmung von Frauen und Männern in diesem Punkt auseinander gehen.

Bei den Abgeordneten, die mit „ja“ geantwortet haben lässt sich bei einem Vergleich der Antworten mit der Zahl der Kinder feststellen, dass vor allem Frauen mit drei Kindern überwiegend von einer solchen Beeinflussung ausgehen (78 Prozent), während die Männer mit drei und vier Kindern die Frage nur zu einem Anteil von unter 20 Prozent bejahen. Bei den Antworten der Abgeordneten mit einem oder zwei Kindern ist eine solche Abweichung nicht festzustellen. Mit „ja“ beantworten Männer und Frauen die Frage nur zu jeweils zwischen 20 und 30 Prozent.

Auch eine Korrelation mit dem erlernten und vor Übernahmen des Mandats ausgeübten Berufs fördert kein überraschendes Ergebnis zutage. In zwei Berufsgruppen überwiegen nach den Angaben der Frauen diejenigen, die häufiger die Frage bejaht haben, nämlich bei den

Angestellten und Juristinnen. Die Anzahl der Antworten und jeweiligen Berufsgruppen sind jedoch zu gering, als dass sich hieraus Schlüsse ziehen lassen könnten. Hervorzuheben ist jedoch, dass die Frauen und Männer, die angegeben haben vor dem Bundestagsmandat Bürgermeister oder Mitglied eines Landtages gewesen zu sein, jeweils mit Abstand häufiger geantwortet haben, dass die Geburt ihrer Kinder *keinen* Einfluss auf ihre politische Karriere gehabt hat (drei von sechs mit der Angabe „Bürgermeister“ antworten mit „ja“ und keine bzw. keiner mit der Angabe „Mitglied des Landtags“ antwortet mit „ja“). Dies mag zwar auch damit in Zusammenhang stehen, dass die Geburt der Kinder und die Phase, als die Kinder klein waren, überwiegend schon hinter den Männern und Frauen gelegen hat, als sie Landtagsabgeordnete oder Bürgermeister wurden. Dennoch scheint das Ergebnis darauf hinzudeuten, dass die Geburt eines Kindes die politische Karriere in Hinblick auf die Übernahme eines Landtagsmandats nicht beeinflusst.

Aufschlussreicher sind die von einigen Abgeordneten gemachten Bemerkungen hierzu, die im Folgenden wiedergegeben werden:

### **2.2.2. Erläuterungen zu den Veränderungen**

**Der Bitte, die Veränderungen zu schildern (sofern die Frage zuvor mit „ja“ beantwortet wurde), folgen 44 Abgeordnete (21 Frauen und 23 Männer).**

Von den 21 Antworten, die von **Frauen** auf diese Frage gegeben wurden, können etwa die Hälfte so gewertet werden, dass eine eher positive Beeinflussung auf die politische Karriere angenommen wird, während die andere Hälfte der Frauen eher kritische Anmerkungen macht.

Von den zehn Frauen, deren Anmerkungen als positive Veränderung gewertet werden kann, beschreiben die meisten einen Erfahrungsgewinn, dass sie mit ihren Kindern „*stärker politisiert*“ wurden und dass der „*Wunsch, gestaltend zu wirken, durch Kinder noch größer wurde*“. „*Die Erfahrung, Mutter zu sein, hat mich politisch überhaupt sensibilisiert*“ schreibt eine Mutter von drei Kindern. Und eine andere Frau berichtet von der „*bewussteren Wahrnehmung des gesellschaftlichen Rahmens sowie der Ausprägung des eigenen Engagements für Veränderungen*“ mit Kindern. „*Musste mich selbst um die Betreuung kümmern und wurde mit anderen Eltern aktiv in der Gründung einer Kindertagesstätte.*“

Auffallend ist, dass gerade Frauen nach der Geburt ihres Kindes bzw. ihrer Kinder beginnen, sich politisch zu engagieren oder ihr politisches Engagement ausdehnen, indem sie sich in Elterninitiativen oder als Elternvertreterinnen im Kindergarten oder in der Schule engagieren<sup>627</sup>.

Weitere positive Bewertungen lauten:

*„Ich wurde eher als Erwachsene, als Mutter, als Familienmensch wahrgenommen.“* Oder es wird von einem *„größeren Verantwortungsgefühl“* berichtet sowie von der hinzugewonnenen Fähigkeit der *„komplexeren Analyse der Entscheidungen, Konzentration der Entscheidungen nicht auf das „Jetzt“, sondern auf die „Zukunft““*.

Zwei Mütter berichten von ihren „Anfängen“ in der Politik in den frühen Kinderjahren: *„Ich bin nach der Geburt politisch aktiv geworden, nach dem zweiten Kind war ich nicht mehr berufstätig (fünf Jahre) und hatte Zeit für Politik.“* *„Das Mandat im Bundestag kam erst nach der „frühen“ Kinderphase. Als die Kinder klein waren, war ich im kommunalen Parlament.“* Schreibt die andere Frau.

Anders lauten die Einschätzungen der Mütter, die davon ausgehen, dass die Geburt ihrer Kinder die Karriere eher negativ beeinflusst hat:

*„Ich habe zwei meiner drei Kinder in der Zeit als Mutter (und Hausfrau) bekommen, bin aber seitdem (damals) nicht weitergekommen, weil ich die Parteitermine an Wochenenden nicht wahrnahm.“* Eine andere Mutter dreier Kinder erläutert: *„Überregionale politische Tätigkeit konnte neben Berufstätigkeit und Kinderbetreuung nicht fortgesetzt werden.“*

Eine Frau meint, ohne Kinder wäre ein *„früherer Einstieg in die Bundespolitik erfolgt.“*

*„Den überwiegenden Teil meiner politischen Erfahrung habe ich ehrenamtlich neben meiner Berufstätigkeit erworben. Es wäre kaum möglich gewesen, Job, Betriebsrats-Vorsitzende, aktive Gewerkschafterin, Parteiarbeit und dann auch noch Mutterschaft unter einen Hut zu bringen“,* berichtet eine Frau. Und eine andere schreibt: *„Da ich vollzeitig berufstätig sein musste (als Finanzbeamtin bestand keine Möglichkeit einer Teilzeitbeschäftigung), hing ich die Politik zehn Jahre lang an den Nagel“.*

Hier wird deutlich, dass die Schwierigkeiten für Frauen insbesondere darin bestehen können, ihre Berufstätigkeit, Kinder und Haushalt sowie politisches Engagement miteinander zu ver-

---

<sup>627</sup> Vgl. Interview mit Interviewpartnerin "L".

einbaren. Berufstätigkeit und Kinder oder politisches Engagement und Kinder sind scheinbar eher miteinander zu verbinden. Gleichzeitig aber ein (umfangreicheres) politisches Mandat, Kinder und einen Job miteinander zu vereinbaren, scheint kaum möglich zu sein. *„Die Einschränkungen des Familienlebens sind erheblich. Ich könnte mir kaum vorstellen, in der Mandatszeit ein Kind zu bekommen“*, schreibt eine Mutter zweier Kinder. Eine andere Mutter mit einem Kind merkt an, die Geburt ihres Kindes habe ihre politische Karriere beeinflusst, das sei aber insofern *„freiwillig“* geschehen, da sie Zeit für ihr Kind haben wollte.

Eine (wieder) verheiratete Frau und Mutter von drei Kindern schreibt: *„Bei der Scheidung wurde mir das Sorgerecht für den heute 26-Jährigen abgenommen.“* Diese Frau möchte womöglich zum Ausdruck bringen, dass ihr politisches Engagement dazu beigetragen hat, dass sie das Sorgerecht für ihr Kind verlor.

Neben der Bewältigung des Vereinbarkeitsproblems kann aber auch Kritik aus der eigenen Umgebung erschwerend hinzukommen. Ambitionierte junge Mütter scheinen solcher Kritik im besonderen Maße ausgesetzt zu sein<sup>628</sup>. So schreibt eine Mutter von drei Kindern von der *„Kritik von männlichen Kollegen und mehr Probleme bei neuen Ämtern, Stichwort: Die Frauen wollen alles!“*

Mag sein, dass solche Erfahrungen dazu führen, dass eine Mutter von zwei Kindern schreibt, die Geburt ihrer Kinder hätte ihre Karriere insofern beeinflusst, als es ihr *„Bewusstsein über die Notwendigkeit feministischer Politik und Quote“* geschaffen habe.

Von den Antworten der Männer und Frauen, die sich weder als eher positive oder eher negative Bewertung der Frage einstufen lassen (neutrale Bewertungen), beziehen sich einige auf die persönliche Situation der Befragten, die zum Zeitpunkt als sie Eltern wurden *„noch nicht an eine politische Karriere (DDR)“* dachten oder aber schreiben, dass ihre *„politische Karriere begann, als meine Tochter 16 Jahre alt war. Betreuung war nicht mehr erforderlich.“*

Ein verheirateter Mann und Vater von fünf Kindern schreibt, er wäre *„ohne Familie 1990 in die Neuen Länder gegangen (sage das ohne Vorwurf)“* und vielleicht intendiert er damit, dass dann seine politische oder berufliche Karriere ganz anders verlaufen wäre.

Ein Mann stellt dem neu gefundenen Bewusstsein *„wie wirken politische Entscheidungen auf die kommenden Generationen“* und die *„Beschäftigung mit anderen Themen (zum Beispiel Kinderbetreuung)“* dem Nachteil *„weniger Zeit für die Politik!“* gegenüber.

---

<sup>628</sup> Vgl. insbesondere Interviews mit Interviewpartnerinnen „M“ und „V“.

**Bei den Männern überwiegen anders als bei den Frauen jedoch eindeutig die als positiv einzuschätzenden Bewertungen auf die Frage, ob die Geburt der Kinder die Karriere beeinflusst habe:**

Von 23 Männern äußern sich 14 dahingehend, dass sie zum Beispiel „geduldiger und ernsthafter“ geworden sind und vielen Dingen eine „andere Gewichtung und Bedeutung“ beigemessen wird. „Als junger Politiker wird man als Familienvater eher ernst genommen“, schreibt ein Abgeordneter. „Ohne Kinder hätte ich weniger Lebenserfahrung und wäre für die Politik weniger geeignet“, sagt ein anderer Mann. Ein weiterer schreibt, seine Kinder hätten ihn „gelehrt, Wichtiges von Unwichtigem zu scheiden und Bodenhaftung zu behalten.“

Ähnlich beschreibt es ein Vater: „Zeit wird kostbarer, Prioritäten klarer, „Erdung“ stärker“. Das größere Verantwortungsbewusstsein, das mit eigenen Kindern einhergeht, scheint für die politische Karriere als positiv beurteilt zu werden. Neben dem „Erlebnis- und damit Erkenntnisgewinn“ und den „eigenen Erfahrungen in Familie und als Elternteil“ wird auch hervorgehoben, dass „die Debatten zur Familien- und Gesellschaftspolitik nun vor dem Hintergrund eigener Erfahrungen erfolgen“, dass „eigene Erfahrungen Urteile verändern“ und man „nicht nur auf Erwachsene fixiert ist“.

Ein Vater von drei Kindern erläutert, seine Kinder „haben mir mit der entscheidenden Hilfe der Mutter, meiner Frau – Kraft gegeben, und sie waren und sind meine besten Verbündeten.“ Auf der anderen Seite wird berichtet, „der „Verteilungskampf“ um die Zeit wurde schwieriger“ oder dass mit der Geburt des Kindes ein „komplizierter Zeitpunkt“ erwischt wurde.

Ein Vater von drei Kindern berichtet: „Die politische Aktivität aus Studienzeiten wurde zur Begründung der beruflichen Laufbahn und der Familiengründung über mehrere Jahre unterbrochen.“ Ein anderer Vater bestätigt, dass „Solange die Kinder klein waren, wollte/konnte ich keine hauptamtliche politische Laufbahn einschlagen.“

Ein Vater betont: „Kinder haben Priorität vor dem politischen Engagement.“ Mit dieser Bestimmtheit drückt es sonst kein anderer Mann aus, dass für ihn seine Kinder der politischen Arbeit vorgehen. Aus dieser Aussage lässt sich indes nicht schlussfolgern, in wie weit dieser Vater tatsächlich in die Kinderbetreuung und Haushaltsführung involviert war oder ist. Während einige der Frauen ihre Schwierigkeiten mit der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit, Kindern und Haushalt beschreiben, wird dieser Aspekt als solches lediglich von einem der Män-

ner erwähnt: „*Familiäre Pflichten und Verpflichtungen, das Recht des Kindes auf Papa-Zeit schränken die politische Verfügbarkeit/das politische Zeitbudget ein.*“

### 2.3. Vereinbarkeit von Karriere und kleinen Kindern (rückblickend) beurteilt

Hier ging es darum, etwas über die Einschätzung der Abgeordneten mit Kindern über den Verlauf ihrer (politischen) Karriere unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit zum einen *mit* kleinen Kindern und zum anderen *ohne* Kinder zu erfahren.

#### 2.3.1. Einschätzungen zur Vereinbarkeit mit kleinen Kindern

**An die Abgeordneten, die Kinder haben wurde folgende weitere Frage gerichtet:** „Falls Sie höhere politische Ämter übernahmen, nachdem Ihr(e) Kind(er) schon in die Schule ging(en): Würden Sie rückblickend sagen, Sie hätten, als Ihr(e) Kind(er) kleiner waren, Karriere und Familie „unter einen Hut bringen“ können?“

Geantwortet haben 158 Abgeordnete (59 Frauen und 99 Männer) von insgesamt 195 Abgeordneten, die Kinder haben. Etwa zwei Drittel (64,5 Prozent) antworten mit „ja“, sie hätten es sich vorstellen können, und ein Drittel (33,5 Prozent) mit „nein“, sie hätten sich nicht vorstellen können, ihre Karriere und Familie „unter einen Hut bringen“ zu können, wenn ihre Kinder noch kleiner gewesen wären.

Bezogen auf die Antworten der Frauen und Männer ergibt sich hier kein Unterschied:

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
<b>ja</b>	38	64,5 %	64	64,5%
<b>nein</b>	20	34%	33	33,5%
<b>weiß nicht</b>	1	1,5%	2	2%
<b>verwertete Antworten</b>	59	100%	99	100%
<b>ohne Angaben</b>	9		28	
<b>keine Kinder</b>	28		31	
<b>gesamt</b>	96		158	

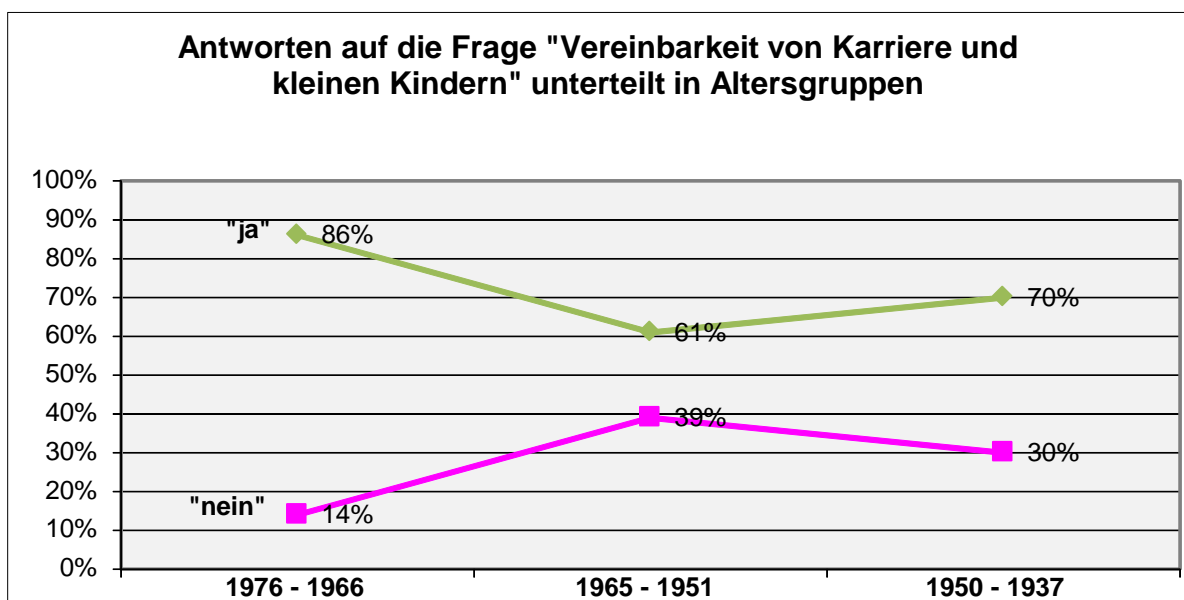
Tabelle 23



Dass Männer und Frauen sich hierin so einig zu sein scheinen erstaunt insofern, als dass die Männer anders als die Frauen in ihren Erläuterungen keine Vereinbarkeitsprobleme in den Vordergrund gestellt haben<sup>629</sup>.

Abweichungen bei den Antworten lassen sich jedoch bei einer Korrelation mit dem Alter der Abgeordneten ausmachen. Bei einer Unterteilung der Jahrgänge in die Gruppen 1976-1966, 1965-1951 und 1950-1937 (Abgeordnete mit kleineren Kindern, die mit größerer Wahrscheinlichkeit selbst noch Kinder bekommen könnten im Alter zwischen 30 und 40 Jahren, Abgeordnete mit zum Teil noch kleineren Kindern und Kindern, die überwiegend noch im Haushalt der Eltern leben von Abgeordneten im Alter zwischen 41 und 55 Jahren sowie Abgeordnete mit überwiegend erwachsenden Kindern im Alter zwischen 56 und 69 Jahren) lässt sich Folgendes feststellen:

Die Jüngeren antworten zu einem deutlich höheren Prozentsatz, dass es möglich sei oder möglich war, Karriere und Familie nach der Übernahme höherer politischer Ämter „unter einen Hut“ zu bringen. Anders sehen das die Älteren, insbesondere die Abgeordneten der Jahrgänge 1965-1951 im mittleren Alter zwischen 41 und 55 Jahren. Hier antworten mit 61 Prozent zu 15 Prozent weniger Abgeordnete mit „ja“ im Vergleich zu der Gruppe der jüngeren Abgeordneten, obwohl diese die jüngsten Kinder haben und auch derzeit noch am stärksten mit Vereinbarkeitsproblemen konfrontiert sein dürften.



Grafik 14

<sup>629</sup> Vgl. Frage 5 „Geburt von Kindern und Einfluss auf die politische Karriere“.

Die entscheidende Frage in diesem Zusammenhang ist, ob unter den jüngeren Abgeordneten tatsächlich bereits grundlegend andere Erfahrungen in Bezug auf die Frage, wie Beruf und Familie zu vereinbaren sind, gemacht wurden. Die Ergebnisse sprechen zunächst dafür, dass für junge Frauen und Männer trotz des gefühlten Fortbestehens von Vorurteilen gegenüber dem Verfolgen von Karriere und dem gleichzeitigen Wunsch nach Familie mit Kindern<sup>630</sup>, deren Vereinbarkeit grundsätzlich möglich ist bzw. die von vorherigen Generationen erlebten Einschränkungen sich heutzutage weniger stark auswirken. Das könnte bedeuten, dass sich die Gesellschaft bereits in einem spürbaren – zumindest mentalen Wandel – befindet und dieser bereits seine Auswirkungen zeigt<sup>631</sup>.

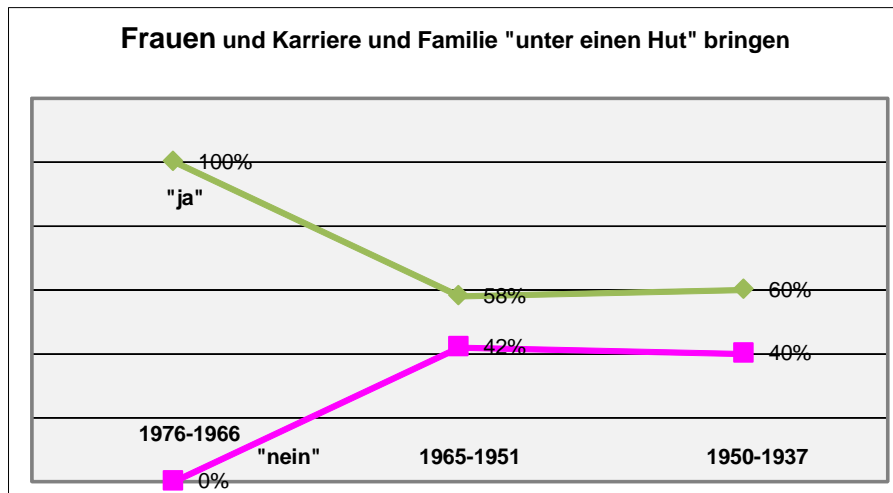
Ein Grund für die grundsätzlich für die von den jüngeren Abgeordneten zum überwiegenden Teil als möglich erachtete Vereinbarkeit von Karriere mit kleinen Kindern könnte unter anderem aber auch darin liegen, dass sich insbesondere jüngere Frauen nicht mehr so stark von Vorurteilen verunsichern lassen und Männer weit stärker ihren familiären Pflichten nachkommen, als das noch in früheren Zeiten der Fall war.

Bei der Bewertung der aus der Grafik ersichtlichen Ergebnisse muss aber auch in Erwägung gezogen werden, dass vor allem Männer zu der Einschätzung tendieren, sie hätten, als ihre Kinder kleiner waren, Karriere und Familie „unter einen Hut bringen“ können, wobei die Frauen dieser Abgeordneten den Männern häufiger als umgekehrt die Männer von weiblichen Abgeordneten die Haupt-Erziehungsarbeit sowie die im Haushalt anfallende Mehrarbeit übernehmen bzw. übernommen haben. Betrachtet man also die Antworten der Abgeordneten wie in den folgenden Grafiken 15 und 16 (waren Karriere und Familie als die Kinder klein waren „unter einen Hut zu bringen“?) unterteilt in Altersgruppen und aufgeteilt in Antworten von Frauen und Männern, ergibt sich folgendes Bild:

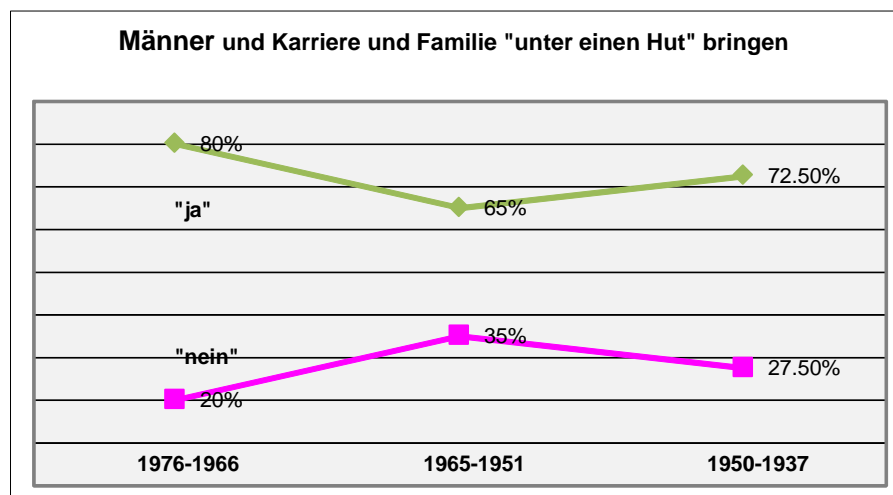
---

<sup>630</sup> Vorurteile insbesondere gegenüber Müttern, vgl. dazu Aussagen der Abgeordneten unter 4.7. „Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen“.

<sup>631</sup> Etliche weibliche Abgeordnete haben während ihres Mandats (noch in der 16. WP) Kinder bekommen: Diana Golze (2. Kind), Anna Lührmann und Grietje Bettin (*Aufzählung ist nicht abschließend. Zu den Geburten der genannten Frauen sind Presseartikel erschienen*).



Grafik 15



Grafik 16

Die Männer der Jahrgänge ab 1965 und älter sind im Vergleich zu den Frauen dieser Jahrgänge häufiger davon überzeugt, sie hätten Karriere und kleine Kinder „unter einen Hut“ bringen können bzw. konnten dies aus der Retrospektive beurteilt miteinander vereinbaren. Der Unterschied zu den Angaben der Frauen liegt zwischen sieben Prozent und 12,5 Prozent. In diesem Maße sind die Frauen der älteren Jahrgänge weniger sicher, ob beides zu vereinbaren war oder gewesen wäre. Während die älteren Frauen der Jahrgänge 1950 und älter dies zu 60 Prozent bejahen, sind es bei den Männern 72,5 Prozent. Die Schere zwischen der Einschätzung, Karriere und Familie wäre auch mit kleinen Kindern „unter einen Hut zu bringen“ gewesen, lässt sich, den Grafiken 15 und 16 nach zu urteilen, vor allem darauf zurückführen, dass die älteren Männer diese Frage in stärkerem Maße bejaht haben als die Frauen der gleichen Jahrgänge. Das stützt zumindest die Vermutung, dass es in der Vergangenheit (mit im Zeitverlauf abnehmender Tendenz) üblicher war, dass dem traditionellen Rollenbild der älteren Generationen folgend, die Frauen ihren Männern „den Rücken frei

hielten“ und sich daheim um die Kinder kümmerten, während es Frauen aufgrund dieses oftmals fehlenden Rückhaltes ihrer Männer nicht für möglich hielten, schon zu der Zeit, als ihre Kinder klein waren, eine Karriere zu verfolgen.

### 2.3.2 Einschätzungen zum Verlauf der Karriere ohne Kinder

Bei den Antworten auf die Frage: „**Glauben Sie, dass ihre politische Karriere anders verlaufen wäre, wenn Sie keine Mutter bzw. kein Vater wären?**“ ergeben sich Unterschiede zwischen weiblichen und männlichen Abgeordneten. Hier haben 182 Abgeordnete geantwortet (61 Frauen und 121 Männer). Insgesamt betrachtet sind es ein Viertel der Abgeordneten (25 Prozent), die mit „ja“ antworten, während Dreiviertel mit „nein“ antworten und meinen, ihre politische Karriere wäre nicht anders verlaufen, wären sie keine Eltern.

Deutliche Abweichungen ergeben sich bei einem Vergleich der Antworten der Männer mit denen der Frauen:

	Frauen	Prozent		Männer	Prozent
<b>Ja</b>	21	34,5%	<b>Ja</b>	24	20%
<b>nein</b>	40	65,5%	<b>Nein</b>	97	80%
<b>verwertete Antworten</b>	61	100%	<b>Verwertete Antworten</b>	121	100%
<b>ohne Angaben</b>	7		<b>Ohne Angaben</b>	6	

Tabelle 24

Während die Männer zu 80 Prozent glauben, ihre politische Karriere wäre **nicht** anders verlaufen, wenn sie keine Kinder hätten, sind es bei den Frauen rund 15 Prozent weniger. Entsprechend mehr Frauen glauben demnach, dass ihre politische Karriere ohne Kinder anders verlaufen wäre.

Bei der Beantwortung der Frage „Glauben Sie, dass ihre politische Karriere anders verlaufen wäre, wenn Sie keine Mutter bzw. kein Vater wären?“ folgte im Anschluss die Bitte, wenn mit „ja“ geantwortet wurde, das „warum?“ zu erläutern.

Wie auch bei anderen Fragen wurde das freie Textfeld für die eigenen Angaben auch dazu genutzt, allgemeine Angaben zu der Frage zu machen und auch darauf einzugehen, warum nicht „ja“, sondern „nein“ angekreuzt wurde.

Insgesamt 30 Abgeordnete (15 Frauen, 14 Männer, eine/r Anonym) gaben Begründungen dafür ab, warum sie mit „**nein**“/“**nicht anders verlaufen**“, geantwortet haben.

Bei den Frauen äußern sich **drei Abgeordnete** dahingehend, **dass ihre Karriere auch ohne Kinder *nicht schneller/leichter/unproblematischer* verlaufen wäre:**

Eine Mutter von zwei Kindern meint, *„Kinder waren motivierend, aktiver zu werden, die Gesellschaft nachhaltig zu gestalten, auch für die nachfolgende Generation.“* Eine andere Mutter von drei Kindern bestätigt, *„durch meine Kinder wurde ich politisch bewusst.“* Außerdem, sagt eine dritte Frau, würden ihr ohne Kind *„persönliche Erfahrungen fehlen, die fehlen vielen männlichen MdBs – leider!“*

Eine als **neutral** einzuschätzende Bewertung finden ebenfalls **drei Frauen:**

Die Karriere wäre anders verlaufen, *„weil ich andere politische Schwerpunkte gewählt hätte und meine ehrenamtliche Arbeit vermutlich in andere Organisationen eingebracht hätte.“*

Eine geschiedene Frau mit einem Kind verweist auf das pro und contra: *„Ja, weil ich ohne Spagat hätte Politik machen können; nein, weil mir viele Erfahrungen fehlen würden für die praktische Arbeit.“* *„Ich hätte auf wichtigen Kompetenzfeldern, die in meiner Fraktion wichtig sind, keine persönlichen Erfahrungen einbringen können. Andererseits ist die verfügbare Zeit, wenn die Kinder klein sind, zu kurz für Karriere“*, meint eine weitere Frau.

Auffallend ist, dass die letzten beiden zitierten Frauen zwar auf ihren Kompetenzgewinn verweisen, aber auch auf die erschwerten Umstände, die mit dem Versuch, mit kleinen Kindern Karriere zu machen, einhergehen.

Diese Einschätzung findet sich auch in den Antworten der **neun Frauen**, die formulieren, dass ihre Karriere ohne Kinder voraussichtlich anders verlaufen wäre – und zwar **früher/schneller/unproblematischer**. (Zum Vergleich: acht Männer treffen ebenfalls eine negative Bewertung ihrer Karrierechancen angesichts der Familiensituation.):

*„Ich wäre mehr in die Parteiarbeit eingestiegen“* oder *„ich hätte mich zeitlich stärker auf Parteebene einbringen können“* und *„weil ich früher in die konkrete politische Arbeit eingestiegen wäre“*, sind typische Antworten. Noch deutlicher werden diese beiden Frauen: *„Karriere wäre schneller verlaufen.“* *„Ich wäre früher in höhere politische Ämter gekommen und hätte ggf. sogar mehr erreicht.“*

Eine verheiratete Frau mit vier Kindern formuliert es vorsichtig so: *„Der Zeitaufwand zwischen Familie und Politik ist permanent zu optimieren und führt nicht immer zu optimalen*

*Ergebnissen für Familienfrieden und Karriere.*“ Drastischer stellt es eine geschiedene Frau und Mutter von zwei Kindern dar: *„Als alleinstehende Mutter ist Politik das Schwerste was ich mir damals ausgedacht habe.“*

Insofern ist es nicht verwunderlich, dass zwei Frauen Folgendes formulieren: *„Meine politische Karriere wäre anders verlaufen, wenn zum Zeitpunkt des Einstiegs in die Politik mein Sohn im schulpflichtigem Alter gewesen wäre.“* *„Ich konnte diese Karriere erst machen als meine Kinder groß waren (vorher stundenweise kommunalpolitisch)“*, sagt eine Mutter von drei Kindern.

Von den **Männern** äußern sich **vier Abgeordnete** dahingehend, dass ihre Karriere auch ohne Kinder **nicht schneller/leichter/unproblematischer** verlaufen wäre. Sie verweisen genauso wie die Frauen darauf, *„die Familienerfahrung war oft hilfreich“* und darauf, dass *„viel Lebenswissen fehlen“* würde. Derselbe Vater betont zugleich *„und damit wäre ich für Partei und Wähler uninteressanter.“* Ein weiterer Vater von vier Kindern beschreibt es so: *„Als Familienvater hat man in unserem Wahlkreis größere Chancen, gewählt bzw. aufgestellt zu werden.“* Dieser Aspekt der „größeren Chancen als Familienvater“ wurde von Frauen nicht genannt und scheint anders als bei Müttern eine zum Teil ganz andere Rolle zu spielen<sup>632</sup>.

Ein verheirateter Mann und Vater zweier Kinder schreibt: *„Ich wäre wohl eher eine Machtmaschine geworden“* und er spielt damit auf die wichtige Bodenhaftung an, die Familie einem oftmals gibt.

**Neutral** einzuschätzende Bewertungen finden **zwei** der 14 Männer, die ihre Antwort begründet haben. Auch diese sind vergleichbar mit den als neutral zu bewertenden Aussagen der Frauen: *„Andere Interessenschwerpunkte, andere Lebenserfahrungen“* und *„Aktivität wäre nicht unterbrochen worden. Fraglich, ob dann trotzdem Mandat erreicht worden wäre.“*

Dass ihre Karriere im positiven Sinne anders, nämlich **schneller/unproblematischer verlaufen** wäre, finden **acht Männer** (zum Vergleich: es waren neun Frauen mit einer vergleichbaren Einstellung):

Drei Männer sagen, sie wären *„früher in die Politik eingestiegen“* bzw. hätten sich *„früher engagiert“*. Ein verheirateter Mann und Vater zweier Kinder meint, dann wäre *„weniger Rücksichtnahme auf die Familie“* nötig und ein anderer schreibt, er *„hätte einige Posten mehr*

---

<sup>632</sup> Hierauf wird noch näher unter VII. „Familienleben von Politikern/innen (Bezugnahme auf eigene Erhebungen)“ eingegangen.

angenommen“. „Ohne Familie hätte ich bei der (Wieder-) Kandidatur sowie bei potent. Ortswechseln freier entscheiden können“, erläutert ein weiterer Mann. Hier kommt zum Ausdruck, dass auch Männer der Familie zuliebe Zugeständnisse machen müssen. Ein weiterer Mann formuliert, dass er sich „ohne Kinder konkreter auf die Politik konzentrieren“ könne. Ein Vater von drei Kindern konkretisiert: „MdB ist eine deutlich familienfeindliche Tätigkeit. Umso höher die Position, umso feindlicher.“

Korreliert man Alter der Abgeordneten und Antworten auf die Frage (ja/nein), lassen sich keine Auffälligkeiten feststellen. Die Verteilung der Ja- und Nein-Antworten auf die verschiedenen Jahrgänge bzw. Altersgruppen der Abgeordneten ergibt keine nennenswerte Häufung von Antworten. Daraus lässt sich schließen, dass die Einschätzung der Frage: „**Glauben Sie, dass ihre politische Karriere anders verlaufen wäre, wenn Sie keine Mutter bzw. kein Vater wären?**“ altersunabhängig ähnlich beantwortet wird. Das lässt sich auch über die Antworten in Korrelation mit der Länge der Zugehörigkeit zum Bundestag aussagen. Die Dauer des Mandats hat scheinbar keinen signifikanten Einfluss auf das Antwortverhalten der Parlamentarier/innen auf die gestellte Frage.

## 2.4. Fragen zur Betreuungssituation

### 2.4.1. Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut

Die hier gestellt Frage lautet: Wer betreut/betreute überwiegend Ihre Kinder? (Hier waren Mehrfachantworten möglich.)

Geantwortet haben 176 der 195 Abgeordneten mit Kindern, die an der Umfrage teilgenommen haben.

	Antworten	Prozent
<b>Ich</b>	59	33,5%
<b>Partner</b>	144	82%
<b>Ich und Partner</b>	36	20,5%
<b>anderes Familienmitglied</b>	21	12%
<b>Angestellte(r) Betreuer(in)</b>	22	12,5%

Tabelle 25

Mit Abstand am häufigsten wurde der Partner mit 82 Prozent als „Hauptbetreuungsperson“ genannt. Die Spalte „Ich und Partner“ gibt darüber Auskunft, wie viele der 176 Abgeordneten

jeweils „Ich“ und zusätzlich „Partner“ angekreuzt haben (20,5 Prozent). Der/die angestellte Betreuer/in scheint zusammen mit anderen Familienmitgliedern (Großeltern der Kinder oder Geschwister der Eltern) als Betreuungsperson eine eher untergeordnete Rolle zu spielen, wenn es darum geht, wer die Kinder überwiegend betreut. Die Abgeordneten sind deutlich häufiger selbst diejenigen (gewesen), die ihre Kinder betreu(t)en.

Von den 176 Antworten stammen 110 von Männern und 66 von Frauen. Auffallend ist, dass die Frauen im Vergleich zu den Männern auf die Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut(e), zu 66,5 Prozent angeben, dass sie selbst es sind oder waren (siehe Tabelle 26). Die Männer hingegen meinen dies nur zu 13,5 Prozent – rund fünfmal weniger als die Frauen. Der Partner der Frauen ist von den Frauen allerdings fast genau so häufig als Hauptbetreuungsperson genannt worden. Anders als von den Männern, bei denen zu 94,5 Prozent die Partnerin die Kinder betreut(e). Eine doppelte Nennung „Ich und Partner“ kommt bei den Männern nur zu 13 Prozent, bei den Frauen zu 33,5 Prozent vor. Die Hälfte der Frauen, die angegeben haben, sie selbst würden oder hätten überwiegend ihre Kinder betreut, gab ebenfalls ihren Partner als „Hauptbetreuungsperson“ an:

	Angaben der Frauen	Prozent	Angaben der Männer	Prozent
<b>Ich</b>	44	66,5%	15	13,5%
<b>Partner</b>	40	60,5%	104	94,5%
<b>Ich und Partner</b>	22	33,5%	14	13%
<b>Anderes Familienmitglied</b>	11	16%	10	9%
<b>Angestellter Betreuer</b>	13	20%	9	8%

Tabelle 26

Frauen nehmen oder nahmen mehr als doppelt so häufig wie die Männer angestellte Betreuer/innen als „Hauptbetreuungspersonen“ in Anspruch. Dies lässt sich wiederum darauf zurückführen, dass die Frauen der männlichen Abgeordneten die Betreuung der Kinder zu meist in einem Umfang übernehmen, der eine angestellte Betreuungsperson entweder ganz überflüssig macht (zum Beispiel wenn die Partnerin des Abgeordneten ganz zu Hause bleibt – typisch ist hier die so genannte „Hausfrauenehe“) oder aber nur in einem geringeren Umfang nötig macht. Andere Familienmitglieder werden dementsprechend häufiger von den Müttern unter den Abgeordneten in Anspruch genommen als von den Vätern. Das „andere Familienmitglied“ wird von den Männern etwa genau so oft (neun Prozent) in Anspruch ge-



nommen, wie ein angestellter Betreuer (acht Prozent). Zum Vergleich: Die Männer selbst geben zu 15 Prozent an, ihre Kinder selbst überwiegend zu betreuen oder betreut zu haben. Somit waren sie selbst immer noch häufiger die „Hauptbetreuungsperson“ als ein „anderes Familienmitglied“ oder ein angestellter Betreuer. Zu beachten ist aber, dass jene Abgeordnete überwiegend gleichfalls ihre Partnerin als „Hauptbetreuungsperson“ neben sich (14 Prozent) angegeben haben.

#### 2.4.2. Frage nach Häufigkeit der Fremdbetreuung

Die hier gestellte Frage lautet: **„Werden/wurden Ihre Kinder betreut ...in einer Krippe? ...in einem Kindergarten? ...von einer Tagesmutter? (Es waren Mehrfachantworten möglich.)**

Der überwiegende Anteil der Kinder der Bundestagsabgeordneten wird oder wurde in einem Kindergarten betreut (67 Prozent). In eine Krippe gingen die Kinder der männlichen und weiblichen Abgeordneten zu 20,5 Prozent und eine Tagesmutter übernahm die Betreuung in 12,5 Prozent der Fälle. Mehrfachnennungen gab es vor allem bei den genannten Betreuungsmöglichkeiten Krippe und Kindergarten, aber auch bei Tagesmutter und Kindergarten. (Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Kinder üblicherweise frühestens mit drei Jahren in den Kindergarten kommen und zuvor in einer Krippe oder von einer Tagesmutter betreut werden können.)

	Angaben der Frauen	Prozent	Angaben der Männer	Prozent
...in einer Krippe	24	28,5%	20	15,5%
...in einem Kindergarten	50	58%	94	73%
...von einer Tagesmutter	12	13,5%	15	11,5%
verwertete Antworten	86	100%	129	100%
MdB, die Kinder haben	68		127	

Tabelle 27

Auffallend ist, dass die Angaben der Männer und Frauen sich dahingehend unterscheiden, dass die Kinder der weiblichen Bundestagsabgeordneten fast doppelt so häufig in einer Krippe betreut wurden wie die Kinder der männlichen Abgeordneten (15,5 Prozent zu 28,5

Prozent) – da anders als bei dem berufstätigen Vater der Partner einer berufstätigen Mutter die Betreuung der Kinder in den ersten Jahren selten bzw. in sehr viel geringerem Umfang übernimmt. Damit sind nicht nur Alleinerziehende, sondern berufstätige Frauen im Allgemeinen häufiger auf eine Betreuung ihrer Kinder schon im Krippenalter angewiesen als berufstätige Männer. Das scheint auch auf die Bundestagsabgeordneten zuzutreffen – insbesondere da die Betreuung der gemeinsamen Kinder in der Hauptsache noch von den Müttern übernommen wird<sup>633</sup>.

In einem Kindergarten wurden die Kinder männlicher Abgeordneter zu 73 Prozent und die Kinder der weiblichen Abgeordneten zu 58 Prozent betreut, wobei davon auszugehen ist, dass die Kinder der weiblichen Abgeordneten in einem Gesamtumfang von mindestens ebenfalls rund Dreiviertel und damit alle Kinder der befragten Abgeordneten vor dem Beginn der Schule bereits ganz überwiegend außerhäusig betreut wurden. Dabei ist anzunehmen, dass die Kinder weiblicher Abgeordneter häufiger eine Kombination aus den verschiedenen Betreuungsformen in Anspruch genommen haben und im Schnitt früher in fremde Obhut gegeben wurden.

Zusätzlich zu berücksichtigen ist aber auch die Möglichkeit der Betreuung durch eine angestellte Betreuungskraft, die in der Regel die Kinder am Wohnort betreut:

Auf die Frage **„Falls Sie zur Betreuung Ihres Kindes/Ihrer Kinder Arbeitskräfte beschäftigen: für wie viele Wochenstunden?“** antworten 33 Abgeordnete (20 Männer und 13 Frauen). Die Angaben rangieren zwischen vier und 50 Stunden. (Zu beachten ist, dass nicht nur angestellte ausgebildete Betreuungskräfte gemeint sein können, sondern auch so genannte Au-pairs, die in der Regel im Hause der Eltern leben). Am häufigsten wurden Stundenzahlen zwischen 20 und 40 Stunden angegeben, darunter von insgesamt neun Abgeordneten 30 Stunden. Die Angaben der Männer und Frauen unterscheiden sich hier nicht im nennenswerten Bereich.

#### **2.4.3. Frage nach der Anzahl der Wochenstunden, in denen eine Arbeitskraft zur Betreuung der Kinder beschäftigt wird**

Betreuungskräfte sind flexibler einsetzbar – auch neben der Betreuung der Kinder in einer Kindertagesstätte – und werden oftmals zusätzlich engagiert, um einen Betreuungsengpass in so genannten „Betreuungsrandzeiten“ zu überbrücken.

---

<sup>633</sup> Vergleiche auch die Auswertung der Frage nach der Berufstätigkeit des Partners/der Partnerin in diesem Kapitel unter I. 6. und die Angaben der Abgeordneten zur Einschätzung der „Vereinbarkeitsproblematik“ unter 4.7.

Von insgesamt 33 Abgeordneten werden Stundenzahlen zwischen vier und 50 Stunden angegeben. Häufungen treten bei einem Betreuungsumfang durch beschäftigte Arbeitskräfte von zehn Stunden (insgesamt sechs Nennungen) und insbesondere 30 Stunden (neun Nennungen) auf:

Stundenzahl	Frauen	Männer
4-9 Stunden	1	3
10-16 Stunden	2	8
20 Stunden	3	2
28-30 Stunden	4	6
40 Stunden	2	1
50 Stunden	1	-
<b>Gesamt</b>	<b>13</b>	<b>20</b>

Tabelle 28

Von den 20 Männern, die hier geantwortet haben, werden Stundenumfänge von vier bis 40 Stunden und von den 13 Frauen Betreuungsumfänge von sechs bis 50 Stunden genannt. Im Durchschnitt beschäftigen die Männer für 19 Stunden und die Frauen für 26 Stunden in der Woche eine Arbeitskraft zur Betreuung ihrer Kinder<sup>634</sup>. Die weiblichen Abgeordneten sind somit offenbar nicht nur häufiger in der Situation, dass sie eine Arbeitskraft zur Betreuung ihrer Kinder beschäftigen müssen, als ihre männlichen Kollegen, sondern sie nehmen die Dienste einer Betreuungskraft auch in einem stärkeren Umfang in Anspruch als ihre männlichen Kollegen (sieben Stunden Differenz des durchschnittlichen Wochenstundenumfangs). Diese Zahlen belegen die zuvor bereits getroffenen Aussagen zur größeren Notwendigkeit für die weiblichen Abgeordneten bzw. berufstätigen Mütter, eine Betreuung für ihre Kinder neben der durch den Partner zu organisieren.

## 2.5. Zeit, die neben der Tätigkeit als Abgeordnete(r) für Kinder bleibt

In diesem Abschnitt wurde zum einen nach der anhand der Stundenzahl messbaren Zeit gefragt, die Abgeordnete (unterteilt in Wahlkreis- und Sitzungswochen) mit ihren Kindern verbringen können. Zum anderen wurde anhand konkreter Beispiele von Alltagssituationen nach der vorhandenen Zeit für Kinder gefragt.

<sup>634</sup> Bei den Frauen sind es auf die einzelnen Stundenangaben berechnet genau 336 Stunden: 13 = 25,8 Stunden im Durchschnitt und bei den Männern sind es genau 377 Stunden: 20 = 18,85 Stunden im Durchschnitt.

### 2.5.1. Zeit für Kinder in Wahlkreis- und Sitzungswochen

Vorausgeschickt sei, dass mehr als zwei Drittel der Bundestagsabgeordneten bei einer Befragung in 2003/2004 angaben, für die Politik bzw. ihren Beruf als Abgeordnete in den Sitzungswochen durchschnittlich 67 Arbeitsstunden und außerhalb von Sitzungswochen durchschnittlich 59 Arbeitsstunden aufzuwenden<sup>635</sup>.

Auf die hier gestellte Frage, wie viel Zeit den Vätern und Müttern unter den befragten Abgeordneten für ihre Kinder im Schnitt in Wahlkreiswochen bzw. in Sitzungswochen bleibt<sup>636</sup>, haben 116 Abgeordnete (31 Frauen und 85 Männer) die Wahlkreiswochen betreffend geantwortet und lediglich 106 Abgeordnete (25 Frauen und 81 Männer) haben auf die Frage nach der in Sitzungswochen verbleibenden Zeit geantwortet. Zu berücksichtigen ist hier jedoch, dass sich die Frage insbesondere an diejenigen Eltern richtete, deren Kinder noch jünger sind und mit den Eltern zusammenleben. Abgeordnete mit erwachsenen Kindern mögen sich von dieser Frage nicht unmittelbar angesprochen gefühlt haben. Zur Verdeutlichung von Unterschieden wird weiter unten untersucht, ob sich die Antworten von Eltern jüngerer Kinder von denen mit älteren Kindern unterscheiden.

In **Sitzungswochen**<sup>637</sup> haben die Abgeordneten für ihre Kinder im Durchschnitt 10 Stunden Zeit. Bei den Angaben der Mütter ergibt sich ein Durchschnitt von 13 Stunden und bei den Vätern von neun Stunden. Das ist ein Unterschied von rund vier Stunden. Die Mütter schaffen es gemessen an der Stundenzahl fast ein Drittel mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen als die Väter bzw. ihre männlichen Kollegen.

In **Wahlkreiswochen** haben die Abgeordneten für ihre Kinder im Durchschnitt 21 Stunden Zeit. Bei den Angaben der Mütter ergibt sich ein Durchschnitt von 24,3 Stunden und bei den Vätern von 19,3 Stunden. Im Unterschied zu den Männern bringen die Mütter – im Umfang von genau fünf Stunden – auch in den Wahlkreiswochen mehr Zeit für ihre Kinder auf als die Väter, wie sich auch anhand folgender Tabelle nachvollziehen lässt:

---

<sup>635</sup> Telefonische Befragung der Bundestagsabgeordneten (u.a.), Projekt A3 im SFB 580 an den Universitäten Jena und Halle, geleitet von Heinrich Best und Karl Schmitt, entnommen einem Beitrag von Best/Jahr: „Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitiker im wiedervereinten Deutschland“; Beitrag basierend auf Vorträgen einer Veranstaltung vom 8.11.2004 bzw. 15.12.2004 in ZParl – Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 1 / 2006, S. 63 ff. (S. 67).

<sup>636</sup> Es ist davon auszugehen, dass die Wochenenden hier jeweils nicht einbezogen wurden.

<sup>637</sup> Eine Sitzungswoche dauert von Montagnachmittag bis Freitagvormittag. Die meisten Abgeordneten reisen im Laufe des Montags an und reisen am Freitagnachmittag zurück in ihre Wahlkreise. In der Regel lebt die Familie im Wahlkreis – Ausnahmen hiervon bilden abgesehen von den Berliner und Brandenburger Abgeordneten (wie die Interviewpartner „H“ und „U“) einige Frauen und Männer, die ihre Familien zu sich nach Berlin geholt haben (wie Interviewpartner „I“).

	Wahlkreiswochen				Sitzungswochen			
	Frauen	Prozent	Männer	Prozent	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
<b>0 Stunden</b>	6	19,5%	4	4,7%	5	20%	12	15%
<b>1-5 Stunden</b>	1	3%	6	7%	1	4%	22	27%
<b>6-10 Stunden</b>	2	6,5%	21	24,7%	7	28%	29	36%
<b>11-15 Stunden</b>	2	6,5%	8	9,5%	2	8%	7	8,5%
<b>16-20 Stunden</b>	4	13%	20	23,5%	4	16%	6	7,5%
<b>21-25 Stunden</b>	3	9,7%	8	9,5%	2	8%	2	2,5%
<b>26-30 Stunden</b>	4	13%	7	8%	3	12%	3	3,5%
<b>31-35 Stunden</b>	0	0	2	2,3%	0	0	0	0
<b>36-40 Stunden</b>	4	13%	5	6 %	0	0	0	0
<b>41-45 Stunden</b>	0	0	1	1,2%	0	0	0	0
<b>46-50 Stunden</b>	3	9,7%	1	1,2%	0	0	0	0
<b>51-60 Stunden</b>	1	3%	1	1,2%	1	4%	0	0
<b>61-70 Stunden</b>	0	0	1	1,2%	0	0	0	0
<b>71-80 Stunden</b>	1	3%	0	0	0	0	0	0
<b>verwertete Antworten</b>	31	100%	85	100%	25	100%	81	100%
<b>keine Angaben</b>	65		73		71		77	
<b>gesamt</b>	96		158		96		158	
<b>Durchschnitt</b>	24 Stunden		19 Stunden		13 Stunden		9 Stunden	

Tabelle 29

**Sitzungswochen:** Von den 25 Müttern geben fünf Frauen (20 Prozent) an, in Sitzungswochen gar keine Zeit für ihre Kinder zu haben (0 Stunden). Von den 81 Männern sind es 12 (15 Prozent) mit 0 Stunden Zeit. Die meisten Väter (29 Männer = 36 Prozent) geben an, in Sitzungswochen zwischen 6-10 Stunden Zeit für Ihre Kinder zu haben. Zehn Stunden wurden von 18 Männern genannt, und fünf Stunden von 15 Männern. Auch bei den Frauen wurden am häufigsten Stunden zwischen sechs und zehn Stunden genannt, und zwar von sieben Frauen (26 Prozent). Davon verbringen vier Frauen (16 Prozent der Mütter) zehn Stunden mit ihren Kindern und mit drei Müttern haben noch 12 Prozent der Frauen zwischen 26 und 30 Stunden Zeit für ihre Kinder in den Sitzungswochen.

Immerhin drei Väter (3,5 Prozent) haben sogar zwischen 26 und 30 Stunden Zeit für ihre Kinder. Von den Frauen haben vier zwischen 26 und 30 Stunden Zeit für ihre Kinder (12 Prozent) und eine Mutter gibt den Spitzenwert von 51 Stunden pro Sitzungswoche an. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob das auf eine Sitzungswoche folgende Wochenende von jenen Abgeordneten, die vergleichsweise hohe Stundenangaben machen mit eingerechnet wurde. Andernfalls muss davon ausgegangen werden, dass die Familien dieser Abgeordneten in

Berlin-Brandenburg leben, so dass sie auch in Sitzungswochen die Möglichkeit haben, überdurchschnittlich viel Zeit mit den Kindern zu verbringen.

**Wahlkreiswochen:** Vier von 85 Abgeordneten geben an, auch in den Wahlkreiswochen keine Stunden mit ihren Kindern zu verbringen (zum Vergleich: in Sitzungswochen war dies bei zwölf Vätern der Fall). Etwa ein Viertel der Männer, nämlich knapp 25 Prozent geben an, mit ihren Kindern zwischen sechs bis zehn Stunden verbringen zu können. Fast ein weiteres Viertel der Männer (23,5 Prozent) verbringen 16-20 Stunden mit ihren Kindern. Häufig genannt wurden auch 11-15 und 21-25 Stunden (jeweils 9,4 Prozent). Insgesamt verteilen sich die Angaben der Männer auf bis zu 70 Stunden Zeit.

Eine Frau gibt an, in Wahlkreiswochen 73 Stunden mit ihrem Kind bzw. ihren Kindern verbringen zu können. Jeweils vier Mütter (13 Prozent) haben für Ihre Kinder in Wahlkreiswochen im Umfang von 16-20, von 26-30 bzw. von 36-40 Stunden Zeit für ihre Kinder. Eine erstaunlich hohe Zahl der Mütter (19,5 Prozent) gibt hingegen an, in Wahlkreiswochen verbleibe ihnen – ähnlich wie in den Sitzungswochen – 0 Stunden Zeit mit ihren Kindern. Möglicherweise leben die Kinder dieser Mütter aber nicht im Wahlkreis bzw. nicht im Haushalt ihrer Mutter. *Dieser Aspekt muss hinsichtlich der Betrachtung der aus Tabelle 10 ersichtlichen Ergebnisse unbedingt berücksichtigt werden.*

17 Abgeordnete, die nur Kinder im Alter ab 18 Jahren haben, machen Angaben zur Stundenzahl bezogen auf die Sitzungswochen. Bezogen auf die Wahlkreiswochen und die Wochenstundenzahl mit ihren Kindern über 18 Jahren haben 25 Abgeordnete geantwortet. Dies sind vergleichsweise wenige, denn von den Abgeordneten mit Kindern unter 18 Jahren antworten bezogen auf Ihre Zeit mit den Kindern in den Sitzungswochen 79 Abgeordnete und 88 Abgeordnete in Hinblick auf die Zeit in Wahlkreiswochen. Dass von den Abgeordneten, die nur Kinder im Alter ab 18 Jahren haben ein überproportional großer Anteil keine Angaben gemacht hat, deutet darauf hin, dass diese Abgeordneten ihren Nachwuchs nicht mehr als „Kinder“ definieren.

Wohl aus diesem Grund, weicht die errechnete durchschnittliche Wochenstundenzahl bei den Abgeordneten mit Kindern unter 18 Jahren nicht wesentlich von der allgemein errechneten Stundenzahl für alle Abgeordneten, die Kinder haben und hier geantwortet haben ab. Sie beträgt im Durchschnitt ebenfalls rund zehn Stunden in Sitzungswochen und 21 Stunden in Wahlkreiswochen.

Anderes ergibt aber ein Blick auf die Zeit, die den Abgeordneten, die noch Kinder im Alter bis einschließlich zwölf Jahren haben, verbleibt:

	Wahlkreiswochen				Sitzungswochen			
	Frauen	Prozent	Männer	Prozent	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
<b>0 Stunden</b>	4	31%	0	0	4	33%	0	0
<b>1-5 Stunden</b>	0	0	4	7%	0	0	16	32%
<b>6-10 Stunden</b>	0	0	10	18,5%	2	16,5%	23	46%
<b>11-15 Stunden</b>	0	0	5	9%	1	8,5%	3	6%
<b>16-20 Stunden</b>	1	8%	16	30%	1	8,5%	4	8%
<b>21-25 Stunden</b>	2	15%	6	11%	1	8,5%	2	4%
<b>26-30 Stunden</b>	2	15%	3	5,5%	2	16,5%	2	4%
<b>31-35 Stunden</b>	0	0	2	4%	0	0	0	0
<b>36-40 Stunden</b>	1	8%	4	7%	0	0	0	0
<b>41-45 Stunden</b>	0	0	1	2%	0	0	0	0
<b>46-50 Stunden</b>	2	15%	1	2%	0	0	0	0
<b>51-60 Stunden</b>	0	0	1	2%	1	8,5%	0	0
<b>61-70 Stunden</b>	0	0	1	2%	0	0	0	0
<b>71-80 Stunden</b>	1	8%	0	0	0	0	0	0
<b>verwertete Antworten</b>	13	100%	54	100%	12	100%	50	100%
<b>keine Angaben</b>	-		4		1		8	
<b>gesamt</b>	13		58		13		58	
<b>Durchschnitt</b>	26 Stunden		22 Stunden		18 Stunden		10 Stunden	

Tabelle 30

Hier sind es bezogen auf die **Sitzungswochen** rund elf Stunden und bezogen auf die Wahlkreiswochen 23 Stunden pro Woche (eine Stunde mehr in Sitzungswochen und zwei Stunden mehr Zeit in den Wahlkreiswochen). Waren es bei den Eltern ohne Rücksicht auf das Alter der Kinder bezogen auf die Frauen in Sitzungswochen 13 Stunden Zeit und bei den Männern neun Stunden, so sind es nun bei den Frauen mit Kindern bis zu zwölf Jahren 14,5 Stunden, bei den Männern jedoch unverändert zehn Stunden. Der erwähnte Unterschied von einer Stunde in Sitzungswochen ergibt sich also allein aus der von Frauen mit ihren Kindern mehr verbrachten Zeit.

Bei den Angaben zur Stundenzahl in **Wahlkreiswochen** waren es bezogen auf alle Abgeordneten mit Kindern jeglichen Alters bei den Frauen 24 Stunden und bei den Männern 20 Stunden. Bei den Abgeordneten mit Kindern bis einschließlich zwölf Jahren sind es bezogen auf die Angaben der Frauen 26 Stunden und bezogen auf die Angaben der Männer 22 Stunden.

den. Hier ergibt sich demnach jeweils ein Unterschied von zwei Stunden mehr Zeit, die Eltern von Kindern jüngerer Alters mit ihrem Nachwuchs verbringen. Anders als in Sitzungswochen verbringen die Väter ebenso wie die Mütter von jüngeren Kindern etwa zwei Stunden mehr Zeit mit ihrem Nachwuchs.

### **2.5.2. Im Folgenden wurde in Bezug auf fünf unterschiedliche Alltagssituationen die Frage gestellt, ob die Abgeordneten hierfür „öfters“, „manchmal“, „selten“ oder „nie“ Zeit hatten.**

In diesem Fragenblock haben insgesamt 181 Abgeordnete geantwortet, davon 118 Männer und 63 Frauen. Nicht alle 181 Abgeordneten haben allerdings alle Fragen, sondern nur einige der folgenden Fragen beantwortet.

Zunächst wurde gefragt: **„Haben/hatten Sie regelmäßig Zeit für gemeinsame Mahlzeiten, für das Zubettbringen/die Gutenachtgeschichte?“**

Von 178 Antworten (darunter 116 Väter und 62 Mütter) kreuzten die Abgeordneten überwiegend (61 Prozent) an, „öfters“ Zeit für die gemeinsamen Mahlzeiten und das Zubettbringen ihrer Kinder gehabt zu haben. „Nie“ hierfür Zeit gehabt zu haben, wurde von einem männlichen Abgeordneten angekreuzt (0,5 Prozent), „selten“ von insgesamt 13 Prozent der Abgeordneten (16 Prozent Männer und acht Prozent Frauen). Bei den Angaben „öfters“ und „manchmal“ divergieren die Ergebnisse zwischen Männern und Frauen indes kaum: 63 Prozent der Frauen und 60% der Männer sprechen von „öfters“, während 29 Prozent der Frauen und 23% der Männer angeben, „manchmal“ Zeit dafür zu haben bzw. gehabt zu haben.

Weniger Abgeordnete (insgesamt 154, darunter 101 Männer und 53 Frauen) antworteten auf die Frage, ob sie regelmäßig Zeit für die **„Unterstützung bei den Hausaufgaben o.ä.“** der Kinder haben oder hatten. Ein Grund hierfür kann sein, dass die Kinder einiger Abgeordneter noch nicht im schulfähigen Alter sind und dementsprechend noch keine Hausaufgabenbetreuung brauchen.

Insgesamt geben 30,5 Prozent der Abgeordneten an „öfters“ Zeit für die Unterstützung bei Hausaufgaben oder ähnlichen Anliegen zu haben oder gehabt zu haben. Die meisten sagen mit 34 Prozent „manchmal“ dafür Zeit gehabt zu haben, wobei unterteilt nach den Antworten von Männern und Frauen, die Frauen sagen, hierfür zu 39,5 Prozent „öfters“ und zu 30 Prozent „manchmal“ Zeit (gehabt) zu haben, während bei den Männern nur 27 Prozent „öfters“ und 35,5 Prozent „manchmal“ hierfür Zeit haben/hatten. „Selten“ wurde von 32,5 Prozent und



„nie“ von sechs Prozent der Männer angekreuzt. Zum Vergleich: „Selten“ wurde von 26,5% der Frauen und „nie“ von vier Prozent der Frauen angekreuzt. Der deutlichste Unterschied ist hier also zwischen Frauen und Männern bei der Antwort „öfters“ mit einer Divergenz von 12,5 Prozent zu den Antworten der Männer festzustellen.

Auf die Frage, ob die Parlamentarier/innen Zeit haben/hatten, **sich die Sorgen der/des Kinder/s anzuhören**, antworten insgesamt 164 Abgeordnete (111 Männer und 53 Frauen). Insgesamt 51 Prozent geben an, „öfters“ hierfür Zeit zu haben. Bei den Antworten auf diese Frage tritt eine Divergenz zwischen den Antworten der Männer und Frauen deutlicher als bei den vorherigen Antworten zutage. Interessanterweise drehen sich die Verhältnisse hier erstmals um und die Männer sind diejenigen, die zu 56,5 Prozent meinen, „öfters“ Zeit zu haben/gehabt zu haben, jederzeit die Sorgen der Kinder anzuhören. Bei den Frauen sind es 39,5 Prozent und damit deutlich weniger:

	Angaben der Frauen	Prozent	Angaben der Männer	Prozent
<b>öfters</b>	21	39,5%	63	56,5%
<b>manchmal</b>	16	30%	39	35,5%
<b>selten</b>	14	26,5%	9	8%
<b>nie</b>	2	4%		
<b>verwertete Antworten</b>	53	100%	111	100%
<b>keine Angaben</b>	10		7	

Tabelle 31

Die Frauen meinen im Vergleich zu den Männern mit 26,5 Prozent zu knapp 20 Prozent häufiger nur „selten“ Zeit zu haben oder gehabt zu haben, die Sorgen ihrer Kinder jederzeit anzuhören. Lediglich acht Prozent der Männer nehmen das für sich und ihre Kinder so an. Während zwei Frauen (vier Prozent) glauben, „nie“ Zeit dafür gefunden zu haben, denken das die Männer überhaupt nicht auf sich und ihre Kinder bezogen.

Da die Frauen verglichen mit den vorangegangenen Auswertungen im Schnitt mehr Zeit als ihre männlichen Kollegen mit ihren Kindern verbringen und für alltägliche Aufgaben eher Zeit finden als die Väter, muss dieses Ergebnis verwundern. Es stellt sich die Frage, ob die Mütter anders als die Väter einen höheren Maßstab an sich und die Qualität des „sich jederzeit die Sorgen des Kindes anhören“ setzen und somit meinen, sie könnten ihren Kindern in dieser Situation weniger gerecht werden als die Väter dies von sich meinen.

Die Frage nach der **Zeit für gemeinsame Unternehmungen/Reisen** wurde wieder von insgesamt 178 Abgeordneten (116 Männer und 82 Frauen) beantwortet. Im Vergleich zur vor-

herigen Frage lassen sich hier zwischen den Angaben von Müttern und Vätern kaum Unterschiede feststellen. Die meisten Parlamentarier glauben „öfters“ für gemeinsame Unternehmungen mit ihren Kindern Zeit zu haben. „Nie“ hierfür Zeit zu haben hat keiner der Abgeordneten angekreuzt. Zum Vergleich der Angaben von Frauen und Männern: „öfters“ 53 zu 52 Prozent, „manchmal“ 34 zu 39 Prozent, „selten“ 13 zu 9 Prozent. Die Frauen schätzen auch hier ihre Möglichkeiten für gemeinsame Unternehmungen für ein wenig begrenzter ein als die Männer.

Auf die Frage, ob die Abgeordneten **regelmäßig Zeiten haben/hatten, um die Entwicklungsschritte des/der Kinder/s im Einzelnen verfolgen zu können** antworten 174 Väter und Mütter (114 Väter, 60 Mütter). Mit 58 Prozent sind die meisten der Abgeordneten der Meinung, sie haben bzw. hätten „öfters“ und insofern wohl ausreichend Zeit gehabt, die Entwicklungsschritte ihrer Kinder im Einzelnen zu verfolgen. In der Regel nur „manchmal“ die einzelnen Entwicklungsschritte des Nachwuchses miterleben zu können, geben 33,5 Prozent an.

Bei einem Blick auf die Unterschiede zwischen den Angaben der Frauen und Männer fällt auf, dass hier die Frauen zu einem größeren Anteil als die Männer (65 Prozent zu 55 Prozent) glauben, dies „öfters“ tun zu können bzw. dies konnten:

	Angaben der Frauen	Prozent	Angaben der Männer	Prozent
<b>öfters</b>	39	65%	62	55%
<b>manchmal</b>	19	31,5%	39	34%
<b>selten</b>	2	3,5%	12	10%
<b>nie</b>			1	1%
<b>verwertete Antworten</b>	60	100%	114	100%
<b>keine Angaben</b>	3		4	

Tabelle 32

Der Unterschied von zehn Prozent (bezogen auf die Angabe „öfters“) lässt darauf schließen, dass die Frauen insgesamt „näher dran“ an ihren Kindern sind bzw. waren, als diese klein waren. Die Auswertung der Frage nach der Zeit, die den Abgeordneten für ihre Kinder bleibt (vgl. Tabelle 29) ergab im Durchschnitt vier bzw. fünf Stunden mehr Zeit, die Frauen im Vergleich zu den Männern mit ihren Kindern verbringen (vier Stunden mehr in Sitzungs- sowie fünf Stunden mehr in Wahlkreiswochen). Das spricht dafür, dass die Entwicklungsschritte der Kinder von den Müttern tatsächlich ein klein bisschen besser miterlebt werden können/konnten.

Die Männer haben im durchschnittlichen Vergleich nur etwas häufiger angekreuzt „manchmal“ die einzelnen Entwicklungsschritte des Nachwuchses miterleben zu können als die Frauen (31,5 Prozent Frauen und 34 Prozent Männer). Etwas größer ist die Differenz bei der Angabe „selten“ mit 3,5 Prozent bei den Frauen und zehn Prozent bei den Männern. Zudem gibt ein Mann an, hierfür „nie“ Zeit gehabt zu haben.

Sicherlich ist hier der Interpretationsspielraum, was das Verfolgen der einzelnen Entwicklungsschritte ausmacht, so groß, dass Rückschlüsse aus den Angaben nur mit Vorsicht zu ziehen sind. Ähnlich verhält es sich auch mit der Frage danach, ob die Zeit vorhanden war, sich jederzeit die Sorgen des Kindes anzuhören. Reicht hierfür ein Telefonat zwischen zwei Terminen? Oder aber würden andere Eltern von sich selbst erwarten, in einer solchen Situation bei ihrem Kind zu sein und ein ausführliches Gespräch miteinander führen zu können?

Abschließend wurde gefragt, ob die Abgeordneten **sich Gedanken machen, dass sie mandatsbedingt wenig Zeit für ihre Kind bzw. ihre Kinder haben oder hatten**. Diese Frage haben 173 der Abgeordneten beantwortet (114 Männer und 59 Frauen), wobei auch hier die Mehrheit von 46 Prozent angibt, sich „öfters“ darüber Gedanken zu machen (34 Prozent „manchmal“, 15 Prozent „selten“ und fünf Prozent „nie“).

Zwischen Männern und Frauen zeigen sich insbesondere Differenzen bei den Angaben „manchmal“ und „selten“, während sich der Großteil der Mütter und Väter mit nah beieinander liegenden 49 zu 45 Prozent überwiegend einig sind, sich „öfters“ Gedanken über ihre Zeitsituation zu machen:

	Angaben der Frauen	Prozente	Angaben der Männer	Prozente
<b>Öfters</b>	29	49%	51	45%
<b>Manchmal</b>	16	27%	42	37%
<b>Selten</b>	13	22%	13	11%
<b>nie</b>	1	2%	8	7%
<b>verwertete Antworten</b>	59	100%	114	100%
<b>keine Angaben</b>	4		4	

Tabelle 33

Die wenigen Abgeordneten, die hier mit „nie“ oder „selten“ geantwortet haben, könnten der Auffassung sein, dass es keinen Grund gibt, sich über die wenig vorhandene Zeit, die sie aufgrund Ihres Bundestagsmandats für die Familie haben, Gedanken zu machen. Möglicherweise wird von den insgesamt neun Eltern, die mit „nie“ antworten, die eigene zeitliche Situation als wenig problematisch eingeschätzt. Da sich bei Betrachtung der Angaben zu der

Frage nach der mit den Kindern verbrachten Zeit zeigt, dass der zeitliche Rahmen, den die Abgeordneten sich für ihre Kinder „frei nehmen“ können, ganz unterschiedlich groß ist, scheint diese Erklärung nahe liegend.

### **3. Fragen an kinderlose Abgeordnete**

#### **3.1. Frage nach aktuell bestehendem Kinderwunsch**

Insgesamt sind 59 der Teilnehmer/innen der Befragung kinderlos – 28 Frauen (29 Prozent) und 31 Männer (19,5 Prozent) (vergleiche Kapitel 1, Tabelle 1). Auf die Frage „**Wollen Sie noch Kinder bekommen?**“ antworten 60 Abgeordnete<sup>638</sup>:

	<b>Frauen</b>	<b>Prozent</b>	<b>Männer</b>	<b>Prozent</b>
<b>ja</b>	10	34,5%	17	55%
<b>nein</b>	13	45%	9	29%
<b>unentschlossen</b>	6	20,5%	5	16%
<b>Antworten</b>	29	100%	31	100%

Tabelle 34

Von den kinderlosen Frauen wollen 34,5 Prozent noch Kinder. 45 Prozent und damit die meisten der kinderlosen Frauen antworten mit „nein“. 20,5 Prozent sind „unentschlossen“. Bei den Männern ergibt sich ein anderes Bild. Von den insgesamt 31 kinderlosen Männern wollen die meisten, nämlich 55 Prozent noch ein Kind/Kinder bekommen, während 29 Prozent mit „nein“ und 16 Prozent mit „unentschlossen“ antworten.

Allerdings beantworten alle kinderlosen Männer und Frauen der jüngsten Jahrgänge von 1988 bis 1970 die Frage mit „ja“ oder sind „unentschlossen“. Die relativ hohe Beteiligung der Abgeordneten jüngerer Jahrgänge an der Befragung mag ein Grund dafür sein, dass von den Männern über die Hälfte der Kinderlosen (55 Prozent) noch Kinder bekommen wollen.

<sup>638</sup> Eine Frau mit Kind(ern) muss diese Frage ebenfalls beantwortet haben, da die Auswertung ergibt, dass 29 Frauen geantwortet haben, obgleich 28 Frauen angeben kinderlos zu sein.

### 3.2. Frage nach früher bestehendem Kinderwunsch und nach Gründen für die Kinderlosigkeit

In diesem Abschnitt ging es darum zu klären, wie viele der kinderlosen Abgeordneten bewusst auf Kinder verzichten bzw. aus welchen Gründen sie kinderlos geblieben sind.

Die Frage „**hätten Sie eigentlich Kinder haben wollen?**“ wird von 47,5 Prozent der Frauen und 28 Prozent der Männer mit „nein“ beantwortet, das heißt, jene Abgeordneten sind kinderlos, da sie keine Kinder bekommen wollten. Auffällig ist, dass im Gegensatz zu nur 5 Prozent unentschlossenen Frauen, 31 Prozent der Männer angeben, sie seien unentschlossen bei der Frage, ob sie Kinder hätten haben wollen.

#### 3.2.1. Gründe für nicht realisierten Kinderwunsch

Für den Fall der Beantwortung der Frage „Hätten Sie eigentlich Kinder haben wollen?“ mit „ja“ waren im Fragebogen drei Begründungsmöglichkeiten vorgegeben, nämlich **1. „weil Sie den/die richtige Partner(in) nicht fanden?“**, **2. „aus medizinischen Gründen“ und/oder 3. „weil Sie zunächst beruflich und/oder in der Politik vorwärts kommen wollten und den richtigen Zeitpunkt verpassten?“**

Die Antworten verteilen sich folgendermaßen:

Frauen	Kein richtiger Partner		Medizinische Gründe		Vorrang Karriere	
	Abgeordnete	Prozent	Abgeordnete	Prozent	Abgeordnete	Prozent
ja	8	66,5%	1	12,5%	6	60%
nein	4	33,5%	7	87,5%	4	40%
verwertete Antworten	12		8		10	
keine Angaben	16		20		18	
Kinderlose gesamt	28		28		28	

Tabelle 35

Männer	Kein richtiger Partner		Medizinische Gründe		Vorrang Karriere	
	Abgeordnete	Prozent	Abgeordnete	Prozent	Abgeordnete	Prozent
ja	7	77,5%	4	57%	5	83 %
nein	2	22,5%	3	43%	1	17%
verwertete Antworten	9		7		6	
keine Angaben	22		24		25	
Kinderlose gesamt	31		31		31	

Tabelle 36

Die Antwortmöglichkeit „weil Sie zunächst beruflich und/oder in der Politik vorwärts kommen wollten und den richtigen Zeitpunkt verpassten?“ beantworten prozentual gesehen deutlich mehr Männer als Frauen mit „ja“ (83 Prozent zu 60 Prozent). Bei den Frauen sind es jedoch sechs von zehn Abgeordneten, die diese Frage mit „ja“ beantworten, wobei von den Männern fünf von sechs die Frage mit „ja“ beantworten.

Bei den Männern und Frauen wird jeweils am häufigsten der Grund genannt, dass der/die richtige Partner/in nicht gefunden wurde (acht von zwölf Frauen bzw. sieben von neun Männern). Medizinische Gründe werden von Männern häufiger als Grund genannt als von Frauen (57 Prozent zu lediglich 12,5 Prozent – bzw. von vier Männern und einer Frau).

Insgesamt haben jeweils mehr Abgeordnete die Antwortmöglichkeiten zur Frage, warum sie trotz Kinderwunsches keine Kinder haben, nicht beantwortet, da jeweils deutlich mehr Abgeordnete hier keine Angaben gemacht haben. Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass die drei Antwortmöglichkeiten nicht als passend empfunden wurden oder den kinderlosen Befragungsteilnehmern/innen diese Frage zu intim war.

### 3.2.2. Weitere Gründe für einen nicht realisierten Kinderwunsch

Die folgende Frage gab den Abgeordneten die Möglichkeit, ihre persönlichen Gründe für die Kinderlosigkeit zu schildern: „**Aus welchen anderen Gründen sind Sie trotz Kinderwunsches kinderlos?**“ Geantwortet haben hier 14 Abgeordnete (zehn Frauen und vier Männer).

Von den zehn Frauen, die geantwortet haben, sind die Hälfte ledig (oder in einer Partnerschaft lebend) und gaben an „noch“ kinderlos zu sein, da „zu jung“. Als Grund wurde von einer Frau genannt, dass die (gleichgeschlechtliche) „Freundin noch in der Ausbildung“ ist.

Eine verheiratete Frau gibt an, „*mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen*“ und der „*Schichtdienst meines Mannes*“ seien verantwortlich für die Kinderlosigkeit. Eine ledige Abgeordnete antwortet: „***Ich kann es mir einfach nicht vorstellen, Kind und Abgeordnetenleben miteinander vereinbaren zu können.***“

Des Weiteren wurde als ausschlaggebend für die Kinderlosigkeit angegeben „*längere Zeit keine Partnerschaft*“ gehabt zu haben sowie schlicht „*Gründe, die in der Partnerschaft liegen!*“

Eine der Frauen gibt an, „*regelmäßig 14tägig für die Dauer von wenigstens drei Tagen mehrere Patenkinder*“ zu betreuen. Sie führt aus: „*damit entspreche in meinem Wunsch, mit Kindern zu leben.*“

Einer der vier Männer, die geantwortet haben, ist noch jung und sagt selbst: „*...Geburtsjahrgang (1975). Noch ist nicht aller Tage Abend.*“ Ein Abgeordneter verweist als Grund auf seine „*gleichgeschlechtliche Partnerschaft (ohne gleiche/volle Adoptionsrechte)*“.

Zwei der vier Männer geben an „*aus Rücksichtnahme auf die Wünsche der Ehefrau*“ bzw. die „*Tätigkeit der Partnerin*“ keine Kinder zu haben.

Auf die Frage, aus welchen anderen Gründen die Abgeordneten trotz Kinderwunsches kinderlos sind, hat demnach nur eine Frau geantwortet, dass die Kinderlosigkeit trotz Kinderwunsches ursächlich mit dem Abgeordnetenmandat bzw. dem „Abgeordnetenleben“ zu tun habe.

### **3.2.3. Gründe für nicht vorhandenen Kinderwunsch**

Die Abgeordneten, die die Frage „Hätten Sie eigentlich Kinder haben wollen?“ mit „nein“ beantworten, wurden gefragt: „Aus welchen Gründen wollten oder wollen Sie keine Kinder haben?“ Dazu äußern sich sieben Abgeordnete (sechs Frauen und ein Mann):

Von den Frauen gibt eine gesundheitliche Gründe an und eine andre Frau sagt, sie „*kann die Verantwortung für die kommende Generation nicht übernehmen. Das Wissen um die Zerstörung der Lebensgrundlagen, die unsere Gesellschaft perpetuiert, hat mich zur Entscheidung gebracht, hauptberuflich dagegen zu arbeiten und eben auf Kinder zu verzichten...*“.

Eine geschiedene Frau antwortet, es habe „*sich nicht ergeben*“, aber Gründe seien auch, dass die „**Vereinbarung Beruf/Politik/Familie schwierig**“ sei und neben dem Problem „*ungenügende staatliche Unterstützung bei Kinderbetreuung*“ auch die „*gesellschaftliche Anerkennung (Kinderfreundlichkeit)*“ fehle.

Kinder seien „**unvereinbar mit bisheriger beruflicher, politischer und ausbildungsbedingter Inanspruchnahme**“, gibt eine Frau an. Eine andere spricht von dem zu befürchtenden „*Karriereknick, weniger Geld, Freizeit etc.*“. „**Ich wollte mein berufliches Leben nicht zugunsten von Kindern einschränken**“, schreibt eine weitere Frau.

Bei insgesamt vier der sechs weiblichen Abgeordneten kommt zum Ausdruck, dass das berufliche Fortkommen einen maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidung gegen Kinder gespielt hat.

Der einzige Mann, der hier geantwortet hat, ist verheiratet und sagt, er habe gemeint, „**politisches Engagement (lange nicht Karriere), Kinder und Gleichberechtigung nicht miteinander vereinbaren zu können**.“ Hier kommt zum einen zum Ausdruck, dass ein in der Freizeit vorgenommenes politisches Engagement sehr zeitintensiv und einnehmend sein kann, unabhängig von der Wahrnehmung höherrangiger Posten innerhalb der Parteebenen (vergleiche auch die Antwort der Frau, die nebeneinander nennt „*Beruf/Politik/Familie*“ bzw. „*berufliche, politische und ausbildungsbedingte Inanspruchnahme*“). Zum anderen könnte hier der Anspruch des Mannes an sich selbst gemeint sein, seine Vaterrolle auszufüllen und sich die Betreuung und Erziehungsarbeit mit der Mutter eines gemeinsamen Kindes zu teilen<sup>639</sup>.

---

<sup>639</sup> Vgl. Interview mit Interviewpartner „J“, der sich die Betreuung seiner Kinder mit seiner Frau partnerschaftlich aufteilen will.



## 4. Allgemeine Fragen

Die „allgemeinen Fragen“ richten sich – wie bereits die Vorfragen – an alle Abgeordneten und nehmen keinen Bezug auf das Vorhandensein von Kindern.

### 4.1. Frage nach mandatsbezogenem Arbeitsumfang

Auf die Frage, wie viele Wochenstunden das Abgeordnetenmandat in Anspruch nimmt, antworten 237 der 254 Befragungsteilnehmer/innen. Bis auf eine einzige Ausnahme (hier liegt die Angabe bei einem Umfang von acht bis 16 Wochenstunden) geben die Abgeordneten durchschnittlich an, etwa 40 bis 80 Wochenstunden zu arbeiten.

Die Unterschiede liegen bei von zehn bis zu 80 Stunden (eine Differenz von 70 Stunden Arbeitsaufwand). Besonders viele Abgeordnete meinen, ihr Abgeordnetenmandat würde zwischen 50 bis 70 Stunden Arbeit pro Woche in Anspruch nehmen (24 Nennungen). Noch deutlich häufiger mit insgesamt 45 Nennungen wurde die Kombination von **60 bis 80 Wochenstunden** genannt. Die umfangreichste Stundenzahl wird mit 100 Stunden bis 120 Stunden mandatsbedingter Arbeit pro Woche angegeben. **Im Durchschnitt arbeiten die Abgeordneten nach ihren eigenen Angaben 54 bis zu 77 Stunden pro Woche.** Ungefähr in diesem Verhältnis dürfte bei den meisten das Verhältnis der Arbeitszeit jeweils bezogen auf die Wahlkreiswochen (mit dem geringeren Zeitaufwand) und Sitzungswochen (mit der höheren Angabe zum Zeitaufwand) aussehen.

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die mandatsbezogenen Wochenstunden an Arbeitszeit im Vergleich von Vätern/Müttern mit Kindern unter und über 18 Jahren, Kinderlosen sowie im Gesamtvergleich mit den Angaben aller Abgeordneten<sup>640</sup>:

---

<sup>640</sup> Angaben zum Alter der Kinder fehlen von 7 Vätern und 3 Müttern. Diese finden deshalb keine Berücksichtigung in der Auswertung bezogen auf die Väter und Mütter von Kindern unter bzw. über 18 Jahren. Zu beachten ist, dass mit „Kinder über 18“ alle diejenigen Kinder gemeint sind, die 18 Jahre und älter sind. Mütter und Väter, die Kinder unter und über 18 Jahren haben, wurden doppelt berücksichtigt. Insgesamt sind es 19 Abgeordnete, die Kinder haben, die über und unter 18 Jahre alt sind. 5 Frauen und 14 Männer haben ein Kind/Kinder im Alter von 0-17 Jahren und zugleich ein Kind/Kinder im Alter von 18 Jahren und älter.

Stundenzahl	Väter mit Kindern unter 18 Jahren	Mütter mit Kindern unter 18 Jahren	Väter mit Kindern über 18 Jahren	Mütter mit Kindern über 18 Jahren	Kinderlose Männer	Kinderlose Frauen	Gesamt-Stundenzahl aller MdB
Von	52,5	51,1	56,6	55,7	55,2	54,7	54
Bis	77,2	75,7	77,6	75,9	79,2	75,4	77
Antworten	74	23	38	34	31	26	237
keine Angaben	6	3	2	4	0	2	17
Gesamt	80	26	40	38	31	28	254

Tabelle 37

Auffallend ist, dass die männlichen Abgeordneten etwa 1,5 bis knapp vier Stunden mehr Arbeitszeit für ihre Tätigkeit als die weiblichen Abgeordneten aufwenden. Der größte Unterschied besteht zwischen den Angaben zur maximalen Arbeitszeit zwischen kinderlosen Frauen und kinderlosen Männern (75,4 zu 79,2 Stunden). Die Abweichungen zwischen den Vätern und Müttern mit Kindern unter 18 Jahren beträgt jeweils rund 1,5 Stunden bei der Angabe zur Mindest- und maximalen Arbeitszeit. Während die Wochenstunden der Väter und Mütter mit Kindern über 18 Jahren miteinander verglichen nur im Umfang von etwa bis zu 1,5 Stunden voneinander abweichen, ist ein größerer Unterschied zwischen den Wochenstunden der Väter und Mütter mit Kindern unter 18 Jahren und den Vätern und Müttern von Kindern über 18 Jahren festzustellen. Die größte Abweichung lässt sich bei der Mindeststundenzahl ablesen, die bei den Vätern um 4,1 Stunden geringer ist bzw. bei den Frauen um 4,6 Wochenstunden unter der jener Mütter bereits erwachsener Kinder liegt.

#### 4.2. Frage nach der Zeit, die bei der Familie verbracht wird

Die Frage, wie viele Wochenstunden die Abgeordneten mit ihrer Familie verbringen wird nur von 206 der 254 Abgeordneten beantwortet. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass „Familie“ evtl. nur so verstanden wird, dass der Ehegatte, Kinder, Eltern oder Geschwister gemeint sein können, nicht jedoch der Lebensabschnittgefährte oder zum Teil nicht mal der Ehegatte, sofern keine Kinder im Haushalt leben. Diejenigen insbesondere jüngeren Abgeordneten, die zudem derzeit in keiner geregelten Partnerschaft leben, haben sich von der Frage evtl. gar nicht angesprochen gefühlt<sup>641</sup>, ebenso wie diejenigen nicht, die kaum Kontakt zu Familienmitgliedern wie den eigenen Eltern, Onkel, Tanten, etc. haben.

<sup>641</sup> Zur Erinnerung: Von den 254 Befragungsteilnehmern/innen sind 28 ledig und 27 geschieden oder getrennt lebend. Insgesamt 59 Abgeordnete sind kinderlos.

Zumindest lässt sich in diesem Zusammenhang auch erklären, wieso hier recht unterschiedliche Angaben gemacht wurden: 17 Abgeordnete geben an, gar keine Stunden mit ihrer Familie zu verbringen. Während einige sagen, mit ihrer Familie zwischen 0 bis 10 (drei Abgeordnete), 0 bis 30 Stunden (acht Abgeordnete), 0 bis 30 Stunden (fünf Abgeordnete) und sogar 0 bis zu 80 Stunden (ein Abgeordneter) zu verbringen, überwiegen diejenigen, die etwa 10 bis zu 15 Stunden (zehn Abgeordnete), 10 bis zu 20 Stunden (29 Abgeordnete) oder 20 bis 30 Stunden (elf Abgeordnete) mit ihrer Familie verbringen. Die höchste Stundenzahl verbringen zwei Abgeordnete mit ihrer Familie, die von 50 bzw. 60 bis zu 80 Stunden angeben.

Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass einige Abgeordnete den Vorteil haben, dass sie ihre Familie nicht nur in den Wahlkreiswochen sehen können, sondern jene Abgeordnete aus Berlin und Brandenburg täglich nach Hause heimkehren können und somit wesentlich mehr Zeitfenster für sie entstehen, die mit der Familie bzw. zu Hause bei der Familie verbracht werden können<sup>642</sup>.

Zur Betrachtung der Stundenzahl, die jene Abgeordnete, die Kinder haben, bei ihrer Familie verbringen, wurde wieder eine Unterteilung der Väter und Mütter in jene mit Kindern unter und über 18 Jahren<sup>643</sup> sowie Kinderlose vorgenommen:

<b>Stundenzahl im Durchschnitt</b>	<b>Väter mit Kindern unter 18 Jahren</b>	<b>Mütter mit Kindern unter 18 Jahren</b>	<b>Väter mit Kindern über 18 Jahren</b>	<b>Mütter mit Kindern über 18 Jahren</b>	<b>Kinderlose Männer</b>	<b>Kinderlose Frauen</b>
<b>von</b>	<b>13,1</b>	<b>15,5</b>	<b>10,5</b>	<b>12,8</b>	<b>10,5</b>	<b>7</b>
<b>bis</b>	<b>30,9</b>	<b>31</b>	<b>20,6</b>	<b>25</b>	<b>22,3</b>	<b>13,4</b>
<b>Antworten</b>	70	22	34	29	26	18
<b>keine Angaben</b>	10	4	6	9	5	10
<b>gesamt</b>	80	26	40	38	31	28

Tabelle 38

Zu beachten ist, dass in 17 Fällen als Stundenzahl, die bei der Familie verbracht wird, „0“ (also keine) angegeben wurde. Bei den Müttern und Vätern mit Kindern unter 18 Jahren waren es drei Väter und eine Mutter und bei den Familien mit Kindern über 18 Jahren drei Väter und drei Mütter, die nach ihren Angaben keine Stunden bei ihrer Familie verbringen. Bei den Kinderlosen ergibt sich kein wesentlicher Unterschied. Hier geben sieben Abgeordnete an, bei ihrer Familie keine Stunden zu verbringen (drei Männer und vier Frauen).

<sup>642</sup> Vergleiche Interviews mit Interviewpartner „H“ und „U“.

<sup>643</sup> Zu beachten ist, dass mit „Kinder über 18“ alle diejenigen Kinder gemeint sind, die 18 Jahre und älter sind. Mütter und Väter, die Kinder unter und über 18 Jahren haben, wurden doppelt berücksichtigt.

Ein Vater eines noch nicht volljährigen Kindes verbringt von 0 bis zu 80 Stunden bei der Familie. Dies stellt die größte Spanne zwischen den angegebenen Stundenzahlen dar. Am häufigsten wurde von „10 bis 20“ Wochenstunden bei der Familie genannt.

Abgeordnete mit Kindern über 18 Jahren verbringen weniger häufig 40 oder über 40 Wochenstunden bei ihrer Familie als ihre Kollegen/innen mit jüngeren Kindern. 40 und mehr Stunden wurden von vier Männern und sieben Frauen unter den Eltern erwachsener Kinder genannt.

Kinderlose Männer verbringen zwar in drei Fällen ebenfalls über 40 Stunden pro Woche bei ihrer Familie (dem/der Ehegatten/in, Lebensgefährten/in oder Angehörigen). Von den kinderlosen Frauen jedoch verbringt keine in einem solchen Umfang ihre Zeit bei der Familie. Am meisten Zeit verbringen zwei kinderlose Frauen mit maximal 30 Stunden bei ihrer Familie. Abgesehen davon verbringen die kinderlosen Frauen unter den Abgeordneten mit Abstand am wenigsten Zeit bei ihrer Familie (von sieben bis zu 13,4 Wochenstunden. Zum Vergleich: kinderlose Männer sind von 10,5 bis zu 22,3 Stunden pro Woche mit ihrer Familie bzw. einem „Familienteil“ zusammen).

### **4.3. Vergleich mit einer anderen beruflichen Situation**

Die Abgeordneten wurden hier nach ihrer Einschätzung im Hinblick auf die zuvor gestellten Fragen im Vergleich zu einer anderen beruflichen Situation befragt und sollten diese anschließend begründen.

#### **4.3.1. Antworten**

**Würden Sie die vorherigen Fragen (*...wie viele Wochenstunden verbringen Sie mit Ihrer Familie? Wie viele Wochenstunden nimmt Ihr Abgeordnetenmandat in Anspruch?*) anders beantworten, wenn Sie kein(e) Abgeordnete(r) wären und einen anderen Beruf ausüben würden?**

Auf diese Frage antworten 226 der 254 Abgeordneten. Etwa die Hälfte (48,5 Prozent) von ihnen antwortet mit „ja“, sie würden die vorherigen Fragen anders beantworten. Während 33 Prozent mit „nein“ antworten und 18,5 Prozent „unentschieden“ sind.

Im Vergleich der Antworten der Männer zu denen der Frauen ergeben sich keine größeren Unterschiede zwischen den Angaben:

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
ja	45	51%	65	47%
nein	27	31%	48	35%
unentschieden	16	18%	25	18%
verwertete Antworten	88	100%	138	100%
keine Antwort	8		20	
gesamt	96		158	

Tabelle 39

Die Frauen sind zu vier Prozent eher davon überzeugt, dass sie die Fragen in Bezug auf den Arbeitsumfang ihres Mandats und der Zeit, die ihnen gemeinsam mit der Familie verbleibt, anders beantworten würden als die männlichen Kollegen, sofern sie nicht Abgeordnete wären. Das spiegelt sich auch in den „nein“-Antworten wider, während die Anzahl der „Unentschiedenen“ mit 18 Prozent die gleiche bei den Männern und Frauen ist.

#### 4.3.2. Begründungen

Der Bitte zu schildern, **„warum“** die Abgeordneten ihre Situation anders einschätzen, wenn sie einen anderen Beruf als den der/des Abgeordneten ausüben würden, folgen 99 Abgeordnete. Unter den 99 Antwortenden sind 40 Frauen und 58 Männer.

Einige der Frauen, die ihre Antwort begründet haben, nehmen auf den Arbeitsumfang ihres erlernten Berufs Bezug, wie zum Beispiel so: *„Der Zeitaufwand für das Abgeordnetenmandat ist höher als in meiner Tätigkeit als Ärztin.“*

Viele der Abgeordneten heben die Situation der räumlichen Trennung von der Familie in Sitzungswochen hervor: *„In Sitzungswochen bin ich von Montag früh bis Freitag-Abend in Berlin. In Wahlkreis-Wochen bin ich in der Regel zu Hause mit Abendterminen und/oder Wochenendterminen oder Partei[terminen].“* schreibt eine Mutter eines Kindes. Eine andere Mutter eines Kindes beschreibt die Situation ähnlich: *„Weil ich mehr Freizeit hätte und nur zu Hause leben würde. Da mein Sohn jetzt in Berlin lebt, habe ich momentan mehr Zeit, um mit ihm zusammen zu sein. Vor zwei Jahren war das gleich Null.“<sup>644</sup>* *„Ich hätte nicht die langen*

<sup>644</sup> Es ist anzunehmen, dass diese Abgeordnete ihr Kind zu sich nach Berlin geholt hat. Vgl. auch die Interviews mit Interviewpartnerinnen „M“ und „Y“, die ihre Kinder nach Berlin mitgebracht haben.

*Abwesenheitszeiten vom Wohnort und die langen Reisezeiten zwischen Baden Württemberg und Berlin. Also mehr Zeit für meine Familie“ sagt eine Abgeordnete mit zwei Kindern.*

Insbesondere die fehlende „geregelt“ Arbeitszeit bereiten Frauen mit Kindern Probleme. So schreibt eine Mutter von vier Kindern: „...1. weil ich eine geregelte Arbeitszeit hätte. 2. weil meine Freizeit selbst bei ehrenamtlichen Engagement planbar wäre, 3. weil ich meine Zeit selbst einteilen und ausfüllen könnte.“ „Ich hätte sicher geregelte Arbeitszeiten. In den Sitzungswochen sehe ich momentan meine Familie kaum“, beschreibt es eine andere Mutter und eine weitere Mutter zweier Kinder meint, sie „hätte als Dipl. Geographin überwiegend geregelte Wochenarbeitszeit und freie Wochenenden.“ Weitere Stimmen von Müttern mit dem gleichen Tenor lauten: „Andere Berufe sind weniger zeitaufwändig und besser planbar.“ „In anderen Berufen (ich hatte vor dem Mandat entsprechende Erfahrungen) bleibt mehr Zeit nach der Arbeitszeit und am Wochenende.“ „Weil es kaum Tätigkeiten gibt, die gerade in den Abend hinein und so zeitaufwändig sind.“ oder „Weil es wenige Berufe gibt, die so viel Zeit dauerhaft beanspruchen, rund um die Uhr, sieben Tage die Woche!“ erläutert eine geschiedene Mutter eines Kindes. Weitere Aussagen lauten: „Es gäbe Feierabend und Wochenende.“ „Besser geregelte Arbeitszeiten und Wochenende frei, mehr Zeit für Privat-/Familienleben“. „Weil man als normale Angestellte in der Regel ein Wochenende hat, das man privat nutzen kann“ schreibt auch eine der wenigen kinderlosen Frauen, die hier geantwortet hat.

„Ich würde hoffentlich weniger arbeiten und vor allem Arbeits- und Familienleben deutlich klar trennen könne“, schreibt eine Mutter von zwei Kindern. Der Aspekt, Arbeits- und Familienleben klarer voneinander trennen zu können, kommt hier neu hinzu. Zum Ausdruck kommt dies auch bei der Formulierung einer anderen Frau mit einem Kind: „Ohne Mandat würde ich wesentlich größere Spielräume zur Gestaltung meiner Freizeit haben.“ Auch für Abgeordnete ohne Kinder spielt eine große Rolle, dass „mehr Freizeit, insb. am Wochenende und an den Abenden für die Familie/Private zur Verfügung stehen würde.“

Etliche Frauen heben hervor, dass sie als Abgeordnete auf freie Wochenenden verzichten müssen bzw. schreiben, dass sie bei Ausübung eines anderen Berufs freie oder weitgehend freie Wochenenden hätten und ihre private Zeit besser einteilen könnten. „Mehr Freiraum, mehr Freizeit“ gäbe es kurz gesagt nach Ansicht einer Mutter von drei Kindern, wenn sie nicht Bundestagsabgeordnete wäre. Was hier mit „Freiraum“ gemeint sein könnte, bringt eine andere Abgeordnete zum Ausdruck: „Der Beruf einer Abgeordneten erfordert weitaus mehr persönlichen Einsatz und Präsenz.“ Dazu zählt auch, dass ein anderer Beruf wohl „etwas weniger Verantwortung und Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit“ mit sich brin-

gen würde. Schließlich wird hervorgehoben, dass *„der Mandatsrhythmus das Leben absolut dominiert.“* Bedingt wird dies durch die Aussage, die eine andere Abgeordnete trifft, nämlich: *„als Abgeordnete hat man keine festen Arbeitszeiten und wird von den Menschen voll in Anspruch genommen.“*

Eine Mutter von fünf Kindern schreibt: *„Die öffentliche Aufmerksamkeit wäre nicht in der Form vorhanden. Ich hätte mehr Zeit für meine Familie und hätte nicht ständig das Gefühl, dass (wörtlich) meine Familie zu kurz kommt.“* Auf die „öffentliche Meinung“ nimmt auch eine andere Abgeordnete Bezug: *„Bürger kennen nicht den enormen Arbeitsaufwand einer MdB. Negativ-Berichterstattung in den Medien beeinflusst sicher Bürgermeinung.“*

Die 58 Männer, die ihre Antwort begründet haben, gehen ebenso wie die Frauen auf die Aspekte der Trennung von Parlamentssitz und Wohnort sowie fehlende Freizeit an den Abenden und Wochenenden und die „zeitliche Belastung“ im allgemeinen besonders häufig ein: *„Ich hätte abends mehr Zeit, politische Arbeit findet sehr oft an Abenden statt“*, schreibt ein Mann und einer anderer meint, *„die Abgeordnetentätigkeit erfordert sehr viel Zeit, die über die „Normalarbeitszeit“ hinausgeht. Insbesondere an den Wochenenden bestehen sehr viele Verpflichtungen“* und ein weiterer Mann bestätigt: *„Am Wochenende viele Termine im Wahlkreis, die häufig nicht beeinflusst werden können.“*

Ein Abgeordneter beschreibt: *„Durch das Mandat ist die freie Zeiteinteilung sehr eingeschränkt.“* Denn – so ein weiterer Abgeordneter: *„viele Termine liegen meist außerhalb der „normalen“ Arbeitszeit.“* *„Politische Arbeit findet v. a. auch abends und an Wochenenden statt, zu Lasten der Familienzeit. Das Hauptproblem ist, dass man viel unterwegs, d. h. weg von zu Hause ist und zu Hause ist man dann müde“*, erläutert ein Abgeordneter die Situation. Ein Vater von fünf Kindern schreibt: *„Die zeitliche Beanspruchung für Abgeordnete geht weit über die berufliche Zeitbeanspruchung in „normalen“ Tätigkeiten hinaus.“* Und ein Vater von zwei Kindern präzisiert: *„Weil es wenig andere Berufe gibt, wo der Arbeitstag um 5.00 Uhr beginnt und gegen 23.00 Uhr endet.“* *„Als Abgeordneter hat man eine extrem ungeordnete Arbeitszeit“*, erklärt ein Vater von vier Kindern. Dagegen: *„Andere Berufe haben geregelte Arbeitszeiten“*. Ein Vater zweier Kinder schreibt: *„Die Feierabende und große Teile der Wochenenden müssen für politische Arbeit geopfert werden. Diese Zeit fehlt unwiederbringlich.“*

Neben den *„geregelten Arbeitszeiten und freien Wochenenden“* nennt ein Vater von drei Kindern auch den *„Urlaubsanspruch“*, den er in einem anderen Beruf hätte. Ähnlich klingt es bei einem anderen Abgeordneten, der aufzählt: *„1. freie Abende 2. freie Wochenende, 3. Zeit*

*in Schulferien und für Urlaubsplanung“ würden fehlen. „In Sitzungswochen ist man fünf Tage weg, am Wochenende im Wahlkreis unterwegs. Problem ist hohe Abwesenheitszeit“, schreibt ein Vater von drei Kindern. „Dann wäre ich immer zu Hause, so gibt es Unterschied zwischen Sitzungswoche und Wahlkreiswoche.“, schreibt ein Mann und zielt auf das Kernproblem mit dem Bundestagsmandat ab. Mit einem „Normalberuf“ wäre die Situation eine andere, „weil ich mehr zu Hause wäre“. Dieser Meinung scheinen die meisten der Abgeordneten zu sein, und dass der „Zeitaufwand wahrscheinlich geringer wäre, da keine räumliche Trennung gegeben wäre.“ Dadurch bedingt wäre „mehr Zeit für die Familie übrig“, sagt ein Vater und ein anderer meint: „Ich wäre zumindest morgens und abends bei meiner Familie.“ Auch ein kinderloser Abgeordneter meint: „Dann hätte ich mehr Zeit für die Familie“. Er schiebt jedoch hinterher: „Aber ich „liebe“ meine Abgeordnetentätigkeit.“*

Ein Vater dreier Kinder meint, die Arbeit als Bundestagsabgeordneter *„ist nicht mit einem anderen Beruf vergleichbar“*. Das ist vielleicht auch deshalb so, weil, wie es ein Abgeordneter beschreibt, *„(...)gerade auch aus der Sicht der Wähler, der Interessenten und nicht zuletzt ehrenamtlich/freiwillig Tätigen – es keine Trennung zwischen „Dienst“ und Freizeit“ gibt. „Weil mein vorheriger „Normalberuf“ längst nicht so total war“, erklärt es ein anderer Abgeordneter<sup>645</sup>.*

#### **4.3.3. Bewertung der Antworten**

Auffallend ist, dass im Vergleich zu den Frauen, wesentlich mehr Männer ihre Einschätzung begründet haben, die (noch) keine Kinder haben, während es bei den Frauen bis auf zwei Ausnahmen ausschließlich Mütter waren, die geantwortet haben.

Das Fehlen freier Wochenenden wird von insgesamt elf Frauen und von zwölf Männern bemängelt. Auf den fehlenden „Feierabend“ und eine freie Zeiteinteilung beziehen sich fünf Frauen und drei Männer. Zusätzlich wird fehlende Freizeit von sechs Frauen und fünf Männern als „Manko“ bezogen auf die Arbeit als Bundestagsabgeordnete(r) benannt.

Von den Frauen gehen insgesamt fünf explizit auf die fehlende Zeit mit der Familie ein. Bei den Männern sind es sogar sieben, die mangelnde Zeit mit und für die Familie bzw. für die „Familienplanung“ (einmal genannt) beklagen.

---

<sup>645</sup> Zu vergleichbaren Ergebnissen zur „Mandatszufriedenheit“ (Probleme der Abgeordneten: wenig Zeit für das Privatleben) kommt auch die „Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung 2007“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3.



Auf die „öffentliche Aufmerksamkeit“ und „Negativ-Berichterstattung in den Medien“ als Nachteil gegenüber einem „Normalberuf“ nehmen (nur) zwei Frauen Bezug.

Von den 40 Frauen, die geantwortet haben, stellen vier Frauen fest, dass sich bei der Ausübung eines anderen Berufes eher keine Veränderungen ergeben würden. Drei von ihnen sagen, dass sie *nicht mehr Zeit mit den Kindern verbringen würden, weil sie groß sind bzw. an Wochenenden selber sehr aktiv sind.* „Als mein Kind kleiner war hätte ich wohl mit ja geantwortet,“ schreibt eine Mutter. Gleichzeitig hebt die Abgeordnete hervor, dass ja *„heute viele Eltern Wochenpendler sind.“* „Weil ich dann ebenso einen Beruf ausüben würde, der nicht nach 38,5 Stunden endet“, schreibt eine andere Frau und die vierte der Frauen hebt hervor, als Selbstständige auch viel und an Wochenenden gearbeitet zu haben.

Unter den Männern sind neun, die eher keine Veränderung oder Verschlechterung ihrer zeitlichen Situation durch die Ausübung ihres Mandats im Vergleich zu einer „normalen Berufstätigkeit“ feststellen. Vor allem wird verglichen mit anderen ebenfalls zeitintensiven Berufen: *„Als selbständiger Generalvertreter hat man auch keinen 8-Stunden-Tag“*, sagt ein Vater von drei Kindern. Ein anderer Vater meint, eine *„Freiberufliche Tätigkeit ist mit Mandat vergleichbar.“* „Weil jeder Beruf andere Belastungen hat“, erklärt ein weiterer Abgeordneter. Nach Meinung eines Mannes mit einem Kind kann *„sowohl als MdB wie in anderen Berufen Zeit flexibel eingeteilt werden. Faule/Fleißige gibt es in jeder Gruppe.“*

Anders als bei den Frauen gehen zwei Männer so weit zu sagen, dass sie für sich einen Zugewinn an Zeit sehen: *„Ich hätte für meine Familie weniger Zeit. Bin z.Z. sehr flexibel im Zeiteinsatz“*, schreibt ein verheirateter Vater von drei Kindern und ein anderer Vater zweier Kinder meint, er *„hätte weniger Zeit für die Kinder in Wahlkreiswochen, wenn ich meinen Beruf vollumfänglich wie früher ausüben würde.“* Insofern lässt sich feststellen: *„Es kommt auf den Beruf an, auch Manager haben wenig Zeit für ihre Familie.“* Das trifft zum Teil wohl auch auf Hochschullehrer zu, denn ein lediger und kinderloser Abgeordneter schreibt, er habe im Vergleich zu seiner vorherigen beruflichen Situation *„mehr Zeit für die Familie und Freizeitaktivitäten, da emeritiert.“*

#### 4.4. Abgeordnete als Vorbilder?

Unter „Allgemeine Fragen“ wurden alle Abgeordneten danach gefragt, ob sie zum einen **glauben, dass Abgeordnete in Bezug auf Familienleben** zum anderen **in Bezug auf die Zahl ihrer Kinder eine Vorbildfunktion haben?**

##### 4.4.1. Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben

Der folgenden Tabelle lässt sich entnehmen, dass die Abgeordneten überwiegend der Auffassung sind, dass es eine solche Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben nicht gibt. Insgesamt geben die Abgeordneten zu gut zwei Dritteln (68 Prozent) an, dass sie nicht an ihre Vorbildfunktion als Abgeordnete glauben. Bei einem Vergleich der Angaben der Frauen und Männer lässt sich feststellen, dass die Männer zu zehn Prozent häufiger von einer Vorbildfunktion von Abgeordneten bezogen auf das Familienleben ausgehen als die Frauen. Umgekehrt sind es entsprechend zu zehn Prozent häufiger Frauen, die an keine Vorbildfunktion glauben:

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
ja	23	26%	52	36%
nein	66	74%	92	64%
verwertete Antworten	89	100%	144	100%
keine Antwort	7		14	
gesamt	96		158	

Tabelle 40

##### 4.4.2. Vorbildfunktion in Bezug auf die Zahl der Kinder

Bei der Frage nach einer Vorbildfunktion bezogen auf die Zahl der Kinder sind es 80 Prozent aller Abgeordneten, die diese verneinen. Zum Vergleich: 68 Prozent der Abgeordneten verneinen die Vorbildfunktion der Abgeordneten hinsichtlich des Familienlebens. Somit spielt nach Einschätzung der Abgeordneten das Familienleben der Abgeordneten als solches noch eine (zu zwölf Prozent) bedeutendere Rolle als die Zahl der Kinder von Abgeordneten (32 Prozent bejahen die Vorbildfunktion in Bezug auf das Familienleben und 20 Prozent in Bezug auf die Zahl der Kinder). Bei einem Vergleich der Angaben der Frauen und Männer lässt sich auch hier feststellen, dass die Männer eher von einer Vorbildfunktion von Abgeordneten auch bezogen auf die Zahl der Kinder ausgehen als die Frauen. Hier besteht noch ein Unterschied von acht Prozent bei den Ja- und Nein-Antworten:

	<b>Frauen</b>	<b>Prozent</b>	<b>Männer</b>	<b>Prozent</b>
<b>ja</b>	14	15%	35	23%
<b>nein</b>	77	85%	118	77%
<b>verwertete Antworten</b>	91	100%	153	100%
<b>keine Antwort</b>	5		5	
<b>gesamt</b>	96		158	

Tabelle 41

Eine Vorbildfunktion der Abgeordneten hinsichtlich der Zahl der Kinder in Bezug zu der tatsächlichen Zahl der Kinder der Abgeordneten gesetzt, zeigt Folgendes: Unabhängig von der Zahl der Kinder, die Abgeordnete haben, sind diejenigen, die eine Vorbildfunktion verneinen, in der Mehrzahl. Lediglich bei den Frauen mit drei Kindern ist dies nicht der Fall (da hier 50 Prozent mit „ja“ bzw. auch mit „nein“ antworten).

Auffallend ist auch, dass kinderlose Frauen ganz überwiegend eine solche Vorbildfunktion von Abgeordneten verneinen. Eine solch deutliche Abweichung lässt sich bei den Männern hinsichtlich der kinderlosen Männer und Vätern von ein bis sechs Kindern nicht feststellen:

	<b>Ja (Frauen)</b>	<b>Nein (Frauen)</b>	<b>Gesamt (Frauen)</b>	<b>Ja (Männer)</b>	<b>Nein (Männer)</b>	<b>Gesamt (Männer)</b>
<b>Keine Kinder</b>	1	27	28	5	22	27
<b>1 Kind</b>	3	22	25	6	26	32
<b>2 Kinder</b>	4	20	24	16	31	47
<b>3 Kinder</b>	4	4	8	4	26	30
<b>4 Kinder</b>	2	3	5	3	8	11
<b>5 Kinder</b>	0	1	1	1	4	5
<b>6 Kinder</b>					1	1
<b>gesamt</b>	14	77	91	35	118	153
<b>gesamt Prozent</b>	15%	85%		23%	77%	
<b>keine Angaben</b>			5			5
			96			158

Tabelle 42

#### 4.5. Politisches Engagement der Partner von Abgeordneten

Auf die Frage „Ist Ihr(e) Partner(in) ebenfalls politisch aktiv und bekleidet ein Amt?“ antworten insgesamt 223 der 254 Abgeordneten.

Wenngleich die Partner der Abgeordneten überwiegend nicht politisch aktiv sind und kein politisches Amt bekleiden, so ist die Zahl derer, die sich ebenfalls in der Politik engagieren dennoch recht groß: 35 Prozent der Partnerinnen der Männern und sogar 41 Prozent der Partner der Frauen engagieren sich politisch:

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
<b>Ja</b>	29	41%	53	35%
<b>Nein</b>	42	59%	99	65%
<b>verwertete Antworten</b>	71		152	100%
<b>keine Angaben</b>	25		6	

Tabelle 43

Aus den Interviews lässt sich ablesen, dass ehrenamtliches Engagement und insbesondere politisches Engagement der Partner von Abgeordneten die Partnerschaft bereichern kann oder zumindest das gegenseitige Verständnis für das Engagement des Partners stärkt<sup>646</sup>.

**Der Bitte, bei Antworten auf die Frage mit „ja“ das politische Amt bzw. die Ämter zu nennen, folgen 60 Abgeordnete – 19 Frauen und 41 Männer.**

Je ein Mann und eine Frau geben an, ihr Partner/ihre Partnerin seien (auch) Mitglied des Bundestages. Jeweils zwei Männer und zwei Frauen schreiben, ihr Partner/ihre Partnerin sei Bürgermeister/in (wobei zwei von Ihnen „ehrenamtlich“ ergänzen).

Drei Partnerinnen der Männer sind Gemeinderätinnen bzw. Stadträtin. Daneben sind drei Partnerinnen im Stadt- und Kreistag, im Bezirksbeirat und Mitglied im Parteirat. Eine Partnerin ist ehrenamtliche Kreisvorsitzende und eine andere ist in der Frauen-Union auf Bundesebene aktiv. Von den Männern geben auch zwei „Parteifunktionen“ und „Kommunalpolitik“ ihrer Partnerinnen an.

<sup>646</sup> Vgl. Aussagen von Interviewpartner/innen „K“ (ehrenamtlich musikalisches Engagement des Partners), „U“ (Partner ist Fraktionsvorsitzender im Kommunalparlament), „P“ (Partner ist ebenfalls Fraktionsvorsitzender im Kommunalparlament) und „H“ (Parteibeitritt der Partnerin).

Insgesamt ist bei 15 der 41 Partnerinnen davon auszugehen, dass sie sich stärker parteipolitisch engagieren. Andere Angaben sind zum Teil nicht eindeutig. Hier ist von „vielen Ehrenämtern“ die Rede oder „div. Vereinen“. Vertreten sind aber auch explizit benannte kirchliche Ehrenämter und Ehrenämter bei der Familienhilfe, beim Kinderschutzbund, AWO, Nachbarschaftshilfe und den Landfrauen, in der Gewerkschaft oder im Sportverein. Vier mal wird eine Mitgliedschaft im Elternrat bzw. Aktivitäten in Kita und Schule genannt.

Von den Partnern der Frauen sind mindestens elf parteipolitisch engagiert. Drei der Partner sind „Stadtrat“ bzw. im Stadtrat, Bürgermeister in zwei Fällen (wie oben bereits erwähnt) oder im Ortsverein aktiv. Vier Partner der Frauen engagieren sich in Gewerkschaften, einer von ihnen ist Verdi-Landesvorsitzender. Daneben werden genannt „Sportfunktionär“ und Aktivitäten im Sportverein, beim Kreisjugendring und der Sudetendeutschen Landmannschaft genannt.

Festhalten lässt sich, dass von den 60 Abgeordneten, deren Partnerinnen und Partner gesellschaftspolitisch aktiv sind, sich mindestens rund 43 Prozent ebenfalls parteipolitisch engagieren. Von den gesellschaftspolitisch aktiven Partnerinnen der Männer sind es etwa 37 Prozent und bei den Partnern der Frauen 58 Prozent, die parteipolitisch aktiv sind – ein Unterschied von fast 20 Prozent. Die Partner der weiblichen Abgeordneten sind demnach deutlich häufiger ebenfalls politisch aktiv als die Partnerinnen der männlichen Abgeordneten. Allerdings kann dieses Ergebnis insofern nur mit Einschränkungen bewertet werden, da die Abgeordneten, wie bereits erwähnt, zum Teil Angaben gemacht haben, die eine eindeutige Zuordnung des ehrenamtlichen Engagements nicht zulassen. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass der Anteil der politisch Engagierten noch ein wenig höher liegt.

#### **4.6. Verzicht auf Karriere zugunsten der Familie?**

Die Frage **„Würden Sie aus Rücksicht auf Ihren Partner/Ihre Partnerin auf Ihr Mandat oder einen weiteren Karriereschritt verzichten?“** beantworten 241 der 254 Abgeordneten. Während die meisten Männer mit 42 Prozent in dieser Frage unentschlossen sind, sind es bei den Frauen 42 Prozent, die mit „nein“ antworten, das heißt, sie würden aus Rücksicht auf ihren Partner *nicht* auf ihr Mandat oder einen Karriereschritt verzichten:

	Frauen	Prozent	Männer	Prozent
<b>Ja</b>	23	26%	59	38%
<b>Nein</b>	37	42%	29	20%
<b>unentschlossen</b>	28	32%	65	42%
<b>verwertete Antworten</b>	88	100%	153	100%
<b>keine Angaben</b>	8		5	
	96		158	

Tabelle 44

Von den Männern sagen mit 38 Prozent zu einem fast ebenso großen Anteil, wie dem der „Unentschlossenen“, dass sie auf einen weiteren Karriereschritt oder gar ihr Mandat verzichten würden. Mit 20 Prozent meinen die männlichen Abgeordneten zu etwa der Hälfte im Vergleich zu den Frauen (42 Prozent), sie würden aus Rücksicht auf ihre Partnerinnen *nicht* auf ihr Mandat oder einen Karriereschritt verzichten. Unter den weiblichen Abgeordneten sind es 26 Prozent, die auf ihr Mandat oder einen Karriereschritt zugunsten des Partners verzichten würden. Mehr Frauen zählen mit 32 Prozent jedoch zu den „Unentschlossenen“ und die meisten Frauen würden – anders als Männer – *nicht* auf ihr Mandat oder einen Karriereschritt verzichten.

#### 4.7. Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen

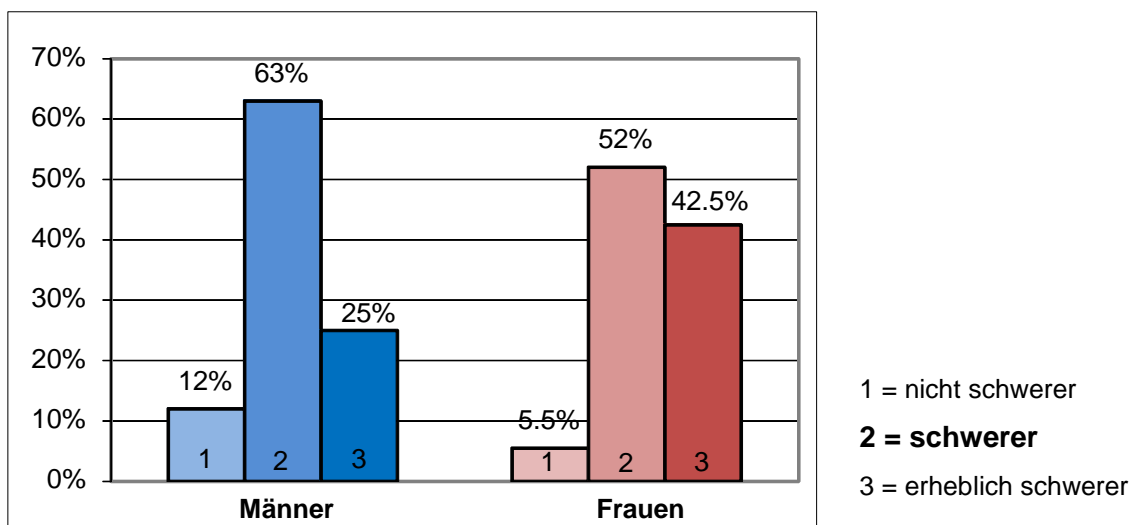
Die Antworten der Abgeordneten auf die hier gestellte Frage sollte Aufschluss über die Einschätzung der Frauen und Männer über die Vereinbarkeit von Familie (gemeint war „Familie mit Kindern“) und dem Verfolgen einer Karriere in der Politik für Frauen geben.

**Die Frage lautet: „Wenn es allgemein um die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere geht, haben es Frauen im Vergleich zu Männern ...nicht schwerer (1), ...schwerer (2), ...erheblich schwerer (3)?“**

##### 4.7.1. Antworten

Auf die Frage haben von 250 Abgeordneten 148 (59,5 Prozent) mit „schwerer“ geantwortet. „Nicht schwerer“ sagen 24 (9,5 Prozent) der Abgeordneten, hingegen „erheblich schwerer“ sei es für Frauen, meinen 78 (31 Prozent) der Abgeordneten.

Betrachtet man die Antworten der Frauen und Männer getrennt voneinander, ergibt sich folgendes Bild:



Grafik 17

Von den Männern sind 19 (zwölf Prozent) der Meinung, die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere sei für Frauen *nicht* schwerer. Der überwiegende Teil, nämlich 100 Männer (63 Prozent) geht davon aus, es sei „schwerer“ für die Frauen, während fünf Frauen (5,5 Prozent) angeben, dass Frauen es „nicht schwerer“ haben und ebenfalls die meisten der Frauen, nämlich 48 (52 Prozent) davon ausgehen, dass es Frauen allgemein schwerer haben, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere geht.

Ein entscheidender Unterschied lässt sich bei den Antworten, dass Frauen es „erheblich schwerer“ haben, ausmachen. Während 39 Männer (25 Prozent) das meinen, sind es bei den Frauen mit ebenfalls 39 Antworten prozentual betrachtet deutlich mehr, und zwar 42,5 Prozent.

#### 4.7.2. Begründungen

Von den 254 Abgeordneten, die sich an der Umfrage beteiligen, geben vier Frauen keine Antwort auf die gestellte Frage. Jedoch sind es überwiegend die Frauen, die der Bitte nachkommen, ihre Antwort (nicht schwerer/schwerer/erheblich schwerer) zu begründen. Dies tun 72 von 92 Frauen (78,3 Prozent) im Vergleich zu 78 von 158 Männern (49,4 Prozent).

Von den 39 Frauen, die meinen, dass Frauen es „erheblich schwerer“ hätten, begründen 31 ihre Antwort. Zum Vergleich: Von ebenfalls 39 Männern begründen 19 ihre Antwort „erheb-

lich schwerer“. Insgesamt, auf alle drei möglichen Antworten bezogen, sind es im Schnitt etwa die Hälfte der 158 Männer, die ihre Angabe begründen (78 zu 80), wobei es bei den 92 Frauen insgesamt fast Dreiviertel (72 zu 20) sind, die ihre Meinung kurz erläutern.

Die Begründungen bzw. Erläuterungen (Frauen haben es schwerer / erheblich schwerer oder nicht schwerer) lassen sich in folgende Kategorien bzw. Argumente-Gruppen einteilen, wobei die Reihenfolge nach der Anzahl der Nennungen insgesamt erfolgt<sup>647</sup>:

#### **4.7.2.1. Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere**

Im Folgenden werden die Argumente nach der Häufigkeit ihrer Nennung sortiert wiedergegeben:

##### **1. Alte Rollenmuster und Vorurteile („Rabenmutter“), gesellschaftlicher Druck**

###### **→ 35 Antworten**

Von Frauen genannt: sechzehnmal

Von Männern genannt: neunzehnmal

Beispiele (Antworten der Frauen): *„Man wird immer noch als Rabenmutter dargestellt“; „Weil die „Gesellschaft“ erwerbstätige und erfolgreiche Mütter immer noch nicht voll akzeptiert in ihrer Rolle“; „Altes Rollenbild, Erwartungen des Umfeldes“; „Nach wie vor wird in Deutschland ein „Ernährermodell“ gepflegt und sogar staatlich gefördert (...)“; „Frauen haben immer noch gegen „gesellschaftliche Erwartungen“ anzukämpfen („Rabenmutter“)“; „(...) Im Zweifel wird erwartet, dass die Frau bei den Kindern bleibt (auch aus finanziellen Gründen)“; „Das Gesellschaftsbild und die Rolle der Frau geht nicht einher mit den veränderten Bedürfnissen, Wünschen und beruflichen Leistungen von den Frauen der Gegenwart.“*

Beispiele (Antworten der Männer): *„Traditionelle Rollenverteilung“; „Weil Frauen mit Kindern und Beruf gesellschaftlich noch in Deutschland nicht akzeptiert sind („Rabenmutter“)“; „Eigene Prägung (Mutter!) und gesellschaftliche Erwartung an Frauen“; „Tradition und Vorurteile“; „Patriarchalische Organisation der Gesellschaft“.*

---

<sup>647</sup> Zu beachten ist, dass von den Abgeordneten in ihren Antworten zum Teil mehrere Argumente genannt wurden, die den verschiedenen Kategorien zum Teil mehrfach zugeordnet wurden.



## **2. Hauptlast Kindererziehung, Haushalt/Organisation bzw. Mehrfachbelastung der Frauen**

**→ 28 Antworten**

Von Frauen genannt: dreizehnmal

Von Männern genannt: fünfzehnmal

Beispiele (Antworten der Frauen): *„auf Frauen lastet nach wie vor die Hauptlast der Hausarbeit und Kindererziehung“; „Weil Frauen immer noch originär für Erziehungs- und Familien-/Haushaltsarbeit zuständig sind“; „Immer noch wird von Frauen die Hauptfamilienarbeit erwartet“; „Organisation der Familie immer noch schwerpunktmäßig Angelegenheit der Frauen“.*

Beispiele (Antworten der Männer): *„Trotz der Emanzipation bleiben mehr Verantwortung und Arbeit bei der Frau und Mutter“; „Der Anteil der Männer, die sich an Haus- und Familienarbeit beteiligen, ist zu gering“; „Frauen haben es erheblich schwerer, weil es in der arbeitsteiligen Gesellschaft noch immer „üblich“ ist, neben der Berufstätigkeit der Frau auch noch die Kinderbetreuung im wesentlichen aufzubürden“; „Von Frauen wird noch mehr erwartet, sich um die Kinder zu kümmern“.*

## **3. Engere Bindung zur Mutter/natürliche Verbundenheit: „Kinder brauchen ihre Mütter mehr...“**

**→ 15 Antworten**

Von Frauen genannt: dreimal

Von Männern genannt: zwölfmal

Beispiel (Antworten der Frauen): *„Mütter haben – insbesondere in der frühkindlichen Phase – regelmäßig noch eine engere Bindung an das Kind.“*

Beispiele (Antworten der Männer): *„Kind ist in den ersten Jahren in erster Linie auf die Mütter angewiesen und auf sie orientiert“; „Jedenfalls rund um die Geburt haben Frauen immer noch etwas mehr mit dem Kind zu tun als Männer“; „Wegen der engen Bindung von Säugling und Kleinkind an die Mutter.“*

**3. Weniger Rückendeckung durch Partner (Männliche Abgeordnete mit Hausfrauen daheim üblicher als umgekehrt; Frauen finden schwerer einen geeigneten Partner; Frauen verzichten eher auf Karriereschritte)**

→ 15 Antworten

Von Frauen genannt: neunmal

Von Männern genannt: sechsmal

Beispiele (Antworten der Frauen): „Männer haben mehr Rückendeckung durch Partnerin“; „Geeignete Partner, die unterstützen, sind rar“; „Der Mann hat die Familie im Rücken, die Frau im Nacken“; „Der politisch tätigen Frau fehlt die „Hausfrau“ an ihrer Seite, die den Rücken freihält“; „Weil Männer seltener Bereitschaft zeigen, sich den Karriereplänen der Frauen unterzuordnen und sich in die 2. Reihe zu stellen“.

Beispiele (Antworten der Männer): „Es ist schwerer, einen Mann zu finden, der auf Karriere verzichtet als eine Frau“; „Hätte meine Frau sich nicht so intensiv um unsere Kinder gekümmert und dafür ihre Berufstätigkeit zeitweilig eingeschränkt, wäre meine politische Karriere viel bescheidener, vermutlich auf den ehrenamtlichen Bereich beschränkt, verlaufen“.

**4. Gewissens-/Zielkonflikte (Rücksichtnahme und Verantwortungsgefühl gegenüber Kindern und Familie)**

→ 14 Antworten

Von Frauen genannt: elfmal

Von Männern genannt: dreimal

Beispiele (Antworten der Frauen): „Frauen denken immer Familie und Kinder mit – im Gegensatz zu Männern – und kommen dadurch öfters in Gewissens- und Zeitkonflikte“; „Frauen fühlen sich verantwortlicher“; „Rücksicht auf Familie“.

Beispiel (Antworten der Männer): „Frauen müssen für das Kind/die Kinder in jedem Fall da sein (...)“.

**5. Vereinbarkeitsprobleme (im Allgemeinen, aber auch insbesondere in Bezug auf Karriere) → 13 Antworten**

Von Frauen genannt: siebenmal

Von Männern genannt: sechsmal

Beispiel (Antworten der Frauen): *„Sie haben es schwerer, weil die Vereinbarkeit Familie – Beruf immer noch stärker ein Problem für Frauen ist.“*

Beispiel (Antworten der Männer): *„Die „Eigenschaft als Mutter“ erfordert von Frauen eine größere Bereitschaft und einen größeren Aufwand Beruf/Karriere und Familienleben in Übereinstimmung zu bringen, als dies bei Männern/Vätern der Fall ist.“*

## **5. Frauen bekommen auf dem Weg nach oben „Steine in den Weg“ gelegt / müssen „doppelt so gut sein“ wie Männer und sich zudem (mit Kind) beweisen**

**→ 13 Antworten**

Von Frauen genannt: neunmal

Von Männern genannt: viermal

Beispiele (Antworten der Frauen): *„Frauen müssen ihre „Fähigkeiten“ ständig unter Beweis stellen. Bei Männern stellt niemand ihre Eignung in Frage“; „Frauen müssen sich auch heute noch „durchboxen“ und dreimal so viel arbeiten wie Männer“.*

Beispiele (Antworten der Männer): *„Frauen müssen beweisen, dass sie besser sind“; „(...) weil von Frauen in Führungsfunktionen immer noch mehr erwartet wird als von Männern.“*

## **6. Generell höhere Anforderungen und Erwartungen an Frauen sowie Vorurteile und Benachteiligungen allgemeiner Art**

**→ 11 Antworten**

Von Frauen genannt: dreimal

Von Männern genannt: achtmal

Beispiel (Antworten der Frauen): *„Sie müssen begründen, einfordern, was für Männer selbstverständlich ist.“*

Beispiele (Antworten der Männer): *„Bei Frauen glaubt man öfter, dass diese Familie und Beruf nicht verbinden können (...)“; „Weil Politikerinnen unter kritischer Beobachtung der Öffentlichkeit und ihres Umfeldes stehen bzgl. der Frage, wie Politik und Familie vereinbart werden“; „Benachteiligungen in Beruf (...) sind offensichtlich“.*

## **7. Fehlende Betreuungsmöglichkeiten und allgemein fehlende Familienfreundlichkeit**

### **→ 9 Antworten**

Von Frauen genannt: fünfmal

Von Männern genannt: viermal

Beispiel (Antworten der Frauen): *„Allgemeine Rücksichtnahme auf Familienfreundlichkeit lässt zu wünschen übrig.“*

Beispiel (Antworten der Männer): *„An der Infrastruktur (Bildung und Betreuung im Vorschulalter) gibt es noch weiterhin Defizite.“*

## **8. „Problem Schwangerschaft/Mutterschaft“**

### **→ 5 Antworten**

Von Frauen genannt: --

Von Männern genannt: fünfmal

Beispiele (Antworten der Männer): *„Weil Frauen die Kinder bekommen“; „Die Zeit der Schwangerschaft und die Pflege von Kindern wird gesellschaftlich nicht ausreichend berücksichtigt“; „Problem Abwesenheitszeitraum bei Mutterschaft“.*

## **9. Frauen haben weniger Netzwerke / Seilschaften**

### **→ 4 Antworten**

Von Frauen genannt: viermal

Von Männern genannt: --

Beispiele (Antworten der Frauen): *„Frauennetzwerke kaum vorhanden“; „Männer haben die besseren Netzwerke, die ihre Defizite kompensieren“.*

## **9. „So ist das nun mal“/ „Das ist die Realität“**

### **→ 4 Antworten**

Von Frauen genannt: --

Von Männern genannt: viermal

Beispiel (Antworten der Männer): *„So ist das Leben.“*

## **10. Geringerer Verdienst**

→ 2 Antworten

Von Frauen genannt: zweimal

Von Männern genannt: --

Beispiel (Antworten der Frauen): „*Schlechter Verdienst von Frauen*“

### **4.7.2.2. Argumente, warum es Frauen *nicht* schwerer haben:**

**1. Engagement der Männer für Familie wächst, Partner „zieht mit“ (oder die ganze Familie organisiert mit), das Umfeld stimmt, Kompromissfähigkeit beider Lebenspartner**

→ 6 Antworten

Von Frauen genannt: zweimal

Von Männern genannt: viermal

Beispiel (Antworten der Frauen): „*Die Zeiten sind vorbei, wo Mann den Müttern die Erziehung allein überließ.*“

Beispiel (Antworten der Männer): „*Wenn beide Partner sich zur Verantwortung für ihre Kinder bekennen, ist die Vereinbarkeit gleich zu beurteilen.*“

**2. Parteien fördern Frauen / Frauen kommen leicht in Ämter**

→ 5 Antworten

Von Männern genannt: fünfmal

Von Frauen genannt: --

Beispiel (Antworten der Männer): „*Sie werden besonders gefördert, erhalten mehr Unterstützung im Wettbewerb.*“

**3. „Weil Frauen prima organisiert sind“ / „Jeder ist das bzw. hat das, was er kann und will“**

→ 2 Antworten

Von Männern genannt: zweimal

Von Frauen genannt: --

Beispiele (Antworten der Männer) in der Überschrift.

#### 4.7.3. Versuch einer Einteilung und Bewertung der genannten Argumente

Die beiden meist genannten Argumente dafür, dass Frauen es in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere schwerer oder erheblich schwerer haben, sind bei den Männern und Frauen die gleichen, nämlich die alten Rollenmuster, Vorurteile („Rabemutter“) und gesellschaftlicher Druck sowie dass die Hauptlast der Kindererziehung, des Haushalts etc. und damit eine Mehrfachbelastung bei den Frauen liegt.

Bei den Frauen folgt darauf das Argument der Gewissens-/Zielkonflikte bzw. auch Rücksichtnahme und einem Verantwortungsgefühl gegenüber Kindern/Familie und die fehlende Rückendeckung durch den Partner. Indes steht bei den Männern an dritter Stelle mit zwölf Nennungen als Grund die engere Bindung der Kinder zur Mutter und die natürliche Verbundenheit der Mütter zu ihren Kindern. Von Frauen wurde dies nur zweimal als Argument angeführt.

Maßgeblicher ist für die Frauen das Argument, sie bekämen hinsichtlich einer beruflichen Karriere „Steine in den Weg“ gelegt und müssten sich viel stärker als ihre männlichen Kollegen beweisen. Von Frauen wurde dies neunmal, von Männern immerhin viermal als Grund genannt. Acht Männer sehen eher in generell höheren Anforderungen und Erwartungen an Frauen und Benachteiligungen allgemeiner Art einen Grund dafür, dass Frauen es schwerer oder erheblich schwerer haben, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere geht.

Von „Vereinbarkeitsproblemen“, insbesondere in Bezug auf Karriere, sprechen sieben Frauen und sechs Männer. Darunter rangieren als Gründe fehlende Betreuungsmöglichkeiten und der Mangel an Familienfreundlichkeit (von fünf Frauen und vier Männern genannt). Beide Problemfelder scheinen die Frauen also etwas stärker zu tangieren.

Dem gegenüber sehen die Männer anders als ihre Kolleginnen (keine Nennung) einen Grund für Schwierigkeiten in der Tatsache, dass Frauen schwanger werden und zumindest vorübergehend als Mütter „ausfallen“ (fünf Nennungen).

Vier Frauen (und kein Mann) beziehen sich auf fehlende Seilschaften und darauf, dass Frauen im Vergleich zu Männern weniger eigene Netzwerke pflegen. Zwei Frauen führen als Grund, dass Frauen es schwerer oder erheblich schwerer in punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere haben, den Grund „geringerer Verdienst“ an. Von Männern wird

dies nicht explizit genannt, wobei zu berücksichtigen ist, dass dieser Grund in dem Argument allgemein noch vorherrschender Benachteiligungen von Frauen mit umfasst sein könnte.

Argumente mit dem Wortlaut „so ist das nun mal“ oder „das ist die Realität“ stammen von vier Männern. Die wenigsten Nennungen von Männern (drei) gibt es in der Kategorie „Gewissens-/Zielkonflikte (Rücksichtnahme und Verantwortungsgefühl gegenüber Kindern/Familie)“. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zur Einschätzung der befragten Frauen, die dieses Argument nach den am häufigsten genannten Argumenten der alten Rollenmuster und Vorurteile sowie der Mehrfachbelastung durch die von ihnen zu tragende Hauptlast der Kindererziehung, anführen.

Wie sich bei der Auswertung der Interviews zeigen wird, haben die Frauen ein im hohen Maße ausgeprägtes Verantwortungsgefühl oder auch ein im Hinblick auf sozial gängige Erwartungen „schlechtes Gewissen“ gegenüber der Familie und insbesondere gegenüber ihrem Nachwuchs. Unabhängig von der Außenwirkung stellen sie an sich den Anspruch, ihrem Kind bzw. Kindern ausreichend Zeit und Aufmerksamkeit zu schenken und sich vor allem in den Jahren, in denen die Kinder sehr klein sind, möglichst viel, wenn nicht gar uneingeschränkt, um sie kümmern zu können. Hieraus resultiert bei vorhandenem Wunsch, gleichzeitig eine Karriere (weiter) zu verfolgen, ein Zielkonflikt.

Ein wenig anders sieht die Reihenfolge der Argumente und die daraus resultierende Gewichtung der Gründe, warum es Frauen *nicht* schwerer/schwerer/erheblich schwerer haben aus. Als Argumente, warum es für Frauen *nicht* schwerer ist, Familie und politische Karriere zu vereinbaren, wird von zwei Frauen das (gestiegene) Engagement der Männer für Familie angeführt: *Die Zeiten sind vorbei, wo Mann den Müttern die Erziehung allein überließ.* Eine der beiden Frauen begründet ihre Antwort „nicht schwerer“ so: *Wenn Partner und Umfeld stimmen. Ich bin MdB geworden, als meine Kinder 16 und 10 waren, mein Mann als Lehrer mittags zu Hause war, die Hausarbeit von meiner Schwester organisiert wurde und Großeltern nebenan wohnten. Mit Kleinkindern hätte ich mir ein Bundestagsmandat nicht zugetraut, wohl wie geschehen, ein oder zwei kommunale.*

Vier der neun Männer, die ihre Antwort, dass es Frauen *nicht* schwerer haben, begründet haben, meinen, dass das Engagement der Männer für Familie wächst und dass es nur auf die Kompromissfähigkeit beider Lebenspartner ankommt. Am häufigsten, nämlich fünfmal, wurde von den Männern das Argument genannt, dass Parteien Frauen fördern und Frauen

leichter in Ämter kommen als Männer<sup>648</sup>. Zwei Männer begründen ihre Antworten damit, dass „Frauen prima organisiert sind“ und „jeder ist das bzw. hat das, was er kann und will“.

#### 4.7.4. Argumente mit explizitem Bezug zum Abgeordnetenmandat

Bei den Antworten, die einen expliziten Bezug zum Abgeordnetenmandat aufweisen, sind folgende Argumente zu finden<sup>649</sup>:

##### Argumente der Frauen mit explizitem Bezug zum Mandat:

Eine verheiratete Frau mit einem Kind meint, Frauen hätten es erheblich schwerer als Männer und führt aus: *ich werde als Frau in der Politik häufig gefragt, wie ich meine Tätigkeit mit meiner Familie verbinde, wie das zu schaffen ist etc. Es fällt niemandem unangenehm auf, wenn ein Vater 22 Wochen im Jahr die Kinder nicht sieht, weil er in Berlin ist. Eine junge Mutter wird danach gefragt, meint eine der Befragten. Das gesellschaftliche Umfeld findet Männer in der Politik selbstverständlich, begründet eine andere Abgeordnete. Sie führt aus: Frauen müssen sich auch heute noch „durchboxen“ und dreimal so viel arbeiten wie Männer. Männer erwarten, dass Familie, Partei und Büro ihnen selbstverständlich zuarbeiten, während Frauen neben dem Mandat und der Parteiarbeit auch noch den Haushalt und die Familie „organisieren“ müssen, damit alles einigermaßen rund läuft und das „schlechte Gewissen“ sich in Grenzen hält.*

Eine Frau, geschieden mit vier Kindern, antwortet: *Wenn Frauen ein politisches Mandat haben, können sie aufgrund der Arbeitszeit, der Terminfülle und der geteilten Arbeitsorte nur Kompromisse in Bezug auf Kinder und Erziehung eingehen – ansonsten würde man sich meiner Meinung nach neue „Zirkus-Wander-Kinder“ schaffen.* Diese Abgeordnete nimmt hiermit Bezug auf das spezielle Problem von Bundestagsabgeordneten, die wochenweise zwischen Berlin und ihrem Wahlkreis und Wohnort pendeln müssen. So sieht es auch eine andere Frau, die sagt: *Für Abgeordnete z.B. gibt es keinen Mutterschutz und mit einem kleinen Kind ist es schwierig, zwischen Wahlkreis und Berlin zu pendeln.* Eine weitere Parlamentarierin spricht vom „Raumschiff Berlin“, das *Vereinbarkeit von Familie und MdB-Beruf schon wegen der Entfernung schwer macht. Auf Familie wird kaum Rücksicht genommen, zum Beispiel bis kurz vor Weihnachten Plenarsitzung.*

---

<sup>648</sup> Wie bereits oben erwähnt, wurden in einzelnen Antworten mehrere Argumente genannt. Hier wurden von neun Antworten elf verschiedene Argumente den Kategorien zugeordnet.

<sup>649</sup> Hierauf wird noch näher eingegangen unter VII. „Familienleben von Politikern/innen (Bezugnahme auf eigene Erhebungen)“.



Ein für Abgeordnete spezifisches Problem spricht eine andere Frau mit zwei Kindern an, die darauf verweist, dass *Engagement außerhalb der Familie nicht immer positiv wahrgenommen* werde.

Erheblich schwerer sei es für Frauen, meint eine kinderlose Frau, da *es ist nicht möglich*, teilweise zu verzichten oder sich einzuschränken. *Es gibt nur ein entweder – oder. Dann müsste ich gleich aussteigen aus dem Mandat. Es gibt viel weniger Männer als Frauen, die bereit sind, Familie/Kinder/Hausarbeit zu übernehmen, damit die Partnerin im Mandat (erfolgreich) arbeiten kann.* Außerdem sei nach Ansicht einer anderen Parlamentarierin die *Akzeptanz in der Gesellschaft für berufstätige Frauen und Frauen in politischen Ämtern insbesondere, die gleichzeitig Mütter sind (...)* ausbaufähig.

*Ohne die ideelle und reale Unterstützung durch den Partner ist eine politische Karriere für Frauen m. E. kaum möglich, dies gilt nach meinen Beobachtungen umso mehr für Kolleginnen mit Kindern,* antwortet eine der Frauen. Auch eine Kollegin mit zwei Kindern stellt ihren Beobachtungen zufolge fest z.B. *in unserer Partei, sehr viele unserer Spitzenfrauen sind kinderlos. Für die Männer gilt das nicht. Ich selber hatte viel Zeit für meine Kinder – der Preis war der Verzicht auf berufliche Karriere. Die politische Karriere begann erst mit 40.*

*Mit Kleinkindern hätte ich mir ein Bundestagsmandat nicht zugetraut, wohl wie geschehen, ein oder zwei kommunale,* argumentiert eine Abgeordnete, die geantwortet hat, Frauen hätten es im Vergleich zu Männern nicht schwerer, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Ihre Kollegin, die ebenfalls davon ausgeht, Frauen haben es nicht schwerer als ihre männlichen Kolleginnen begründet dies so: *Das Klima für MdB mit kleinen Kindern ist besser geworden. Die Bundestags-Kita ist eine positive Unterstützung. Väter als Haupt-Erzieher sind akzeptiert.*

#### Argumente der Männer mit explizitem Bezug zum Mandat:

*Eine politische Karriere erfordert die permanente Präsenz im Mandat. Das bedeutet für viele Frauen Kinderlosigkeit,* stellt ein Abgeordneter fest. *Frauen kommen schnell in Ämter. Ihnen wird aber nahe gelegt, Familienarbeit weiter zu leisten,* begründet ein anderer Mann seine Antwort, warum es Frauen schwerer haben als sie in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere. *Hätte meine Frau sich nicht so intensiv um unsere Kinder gekümmert und dafür ihre Berufstätigkeit zeitweilig eingeschränkt, wäre meine politische Karriere viel bescheidener, vermutlich auf den ehrenamtlichen Bereich beschränkt, verlaufen. Ich kenne auch etliche Beispiele, in denen der Mann seine beruflichen Ambitionen zugunsten*

*der politischen Karriere der Frau zurückstellt, aber das ist nach wie vor seltener. Wenn beide intensiv Politik machen und Kinder haben, geht meist etwas schief. So lautet die Begründung eines Vaters zweier Kinder. Einer seiner Kollegen meint, Frauen werde durch kleine Kinder der erste Schritt zur Politik verbaut.*

Ein kinderloser Abgeordneter führt aus, Frauen hätten es schwerer, 1) weil Frauen die Kinder bekommen. 2) Weil immer noch in der Vielzahl der Partnerschaften Kindererziehung „Frauensache“ ist. 3) Weil Politikerinnen (vielleicht wegen 2) unter kritischer Beobachtung der Öffentlichkeit und ihres Umfeldes stehen bzgl. der Frage, wie Politik und Familie vereinbart werden. Anders sieht es ein Parlamentarier, der meint, hier unterscheidet sich Politik nicht von anderen höheren Positionen (traditionelle Rollenverteilung. Wenn beide erwerbstätig sind liegt die Hauptlast der Familienarbeit bei Frauen etc.).

## VII. Familienleben von Politikern/innen (Bezugnahme auf eigene Erhebungen)

### 1. Familienleben der (Spitzen-)Politiker/innen

Positionen von Vätern, Müttern, Ehemännern, Ehefrauen oder des/der Lebenspartners/in in der Bundespolitik, wie das Bundestagsmandat, stellen das Familienleben vor Herausforderungen. Aber auch die Ausübung einer oder mehrerer politischer Positionen im Ehrenamt, neben dem Beruf, bedeutet für viele der ehrenamtlich Tätigen bereits einen enormen zeitlichen Aufwand und eine gute Koordination mit dem ‚normalen Berufsleben‘. Auch Familienleben und Freunde kommen dabei häufig zu kurz, wie beispielsweise Ilse Aigner bereits als junge politisch aktive Frau feststellte. Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Wirtschaftsministerin Bayerns, die noch bis September 2013 Bundesverbraucherschutzministerin war, übte in den 90er Jahren unter anderem den Posten der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Jungen Union Bayern aus und war zugleich Vorsitzende der CSU-Fraktion im Rat ihrer Gemeinde. Zu dieser Zeit soll ihre Familie sie kaum noch zu Gesicht bekommen haben und ihr Privatleben sei zur Nebensache geworden<sup>650</sup>. Im Juli 2013 war der Presse zu entnehmen, Ilse Aigner sei wieder Single und habe sich nach mehrjähriger Beziehung von ihrem Partner getrennt. Das Scheitern der Beziehung führe sie darauf zurück, dass beide beruflich eingespannt und rund um die Uhr unterwegs seien<sup>651</sup>. Auch wenn das noch als Hobby betriebene politische Geschäft bereits als ‚beziehungsfeindlich‘ bezeichnet werden kann, so ist doch davon auszugehen, dass je höher (und zahlreicher) die bekleideten Ämter sind, desto weniger frei planbare Zeit verbleibt.

Dabei ist es nicht nur das Zeitproblem, das Bundestagsabgeordnete mit Führungspersonen aus der Wirtschaft oder Wissenschaft teilen, die eher selten zu Hause sein können, bei denen auch an den Wochenenden Termine anstehen und das gemeinsame Alltagsleben in den Hintergrund tritt. Für Frauen und Männer mit Spitzenämtern in der Politik kommt hinzu, dass sie in der Öffentlichkeit stehen und Partner und Kinder mit dieser Bekanntheit umzugehen lernen müssen, ebenso wie mit den Dingen, die sie über die Presse über die ihnen nahestehende Person erfahren. Walter Kohl, Sohn von Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl (Bundeskanzler von 1982 bis 1998) schreibt in seinem Buch darüber, dass er gern wie andere Gleichaltrige hätte sein wollen, aber dies als „Sohn von Kohl“, nicht möglich war. Die wahre Familie von Helmut Kohl sei seine Partei CDU gewesen, während der Sohn seinen eigenen

---

<sup>650</sup> Portrait von Ilse Aigner in „Frauen machen Politik“, Monica Weber-Nau, Herausg. Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995, S. 126 ff. (127).

<sup>651</sup> Meldung in Der Tagesspiegel vom 4. Juli 2013, S. 28.

Vater im elterlichen Wohnhaus wie einen Gast erlebt habe<sup>652</sup>. Die Arbeit eines Spitzenpolitikers oder einer Spitzenpolitikerin scheint generell nur schwer mit einem Familienleben vereinbar, das die nötigen Zeitfenster bietet, die für eine funktionierende Partnerschaft und das Familienleben mit Kindern als notwendig zu erachten sind. Dabei ist selbstverständlich nicht nur die Quantität der mit den eigenen Kindern verbrachten Zeit, sondern vor allem die Qualität bzw. Intensität ausschlaggebend, also die Fähigkeit, auf sein Kind und den/die Partner/in oder andere enge Angehörige tatsächlich eingehen zu können und sich hierfür Freiräume schaffen zu wollen. Nicht nur den Interviews, sondern auch der Erhebung mittels Fragebogen ist zu entnehmen, dass sowohl Frauen als auch Männer im Bundestag<sup>653</sup> das starke Bedürfnis haben, sich Freiräume für ihre Familien und insbesondere ihre Kinder zu verschaffen.

### 1.1. Herausforderungen für Familien und Paarbeziehungen

Bei Bundestagsabgeordneten mag die Beanspruchung durch Arbeit individuell sehr unterschiedlich sein. Einige Abgeordnete können sich ihre Zeit durchaus so einteilen, dass sie in den sitzungsfreien Wochen über komplett freie Tage verfügen und sogar einer – nachweispflichtigen – Nebentätigkeit nachgehen können. In Sitzungswochen<sup>654</sup> ist es zum Teil möglich, erst am Montagabend oder Dienstagfrüh anzureisen und bereits am Freitagvormittag abzureisen. Vor diesem Hintergrund sind Bundestagsabgeordnete nicht nur mit anderen Berufstätigen vergleichbar, sondern sie haben auch den Vorteil, zumindest in den Wahlkreiswochen und wenn keine bindenden Termine anstehen, über ihren Terminkalender selbst bestimmen zu können. „Also wenn du jetzt vor Ort deine Wahlkreisarbeit machst, bist du erst Mal relativ autonom in deiner Termingestaltung. Dadurch haben sich relativ viele Freiräume ergeben. Beispielsweise morgens mit meinem Sohn zu frühstücken. Das war vorher gar nicht möglich, wie ich um sieben Uhr angefangen hatte zu arbeiten. Das war mit Übernahme des Mandats schon möglich“<sup>655</sup>.

---

<sup>652</sup> [www.sueddeutsche.de/politik/kanzler-sohn-schreibt-memoiren-ich-der-sohn-vom-kohl-1.1050282](http://www.sueddeutsche.de/politik/kanzler-sohn-schreibt-memoiren-ich-der-sohn-vom-kohl-1.1050282) mit Bezug auf das Buch von Walter Kohl: „Leben oder gelebt werden - Schritte auf dem Weg zur Versöhnung“, Integral Verlag, München 2011.

<sup>653</sup> Auch wenn in den Reihen der Bundestagsabgeordneten nur einige der Spitzenpolitiker/innen Deutschlands zu finden sind, sollen im Folgenden die mit den Bundestagsabgeordneten als ranghohe Politiker/innen Deutschlands durchgeführten Erhebungen beispielhaft für alle Ämter der Berufspolitik herangezogen werden.

<sup>654</sup> Eine Sitzungswoche dauert von Montagnachmittag bis Freitagvormittag. Die meisten Abgeordneten reisen im Laufe des Montags an und reisen am Freitagnachmittag zurück in ihre Wahlkreise. In der Regel lebt die Familie im Wahlkreis. Ausnahmen hiervon bilden – abgesehen von den Berliner und Brandenburger Abgeordneten – einige Frauen und Männer, die ihre Familien zu sich nach Berlin geholt haben, (vgl. beispielhaft Interviewpartnerin „Y“ bezogen auf ihr Kind und Interviewpartner „I“).

<sup>655</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

Als Besonderheit und besondere Herausforderung für die meisten Bundestagsabgeordneten ist die Distanz zwischen dem Parlamentssitz Berlin und dem Wahlkreis der Bundestagsabgeordneten anzusehen. Abgesehen von Berliner und Brandenburger Abgeordneten haben die meisten Abgeordnete immer einige Stunden Reisezeit einzukalkulieren, wenn sie zwischen ihrem Wahlkreis, der auch meist der Wohnort der Familie ist, und Berlin hin und her pendeln. Ein junger Abgeordneter berichtet, nach seiner Wahl in den Bundestag hätten seine damalige Freundin und er sich getrennt. Hierfür macht er auch den „räumlichen Umbruch“ verantwortlich, der sich für ihn nach seinem Einzug in den Bundestag ergab: „Ich war in der Situation, dass ich in Stuttgart gewohnt und gearbeitet habe. Der Wahlkreis war in Freiburg. Auf einmal war klar, in Zukunft würde es Freiburg – Berlin sein und Stuttgart fiel räumlich raus. Das ging nicht lang gut. Sicher gab es auch andere Gründe, aber das hat schon mit reingespielt. Der Lebensrhythmus ändert sich völlig, wenn sich das örtlich komplett umkrempelt“<sup>656</sup>.

Aus den Interviews wird erkennbar, dass die Abgeordneten sich zwar als stark eingespannt betrachten und bedauern, für ihre Familien und Freunde nicht mehr Zeit aufbringen zu können, aber einige sehen sich auch in einer mit anderen Berufstätigen vergleichbaren Situation: „Wenn ich meine Nachbarn sehe und auch andere: Wie viele Leute pendeln irgendwohin, sind die ganze Woche nicht da. Da funktioniert es auch“<sup>657</sup>. Ein anderer Bundestagsabgeordneter meint: „Zu Hause bin ich wahrscheinlich häufiger als andere Väter. Mein Wahlkreisbüro ist an die Wohnung angeschlossen. Ich muss dafür nicht weg, um an meinem Schreibtisch zu arbeiten“<sup>658</sup>. Als problematisch für das Familienleben werden jedoch die zahlreichen Abendtermine angesehen, die Bundestagsabgeordnete üblicherweise zu absolvieren haben. „Da bist du abends nur unterwegs oder am Wochenende. Da kannst du am Tag ein bisschen im Haushalt mithelfen und ähnliche Sachen, die vorher weniger möglich waren. Aber das ersetzt ja nicht die Beziehung, das ersetzt ja nicht Familienleben“<sup>659</sup>.

Für das Familienleben problematisch sind insbesondere die zahlreichen Termine, die an Abenden und Wochenenden stattfinden. „Das passiert zwar relativ selten und das muss man sich auch wirklich ganz fest vornehmen, dass man da, wenn Anfragen kommen, wirklich mal hart ist und einen Tag am Wochenende keinen Termin annimmt“, berichtet eine Abgeordnete. „Es gibt aber auch Zeiten, wo das völlig unrealistisch ist, wegen der vielen Ortsvereinsversammlungen oder Feiern, wo die Leute ja auch zur Recht erwarten, dass Abgeordnete inhaltlich berichten und für Diskussionen zur Verfügung stehen. Das ist nicht ganz leicht, sich

---

<sup>656</sup> Interview mit Interviewpartner „A“.

<sup>657</sup> Interview mit Interviewpartner „G“.

<sup>658</sup> Interview mit Interviewpartner „F“.

<sup>659</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

da was freizuschaukeln<sup>660</sup>. Wohl auch von daher sind die interviewten Bundestagsabgeordneten überwiegend der Meinung, das Bundestagsmandat sei nicht ohne weiteres mit einem ‚normalen Job‘ vergleichbar: „Die Sitzungswochen sind schon 80-Stundenwochen und die kann ich auch nicht reduzieren“<sup>661</sup>, sagt eine Abgeordnete. Ein Abgeordneter meint: „Zeitlich ist das was anderes, als ein normaler Job. [...] Es gibt selten mal eine Woche, wo ich auf unter 80 Arbeitsstunden komme“<sup>662</sup>. Im Vergleich zur vorherigen politischen Arbeit sagt der Abgeordnete: „Der Sprung vom Ehrenamt zum Mandat ist schon groß. Da verändert sich viel im Leben. In einen Landtag ist es natürlich auch ein großer Sprung, aber da gibt es die räumliche Trennung nicht“<sup>663</sup>. Eine kinderlose und ledige Bundestagsabgeordnete glaubt, „dass unter den gegebenen Umständen für mich eine feste Partnerschaft im klassischen Sinne nicht in Frage kommt [...]. [Auch] weil ich meine politische Arbeit durch eine Partnerschaft nicht einschränken lassen möchte. Deshalb glaube ich, dass es fast unmöglich ist, eine klassische Partnerschaft zu leben“<sup>664</sup>. Ein Abgeordneter berichtet von seiner Partnerin, die Verständnis für seine Arbeit habe. Dadurch, dass sie „Bekanntheit mit ein bisschen Politik, so auf kommunaler Ebene“ gemacht habe, kenne sie „die Rahmenbedingungen“. Mit Nachdruck erklärt der Abgeordnete, diese Rahmenbedingungen seien von vornherein klar definiert gewesen. Die Partnerin habe also gewusst, worauf sie sich einlässt, wenn sie eine Beziehung mit ihm führt: „Sie weiß, wie mein Leben läuft und daran werde ich nichts ändern.“<sup>665</sup>

Es ist anzunehmen, dass Beziehungen, in denen ein Partner oder auch beide gegenseitig von vornherein ausschließen wollen, dass von ihnen ‚mehr gemeinsame Zeit‘ beansprucht wird, nicht selten vorkommen – sei es auf Grund von zeitaufwendigen Hobbies oder wegen hohen beruflichen Einsatzes. Diese Partnerschaften werden oft dann auf die Probe gestellt, wenn Kinder mit ins Spiel kommen. Ein Kind zwingt manches Paar, die Partnerschaft neu zu definieren und den bisherigen Alltag neu zu gestalten. Gerade Männer sind dabei heute oft viel stärker gefordert, als dies in der Vergangenheit der Fall war. Daran, dass die meisten Männer ihre Vaterrolle sehr ernst nehmen und sich bei der Erziehung der eigenen Kinder einbringen wollen, besteht kein Zweifel und dies spiegeln auch die Interviews mit den Vätern kleiner Kinder wider. In der Berufspolitik scheint es aber so zu sein, dass sich Frauen häufiger als Männer in Beziehungen arrangieren, bei denen die Politik eine „beherrschende Rolle“ einnimmt, „nach der sich letztlich die gesamte Familie richten muss“<sup>666</sup>.<sup>667</sup> Nur so lässt sich

---

<sup>660</sup> Interview mit Interviewpartnerin „L“.

<sup>661</sup> Interview mit Interviewpartnerin „R“.

<sup>662</sup> Interview mit Interviewpartner „A“.

<sup>663</sup> ebenda.

<sup>664</sup> Interview mit Interviewpartnerin „O“.

<sup>665</sup> Interview mit Interviewpartner „E“.

<sup>666</sup> Isabelle Kürschner, Jasmin Siri: „Politik mit Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011, S. 29.

erklären, dass erfolgreiche Politiker seltener alleinstehend sind als ranghohe Politikerinnen und häufiger und mehr Kinder haben als in der Politik erfolgreiche Frauen. Der Schluss liegt nahe, dass männliche Bundestagsabgeordnete nicht nur deshalb durchschnittlich mehr Kinder als weibliche Abgeordnete haben<sup>668</sup>, da sie öfters eine Partnerin haben, die ihnen „den Rücken frei hält“, sondern wohl auch aus dem einfachen Grund, dass Männer seltener sogenannte Singles sind. „Der Preis für ein Leben, wie ich es führe, ist hoch“<sup>669</sup>, schreibt Claudia Roth, langjährige Vorsitzende der Partei Bündnis90/Grüne in ihrem Buch. Als Spitzenpolitikerin habe sie eine Achtzig-Stunden-Arbeitswoche. „Für viele persönliche Beziehungen ist der Lebensstil als homo politicus eine große Herausforderung“, berichtet Claudia Roth, die wie einige Frauen, die wie sie „ein öffentliches Leben führen“, keinen festen Partner und keine Kinder haben<sup>670</sup>.

Eine junge Abgeordnete erläutert im Interview: „[...] Beim Mann, der Abgeordneter ist, und die Frau daheim Hausfrau ist, ist es einfacher, weil die Hausfrau sich auf die Terminlage des Mannes abstimmt. [...] Dadurch dass er [der Partner] jetzt selber sein Unternehmen gegründet hat, hat er ja auch viele Termine und viel zu tun. [...]. Es ist wirklich schwierig, dass man da Zeit für sich aufbringt, weil man natürlich auch immer Abendveranstaltungen hat und Empfänge, Kreisverbände in anderen Bezirken, Treffen, ...ganz schwierig!“<sup>671</sup> Partnerschaften leiden aber nicht nur unter dem Zeitproblem. Ein Abgeordneter, der sich etwa ein Jahr nach dem Einzug in den Bundestag von seiner Frau getrennt hat, sagt dazu: „Der entscheidende Punkt war: Das Leben hat sich komplett verändert. All das, was unsere Beziehung früher ausgemacht hatte, war völlig auf den Kopf gestellt“<sup>672</sup>.

Die bisher jüngste Bundesministerin der Bundesrepublik Deutschland war Claudia Nolte, die für den Landesverband Thüringen seit dem 3. Oktober 1990 dem Bundestag angehörte und von 1991 bis 1994 das Amt der frauen- und jugendpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion ausübte. Mit 28 Jahren wurde Nolte nach der Bundestagswahl 1994 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kurz nach der Abwahl des Kohl-Kabinetts und dem Verlust ihres Ministeramtes im Herbst 1998 soll Nolte von zu Hause ausgezogen sein und gesagt haben, sie habe sich zu wenig um ihren Mann gekümmert. Das Ehepaar wurde nach zwölf Jahren Ehe geschieden und der damals elf-jährige gemeinsame Sohn, für den

---

<sup>667</sup> Gleichgeschlechtliche Partnerschaften werden hier nicht näher behandelt, was nicht heißen soll, dass ihre Bedeutung in irgendeiner Form infrage gestellt wird.

<sup>668</sup> In der 16. Wahlperiode (Zahlen aus 2008) hatten die weiblichen Abgeordneten im Durchschnitt nur 1,17 Kinder, die Männer hingegen 1,74 Kinder. Vgl. hierzu unter V.6.2. „Betrachtung der Zahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten“ – eigene Auswertung auf Grundlage der Angaben aus „Kürschners Volkshandbuch“.

<sup>669</sup> Claudia Roth: „Das Politische ist privat. Erinnerungen für die Zukunft“, Herausgegeben von Michel Friedmann, Aufbau-Verlag Berlin, 1. Auflage 2006, S. 110.

<sup>670</sup> ebenda.

<sup>671</sup> Interview mit Interviewpartnerin „T“.

<sup>672</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

auch zuvor überwiegend der Vater gesorgt haben soll, blieb weiter beim Vater leben<sup>673</sup>. In einem Artikel des „Spiegel“ heißt es in diesem Zusammenhang, ein Politiker lebe nach seinem Aufstieg unter Bedingungen, die mit seinem bisherigen Leben zusehend weniger vergleichbar seien. Für den Partner, dem dieses neue Leben fremd ist, fehle dann vor allem die für eine Partnerschaft so wichtigen gemeinsamen Erfahrungen und Gespräche<sup>674</sup>.

Ein Grund, der zu einem Trennungsprozess beiträgt, ist sicherlich die starke Eingebundenheit in die politische Arbeit und die damit verbundenen langen Zeiten der Abwesenheit, die das Familienleben und die Beziehung zum Partner/zur Partnerin erschweren. In vielen Fällen wird es zusehend weniger möglich erscheinen, am Leben des/der Partners/in teilzuhaben und so entfremden sich beide immer weiter voneinander. Politiker/innen, die immer stärker im ‚Politik-Kosmos‘ leben, laufen Gefahr den Anschluss an ihr früheres Leben zu verlieren, wie eine Abgeordnete selbst beklagt: „[...] Wenn dir die Partei morgen einen Tritt gibt, [...] dann hast du überhaupt nichts mehr; hast keine Freunde, keine Freundinnen, deine Kinder sind inzwischen erwachsen, dein Mann hat sich auch zunehmend mit anderen Dingen befasst [...]. Irgendwo hat man das Gefühl, relativ losgelöst zu sein“<sup>675</sup>.

## 1.2. Familie und Partnerschaft als Rückzugsort

Ein „Patentrezept“ für erfolgreiche Beziehungen von Politikern/innen gibt es sicherlich nicht. Für Paarbeziehungen von Vorteil scheint es aber zu sein, wenn beide Partner parteipolitisch aktiv sind oder beide beruflich das politische Umfeld des Partners/der Partnerin kennen: „Mit [...] hab ich den Vorteil, dass ich mit jemanden zusammen bin, der den Apparat kennt, die für eine Abgeordnete gearbeitet hat. Sie weiß, wie's geht, die weiß, was da wirklich anfällt, und die weiß, was man da an Rücksicht nehmen muss als Paar“<sup>676</sup>. Die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, Katherina Reiche, ist während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete drei Mal Mutter geworden. Ihr Ehemann und Vater der Kinder, Sven Petke, ist Abgeordneter im brandenburgischen Landtag<sup>677</sup> und hatte verschiedene Füh-

---

<sup>673</sup> Forum „Väter aktuell“ - Artikel vom 3.12.2002 von V. Schulemann und Hans-W. Saure auf [www.vaeter-aktuell.papaserver.de/gesellschaft/Gesellschaft-2002/Nolte\\_Claudia\\_20021203.htm](http://www.vaeter-aktuell.papaserver.de/gesellschaft/Gesellschaft-2002/Nolte_Claudia_20021203.htm) und Der Spiegel 35 / 2010 vom 30.08.2010: „Politikerehen - Das Leben des anderen“ von Feldenkirchen, Markus und Kullmann, Kerstin.

<sup>674</sup> Der Spiegel 35 / 2010 vom 30.08.2010: „Politikerehen – Das Leben des anderen“ von Feldenkirchen, Markus und Kullmann, Kerstin.

<sup>675</sup> Zitat aus einem Interview von Bärbel Schöler-Macher in „Die Fremdheit der Politik – Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten“, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1994, S. 136.

<sup>676</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>677</sup> Artikel auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): „Bundestagsabgeordnete und dreifache Mutter“, Web- und Textarchiv 2010, [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30648360\\_familie\\_mandat/index.jsp;jsessionid=26DF0FF6E238C52318B4BA12C17977B9?instance=b30652835&imageAction=open&openImage=3&imageCount=0](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30648360_familie_mandat/index.jsp;jsessionid=26DF0FF6E238C52318B4BA12C17977B9?instance=b30652835&imageAction=open&openImage=3&imageCount=0).



rungspositionen in der CDU Brandenburg inne<sup>678</sup>. Beide Partner kennen das politische Geschäft gut und wissen, was es bedeutet, Berufspolitiker/in zu sein. Das gemeinsame Interesse für und Engagement in der Politik scheint für Politiker-Ehen von Vorteil zu sein.

Die Auswertung des Fragebogens hat ergeben, dass sich 35 Prozent der Partnerinnen der Männer und sogar 41 Prozent der Partner der Frauen politisch engagieren. Einige Partner/innen waren bereits politisch aktiv und beide haben sich in diesem Umfeld kennengelernt<sup>679</sup>. Bei anderen sind der/die Partner/in im Laufe der Partnerschaft auch der Partei beigetreten<sup>680</sup> oder haben ihr politisches Engagement im Laufe der Beziehung ausgeweitet: „Nun kommt es bei mir dazu, dass auch mein Mann ziemlich viel Politik macht. Konkret: Kommunalpolitik. Er ist Fraktionsvorsitzender [...], so dass ich auch über ihn immer sehr eingebunden war [...]. Und in dem Moment, in dem ich dann selber in die Kandidatur ging, hieß es immer ‚die Frau von...‘“<sup>681</sup>. Auffallend ist, dass die Mehrzahl der für diese Arbeit interviewten Frauen, die in einer Ehe oder Partnerschaft leben, über ihre Partner berichten, diese seien ebenfalls in ihrer Partei oder anderweitig ehrenamtlich oder gewerkschaftlich engagiert<sup>682</sup>. Das gemeinsame Interesse an Politik und die Kenntnis über Strukturen und Abläufe scheinen das Verständnis innerhalb einer Beziehung füreinander zu stärken.

Wenn das Verständnis füreinander da ist, finden Politiker/innen vor allem in der Partnerschaft und ihrer Familie einen Rückzugsort, den sie als Ausgleich zu der politischen Arbeit in Berlin brauchen. So berichtet ein Abgeordneter, er schöpfe aus seiner Familie und seinen Kindern sehr viel Kraft für seine Arbeit<sup>683</sup>. Bundesministerin Ursula von der Leyen soll sehr froh sein über ihre kinderreiche Familie, die ihr eine „starke Gegenwart“ zu ihrem Leben als Ministerin in Berlin biete<sup>684</sup> und die sie wohl auch immer wieder auf den Boden zurückholt. Es heißt, viele Politiker würden in vielen Fällen ihre Erdung verlieren<sup>685</sup>. Eine junge Abgeordnete hat wohl deshalb ihre Freunde und Familie gebeten: „Wenn ihr Veränderungen an mir spürt, müsst ihr mir das sagen. Es kommen ja von allen immer Ratschläge, aber wenn ich weiß, das kommt von Leuten die mich wirklich kennen und das spüren, dann müssen die mir das

---

<sup>678</sup> Von 2001 bis 2004 und von 2007 bis 2011 stellvertretender Vorsitzender der CDU Brandenburg und von 2004 bis 2006 Generalsekretär der CDU Brandenburg.

<sup>679</sup> So der Fall bei Interviewpartnern „G“ und „C“, deren Partnerinnen beide bei (überregionalen) Parteiveranstaltungen kennengelernt haben.

<sup>680</sup> So der Fall bei den Frauen von Interviewpartnern „H“ und „I“.

<sup>681</sup> Interview mit Interviewpartnerin „P“.

<sup>682</sup> Partner parteipolitisch aktiv: Bei Interviewpartnerinnen „U“ und „P“ sowie bei „Z“ bezogen auf ihren verstorbenen Partner; Partner gewerkschaftlich aktiv: Bei Interviewpartnerin „X“; Partner ehrenamtlich (Musik/Sport) aktiv: Bei Interviewpartnerinnen „K“ und „V“.

<sup>683</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>684</sup> Artikel auf SPIEGEL-online: „Politiker und Familie: Die Freizeit nehm ich mir“ von Florian Gathmann und Anna Reimann, 13. März 2012, [www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html).

<sup>685</sup> Der Spiegel 35 / 2010 vom 30.08.2010: „Politikerehen - Das Leben des anderen“ von Markus Feldenkirchen und Kerstin Kullmann.

sagen – diese Erdung braucht man, das ist ganz wichtig<sup>686</sup>. Zur ‚Erdung‘ dazu gehört oftmals auch die Aussicht, in den erlernten Beruf zurückkehren zu können, erläutert eine Abgeordnete: „Ich hätte meinen Beruf, in den ich jederzeit zurück könnte und meine Familie. Also: Es gibt für mich eine feste Grundlage, es gibt für mich tatsächlich ein Leben außerhalb der Politik und das ist ganz, ganz wichtig. Das macht einen freier im Kopf“<sup>687</sup>. Ein Abgeordneter betont, was ihm seine Kinder bedeuten: „Es bleibt ganz wenig davon übrig, was man als Politiker macht. Die Drucksachen, ich weiß nicht was alles, ist ja schön. Aber was wirklich bleibt, sind die Kinder“<sup>688</sup>.

### 1.3. Aufgabenverteilung, Vater- und Mutterrolle

Es wird zahlreiche Fälle geben, in denen sich Partner auseinander leben und verstärkt Konflikte auftreten, da einer der beiden seine Karriere verfolgt und der andere mit Haus- und Erziehungsarbeit mehr oder weniger allein zurück bleibt. Ebenso können Konflikte auftreten, wenn beide Partner erfolgreich im Berufsleben stehen und nicht einer von beiden der/diejenige ist, der/die daheim bleibt und sich um den Haushalt kümmert. In den meisten Fällen sind es bisher die Frauen gewesen, die – selbst wenn sie ihren Beruf nicht vollständig aufgaben – zu Hause blieben, die Betreuung der Kinder übernahmen und dem Mann ‚den Rücken frei hielten‘. Aber immer öfter gibt es auch Beispiele dafür, dass entweder beide Partner ihre Karriere – auch wenn Kinder im Haushalt leben – mit vergleichbarem Einsatz verfolgen oder dass die Frauen erfolgreicher sind als ihre Partner und die Männer den Part übernehmen, der früher weit überwiegend Frauen zugeteilt war.

Nicht nur Claudia Nolte ist ein – wenngleich mit Blick auf die Trennung von ihrem Mann negatives – Beispiel dafür, dass auch Väter ihren in der Politik erfolgreichen Frauen ‚den Rücken frei halten‘, indem sie sich um den gemeinsamen Nachwuchs kümmern. Zwei der interviewten weiblichen Bundestagsabgeordneten haben zwei bzw. drei Kinder im Schulalter, die zumindest während der Sitzungswochen des Bundestages in Berlin daheim von ihren Vätern betreut werden. Eine der beiden Abgeordneten berichtet, dass ihr Mann immer „sehr, sehr viel Verständnis“ dafür gehabt habe, dass sie sich in der Politik engagiere. In der Phase, als ihre Kinder noch sehr klein waren und besonders viel Betreuung – gerade abends – benötigt haben, war sie bereits ehrenamtlich in der Politik aktiv. Da ihr Mann und sie kein Kindermädchen oder Babysitter hatten, habe ihr Mann diese Aufgabe immer übernommen und habe sie „abends laufen lassen“. [...] „Und auch jetzt wäre unser Familienleben ohne meinen Mann

---

<sup>686</sup> Interview mit Interviewpartnerin „K“.

<sup>687</sup> Interview mit Interviewpartnerin „V“.

<sup>688</sup> Interview mit Interviewpartner „B“.

als zentralen Ankerpunkt überhaupt nicht möglich. Er ist zu Haus und kümmert sich vorwiegend um Haus, Hof und Kinder. Und ich bin eben außer Haus tätig<sup>689</sup>. Die Abgeordnete erläuterte, dass sie einen Job angeboten bekommen habe und es durch die berufliche Situation ihres Mannes „fast nicht anders möglich gewesen“ sei, dass sie nach ihrem vierjährigen Erziehungsurlaub wieder voll gearbeitet habe und ihr Mann zu Hause geblieben sei: „Dann hat sich das eben so ergeben, dass wir in der Situation die Aufgaben getauscht haben“<sup>690</sup>. Als sie als Abgeordnete im Oktober 2002 in den Bundestag einzog, bedeutete die neue Situation keine komplette Umstellung mehr, da ihr Mann bereits zuvor vorwiegend für die Kinder zuständig gewesen sei. Aber es war „noch eins drauf: die völlige Umstellung der häuslichen Situation.“ In ihrer vorherigen beruflichen Situation sei sie abends immer zu Hause gewesen, so dass es dann „natürlich doch noch ein qualitativer Sprung“ war zur Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete, die bedeute, wochenweise ganz weg zu sein. „Aber es war dennoch nicht völlig unterschiedlich“, ergänzt die Abgeordnete. Insofern könne in ihrem Fall diese Aufgabenteilung – der Mann zu Hause mit den Kindern, während die Frau als Bundestagsabgeordnete unterwegs ist – funktionieren.

Auch bei der Bundestagsabgeordneten und Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles, deren Tochter zu Beginn des Jahres 2011 zur Welt kam, ist die übliche Konstellation offenbar jene, dass die kleine Tochter zu Hause im Wahlkreis beim Vater und den Großeltern bleibt, während die Mutter in Berlin ist. Ihrer Funktion geschuldet ist, dass sie fast ausschließlich in Berlin arbeitet und meist nur am Wochenende zu Hause bei ihrer Familie sein kann. Nachfragen, wie sie das eigentlich mit ihrer Arbeit und dem Kind schaffe, ärgern Andrea Nahles vor dem Hintergrund, dass andere (männliche) Abgeordnete, die zum Teil vier oder fünf Kinder haben, nicht gefragt werden<sup>691</sup>. „Da wird dann immer unterstellt, die Mutter kümmert sich und Punkt“<sup>692</sup>.

Als ein weiteres Beispiel ist auch Ingrid Matthäus-Maier zu nennen, die 1976 mit 31 Jahren als damals jüngste Frau in den Bundestag gewählt wurde und von 1979 bis 1982 Vorsitzende des Finanzausschusses und von 1988 bis 1999 stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion war. Ihre beiden Kinder bekam Matthäus-Maier während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete. Das war damals eine nicht gekannte Situation, da noch galt, dass man als Abgeordnete entweder keine Kinder bekam oder die Kinder bereits „aus dem Gröbsten raus“ waren, wie Matthäus-Maier in einem Interview<sup>693</sup> zitiert wird. Ihr Mann habe nach

---

<sup>689</sup> Zum Zeitpunkt des Interviews mit Interviewpartner „V“, waren ihre Kinder 10 und 12 Jahre alt.

<sup>690</sup> Interview (ebenda).

<sup>691</sup> Dradio.de – DLF-Magazin, Sendung vom 23.06.2011: „Zwischen Windeln, Wahlkreis und Widersachern“ von Claudia van Laak.

<sup>692</sup> ebenda.

<sup>693</sup> Artikel auf spiegel-online über Ingrid Matthäus-Maier vom 26.02.2008: <http://www.spiegel.de/unispiegel/jobundberuf/0,1518,537258,00.html>

der Geburt ihres zweiten Kindes seine Berufstätigkeit als Mathematiker erst unterbrochen und dann ganz aufgegeben. Matthäus-Meier sagt, er sei wahrscheinlich Professor für Mathematik geworden, wenn er seinen Beruf nicht aufgegeben hätte. Dies habe er für die Familie, ihren Beruf und für das gemeinsame politische Ziel getan und damit auch ein sehr großes Opfer auf sich genommen<sup>694</sup>. Auch eine Abgeordnete, deren Kinder heute erwachsen sind, aber um die sich überwiegend der Vater gekümmert hat, als die Kinder klein waren, sagt, das sei damals „ziemlich ungewöhnlich“ und „für ihn auch ziemlich schwierig nach außen hin“ gewesen<sup>695 696</sup>.

Spätestens seit der Einführung des Elterngeldes im Jahr 2007 sollte es nicht mehr allzu ungewöhnlich sein, dass Väter Elternzeit in Anspruch nehmen. Eine junge Abgeordnete berichtet im Interview von der Situation ihres Einzugs in den Bundestag, als ihre Tochter gerade erst ein Jahr alt war. „[Mein Mann und ich] haben uns darauf verständigt, dass er die Elternzeit nimmt – aus verschiedenen Gründen. [Es ging] auch darum, mir ‚den Rücken frei zu halten‘ für die Politik. Er gehört also zu den zwei Prozent Männern in Deutschland, die Elternzeit genommen haben. [...] Wenn die Konstellation eine andere gewesen wäre, weiß ich nicht, ob ich die Kraft und den Rückhalt gehabt hätte, zu kandidieren“<sup>697</sup>. Die Abgeordnete berichtet ferner, dass ihr Mann als Fraktionsvorsitzender im Stadtrat ebenfalls politisch sehr aktiv ist und insofern Verständnis für ihr politisches Engagement und ihren Job als Bundestagsabgeordnete hat.

Im Fragebogen wurden die Abgeordneten gefragt, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut (hat). Mit Abstand am häufigsten wurde der Partner (82 Prozent) als „Hauptbetreuungs-person“ genannt. Im Vergleich zu den Männern gaben Frauen auf die Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut(e), zu 66,5 Prozent an, dass sie selbst es sind oder waren, während den Antworten der Männer zufolge, die Männer selbst rund fünfmal weniger als die Frauen (nur zu 13,5 Prozent) für ihre Kinder die Hauptbetreuungs-person sind oder waren. Dabei ist der Partner der Frauen von den Frauen fast genauso häufig als Hauptbetreuungs-person genannt worden. Anders als von den Männern, bei denen zu 94,5 Prozent die Partnerin der Kinder als Hauptbetreuungs-person genannt wurde<sup>698</sup>.

---

<sup>694</sup> ebenda.

<sup>695</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Z“.

<sup>696</sup> Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang, dass Eltern heute kleiner Kinder in den meisten Regionen Deutschlands Betreuungsmöglichkeiten in Kindertagesstätten oder im Schulhort in Anspruch nehmen können. Früher war dies, abgesehen von Ostdeutschland, so nicht der Fall. Für kleinere Schulkinder endete der Unterricht um die Mittagszeit und die Kinder kamen zum Mittagessen nach Hause.

<sup>697</sup> Interview mit Interviewpartnerin „U“.

<sup>698</sup> Antworten mit Möglichkeit von Mehrfachnennungen: Ich 33,5%, Partner 82%, Ich und Partner 20,5%, anderes Familienmitglied 12%, Angestellte(r) Betreuer(in) 12,5%. Vgl. VI. 2.4.1 „Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut“.

Wenn davon die Rede ist, dass in der Regel die Frau dem Mann in der Politik ‚den Rücken frei hält‘, so wird dies in den Antworten der Abgeordneten, was die Betreuung des Nachwuchses betrifft, bestätigt. Es scheint so, dass die im Bundestag vertretenen Väter ganz überwiegend Partnerinnen haben, die sich um die gemeinsamen Kinder kümmern oder gekümmert haben, als diese klein waren. Bei vielen der im Bundestag vertretenen Frauen war es wohl noch der Fall, dass sie erst für den Bundestag kandidierten, nachdem ihre Kinder bereits ‚aus dem Größten raus‘ waren. So konnten sie für ihre Kinder als ‚Hauptbetreuungs-person‘ sorgen, als diese kleiner waren. Es verwundert auch nicht, wenn Frauen sich und ihren Partner zugleich als ‚Hauptbetreuungs-personen‘ nennen, da der „Hausmann“ nur in Ausnahmefällen vorkommt. Die Partner der im Bundestag vertretenen Frauen sind in der Regel ebenfalls berufstätig und teilen sich die Betreuung des Nachwuchses mit ihren in der Berufspolitik aktiven Frauen.

Allerdings könnte für die jüngere Generation der Politiker/innen gelten, dass die übliche Konstellation, dass Frauen sehr viel häufiger als Männer ihren Beruf zurückstellen, um sich um Kinder und Haushalt zu kümmern, durchbrochen ist. Junge Frauen kandidieren für den Bundestag, obwohl sie kleine Kinder haben oder sich Kinder wünschen. Früher war dies die große Ausnahme, die es heute nicht mehr zu sein scheint. Ein Grund dafür könnte sein, dass von vornherein klar ist, dass sich auch die Partner dieser Frauen als aktive Väter einbringen wollen. Einer aktuellen Studie des „Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik (FFP)“ zufolge seien die Zeiten, in denen Familie und Kindererziehung allein Sache der Frau waren, vorbei<sup>699</sup>. Eine Umfrage, die ein Bundestagsabgeordneter im Jahr 2001 unter seinen männlichen Kollegen durchgeführt hatte, kam aber noch zu anderen Ergebnissen, wenn man die Anzahl von Vätern in Elternzeit betrachtet. Der Abgeordnete hatte nach der Geburt seines zweiten Kindes, vor der Kandidatur um das Bundestagsmandat, für etwa zwei Jahre „Erziehungsurlaub“ in der Form genommen, dass er seine Arbeitszeit um die Hälfte reduziert hatte und seine Frau und er je einer Teilzeittätigkeit nachgingen. „Mir war es wichtig, dass meine Frau auch im Beruf bleibt. Und ich wollte von den Kindern auch was mitkriegen.“<sup>700</sup> Der Abgeordnete wollte wissen, ob weitere männliche Abgeordnete Elternzeit in Anspruch genommen hatten und welche Erfahrungen sie gemacht haben. Die Reaktionen waren indes dürftig, wie der Abgeordnete berichtete. Er habe Rückmeldungen bekommen „von einem Kollegen, der sich jedes Mal für einige Wochen um das Kind gekümmert hat, bis geklärt war, wie die das zu Hause organisieren. Von einem anderen Kollegen, der in ganz, ganz früher Vorzeit – also ein älterer Kollege –, vor vielen Jahren sich mal um die Kinder gekümmert hat,

---

<sup>699</sup> FFP-Pressemittteilung 5/2013: „Väter in NRW“ Das FFP präsentiert eine neue Studie über eine Untersuchung im Auftrag des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW.

<sup>700</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.

ich glaube für ein halbes Jahr. Das war's, was die männlichen Abgeordneten betrifft. Es gab einen einzigen Kollegen, der hat Erziehungsurlaub genommen [...]“<sup>701</sup>.

Der Abgeordnete berichtet auch, dass seine örtlichen Parteikollegen eher mit Befremden auf seine Nachricht reagiert hätten, dass er Elternzeit in Anspruch nehmen wolle. Die Reaktion seines Arbeitgebers hätte jedoch „blankes Entsetzen“ hervorgerufen. Auf die Frage an den Abgeordneten, ob er sich nach dem Einzug in den Bundestag hätte vorstellen können, noch mal Elternzeit zu nehmen, antwortet er: „Wie sollte ich das machen? Es wäre etwas anderes, wenn man am gleichen Ort ist. Dann kann man es organisieren, dass man sich teilt. Aber wenn sie ein paar hundert Kilometer entfernt den Wahlkreis und den Wohnort der Familie haben, dann ist das eigentlich nicht zu machen. Vor allem wird das von den Wählern nicht akzeptiert, weil die haben mich ja gewählt um die Interessen des Wahlkreises zu vertreten und nicht [um mich] zu Hause um die Kinder zu kümmern“<sup>702</sup>.

Ähnlich antwortet ein anderer junger Abgeordnetenkollege, dessen Frau das erste Kind erwartet, auf die Frage ob er sich vorstellen könne, für zwei Monate Elternzeit zu nehmen: „Wenn ich normal und nicht hier, sondern in einem anderen Beruf arbeiten würde, könnte ich mir das durchaus vorstellen. Ich habe vorhin mit einem anderen Freund gesprochen, der das vielleicht macht und mich gefragt hat, wie ich das sehen würde, ob das peinlich wäre, wenn er das machen würde. Da habe ich gesagt, nein, warum ist das peinlich, ich würde es auch machen. Aber jetzt, aufgrund der Situation im Bundestag geht das nicht. [Ich glaube...] wenn ich sagen würde, ich klinke mich mal zwei Monate aus und lasse mich weder im Wahlkreis sehen noch in der Fraktion und in den Ausschüssen, ich glaub, das würde keiner verstehen [...] und da wäre es auch nicht fair, wenn ich sage, ich klinke mich jetzt hier aus. Denn dafür kriegt man ja hier eine ganze Menge Geld“<sup>703</sup>.

Bei den Parlamentarierinnen sieht es schon anders aus. Sie haben nach der Geburt eines Kindes Anrecht auf acht Wochen Mutterschutz, da im Gegensatz zu den Regelungen der Elternzeit das Mutterschutzgesetz auch für Abgeordnete gilt. Von der Abgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler (SPD) wird berichtet, sie habe sich nach der Geburt ihrer Tochter über den achtwöchigen Mutterschutz hinaus auch eine „Berlin-Pause“ gegönnt und lieber für jeden Fehltag in Berlin die vom Parlament vorgesehene Strafzahlung bei Nichtanwesenheit geleistet. Ihre Fraktionskollegen hätten dafür nur bedingt Verständnis und würden durchaus Druck auf sie ausüben, war zu lesen<sup>704</sup>. Die Erwartungshaltung an Abgeordnete, in allerers-

---

<sup>701</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.

<sup>702</sup> ebenda.

<sup>703</sup> Interview mit Interviewpartner „H“.

<sup>704</sup> „Keine Elternzeit für Abgeordnete: Zwischen Wickeltisch und Bundestag“, Siegener Zeitung online 2010, <http://www.siegener-zeitung.de/a/406268>.

ter Linie das Mandat auszufüllen, ist scheinbar hoch – sowohl von der Seite der Fraktionskollegen/innen als auch von der Seite der Wähler/innen. Insofern ist auch die Sorge einer jungen Abgeordneten verständlich, die sich derzeit (noch) kein Kind ‚zutraut‘: „Es nimmt keiner Rücksicht drauf, dass man ein Kind hat. Der Landesverband, die Kreisverbände wollen einen trotzdem sehen. Wenn ich jetzt sagen würde: ich bin jetzt für drei Tage weg, ich bin bei meinem Kind – ich glaube auf Dauer würden die Leute mich nicht verstehen. [...] Man ist jetzt gewählt und man hat als Abgeordneter Termine wahrzunehmen, sei es jetzt im Kreisverband, sei es nun im Wahlkreis selber, sei es mit Grußworten, sei es in anderen Kreisverbänden. Da zählt garnix [...] als Entschuldigung“<sup>705</sup>.

Wenn die Möglichkeit besteht, dass der Vater oder Großeltern vor Ort die Betreuung übernehmen, scheinen es auch die Parlamentarierinnen mit kleinen Kindern vorzuziehen, ihre Kinder daheim zu lassen. Schließlich muss in Berlin auch eine Betreuung organisiert werden. Die Bundestags-Kita nimmt aber zum einen erst Kinder ab einem Jahr auf und zum anderen ist die Anzahl der Plätze begrenzt und Abgeordnete müssen sich auf der Warteliste für einen Kita-Platz hinten anstellen<sup>706</sup>. Es gibt Fälle, in denen eine andere Lösung, als das Kind in Sitzungswochen regelmäßig nach Berlin mitzunehmen, nicht infrage zu kommen scheint. Auffallend ist dabei, dass lediglich Mütter diese Konstellation zu pflegen scheinen und Männer nur in Ausnahmefällen ihr Kind in den Bundestag mitnehmen. Der Hauptgrund hierfür dürfte sein, dass im Gegensatz zu den Partnern der Parlamentarierinnen, die Partnerinnen der Parlamentarier häufiger nicht oder in Teilzeit berufstätig sind. Für eine alleinerziehende Mutter, wie Kerstin Müller, ehemalige parlamentarische Staatssekretärin im Auswärtigen Amt, die ihr erstes Kind im Jahr 2006 zur Welt brachte, gab es allerdings keine Alternative. Sie brachte ihr Kind mit nach Berlin und nahm neben der Bundestags-Kita den Dienst einer Kinderfrau in Anspruch<sup>707</sup>.

Eine Abgeordnete, die zusätzlich zu ihrem Bundestagsmandat das Amt einer Staatsministerin ausübt, hat mit Ihrem Mann ein „Kombinationsmodell“ gewählt: „Meine Tochter ist drei Wochen bei mir [in Berlin] und eine Woche bei meinem Mann“<sup>708</sup>. Für die junge Mutter bedeutet dies vor allem, die Betreuung der Tochter lückenlos organisiert zu haben und bei Änderungen in ihrem Terminplan flexible Lösungen finden zu müssen. Hinzu kommt dabei im-

---

<sup>705</sup> Interview mit Interviewpartnerin „T“.

<sup>706</sup> In der Betriebsordnung der Kindertagesstätte war zunächst nicht vorgesehen, dass auch Kinder von Bundestagsabgeordneten zugelassen werden. Die Betriebskindertagesstätte des Bundestages stehe in erster Linie den Kindern von Mitarbeitern der Parlamentsverwaltung offen, aber den Kindern von Abgeordneten nur in Ausnahmefällen, vgl. den Bericht auf [www.zeit.de/2013/29/muetter-abgeordnete-bundestag/seite-2](http://www.zeit.de/2013/29/muetter-abgeordnete-bundestag/seite-2). und die Ausführungen von Interviewpartnerin „W“, die ihr Kind in der Bonner Bundestags-Kita unterbringen wollte.

<sup>707</sup> Artikel "Mein Ehrgeiz ist völlig befriedigt, und ich kann mein Kind genießen" von Patricia Leßnerkraus über die Abgeordnete Kerstin Müller vom 21.04.2007 auf [welt.de](http://www.welt.de) - <http://www.welt.de/politik/article825968/Mein-Ehrgeiz-ist-voellig-befriedigt-und-ich-kann-mein-Kind-geniesen.html>.

<sup>708</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Y“.

mer, die Bedürfnisse des Kindes zu berücksichtigen: „Ich glaube, dass man, gerade wenn man eine solche Herausforderung auch räumlich hat, dass man darauf achten muss, dass es für das Kind einfach immer angenehm ist, damit sich keine Nervositäten oder Unorganisiertheiten auf das Kind übertragen“<sup>709</sup>. Allerdings funktioniert das wochenweise Pendeln mit Kind aber spätestens dann nicht mehr, wenn das Kind in die Schule kommt. Eine Abgeordnete, die zu Bonner Zeiten und als Mutter eines kleinen Kindes in den Bundestag eingezogen war, berichtet: „In den Sitzungswochen hatte ich meinen Spatz dann bei mir und ich bin auch, wenn zwei Sitzungswochen waren, übers Wochenende in Bonn geblieben. [Aber im Schulalter] kann man so ein Nomadentum nicht mehr pflegen“<sup>710</sup>. Dann müssen andere Lösungen gefunden werden.

Dabei ist es nicht nur die Sorge um das Wohl des eigenen Kindes, sondern auch das Bedürfnis von Müttern, ihren Kindern nahe zu sein. „Es war mir eigentlich immer klar, dass es für das Kind ok ist, also dass man mit Struktur, Familie und mit einer guten Betreuung – dass mein Kind nicht leiden oder Schaden nehmen wird. Aber ich habe mich immer gefragt, ob ich das kann, fünf Tage weggehen kann. Bei einem Zweijährigen ist das schon hart.“<sup>711</sup> Eine andere Abgeordnete erzählt: „Ich hab hier die Kinderbilder, da kann ich manchmal gar nicht hinschauen. Und denk mir dann immer: Herrschaft, ich wär halt gern bei ihm.“<sup>712</sup> Andererseits bleibt auch den Müttern, die ihr Kind nach Berlin mitnehmen, nicht viel Zeit mit ihren Kindern. Wie zum Beispiel der Abgeordnete Kerstin Müller, die berichtet, sie sei von ihrer kleinen Tochter in Sitzungswochen an manchen Tagen bis zu zwölf Stunden getrennt. Das sei „ein täglicher Kampf“ und „schon hart“<sup>713</sup>.

Auch wenn Väter in aller Regel ihren Nachwuchs nicht nach Berlin mitbringen, so scheint es zum Teil aber auch Sache der Väter zu sein, die Betreuung des Nachwuchses zu organisieren. So erläutert ein Abgeordneter, deren Partnerin berufstätig ist, die Wichtigkeit guter Organisation: „[...] Ein Kind und zwei Arbeitsorte, nicht identisch mit dem Wohnort, das ist auch eine Organisationsfrage. Wer nicht in der Lage ist, zu organisieren, wird es nicht hinkriegen. [...] Es nützt nichts, ein Kind noch so sehr zu lieben, wenn man es nicht hinkriegt, dass immer jemand da ist“<sup>714</sup>. Da die Arbeitsstelle seiner Frau in einer anderen Stadt liegt und sie ebenfalls Termine am Nachmittag oder Abend wahrzunehmen habe, käme es immer darauf an, gut zu organisieren, ob mal die Großeltern oder ein Babysitter vor Ort für die Tochter da

---

<sup>709</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Y“.

<sup>710</sup> Interview mit Interviewpartnerin „W“.

<sup>711</sup> Interview mit Interviewpartnerin „R“.

<sup>712</sup> Interview mit Interviewpartnerin „M“.

<sup>713</sup> Artikel "Mein Ehrgeiz ist völlig befriedigt, und ich kann mein Kind genießen" von Patricia Leßnerkraus über die Abgeordnete Kerstin Müller vom 21.04.2007 auf welt.de - <http://www.welt.de/politik/article825968/Mein-Ehrgeiz-ist-voellig-befriedigt-und-ich-kann-mein-Kind-geniesen.html>.

<sup>714</sup> Interview mit Interviewpartner „F“.



sind. Ein Abgeordneter mit drei kleinen Kindern berichtet, seine Frau und er seien beide „stolz aufeinander, dass wir unser Leben so organisieren und in den Griff kriegen“<sup>715</sup>.

Der Bundesvorsitzende der Partei Bündnis90/Grüne, Cem Özdemir, der zwei kleine Kinder hat, versucht morgens und auch an Teilen der Abende für seine Kinder da zu sein. Den beruflichen Kalender und seine Familie unter einen Hut zu bringen verlange Koordination, die er offensichtlich nicht scheut<sup>716</sup>. Nach seiner Bestätigung als Parteivorsitzender und seinem Wiedereinzug in den Bundestag in 2013, werden den Spitzenpolitiker und Vater Özdemir, nachdem er in den letzten Jahren kein Abgeordnetenmandat inne hatte, wahrscheinlich wieder mehr Termine in Berlin erwarten und damit der Koordinationsaufwand zunehmen. Ein Abgeordneter berichtet von einem Kollegen, der gerade Vater geworden ist: „[...]der] ist ja kurz vorher Fraktionsgeschäftsführer geworden. Ich sprach mit ihm kurz am Rande. Bei ihm ist es ja noch extremer, auch der Aufwand, den er betreiben muss für die Aufgaben, die er hat.“ In sitzungsfreien Wochen verfügen Bundestagsabgeordnete in der Regel über deutlich mehr zeitliche Freiräume als in Sitzungswochen, es sei denn, sie üben Spitzenfunktionen aus, die sie terminlich zu jeder Zeit an die Hauptstadt binden und die zudem mit mehr Reise-tätigkeit verbunden sind.

Ein Abgeordneter berichtet vom Ablauf bei ihm zu Hause während der sitzungsfreien Wochen: „Politische Termine haben den großen Vorteil aus familiärer Sicht, sie finden nicht morgens um 7, 8, oder 9 statt. [...] Das bedeutet: ich stehe für die Familie morgens zur Verfügung. [...] Dann hat meine Frau [...] um halb acht bei der Arbeit zu sein. Und dann hab ich die Kinder allein“<sup>717</sup>. Die Arbeit beginne für ihn, wenn die Kinder in der Schule und im Kindergarten sind. Das kleinste der Kinder werde ab 9 Uhr von einem Au-Pair betreut. Der Vater dreier Kinder räumt auch ein, dass seine in Teilzeit berufstätige Frau die meiste Erziehungsarbeit übernehme: „Die Hauptleistung, was Familienarbeit angeht, trägt meine Frau. Ohne Wenn und Aber.“ Doch auch während einer Sitzungswoche sei es schon vorgekommen, dass der Abgeordnete nach Hause gefahren ist: „Wenn meine Frau sagt, es geht nicht mehr, ich bin krank, dann komm ich.“ [...] „Ich muss wirklich sagen, ich habe bisher Ausfälle der Familie wegen fast immer Verständnis gehabt. Da hat sich, glaub ich, für mich viel gewandelt“<sup>718</sup>.

---

<sup>715</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>716</sup> Artikel auf SPIEGEL-online: „Politiker und Familie: Die Freizeit nehm ich mir“ von Florian Gathmann und Anna Reimann, 13. März 2012, [www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html).

<sup>717</sup> Interview mit Interviewpartner „B“.

<sup>718</sup> ebenda.

Auch ein anderer Abgeordneter beschreibt eine „Ausnahmesituation“, in der er mit seinem kleinen Kind zum Arzt gehen musste. „Dann kommst du eben zwei Stunden später in deine Sitzung. Das musst du aushalten, denn du hast ja dann auch gegenüber deinem Ausschuss oder Arbeitsgruppe ein schlechtes Gewissen. Aber: Wenn solche Ausnahmesituationen entstehen, muss man konsequent bleiben.“ Der Abgeordnete beschreibt, dass er die Verpflichtung in seiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter als eine ganz andere betrachtet im Vergleich zu seinem früheren ‚normalen Job‘: „Du kommst auch nicht weg, weil du da in der Verantwortung bist. Ich kann nicht sagen, [...] hallo, Herr Chef, ich bin mal krank oder so, das geht einfach bei uns nicht in der Form“<sup>719</sup>. Dennoch scheint es Vätern und Müttern möglich zu sein, sich auch mal in einer Sitzungswoche Freiräume für die Familie zu schaffen, wie eine Abgeordnete berichtet: „In der nächsten Sitzungswoche hat die Kleine Geburtstag. Da flieg ich auch mittags nach Hause und komme eben am nächsten Morgen ganz früh wieder zurück. Dass ich dann auch da bin und dass sie das dann auch registriert, dass sie mir so wichtig ist, dass ich dazu von Berlin nach Hause komme und sei es nur für ein paar Stunden.“<sup>720</sup> In dem Interview mit der Mutter dreier Kinder kommt zum Ausdruck, wie wichtig es ihr ist, ihren Kindern und ihren eigenen Ansprüchen an sich als Mutter gerecht zu werden, auch wenn sie immer wieder tagelang nicht bei ihren Kindern sein kann. „Dass sie dann auch merken, die Mama ist nicht aus der Welt, denn wenn es wirklich Mal eilig ist, dann ist sie auch innerhalb weniger Stunden da“<sup>721</sup>. Eine andere Abgeordnete erläutert, sie telefoniere in den Sitzungswochen täglich mindestens einmal mit ihren Kindern und frage, wie es in der Schule gelaufen ist, wie es im Freundeskreis aussieht oder beim Sport: „Also, dass ich trotz der Distanz und der Zeit, die ich ja in den Sitzungswochen definitiv nicht habe – jedenfalls nicht der Anwesenheit – dass ich mir trotzdem am Tag einmal oder zweimal die Zeit nehme, um in Ruhe mit meiner Tochter und meinem Sohn zu telefonieren und um zu hören, was bei ihnen so passiert und gleichzeitig zu erzählen, was bei mir hier so passiert ist, damit ich in diesem Rhythmus, in dem man sich hier bewegt, das andere, vor allem das Leben mit den Kindern [...] hier in vollem Bewusstsein da ist.“

Im Fragebogen wurden die Abgeordneten gefragt, wie viel Zeit sie mit ihren Kindern verbringen. Den Antworten ist zu entnehmen, dass im Vergleich zu den Männern, Frauen im Durchschnitt mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen – sowohl in den Sitzungs- als auch in den Wahlkreiswochen: Nach den Angaben der Mütter haben diese in Sitzungswochen für ihre Kinder im Durchschnitt rund 13 Stunden und die Väter rund 9 Stunden Zeit. Bei den Frauen, die Kinder im Alter von bis zu 12 Jahren haben, sind es 14,5 Stunden, während die Stundenzahl bei Vätern mit Kindern im Alter von bis zu 12 Jahren unverändert bei 9 Stunden liegt.

---

<sup>719</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>720</sup> Interview mit Interviewpartnerin „P“.

<sup>721</sup> ebenda.

Diesen Angaben zufolge schaffen es Frauen in Sitzungswochen neben dem Mandat, deutlich mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen, als ihre männlichen Kollegen. Der Abstand vergrößert sich, bei Eltern jüngerer Kinder. In Wahlkreiswochen ergibt sich den Angaben der Mütter zufolge ein Durchschnitt von 24,3 Stunden und bei den Vätern von 19,3 Stunden, die sie mit ihren Kindern verbringen. Im Unterschied zu den Männern bringen Mütter – im Umfang von genau 5 Stunden – auch in den Wahlkreiswochen mehr Zeit für ihre Kinder auf als Väter. Bei den Abgeordneten mit Kindern bis einschließlich 12 Jahren sind es bezogen auf die Angaben der Frauen 26 Stunden und bezogen auf die Angaben der Männer 22 Stunden. In Wahlkreiswochen verbringen auch die Väter von jüngeren Kindern etwas mehr Zeit mit ihrem Nachwuchs<sup>722</sup>.

Aus diesen Zahlen lässt sich schlussfolgern, dass sich Frauen mit Bundestagsmandat für ihre Kinder größere Freiräume zu verschaffen wissen als ihre männlichen Kollegen. Sind die Kinder jüngeren Alters, schaffen es Frauen offenbar auch in Sitzungswochen, sich noch mal mehr Zeit für ihre Kinder zu nehmen, als Männer. Ein Grund hierfür kann sein, dass die Notwendigkeit besteht, die Betreuung häufiger zu übernehmen, da der (männliche) Partner der Parlamentarierinnen die Betreuung nicht in dem Umfang leisten kann oder will, wie sie der (weibliche) Partner der Parlamentarier übernimmt. Hinzu kommt, dass im Schnitt mehr Frauen als Männer alleinerziehend sind<sup>723</sup> und sich von daher im größeren Umfang um den Nachwuchs kümmern. Naheliegender erscheint aber auch, dass für Frauen die Zeit mit ihren Kindern im Verhältnis zu Männern stärkere Priorität hat und die Terminplanung von Müttern sich mehr nach der Familie richtet als die von Männern.

Über die Intensität der mit ihren Kindern verbrachten Zeit vermögen die Angaben der Eltern im Fragebogen indes nichts auszusagen. Es lässt sich nur darüber spekulieren, ob Frauen, die sich häufig im stärkeren Maße für organisatorische Dinge und den Haushalt verantwortlich fühlen, derlei Aufgaben womöglich auch zum Teil in der Zeit erledigen, die sie ihrem Nachwuchs widmen. Die Antworten auf die Fragen nach bestimmten Alltagssituationen, die Abgeordnete mit ihren Kindern erleben, ergaben keine auffälligen Differenzen zwischen Frauen und Männern. Zu bedenken ist auch, dass der zeitliche Rahmen, den Abgeordnete sich für ihre Kinder „frei nehmen“ der Erhebung zufolge stark auseinander geht – sowohl bei Müttern als auch bei Vätern<sup>724</sup>. Bei der Frage, ob die Abgeordneten regelmäßig Zeit haben oder hatten, die Entwicklungsschritte des/der Kindes/r im Einzelnen verfolgen zu können, sind Frauen zu einem größeren Anteil als Männer (65 zu 55 Prozent) davon überzeugt, dies

<sup>722</sup> Vgl. Auswertung unter VI. 2.5.1. „Zeit für Kinder in Wahlkreis- und Sitzungswochen“.

<sup>723</sup> Vgl. Interviews mit Interviewpartnerinnen „W“ und „R“ oder auch mit Interviewpartnerin „Y“, die ihr Kind in drei Wochen betreut, während der Vater das Kind eine Woche bei sich hat.

<sup>724</sup> Vgl. Auswertung unter VI. 2.5.1. „Zeit für Kinder in Wahlkreis- und Sitzungswochen“.

„öfters“ tun zu können oder getan zu haben. Es zeigt sich aber, dass die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten mit Kindern – unabhängig von ihrem Geschlecht – der Meinung sind, am Leben ihres Nachwuchses trotz ihrer Abgeordnetentätigkeit im stärkeren Umfang teilzuhaben. Fraglich ist, ob dies auch auf diejenigen Abgeordneten zutrifft, die höhere Positionen innerhalb des Bundestags und ihrer Partei bekleiden. Da der Fragebogen die Anonymität der Abgeordneten wahren sollte, wurde darauf verzichtet, nach Posten zu fragen. Insofern kann nur spekuliert werden, ob gerade jene Abgeordnete meinen, die Entwicklungsschritte ihrer Kinder nur „manchmal“ oder „selten“ im Einzelnen verfolgen zu können, die auf der politischen Karriereleiter weit oben stehen.

Bezogen auf die mit den jüngeren Abgeordneten geführten Interviews macht es den Anschein, dass sowohl die Frauen als auch Männer ihre (zum Teil künftige) Rolle als Vater und Mutter sehr ernst nehmen. Gleichzeitig erkennen sie die Schwierigkeiten und Herausforderungen an eine junge Familie, die das Mandat mit sich bringt.

#### **1.4. Anderweitige Betreuungsmodelle und Hilfe im Haushalt**

Wie bereits erwähnt, wird auf die Frage an die Abgeordneten, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut/e, mit Abstand am häufigsten der Partner (82 Prozent) als „Hauptbetreuungsperson“ genannt, während der/die angestellte Betreuer/in zusammen mit anderen Familienmitgliedern wie Großeltern der Kinder als Betreuungsperson offenbar seltener zum Einsatz kommen<sup>725</sup>. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass die Kinder der weiblichen Bundestagsabgeordneten fast doppelt so häufig in einer Krippe betreut wurden wie die Kinder der männlichen Abgeordneten, bei denen die Betreuung der gemeinsamen Kinder in der Hauptsache noch von den Müttern übernommen wird bzw. wurde, als diese kleiner waren<sup>726</sup>. Auch bei Führungskräften in der Wirtschaft soll zu beobachten sein, dass weibliche Führungskräfte (51,3 Prozent) für die Betreuung ihrer Kinder deutlich stärker auf externe Unterstützung zurückgreifen, als ihre männlichen Kollegen (19,5 Prozent). Als Grund wird angenommen, dass Männer im stärkeren Maße auf „familiäre Ressourcen“ zurückgreifen können, während Frauen sich externe Unterstützung suchen würden<sup>727</sup>.

---

<sup>725</sup> Antworten mit Möglichkeit von Mehrfachnennungen: Ich 33,5%, Partner 82%, Ich und Partner 20,5%, anderes Familienmitglied 12%, Angestellte(r) Betreuer(in) 12,5%, vgl. VI. 2.4.1. „Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut“.

<sup>726</sup> Vergleiche auch die Auswertung der Frage nach der Berufstätigkeit des Partners/der Partnerin unter VI. 1.6. und die Angaben der Abgeordneten zur „Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen“ unter VI. 4.7.

<sup>727</sup> Irene Gerlach und Helmut Schneider: Thesenpapier Nr. 3/2010 „Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Führungskräften“ des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik – FFP, Münster/Berlin, 2010.

Über lange Zeit hinweg galt es vielerorts als verpönt, die Erziehung der eigenen Kinder Erzieherinnen, Kindermädchen oder auch den Großeltern zu überlassen. Heutzutage ist dies – abgesehen von regionalen Unterschieden – als zunehmend akzeptierte Praxis anzusehen. Als „Vorreiterin“ diesbezüglich könnte Herta Däubler-Gmelin, die langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete (1972-2009) und Bundesjustizministerin (1998-2002) gelten, die seit 1969 mit dem Universitätsprofessor Wolfgang Däubler verheiratet ist. Das Paar hat zwei Kinder, die überwiegend von den Großeltern großgezogen wurden. Zumindest unter der Woche waren die Kinder bei ihren Großeltern, da sowohl Mutter als auch Vater beruflich eingespannt waren. „Mein Mann und die Kinder, aber auch meine Eltern sind außerordentlich kooperativ und unterstützen meine Arbeit und helfen mir. [...] Zu Hause leben wir in einer Art Mehrgenerationen-Großfamilie“<sup>728</sup>. Eine Abgeordnete, die vom Vater ihres Sohnes getrennt lebt, erläutert ihre damalige Lebenssituation nach ihrem Einzug in den Bundestag, als ihr Sohn klein war. Sie wohnte in dem großen Haus ihrer Eltern, in dem auch ihre Schwester mit ihrem Kind lebte. Ihr Sohn sei dort in der Obhut der Großeltern gut aufgehoben gewesen. Zudem gab es „ein richtiges Netz, das alle getragen haben. Ohne geht's nicht – ohne ein Netz von ganz engmaschigen Betreuungsmöglichkeiten, die nicht einfach ausfallen können“<sup>729</sup>.

Eine Abgeordnete, die ebenfalls alleinerziehende Mutter eines kleinen Kindes war, hat zunächst nicht für den Bundestag kandidieren wollen: „[...] Ich hab gesagt, ich würde mir das ja zutrauen, aber ich kann das nicht machen, ich habe ja einen Sohn.“ Sie ließ sich dennoch überzeugen. „[...] Meine Eltern haben mich auch ermutigt und haben gesagt, sie stehen zur Verfügung“<sup>730</sup>. Auch die andere Abgeordnete berichtet, wie sich für sie erstmals zur Bundestagswahl 2002 die Perspektive eröffnete, in den Bundestag einzuziehen und sie sich die Kandidatur sehr lange überlegt habe: „Natürlich war meine Hauptfrage mein Kind – das war damals zwei Jahre alt – und es war mir nicht klar, ob ich das hinbekomme. Es war mir eigentlich immer klar, dass es für das Kind o.k. ist, also dass man mit Struktur, Familie und mit einer guten Betreuung [das hinbekommt] – dass mein Kind nicht leiden oder Schaden nehmen wird. Aber ich habe mich immer gefragt, ob ich das kann – fünf Tage weggehen kann. Bei einem Zweijährigen ist das schon hart“<sup>731</sup>. Die Tatsache, dass der Sohn in ihrer eigenen, erweiterten Familie integriert war, scheint sie letztlich beruhigt zu haben. Die Abgeordnete erwähnt jedoch, dass sie es sich nicht habe vorstellen können, ihr Kind unter der Woche ausschließlich von einer Tagesmutter, Kindermädchen oder Babysitter betreuen zu lassen. Dies spiegelt das Ergebnis der Umfrage unter den Abgeordneten, in der erstaunlich wenige

---

<sup>728</sup> Herta Däubler-Gmelin: „Sind Spitzenpolitiker einsam?“ in „Frauengeschichten aus dem Parlament“, herausgegeben von Rose Götte, August 1991, Verlag Pfälzische Post GmbH Neustadt Weinstraße, S. 41.

<sup>729</sup> Interview mit Interviewpartnerin „R“.

<sup>730</sup> Interview mit Interviewpartnerin „W“.

<sup>731</sup> Interview mit Interviewpartnerin „R“.

Eltern davon berichten, regelmäßig eine Fremdbetreuung für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen, die über den Betreuungsrahmen eines Kindergartens hinausgeht<sup>732</sup>. Eine Betreuung durch den erweiterten Familienkreis scheint von den befragten Bundestagsabgeordneten, deren Partner/in arbeitet oder die alleinerziehend sind, favorisiert zu werden.

Zu den eigenen Eltern oder Schwiegereltern besteht in der Regel ein großes Vertrauensverhältnis. Ihre Großeltern kennen Kinder in der Regel von klein auf. Hier entwickelt sich häufig ein engeres und von größerer Kontinuität geprägtes Verhältnis als zu angestelltem Personal oder zu den Betreuern/innen in der Kindertagesstätte oder im Hort. Auch wenn einige Großeltern nicht mehr in der Lage sind, regelmäßige Aufgaben zu übernehmen oder dies auch nicht wollen, ist es für manche Eltern sehr hilfreich zu wissen, „wenn es darum geht, sich ein paar Streicheleinheiten zu holen, etwas zu besprechen oder Abwechslung zu haben [...] dann sind sie [die Großeltern] da“<sup>733</sup>. Im besten Fall ist es so, wie es eine Abgeordnete beschreibt: „Wenn [...] wir [mein Mann und ich] zu einem Termin müssen – zusammen oder getrennt – dann sind die Großeltern, meine Schwiegereltern, völlig begeistert und freuen sich, wenn sie sich um die Kleine kümmern können, sie ins Bett bringen“<sup>734</sup>. Ein Abgeordneter, deren Schwiegermutter im gleichen Ort wohnt, meint: „Wenn man das nicht hat, worauf man sich abstützen kann, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass man sich für ein Kind entscheidet. Es lief bei uns von Anfang an so, dass die Großeltern mütterlicherseits einen Kilometer Luftlinie entfernt wohnen und immer Aufgaben übernehmen“<sup>735</sup>. Auch bei der Abgeordneten Ekin Deligöz wird die ganze Familie zur Betreuung ihrer beiden Kinder mit eingeplant. Ihr Mann, beide Großmütter und ihre Tante würden sich abwechselnd um die Kinder kümmern<sup>736</sup>. Die Betreuung innerhalb der eigenen Familie und insbesondere durch die Großeltern spielt offensichtlich auch heute noch eine enorm wichtige Rolle, wenn es um die Suche nach attraktiven Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder von Bundestagsabgeordneten geht. Dieser Befund lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit auf alle berufstätigen Eltern übertragen.

Zu bedenken ist jedoch, dass häufig keinerlei Familienangehörige am Wohnort (im Wahlkreis) der Abgeordneten wohnen. Hinzu kommt, dass jene Abgeordneten, die ihre noch nicht schulpflichtigen Kinder nach Berlin mitbringen, diesen Anschluss an das „Netzwerk Familie“ nicht haben. „[Im Wahlkreis habe ich] meine Schwester, meine Familie, die dort wohnt, die mal einspringt. Das ist etwas, was wir als Abgeordnete hier überhaupt nicht haben. Wir ha-

---

<sup>732</sup> Vgl. VI. 2.4.1. „Frage, wer überwiegend die eigenen Kinder betreut“ und 2.4.2. „Frage nach Häufigkeit der Fremdbetreuung“.

<sup>733</sup> Interview mit Interviewpartnerin „P“.

<sup>734</sup> Interview mit Interviewpartnerin „U“.

<sup>735</sup> Interview mit Interviewpartner „F“.

<sup>736</sup> Artikel auf [spiegel-online](http://spiegel-online.de): „Elternzeit: Mandat ja, Kind nein?“ von Anna Yvonne Duda vom 7. Juli 2008. [www.spiegel.de/politik/deutschland/elternzeit-mandat-ja-kind-nein-a-563169.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/elternzeit-mandat-ja-kind-nein-a-563169.html).

ben ja kein persönliches Netz. Wir haben ja keine Familien- und Freundesstruktur. Wir haben Kollegen, mit denen wir auch befreundet sind, aber die haben das gleiche Zeitproblem. Da ist es schon vorgekommen, wenn mal absolute Not am Mann war, dass mal eine mit eingesprungen ist, aber in der Regel geht das halt nicht. Man muss das privat organisieren<sup>737</sup>. Die Abgeordnete erwähnt, dass sie – wohl aufgrund der fehlenden Zeit – kaum Möglichkeiten habe, Kontakte zu anderen Eltern wie beispielsweise in der Kita aufzunehmen: „Es fällt uns Abgeordneten schwer, ein normales Netz aufzubauen“<sup>738</sup>.

Jene Frauen, die ihr Kind – solange es nicht schulpflichtig ist – nach Berlin mitbringen, brauchen auch in Berlin eine Betreuung, die es zu organisieren gilt. Neben einem Kita-Platz bedarf es zumeist eines Babysitters, der das Kind morgens bringt oder abends von der Kita abholt, wenn die Abgeordnete noch Termine wahrzunehmen hat. Eine Abgeordnete berichtet allerdings, dass sie die gemeinsame Pendelei mit ihrem Kind nach Berlin aufgegeben habe, da sie das als sehr anstrengend empfunden habe. Sie sei mit ihrem Mann und ihrem Kind – offenbar innerhalb des Wahlkreises – in die Nähe der Großeltern gezogen, damit diese während der Abwesenheit der Mutter gemeinsam mit dem berufstätigen Vater des Kindes die Betreuung übernehmen können<sup>739</sup>. Auch hier erweist sich offenbar ein permanenter Wohnort und die konstante Betreuung eines Kindes innerhalb der Familie als die Lösung, die von Abgeordneten vorgezogen wird. Auch die alleinerziehende Grünen-Politikerin Kerstin Müller berichtet, sie werde von den Großeltern unterstützt. Sie betont auch, dass sie sich als privilegiert betrachte, da sie sich eine Kinderfrau leisten könne. In den ersten Monaten habe aber ihre Mutter sie noch öfters nach Berlin begleitet, um für die kleine Tochter da zu sein<sup>740</sup>. Als Alleinerziehende war für Kerstin Müller offensichtlich von Anfang an klar, dass ihre Tochter mit ihr zwischen Berlin und ihrem Wohnort im Wahlkreis pendeln würde.

Neben ‚Kinderfrauen‘ oder Tagesmüttern beschäftigen einige Abgeordnete auch Au-pairs oder Haushaltshilfen an ihrem Wohnort im Wahlkreis. Ihr Au-pair-Mädchen sei „das Rückgrat der Familie“<sup>741</sup> sagt ein Abgeordneter. „Ich habe eine richtige Haushälterin angestellt“, berichtet eine Abgeordnete. „Die kocht auch mittags. Sie ist auch eine ganz schöne Bezugsperson für die Kinder. [...] Sie versteht sich ganz gut mit den Kindern und kocht, was ihnen schmeckt, da sind schon die wichtigen Punkte dann auch gut gelöst“<sup>742</sup>. In diesem Fall übernimmt die Haushaltshilfe offensichtlich auch einen Teil der Kinderbetreuung, zu der auch das Kochen für die Kinder zählt. Aber auch das ‚Haushalten‘ als solches spielt eine wichtige Rol-

---

<sup>737</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Y“.

<sup>738</sup> ebenda.

<sup>739</sup> Interview mit Interviewpartnerin „N“ (zweites Interview).

<sup>740</sup> Artikel „Wenn die Uhren anders ticken“ aus profil:GRÜN 06/2006 vom 26. Mai 2006, veröffentlicht auf der Internetseite [www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/rubrik/7/7382.frankamarie\\_mueller.html](http://www.kerstin-mueller-mdb.de/cms/default/rubrik/7/7382.frankamarie_mueller.html).

<sup>741</sup> Interview mit Interviewpartner „B“.

<sup>742</sup> Interview mit Interviewpartnerin „P“.

le, da in einem Haushalt mit Kindern immer viel Arbeit anfällt, wie Aufräumen, Wäschewaschen und Putzen.

Auch im Haushalt der Abgeordneten, die noch kleinere Kinder hat und deren Mann seinen Beruf aufgegeben hat, um für die Kinder da zu sein, ist ebenfalls eine Haushaltshilfe beschäftigt: „20 Stunden die Woche ist eine Frau bei mir im Haushalt [...] und macht da alles, was normalerweise in einem Haushalt gemacht werden muss. Wenn ich es selbst machen würde, würde es von der Zeit für die Kinder und für meinen Mann abgehen.“ Dieselbe Abgeordnete hat davon berichtet, ihr Mann und sie hätten die Aufgaben getauscht, indem sie arbeiten gehe und er zu Hause bleibt (abgesehen von ehrenamtlichen Aufgaben, die ihr Mann übernommen habe). Es macht den Anschein, dass der Aufgabentausch die Hausarbeit nicht beinhaltet und sich die Abgeordnete auch weiterhin dafür verantwortlich sieht, diese Verantwortung aber an eine andere Frau übertragen hat.

Im Gegensatz zu Männern scheint es Frauen oftmals schwer zu fallen, die Organisation von Haushalt und Angelegenheiten der Kinder aus der Hand zu geben. Damit nehmen sie ihrem Partner die notwendige Verantwortung für Kinder und Haushalt ab und bringen sich selbst in die Situation, für vieles zuständig zu sein, das sich auch auf beide Partner aufteilen oder zum Teil auf Dritte übertragen ließe. Es liegt also nicht allein an Männern, die es scheuen, bei der Familienarbeit mitanzupacken. Mit dem Anwachsen der Hausarbeit mit Kind im Haushalt scheint die Beteiligung der Männer bei der Hausarbeit allerdings nicht Schritt zu halten. Es ist als durchaus problematisch einzuschätzen, wenn bis zur Geburt des ersten Kindes die Hausarbeit zwischen Frauen und Männern zumeist hälftig geteilt ist, die Beteiligung der Väter nach der Geburt des ersten Kindes jedoch rapide abnimmt<sup>743</sup>. Die Erfahrung, dass mehr Verantwortung für Haushalt und Kindererziehung bei den Müttern verbleibe, teilen etliche Bundestagsabgeordnete. Auch von daher kann es nicht verwundern, dass die Mütter unter den Bundestagsabgeordneten sowohl in Sitzungs- als auch in Wahlkreiswochen im Durchschnitt mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen als Väter mit Bundestagsmandat<sup>744</sup>.

Die Hausarbeit muss zu den Verpflichtungen gezählt werden, die Frauen von politischem Engagement und tendenziell auch von einer politischen Karriere abhalten.<sup>745</sup> Die „geschlechtsspezifische Arbeitsteilung“ sei ein Grund für mangelnde politische Frauenrepräsentation.

---

<sup>743</sup> Renate Schmidt, „S.O.S. Familie – ohne Kinder sehen wir alt aus“ Rowohlt Berlin, 1. Auflage März 2002, S. 88.

<sup>744</sup> Vgl. VI. 2.5. „Zeit, die neben der Tätigkeit als Abgeordnete(r) für Kinder bleibt“.

<sup>745</sup> So bspw. SPD-Bezirksvorsitzende und Stadtratsmitglied Jutta Hermann: „Wenn Frauen, vor allem junge, mit kleinen Kindern, einen Teil der Haus- und Erziehungsarbeit an ihre Ehemänner delegieren würden, dann hätten diese jungen Mütter die Möglichkeit, sich politisch zu betätigen.“ In: „Frauen machen Politik“, Monica Weber-Nau, Herausg. Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995, S. 237 ff. (238).



tanz<sup>746</sup>. Sie wirke sich besonders in der Politik als karrierefördernd für Männer aus, die in der Regel eine Frau an ihrer Seite hätten, die ihnen bezogen auf das Familienleben die Arbeit und Organisation abnehme<sup>747</sup>, da es sich für eine erfolgreiche Karriere in der Politik als günstig erweise, den „Rücken frei zu haben“<sup>748</sup>. Nach Einschätzung vieler Bundestagsabgeordneter läge die Hauptlast der Kindererziehung und des Haushalts weiterhin bei den Frauen (28 Nennungen)<sup>749</sup>. Frauen seien immer noch originär für Erziehungs- und Familien und Haushaltsarbeit zuständig und die Organisation der Familie sei immer noch schwerpunktmäßig Angelegenheit der Frauen, erläutern die Parlamentarierinnen. Dabei ist die Forderung nicht neu, Männer müssten sich „partnerschaftlich in allen Bereichen, das heißt auch an der Familienarbeit beteiligen“<sup>750</sup>. Nur so werde es eine wirkliche Chancengleichheit von Männern und Frauen im Berufsleben geben<sup>751</sup>.

In ihren Antworten bestätigen Männer, dass von Frauen mehr als von Männern erwartet werde, sich um die Kinder zu kümmern. In der Regel beträfe dies auch den Haushalt und die Organisation familiärer Angelegenheiten<sup>752</sup>. Trotz der Emanzipation verbleibe mehr Verantwortung und Arbeit bei den Müttern und der Anteil der Männer, die sich an Haus- und Familienarbeit beteiligen, sei zu gering. Zudem würden Männer im Gegensatz zu Frauen stärker auf die „Rückendeckung“ der Partnerin zählen können (15 Nennungen, davon neun von Frauen). Auch wenn dies nicht mehr die Regel sein dürfte, so ist es offenbar noch üblich, dass die Partnerinnen männlicher Bundestagsabgeordneter entweder Hausfrauen sind, oder aber zumindest im weit stärkeren Maße als es umgedreht der Fall wäre, die Familienarbeit übernehmen.

Bei einer Interviewpartnerin, die bereits zwei ältere Kinder im Alter von 19 und 17 Jahren und einen „Nachzögling“ mit zehn Jahren hatte, als sie in den Bundestag einzog, sei die Situation vergleichbar mit der jener anderen Abgeordneten gewesen, die von einem „Rollentausch“ berichtet. Sie sei „in der Situation eines üblichen männlichen Abgeordneten [gewesen], dessen Frau ihm den Rücken frei hält. Nur war es in diesem Fall mein Mann, der mir den Rücken frei gehalten hat“. Die Entscheidung in den Bundestag zu gehen, habe sie sich den-

---

<sup>746</sup> Als weitere „Verhinderungsgründe“ nennt Elke Schnitger männliche Strukturen und Seilschaften, vgl. Elke Schnitger: „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis – Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1990, S. 207.

<sup>747</sup> Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag Frankfurt/Main 1997, S. 107.

<sup>748</sup> So zum Beispiel bei Bärbel Schöler-Macher: „Die Fremdheit der Politik – Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten“, Studien Verlag, Weinheim 1994, S. 111.

<sup>749</sup> Vgl. VI. 4.7.2.1. „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>750</sup> Christine Bergmann: „Chancengleichheit in Beruf und Familie – für Männer und für Frauen“ in „Frauen – Karriere – Familie“, Hrsg. Bernd Fahrholz, Universum Verlagsanstalt, Wiesbaden 2001, S. 60 ff. (63).

<sup>751</sup> ebenda.

<sup>752</sup> Vgl. VI. 4.7.2.1. „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

noch nicht leicht gemacht. „Mit dem [Jüngsten] habe ich sehr lange geredet und wenn der gesagt hätte, also Mutter, das halte ich nicht aus, dann hätte ich's nicht gemacht.“ Voraussetzung war aber, dass ihr Mann zu Hause war: „Wir haben keine Teilung, sondern im Wesentlichen einen Rollentausch vorgenommen. [...] Ich hätte meinen Jungen niemals irgendwo in ein Internat geschickt, weil ich in den Bundestag gegangen bin. Wenn das so nicht gewesen wäre, hätte ich das so nicht gemacht“<sup>753</sup>. Auch diese Aussage unterstreicht, wie wichtig es den Abgeordneten zu sein scheint, dass ihre Kinder überwiegend in der Familie und nicht anderweitig betreut werden.

### 1.5. „Kind mit dabei“ / Frage des Lebensmittelpunktes

Immer häufiger scheint es vorzukommen, dass Kinder zumindest als Babys zu politischen Terminen mitgenommen werden. Anton Schaaf war eine Zeit lang dafür bekannt, bei Sitzungsterminen im Bundestag mit dem Kinderwagen aufzutauchen. Die „Zeit“ nannte ihn „den Improvisierer“<sup>754</sup>. In den Plenarsaal hatte er sich jedoch nicht vorgewagt. Als 2009 die neu gewählte FDP-Abgeordnete Judith Skudelny mit ihrer damals vier Monate alten Tochter im Tragegurt in den Plenarsaal gehen wollte, wurde sie zunächst von Saaldienern abgewiesen. Der damalige Parteichef Guido Westerwelle konnte jedoch einlenken, so dass die Abgeordnete gemeinsam mit ihrem vor die Brust gebundenen Baby eintreten und die Sitzung besuchen durfte. Christine Lambrecht (SPD) hat ihren Sohn bis er sechs Monate alt war, in die Fraktionssitzungen und in Ausschüsse mitgenommen und berichtet, das sei nie ein Problem gewesen<sup>755</sup>.

Es gibt das ein oder andere Abgeordnetenbüro, in dem ein Babybett aufgestellt ist oder eine Spieldecke und ein wenig Spielzeug vorhanden sind, weil ab und zu das Kind eines/r Abgeordneten zu Besuch kommt. Anton Schaaf berichtet allerdings, er habe seine Tochter nur dann mit in den Bundestag gebracht, wenn es nicht anders möglich gewesen sei: „Du kommst in Situationen, wo die Betreuung nicht anders darstellbar ist, anders nicht machbar ist. Und dann kannst du entweder die Verantwortung gegenüber dem Kind nicht wahrnehmen oder – ich finde, Familie hat Priorität – du nimmst sie halt mit. Das war immer relativ einfach für mich.“ Allerdings bemerkte Schaaf auch unterschiedliche Reaktionen: „Einige Kollegen finden es klasse, was ich mache, bei anderen spüre ich, dass die Freundlichkeit nicht ganz echt ist, und wieder andere gucken etwas streng“<sup>756</sup>.

---

<sup>753</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Z“.

<sup>754</sup> Die Zeit, Nr. 25/2006, 14. Juni 2006, „Väter auf neuen Wegen“, S. 24.

<sup>755</sup> Artikel auf Zeit.de: "Das Leben als Politikerin ist familienunfreundlich" von Karin Flothmann, 6.09.2011. [www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat).

<sup>756</sup> Die Zeit, Nr. 25/2006, 14. Juni 2006, „Väter auf neuen Wegen“, S. 24.

Ungeachtet strenger Blicke ist es mittlerweile möglich, ganz offen als Mutter bzw. Vater öffentlich in Erscheinung zu treten, ohne dass dies dem Abgeordnetenstatus abträglich zu sein scheint. Insbesondere Männer tauchen im Wahlkampf mit ihren (kleinen) Kindern auf Veranstaltungen auf oder lassen Plakate drucken, auf denen sie zusammen mit ihrer Familie zu sehen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Tatsache, Kinder zu haben, offenbar nur bei Vätern als dem Image zuträglich zu bewerten ist, während Frauen jüngerer Kinder mit Vorurteilen zu kämpfen haben<sup>757</sup>. Immerhin zeigt das folgende Beispiel der Bundestagsabgeordneten Kerstin Andreae aber, dass die „Mutterrolle“ den Erfolg im politischen Geschäft nicht behindern muss. Andreae kandidierte 2009 zum dritten Mal für den Bundestag und war schon zum zweiten Mal mit einem Kleinkind auf „Wahlkampftour“. 2009 war sie Spitzenkandidatin der Grünen in Baden-Württemberg und ihr zweites Kind erst wenige Monate alt. Seine Mutter nimmt das Kind mit zu den zahlreichen Terminen, die anstehen. Offensichtlich bereitet dies weder der Mutter, noch ihrer Partei oder auch der Öffentlichkeit Probleme. Andreae kündigt in einem Interview, das sie der lokalen Zeitung Freiburgs im September 2009 gibt, sogar an, dass Schluss sei mit der Pendelei: „Berlin ist unser Lebensmittelpunkt“ und dort lebt sie bereits mit ihrem Mann<sup>758</sup>.

Schon der Umstand, dass die junge Mutter keine Scheu hat, ihr Kind zu den Wahlkampfterminen mitzunehmen, zeugt von einem recht entspannten Umgang mit der Rolle als Bundestagsabgeordnete, die zugleich Mutter eines Säuglings ist und sich Stillzeiten ausbedingt, sich den Takt nicht nur vom Terminkalender diktieren lässt, sondern auch von einem Baby. Auch die öffentliche Ankündigung, zukünftig den Lebensmittelpunkt vom Wahlkreis in die Hauptstadt zu verlegen, muss als gewagt bezeichnet werden. Von einem/r Bundestagsabgeordneten wird erwartet – sowohl aus den Reihen der eigenen Partei, als auch von den Wählerinnen und Wählern – dass der/die Abgeordnete als Interessenvertreter/in des Wahlkreises im Bundestag auch im Wahlkreis wohnt. Kerstin Andreae, mittlerweile Mutter von drei Kindern, die mit ihrem Mann Volker Ratzmann, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, bereits seit ein paar Jahren in Berlin lebt, nimmt in Kauf, sich dadurch angreifbar zu machen, dass sie nicht mehr ihren ersten Wohnsitz in ihrem Wahlkreis hat. Dass dies eine „Schwachstelle“ ist, gibt Andreae aber ohne weiteres zu<sup>759</sup>. Ihrem dritten Wiedereinzug in den Bundestag für den Wahlkreis Freiburg in den Bundestagswahlen 2013

---

<sup>757</sup> Vgl. unter VI. 2.3.2. „Einschätzungen zum Verlauf der Karriere ohne Kinder“. Ein Abgeordneter meint: „Als Familienvater hat man in unserem Wahlkreis größere Chancen, gewählt bzw. aufgestellt zu werden.“ Vgl. auch unter VI. 4.7. „Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen“.

<sup>758</sup> [www.badische-zeitung.de/freiburg/mit-dem-kinderwagen-nach-berlin--19694924.html](http://www.badische-zeitung.de/freiburg/mit-dem-kinderwagen-nach-berlin--19694924.html).

Mit dem Kinderwagen nach Berlin - BZ-Serie "Stimmen 2009" (5): Unterwegs zum Augustinerplatz mit der Freiburger Bundestagskandidatin der Grünen, Kerstin Andreae, 18. September 2009 (Veröffentlicht in der gedruckten Ausgabe der Badischen Zeitung (Autorin: Heike Spannagel).

<sup>759</sup> Dradio.de – DLF-Magazin, Sendung vom 23.06.2011: „Zwischen Windeln, Wahlkreis und Widersachern“ von Claudia van Laak.

stand dies jedoch nicht entgegen. Es ist allerdings anzunehmen, dass direkt gewählte Bundestagsabgeordnete der Fraktionen CDU/CSU, der SPD oder der Linken in Ostdeutschland ihren Wahlkreisen und der Partei vor Ort stärker gegenüber verpflichtet sind, als Abgeordnete der kleineren Parteien. So bestätigt eine Abgeordnete, sie habe den Vorteil, einer kleinen Fraktion anzugehören, da sie von daher nicht so häufig angefragt würden „für all diese repräsentativen Geschichten, die am Wochenende sind: Feuerwehr, Blasmusik und so was [...]. Da haben es die von den großen Fraktionen schon ein bisschen schwerer, vor allem wenn sie dann noch Konkurrenz vor Ort haben, die da immer hin geht und die denken, man muss da auch immer sein“<sup>760</sup>.

In einer weitaus komfortableren Situation befinden sich alle Abgeordneten aus Berlin oder mit Wahlkreisen im angrenzenden Brandenburg. Ihnen ist es selbst in Sitzungswochen meist möglich abends nach Hause zu fahren. „Ich wüsste nicht, ob ich mit der Kleinen kandidiert hätte, wenn Bonn noch Regierungssitz wäre“, berichtet eine Mutter einer kleinen Tochter. „Sie schläft, wenn ich abends komme und wenn ich morgens fahre, liegt sie noch im Bett. Aber ich kann zumindest an ihr Bett treten und sie sehen. [...] Wenn ich mir überlege, ich müsste Sonntagabends oder Montagfrüh mit dem Flieger sonst wo hin und sehe mein Kind erst am nächsten Samstag wieder – da wüsste ich nicht, ob ich kandidiert hätte. Gerade in dem Alter, in dem die Kinder noch so auf die Eltern fixiert sind. [...] Ich hätte Angst, dass sich mein Kind von mir entfremdet, wenn die Entfernung so groß wäre. Ganz zu schweigen davon, dass ich ja nicht nur Mutter und Politikerin bin, sondern auch meinen Mann sehen möchte“<sup>761</sup>.

Ein Abgeordneter hatte in einem Interview etwas zögerlich erklärt, dass er und seine Familie nach Berlin umgezogen seien, da die Pendelei zwischen Wahlkreis bzw. Wohnort und Berlin die Familie strapaziert habe, nachdem die Termine in Berlin immer mehr zugenommen hätten. „Als normaler Abgeordneter war ich in den Sitzungswochen hier und in der sitzungsfreien Zeit überwiegend im Wahlkreis. Nicht nur, aber überwiegend. Jetzt ist es so, dass ich in den Sitzungswochen sowieso hier bin und in den sitzungsfreien Zeit normaler Weise auch zwei, drei Tage gebunden bin und in der anderen Zeit irgendwo und nicht im Wahlkreis. Und wenn ich im Wahlkreis war, dann musste ich mir die wenige Zeit zwischen Wahlkreis und Familie teilen und beide sind zu kurz gekommen. Deswegen hab ich jetzt die Familie nach Berlin geholt und ich pendele jetzt umgekehrt, weil das anders nicht mehr darstellbar war“<sup>762</sup>. Ein Interviewpartner bat darum, in dieser Arbeit nicht zu erwähnen, dass seine Familie ihren Lebensmittelpunkt bereits nach Berlin verlegt habe, damit der Abgeordnete mehr Zeit mit

---

<sup>760</sup> Interview mit Interviewpartnerin „R“.

<sup>761</sup> Interview mit Interviewpartnerin „U“.

<sup>762</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.

seiner Frau und seinen Kindern verbringen könne. Hiervon dürfte „der Wahlkreis“ nichts erfahren, da dies weder von der Partei gern gesehen werde und die Bürgerinnen und Bürger dürften ja erwarten, dass der von ihnen gewählte Abgeordnete seinen Lebensmittelpunkt weiterhin vor Ort hätte<sup>763</sup>.

Ein weiterer Abgeordneter betont, dass sein erster Wohnsitz der „bürgernahe“ im Wahlkreis sei, obgleich seine Frau und die gemeinsamen drei kleinen Kinder in Berlin leben. Er würde im Schnitt mehr Zeit in Berlin verbringe als in „seiner Heimat“. Seine Frau, die er in Berlin bereits als Bundestagsabgeordneter kennen gelernt habe und die hier einer Teilzeitarbeit nachgehe, könne zumindest vor Beginn der Schulpflicht der Kinder häufiger für mehrere Tage am Stück mit in den Wahlkreis kommen. Gerade wenn das Parlament in Berlin über zwei oder mehr Wochen nicht zusammenkommt, sei dies eine gute Möglichkeit, nicht zu lange von der Familie getrennt zu sein. Zum anderen wäre es aber auch möglich, die Termine im Wahlkreis auf drei bis vier Tage zu konzentrieren. „Ich bin in einer privilegierten Situation, weil ich ja auch viele Möglichkeiten habe, hin und her fahren zu können und meine Familie mitnehmen zu können“<sup>764</sup>. Diese Flexibilität haben aber oft nur ‚einfache‘ Abgeordnete, die nicht aufgrund höherer Positionen in Fraktion oder Partei stärker terminlich gebunden sind.

## **2. Karriereaussichten nach der Geburt eines Kindes**

In manchen Fällen mag es die eigene Entscheidung von Eltern sein, nach der Geburt eines oder mehrerer Kinder die politische Karriere nicht oder zumindest vorübergehend nicht mehr aktiv vorantreiben zu wollen. So soll der ehemalige Bundestagsabgeordnete Thomas Krüger (SPD), der seit Juni 2000 Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung ist, bei der Bundestagswahl 1998 nicht erneut kandidiert haben, um nach der Geburt seines ersten Kindes eine Elternzeit einzulegen<sup>765</sup>. Der freiwillige Rückzug eines Mannes zugunsten der Familie scheint jedoch die Ausnahme zu sein. Ebenso selten scheint es vorzukommen, dass sich Kinder für den Aufstieg von Männern in der Berufspolitik als ‚Karrierebremsen‘ auswirken. Einer Reihe von Interviews – sowohl in der Literatur als auch den für diese Arbeit geführten Interviews – ist hingegen zu entnehmen, dass die politische Karriereleiter für Frauen mit Kindern deutlich schwerer zu erklimmen sein soll: „Je höher man steigt, desto dünner die Luft und desto steiler die Wände. Da bleiben die Frauen auf der Strecke, denn wer, wie die meis-

---

<sup>763</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.

<sup>764</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>765</sup> Eintrag unter „Leben und Wirken“ auf [http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas\\_Krüger\\_\(Bundestagsabgeordneter\)](http://de.wikipedia.org/wiki/Thomas_Krüger_(Bundestagsabgeordneter)).

ten, den Aufstieg ohne ausreichende Seilschaften, oft noch mit Kindern im Schlepptau wagt, dem geht nicht nur die Puste aus, sondern er stürzt auch leichter ab“<sup>766</sup>.

Dieser Anmerkung ist zu entnehmen, dass es mehrere Gründe geben kann, die es Frauen erschweren, in höhere Positionen aufzusteigen. Ein fehlendes Netzwerk kann dazu ebenso zählen, wie familiäre Pflichten, die Frauen stärker als Männer binden<sup>767</sup>. Strukturell ungleiche Bedingungen politischen Engagements seien dafür verantwortlich, dass Frauen den Aufstieg in höhere Ebenen der Politik nicht schafften. Während sich viele Frauen aufgrund ihrer familiären Anbindung in Diskussionen und Sitzungen auf das unbedingt Erforderliche beschränken und versuchen, sich von der Politik zeitlich weniger vereinnahmen zu lassen, würden viele Männer in Anschluss an Veranstaltungen und Sitzungen noch gemeinsam in die Kneipe gehen<sup>768</sup>. Aber gerade die Präsenz auf abendlichen Parteiveranstaltungen sei für eine langfristige Machtsicherung wichtig<sup>769</sup>.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass familiäre Verpflichtungen insbesondere hinsichtlich der Teilnahme an Abendveranstaltungen, hinderlich sind. Auch für das einfache Parteimitglied lässt sich der Besuch von Abendveranstaltungen der Ortsvereine in der Regel weit besser mit dem Beruf oder Studium vereinbaren, als mit der Betreuung von Kindern, die zur selben Zeit noch Fragen zu ihren Schularbeiten haben, die mit dem Abendessen versorgt und ins Bett gebracht werden müssen. Von daher darf es nicht verwundern, wenn gerade Eltern jüngerer Kinder diesen Veranstaltungen fernbleiben und damit zugleich weniger Chancen auf begehrte Posten haben<sup>770</sup>. Gerade von Anwärtern auf Posten auf höherer Ebene wird verlangt, dass sie ihr Privatleben derart managen können, dass sie sowohl bei den Parteiveranstaltungen vor Ort, als auch auf Landesebene vertreten sind. Sowohl Frauen als auch Männer in höheren Positionen in der Politik sind davon betroffen, dass auf deren Familienleben offensichtlich keine Rücksicht genommen wird. Auch von Frauen in Führungspositionen werde erwartet, „sich für die Partei aufzuopfern und daheim alles stehen und liegen zu lassen“<sup>771</sup>.

---

<sup>766</sup> Ulla Schmidt in „Frauen machen Politik“, Monica Weber-Nau, Herausg. Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995, S. 34 ff. (36).

<sup>767</sup> Vgl. die von Beate Hoecker weiter entwickelte These der fehlenden Abkömmlichkeit von Frauen in der Politik „Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik“, Leske und Budrich, Opladen 1995, S. 159 und Hoecker: „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987, S. 107.

<sup>768</sup> Bärbel Schöler-Macher: „Die Fremdheit der Politik – Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten“, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1994, S. 90 f.

<sup>769</sup> ebenda, S. 110.

<sup>770</sup> Vgl. auch V. 4.4. „Männliche und weibliche Karrierepfade in politische Ämter“.

<sup>771</sup> Vgl. Artikel über „CSU-Politikerin Dorothee Bär“: „Bärs Problem ist nur, dass ihre Partei, die CSU, von ihren Frauen in Führungspositionen erwartet, sich für die Partei aufzuopfern und daheim alles stehen und liegen zu lassen.“ von Mike Szymanski vom 1.09.2010 auf sueddeutsche.de: <http://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-politikerin-dorothee-baer-die-statistin-1.994506-2>.

Es scheint, als ob insbesondere in der Berufspolitik weiterhin davon ausgegangen wird, Kinder würden in allererster Linie von ihren Müttern betreut. Der Übernahme weiterer Posten steht es jedoch nicht im Wege, wenn ein Abgeordneter kürzlich Vater geworden ist. „[...] ich glaub, da haben alle diese klassischen Denkmuster im Kopf: Eine Frau ist zu Hause und kümmert sich um die Kinder“<sup>772</sup>. Anders ist das wohl bei Frauen, die als Abgeordnete ein Kind bekommen und sich innerhalb der Fraktion für ein Amt aufstellen lassen wollen. In dieser Situation hätten sie es auch deshalb schwerer als Männer, „weil sie es erst beweisen müssen, dass sie den Job packen“, meint ein Abgeordneter beobachtet zu haben<sup>773</sup>. Die Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Generalsekretärin der CSU, Dorothee Bär berichtet, als sie sich darum bewarb eine neue politische Position zu übernehmen, wurde ihr gesagt, sie solle doch an ihre Kinder denken. Bär glaubt, das würde einem jungen Vater so nie passieren<sup>774</sup>.

Unabhängig davon, ob Kinder vorhanden sind oder nicht, sollen an Frauen höhere Anforderungen als an Männer gestellt werden, da Frauen ihre Fähigkeiten ständig unter Beweis stellen müssten. „Bei Männern stellt niemand ihre Eignung in Frage“, antwortet eine Frau im Rahmen der Abgeordnetenbefragung zur Begründung, warum es Frauen schwerer bzw. erheblich schwerer hätten als Männer, Familie und eine politische Karriere miteinander zu vereinbaren. Eine andere meint: „Frauen müssen sich auch heute noch „durchboxen“ und dreimal so viel arbeiten wie Männer“. Von Männern wird diese Einschätzung grundsätzlich bestätigt. „Frauen müssen beweisen, dass sie besser sind“, „(...) weil von Frauen in Führungsfunktionen immer noch mehr erwartet wird als von Männern.“ Das bedeutet: Für Frauen, die sich behaupten und beweisen müssen, dass sie für ein Führungsamt geeignet sind, wirkt sich der Umstand, Mutter zu werden oder bereits Mutter zu sein, im Verhältnis zu Männern erschwerend auf die Karriereziele aus. Männer müssen sich zunächst einmal weder aufgrund ihres Geschlechts beweisen. Noch müssen sie befürchten, dass der Umstand, sie sind Vater oder könnten es werden, sich nachteilig auf ihr Streben nach einem beruflichen Aufstieg oder einer Karriere in der Politik auswirkt.

Es mag daran liegen, dass Kerstin Müller schon sehr viel erreicht hat und auf der politischen Karriereleiter schon sehr weit oben angekommen ist, als sie betont, sie strebe derzeit nicht nach höheren Posten, wie es einem Artikel aus dem Jahr 2007 zu entnehmen ist. „Mein Ehrgeiz ist völlig befriedigt, und ich kann entspannt mein Kind genießen“, sagt die Grünen-

---

<sup>772</sup> Interview mit Interviewpartner „J“.

<sup>773</sup> Interview mit Interviewpartner „D“.

<sup>774</sup> Artikel auf Zeit.de: "Das Leben als Politikerin ist familienunfreundlich" von Karin Flothmann, 6.09.2011. [www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat).

Politikerin, die 2006 zum ersten Mal Mutter geworden ist und ihr Kind allein erzieht<sup>775</sup>. Bevor Kerstin Müller Mutter wurde war sie von 1998 bis 2002 Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und anschließend bis 2005 Staatsministerin im Auswärtigen Amt. Zur Bundestagswahl 2013 trat Müller nicht wieder an. Dieser Schritt könnte ihren Austritt aus der aktiven Politik bedeuten. Offensichtlich hatte Kerstin Müller aber schon im Jahr nach der Geburt ihres Kindes für sich beschlossen, lieber auf weitere Karriereschritte zu verzichten. Zum einen könnte ein Grund dafür gewesen sein, dass Müller aus langjähriger Erfahrung wusste, dass sich (weitere) höhere Funktionen nur schwer mit ihrem Anspruch, auch selbst für ihr Kind da sein zu können, vereinbaren lassen. Zum anderen könnte ihr aber auch klar gewesen sein, dass sie als Mutter eines kleinen Kindes auch nicht mehr ohne weiteres für höhere Positionen vorgesehen würde. „Kind und politische Karriere ist sehr viel schwieriger für Frau als für Mann. Leider noch immer die klassische Rollenverteilung“, kommentiert einer der interviewten Abgeordneten<sup>776</sup>.

Die Auswertung der Fragebögen ergab, dass 20 Prozent der Männer glauben, ihre politische Karriere wäre anders verlaufen, wenn sie keine Kinder hätten. Von den Frauen glaubten das rund 35 Prozent. Einige Frauen erläutern ihre Einschätzung, sie wären ohne Kinder mehr oder früher in die Parteiarbeit eingestiegen. Eine der Abgeordneten meint, sie wäre dann früher in höhere Politische Ämter gekommen und hätte gegebenenfalls auch mehr erreicht.“ Aber auch ein paar Männer erläutern in den Fragebögen, sie wären früher in die Politik eingestiegen, hätten eher oder auch mehr Posten als geschehen übernommen und sich stärker auf die Politik konzentrieren können, wenn sie keine Kinder hätten<sup>777</sup>.

In der Befragung der Abgeordneten kommentiert ein Abgeordneter von vier Kindern, als Familienvater habe man in seinem Wahlkreis größere Chancen gewählt bzw. aufgestellt zu werden. Die bereits beschriebene Vielzahl skeptischer Fragen an Bundestagskandidatinnen, wie sie das Mandat mit ihren Kindern vereinbaren wollen, deutet darauf hin, dass sich die Wahlchancen einer Mutter im Gegensatz zu denen der Väter eher nicht verbessern. Allerdings berichtet eine Abgeordnete und Mutter kleiner Kinder davon, „man wusste, dass man nur mit einer Frau die Möglichkeit haben würde, einen sicheren Listenplatz auf der Landesliste zu bekommen. Da der Wahlkreis ein bisschen schwierig zu gewinnen ist, [...] hat man sich ganz gezielt nach einer Frau umgeguckt“<sup>778</sup>. Der Umstand, dass die junge Frau gleichfalls Mutter zweier Kinder ist, schien dabei nicht hinderlich zu sein. Eine andere Abgeordnete be-

---

<sup>775</sup> Artikel auf welt.de über Kerstin Müller „Mein Ehrgeiz ist völlig befriedigt, und ich kann mein Kind genießen“ von Patricia Leßnerkraus vom 21.04.2007: <http://www.welt.de/politik/article825968/Mein-Ehrgeiz-ist-voellig-befriedigt-und-ich-kann-mein-Kind-geniessen.html>.

<sup>776</sup> Interview mit Interviewpartner „B“.

<sup>777</sup> Vergleiche Auswertung VI. 2.3.2 „Einschätzungen zum Verlauf der Karriere ohne Kinder“.

<sup>778</sup> Interview mit Interviewpartnerin „V“.



richtet sogar, wie ihr die ersten höheren Posten auf kommunalpolitischer Ebene „auf dem Silbertablett“ angetragen wurden. „Da spielt natürlich mit: Frau mit Kindern hätten wir gern in unseren Reihen, können wir sie gut gebrauchen, um unser Bild auch nach außen hin moderner zu gestalten“<sup>779</sup>. Auch Katherina Reiche könnte eine solche „Vorzeigefrau“ für die Fraktion der CDU/CSU im Bundestag sein. Nachdem sie im Jahr 1998 mit 25 Jahren in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, bekam sie als Abgeordnete drei Kinder und stieg dabei auf der Karriereleiter weiter auf<sup>780</sup>. Von 2005 bis 2009 war Reiche stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion. Nach den Bundestagswahlen 2009 wurde sie Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium. Die Betitelung „Vorzeigefrau“ birgt jedoch die Gefahr, die Erfolge von Frauen zu schmälern oder sie darauf zu reduzieren, sie hätten ihre Karrieren in erster Linie ihrem „Frausein“ zu verdanken. Genau dieses Argument sprach für zahlreiche Frauen gegen die Einführung von Frauenquoten<sup>781</sup>.

### **3. Spitzenpolitiker/innen und die Medien**

Auftreten und Aussehen von Frauen in politischen Führungsämtern sind nicht selten Themen der öffentlichen Berichterstattung. Äußerlichkeiten, wie zum Beispiel die Frisur, eine fehlende Handtasche, zu viele Ringe an den Fingern oder ein zu großer Ausschnitt scheinen auf großes Interesse zu stoßen. Sofern die öffentliche Berichterstattung jedoch Sachthemen betrifft, tauchen Politikerinnen weniger als ihre männlichen Kollegen auf. Immer noch sei festzustellen, dass Politikerinnen in den Medien nicht nur marginalisiert, sondern auch trivialisiert würden, was bedeute, dass ihre Rolle in der Politik und ihre Leistungen tendenziell abgewertet würden<sup>782</sup>. Heide Simonis beschreibt das so: „Schwächen werden mit Freude, Stärken mit Herablassung dargestellt“<sup>783</sup>. Eine Reihe von Politikerinnen, darunter Renate Schmidt und Claudia Roth, bestätigen, dass Frauen mit Karriereambitionen in der Politik an zwei Fronten zu kämpfen haben: „gegenüber der Männerwelt der Politik und der des Journalismus“<sup>784</sup>. Wie es scheint, müssen sich Männer nicht mit einer vergleichbaren Berichterstattung über ihre Äußerlichkeiten oder ihr Auftreten auseinandersetzen.

---

<sup>779</sup> Interview mit Elisabeth Interviewpartnerin „P“.

<sup>780</sup> Artikel auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): „Bundestagsabgeordnete und dreifache Mutter“, Web- und Textarchiv 2010, [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30648360\\_familie\\_mandat/index.jsp;jsessionid=26DF0FF6E238C52318B4BA12C17977B9?instance=b30652835&imageAction=open&openImage=3&imageCount=0](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/30648360_familie_mandat/index.jsp;jsessionid=26DF0FF6E238C52318B4BA12C17977B9?instance=b30652835&imageAction=open&openImage=3&imageCount=0)

<sup>781</sup> Vgl. zahlreiche Anmerkungen zur Quote in „Frauen machen Politik“, Monica Weber-Nau, Herausg. Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995 sowie III.4. „Frauenquote für Deutschland und Europa“ und V.4.4.2. „Quotenregelungen der Parteien“.

<sup>782</sup> Christina Holtz-Bacha in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 8 f. (9 f.).

<sup>783</sup> Vorwort von Heide Simonis in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 5.

<sup>784</sup> Christina Holtz-Bacha in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 8 f. (14).

Die Zeiten, in denen Politikerinnen sich „die Präsenz im sichtbaren Raum der Öffentlichkeit mit der Aufgabe der Eindeutigkeit ihres Geschlechts erkaufen“<sup>785</sup> mussten, sind hingegen lange vorüber. Während Frauen in der Nachkriegspolitik nicht groß, schlank und emanzipiert sein durften<sup>786</sup>, schmücken sich Parteien heute gern mit jungen, attraktiven Frauen in ihren Reihen. Nicht mehr nur die Frisuren von Politikerinnen sind Gegenstand öffentlicher Berichterstattung. Auch die Haare von Gerhard Schröder oder vielmehr die Frage, ob diese gefärbt seien, waren bereits ein Thema für die Presselandschaft. Auch das schütter werdende Haar des FDP-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Christian Lindner, das er durch eine Haartransplantation auffüllen ließ, ist eine Meldung wert<sup>787</sup>. Scheinbar im zunehmenden Maße interessiert sich Öffentlichkeit auch für Äußerlichkeiten der Politiker. Das gute Aussehen des ehemaligen Wirtschafts- und Verteidigungsministers der CDU, Karl-Theodor zu Guttenberg, soll dazu beigetragen haben, dass dem jungen Politiker viele Sympathien entgegengebracht wurden<sup>788</sup>.

Die subjektiv eingeschätzte physische Attraktivität soll ebenso wie das medial vermittelte Privatleben von Politikern nachweisbare Auswirkungen auf die Wahlentscheidung von Wählern/innen haben<sup>789</sup>. Mit der Art und Weise, in der die Medien über Politiker/innen – auch über nichtpolitische Aspekte – berichten, sollen Medien Einfluss auf die Wahrnehmung von Politikern/innen nehmen und es vermögen, deren Aufstiegschancen in der Politik zu beeinflussen. Die Berichterstattung über bestimmte Eigenarten und Vorlieben einer Politikerin könne dazu führen, dass eine Politikerin mit ihren politischen Botschaften kaum mehr durchzudringen vermag<sup>790</sup>. Vor diesem Hintergrund scheint es besonders wichtig, dass Frauen mit Karriereambitionen in der Politik den Umgang mit den Medien üben und versuchen, dass ihre inhaltlichen Kompetenzen Beachtung erfahren und nicht von Berichten über Äußerlichkeiten überlagert werden. Sicherlich haben weder Politikerinnen noch Politiker es allein in der Hand, wie über sie berichtet wird. Umso wichtiger ist es aber wohl gerade für Spitzenpolitiker/innen, sich mit den Funktionsweisen der Medien vertraut zu machen und mögliche „Angriffsflächen“ zu reduzieren.

---

<sup>785</sup> Unter Bezugnahme auf die „großen alten Damen“ in der Nachkriegspolitik in: Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag Frankfurt/Main 1997, S. 293.

<sup>786</sup> ebenda.

<sup>787</sup> „Politik kann manchmal haarig sein“ in Der Tagesspiegel vom 6.10.2013, S. 32.

<sup>788</sup> ebenda.

<sup>789</sup> Markus Klein und Dieter Ohr: „Der Kandidat als Politiker, Mensch und Mann. Ein Instrument zur differenzierten Erfassung von Kandidatenorientierungen und seine Anwendung auf die Analyse des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1998“, in: ZA-Information 46, Mai 2002, S. 6-25, S. 9 (S. 23).

<sup>790</sup> Heide Simonis beschreibt ihre erste Zeit als Ministerpräsidentin, in der die „mehr oder minder dekorativen Äußerlichkeiten“ im Mittelpunkt der Berichterstattung standen, in Heide Simonis: „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag München, aktualisierte Auflage Dezember 2004, S. 108.

Die Darstellung von Politikerinnen, was über sie geschrieben, gesagt oder ins Bild gesetzt wird, könne auch die Beurteilung von Frauen allgemein und ihre Rolle in der Gesellschaft beeinflussen<sup>791</sup>. Von daher ist es zu bedauern, wenn die Presselandschaft im stärkeren Maße bei Frauen über Äußerlichkeiten berichtet, als dies bei Männern der Fall ist. Andererseits mag jegliche Art von Berichterstattung über Politikerinnen besser sein als gar keine, wenn sie dazu dient, das Bewusstsein dafür zu verstärken, dass Frauen selbstverständlich zum Bild der Politik in Deutschland dazu gehören. Sicherlich hat die Tatsache, dass Deutschland nun bereits in der dritten Wahlperiode von einer Bundeskanzlerin regiert wird, einen enormen Einfluss darauf, dass die Erscheinung von Frauen in der Politik, insbesondere auch in Spitzenfunktionen, mittlerweile als ‚normal‘ angesehen wird. Die heute junge Generation wächst mit dieser ‚Normalität‘ auf. Für diese jungen Menschen wird es kaum noch vorstellbar sein, dass noch vor wenigen Jahrzehnten für die Bundes- und Landeskabinette das „Gruppenbild mit Dame“ als charakteristisch galt und Frauen auch in den Parlamenten stark unterrepräsentiert waren<sup>792</sup>.

#### **4. Öffentliche Wahrnehmung des Familienlebens von Politikern/innen**

Über Politiker/innen, die Mütter oder Väter werden oder es bereits sind, wird immer mal wieder in der bunten Medienwelt berichtet. Bilder, die schwangere Abgeordnete im Parlament zeigen, sind nichts Außergewöhnliches mehr. Spätestens seit Angela Merkel für ihr erstes Kabinett in 2005 die siebenfache Mutter Ursula von der Leyen zur Bundesministerin machte, ist in das mediale Bewusstsein gerückt, dass ranghohe Politikerinnen nicht in erster Linie mit der Politik ‚verheiratet‘ sind, sondern auch eine Familie mit Kindern haben können. Bei der Amtsnachfolgerin von der Leyens, Kristina Schröder, konnte mitverfolgt werden, wie sie als erste Bundesministerin schwanger war und ein paar Wochen nach der Geburt ihres Kindes in ihr Amt zurückkehrte. Etliche Jahre zuvor hatte bereits eine Landesministerin während ihrer Amtszeit ihr zweites Kind zur Welt gebracht. Über die ehemalige Umweltministerin in Niedersachsen, Monika Griefahn (SPD), wurde berichtet, wie sie hochschwanger eine Rede im Bundesrat hielt, auf Sitzungen auch mal ein Kind auf dem Arm hatte oder eine Runde zum Stillen unterbrach<sup>793</sup>.

---

<sup>791</sup> Christina Holtz-Bacha in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling (Hrsg.), VS Verlag für Sozialwissenschaften 2007, S. 8 f. (13).

<sup>792</sup> Michael Edinger, Claudia Holfert: „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang 2005, Band 1, S. 29 ff (37).

<sup>793</sup> Portrait von Monika Griefahn in „Frauen machen Politik“, Monica Weber-Nau, Herausg. Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995, S. 215 ff./ 216; Artikel in Der Spiegel 51/1995 (Dezember 1995): „Hölle los - Stressgeplagte Politikerinnen entdecken, dass es ein Leben neben ihrem Job gibt: Sie nehmen sich Zeit für ihre Kinder.“

Über das Familienleben von Politikern/innen tauchen meist Berichte im Kontext der Frage nach der Vereinbarkeit ihres Berufs mit Kindern auf. Darüber hinaus wird über das Familienleben von Politikern/innen, anders als in manch anderen Ländern, eher wenig öffentlich berichtet. In Deutschland ist es nicht üblich, das Privatleben von Politikern/innen zur Schau zu stellen. Bekannt sind wohl die Fotos, die Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinen traditionellen Sommerurlaube am Wolfgangsee mit der Familie machen ließ. Während in der Regel die Ehefrauen der Politiker-Größen ab und zu mal an der Seite ihrer Männer zu sehen sind, so sind jedoch Fotos oder Fernsehaufnahmen mit den Kindern von Politikern/innen eine Seltenheit. Im Großen und Ganzen kann das Familienleben von Politikern/innen in Deutschland als „privat“ gelten. Die damalige Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ließ sich, nach ihrem Amtsantritt in 2005 im Kreise ihrer sieben Kinder und zusammen mit ihrem Ehemann in ihrem Haus und Garten fotografieren. „Freiwillig oder nicht“ seien ihre Kinder „zu einem politischen Pfund geworden, zu einem wichtigen Bestandteil ihres öffentlichen Bildes.“<sup>794</sup> Als von der Leyen allerdings entschied, nunmehr auf weitere Öffentlichkeit dieser Art verzichten zu wollen, wurde dies auch akzeptiert. In Ländern wie den USA, in denen die medienwirksame Inszenierung der ‚heilen Familie‘ von Politikern/innen offenbar zum politischen Geschäft dazu gehört, besteht scheinbar eine andere Auffassung darüber, wie viel des Privatlebens preisgegeben werden soll und darf.

Es scheint, dass eher Männer dazu tendieren, Fotos von ihren Familien zu veröffentlichen als Frauen. Mal abgesehen von den erwähnten Fotos der ehemaligen Bundesfamilienministerin von der Leyen, scheinen Politikerinnen Bilder mit ihren Familien zu meiden. Auf den Internetseiten männlicher Bundestagsabgeordneter sind ab und zu Bilder zu finden, die sie mit ihren Familien zeigen. Frauen scheinen stärker darauf bedacht zu sein, von ihrem Privatleben möglichst wenig preiszugeben<sup>795</sup>. Das gleiche scheint auf Wahlplakate oder Broschüren zuzutreffen, die eher mal ein Bild eines Kandidaten im Kreise der Familie zeigen als dies umgekehrt bei Kandidatinnen der Fall ist. Dies könnte damit zu tun haben, dass Frauen im Gegensatz zu Männern kritische Stimmen meiden wollen, die ihnen vorwerfen, sie könnten als Politikerinnen ihren Familien nicht im ausreichenden Maße gerecht werden. So löse der Umgang mit Müttern in der Politik in Deutschland ein gewisses Unbehagen aus, das „zu einer Spannung zwischen Familie und Politik als Beruf zu führen scheint“<sup>796</sup>. Aber auch der Parteivorsitzende der SPD, Sigmar Gabriel, will über die Gestaltung seines Privatlebens nichts preisgeben. Als er dementieren ließ, er wolle nach der Geburt seiner Tochter die

---

<sup>794</sup> Artikel „Auf Tour mit von der Leyen - Merkels Kinder-Frau“ von Florian Güßgen auf stern.de vom 12. September 2005.

<sup>795</sup> Manche weibliche Abgeordnete machen offenbar bewusst keine Angaben dazu, ob sie Kinder haben. Einige der für die Studie von Isabelle Kürschner und Jasmin Siri angefragten Frauen erklärten, dass sie zu diesem Thema grundsätzlich keine Stellung bezögen. („Politik mit Kind und Kegel“, S. 31).

<sup>796</sup> Isabelle Kürschner, Jasmin Siri: „Politik mit Kind und Kegel“ - Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten – „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011, S. 5 f.

Sonntage für die Familie reservieren, wurde gemutmaßt, dahinter stecke die Sorge, Politiker mit Anspruch auf Familie und Freizeit würden „als zu weich“ wahrgenommen werden<sup>797</sup>.

Diese Sorge scheint dem „Mächtigsten Mann der Welt“, dem US-Präsidenten Barack Obama, nichts anzuhaben, eher im Gegenteil: Eine Meldung wie die, der Familie sei das gemeinsame Abendessen um 18.30 Uhr heilig und Barack Obama würde zu dieser Zeit sein Mobiltelefon beiseitelegen<sup>798</sup>, wird dem Präsidenten in den USA nicht als Schwäche ausgelegt, sondern zeugt wohl eher von seiner Bodenhaftung. Hierzulande vermeiden einige der führenden Politiker/innen offenbar lieber, dass über sie im Zusammenhang mit ihrem Familienleben berichtet wird<sup>799</sup>. Im Falle der ehemaligen Bundesfamilienministerin Kristina Schröder scheint dies durchaus nachvollziehbar.

Das Familienleben des Politikerpaares Schröder selbst erzeugte nach der Geburt der Tochter im Juni 2011 verhältnismäßig geringe mediale Aufmerksamkeit. Allerdings sorgt das Familienleben der Bundesministerin und ihres Ehemannes, dem Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium, Ole Schröder, im Jahr der Bundestagswahl 2013 für Schlagzeilen, wenn es um die Kandidatenaufstellung und Spekulationen um die Besetzung von Posten nach der Bundestagswahl geht<sup>800</sup>. So lautet ein Titel im Online-Auftritt einer großen deutschen Boulevard-Zeitung, Schröder halte den Spagat zwischen Politik und Familie nicht länger aus<sup>801</sup>. Der Bundesfamilienministerin wird vorgehalten, sie sei wegen ihrer Tochter weder in den Fernseh-Morgenmagazinen vertreten, „wenn Lotte frühstückt und für den Kindergarten angezogen werden muss“. Noch würde sie an den politischen Talkshows am späten

---

<sup>797</sup> Artikel auf SPIEGEL-online: „Politiker und Familie: Die Freizeit nehm ich mir“ von Florian Gathmann und Anna Reimann, 13. März 2012, [www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html).

<sup>798</sup> Artikel „Kinder, seid ihr groß geworden!“ über Bracks Obama Zweite Amtszeit im Weißen Haus auf Gala.de vom 14.11.2012, [www.gala.de/stars/story/barack-obama-kinder-seid-ihr-gross-geworden\\_233252.html](http://www.gala.de/stars/story/barack-obama-kinder-seid-ihr-gross-geworden_233252.html).

<sup>799</sup> Auf Anfrage hätte „mehrere führende Politiker“ erklärt, sie wollten in diesem Zusammenhang nicht auftauchen, siehe Artikel auf SPIEGEL-online: „Politiker und Familie: Die Freizeit nehm ich mir“ von Florian Gathmann und Anna Reimann, 13. März 2012, [www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/politiker-goennen-sich-mehr-zeit-fuer-die-familie-a-818329-2.html).

<sup>800</sup> „Fünf Monate vor der Bundestagswahl neige sich ihre Karriere [von Kristina Schröder] als Bundesministerin dem Ende zu, meldete die Deutsche Presse-Agentur unter Verweis auf einen Bericht in der Zeitung „Bild am Sonntag“. Dort konnte die CDU-Frau lesen, dass sie selbst im Falle eines schwarz-gelben Wahlsiegs von Bundeskanzlerin Angela Merkel kein zweites Mal in ihr Kabinett berufen würde. Als Beleg für diese Prognose wurde ein führendes Mitglied der hessischen CDU zitiert: „Kristina Schröder wird nach der Bundestagswahl keine Ministerin mehr sein. Ihre Familiensituation steht dem entgegen.“ Die Politikerin, die als erste Ministerin im Amt Mutter wurde, wolle sich verstärkt um ihre fast zwei Jahre alte Tochter Lotte kümmern, hieß es. Die böse Botschaft: Die Doppelbelastung von Mutterrolle und Ministeramt habe ausgerechnet jene Politikerin überfordert, die stets eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie predigte.“, [www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html).

<sup>801</sup> „Warum Kristina Schröder nach der Wahl nicht weitermacht - Der Familienministerin ist Familie am wichtigsten“ von Hugo Müller-Vogg, 22.04.2013 auf <http://www.bild.de/politik/inland/dr-kristina-schroeder/der-familienministerin-ist-familie-am-wichtigsten-30094070.bild.html>.

Abend teilnehmen<sup>802</sup>, obgleich es für Spitzenpolitiker/innen wichtig sei, Präsenz zu zeigen und medial vertreten zu sein, wie auch die Politikerin selbst bekräftigt<sup>803</sup>.

Bei der jungen Mutter Kristina Schröder liegt der Vergleich mit anderen Spitzenpolitiker/innen mit kleinen Kindern, insbesondere mit ihrer Amtsvorgängerin im Bundesfamilienministerium, der siebenfachen Mutter Ursula von der Leyen nahe. Von der Leyens Kinder waren 2005, im Jahr ihrer Berufung in das erste Kabinett Merkels zwischen achtzehn und sechs Jahren jung. Der Amtsnachfolgerin Schröder wurde zwar attestiert, sie habe nach der Geburt ihrer Tochter bis auf eine auswärtige Kabinettsitzung alle Dienstermine als Ministerin wahrgenommen. Sie habe jedoch andere Termine ausfallen lassen, „die für die siebenfache Mutter Ursula von der Leyen oder den jungen Vater und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel Pflichtveranstaltungen sind“<sup>804</sup>.

Wenn es um ‚Familienfragen‘ geht, übernehmen Journalisten/innen zuweilen gern die Rolle eines Ratgebers. So war nach Bekanntwerden der Schwangerschaft der Bundesministerin Schröder darüber spekuliert worden, wie Schröder sich die Zeit nach der Geburt ihres Kindes vorstelle. So sei es ein schlechtes Signal, wenn die Ministerin in ein „traditionelles Rollenverständnis“ zurückfalle und für längere Zeit nach der Geburt ihres Kindes eine Auszeit nehmen würde, dass es aber „ebenso falsch wäre, wenn die Ministerin gleich nach der Geburt ihres Kindes in ihr stressiges Amt zurückkehre. Damit gäbe sie allen anderen berufstätigen Müttern das Signal, sich ebenfalls den Anforderungen der Arbeitsgesellschaft zu unterwerfen – so wie SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles, die ihrem Mann die ganze Erziehungsarbeit überlasse“<sup>805</sup>.

Die von Nahles und ihrem Mann gefundene Aufteilung scheint nicht ohne weiteres als akzeptable Lösung aufgefasst zu werden. Vor allem von Männern bekäme Nahles böse Briefe, in denen ihr vorgeworfen werde, dass sie ihr Kind für ihre Karriere opfere: „Dass Frauen in Deutschland als Mütter weiter berufstätig sind, scheint mittlerweile akzeptiert. Vor allem in der Teilzeitvariante. Aber dass Frauen mit kleinem Kind beruflichen Ambitionen nachgehen

---

<sup>802</sup> „So sieht man die junge Ministerin nicht zur frühen Stunde in den Morgenmagazinen von ARD und ZDF, wenn Lotte frühstückt und für den Kindergarten angezogen werden muss. Ebenfalls weitgehend gestrichen sind Auftritte am späten Abend in politischen Talkshows. Auch auf die bis in die späte Nacht dauernden, alkoholseligen Runden mit Parteifreunden und Journalisten auf den zahlreichen Sommerfesten der Hauptstadt verzichtet die Ministerin.“ Quelle: [www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html)

„Nach Hausfrauenart“ von Thomas Holl, 22.04.2013.

<sup>803</sup> „Es ist immer ein Spagat, zum Beispiel gehe ich meist nicht in spätabendliche Talkshows. Natürlich habe ich dadurch auch Nachteile, denn für einen Politiker ist es wichtig, in solchen Medien vorzukommen.“ Artikel auf Focus-Online vom 21.04.2013: „Rücktritt wegen Doppelbelastung?“, [http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-30722/ministerin-ueber-latte-macchiato-muetter-kristina-schroeder-zur-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf-es-ist-immer-ein-spagat\\_aid\\_967089.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-30722/ministerin-ueber-latte-macchiato-muetter-kristina-schroeder-zur-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf-es-ist-immer-ein-spagat_aid_967089.html).

<sup>804</sup> „Nach Hausfrauenart“ von Thomas Holl, 22.04.2013, [www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html).

<sup>805</sup> zeit-online: „Jetzt kann Kristina Schröder Vorbild sein“, Tina Groll, 19.1.2011. [www.zeit.de/karriere/beruf/2011-01/kommentar-schwangerschaft-schroeder](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2011-01/kommentar-schwangerschaft-schroeder).

und sogar Führungspositionen anstreben, rührt offenbar bei vielen doch noch an ein Tabu. Als Mutter sollte man mit einem Platz in der zweiten Reihe zufrieden sein<sup>806</sup>. In der Berichterstattung über die junge Mutter Andrea Nahles fiel auch das ein oder andere Mal das Stichwort „Rabenmutter“. Auch die Auswertung der Fragebögen ergab, dass noch immer der Begriff der „Rabenmutter“ aufgegriffen wird, wenn davon die Rede ist, dass Mütter sich womöglich nicht ausreichend um ihre Kinder kümmern<sup>807</sup>.

Eine Abgeordnete berichtet, dass sie mit steigendem Bekanntheitsgrad als Mutter eines kleinen Kindes auch öfter Kritik ausgesetzt sei. Ihr gegenüber würden Vorhaltungen per Email, in Briefen oder „blöde Bemerkungen“ auf Veranstaltungen gemacht<sup>808</sup>. In dem zuvor bereits erwähnten Interview mit Kerstin Andreae, die gemeinsam mit ihrem Baby auf Wahlkampftour geht, stellt eine Journalistin Andreae die Frage, ob sie eine Rabenmutter sei<sup>809</sup>. Andreae antwortet, sie sei „eine ungewöhnliche Mutter – und eine erfahrene.“ Ihr älterer Sohn sei ein aufgewecktes Kind, dem nichts fehle. Wenn ein Kind krank ist, bleibe sie zu Hause, fügt Andreae an. Sie wird gelernt haben, auf die Konfrontation mit dem Thema „Rabenmutter“ souverän zu antworten und anstelle auf die Frage empört zu reagieren, darauf aufmerksam machen, dass es ihren Kindern gut geht und sie für ihre Kinder da ist, wenn es darauf ankommt.

Auch Kristina Schröder wurde gefragt, ob sie Kritik fürchte, weil sie bereits zehn Wochen nach der Geburt ihrer Tochter an ihren Arbeitsplatz im Ministerium und am Kabinetttisch zurückgekehrt sei. Auf die zahlreichen Fragen der Journalisten nach ihrer Rückkehr aus der „Babyzeit“ reagierte Kristina Schröder eher zurückhaltend. Sie verriet aber so viel, dass ihr Mann, der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder, und sie das Familienleben gemeinsam organisieren und von ihrer Familie unterstützt würden. Kristina Schröder betonte zugleich, dass sie über Einzelheiten, wer welche Aufgaben übernehme, in der Öffentlichkeit nicht sprechen werde. Auf diese Weise machte sich die Bundesfamilienministerin, an die als junge Mutter vielerlei gegensätzliche Erwartungen gestellt wurden, weniger angreifbar. Mit den Vorhaltungen, dass sie sich für ihr Kind eine zu kurze Bypasspause gegönnt habe, könne sie deshalb leben, sagte Schröder, da man es, egal wie man es macht „es ja eigentlich nur falsch machen“ könne<sup>810</sup>. Im Übrigen unterstreicht Schröder, ihr Kind aus der Öffentlichkeit raus halten zu wollen und nicht – wie ihre Amtsvorgängerin

---

<sup>806</sup> Interview mit Andrea Nahles in Der Tagesspiegel vom 31.07.2011, <http://www.tagesspiegel.de/politik/mit-der-sehnsucht-habe-ich-so-nicht-gerechnet/4446670.html>.

<sup>807</sup> Vgl. VI. 4.7.2.1. „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>808</sup> Interview mit Interviewpartnerin „N“ (zweites Interview).

<sup>809</sup> „Mit dem Kinderwagen nach Berlin“ - BZ-Serie "Stimmen 2009" (5): „Unterwegs zum Augustinerplatz mit der Freiburger Bundestagskandidatin der Grünen, Kerstin Andreae“, von Heike Spannagel, 18. September 2009 auf [www.badische-zeitung.de/freiburg/mit-dem-kinderwagen-nach-berlin--19694924.html](http://www.badische-zeitung.de/freiburg/mit-dem-kinderwagen-nach-berlin--19694924.html).

<sup>810</sup> Artikel auf zeit-online: „Lottes Mutter will kämpfen“ [www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/kristina-schroeder-babybause-comeback](http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-09/kristina-schroeder-babybause-comeback), Hans Monath, 15.09.2011.

Ursula von der Leyen – Familienfotos präsentieren wolle. Das Privatleben solle privat bleiben<sup>811</sup>.

Kerstin Andreae erläutert mit Bezug darauf, dass sie ihr Kind mit auf Wahlkampftour nehme, sie wolle ihr Kind für die Politik nicht instrumentalisieren, könne es aber auch nicht verstecken. Für Andreae und ihr Baby sei dies die einzige Lösung, für ihr Kind da zu sein und es auch noch stillen zu können. In der damaligen Phase musste sich ihr eigener Zeitplan weitgehend an ihrem Baby orientieren. Abendtermine mussten bereits um 18 Uhr beginnen. Im Büro war aber auch immer ein Babysitter in Rufbereitschaft<sup>812</sup>. Je älter die Kinder sind, desto stärker versuchen ihre Eltern aber offenbar, sie von der Öffentlichkeit fern zu halten. Ein Abgeordneter berichtet davon, dass er darauf achte, dass auf Veranstaltungen, die er ab und zu zusammen mit seinen Kindern im Schulalter besuche, keine Presse vor Ort ist. Die Kinder fänden die Begegnung mit den Medien zwar spannend. Die Eltern hätten sich aber gemeinsam dafür entschieden, ihre Kinder ganz bewusst aus der medialen Öffentlichkeit herauszuhalten<sup>813</sup>. Eine Abgeordnete berichtet, sie habe Spielregeln aufgestellt, die auch relativ schnell akzeptiert wurden: „Ich habe gesagt, es gibt kein Foto vom Kind. Ich habe ganz am Anfang mal, damit es keine Gerüchte gibt, ob das Kind gesund ist oder nicht – das ist schon von einem gewissen öffentlichen Interesse – Fotos gemacht. Aber in einem so frühen Stadium, wo sie noch nicht so erkennbar war. Und jetzt sage ich allen, wenn ich auf einer Veranstaltung bin, zu Lokaljournalisten, bitte keine Fotos: Von mir gerne, aber nicht vom Kind. [...] Ich habe da noch keinen Journalisten gesehen, der die Kamera nicht runter genommen hätte“<sup>814</sup>.

Eine weitere Abgeordnete berichtet davon, dass sie versuche, ihre Kinder unbeeinflusst von ihrer Position in der Öffentlichkeit aufwachsen zu lassen. So würde sie auch darauf achten, zu Hause mit ihren Kindern bewusst nur sie und nicht die „Frau Abgeordnete“ zu sein. Es sei ihr Wunsch, ihre Kinder „wie ganz normale Kinder in einer ganz normalen Umgebung“ groß werden zu lassen<sup>815</sup>. Mit steigendem Bekanntheitsgrad eines/r Politikers/in lässt es sich kaum vermeiden, dass Kinder Bilder ihrer Mutter oder ihres Vaters in der Zeitung oder auch im Fernsehen wahrnehmen. „Am Anfang fanden sie es noch ganz spannend, Papa im Fernsehen, aber mittlerweile: Ach Papa im Fernsehen, haben wir weitergeschaltet. Sie merken schon, dass das eine andere Tätigkeit ist als andere Berufe“<sup>816</sup>. „Wenn man Bundestagsab-

---

<sup>811</sup> Artikel auf [spiegel-online](http://spiegel-online.de): „Kristina Schröder - Mama, Ministerin, Machtspiele“, Anna Reimann, 14.09.2011. [www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786134,00.html#ref=rss](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,786134,00.html#ref=rss).

<sup>812</sup> „Mit dem Kinderwagen nach Berlin“ - BZ-Serie "Stimmen 2009" (5): „Unterwegs zum Augustinerplatz mit der Freiburger Bundestagskandidatin der Grünen, Kerstin Andreae“, von Heike Spannagel, 18. September 2009 auf [www.badische-zeitung.de/freiburg/mit-dem-kinderwagen-nach-berlin--19694924.html](http://www.badische-zeitung.de/freiburg/mit-dem-kinderwagen-nach-berlin--19694924.html).

<sup>813</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.

<sup>814</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Y“.

<sup>815</sup> Interview mit Interviewpartnerin „V“.

<sup>816</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.



geordnete ist, gibt es noch mal eine wesentlich größere Öffentlichkeit, das erfahren meine Kinder schon [...]. Und da kommen da schon mal so Fragen [...in der Schule]: Erzähl doch mal, was deine Mutter gerade in Berlin macht oder wie geht es jetzt mit den Koalitionsverhandlungen weiter? Da gehen die aber überwiegend normal mit um<sup>817</sup>, berichtet eine Abgeordnete. Ein Abgeordneter, der aufgrund einer seiner Funktionen besonders stark in der Medienberichterstattung auftaucht, beklagt, „gerade was Lehrer anbetrifft, bemühen sie sich ganz besonders deutlich zu machen, dass sie Kinder des Abgeordneten nicht bevorzugen. [...] Man guckt eher doppelt streng hin, bloß nicht, dass der Eindruck entstehen könnte, man würde bevorzugt werden“<sup>818</sup>. Kinder hochrangiger Politiker/innen müssen demzufolge mit der Bekanntheit des Vaters oder der Mutter umzugehen lernen.

Ogleich es wohl auch in absehbarer Zukunft nur wenige Bilder von Politikern/innen mit ihren Familien und insbesondere von Politikerinnen und ihren kleinen Kindern geben wird, so ist doch anzunehmen, dass uns die Frage nach dem Familienleben und insbesondere der Vereinbarkeit der Berufspolitik mit Kindern auch weiterhin als Thema der Medien begegnen wird. Die Berichterstattung über Politikerinnen mit kleinen Kindern könnte andere berufstätige junge Frauen dazu ermuntern, sich ebenfalls Kinder neben ihrem Job zuzutrauen. Politikerinnen würden sich ihrer Vorbildfunktion bewusst sein, es als Verpflichtung ansehen, als gute Vorbilder voranzugehen und auch zeigen wollen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf heutzutage auch in Deutschland möglich sei<sup>819</sup>. Die jungen Politikerinnen würden sich aber auch einem erhöhten Druck ausgesetzt sehen, da sie gegenüber Kollegen, Medien und der Öffentlichkeit demonstrieren müssten, dass sie es tatsächlich schaffen, mit Kind ihre Karriere fortzusetzen<sup>820</sup>. Hinzu kommt, dass es kaum ein „Richtig“ oder „Falsch“ gibt bei der Frage, wie stark sich eine Mutter ihrem Kind widmet. Eine Mutter, die zu viel Zeit mit ihrem Kind verbringt, steht in der Kritik, ihre Arbeit zu vernachlässigen, würde sie aber umgekehrt zu viel arbeiten, vernachlässige ihr Kind<sup>821</sup>. Mit derlei Kritik müssen Väter in der Politik indes nicht umgehen. Sie stehen hinsichtlich der Frage, wie stark sie sich um ihren Nachwuchs kümmern, nicht unter vergleichbarer Beobachtung der Öffentlichkeit. Immerhin gibt es aber auch eine zunehmende Berichterstattung über Väter in der Politik, die kleine Kinder haben<sup>822</sup>. Auch sie könnten insofern als Vorbilder für die jüngeren Generationen fungieren.

---

<sup>817</sup> Interview mit Interviewpartnerin „L“.

<sup>818</sup> Interview mit Interviewpartner „I“.

<sup>819</sup> Isabelle Kürschner, Jasmin Siri: „Politik mit Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011, S. 31.

<sup>820</sup> ebenda.

<sup>821</sup> So auch im bereits zitierten Artikel auf zeit-online über Bundesfamilienministerin Schröder: „Jetzt kann Kristina Schröder Vorbild sein“, Tina Groll, 19.1.2011: „Es wäre ein schlechtes Signal, wenn Kristina Schröder jetzt in ein traditionelles Rollenverständnis zurückfällt und für längere Zeit nach der Geburt ihres Kindes im Job aussetzt. Ebenso falsch wäre es, wenn die Ministerin gleich nach der Geburt ihres Kindes in ihr stressiges Amt zurückkehrt.“

<sup>822</sup> Beispielsweise wurden bereits erwähnt: SPD-Parteichef Sigmar Gabriel, Grünen-Chef Cem Özdemir und der Bundestagsabgeordnete Anton Schaaf.

## **5. Umgang mit Ressentiments und eigenen Gewissenskonflikten**

Sowohl die Frauen, als auch die Männer unter den für diese Arbeit befragten Bundestagsabgeordneten haben zu 90 Prozent geantwortet, Frauen hätten es – noch immer – schwerer oder gar erheblich schwerer als Männer, Familie und die politische Karriere miteinander zu vereinbaren<sup>823</sup>. Zur Begründung wurden von den Abgeordneten unterschiedliche, sich auch zum Teil überschneidende Argumente genannt. Am häufigsten (35 Nennungen) seien es die alten Rollenmuster, Vorurteile und gesellschaftlicher Druck, die für eine Diskrepanz zwischen Frauen und Männern bei dem Untersuchungsthema eine maßgebliche Rolle spielen. Dabei haben Frauen ausgeführt, sie würden mit einem alt hergebrachten Rollenbild und Erwartungen des Umfeldes an Mütter konfrontiert und außerdem als „Rabenmutter“ dargestellt, wenn sie nicht für ihre Kinder da seien. Im Zweifel werde erwartet, dass die Frau bei den Kindern bleibe. Hier weiche das Gesellschaftsbild von der Rolle der Frau von den veränderten Bedürfnissen, Wünschen und beruflichen Leistungen der Frauen der Gegenwart ab. Erwerbstätige und erfolgreiche Mütter würden von der Gesellschaft immer noch nicht voll akzeptiert, wohl auch, da nach wie vor das „Ernährermodell“ gepflegt und staatlich gefördert werde. Auch einige Männer bestätigten in ihren Antworten diese Einschätzungen. Wegen der „traditionellen Rollenverteilung“ und Erwartungen gegenüber Frauen in einer patriarchalisch organisierten Gesellschaft, fehle es an der gesellschaftlichen Akzeptanz arbeitender Mütter.

Vor diesem Hintergrund scheint von entscheidender Bedeutung zu sein, inwieweit sich diese – auch durch die Medien beförderte – an Frauen herangetragene „Erwartungshaltung“ heute noch auswirkt. Im Jahr 1995 war über die baden-württembergische Familien-, Frauen- und Kunstministerin Brigitte Unger-Soyka (SPD) und dreifache Mutter „ein Sturm der Entrüstung“ losgebrochen, nachdem sie verkündet hatte, sie wolle in der Politik „kein Männerleben“ führen und auch mal um 16 Uhr zu Hause bei ihren Kindern sein. Die Bild-Zeitung habe in diesem Zusammenhang die Frage aufgeworfen, „wie faul darf eine Ministerin sein?“<sup>824</sup>. Auch heute ist vergleichsweise selten von Männern zu hören, die öffentlich thematisieren, sie würden gern mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Es erscheint als durchaus möglich, dass eine stärkere „innere Angebundenheit“<sup>825</sup> der Frauen an Partner, Kinder, Angehörige und Freunde existiert, die auch dafür verantwortlich ist, dass Frauen und insbesondere Mütter kleiner Kinder schwer mit sich zu kämpfen haben, wenn ihre Arbeit nur schwer möglich macht, Zeit mit den eigenen Kindern und in der Familie zu verbringen.

---

<sup>823</sup> Vgl. VI. 4.7. „Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen“: Auf die Frage haben von 250 Abgeordneten 148 (59,5%) mit „schwerer“ geantwortet. „Nicht schwerer“ sagen 24 (9,5%) der Abgeordneten, hingegen „erheblich schwerer“ sei es für Frauen, meinen 78 (31%) der Abgeordneten.

<sup>824</sup> Artikel „Hölle los - Stressgeplagte Politikerinnen entdecken, dass es ein Leben neben ihrem Job gibt: Sie nehmen sich Zeit für ihre Kinder.“ im Spiegel 51/1995 vom 18.12.1995. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9249058.html>.

<sup>825</sup> Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund“, Campus Verlag Frankfurt/Main, 1997, S. 358.

Die Gründe, warum Väter hier global betrachtet „anders ticken“ sind sicherlich vielschichtig. Auch bei den mit Abgeordneten geführten Interviews fällt auf, dass bezogen auf die Eltern kleinerer Kinder die interviewten Väter nüchterner über die Trennung zwischen ihnen und ihren Kindern während der Berliner Sitzungswochen berichten als die Mütter. Zumindest scheint es so, als ob sich die Mütter ihren Kindern gegenüber verantwortlicher fühlen und im stärkeren Maße bedauern, ihren Kindern nicht häufiger näher sein zu können, so wie sie es sich offenbar wünschen würden. Eine Rolle mag aber auch die gesellschaftliche Einstellung spielen, der gemäß Mütter als naturgegeben engere Bezugsperson betrachtet werden, die für ihre Kinder zu sorgen hat, während dem Vater noch immer in erster Linie die Rolle des Ernährers zugeordnet wird.

In diesem Kontext ist zu erwägen, dass es für Frauen auch von Vorteil sein kann, Wahlmöglichkeiten zu haben. Eine Abgeordnete führt im Interview aus, sie glaube, dass es gesellschaftlich akzeptierter sei, wenn eine Frau versucht, Karriere und Kind miteinander zu verbinden. Anders sei dies bei Männern: „[...] nicht alle, die es fordern, bewundern dann den Mann, der das tut [und im Beruf zugunsten der Familie zurücksteckt]. Aber ich merke, dass der Wunsch bei Kollegen und auch bei meinem eigenen Mann schon da ist, zu sagen, ich möchte einfach mein Kind intensiv auch erleben“<sup>826</sup>.

Scheinbar stärker als Väter haben Mütter aber mit einem schlechten Gewissen und Zielkonflikten zu kämpfen, wenn sie nach ihrem Empfinden nicht ausreichend Zeit mit ihrem Nachwuchs verbringen können. Bei der Befragung der Bundestagsabgeordneten gaben einige Frauen als auch Männer an, dass es Frauen schwerer oder auch erheblich schwerer als Männer hätten, Familie und eine politische Karriere miteinander zu vereinbaren, da sie stärker als Männer mit ihrem schlechten Gewissen zu kämpfen hätten<sup>827</sup>. Ein vor allem von Männern angeführtes Argument dafür, dass es die Mütter unter den Abgeordneten schwerer hätten als die Väter bezieht sich auf die naturgegeben engere Verbindung zwischen Mutter und Kind. Gerade in den ersten Monaten und Jahren seien Kinder stärker auf die Mütter angewiesen als auf die Väter (15 Nennungen, darunter 12 von Männern). Demgegenüber nannten Frauen Gründe wie Rücksichtnahme und Verantwortungsgefühl gegenüber Kindern und Familie deutlich häufiger als Männer (unter den 14 Nennungen insgesamt waren 11 Antworten von Frauen)<sup>828</sup>. Diese Befunde sprechen für die – weiterhin existierende – stärker-

---

<sup>826</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Y“.

<sup>827</sup> Die unter 4.7. gestellte Frage sollte Aufschluss über die Einschätzung der Abgeordneten (Frauen und Männer) über die Vereinbarkeit von Familie (gemeint war „Familie mit Kindern“) und dem Verfolgen einer Karriere in der Politik für Frauen geben. Die Frage lautet: „Wenn es allgemein um die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere geht, haben es Frauen im Vergleich zu Männern ...nicht schwerer, schwerer oder erheblich schwerer?“.

<sup>828</sup> Vgl. VI. 4.7. „Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen“.

re innere Angebundenheit der Frauen an ihre Familie. Diese sollte gleichwohl nicht als globale Erklärung und Rechtfertigung dafür dienen, die Verantwortung für Kinder in allererster Linie bei den Müttern zu sehen.

Eine junge Kommunalpolitikerin, die sich bei der Bundestagswahl 2013 um ein Mandat bewarb, zeigt sich verärgert darüber, dass sie als junge Mutter auf Abendveranstaltungen immerzu gefragt würde, wer gerade ihr Kind betreue, während Väter dies nie gefragt würden. Die Politikerin empfindet diese Fragen als „Kritik unter dem Deckmäntelchen der Besorgnis<sup>829</sup>“. Diese an Mütter gerichtete Fragen danach, wer sich denn um ihre Kinder kümmere<sup>830</sup>, machen nach wie vor deutlich, dass Mütter kleiner Kinder noch nicht als Selbstverständlichkeit im politischen Alltag wahrgenommen werden. Hinzu kommt, dass Mütter auf diese Weise dazu gedrängt werden, ihr politisches Engagement zu rechtfertigen. Jenen Frauen, die mit der Mehrfachbelastung von Familie und Job oder ohnehin mit einem mehr oder weniger stark vorhandenen schlechten Gewissen zu kämpfen haben, engagieren sich in der Politik unter erschwerten Bedingungen.

---

<sup>829</sup> Artikel auf Zeit Online: „Mütter im Bundestag - Mama regiert, Mit Kindern an die Macht, geht das? Immer mehr junge Mütter sagen: Ja. Und wollen als Abgeordnete in den Bundestag“ von Susanne Kailitz, 13.07.2013, [www.zeit.de/2013/29/muetter-abgeordnete-bundestag](http://www.zeit.de/2013/29/muetter-abgeordnete-bundestag).

<sup>830</sup> Vgl. auch Aussagen in Interviews mit Interviewpartnerinnen „V“, „M“ und „P“.

## VIII. Resümee

### 1. Schlussfolgerungen

Die gewählte Darstellung des Themas in Form einer breiter angelegten Lagebeschreibung und Analyse einzelner Aspekte, die im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Allgemeinen und Familie mit der Ausübung eines Bundestagsmandats im Speziellen stehen, lässt zum Schluss der Arbeit eine Eingrenzung auf wenige wesentliche Befunde zu. Ein Befund ist, dass sich die Frage der Vereinbarkeit von Familie und einer politischen Karriere nicht abschließend beurteilen lässt. Jedoch lassen sich Trends und Entwicklungen erkennen, die im Folgenden noch näher beschrieben werden.

Ein weiterer Befund lautet, dass der Beruf des Bundestagsabgeordneten exemplarisch für eine „**natürliche**“ **Asymmetrie der Geschlechter** zu sein scheint. So zeigen Ergebnisse der im Rahmen dieser Arbeit erfolgten Untersuchungen, dass während männliche Bundestagsabgeordnete überdurchschnittlich viele Kinder haben und sich das „Familienvater-Image“ für Männer eher vorteilhaft auswirkt, weibliche Bundestagsabgeordnete weniger Kinder im Vergleich zur Gesamtbevölkerung haben und das „Muttersein“ sich aufgrund verschiedener Umstände eher nachteilig auf die Karrierechancen von Frauen in der Politik auswirken. Die Erfahrungen der befragten Bundestagsabgeordneten zeichnen hier ein sehr heterogenes Bild und sowohl Frauen, als auch Männer berichten von Schwierigkeiten, mit denen sie als Eltern mit ihrem Bundestagsmandat umzugehen haben.

Im Verlauf der Auseinandersetzungen mit der „Vereinbarkeitsfrage“ im Allgemeinen wurde deutlich, dass gesetzliche Vorgaben allein nicht zu mehr Chancengleichheit führen können. Während „die Frauenfrage“ in Teilen gelöst zu sein scheint, da Frauen heute ähnliche Möglichkeiten offen stehen, wie Männern, um sich beruflich zu entwickeln, so muss doch eine unter „Gender“-Gesichtspunkten gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben von Müttern als nicht realisiert und unter den vorliegenden Umständen schwer realisierbar bezeichnet werden. Auch mit Blick auf die Bundestagsabgeordneten scheint dies an einem noch immer tief verwurzelten gesellschaftlich verankerten Rollenverständnis zu liegen und zugleich einer „natürlichen“ Asymmetrie zwischen Frauen und Männern zuzuschreiben zu sein, die meist mit der Geburt eines Kindes sichtbar wird.

Schon bei der Kandidatur für das Amt tritt diese Asymmetrie der Geschlechter zum Vorschein. Während Männer meinen, ihre Aussichten als Kandidat verbesserten sich als Familienvater, müssen sich Frauen – zumindest diejenigen mit kleinen Kindern – oftmals dafür

rechtfertigen, dass sie ein Bundestagsmandat anstreben und ausfüllen wollen. Mehrere Parlamentarierinnen bestätigten, sie mussten immer wieder die Frage danach beantworten, „wie kriegen sie das mit ihrer Familie in Deckung? Ist ihr Mann damit einverstanden? Werden ihre Kinder darunter leiden?“<sup>831</sup> Andersherum, führt eine Abgeordnete aus, wäre dies nicht der Fall: „Männern würde das nicht passieren. Nein! Wenn da irgendwo ein 40jähriger Mann auftaucht und hat zwei halbwüchsige Kinder, natürlich wird er nicht gefragt, ob seine Frau damit einverstanden sei und ob er Familie und Beruf überein kriegen könnte.“<sup>832</sup>

Einige Frauen sehen bereits von sich aus von einer Kandidatur ab, da sie sich vor der Belastung fürchten, die das Bundestagsmandat mit sich bringt oder trauen sich aus anderen Gründen nicht zu, diesen Schritt zu gehen. Auffallend ist aber, dass Frauen sich meist mehr als Männer in Zurückhaltung üben und zu einer Kandidatur stärker ermuntert werden müssen<sup>833</sup>. Aber auch selbstbewusstere Frauen haben bei der Aufstellung der Kandidaten/innen das Nachsehen. Noch immer kommen – vor allem, wenn keine Quotierung vorgenommen wird – beim Verteilen von Posten häufiger Männer zum Zuge als Frauen<sup>834</sup>. Politikerinnen berichten davon, dass sie „praktisch als Unfall der Geschichte“<sup>835</sup> oder als „typische Quotenfrau“<sup>836</sup> für ein höheres Amt aufgestellt und anschließend gewählt wurden. Das ist „sozusagen die Chance, die man so als Frau bekommt – und da schwingt ja immer dieses „die Frau, die Karriere macht in der Politik, das ist nicht normal“ [mit], sondern immer noch einen Kommentar wert.“<sup>837</sup>

Zu den **Ungleichgewichten** zwischen Frauen und Männern zählt zudem, dass die meisten Frauen neben dem Job auch die Familie managen müssen: „Der Mann hat die Familie im

---

<sup>831</sup> „Das sind sehr, sehr dringliche, vordringliche und eindringliche Fragen gewesen, die ich eigentlich bei jeder Vorstellungsrunde beantworten musste, immer, immer. Ich hab das auch von mir aus gemacht. Hilft ja nix, diese Fragen kommen immer. Die Fragen kommen übrigens auch heute noch, wenn ich mich mit jemanden unterhalte, der mich nicht kennt und dem ich dann erkläre, dass ich erstens Abgeordnete und zweitens Mutter von noch nicht ganz großen Kindern bin. Da kommt diese Frage auch immer.“ Interview mit Interviewpartnerin „V“.

<sup>832</sup> Interview mit Interviewpartnerin „V“ (ebenda).

<sup>833</sup> „Da habe ich gesagt, nee Leute, das traue ich mich nicht. Da bin ich doch eher zurückhaltend. Dann hat man mir gesagt, nun hab doch mal Mut, du kannst doch nur gewinnen, auch wenn du dich gegen die anderen nicht durchsetzt. Dann versuchst du es später noch einmal, dann ist dein Name schon mal bekannt. Und dann habe ich gedacht, ok, dann mach ich's und habe mich durchgesetzt. Es war wirklich eher überraschend. Ein Mann tritt da wahrscheinlich mit einem anderen Selbstbewusstsein auf. Ich wäre da jetzt nicht selber auf die Idee gekommen zu sagen - ich will das jetzt gern machen!“ Interview mit Interviewpartnerin „K“.

<sup>834</sup> Wie unter V. 4.4.2. „Quotenregelungen der Parteien“ beschrieben, gibt es hier Unterschiede zwischen den Parteien, die insbesondere darauf zurückzuführen sind, ob eine Frauenquote existiert oder nicht.

<sup>835</sup> „Dann hieß es [...], es muss jetzt eigentlich jemand neutrales kommen, am besten eine Frau! Das war sozusagen die Chance, die man so als Frau bekommt, aber praktisch als Unfall der Geschichte. Das ist natürlich auf einer ganz anderen Ebene und in einer ganz anderen Liga bei der Merkel auch ein bisschen so gelaufen. Sie bekam dann ihre Chance, eigentlich weil das System Kohl implodierte über die ganze Spendenfrage und sie hat dann die Gunst der Stunde genutzt. So habe ich das auch gemacht.“ Interview mit Heide Simonis.

<sup>836</sup> „[...] Man wusste, dass man nur mit einer Frau die Möglichkeit haben würde, einen sicheren Listenplatz auf der Landesliste zu bekommen. Da der Wahlkreis ein bisschen schwierig zu gewinnen ist, weil er eher sozialdemokratisch geprägt ist, hat man sich ganz gezielt nach einer Frau umgesehen. Ich bin dementsprechend die typische Quotenfrau.“ Interview mit Interviewpartnerin „V“.

<sup>837</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Q“.

Rücken, die Frau im Nacken“<sup>838</sup>. Die Regel scheint es nach wie vor zu sein, dass die Väter im Bundestag eine Frau haben, die sich um das/die Kind/er und den Haushalt kümmert. Das ist umgedreht nur in Ausnahmefällen der Fall. Jene Frauen, die Kinder haben und versuchen müssen, den Alltag ihrer Kinder neben ihrer Abgeordnetentätigkeit zu organisieren – sei es, dass sie für eine lückenlose Betreuung ihrer Kinder (vor-)sorgen und Termine der Kinder immer im Blick behalten müssen oder gar – in einzelnen Fällen – ihr Kind ins Parlament nach Berlin mitgenommen haben, haben so zusätzliche Aufgaben zu bewältigen, während ihre männlichen Kollegen sich in der Regel ganz und gar dem Parlamentsbetrieb widmen können.

Die berufliche oder politische Karriere sei bislang an „typische patriarchalische Strukturen“ gebunden gewesen und Frauen hätten einen „ungeheuren Verlust an Lebenschancen“ akzeptieren müssen, schlussfolgert eine Autorin, die für ihr im Jahr 1995 erschienenes Buch dreiunddreißig in der Politik aktive Frauen porträtiert hat<sup>839</sup>. Bezug genommen wird auf eine vom Sozialministerium Rheinland-Pfalz veröffentlichte Studie, in der die Lebensbedingungen von Männern und Frauen in der gleichen Hierarchiestufe von Politik und Wirtschaft untersucht wurden. Festgestellt wurde damals, dass 97 Prozent der Männer verheiratet waren und überdurchschnittlich viele Kinder hatten, während Frauen in gleichen Positionen zu 40 Prozent allein lebten und keine Kinder hatten<sup>840</sup>.

Zwischen der hier zitierten Studie und den für diese Arbeit bei Bundestagsabgeordneten durchgeführten Erhebungen liegen etwas über zehn Jahre. Bei einem Vergleich der durchschnittlichen Anzahl der Kinder von Bundestagsabgeordneten mit der durchschnittlichen Kinderzahl in Deutschland in 2006<sup>841</sup> ist festzustellen, dass die Bundestagsabgeordneten mehr Kinder als der Durchschnitt der Gesamtbevölkerung haben. Während die männlichen Abgeordneten im Durchschnitt 1,74 Kinder haben, liegen die weiblichen Abgeordneten mit 1,17 Kindern sehr deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt von 1,55 Kindern und zugleich deutlich unter dem Durchschnitt der Geburtenzahl der Bevölkerung. Auch bezogen auf die Befragungsteilnehmer/innen haben Männer im Durchschnitt gut 0,5 Prozent mehr Kinder als Frauen. Die Auswertung der Fragebögen ergab auch, dass von den 195 Abgeordneten mit Kindern, die an der Befragung teilgenommen haben, 36 Abgeordnete (18,5 Prozent) wäh-

---

<sup>838</sup> Aussage einer Abgeordneten auf die Frage, ob es Frauen schwerer hätten als Männer, vgl. unter VI. 4.7.2.1 „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>839</sup> „Frauen machen Politik“, Monica Weber-Nau, Herausg. Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995, S. 224.

<sup>840</sup> ebenda.

<sup>841</sup> Im Jahr 2006 wurden in Deutschland durchschnittlich 1,33 Kinder je Frau geboren. Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau ging leicht von 1,34 auf 1,33 zurück. Angaben aus Pressemitteilung Nr. 366 des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom 10.09.2007.

rend ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete ein oder mehrere Kinder bekamen<sup>842</sup>. Allerdings bekamen Männer mehr als doppelt so häufig wie die weiblichen Kolleginnen ihre Kinder während des Mandats. Ein Grund dafür, dass die Zahl der während der Zeit als Bundestagsabgeordnete geborenen Kinder von Männern im Verhältnis zu der Zahl der Kinder von Frauen höher ist, liegt auch darin begründet, dass die Männer mehrere Kinder bekamen. 29 Männer bekamen 39 Kinder (im Schnitt 1,34 Kinder), während sieben Frauen neun Kinder bekamen (im Schnitt 1,28 Kinder). Hieraus lässt sich schlussfolgern, dass es für männliche Abgeordnete eher zu vereinbaren ist, mehrere Kinder zu haben und während der Ausübung des Mandats Vater zu werden. Für weibliche Abgeordnete stellt sich die Situation in der Regel schon von daher anders dar, da sie aufgrund von Schwangerschaft und Geburt anders beansprucht werden als ihre männlichen Kollegen<sup>843</sup>.

Der Unterschied zwischen Männern und Frauen und der Anzahl ihrer Kinder ist bei den Bundestagsabgeordneten nach wie vor groß. Scheinbar verringert hat sich jedoch die Zahl derjenigen Frauen, die aufgrund ihres Mandats den Kinderwunsch aufschieben. Immer mehr Frauen bekommen ein Kind oder zum Teil auch mehr als ein Kind während ihrer Zeit als Abgeordnete, wie zum Beispiel die CDU-Abgeordnete Katherina Reiche oder die Abgeordnete der Grünen, Ekin Deligöz. Deligöz, die während der 15. Wahlperiode ihr erstes Kind zur Welt brachte und nach sechs Jahren, in der 17. Wahlperiode, erneut schwanger war, meint Veränderungen festgestellt zu haben. Das Klima habe sich geändert. Sie erfahre als Bundesabgeordnete mit Kindern heutzutage mehr Akzeptanz in ihrer Fraktion. Sie berichtet, dass ihre Fraktionskollegen beispielsweise bei Terminabsprachen sehr viel Rücksicht darauf nahmen, dass Deligöz ihre Tochter stillen musste<sup>844</sup>. Offenbar anders hatte Deligöz die Situation noch empfunden, als ihr Sohn ein Baby war. Zu der von Ekin Deligöz beobachteten ‚klimatischen Veränderung‘ trägt wohl bei, dass immer mehr schwangere Abgeordnete anzutreffen sind und das „Mutterwerden und Muttersein“ einer Politikerin nicht mehr als ungewohntes Bild anzusehen ist. „Es gibt ja sehr viele schöne Vorbilder von jungen Kolleginnen, die jetzt auch in den letzten Jahren hier im Bundestag die Sache ein bisschen normalisiert haben, indem sie ein Kind gekriegt haben und damit auch gut zurechtkommen“, berichtet eine junge Abgeordnete, die selbst noch Mutter werden möchte<sup>845</sup>.

---

<sup>842</sup> Von den 36 Abgeordneten waren es 29 Männer und 7 Frauen, die während ihrer Zeit als Bundestagsabgeordnete 39 bzw. 9 Kinder bekamen. Bezogen auf alle 127 Väter unter den Teilnehmern/innen der Umfrage sind es von 29 Männern 22,8% bzw. bezogen auf alle 68 Mütter bei 7 Frauen, 10,2%, die Kinder bekamen.

<sup>843</sup> Dieser Aspekt spielt bei der festgestellten „natürlichen“ Asymmetrie der Geschlechter sicherlich eine wichtige Rolle.

<sup>844</sup> Artikel auf [spiegel.de](http://spiegel.de): „Elternzeit: Mandat ja, Kind nein?“ von Anna Yvonne Duda, 7. Juli 2008 [www.spiegel.de/politik/deutschland/elternzeit-mandat-ja-kind-nein-a-563169.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/elternzeit-mandat-ja-kind-nein-a-563169.html).

<sup>845</sup> Zugleich sagt die Abgeordnete auch, man wisse nicht genau, wie die Karrierechancen der einen oder anderen Kollegin gewesen wären, wenn sie kein Kind bekommen hätte. Hier schwingt ein Zweifel mit, dass die Karrierechancen einer jungen Mutter im Bundestag womöglich eingeschränkt sind. Aber die Abgeordnete fügt an, sie habe den Eindruck, dass die Kolleginnen mit Kindern bereits „ein bisschen einen Klimawechsel erreicht haben“, soweit sie das beurteilen könne und sie das freuen und ermutigen würde. Interview mit Interviewpartnerin „K“.



Gleichwohl scheinen nur Politikerinnen mit einem „gewissen Unbehagen“ konfrontiert zu werden, das der Umgang mit Müttern in der Politik auslöst<sup>846</sup>. Sie haben es mit einer ganzen Reihe von Herausforderungen zu tun, denen Väter in der Politik nicht im gleichen Maße ausgesetzt sind. Diese ‚Herausforderungen‘ scheinen es zu bedingen, dass Frauen nicht nur weit weniger Kinder haben als ihre männlichen Kollegen, sondern auch weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt.

## **2. Abschließende Bewertung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Allgemeinen**

Die Bewertung der Vereinbarkeit von politischer Karriere und Familie kann nur in Abhängigkeit zahlreicher unterschiedlicher Gesichtspunkte vorgenommen werden. Zum einen muss die Art des politischen Engagements und der Funktionen, die der/die Politiker/in innehat betrachtet werden, aber zum anderen auch die familiäre Situation. Für einen Vergleich mit der Wirtschaft, Verwaltung oder Wissenschaft muss zudem berücksichtigt werden, dass Karrieren nicht nur sehr individuell verlaufen, sondern auch sehr unterschiedliche Karriereformen existieren, je nachdem welche Art der Beschäftigung ausgeübt bzw. angestrebt wird. Hinzu kommt, dass zwischen männlichen und weiblichen Karrierepfaden unterschieden werden muss. Diese Arbeit kommt zu dem Ergebnis, dass eine differenzierte Betrachtung weiterhin notwendig ist, da viele Frauen – sei es in der Politik oder anderen Betätigungsfeldern – sich noch immer anderen Herausforderungen stellen müssen als Männer, und dies spätestens ab der Geburt eines Kindes.

Trotz aller in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten errungenen Erleichterungen – sei es in Form des Ausbaus von Betreuungsmöglichkeiten für kleinere Kinder oder durch betriebliche Maßnahmen, die eine bessere Vereinbarkeit der Erwerbstätigkeit mit dem Familienleben erst möglich machen – treffen nach wie vor die Nachteile der Familiengründung vor allem Frauen, die in der Regel unabhängig von der erlernten Tätigkeit beruflich zurückstecken und stärker mit der Organisation des Familienalltags belastet sind als Väter. Obgleich auch zunehmend Väter Elternzeit in Anspruch nehmen und im Krankheitsfall der Kinder auch zu Hause bleiben, hat sich das Bild verfestigt, die Mutter sei weit über die Geburt und den Mutterschutz hinaus diejenige, die für die Kinder „zuständig“ ist.

Zugleich darf auch nicht verschwiegen werden, dass sich Mütter gern „zuständig“ fühlen, auch wenn ihr Partner oder andere Familienangehörige ihr die Sorge um das Kind abneh-

---

<sup>846</sup> Isabelle Kürschner, Jasmin Siri: „Politik mit Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011, S. 5 f.

men könnten. So vermitteln Frauen gegenüber ihren Partnern auch oft, nur sie wüssten, was das eigene Kind braucht und wie es beispielsweise gewickelt oder gefüttert werden muss. „[...] Mütter glauben, dass die Väter nicht in der Lage sind, Kinder vernünftig zu versorgen und zu erziehen. Da brauchen wir uns nicht wundern, wenn es auch nicht so arg viele tun“<sup>847</sup>, meint eine Abgeordnete. Nicht selten können Frauen „nicht loslassen“ und wissen ihr Kind generell lieber in der eigenen Obhut als anderweitig betreut. Der Wiedereinstieg in den Beruf wird von einigen Müttern gern hinausgezögert und die finanzielle Verantwortung für die Familie damit oftmals vollständig auf die Väter übertragen. Auf karriereorientierte Frauen trifft diese Situation jedoch meist weniger zu. Sie wissen, dass sie auf Unterstützung angewiesen sind, wenn sie ihre Karriere nach der Geburt eines Kindes weiterverfolgen wollen.

Schaffen es Frauen nicht, an der beruflichen Position, die sie vor der Geburt eines Kindes bereits innehatten, anzuknüpfen, kann dies verschiedene Gründe haben. Manches Mal ist es die bewusste Entscheidung der Mutter, im Beruf kürzer zu treten, um mehr für ihre Familie da sein zu können. Männer tun dies wohl nicht nur viel seltener als Frauen, weil sie hierfür kein Bedürfnis verspüren, sondern da sie im Gegensatz zu ihren Partnerinnen auch nur selten die Wahlmöglichkeit haben. Meist ist es das Einkommen der Väter, auf das die Familie nicht verzichten will oder kann. Zugleich ist es noch immer gesellschaftlich stark verankert, dass nicht der Vater, sondern die Mutter ihre Arbeitszeit reduziert. Für Eltern in Leitungsfunktionen ist es meist schwerer, die Arbeitszeit zu reduzieren. Zum „Standard männlicher Lebensrealitäten“ in Bezug auf Führungspositionen zählen sehr lange Arbeitszeiten<sup>848</sup>. Mit diesem Pensum sei es aber weder Frauen noch Männern möglich, Familie und Beruf zu vereinbaren. Die Tendenz ginge da hin, dass auch viele Männer immer stärker ihre Kinder aufwachsen sehen wollen, so dass es mittlerweile ein gemeinsames Interesse von Männern und Frauen an einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie gäbe<sup>849</sup>. Diese Tendenz spiegelt sich auch in den Aussagen der interviewten Abgeordneten wider. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird demnach immer mehr als eine gemeinsame Herausforderung für Väter und Mütter wahrgenommen. In dieser Hinsicht scheinen Bundestagsabgeordnete vergleichbar mit der übrigen Gesellschaft zu sein, wobei auch in der Gesellschaft verschiedene Einstellungen und Lebensweisen vertreten sind, die unter anderem im Zusammenhang mit dem jeweiligen Bildungshintergrund und beruflichen Chancen stehen.

---

<sup>847</sup> Interview mit Interviewpartnerin „Z“.

<sup>848</sup> Managerinnen-Barometer des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), Pressemitteilung vom 16.01.2013, [www.diw.de/de/diw\\_01.c.414362.de/themen\\_nachrichten/managerinnen\\_barometer\\_2013\\_frauenanteil\\_in\\_spitzenpositionen\\_deutscher\\_unternehmen\\_steigt\\_leicht.html](http://www.diw.de/de/diw_01.c.414362.de/themen_nachrichten/managerinnen_barometer_2013_frauenanteil_in_spitzenpositionen_deutscher_unternehmen_steigt_leicht.html).

<sup>849</sup> ebenda.

Das hohe Arbeitsvolumen und die Flexibilität von Arbeitszeit und -ort wurden bei einer Untersuchung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Führungskräften als zentrale Hinderungsgründe für eine bessere Vereinbarkeit erkannt. Dabei zeigten sich aber zwischen Männern und Frauen hinsichtlich der tatsächlichen Realisierbarkeit der Vereinbarkeit keine signifikanten Unterschiede<sup>850</sup>. Da Frauen aber in der Regel anders als ihre männlichen Kollegen ihren Anspruch, auch für ihre Familie da zu sein, stärker verfolgen, werden sie im Zweifel eher auf den Aufstieg in Führungspositionen verzichten, sofern sie eine Familie haben. Deshalb sollte die Frage im Vordergrund stehen, wie Führungskräfte – so auch in der Politik – ihre Arbeitszeit besser und flexibler einteilen könnten. Zum Beispiel könnten manche Meetings und Sitzungen früher angesetzt und früher beendet werden, die eine oder andere Reise müsste nicht unbedingt stattfinden, manche Dinge könnten auch noch von zu Hause aus bearbeitet werden. Nicht zuletzt kommt es aber auch auf die „klimatischen Verhältnisse“ an. Hierbei ist nicht nur die Unternehmenskultur, sondern auch die öffentliche Wahrnehmung und gesellschaftliche Einstellung gegenüber Arbeitszeiten von Führungskräften und der Vereinbarkeit von Führungsaufgaben mit dem Familienleben gemeint.

Es darf davon ausgegangen werden, dass der berufliche Erfolg und ein Aufstieg in höhere Positionen nicht nur Männern, sondern auch Frauen wichtig sind<sup>851</sup>. Insbesondere für kinderlose Frauen und Männer hat der Beruf oberste Priorität, gefolgt von Freunden, Freizeit und Partnerschaft, wie eine Befragung jüngerer in Deutschland lebender Menschen aus den Jahren 2008/2009 ergab<sup>852</sup>. Nach der Geburt eines Kindes verschiebt sich diese Einschätzung zugunsten des Bereichs Partnerschaft, dem die größte relative Bedeutung zugemessen wird. Der Beruf büßt seine hervorgehobene Stellung ein. Die Studie geht davon aus, dass die unterschiedlich starke Gewichtung der Lebensbereiche durch Kinderlose und durch Eltern daher rührt, dass die Partnerschaft bedeutsamer wird, wenn man Kinder hat<sup>853</sup>. Ein Ergebnis der Studie ist zudem, dass Frauen die Lebensbereiche „Kinder bekommen“, „in einer Partnerschaft leben“ und „Kontakte zu Freunden pflegen“ jeweils etwas wichtiger sind als Männern. Allerdings kommt auch bei den Frauen dem Lebensbereich der Ausbildung bzw. dem Verfolgen beruflicher Interessen die größte Bedeutung zu. Im Unterschied zu Männern, ist

---

<sup>850</sup> Prof. Dr. Irene Gerlach, Prof. Dr. Dr. Helmut Schneider, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik – Westfälische Wilhelms-Universität Münster/Steinbeis-Hochschule Berlin, Thesenpapier Nr. 3/2010: „Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Führungskräften“, S. 7.

<sup>851</sup> Zwar kommen nach einer Untersuchung des Karriereportals Jobware in Zusammenarbeit mit der Hochschule Koblenz zu den Karrierezielen von Studierenden auf jede Frau, die aus dem Studium heraus die Unternehmensspitze als Karriereziel anvisiert, zwei Männer. Etwa ein Drittel der Studierenden gibt an sich vorstellen zu können, auf Karriere ganz verzichten zu können. Dabei liegen Frauen (37,5%) und Männer (32,8%) nicht weit auseinander. Im Umkehrschluss haben aber sowohl Männer als auch Frauen mehrheitlich das Ziel, Karriere zu machen. Quelle: Der Tagesspiegel, Sonntagsausgabe vom 25.08.2013, Seite K8 „Karriere“.

<sup>852</sup> Studie „(Keine) Lust auf Kinder?“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Dez. 2012, S. 37, Abb. 18, basierend auf Daten des Deutschen Beziehungs- und Familienpanels: Relative Wichtigkeit von Lebensbereichen für Befragte mit und ohne Kinder in den Altersgruppen 25 – 27 und 35 – 37 Jahre in Deutschland, 2008/2009 (pairfam Welle 1, 2008/09).

<sup>853</sup> „In einer Partnerschaft leben“ wird von Eltern als am wichtigsten gewichtet; ebenda, S. 38.

bei Frauen der Abstand zu den Lebensbereichen Partnerschaft und Freundschaftspflege jedoch geringer. Im Vergleich zu Frauen räumen Männer hingegen Hobbys und dem Verfolgen privater Interessen eine etwas höhere Priorität ein als Frauen<sup>854</sup>.

Da zumindest das anfängliche politische Engagement in einer Partei in den allermeisten Fällen einem Hobby vergleichbar in der Freizeit ausgeübt wird, ließe sich ableiten, dass Männer grundsätzlich die besseren Voraussetzungen mitbringen, da sie der Pflege von Hobbies größeres Gewicht beimessen als Frauen. Hierin einen Hauptgrund dafür zu sehen, dass sich in den Parteiorganisationen vor Ort mehr Männer engagieren als Frauen, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Zu beobachten ist jedoch, dass Frauen sich nach der Geburt eines Kindes eher als Männer aus der Parteiarbeit zurückziehen oder zumindest seltener für Ämter kandidieren – insbesondere dann, wenn sie wieder arbeiten und Job und Familie vereinbaren müssen<sup>855</sup>.

Es ist davon auszugehen, dass eine unterschiedliche Gewichtung der Lebensbereiche nicht nur durch Frauen und Männer, Eltern und Kinderlose stattfindet, sondern auch in Abhängigkeit des Bildungsniveaus unterschiedlich ausfällt. Ein guter Bildungsabschluss erleichtert den beruflichen Ein- und Aufstieg und trägt dazu bei, dass ein bereits vorhandener Kinderwunsch oftmals aufgeschoben wird. Auch der Wunsch, wirtschaftlich auf eigenen Füßen zu stehen sowie die Suche nach dem geeigneten Partner für die Familiengründung sind Faktoren, die junge Menschen dazu bewegen, die Familiengründung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben. Damit verbunden ist für manche junge Menschen und insbesondere Männer auch die fehlende Bereitschaft, sich bereits in jüngeren Jahren für Familie zeitlich einzuschränken, gerade auch was die Freizeitgestaltung anbetrifft. Vor diesem Hintergrund ist auch nicht verwunderlich, dass sich das durchschnittliche Alter der Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes in Deutschland auf 30,2 Jahren erhöht hat<sup>856</sup>.

Dabei sind die höher qualifizierten Frauen diejenigen, die besonders häufig ihr erstes Kind mit über 30 Jahren bekommen, wenn sie nach Ausbildung und Studium bereits einige Jahre Berufserfahrung gesammelt haben. Immer häufiger fühlen sich junge Menschen auch in ihren Dreißigern noch nicht bereit für ein Kind oder es fehlt der als geeignet betrachtete Partner. Neuerdings ermöglicht es sogar die moderne Fortpflanzungsmedizin, dass Frauen ihre

---

<sup>854</sup> Studie „(Keine) Lust auf Kinder?“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Dez. 2012, S. 38/39, Abb. 19.

<sup>855</sup> Interviewpartnerin „V“ gab zwischenzeitlich ihre Parteiämter auf „weil ich beruflich sehr angespannt war, weil wir inzwischen zwei Kinder hatten und ich damit Beruf und Familie und ehrenamtliche Politik nicht mehr überein bekommen habe“; Interviewpartnerin „P“ meint, es wäre nicht möglich gewesen, „Beruf plus Kinder plus Politik auf diesem Niveau machen“ zu können, „sondern nur zwei“.

<sup>856</sup> „Geburten und Kinderwünsche in Deutschland: Bestandsaufnahme, Einflussfaktoren und Datenquellen“ - Gutachten für die Prognos AG vom 29. April 2013, S. 19 ff.

Eizellen in jungen Jahren einfrieren lassen, um sie für eine spätere Zeugung im Labor konservieren zu lassen<sup>857</sup>. Damit ist es nicht mehr nur Männern, sondern auch Frauen möglich, sich der Karriere und eigenen Selbstverwirklichung zu widmen und sich später den Kinderwunsch noch zu erfüllen, wenn es für Frauen aus biologischen Gründen eigentlich kaum mehr möglich gewesen wäre, schwanger zu werden. Es darf allerdings bezweifelt werden, dass in Deutschland auf diese Weise die konstant niedrige Geburtenrate maßgeblich zu steigern wäre.

Die Geburtenrate in Deutschland liegt klar unterhalb des Reproduktionsniveaus<sup>858</sup> und stellt gerade die jüngeren Generationen in Zeiten einer alternden Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Politik sucht hier nach Antworten und hat erkannt, dass die Bedeutung von Familienpolitik gerade aufgrund der gesellschaftlichen Herausforderungen an Bedeutung gewonnen hat. Mit einer Reihe familienpolitischer Leistungen sollen Anreize zum Kinderkriegen geschaffen werden<sup>859</sup>. Große Erfolge konnten bisher nicht erzielt werden und es bleibt zu fragen, warum dies so ist und das Geburtenverhalten in Deutschland sich gerade von Schweden oder Frankreich deutlich unterscheidet<sup>860</sup>.

Die bereits zitierte Studie geht davon aus, dass sich die vergleichsweise niedrige Fertilität in Deutschland zum Teil mit dem niedrigen Geburtenniveau bei den hochqualifizierten Frauen erklären lässt und Ursache hierfür insbesondere die hohe Kinderlosigkeit sein müsste<sup>861</sup>. Die im internationalen Vergleich hohe Kinderlosigkeit von Frauen in Deutschland, deren Geburtenbiografie abgeschlossen ist, liegt bei 21,7 Prozent<sup>862</sup>. Die Kinderlosigkeit von Akademike-

---

<sup>857</sup> „Familie auf Vorrat“, Artikel aus DIE ZEIT, Nr. 29 vom 11. Juli 2013, S. 31.

<sup>858</sup> Lt. Statistischen Bundesamt betrug die Geburtenrate seit Mitte der Neunziger Jahre zwischen 1,33 und 1,39 Prozent. Der Anstieg der Kinderlosigkeit scheint derzeit gestoppt. Zu berücksichtigen ist, dass die bis 1965 geborenen Frauenjahrgänge kontinuierlich weniger Kinder bekommen haben. Seitdem steigen die wissenschaftlich geschätzten endgültigen Kinderzahlen pro Frau wieder an. Frauen, die 1975 geboren wurden, werden demnach 1,57 Kinder am Ende ihrer reproduktiven Phase haben. Frauen, die 1965 geboren wurden, hatten am Ende ihrer fruchtbaren Phase 1,53 (West) bzw. 1,6 (Ost) Kinder. Somit haben die Kinder des Baby-Booms nicht mehr Kinder als die zehn Jahre später nach dem rapiden Geburtenrückgang geborenen Kinder.

Veröffentlichung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Geburten und Geburtenverhalten in Deutschland“, Berlin/Bonn, September 2012.

<sup>859</sup> Vgl. IV. 6. „Initiativen aus der Familienpolitik“.

<sup>860</sup> Laut Statistischem Bundesamt war die zusammengefasste Geburtenziffer im Jahr 2009 nur in Ungarn (mit 1,32) niedriger als in Deutschland (1,36). Schweden wies eine Geburtenrate von 1,94 und Frankreich von 1,99 auf. Spitzenreiter war Irland mit 2,07 Kindern. Vgl. Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 15.

<sup>861</sup> Studie „(Keine) Lust auf Kinder?“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Dez. 2012, S. 24.

<sup>862</sup> Bezogen auf die Jahrgänge 1964-1968. „Hohe Kinderlosigkeit ist ein rein westdeutsches Phänomen: In den neuen Bundesländern sind in den Jahrgängen 1964–1968 11,8 Prozent und im früheren Bundesgebiet (jeweils ohne Berlin) 24,0 Prozent kinderlos. Die Kinderlosigkeit von Frauen im Alter von 40 Jahren ist in Deutschland jahrzehntelang bis 2005 kontinuierlich angestiegen. Seitdem ist der Anstieg der Kinderlosigkeit gestoppt“. Veröffentlichung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Geburten und Geburtenverhalten in Deutschland“, Berlin/Bonn, September 2012, basierend auf Daten des Statistischen Bundesamtes (2009): Mikrozensus 2008 - Neue Daten zur Kinderlosigkeit in Deutschland.

rinnen beträgt 30,9 Prozent<sup>863</sup>. Zu bedenken ist, dass immer mehr Männer und insbesondere auch kontinuierlich immer mehr Frauen seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts eine akademische Ausbildung vorweisen können und seither auch weniger Kinder bekommen haben. Mit rund 80 Prozent sind die überwiegende Mehrzahl der Bundestagsabgeordneten Akademiker/innen<sup>864</sup>, die insofern als beispielhaft gelten könnten, wenn man die Zahl ihrer Kinder und die Quote Kinderloser betrachtet. Allerdings trifft der Befund einer höheren Kinderlosigkeit und geringeren Kinderzahl allein auf die weiblichen Bundestagsabgeordneten zu und insofern können die Bundestagsabgeordneten insgesamt nicht als repräsentativ gelten. Jedenfalls gibt es neuerdings aber Anzeichen dafür, dass ein Ansteigen der Kinderlosigkeit von Akademikerinnen gestoppt ist und sich die Situation in den alten und neuen Bundesländern angleicht<sup>865</sup>.

Zu berücksichtigen ist ebenfalls, dass die Frauen-Erwerbstätigkeit in Deutschland mittlerweile bei rund 70 Prozent liegt<sup>866</sup>. Eine zunehmende Zahl von Frauen, die Kinder im betreuungsbedürftigen Alter haben, ist erwerbstätig. Die Alleinverdiener-Ehe ist schon länger nicht mehr das präferierte Familienmodell und etwa ein Drittel aller Kinder leben außerhalb einer Ehe – oftmals in sogenannten Patchwork-Familien. Alleinerziehende – im Regelfall Frauen, die vom Vater des/der Kind(er) nicht oder nicht ausreichend unterstützt werden – müssen häufig einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, um nicht auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen zu sein. In den meisten Haushalten jedoch sind es die Frauen, die nach der Geburt von Kindern zu Hause bleiben und nach der Elternzeit einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Fast die Hälfte aller erwerbstätigen Frauen arbeiten in Teilzeit<sup>867</sup>.

Es sind ebenfalls in der Mehrzahl Frauen, die pflegebedürftige Angehörige versorgen und von daher nicht Vollzeit arbeiten. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerung weiter zunehmen und damit auch die Frage, wer die Pflege von Angehörigen übernimmt und wie diese mit der Erwerbsarbeit zu vereinbaren ist. Teilzeitarbeit bedeutet in den meisten Fällen aber nicht nur, dass der berufliche Aufstieg stark erschwert oder gar nicht möglich ist. Teilzeitarbeit ist häufig auch mit finanzieller Abhängigkeit gegenüber dem in Vollzeit arbeitendem Partner verbunden. Meist sind es Frauen, die Gefahr laufen, dass die von ihnen eingezahlten Beiträge später nicht für eine existenzsichernde

---

<sup>863</sup> Bezogen auf die Jahrgänge 1964-1968. Veröffentlichung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend „Geburten und Geburtenverhalten in Deutschland“, Berlin/Bonn, September 2012.

<sup>864</sup> Sowohl Frauen als auch Männer haben zu etwa 80% einen Hochschulabschluss. Vgl. V. 7.2. „Bildungsstand der Bundesminister/innen im Vergleich zu den Bundestagsabgeordneten“.

<sup>865</sup> Akademikerinnen in den alten Bundesländern waren zu einem deutlich höheren Anteil kinderlos als in den neuen Bundesländern.

<sup>866</sup> Erwerbstätigkeit von 20- bis 64-jährigen Frauen 2010 in Deutschland - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung des Statistischen Bundesamtes.

<sup>867</sup> Die Teilzeitquote als Anteil an den erwerbstätigen Frauen liegt bei 45,6 Prozent. Vgl. Erwerbstätigkeit von 20- bis 64-jährigen Frauen 2010 in Deutschland - Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung des Statistischen Bundesamtes. Vgl. auch Ausführungen unter IV. 5.1. „Vollzeit-/Teilzeitbeschäftigung bei Frauen und Männern“.

Rente ausreichen. Dabei wird es auch mit Blick auf die konstant niedrige Geburtenrate in Deutschland immer wichtiger, dass Frauen arbeiten – und zwar nicht nur in Teilzeit.

Problematisch sind aber nicht nur die weiterhin bestehenden hohen Lohndifferenzen zwischen Frauen und Männern, die in den vergangenen Jahren nicht abgebaut werden konnten, sondern auch die hohe Teilzeitquote bei Frauen. Wer in Teilzeit arbeitet, sorgt nicht nur schlechter für das Alter vor, sondern wird auch was die Qualität der Beschäftigung betrifft, meist von den in Vollzeit arbeitenden – mehrheitlich Männern – abgehängt. Die in Teilzeit beschäftigten Frauen arbeiten überwiegend in Stellen ohne Entscheidungsbefugnis und geringer Verantwortung. Die Karrierechancen von Frauen werden beschnitten, wenn sie sich dafür entscheiden, ihre Arbeitszeit zugunsten der Familienarbeit zu reduzieren. In vielen Fällen ist eine Vollzeittätigkeit aus organisatorischen Gründen aber auch gar nicht möglich, wie zum Beispiel für Eltern, deren Arbeitsort weiter entfernt vom Wohnort liegt, wenn wechselnde Arbeitszeiten eine kontinuierliche Betreuung der Kinder unmöglich machen würden oder am Arbeitsplatz Arbeitszeiten bis nach 17 Uhr die Regel sind.

In den alten Bundesländern gab es für Eltern kleinerer Kinder, anders als in den neuen Bundesländern, in denen meist eine verlässliche Ganztagesbetreuung in Kindertagesstätten und Schulen anzutreffen ist, keine Alternative zur Teilzeitarbeit. Selbst für Schulkinder endet der Unterricht in den alten Bundesländern zum Teil noch heute bereits zur Mittagszeit, ein Mittagessen ist nicht vorgesehen und eine Nachmittagsbetreuung ebenfalls nicht. Auch wenn der Betreuungsausbau voranschreitet, wird es wahrscheinlich noch einige Zeit in Anspruch nehmen, bis sich die Verhältnisse in ganz Deutschland angeglichen haben. Dabei geht es auch um eine Einstellungsfrage. In Gegenden, in denen die Erwartungshaltung vorherrscht, dass sich Frauen mit kleinen Kindern vornehmlich um diese und den Haushalt kümmern müssten, haben arbeitende Frauen eher mit Vorurteilen zu kämpfen als dort, wo es zur Normalität gehört, sein Kleinkind in die Kindertagesstätte zu bringen und Schulkinder im Hort betreuen zu lassen. Von daher dürfte es nicht verwundern, dass Frauen in den alten Bundesländern häufiger kinderlos sind (zu 26 Prozent), wenn sie einer Erwerbstätigkeit nachgehen, während es in den neuen Bundesländern nur 11 Prozent der Frauen sind, die erwerbstätig und zugleich kinderlos sind<sup>868</sup>. Dabei beträgt die Kinderlosigkeit in den neuen Bundesländern insgesamt nur zehn Prozent<sup>869</sup> und das infolge der Wiedervereinigung in den neuen

---

<sup>868</sup> Zahlen auf das gesamte Bundesgebiet bezogen: „21 % der Frauen im Alter von 35 bis 49 Jahren waren 2008 kinderlos, bei den erwerbstätigen Frauen war es sogar jede Vierte (24 %).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 36.

<sup>869</sup> Fast 90 % der Frauen sind unabhängig von ihrem Erwerbsstatus Mütter, der Kinderlosenanteil in den neuen Bundesländern betrug 2008 bei den Erwerbstätigen nur 11 % und bei den Nichterwerbstätigen 12 %; Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 36.

Bundesländern dramatisch abgefallene Geburtenniveau liegt seit 2008 etwas höher als das in den alten Bundesländern<sup>870</sup>.

Solange die Teilzeitarbeit und Minijobs weit überwiegend von Frauen ausgeübt werden und es sich für viele verheiratete Frauen aufgrund des Ehegattensplittings je nach Art und Umfang der ausgeübten Tätigkeit kaum zu lohnen scheint, in die Berufstätigkeit zurückzukehren, sind Frauen benachteiligt. Hinzu kommt, dass sie in der Regel diejenigen sind, die auch neben der Erwerbsarbeit den weit überwiegenden Teil der Familienarbeit übernehmen. Und das, obwohl sich immer mehr Männer stärker in der Familie engagieren wollen. Als Zeichen dafür kann gelten, dass eine steigende Zahl junger Väter während der Bezugszeit des Elterngeldes Elternzeit in Anspruch nehmen – auch wenn im Verhältnis zu den Frauen in einem weit geringeren Umfang und für einen deutlich kürzeren Zeitraum<sup>871</sup>. Die meisten Väter nehmen nur die beiden mit der Einführung des Elterngeldes geschaffenen sogenannten Vätermonate. Nicht selten, sofern es sich die Familie leisten kann, werden diese beiden Vätermonate dann für einen gemeinsamen, verlängerten Urlaub genutzt. Die alleinige Verantwortung übernehmen Väter in dieser Konstellation dann nicht für ihren Nachwuchs, obwohl das eine wichtige Erfahrung für den Vater wäre, aber auch für die ein oder andere Mutter, die damit lernen muss umzugehen, Verantwortung an den Vater abzugeben.

Jene Väter, die ihr berufliches Engagement bzw. ihre Arbeitszeit zugunsten der Familie einschränken, die Elternzeit in Anspruch nehmen oder als alleinerziehender Vater den Spagat zwischen Job, Kind und Haushaltspflichten besonders gut kennen, sind gleichfalls der Gefahr ausgesetzt, berufliche Chancen zu verspielen. Wichtig wäre also, dass ein Arbeiten in Teilzeit und insbesondere auch Führungspositionen in Teilzeit an Akzeptanz gewinnen. Nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer sollte es zukünftig attraktiver sein, die Arbeitszeit zugunsten der Familie zu reduzieren, ohne dass damit ein Verlust an Verantwortung, Anerkennung oder von Karrierechancen einhergeht.

In Zeiten des drohenden Fachkräftemangels müsste Deutschland stärker an Lösungen arbeiten, bei denen gerade auch das Potenzial junger, gut ausgebildeter Frauen genutzt wird und befristete Arbeitsverhältnisse verringert werden. Zum Berufseinstieg müssen sich vor allem

---

<sup>870</sup> „2008 stieg die zusammengefasste Geburtenziffer in den neuen Ländern erstmals seit der Deutschen Vereinigung auf ein höheres Niveau als in den alten Ländern. 2010 brachten die ostdeutschen Frauen mit 1,46 Kindern je Frau das dritte Mal in Folge durchschnittlich mehr Kinder zur Welt als die westdeutschen (1,39).“ Vgl. Statistisches Bundesamt, Geburten in Deutschland, Wiesbaden 2012, S. 41.

<sup>871</sup> Elterngeld beziehen Männer im Durchschnitt für 3,3 Monate und Frauen für 11,7 Monate. Dabei haben Männer 2,5, Monate allein und 1,9 Monate gemeinsam mit der Mutter des Kindes Elternzeit während der Bezugsdauer des Elterngeldes genommen. Quelle: Beendete Leistungsbezüge für im Jahr 2010 geborene Kinder, „Elterngeld - wer, wie lange und wie viel?“, Begleitmaterial des Statistischen Bundesamtes zu einer Pressekonferenz am 27. Juni 2012, S. 7.

Bundesweit 21% aller Väter eines im Jahr 2008 geborenen Kindes bekamen Elterngeld. Im Jahr 2010 waren es bereits 25,3% der Väter.



Akademiker/innen oft mit befristeten Arbeitsverhältnissen begnügen und die Zahl der befristeten Arbeitsverträge nimmt zu. Ebenso unsicher sind das Arbeiten auf Werkvertrags-Basis oder Arbeitsmodelle der Scheinselbstständigkeit. Aufgrund fehlender Arbeitsplatzsicherheit wird die Entscheidung für ein Kind oft auf später verschoben. Dies trägt dazu bei, dass insbesondere Akademikerinnen ihr erstes Kind immer später bekommen. Für Geschwisterkinder kann es dann manchmal bereits zu spät sein.

Viele junge Menschen schieben die Entscheidung für Kinder aber auch deshalb vor sich her, weil sie auf ihre Freiheiten in der Freizeitgestaltung, auf Hobbies, Reisen oder das Ausgehen mit Freunden nicht verzichten wollen. Eine anscheinend größere Anzahl junger Menschen fühlt sich mit Mitte dreißig oft noch nicht bereit für ein Leben mit Kind. Sich einlassen auf Kinder fällt jungen Menschen aber wohlmöglich auch schwerer, da ihnen täglich mannigfaltige Angebote gemacht werden. Via Facebook weiß jeder über jeden im virtuellen Bekanntenkreis, was der andere tut. Das Gefühl, etwas zu verpassen, wird hierdurch gefördert. Kinder beschneiden durchaus die Freizeitgestaltung und bedeuten Verantwortung. Ob sie bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen, scheinen immer mehr junge Menschen gründlich abzuwägen, wobei die Gründe hierfür vielfältig sein mögen. Die erschreckend hohe Anzahl von Vätern, die sich jedweder – auch der finanziellen – Verantwortung für ihren Nachwuchs entziehen<sup>872</sup>, deutet allerdings auch darauf hin, dass eine wohl überlegte Entscheidung für ein Kind von Vorteil sein kann.

Was die Arbeitswelt betrifft, wird es in Zukunft entscheidend darauf ankommen, die Arbeitskultur in Deutschland (weiter) zu verändern und die Verbindung von Beruf und Familie für Männer und Frauen attraktiver zu gestalten. Zu einer familienfreundlichen Arbeitskultur gehören flexible Arbeitszeitmodelle, wie Teilzeitarbeit, Telearbeit<sup>873</sup>, Vertrauensarbeitszeit oder eine betriebliche Kita, aber auch generell kürzere Arbeitszeiten für die bei einem Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer/innen. Arbeitszeitmodelle mit einer geringeren regulären Wochenarbeitszeit für alle Beschäftigten wären hilfreich. Diese könnten dazu beitragen, dass kein Elternteil in Teilzeit arbeiten müsste. Zugleich würde dies bedeuten, dass Karriereschritte für beide Elternteile möglich sind und die Geburt eines Kindes für den beruflichen Aufstieg von Frauen weniger hinderlich wäre.

---

<sup>872</sup> „25% der anspruchsberechtigten Alleinerziehenden erhält nur unregelmäßige oder unvollständige Zahlungen, weitere 25% geben an, gar nichts zu bekommen. Von denjenigen Alleinerziehenden, die trotz Anspruch gar keinen Unterhalt erhalten, geben 50% an, dass der Vater dazu finanziell nicht in der Lage sei. Bei den übrigen Fällen weigern sich die Väter zu zahlen, so die Alleinerziehenden. 2010 leistete das Jugendamt für rund 500.000 Kinder bundesweit Unterhaltsvorschuss.“ Aus „Statistische Informationen: Lebensform Alleinerziehen in Zahlen“, Berlin, 28. März 2012, Verband alleinerziehender Mütter und Väter Bundesverband e.V.

<sup>873</sup> Zur Telearbeit gezählt wird die Arbeitszeit, während der Arbeitnehmer nicht am Arbeitsplatz, sondern zu Hause oder auch unterwegs am Computer bzw. Telefon arbeitet.

Eine Untersuchung des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik hat zutage befördert, dass sich Maßnahmen von Unternehmen für Familienfreundlichkeit auch betriebswirtschaftlich lohnen. Danach gehe ein hohes betriebliches Familienbewusstsein einher mit geringeren Fehlzeiten- und Krankheitsquoten der Mitarbeiter/innen und deren höherer Motivation und Produktivität. Außerdem käme es seltener zu Eigenkündigungen und auch die Qualität der Bewerber/innen sei höher<sup>874</sup>. Diese Ergebnisse müssen als wegweisend gelten und sollten Teil einer breiten gesellschaftlichen Debatte werden, die darauf abzielt, die Arbeitskultur in Deutschland zu verändern.

Es ist davon auszugehen, dass damit auch die Bereitschaft junger Menschen gesteigert würde, sich Kinder (früher) zuzutrauen. Zugleich würde qualifizierten Frauen der Wiedereinstieg in ihren Beruf erleichtert oder sie würden dazu ermuntert, die Berufspause zu verkürzen. Vor allem aber würde Frauen ein Aufstieg in höhere Positionen bzw. ein Verbleib in einer Leitungsfunktion „trotz Kindes“ ermöglicht. Damit würde Deutschland einen gewaltigen Schritt nach vorne tun. Denn es würden nicht mehr nur exzellent qualifizierte Akademikerinnen die Hochschulen verlassen, die dann zunächst einen verheißungsvollen Berufsstart hinlegen, aber wie bisher den Weg nach ganz oben in den seltensten Fällen schaffen. Mit einem Wandel der Arbeitskultur müsste Frauen der Weg in die Führungsetagen geebnet werden. Auch die Vorstandsposten der deutschen börsennotierten Unternehmen sollten dann erreichbar sein. Eine Quote, entsprechend der in Norwegen, könnte dazu beitragen, diesen Prozess zu beschleunigen<sup>875</sup>. Damit wäre zumindest die Hoffnung verknüpft, dass sich auch in weiteren größeren Unternehmen, die nicht börsennotiert sind, ein Wandel angestoßen wird.

Es kommt darauf an, dass sich neben der Arbeitskultur auch an der Einstellung der männlich geprägten Unternehmensspitzen und Umgangsarten mit weiblichen Führungskräften etwas ändert. Noch immer ist zu beklagen, dass Frauen mit Ambitionen ausgebremst werden, an die sogenannte „gläserne Decke“ stoßen, wenn sie in die von Männern besetzte Chefetage aufsteigen wollen. Abendliche Trink- und Raucherrunden der Chefs werden von Frauen eher gemieden. Nicht selten werden aber noch immer hier entscheidende – auch personalpoli-

---

<sup>874</sup> Vgl. Ergebnisse der Untersuchung des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik (FFP): Schneider, Helmut / Gerlach, Irene / Juncke, David / Krieger, John: „Betriebswirtschaftliche Ziele und Effekte einer familienbewussten Personalpolitik“ – Arbeitspapier Nr. 5, 2008; Pressemitteilung des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik vom 10.11.2008: „Familienbewusste Personalpolitik lohnt sich – Positive Wirkung auf Fehlzeitenquote, Mitarbeiterbindung & Co. belegt“.

<sup>875</sup> Norwegen hat 2003 eine gesetzliche Quote von 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten aller börsennotierten Unternehmen beschlossen. Das Europäische Parlament hat sich im November 2013 für die Einführung einer Geschlechterquote in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen ausgesprochen. Danach sollen die Aufsichtsräte bis 2020 zu 40 Prozent mit Frauen besetzt sein. Auch in Deutschland wird von SPD und Union die Einführung einer verbindlichen Frauenquote in Aufsichtsräten von 30 Prozent für alle börsennotierten Unternehmen bis 2016 erwogen. Quelle: Beitrag von Jörg Münchenberg „EU-Parlament beschließt Frauenquote in Aufsichtsräten“ vom 20.11.2013 auf [www.deutschlandfunk.de](http://www.deutschlandfunk.de).

sche – Weichen gestellt. Gerade die Politik ist bekannt für diese gut gepflegte „Männertradition“ abendlicher Trink- oder Raucherrunden und ihren noch immer tendenziell Frauen ausschließenden Charakter.

Es bleibt festzuhalten, dass in Deutschland noch reichlich Nachholbedarf besteht – sei es bei der Anzahl und Ausstattung von Betreuungseinrichtungen, bei betrieblichen Angeboten zur besseren Vereinbarkeit von Job und Familie oder bezogen auf die Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen – so ist doch ein gesamtgesellschaftlicher Bewusstseinswandel zu konstatieren. In einigen Großstädten, insbesondere in Berlin sowie in den neuen Bundesländern, gilt es als weitgehend „normal“ sein Kind bereits im Kleinkindalter in die Obhut einer Tagesmutter oder Kita zu geben und in das Berufsleben zurückzukehren. In anderen Bundesländern und eher ländlich geprägten Regionen ist die Situation aber nach wie vor eine ganz andere. Das eingeschränkte Angebot von Kita-Plätzen mit Ganztagesbetreuung ist auch darauf zurückzuführen, dass die Nachfrage nach entsprechenden Einrichtungen geringer ist und sich die Fremdbetreuung öfters auf wenige Stunden am Tag beschränkt. Sein Kind im Alter von einem oder zwei Jahren nicht zu Hause von der Mutter betreuen zu lassen, gilt hier noch des Öfteren als moralisch verwerfliches Verhalten.

Die Entscheidung für eine schnelle Rückkehr der Mutter in den Job wird von den Eltern kleiner Kinder stärker infrage gestellt, wo sie von der Gesellschaft noch mehrheitlich als falsch angesehen wird. Wird die Entscheidung für eine frühe Fremdbetreuung in der eigenen Umgebung noch mehrheitlich angezweifelt und sehen sich die Mütter der Gefahr ausgesetzt, als „Rabenmutter“ angesehen zu werden, werden weniger Betreuungsmöglichkeiten nachgefragt. Ein besseres Angebot an qualitativ hochwertiger Betreuung für Kleinkinder, aber auch für Vorschul- und Schulkinder könnte dazu beitragen, die tradierten Vorstellungen der „richtigen“ Kinderbetreuung allein durch die eigene Mutter abzubauen. Die Einführung eines gesetzlichen Anspruchs auf einen Kita-Platz auch für bereits ein- und zweijährige Kinder, der seit August 2013 für ganz Deutschland gilt, weist in die richtige Richtung. Die Einführung eines Betreuungsgeldes<sup>876</sup> ist hingegen als kontraproduktiv zu bewerten.

Immerhin ist die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr ein ausschließlich die Frauen betreffendes Thema. Immer mehr Väter nehmen Elternzeit in Anspruch und sind in zunehmendem Maße in familiäre Aufgaben involviert. Diese Tendenzen sind erfreulich und weisen in die richtige Richtung. Mädchen und Jungen wachsen heute heran und erleben es als Normalität, dass Frauen arbeiten und auch

---

<sup>876</sup> Die Einführung eines „Betreuungsgeldes“ wurde in 2013 von Union und FDP beschlossen und ist eine Sozialleistung für Familien, die für ihr Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr keine öffentlichen Betreuungsangebote in Anspruch nehmen.

in Führungspositionen vertreten sind. Noch sind es die Herren in Anzügen, die deutlich häufiger als Entscheidungsträger wahrzunehmen sind. Zugleich wird das Vorhandensein von Frauen in jeglichen höheren Gremien, sei es in der Wirtschaft oder in der Politik, nicht mehr prinzipiell infrage gestellt. Eine Frau an der Spitze der deutschen Politik ist insofern ein wichtiges Zeichen dafür, dass Frauen grundsätzlich alles erreichen können.

Damit sich die zum Teil großen Unterschiede zwischen Männern und Frauen in der Arbeitswelt<sup>877</sup> weiter verringern, kommt es aber auf einen **weitergehenden Bewusstseinswandel** gerade in oberen Zirkeln der Unternehmen, der Verwaltung, Wissenschaft und Politik an, der Frauen – mit oder ohne Kindern – den beruflichen Aufstieg erleichtert. Zudem wäre es wichtig, dass Väter zukünftig häufiger als bisher Elternzeit nehmen und sich beide Elternteile die Elternzeit stärker untereinander aufteilen, ebenso wie die Arbeiten im Haushalt. Dann werden sich Arbeitgeber darauf einstellen müssen, dass auch die männlichen Mitarbeiter ausfallen können, wenn sie Vater werden und in Elternzeit gehen, ein krankes Kind betreuen und sich auch sonst stärker in der Familie engagieren und von daher (auch) nicht immer als abkömmlich gelten können. Bisher müssen sich Eltern nach der Elternzeit und Rückkehr an ihren Arbeitsplatz oder bei einer Reduzierung ihrer Arbeitszeit nicht selten mit einem verringerten Verantwortungsbereich begnügen. Auch hier bedürfte es eines Bewusstseinswandels dahin, dass auch eine Tätigkeit in Teilzeit als ausreichend anerkannt wird, um Führungsverantwortung zu übernehmen und beruflich weiter aufzusteigen. Diese Änderungen wären nötig, um die „Konkurrenzvorteile“<sup>878</sup> zwischen Kinderlosen und Eltern zu verringern und damit insbesondere denjenigen jungen Menschen zu helfen, denen die Vereinbarkeit von Familie und ihrer beruflichen Zukunft Sorgen bereiten.

### **3. Abschließende Bewertung der Vereinbarkeit von Familie und politischen Karrieren**

Aus der Befragung der Bundestagsabgeordneten lässt sich nicht schlussfolgern, dass grundsätzlich alle kinderlosen Bundestagsabgeordneten „Konkurrenzvorteile“<sup>879</sup> gegenüber Abgeordneten mit Kindern hätten. Als Ergebnis der vorliegenden Untersuchungen drängt sich aber auf, dass es Männern nach wie vor leichter fällt als Frauen, in der Politik Karriere zu machen. In der Regel sind es weibliche Abgeordnete, die Kinder haben und von ihren

---

<sup>877</sup> Vgl. IV. 5. „Erwerbsbeteiligung und Positionen von Frauen und Männern im Vergleich“ und insbesondere unter 5.2. „Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern“.

<sup>878</sup> Vgl. unter I. 1. „Vorbemerkungen“, S. 2 und Zitat von Rüdiger Peuckert unter I. (Einleitung): „Die herrschenden gesellschaftlichen Normen und Strukturen nehmen in der Regel keine Rücksicht darauf, ob Menschen Elternverantwortung tragen oder nicht. Elternschaft gilt als Privatsache, wobei die Privatisierung der Elternverantwortung den Kinderlosen beträchtliche Konkurrenzvorteile bringt.“ In „Familienformen im sozialen Wandel“, VS-Verlag UTB, 5. Auflage 2004, S. 399.

<sup>879</sup> ebenda.

erschweren Bedingungen als Bundestagsabgeordnete berichten. Die Untersuchungen im Rahmen dieser Arbeit lassen den Schluss zu, dass es für Mütter kleiner Kinder nach wie vor schwerer ist, in der Politik aufzusteigen. Dabei sind es nicht mehr in erster Linie die vorrangig auf männliche Biografien zugeschnittenen Muster der Personalauslese, die eine gleichberechtigte Partizipation von Frauen in der Politik erschweren<sup>880</sup>. Immer häufiger schaffen es Frauen bereits in jungen Jahren höhere Ämter zu übernehmen. Nach wie vor haben aber Mütter auf allen Ebenen der Politik im Vergleich zu Vätern weniger Freiräume, da sie stärker eingespannt sind mit der Erziehung und Versorgung von Kindern und der Organisation des Haushalts. Hinzu kommt, dass Mütter besonders stark mit einer mit gesellschaftlich geprägten Vorurteilen gegenüber berufs- und karriereorientierten Frauen gekoppelten Erwartungshaltung aus dem eigenen beruflichen Umfeld konfrontiert werden und unter Beobachtung stehen, wie sie ihre politischen Aufgaben und das Muttersein meistern.

Wenngleich die ‚weibliche Isolation von der Berufswelt‘ an Relevanz eingebüßt hat, da immer mehr Frauen einer Berufstätigkeit nachgehen und sie häufiger auch in politiknahen Berufen, wie in Gewerkschaften, Verbänden, Institutionen oder in der öffentlichen Verwaltung vorzufinden sind, so haben familiär gebundene Frauen im politischen Rekrutierungsprozess – oftmals gerade wegen der Doppelbelastung von Berufstätigkeit und Familienaufgaben – noch immer das Nachsehen. Die These von Hoecker, Frauen fehle infolge ihrer vorrangigen Verantwortlichkeit für Haushalt und Kindererziehung die für ein politisches Engagement notwendige Zeit<sup>881</sup>, scheint nach wie vor aktuell zu sein. Die „familiäre Orientierung“ von Frauen trägt noch immer dazu bei, Karrierechancen von Frauen in der Politik – zum Teil deutlich – zu schmälern. Für Männer hingegen stellt sich die Frage der Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere meist gar nicht – zumindest nicht nach außen wahrnehmbar.

Auch wenn es nicht mehr als angebracht erscheint, von einer „Inkompatibilität“<sup>882</sup> im Zusammenhang von einer politischen Karriere von Frauen mit (kleinen) Kindern bzw. deren Familienaufgaben zu sprechen, so ist doch eine Asymmetrie der Geschlechter vorzufinden, die – wie bereits erwähnt – auch auf „natürliche Unterschiede“ zwischen Mann und Frau zurückzuführen ist. Diese „natürlichen Unterschiede“ werden allerdings aufgrund einer gesellschaftlich geprägten Erwartungshaltung gegenüber der Rolle der Frau als Mutter und Familienmanagerin betont. Von daher erweist sich Familie, insbesondere wenn der Nachwuchs noch klein ist,

---

<sup>880</sup> Beate Hoecker: „Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik“, Leske und Budrich, Opladen 1995, S. 159.

<sup>881</sup> ebenda.

<sup>882</sup> Beate Hoecker: „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987, S. 24.

für weibliche Bundestagsabgeordnete – und wohl auch alle anderen Mütter in der Politik – noch häufig als Handicap<sup>883</sup>.

Eine Kultur der Rücksichtnahme gegenüber jungen Müttern scheint sich weder in der Politik – und insbesondere nicht in der Spitzenpolitik – aber wohl genau so wenig in der Wirtschaft oder Wissenschaft herausgebildet zu haben. Auch Männern, die sich stärker in der Familie engagieren wollen und die berufliche Freiräume einfordern, um sich stärker dem eigenen Nachwuchs widmen zu können, sind betroffen. Gegenüber diesen Vätern fehlt es neben Rücksichtnahme nicht selten auch am Verständnis von Vorgesetzten und Kollegen, wie zum Beispiel, wenn sich ein in seinem Beruf erfolgreich arbeitender Vater Elternzeit nehmen will. Je höher die Position, die eine Frau oder ein Mann innehaben, desto geringer ausgeprägt scheint das Verständnis, welches Eltern hinsichtlich ihrer Situation als Vater oder Mutter entgegengebracht wird. Wer eine Spitzenposition ausfüllt, darf offenbar keine Rücksichtnahme erwarten. SPD-Generalsekretärin Nahles hatte bei einem Interview während ihrer Schwangerschaft offen ausgesprochen, dass sie um ihren Job als Generalsekretärin fürchten müsse, wenn sie nicht schnell nach der Geburt ihrer Tochter zu ihrer Arbeit zurückkehre, da ihr Job „Begehrlichkeiten wecke“<sup>884</sup>. Junge Eltern in verantwortungsvollen Positionen – und insbesondere junge Mütter, die nach der Geburt ihres Kindes an ihren Arbeitsplatz zurückkehren – müssen darauf bedacht sein, mit möglichst unverändertem Engagement an die Arbeit zu gehen. Bereits vor der Geburt ihres Kindes ging Andrea Nahles davon aus, dass es sicher nicht einfach sein wird, „die Beobachter auszuhalten, die nach Nachlässigkeit oder weniger Engagement wegen des Kindes bei mir fahnden“<sup>885</sup>.

Allerdings gibt es in der Politik zusehend mehr junge Frauen, die auf Kinder nicht verzichten wollen und ein Kind während der Amtsausübung oder der Phase der Kandidatur für ein Amt zur Welt bringen. Während für politische Spitzenpositionen noch in den vergangenen Jahrzehnten galt, dass diese nur selten von Frauen besetzt wurden und noch viel seltener Politikerinnen in den „vorderen Reihen“ Kinder hatten, stellt sich die Situation heute anders dar. Die Befürchtungen junger Frauen, Kinder könnten der Karriere hinderlich sein oder einer jungen Mutter gar das (angestrebte) Amt kosten, dürften zwar nicht gänzlich ausgeräumt sein. Aber Kinder haben oder sie im Amt zu bekommen ist heute kein Tabu mehr, sondern wird weitgehend als „Normalität“ betrachtet.

---

<sup>883</sup> Zur Erinnerung: Die Befragung ergab, dass bei den männlichen Bundestagsabgeordneten die Auffassung überwiegt, dass die Geburt eines Kindes die eigene Karriere positiv beeinflusst habe, vgl. VI. 2.2.2 „Erläuterungen zu den Veränderungen“ (Auswertung bezogen auf die Antworten der Väter).

<sup>884</sup> Artikel auf welt.de: „Nahles fürchtet Putschversuch nach der Geburt“ vom 16.11.2010, [www.welt.de/politik/deutschland/article10962166/Nahles-fuerchtet-Putschversuch-nach-der-Geburt.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article10962166/Nahles-fuerchtet-Putschversuch-nach-der-Geburt.html).

<sup>885</sup> Interview mit Andrea Nahles vom 22.11.2010 auf <http://maedchenmannschaft.net/interview-mit-andrea-nahles>.

Eine Abgeordnete, die in jungen Jahren und vor ihrer Zeit als Berufspolitikerin ihr Kind bekam meint, sie würde einen zunehmend „normalen Umgang“ feststellen mit Politikerinnen, die in ihrem Amt ein Kind bekommen. „Heute muss man nicht mehr schauen, was man mit seinem Kind macht während der Fraktionssitzung, so wie ich damals“<sup>886</sup>. Im Vergleich zu früher gibt es deutlich mehr Betreuungsangebote auch schon für die Kleinsten und es ist auch allgemein viel selbstverständlicher geworden, sein Kind ‚fremdbetreuen‘ zu lassen, zumindest im Vergleich zur früheren Situation in den alten Bundesländern. In der Bewertung kinderloser Bundestagsabgeordneter wird Parlamentarierinnen mit kleinen Kindern aber auch heute noch Respekt gezollt: „Ich bewundere wirklich so einige Frauen, die kleine Kinder haben, auch in unserer Fraktion, wie die das auf die Reihe kriegen! Der Tagesablauf hier, der lässt ja überhaupt keinen Spielraum und der nimmt auch keine Rücksicht. Ich wüsste wirklich nicht, wie ich das auf die Reihe kriege. Natürlich gibt es hier um die Ecke den Kindergarten, aber die ganzen Sitzungen und Treffen – ob von Parteien und Verbänden – da nimmt niemand Rücksicht. Die eigenen Mitglieder in der Fraktion und in der Partei sind auch nur sehr eingeschränkt in ihrer Toleranz“<sup>887</sup>.

Während die Wirtschaft darüber diskutiere, wie sie jungen Eltern durch Flexibilisierung entgegenkommen könne, seien derlei Bemühungen in der Politik nicht erkennbar, wobei der Druck der ständigen Verfügbarkeit und langer, häufig bis spät in die Nacht reichenden Sitzungen nicht nur den Deutschen Bundestag beträfe, sondern auch Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker<sup>888</sup>. Die Einführung einer Kinderbetreuung auf Parteitag, die meist an Wochenenden stattfinden, wird als durchaus hilfreich bewertet<sup>889</sup>, aber gemessen an der Menge der Termine, die Politiker/innen – insbesondere in Spitzenpositionen – haben, ist es wohl nicht viel mehr als ein ‚Tropfen auf dem heißen Stein‘. Wer in der Politik weiter kommen will, muss sich aber nicht nur dem politischen Präsenzdruck beugen, sondern auch damit rechnen, dass je höher die angestrebten Ämter innerhalb der Gremien von Parlamenten, Fraktionen oder auf den verschiedenen Parteiebenen sind, die zeitliche Flexibilität abnimmt und damit die Vereinbarkeit mit der Familie weiter eingeschränkt wird.

In den meisten Fälle berichten Abgeordnete – Männer wie auch Frauen – von Schwierigkeiten hinsichtlich der Vereinbarkeit ihres Berufs und ihrer Familie im Zusammenhang mit der

---

<sup>886</sup> Interview mit Interviewpartnerin „W“.

<sup>887</sup> Interview mit Interviewpartnerin „S“.

<sup>888</sup> Isabelle Kürschner, Jasmin Siri: „Politik mit Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, „Aktuelle Analysen“, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011, S. 33.

<sup>889</sup> Diese Angebote der Kinderbetreuung wären von vielen damals als Zumutung empfunden wurde, seien heute aber selbstverständlich, berichtet eine Kommunalpolitikerin der SPD: Artikel auf Zeit Online: „Mütter im Bundestag – Mama regiert. Mit Kindern an die Macht, geht das? Immer mehr junge Mütter sagen: Ja. Und wollen als Abgeordnete in den Bundestag“ von Susanne Kallitz vom 13.07.2013 auf [www.zeit.de/2013/29/muetter-abgeordnete-bundestag](http://www.zeit.de/2013/29/muetter-abgeordnete-bundestag).

hohen Arbeitsbelastung, den zahlreichen Terminen – sowohl in den Sitzungswochen<sup>890</sup> als auch in den Wahlkreiswochen<sup>891</sup> – und dass sie aufgrund der räumlichen Trennung von ihren Familien in den Sitzungswochen zu wenig Zeit für ihre Kinder hätten. Außer für die Abgeordneten mit Wahlkreisen in Berlin oder Brandenburg bedeutet das Bundestagsmandat mindestens 20 Wochen im Jahr vom Wahlkreis und Wohnort der Familie getrennt zu sein. Abgeordnete mit höheren Funktionen im Bundestag müssen meist noch häufiger nach Berlin reisen. Vor diesem Hintergrund haben sich manche Familien sogar dafür entschieden, nach Berlin zu ziehen, ihre Kinder in Berlin einzuschulen und nur noch mit Zweitwohnsitz im Wahlkreis zu wohnen. Zu bedenken ist dabei aber auch, dass ein Bundestagsmandat keine sichere Perspektive für einen längeren Zeitraum bietet, da es auf die Legislaturperiode begrenzt und der Arbeitsplatz somit befristet ist.

Die zeitliche Beanspruchung in politischen Mandaten variiert stark. Ämter auf kommunaler Ebene erfordern einen eher mit einem Teilzeitjob vergleichbaren Zeitaufwand. Die Grenzen zwischen Hobby und ehrenamtlichem ‚Nebenjob‘ mit Aufwandentschädigung sind oft fließend. Auch in den „Feierabendparlamenten“ einiger Bundesländer könnte die Ausübung des Mandats wohl als Teilzeitjob bezeichnet werden. Für Landtagsabgeordnete der meisten Bundesländer ist die zeitliche Beanspruchung jedoch bereits ähnlich der eines Vollzeitjobs. Mit anderen Berufen vergleichbar ist, dass in der Politik Karriereorientierung fast immer auch höheren zeitlichen Einsatz erfordert. Je höher das Amt, desto mehr Termine sind zu absolvieren. Hinzu kommt die bei Politikern/innen oft anzutreffende Ämterhäufung, die mit weiterem zeitlichem Aufwand einhergeht. Politik-Quereinsteiger sind noch immer selten. Die „Ochsentour“ hingegen ist in den meisten Parteien auch heutzutage üblich<sup>892</sup>. In der Regel gilt, je mehr Ämter und vor allem auch je höher die ausgeübte Funktion, desto mehr Zeit müssen Politiker/innen aufwenden.

Ein Spitzenamt in der Politik zu bekleiden bedeutet immer auch, eine Vielzahl von Terminen absolvieren zu müssen – seien es Gremiensitzungen im Parlament, Sitzungen auf Parteebene, Zusammentreffen mit Bürgern/innen oder Presseterminen. Verbunden damit sind meist die Notwendigkeit, sich in viele und wechselnde Sachgebiete einzuarbeiten, mehr Rei-

---

<sup>890</sup> Ein Abgeordneter schildert es so: „[...] montags geht, da ist es noch relativ ruhig, aber Dienstag bis Freitag haben sie keine Chance. Von 8 Uhr morgens jeden Tag Termine und man rennt eigentlich nur von Haus zu Haus. Ich kann mich kaum vorbereiten auf irgendwelche Sachen, weil ich nur hin und herrenne – von Arbeitsgruppegespräch und Frühstücksrunde mit irgendeinem Verband, einer Gewerkschaft – ich bin ja im Wirtschaftsausschuss – rein in den Ausschuss, dann ins Plenum in die Fragestunden und dann haben sie in den Sitzungswochen die Termine von Treffen mit Verbänden und Lobbygruppen, die halt einladen, wo man auch hin will, weil das ganz spannend ist und man sehr viel erfährt.“ Interview mit Interviewpartner „H“.

<sup>891</sup> „Als Politiker haben sie immer eine Sieben-Tage-Woche [...] wenn am Wochenende die Kleingärtner rufen, die Sportvereine rufen, irgendwelche Kiezfeste stattfinden, wo sie hin müssen – die Wochenenden sind bis auf die Sommermonate total zugepackt. [...] Von daher ist es schon ein großer Unterschied zu einem normalen Job, wo sie halt sagen, ich komme morgens um 8 oder 9 und bin dann um 17 Uhr zu Hause. Es ist eigentlich so, dass ich fast jeden Abend Abendveranstaltungen habe.“ (Interview mit Interviewpartner „H“).

<sup>892</sup> Vgl. V. 4.3. „Parteikarrieren“.



seaufwand und ein Verlust an Privatsphäre. Gerade auch das Amt des/der Bundestagsabgeordneten erfordert es, öffentliche Veranstaltungen zu besuchen – zum einen jene in Berlin, die im Zusammenhang mit der sachlichen Zuständigkeit des/der Abgeordneten stehen und zum anderen Veranstaltungen im Wahlkreis, um beispielsweise Initiativen, Vereine und deren Engagement zu würdigen, aber auch um im Wahlkreis einen gewissen Bekanntheitsgrad zu erreichen, der für eine Wiederwahl nötig wäre.

Von Bundestagsabgeordneten und allen Spitzenpolitikern/innen, aber auch anderen politischen Mandatsträgern/innen wird zudem von den Mitgliedern der eigenen Partei wie selbstverständlich erwartet, dass sie sich auf diversen Veranstaltungen der Parteibasis und Festivitäten im Wahlkreis blicken lassen<sup>893</sup>. Diese Präsenz vor Ort ist auch deshalb wichtig, da Bundestagsabgeordnete – selbst diejenigen in höheren Funktionen auf Bundesebene – meist auf die Unterstützung durch die Landesebene angewiesen sind, wenn es um die Aufstellung der Listenplätze für die Bundestagswahl geht. Für das begehrte Direktmandat, das zumindest für die Bewerber der großen Parteien der Union und SPD – je nachdem, wo regional gelegen – erfolgversprechend sein kann, wird in der Regel der oder diejenige Kandidat/in nominiert, die bei den Mitgliedern vor Ort bekannt ist, da er/sie regelmäßig auf Veranstaltungen im betreffenden Wahlkreis präsent ist. Insofern sind die Abende und Wochenenden der Abgeordneten in den Wahlkreiswochen oft mit Parteiterminen verplant. Für das politische Spitzenpersonal gilt zudem, dass sie sich auch medial präsentieren müssen und ihre Partei in Talkshows oder Interviews vertreten sollen.

Medial aufgegriffen wird das Familienleben des politischen Spitzenpersonals in Deutschland in eher geringem Maße. „Homestories“ von Politikern/innen, wie man sie aus den USA kennt, sind in Deutschland unüblich. In den vergangenen Jahren ist das Thema dieser Arbeit jedoch weit stärker aufgegriffen und auch ausschnittsweise berichtet worden, wie insbesondere die jungen Mütter unter den Politikerinnen ihren Alltag mit Kind organisieren<sup>894</sup>. Dies dürfte nicht nur darauf zurückzuführen sein, dass auch allgemein das Thema der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Deutschland stärker diskutiert wird, sondern auch damit zusammenhängen, dass immer mehr junge Frauen während ihrer Amtsausübung ein oder gar mehrere Kinder zur Welt bringen. Auch der Umstand, dass mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder erstmals eine Ministerin während ihrer Amtsausübung ein Kind zur Welt brachte und Elternzeit nahm, ist ein Novum.

---

<sup>893</sup> „Es gibt kein Wochenende ohne Einladung, wo es dann nicht heißt, wo ist die denn? Jetzt ist sie gewählt und lässt sich nicht mehr sehen! Man muss echt aufpassen, dass man nicht in so eine Spirale kommt und immer mehr Termine macht, denn Einladungen gibt’s ja ohne Ende.“ (Interview mit Interviewpartnerin „K“).

<sup>894</sup> Vgl. u.a. [www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat) - "Das Leben als Politikerin ist familienunfreundlich" - Von Karin Flothmann, zeit-online, 6.09.2011 unter Bezugnahme auf die Abgeordneten Miriam Gruß (Grüne), Kerstin Andreae (Grüne), Lisa Paus (Grüne), Christine Buchholz (Linke).

Bei der jungen Mutter Kristina Schröder liegt der Vergleich mit anderen Spitzenpolitikern/innen mit kleinen Kindern, insbesondere mit ihrer Amtsvorgängerin im Bundesfamilienministerium, der siebenfachen Mutter Ursula von der Leyen, nahe. Der Amtsnachfolgerin Schröder wurde zwar attestiert, sie habe nach der Geburt ihrer Tochter bis auf eine auswärtige Kabinettsitzung alle Dienstermine als Ministerin wahrgenommen. Sie habe jedoch andere Termine ausfallen lassen, „die für die siebenfache Mutter Ursula von der Leyen oder den jungen Vater und SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel Pflichtveranstaltungen sind“<sup>895</sup>. Sicherlich müssen sich alle jungen Eltern nach der Geburt eines Kindes und einer kurzen oder auch längeren Unterbrechung der Berufstätigkeit neu organisieren, um den Beruf und Zeit für das Kind und den Haushalt bestmöglich miteinander vereinbaren zu können. Es entsteht die Konfliktsituation, neben dem Beruf so viel Zeit wie möglich für die eigene Betreuung des Kindes aufbringen zu können. Hinzu kommt die Organisation des Haushalts. Auch wenn zu vermuten ist, dass Spitzenpolitikerinnen sich insbesondere für die Arbeit im Haushalt, aber auch zur Kinderbetreuung, Hilfe organisieren und diese sich auch finanziell leisten können, so bleibt doch der Anspruch, sich dem/den eigenen Kind/ern selbst widmen zu können.

Die zitierte Berichterstattung im Falle der Bundesministerin Schröder<sup>896</sup> lässt darauf schließen, dass es Spitzenpolitikern/innen nicht zugebilligt wird, den Einsatz für das Spitzenamt zugunsten ihrer kleinen Kinder zu reduzieren – weder von einem Teil der Öffentlichkeit und auch nicht von den eigenen Partei-Kollegen/Kolleginnen, die von der jungen Ministerin mehr Einsatz erwarten. Anders als Politiker haben Politikerinnen Kritik von zwei Seiten zu befürchten – zum einen, wenn sie ihr Engagement zugunsten der Familie einschränken und weniger (Abend-)Termine wahrnehmen. Zum anderen wird aber auch infrage gestellt, ob eine junge Mutter sich nicht mehr um ihr kleines Kind kümmern müsste, als an die Karriere zu denken<sup>897</sup>. Es mag dahin gestellt sein, ob es andere Gründe gab, die Politikerin Schröder nicht als Spitzenkandidatin für den Bundestagswahlkampf zu nominieren und sie nicht für eine weitere Amtszeit als Bundesministerin vorzusehen. Bemerkenswert ist in jedem Fall, dass als Grund hervorgehoben wurde, sie sei der „Doppelbelastung“<sup>898</sup> nicht gewachsen und wür-

---

<sup>895</sup> „Nach Hausfrauenart“ von Thomas Holl, 22.04.2013 auf <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-nach-hausfrauenart-12158502.html>.

<sup>896</sup> Vgl. unter VII. 4. Öffentliche Wahrnehmung des Familienlebens von Politikern/innen.

<sup>897</sup> „[...] Ich weiß nicht, ob da Verständnis da wäre nach dem Motto: ach, die hat ja ein kleines Kind zu Hause, dann kann sie halt nicht auf jedes Sängerfest oder jeden Karnevalsclub – oder ob die dann nicht sagen, das ist unsere einzige direkt gewählte Kandidatin und Abgeordnete, die lässt sich ja nicht mehr sehen, scheinbar sind ihr jetzt andere Dinge wichtiger! Wenn ich sage, ich reduziere diese Termine nicht und mache nach wie vor mein normales Programm, dann heißt es wieder, die ist so karrieregeil!“ (Interview mit Interviewpartnerin „K“).

<sup>898</sup> Vgl. Artikel auf Focus-Online vom 21.04.2013: „Rücktritt wegen Doppelbelastung?“, [www.focus.de/politik/deutschland/tid-30722/ministerin-ueber-latte-macchiato-muetter-kristina-schroeder-zur-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf-es-ist-immer-ein-spagat\\_aid\\_967089.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-30722/ministerin-ueber-latte-macchiato-muetter-kristina-schroeder-zur-vereinbarkeit-von-familie-und-beruf-es-ist-immer-ein-spagat_aid_967089.html).

de es „nach Hausfrauenart“ vorziehen, sich stärker der Familie zu widmen und von daher ihr Amt nach der Bundestagswahl auch nicht fortsetzen wollen<sup>899</sup>.

Kristina Schröder hat noch am Abend nach ihrer Wiederwahl in den Bundestag im September 2013 erklärt, sie habe sich entschieden, für das nächste Kabinett nicht wieder als Ministerin zur Verfügung zu stehen. Die Spekulationen der Presse waren insofern zutreffend. Schröders Entscheidung stünde schon lange fest und der Grund für ihre Entscheidung sei in der Tat, dass sie zukünftig mehr Zeit für ihre Familie und insbesondere für ihre Tochter haben wolle<sup>900</sup>. Die Ministerin betont, das Bundestagsmandat und ihr Ministeramt stellten schon für sich genommen hohe zeitliche Ansprüche. Es habe viele Situationen gegeben, in denen sie schöne Momente im Leben ihrer Tochter verpasst habe. Ihre persönlichen Prioritäten, sich in der nächsten Zeit ihrer Tochter und ihrem Abgeordnetenmandat widmen zu können, seien nicht mit dem Amt der Bundesfamilienministerin und zugleich dem Bundestagsmandat zufriedenstellend in Einklang zu bringen. Ihr Schritt bedeute aber nicht, dass ein Ministeramt prinzipiell nicht mit einer Familiengründung zu vereinbaren ist – auch diese Botschaft ist Kristina Schröder wichtig<sup>901</sup>. Hier ist sich Schröder ihrer Vorbildfunktion bewusst und sie will offensichtlich den Anschein verhindern, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in Führungspositionen, wie der einer Bundesministerin, sei praktisch nicht möglich.

Die erste Bundesministerin Deutschlands, die während ihrer Amtsausübung ein Kind zur Welt brachte, hat bereits bewiesen, dass es durchaus möglich ist, ihr Ministeramt und das Bundestagsmandat nach der Geburt eines Kindes fortzuführen. Gleichwohl musste Schröder erleben, welche Herausforderungen dies mit sich bringt, wie wenig Rücksicht die Politik in Deutschland auf die familiäre Situation ihres Spitzenpersonals nimmt und dass die Medienlandschaft auf eine junge Mutter ohne Nachsicht reagiert. Gleichwohl lässt sich nicht ausschließen, dass der Umgang der Medien mit anderen Frauen in vergleichbarer Situation ein wenig anders ausfallen würde. Klar zu sein scheint nur, dass Männer in politischen Spitzenpositionen, die Vater werden, in einer nicht vergleichbaren Situation mit der von jungen Müttern zu sein scheinen. Es ist auch kaum vorstellbar, dass ein Mann mit einer ähnlichen Begründung sein politisches Spitzenamt aufgeben würde. Vorgekommen ist dies bisher jedenfalls nicht.

---

<sup>899</sup> „Warum Kristina Schröder nach der Wahl nicht weitermacht - Der Familienministerin ist Familie am wichtigsten“ von Hugo Müller-Vogg, 22.04.2013 auf [www.bild.de/politik/inland/dr-kristina-schroeder/der-familienministerin-ist-familie-am-wichtigsten-30094070.bild.html](http://www.bild.de/politik/inland/dr-kristina-schroeder/der-familienministerin-ist-familie-am-wichtigsten-30094070.bild.html).

<sup>900</sup> Pressemitteilung von Kristina Schröder: „Priorität künftig für Familie und Abgeordnetenmandat“ vom 22.09.2013, veröffentlicht auf [www.kristinaschroeder.de/aktuelles/kristina-schroeder-prioritaet-/](http://www.kristinaschroeder.de/aktuelles/kristina-schroeder-prioritaet-/).

<sup>901</sup> ebenda.

Wie die Befragung der Abgeordneten ergab, glauben viele Frauen, aber auch Männer daran, dass alte Rollenmuster, Vorurteile und gesellschaftlicher Druck für eine Diskrepanz zwischen Frauen und Männern hinsichtlich der Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere verantwortlich seien. 90 Prozent aller befragten Abgeordneten meinen, Frauen hätten es – noch immer – schwerer oder gar erheblich schwerer als Männer, Familie und die politische Karriere miteinander zu vereinbaren<sup>902</sup>. Es scheint eher die Ausnahme zu sein, dass beide Partner zugleich ihre Karrieren erfolgreich verfolgen, während kleine Kinder im Haushalt leben. Die Mehrzahl der Familienväter in der Politik hat offenbar eine Partnerin, die sich überwiegend um die Familie kümmert. Unter den befragten Abgeordneten meinen Frauen, einer Politikerin fehle eine Hausfrau an ihrer Seite, die ihr den Rücken freihalte. Männer seien seltener dazu bereit, sich den Karriereplänen der Frauen unterzuordnen und „sich in die zweite Reihe zu stellen“<sup>903</sup>. Ein Mann bestätigt dies in seiner Antwort. Es sei schwerer, einen Mann zu finden, der auf Karriere verzichten würde, als im umgekehrten Fall eine Frau. „Hätte meine Frau sich nicht so intensiv um unsere Kinder gekümmert und dafür ihre Berufstätigkeit zeitweilig eingeschränkt, wäre meine politische Karriere viel bescheidener, vermutlich auf den ehrenamtlichen Bereich beschränkt, verlaufen“, führt ein anderer Mann aus.

Wie verschiedene Beispiele von Politikerinnen zeigen, gibt es aber auch Väter, die beruflich kürzer treten, um sich überwiegend um den Nachwuchs zu kümmern und damit ihren Frauen ermöglichen, ihre politische Karriere weiterzuverfolgen. Wie bereits erwähnt, zählen hierzu die Generalsekretärin der SPD, Andrea Nahles oder Ingrid Matthäus-Maier, die in jungen Jahren Vorsitzende des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages und später zehn Jahre lang stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion war<sup>904</sup>. Die ehemalige Familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag, Miriam Gruß, beschreibt, dass es bei ihr nur so funktionierte<sup>905</sup>. Auch bei einer Interviewpartnerin gab der Partner seinen Job auf, um sich um die gemeinsamen Kinder kümmern zu können und so seiner Frau „den Rücken freizuhalten“ bei ihrer Arbeit im Bundestag. Jedoch müssen diese Beispiele als Ausnahmen betrachtet werden, da die meisten Kinder von Bundestagsabgeordneten überwiegend von ihren Müttern betreut werden. Zum einen sind es jene Parlamentarierinnen, die

---

<sup>902</sup> Vgl. VI. 4.7. Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen: Auf die Frage haben von 250 Abgeordneten 148 (59,5%) mit „schwerer“ geantwortet. „Nicht schwerer“ sagen 24 (9,5%) der Abgeordneten, hingegen „erheblich schwerer“ sei es für Frauen, meinen 78 (31%) der Abgeordneten.

<sup>903</sup> Dieses und folgende Zitat finden sich unter VI. 4.7.2.1 „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>904</sup> Matthäus-Maier hat zusammen mit ihrem Mann zwei Kinder, um die sich überwiegend der Vater gekümmert hat, vgl. Ausführungen unter VII. 1.3. „Aufgabenverteilung, Vater- und Mutterrolle“.

<sup>905</sup> „[...] Inzwischen ist Herr Gruß zu Hause in Augsburg Vollzeitpapa. Diesen Sommer hat er seine Arbeit aufgegeben, um ganz für den inzwischen siebenjährigen Sohn da zu sein. „Wir haben in Sachen Kinderbetreuung alles durch“, erzählt die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion. Zunächst pendelte der Sohn ein halbes Jahr lang mit ihr vom Wahlkreis nach Berlin und zurück. Später lebte er zwei Jahre lang bei ihren Eltern. Dann reduzierte ihr Mann seinen Job und der Sohn lebte wieder bei ihm. „Das Leben als Politikerin ist völlig familienunfreundlich“, sagt die 35-Jährige.“ Zitate aus dem Artikel „Das Leben als Politikerin ist familienunfreundlich“ von Karin Flothmann, 6.09.2011 auf [www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat](http://www.zeit.de/karriere/beruf/2011-08/familie-beruf-politik-mandat).

ihre noch kleinen Kinder in Sitzungswochen nach Berlin mitnehmen und sich die Betreuung rund um den Parlamentsbetrieb organisieren und die auch in ihren Wahlkreisen gewohnt sind auf ein „großes Netz“ an Betreuungsmöglichkeiten zurückgreifen zu müssen. Zum anderen haben Parlamentarier häufiger und mehr Kinder als Parlamentarierinnen, die wiederum meist und hauptsächlich von ihren Müttern betreut werden, so wie es dem gesellschaftlich noch vorherrschenden Rollenbild entspricht. Im Gegensatz zu Müttern kleiner Kinder im Bundestag sind die „Normalfamilien“ männlicher Bundestagsabgeordneter allerdings nicht Gegenstand der öffentlichen Berichterstattung.

Die Amerikanerin Sheryl Sandberg, Geschäftsführerin von Facebook Inc. und u.a. zuvor als Stabschefin im US-Finanzministerium tätig, ist Mutter zweier kleiner Kinder und entgegnet auf die Frage, wer sich um die Kinder und den Haushalt kümmere, während sie auf einer ihrer zahlreichen Reisen sei, diese Frage sei sexistisch<sup>906</sup>. Auch die Erfahrung von Politikerinnen zeigt, dass es umgekehrt so gut wie gar nicht vorkommt, dass Männer danach gefragt werden, wer sich um ihre Kinder kümmert oder wie die Männer ihren Job und das Familienleben inklusive Betreuung ihrer Kinder und des Haushalts organisieren. Insbesondere bei Frauen in Führungspositionen, die kleinere Kinder haben, scheint sich diese Frage aufzudrängen. Eine der Teilnehmerinnen an der Abgeordnetenbefragung berichtet, sie werde als Frau in der Politik ständig gefragt, wie sie ihre Tätigkeit mit ihrer Familie verbinde und wie das zu schaffen sei. Eine andere Frau meint, es falle niemandem unangenehm auf, wenn ein Vater 22 Wochen im Jahr die Kinder nicht sehe, weil er in Berlin ist. Eine junge Mutter werde jedoch danach gefragt<sup>907</sup>. Auch dies zeigt, dass die Vereinbarkeitsfrage hauptsächlich noch als Frauenfrage wahrgenommen wird. Zudem werden junge Mütter in herausragenden Positionen in Politik und Wirtschaft noch immer als Exotinnen wahrgenommen. Während sie für die einen als Vorzeigefrauen gelten, werden sie von anderen – wenngleich dies oft auch nur unterschwellig der Fall ist – dafür kritisiert, dass ihnen ihre Karriere wichtiger sei als ihre Familie.

Die Untersuchungen ergaben, dass Frauen in vielerlei Hinsicht Kritik zu fürchten haben, wenn es um die Frage der Vereinbarkeit von Familie mit kleinen Kindern und ihre politische Karriere geht. Dabei haben Mütter wohl ohnehin stärker als Väter mit einem schlechten Gewissen und Zielkonflikten zu kämpfen, wenn sie aufgrund ihrer Arbeit nur wenig Zeit für ihren Nachwuchs aufbringen können. So scheinen sich Frauen auch stärker Gedanken über die Situation ihres Partners zu machen und über die Organisation des Haushalts oder des Familienleben. Dies mag auch mit gesellschaftlichen Erwartungen an die Rolle der Frau in Zusammenhang stehen, die auf das Gewissen einwirken. Zumindest trägt dieser Umstand dazu

---

<sup>906</sup> „Folgt dieser Frau“ von Anna Sauerbrey, Artikel im Tagesspiegel vom 21.04.2013, S. 3 (S3-Sonntagsbeilage).

<sup>907</sup> Vgl. VI. 4.7. „Einschätzung der Vereinbarkeitsproblematik für Frauen“ und Interview mit Interviewpartnerin „V“.

bei, dass Frauen mit Kindern im Gegensatz zu kinderlosen Frauen, aber auch im Gegensatz zu den meisten ihrer männlichen Kollegen mit Kindern, sich unter erschwerten Bedingungen in ihrem Beruf bzw. Amt zu beweisen haben. Hinzu kommt, dass Frauen sich offenbar ohnehin häufig im stärkeren Maße als Männer in ihrem Job behaupten müssen und zunächst unter Beweis zu stellen haben, dass sie – als Frauen – für Führungsämter geeignet sind<sup>908</sup>. Der Druck auf Frauen, sowohl den Erwartungen an die Ausübung ihres Amtes, aber auch ihrer Rolle als Mutter gerecht zu werden, ist entsprechend hoch. Mütter in der Politik stehen hinsichtlich der Frage, wie sie Politik und Familie vereinbaren zudem unter der „kritischen Beobachtung der Öffentlichkeit und ihres Umfeldes“<sup>909</sup>. Sicherlich kommt es hierbei auch auf die Art des Umfeldes an, ob ländlich-konservativ geprägt oder städtisch-liberal und weltoffener.

Zu einem gewissen Maß mag auch das gesellschaftlich geprägte Bild noch immer dazu beitragen, dass Männer in der Politik als selbstverständlich wahrgenommen werden, während sich Frauen auch heute noch „durchboxen“ und dreimal so viel arbeiten müssten wie Männer<sup>910</sup>. Während Männer erwarten würden, dass Familie, Partei und ihr Büro ihnen selbstverständlich zuarbeiten, würden Frauen neben dem Mandat und der Parteiarbeit auch noch den Haushalt und die Familie „organisieren“ müssen, „damit alles einigermaßen rund läuft und das „schlechte Gewissen“ sich in Grenzen hält“. In wie weit dieses schlechte Gewissen darauf zurückzuführen ist, dass gesellschaftlich noch die Erwartungshaltung überwiegt, dass insbesondere Frauen für die Kinder da zu sein haben, kann hier nicht geklärt werden. Jedenfalls lässt sich nicht abstreiten, dass ein Job in der Führungsebene, aber auch der einer/s Bundestagsabgeordneten Kompromisse erfordert. Eine Abgeordnete beschreibt, dass aufgrund der Arbeitszeit, der Terminfülle und der geteilten Arbeitsorte nur Kompromisse in Bezug auf Kinder und Erziehung möglich seien.

Jedoch nur etwa ein Drittel der befragten Abgeordneten geben an, sie hätten sich nicht vorstellen können, ihre Karriere und Familie „unter einen Hut bringen“ zu können, wenn ihre Kinder noch kleiner gewesen wären<sup>911</sup>. Eine Frau führt aus, mit Kleinkindern hätte sie sich ein Bundestagsmandat nicht zugetraut, aber ein oder zwei kommunale Ämter auszuüben, wäre möglich gewesen. Eine andere Frau meint, ihre politische Karriere wäre anders verlau-

---

<sup>908</sup> So erläutert beispielsweise ein Abgeordneter, von Frauen in Führungsfunktionen werde immer noch mehr erwartet als von Männern (vgl. VI. 4.7.).

<sup>909</sup> Vgl. VI. 4.7.2.1. „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>910</sup> Dies erläutert eine Abgeordnete im Rahmen der Befragung, vgl. 4.7.2.1. „Argumente, warum es Frauen schwerer/erheblich schwerer haben in Punkto Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere“.

<sup>911</sup> Die Frage an die Abgeordneten, die Kinder haben, lautete: „Falls Sie höhere politische Ämter übernahmen, nachdem Ihr(e) Kind(er) schon in die Schule ging(en): Würden Sie rückblickend sagen, Sie hätten, als Ihr(e) Kind(er) kleiner waren, Karriere und Familie „unter einen Hut bringen“ können?“ Bezogen auf die Antworten der Frauen und Männer ergibt sich hier kein Unterschied.

fen, wenn ihr Sohn zum Zeitpunkt ihres Einstiegs in die Politik bereits im schulpflichtigen Alter gewesen wäre. Auch nach dem subjektiven Empfinden einer weiteren Frau und Mutter dreier Kinder im Rückblick, war es erst möglich, politisch Karriere zu machen, als die Kinder groß waren. Allerdings antworten nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen überwiegend, ihre politische Karriere wäre nicht anders verlaufen, wären sie keine Eltern<sup>912</sup>. Begründet wird dies sowohl von den Männern als auch Frauen damit, dass die „Familienerfahrung“ hilfreich sei und motivierend wirke. Ein Vater räumt zudem ein, man habe in seinem Wahlkreis als Familienvater größere Chancen, gewählt bzw. aufgestellt zu werden<sup>913</sup>. Einige der befragten Frauen wägen die Vor- und Nachteile ab. So erklärt eine Abgeordnete, sie hätte ohne Kind zwar „ohne Spagat“ Politik machen können, aber ihr würden viele Erfahrungen für die praktische Arbeit fehlen. Einige Frauen weisen auch darauf hin, dass sie ohne Kinder früher Karriere hätten machen können und dass sie schneller in höhere politische Ämter gekommen wären und auf diese Weise gegebenenfalls auch mehr erreicht hätten. Einige dieser Frauen denken, sie hätten womöglich einen Posten besetzen können, den ein Mann innehat(te).

Aber auch Väter meinen, sie wären früher in die Politik eingestiegen oder hätten ohne auf ihre Familie Rücksicht nehmen zu müssen, weitere Posten angenommen. Sicherlich sind es auch die Väter, die Zugeständnisse machen müssen, wenn sie eine politische Karriere mit Familie vereinbaren wollen und müssen. Die Aussage, die Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter sei deutlich familienfeindlich, stammt von einem Vater dreier Kinder. Er ergänzt, je höher die Position, umso feindlicher sei das Umfeld. Ein anderer Vater schreibt, eine politische Karriere erfordere permanente Präsenz und dies bedeute für viele Frauen Kinderlosigkeit. Jedoch haben Parlamentarierinnen mit Kindern in vielen Fällen ihre politische Karriere erst begonnen, als ihre Kinder schon älter waren. Eine der Befragten schreibt, sie habe viel Zeit für ihre Kinder gehabt. „Der Preis war der Verzicht auf berufliche Karriere. Die politische Karriere begann erst mit 40.“ Da aber auch für die im Bundestag weit mehrheitlich vertretenen Akademikerinnen gilt, dass sie immer später Kinder bekommen, aber viele Frauen ihre politische Karriere bereits in ihren Zwanzigern begonnen haben, bleibt ihnen keine Wahl, sofern sie Kinder haben wollen. Wohl auch deshalb finden sich immer mehr Politikerinnen, die während der Ausübung ihres Mandats ein Kind oder auch mehrere Kinder zur Welt bringen.

---

<sup>912</sup> Die Männer glauben zu 80%, ihre politische Karriere wäre nicht anders verlaufen, wenn sie keine Kinder hätten. Dagegen sind es bei den Frauen rund 15% weniger, die das glauben. Entsprechend mehr Frauen glauben demnach, dass ihre politische Karriere ohne Kinder anders verlaufen wäre. Vgl. VI. 2.2.1. „Geburt von Kindern und Einfluss auf die politische Karriere“.

<sup>913</sup> Für Frauen scheint der Umstand kleinere Kinder zu haben hingegen nicht vorteilhaft zu sein. Vergleiche z.B. das Interview mit Interviewpartnerin „P“, die sich bei der Nominierung Vorurteilen als Mutter gegenüber sah, oder Berichte von Herta Däubler-Gmelin, die zu ihrer Schwangerschaft während des Wahlkampfes meinte: „Zum Glück sah man es nicht so.“ Vgl. Birgit Meyer: „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag Frankfurt/Main, 1997; Politische Biographie von Herta Däubler-Gmelin auf S. 136 ff. (S. 160).

Die Jüngeren unter den befragten Abgeordneten antworten zu einem deutlich höheren Prozentsatz, dass es möglich sei oder möglich war, Karriere und Familie nach der Übernahme höherer politischer Ämter „unter einen Hut“ zu bringen. Anders sehen das die Älteren, insbesondere die Abgeordneten der Jahrgänge 1965-1991 im mittleren Alter zwischen 41 und 55 Jahren<sup>914</sup>. Sowohl Männer als auch Frauen der jüngeren Jahrgänge trauen sich der Befragung zufolge mit zunehmender Tendenz zu Kinder und Karriere miteinander zu vereinbaren. Hier wird das bestätigt, was in den vergangenen Jahren zunehmend häufig zu verzeichnen war: Politikerinnen, die während der Ausübung ihres Mandats ein Kind zur Welt bringen. Zu diesem Bild gehört auch der Vater, der zu Sitzungen im Parlament mit Kinderwagen erschien. Eine Frau, die in der Befragung angegeben hat, Frauen hätten es im Vergleich zu Männern nicht schwerer, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht, begründet dies so: „Das Klima für MdB mit kleinen Kindern ist besser geworden. Die Bundestags-Kita ist eine positive Unterstützung. Väter als Haupt-Erzieher sind akzeptiert“<sup>915</sup>.

Es ist zu erwarten, dass sich das „Vereinbarkeitsproblem“ immer stärker als ein gemeinsames für Frauen und Männer entwickelt. Zudem ist die Bandbreite von familiären Konstellationen zu berücksichtigen, die heute sehr groß ist. Die Frage, wie sich die Ausübung des Berufs und zudem ein beruflicher Aufstieg vereinbaren lassen, stellt sich dann oft noch komplizierter dar, als in den klassischen Vater-Mutter-Kind-Haushalten, die noch vor wenigen Jahrzehnten mit Abstand am stärksten vorhanden waren. Alleinerziehende haben andere Herausforderungen zu meistern als Eltern in Paarbeziehungen oder in Patchwork-Familien mit Kindern verschiedener Eltern. In den klassischen Paarbeziehungen haben beruflich ambitionierte Frauen allerdings oft Partner, die ebenfalls auf Karriere aus sind oder bereits einen Posten bekleiden, der sie zeitlich stark beansprucht und die Aufteilung der Kinderbetreuung in den Randzeiten am Morgen und Abend erschwert. Bei den befragten Bundestagsabgeordneten ist auffällig, dass von den 60 Abgeordneten, deren Partnerinnen und Partner gesellschaftspolitisch aktiv sind, sich knapp die Hälfte ebenfalls parteipolitisch engagieren und parteipolitische Ämter innehaben. Insofern ist davon auszugehen, dass auch die Partner der Bundestagsabgeordneten Termine in den Abendstunden wahrzunehmen haben. Hier wird es immer wieder Abstimmungsbedarf zwischen Müttern und Vätern geben, wer beim Kind bleibt und wer eine Abendveranstaltung oder auch Termine am Wochenende wahrnimmt, wenn die Kindertagesstätte oder Schule geschlossen ist.

---

<sup>914</sup> Hier antworten mit 61% zu 15% weniger Abgeordnete mit „ja“ im Vergleich zu der Gruppe der jüngeren Abgeordneten, obwohl diese die jüngsten Kinder haben und auch derzeit noch am stärksten mit Vereinbarkeitsproblemen konfrontiert sein dürften.

<sup>915</sup> Vgl. VI. 4.7.4. „Argumente mit explizitem Bezug zum Abgeordnetenmandat“.



Wenn Mütter kleinerer Kinder den für das Networking wichtigen Abendveranstaltungen häufiger fernbleiben als Väter, bedeutet dies nicht zwingend, dass die Frauen häufiger zurückstecken als die Männer. Viele Frauen entscheiden sich bewusst dafür, mehr Zeit mit ihren Kindern zu verbringen und nehmen verminderte Karrierechancen in Kauf. Die Karriereorientierung scheint bei Männern allgemein stärker ausgeprägt zu sein – zumindest, was Ambitionen auf Spitzenpositionen betrifft. Auch dies könnte neben zahlreichen weiteren Gründen dazu beitragen, dass Männer noch immer deutlich seltener eine Auszeit vom Beruf nehmen als Frauen, wenn ihre Kinder klein sind. Immerhin trägt das Elterngeld dazu bei, dass mehr Männer „Vätermonate“ nehmen. Die für bis zu vierzehn Monate gezahlte Lohnersatzleistung in Form des Elterngeldes ist aber vor allem für Arbeitnehmende reizvoll. Bundestagsabgeordnete haben indes keinen Anspruch auf Elterngeld, da sie ihrem Mandat und damit ihren Wählern/innen verpflichtet sind und sich aus diesem Grund eine mehrere Monate andauernde Elternzeit für sie verbietet<sup>916</sup>. Eine über die Länge des Mutterschutzes hinausgehende Auszeit kommt für Bundestagsabgeordnete aus den gleichen Gründen nicht infrage. Von daher gibt es manche junge Mutter, die mit ihrem wenige Wochen alten Baby zu den Sitzungsterminen nach Berlin anreist. Vor diesem Hintergrund spräche Vieles dafür, Müttern mit kleinen Babys das Arbeiten im Parlament zu erleichtern<sup>917</sup>.

Der Verzicht auf Elternzeit und die fehlende Möglichkeit für Mütter, sich nach der Geburt für mehrere Monate in der Familie zurückzuziehen, der Reiseaufwand und die räumliche Trennung zwischen Wahlkreis und dem Sitz des Bundestages in Berlin hindert Frauen jedenfalls immer weniger daran Kinder zu bekommen und an ihrem Mandat festzuhalten. Einige der Frauen haben nach der Geburt ihres Kindes zudem für weitere oder höhere Positionen kandidiert. Es scheint also, dass Frauen in der Politik und insbesondere Bundestagsabgeordnete heutzutage nicht deshalb auf Kinder verzichten, da sie an ihrer politischen Karriere festhalten wollen oder da sie befürchten, eine politische Karriere würde durch Kinder stark beeinträchtigt. Zudem ist davon auszugehen, dass die Vereinbarkeitsfrage zukünftig im zunehmenden Maße auch gegenüber Männern mit Kinderwunsch bzw. Vätern in der Politik adressiert werden wird. Die Ergebnisse der Befragung und Interviews bestätigen, dass Männer gegenüber Frauen noch immer im Vorteil sind, wenn es um die Aufteilung begehrter Posten bzw. allgemein um die „politische Karriere“ geht. Hierfür gibt es etliche Gründe, die aber nur zum Teil mit der familiären Situation der Politikerinnen in Verbindung stehen.

---

<sup>916</sup> Vgl. Ausführungen unter VII. 1.3. „Aufgabenverteilung, Vater- und Mutterrolle“.

<sup>917</sup> Im Bundestag wurde ein Stillraum für Mütter eingerichtet, der sich als wenig tauglich als Rückzugsraum für Mutter und Baby erwies: „Der Raum ist eine verrauchte Abstellkammer, die auch Putzleute gerne für ihre Pausen nutzen.“ Artikel auf Zeit Online von Corinna Emunds: „Heimliche Muttis“ vom 29.09.2006.

Es ist davon auszugehen, dass Frauen, die selber mit Zweifeln zu kämpfen haben, ob sie die mit einem politischen Amt verbundenen Aufgaben meistern und der Familie zugleich genügend Zeit und Aufmerksamkeit widmen könne, eher auf ein Amt verzichten. Vergleichbare Sorgen haben aber auch Frauen mit zeitintensiven Jobs in der ‚normalen Arbeitswelt‘. Eine Abgeordnete nannte im Interview als zentralen Unterschied zwischen Frauen und Männern: „Männer trauen sich grundsätzlich alles zu. Frauen fragen sich, geht das auch? Kann ich diesen Schritt gehen? Kriegt ich dann noch den Rest meines Lebens in den Griff?“ Aber weder für Väter noch für Mütter, die ein Bundestagsmandat ausüben oder auch vergleichbar oder stärker durch ihre politische Arbeit eingespannt sind, bleibt Zeit für ein intensives Familienleben mit dem/der Partner/in oder dem/n Kind/Kindern. In der Hauptsache sind es nicht sie, sondern der/die Partner/in und/oder andere Familienangehörige, die jene Zeit auffangen, die der Vater oder die Mutter in der Politik aufgrund ihrer politischen Tätigkeit nicht mit ihrem Nachwuchs verbringen können.

Gleichwohl muss die eingangs aufgestellte Hypothese, eine politische Karriere sei mit dem Familienleben – insbesondere wenn kleine Kinder vorhanden sind – nicht oder nur unter stark erschwerten Bedingungen zu vereinbaren, relativiert und in Teilen sogar revidiert werden. Sowohl Männern, als auch Frauen, die ein höheres politisches Amt ausüben, stehen Wege offen, die ihnen nicht nur ermöglichen, eine Familie zu haben, sondern – trotz aller genannten Herausforderungen, die ein Bundestagsmandat oder auch andere höhere politische Ämter mit sich bringen – auch ein Familienleben zu führen, das allerdings in höherem Maße zeitlichen Einschränkungen unterliegt.

Abschließend sei ein Ergebnis dieser Arbeit hervorgehoben, wonach Politikerinnen in Bezug auf ihr Familienleben an Selbstbewusstsein gewonnen haben und damit einen allgemeinen Trend repräsentieren<sup>918</sup>. Immer mehr junge Frauen trauen sich – aller Herausforderungen zum Trotz – ein politisches Mandat und Familie zu. Die junge Abgeordnete, die im Interview sagte, sie wolle während ihrer Zeit im Bundestag kein Kind bekommen, da sie bezweifle, dann ihrer Arbeit als Abgeordnete und vor allem auch ihrem Kind gerecht werden zu können, brachte später – im Amt – ein Kind zur Welt. Im Interview hatte sie davon gesprochen, sie habe einen „Klimawechsel“ festgestellt, seit sie im Parlament ist, der sie erfreut und zugleich ermutigt hat<sup>919</sup>. Auch fünf weitere Interviewpartner, darunter zwei Frauen, sind erstmalig oder

---

<sup>918</sup> Unabhängig davon, dass viele Politikerinnen ihr Familienleben öffentlich nicht thematisieren wollen, um den nach wie vor kritischen Umgang mit Müttern in der Politik zu meiden, wie ihn Kürschner/Siri beschrieben haben.

<sup>919</sup> „Es gibt ja sehr viele schöne Vorbilder von jungen Kolleginnen, die jetzt auch in den letzten Jahren hier im Bundestag die Sache ein bisschen normalisiert haben, indem sie ein Kind gekriegt haben und damit auch gut zurechtkommen. Obwohl man nicht genau weiß, wie wirklich die Karrierechancen der einen oder anderen gewesen wären – ich habe schon den Eindruck, dass die schon ein bisschen einen Klimawechsel erreicht haben [...], seit ich das beurteilen kann. Fand ich toll, das hat mich gefreut und auch ermutigt.“ (Interview mit Interviewpartnerin „K“).

nochmals Eltern geworden. Insgesamt lässt sich ein Trend zu mehr Familiengründungen ablesen. Dadurch und mit zunehmendem Engagement der Väter sollte sich die „natürliche“ Asymmetrie der Geschlechter in der Politik im Laufe der Zeit (weiter) abschwächen. Diese Entwicklung kann dazu beitragen, andere junge Menschen und insbesondere beruflich erfolgreiche Frauen zu motivieren, eine Familie zu gründen und Karriere und Familie miteinander zu vereinbaren.

## **Anhang**

## Literaturverzeichnis

**Ahrendt, Hannah:** „Vita Activa oder Vom tätigen Leben“, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1960.

**Ali, Tariq:** „Die Nehrus und die Gandhis – Eine indische Dynastie“, Heinrich Hugendubel Verlag, Kreuzlingen/München 2005.

**Aliaga, Christel:** „Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern“ in Statistik kurz gefasst – Bevölkerung und soziale Bedingungen, 4/2005, eurostat 2005.

**Allmendinger, Jutta und Haarbrücker, Julia und Fliegner, Florian:** „Lebensentwürfe heute – Wie junge Frauen und Männer in Deutschland leben wollen“, Kommentierte Ergebnisse der Befragung 2012, Discussion Paper P 2013–002, Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, September 2013.

**Althaber, Agnieszka und Hess, Johanna sowie Pfahl, Lisa:** „Karriere mit Kind in der Wissenschaft – Egalitärer Anspruch und tradierte Wirklichkeit der familiären Betreuungsarrangements von erfolgreichen Frauen und ihren Partnern“ in „Gemeinsam Karriere machen - Die Verflechtung von Berufskarrieren und Familie in Akademikerpartnerschaften“, Heike Solga (Hrsg.), Verlag B. Budrich, Opladen, Berlin 2011.

**Asgodom, Sabine** (Hrsg.) und Monica Weber-Nau: „Frauen machen Politik – So engagieren Sie sich; So finden Sie ihre Ziele; So setzen Sie sich durch“, ECON Taschenbuch Verlag, Diepholz 1995.

**Beck, Ulrich:** „Die Erfindung des Politischen – Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung“, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1993.

**Beck-Gernsheim, Elisabeth:** „Die Kinderfrage heute – Über Frauenleben, Geburtenrückgang und Kinderwunsch“, C.H. Beck, München 2006.

**Bergmann, Christine:** „Chancengleichheit in Beruf und Familie – für Männer und für Frauen“ in „Frauen – Karriere – Familie“, Hrsg. Bernd Fahrholz, Universum Verlagsanstalt, Wiesbaden 2001, S. 61 - 73.

**Best, Heinrich und Jahr, Stefan:** „Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland“, Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1/2006, S. 63 -79.

**Best, Heinrich / Edinger, Michael / Schmitt, Karl / Vogel, Lars:** „Zweite Deutsche Abgeordnetenbefragung 2007 – Dokumentation für den Deutschen Bundestag“ der Friedrich-Schiller-Universität Jena, Sonderforschungsbereich 580, Teilprojekt A3 – Delegationseliten nach dem Systemumbruch, Herausgeber: Heinrich Best und Maurizio Cotta, Oxford University Press 2007.

**Bolte, Karl Martin und Hradil, Stefan:** „Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland“, Leske Verlag + Budrich GmbH, 5. Auflage, Leverkusen 1984.

**Bourdieu, Pierre:** „Entwurf einer Theorie der Praxis“ (Original aus dem Jahr 1972), Suhrkamp, 2. Auflage, Frankfurt am Main 2009.

**Bourdieu, Pierre:** „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital“ in „Soziale Ungleichheiten“ (Soziale Welt, Sonderband 2), Herausgeber: Reinhard Kreckel, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1983, S. 183-198.

**Bourdieu, Pierre:** „Sozialer Raum und ‚Klassen‘, Leçon sur la leçon – Zwei Vorlesungen“, Suhrkamp, Frankfurt am Main 1985.

**Boysen, Jacqueline:** „Im Offenen zu Hause – Angela Merkel ist Deutschlands erste Kanzlerin. Das war so nicht vorgesehen“ im Magazin ZEIT Geschichte „Die Frauen und die Macht“, Nr. 4/2006, S. 54 -56.

**Brandt, Willy:** „Erinnerungen“, Propyläen Verlag, Ullstein, Frankfurt Main 1989.

**Brunsbach, Sandra:** „Machen Frauen den Unterschied? Parlamentarierinnen als Repräsentantinnen frauenspezifischer Interessen im Deutschen Bundestag“ in Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 42. Jahrgang, Heft 1 / 2011, S. 3 - 24.

**Bühler, Christoph:** „Soziales Kapital und Fertilität“ in „Sozialkapital – Grundlagen und Anwendungen“, Herausgeber: Axel Franzen und Markus Freitag, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 47/2007, S. 397 - 419.

**Burzan, Nicole:** „Soziale Ungleichheit – Eine Einführung in die zentralen Theorien“, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 3. Auflage, Wiesbaden 2007.

**Claas, Babette:** „Gleichberechtigt in den Parteien? – Der Gleichberechtigungsartikel und die Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Feministische Theorie und Politik, Herausgegeben von Barbara Schaeffer-Hegel, Centaurus Verlag, Herbolzheim 2000.

**Cornelißen, Waltraud** (Hrsg.): „1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland“, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2. Fassung, November 2005.

**Däubler-Gmelin, Herta:** „Sind Spitzenpolitiker einsam?“ in „Frauengeschichten aus dem Parlament“, herausgegeben von Rose Götte, Verlag Pfälzische Post GmbH, Neustadt Weinstraße, August 1991, S. 39 - 44.

**Davidson-Schmich, Louise K. und Kürschner, Isabelle:** „Stößt die Frauenquote an ihre Grenzen? Eine Untersuchung der Bundestagswahl 2009“ in Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1/2011, S. 25 - 34.

**Dierks, Marianne:** „Karriere – Kinder, Küche? Zur Reproduktionsarbeit in Familien mit qualifizierten berufsorientierten Müttern“ VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

**Edinger, Michael und Holfert, Claudia:** „Frauen im Parlament: Eroberung einer Männerbastion?“ in Gesellschaft Wirtschaft Politik, 54. Jahrgang, Band 1, 2005, S. 29 - 40.

**Fend, Helmut:** „Sozialgeschichte des Aufwachsens – Bedingungen des Aufwachsens und Jugendgestalten im zwanzigsten Jahrhundert“, Suhrkamp Verlag, Frankfurt Main 1988.

**Feltes, Torsten und Paysen, Marc:** „Soziale Lage, Schulerfolg und die Wirkung von Bildungsstandards“ in spw 7 / 2007 (Schwerpunkt: Aufstieg durch Bildung), Heft 159, S. 14 ff.

**Fischer, Jörn und Kaiser, André:** „Wie gewonnen, so zerronnen? Selektions- und Deselektionsmechanismen in den Karrieren deutscher Bundesminister“ in „Politik als Beruf – Neue Perspektiven auf ein klassisches Thema“, Reihe: Politische Vierteljahresschrift (PVS), Sonderheft 44/2010, Herausgeber: Michael Edinger und Werner Patzelt, Wiesbaden 2011, S. 192 - 212.

**Flicker, Eva:** „Der Diskurs „Frauenbewegung“ in den Medien“ in „medien – Politik – Geschlecht: feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung“, Herausgeber: Johanna Dorer, Brigitte Geiger, Regina Köpl, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, S. 124 -139.

**Gerhard, Ute:** „Frauenbewegung und Feminismus. Eine Geschichte seit 1789“, Verlag C. H. Beck, München 2009.

**Gerlach, Irene und Schneider, Helmut:** Thesenpapier Nr. 3/2010 „Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei Führungskräften“ des Forschungszentrums Familienbewusste Personalpolitik – FFP, Münster/Berlin 2010.

**Glaesner, Katja:** „Angela Merkel – mit „Soft Skills“ zum Erfolg?“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 50, 59/2009, S. 28 - 34.

**Götte, Rose** (Hrsg.): „Frauengeschichten aus dem Parlament“, Verlag Pfälzische Post, Neustadt Weinstraße 1991.

**Hammerschmid, Gerhard und Proeller, Isabelle und Reichard, Christoph und Röber, Manfred und Geißler, René:** „Verwaltungsführung heute – Ergebnisse einer Führungskräftebefragung in der deutschen Ministerialverwaltung“, ein Gemeinschaftsprojekt der Hertie School of Governance, der Universität Potsdam und der Universität Leipzig, Berlin 2010.

**Herzog, Dietrich:** „Politische Karrieren – Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen“, Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen, Gütersloh 1975.

**Herzog, Dietrich:** „Zur Funktion der Politischen Klasse“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, Herausgeber: Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein, Bouvier Verlag, Bonn/Berlin 1992, S. 126 - 149.

**Herzog, Dietrich:** „Politische Führungsgruppen – Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1982.

**Hildebrandt, Regine:** „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – meine Erfahrungen“ in „Frauen – Karriere – Familie“ von Bernd Fahrholz (Hrsg.) Universum Verlagsanstalt, Wiesbaden 2001, S. 75 - 85.

**Hoecker, Beate:** „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987.

**Hoecker, Beate:** „Politische Partizipation von Frauen – Kontinuität und Wandel des Geschlechterverhältnisses in der Politik“, Leske und Budrich, Opladen 1995.

**Hoecker, Beate:** „Ist die Politik (noch) ein männliches Geschäft?“ in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Herausgeber: Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007, S. 52 - 65.

**Holtz-Bacha, Christina und Nina König-Reiling** (Hrsg.): „Frauen in der Politik – Eine soziologische Studie“, Leske und Budrich, Opladen 1987.

**Holtz-Bacha, Christina:** „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Herausgeber: Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.

**Bujard, Martin und Dorbritz, Jürgen** (in Zusammenarbeit mit Evelyn Grünheid, Stephan Kühntopf, Detlef Lück, Robert Naderi, Jasmin Passet, Kerstin Ruckdeschel): „(Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland“, Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Dezember 2012.

**Hradil, Stefan:** „Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft – Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus“, Leske und Budrich, Opladen 1987.

**Hradil, Stefan:** „Soziale Ungleichheit in Deutschland“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 8. Auflage 2001 (im Nachdruck 2005), Wiesbaden 2005.

**Imdorf, Christian:** „Schulqualifikation und Berufsfindung – Wie Geschlecht und nationale Herkunft den Übergang in die Berufsbildung strukturieren“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005.

**Jäger, Wieland und Meyer, Hans-Joachim:** „Sozialer Wandel in soziologischen Theorien der Gegenwart“, Westdeutscher Verlag GmbH, Wiesbaden, (1. Auflage) 2003.

**Jürgens, Kerstin:** „Arbeits- und Lebenskraft: Reproduktion als eigensinnige Grenzziehung“, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006.

**Kelle, Nadiya:** „Grenzen des Wandels – Ein Vergleich über Jahrzehnte zeigt: Immer noch unterbrechen Mütter oft ihre Erwerbstätigkeit“ in WZB-Mitteilungen, Heft 143, März 2014, S. 13 - 15.

**Klein, Markus und Ohr, Dieter:** „Der Kandidat als Politiker, Mensch und Mann. Ein Instrument zur differenzierten Erfassung von Kandidatenorientierungen und seine Anwendung auf die Analyse des Wählerverhaltens bei der Bundestagswahl 1998“, in: ZA-Information (Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung der Universität zu Köln), Ausgabe 46, Mai 2000, S. 6 - 25.

**Kleinmeyer, Judith und Sandra Busch-Janser, Sandra (Hrsg.):** „Die Strippenzieherinnen. Welche Frauen stehen im Hintergrund“, polisphere library Berlin/München/Brüssel 2008.

**König, René:** „Die Familie der Gegenwart – Ein interkultureller Vergleich“, C.H. Beck, 3. Auflage, München 1978.

**König, René:** „Arbeit und Beruf in der modernen Gesellschaft“ Aufsatz „Der Beruf als Indiz sozialer Integration“, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Hansjürgen Daheim und Dieter Fröhlich, Leske und Budrich, Opladen 2002.

**Krais, Beate:** „Bildung als Kapital – Neue Perspektiven für die Analyse der Sozialstruktur?“ in „Soziale Ungleichheiten“ (Soziale Welt, Sonderband 2), Herausgeber: Reinhard Kreckel, Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen 1983.

**Kreckel, Reinhard:** „Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit“, Campus Verlag, Frankfurt/Main 1992.

**Kupsch, Melanie:** „Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Europa“, Schriftenreihe „Studien zur Familienforschung“, Band 16, Verlag Dr. Kovac, Hamburg 2006.



**Kürschner, Isabelle und Siri, Jasmin** „Politik mit Kind und Kegel – Zur Vereinbarkeit von Familie und Politik bei Bundestagsabgeordneten“, Aktuelle Analysen, Heft 58, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München 2011.

**Kurz, Karin:** „Die Familiengründung von Männern im Partnerschaftskontext. Eine Längsschnittanalyse zur Wirkung von Arbeitsmarktunsicherheiten“ in „Männer: Das ‚vernachlässigte‘ Geschlecht in der Familienforschung“, Sonderheft 4 der Zeitschrift für Familienforschung, Herausgeber: Angelika Tölke und Karsten Hank, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 178 -197.

**Limbach, Jutta und Willutzki, Siegfried** (Ehren-Vorsitzender des Deutschen Familiengerichtstages e.V.: „Die Entwicklung des Familienrechts seit 1949“ in „Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland – eine zeitgeschichtliche Analyse“, Herausgeber: Rosemarie Nave-Herz, Lucius & Lucius, Stuttgart 2002.

**Lukoschat, Helga und Walther, Kathrin:** „Karriere(n)ick Kinder. Mütter in Führungspositionen – ein Gewinn für Unternehmen“, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2006.

**Macha, Hildegard:** „Rekrutierung von weiblichen Eliten“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 10, 54/2004, S. 25 - 32.

**Martens, Bernd und Vogel, Lars und Gerstenhauer, Daniel:** „Eliten in Politik und Wirtschaft im wiedervereinigten Deutschland“ in SFB 580 Mitteilungen 2012, Heft Nr. 39/2012.

**Matthies, Hildegard:** „Männerkultur bremst weibliche Karrieren“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 7, 57/2007, S. 32 - 38.

**Merkel, Angela:** „Mut haben – Chancen ergreifen“ in: „Mut zur Macht in Frauenhand“, herausgegeben von Rita Süßmuth, Verlag Busse Seewald GmbH, Herford, 2001, S. 363 - 371.

**Metz-Göckel, Sigrid:** „Exzellente Bildung von Frauen – Die internationale Frauenuniversität als Forum einer Weltelite gebildeter Frauen“ in „Willkommen im Club? – Frauen und Männer in Eliten“, Herausgeberin Regina-Maria Dackweiler, Schriftenreihe Forum Frauen- und Geschlechterforschung. Verlag westfälisches Dampfboot, Band 20, Münster 2007, S. 109 -125.

**Meyer, Birgit:** „Frauenpolitik und Frauenleitbilder der Parteien in der Bundesrepublik“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 34-35, 1990, S. 16 - 24.

**Meyer, Birgit:** „Frauen im Männerbund – Politikerinnen in Führungspositionen von der Nachkriegszeit bis heute“, Campus Verlag, Frankfurt Main 1997.

**Meyer, Thomas:** „SPD, Politische Klasse und politische Kultur“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, Herausgeber: Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein, Bouvier Verlag, Bonn/Berlin 1992, S. 172 - 190.

**Miegel, Meinhard:** „Nachdenken über Eliten“ in „Die politische Klasse in Deutschland – Eliten auf dem Prüfstand“, Herausgeber: Thomas Leif, Hans-Josef Legrand, Ansgar Klein, Bouvier Verlag, Bonn/Berlin 1992, S. 66 - 82.

**Nave-Herz, Rosemarie:** Wandel und Kontinuität in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in Deutschland“ in: „Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland – Eine zeitgeschichtliche Analyse“, Herausgeber: Rosemarie Nave-Herz, Lucius & Lucius, Stuttgart 2002.

**Nave-Herz, Rosemarie:** „Die Geschichte der Frauenbewegung in Deutschland“, 5. Auflage, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1997.

**Peuckert, Rüdiger:** Familienformen im sozialen Wandel“, 5. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004.

**Pfarr, Heide M. und Fuchsloch, Christine:** „Quoten und Grundgesetz. Notwendigkeit und Verfassungsmäßigkeit von Frauenförderung“, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1988.

**Pfeiffer, Ulrich und Braun, Reiner:** „Lebensökonomie als (mögliches) Leitbild einer nachhaltigen Familienpolitik“, Forschungsinstitut „empirica“, im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, März 2005.

**Pollmann-Schult, Matthias und Wagner, Mareike:** „Vaterschaft im Kontext – Wie die Familiengründung die Erwerbstätigkeit von Männern beeinflusst“ in WZB-Mitteilungen, Heft 143, März 2014, S. 19 - 22.

**Reichart-Dreyer, Ingrid:** Von der Basis an die Spitze: Frauenaufstieg in den Parteien der BRD“ in „Willkommen im Club? – Frauen und Männer in Eliten“, Hrsg. Regina-Maria Dackweiler, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2007, S. 169 - 186.

**Roth, Claudia:** „Das Politische ist privat. Erinnerungen für die Zukunft“, Herausgeber: Michel Friedmann, Aufbau-Verlag, Berlin 2006.

**Schäfers, Bernhard:** „Elite“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 10, 54/2004, S. 3 - 6.

**Schmidt, Manfred G.:** „Das politische System Deutschlands“, Verlag C.H. Beck, München 2007.

**Schmidt, Renate:** „S.O.S. Familie – ohne Kinder sehen wir alt aus“, Rowohlt, Berlin 2002.

**Schneider, Helmut und Gerlach, Irene und Juncke, David und Krieger, John:** „Betriebswirtschaftliche Ziele und Effekte einer familienbewussten Personalpolitik“, Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik – Arbeitspapier Nr. 5, Münster/Berlin, Dezember 2008.

**Schnitger, Elke:** „Frauen und Parlamente – Verhältnisse und Verhinderungen“, bis – Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, Oldenburg 1990.

**Schöler-Macher, Bärbel:** „Die Fremdheit der Politik – Erfahrungen von Frauen in Parteien und Parlamenten“, Deutscher Studienverlag, Weinheim 1994.

**Schüttemeyer, Suzanne S.:** „Politische Führung im Parlament“ in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Band 2-3, 60/2010, S. 1 - 26.

**Semenova, Elena:** „How to become an MP: Die Rekrutierung von deutschen und russischen Parlamentariern im Vergleich“, Sonderforschungsbereich 580 der Friedrich-Schiller-Universität Jena, SFB 580 Mitteilungen, Heft 28, September 2008.

**Simonis, Heide:** „Unter Männern – Mein Leben in der Politik“, Deutscher Taschenbuchverlag, München 2003, aktualisierte Auflage Dezember 2004.

**Simonis, Heide:** Vorwort in „Warum nicht gleich? Wie die Medien mit Frauen in der Politik umgehen“, Herausgeber: Christina Holtz-Bacha, Nina König-Reiling, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.

**Speitkamp, Winfried:** „Jugend in der Neuzeit – Deutschland vom 16. bis zum 20. Jahrhundert“, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1998.

**Süßmuth, Rita:** Vorwort in „Mut zur Macht in Frauenhand“, herausgegeben von Rita Süßmuth, Verlag Busse Seewald GmbH, Herford, 2001, S. 13 - 15.

**Süßmuth, Rita:** „Die Frauenfrage – Aufbruch, Rückschläge und Widersprüche“ in „Mut zur Macht in Frauenhand“ (Hrsg. Rita Süßmuth), Verlag Busse Seewald, Herford 2001, S. 18 - 28.

**Weber, Max:** „Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus“, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Band 1, Mohr Siebeck Verlag, Tübingen 1920.

**Weber, Max:** „Politik als Beruf“, Vortrag von 1919 mit einem Vorwort von Marianne Weber (1926), Vierte Auflage, Duncker & Humblot, Berlin 1964.

**Weber-Nau, Monica:** „Frauen machen Politik“, Herausgeberin: Sabine Asgodom, ECON Taschenbuch Verlag, Düsseldorf 1995.

Portrait von Ulla Schmidt, S. 34 - 38.

Portrait von Ilse Aigner, S. 126 - 131.

Portrait von Monika Griefahn, S. 215 - 220.

Portrait von Jutta Hermann, S. 237 - 240.

**Werner, Claudia Sandra:** „Die Frauenerwerbstätigkeit in Deutschland – Entwicklung von der Industrialisierung bis heute“, VDM Verlag Dr. Müller, Saarbrücken 2006.

**Willke, Gerhard:** „Die Zukunft unserer Arbeit“, Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung, Buchdruckerei und Verlag Niedersachsen, Hannover 1998.

## **Artikel aus Zeitschriften und Internet (Auswahl):**

Duda, Anna Yvonne: „Elternzeit: Mandat ja, Kind nein?“ auf [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 07.07.2008.

Emundts, Corinna: „Heimliche Muttis“ auf [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 29.09.2006.

Feldenkirchen, Markus und Kullmann, Kerstin: „Politikerehen - Das Leben des anderen“ in Der Spiegel 35/30.08.2010.

Groll, Tina: „Jetzt kann Kristina Schröder Vorbild sein“ auf [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 19.1.2011.

Flothmann, Karin: „Das Leben als Politikerin ist familienunfreundlich“ auf [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 06.09.2011.

Gathmann, Florian und Reimann, Anna: „Politiker und Familie: Die Freizeit nehm ich mir“ auf [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 13.03.2012.

Güßgen, Florian: „Auf Tour mit von der Leyen - Merkels Kinder-Frau“ auf [www.stern.de](http://www.stern.de), 12.09.2005.

Holl, Thomas: „Nach Hausfrauenart“ auf [www.faz.net](http://www.faz.net), 22.04.2013.

Kailitz, Susanne: „Mütter im Bundestag – Mama regiert, Mit Kindern an die Macht, geht das? Immer mehr junge Mütter sagen: Ja. Und wollen als Abgeordnete in den Bundestag“ auf [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 13.07.2013.

König, Michael: „Kanzler-Sohn schreibt Memoiren – Ich der Sohn von Kohl“ auf [www.sueddeutsche.de](http://www.sueddeutsche.de) (mit Bezug auf das Buch von Walter Kohl: „Leben oder gelebt werden - Schritte auf dem Weg zur Versöhnung“, Integral Verlag, München 2011), 24.01.2011.

Leßnerkraus, Patricia: „Mein Ehrgeiz ist völlig befriedigt, und ich kann mein Kind genießen“ auf [www.welt.de](http://www.welt.de), 21.04.2007.

Lorenz, Robert und Micus, Matthias: „Politische Quereinsteiger“ auf [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 12.09.2009.

Monath, Hans: „Lottes Mutter will kämpfen“ auf [www.zeit.de](http://www.zeit.de), 15.09.2011.

Reimann, Anna: „Kristina Schröder - Mama, Ministerin, Machtspiele“ auf [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 14.09.2011.

Schmitt, Sabine „So umsorgt der deutsche Staat die Familie“ auf [www.welt.de](http://www.welt.de), 24.01.2010.

Thimm, Katja: „Abends in die Elternschule“ in Der Spiegel Nr. 29/18.07.2005.

Weiguny, Bettina: „Karrierefrauen: Schön, erfolgreich und ohne Mann“ auf [www.faz.net](http://www.faz.net), 07.09.2009.

Spannagel, Heike: „Mit dem Kinderwagen nach Berlin“ – BZ-Serie „Stimmen 2009“ (Teil 5) auf [www.badische-zeitung.de](http://www.badische-zeitung.de), 18. 09.2009.

## Nachweis über verwendete Grafiken

Grafik 1: „Erwerbstätige Eltern, die Teilzeit arbeiten, 2009“ / **Seite 71.**

Quelle: Statistisches Bundesamt, Qualität der Arbeit, Wiesbaden 2010.

Grafik 2: „Ein Fünftel aller Beschäftigten mit Minijob“ / **Seite 73.**

Quelle: Alexander Herzog-Stein, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2010.

Grafik 3: „Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern nach dem Alter im Jahr 2006“ / **Seite 76.**

Quelle: Statistisches Bundesamt, „Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern“, Veröffentlichung vom 26.08.2008, Wiesbaden 2008.

Grafik 4: „Werte der Wichtigkeitsmerkmale“ im Rahmen der Studie „(Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland“ / **Seite 78.**

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, Wiesbaden, Dezember 2012 (unter Verwendung von Daten der Erhebung durch „pairfam“, Welle 1 aus 2008/2009).

Grafik 5: „Berufs-Image“. Von Beamtenbund und Tarifunion beauftragte Umfrage, die jährlich durchgeführt wird. Ergebnisse vorgestellt am 10.10.2012. Befragt wurden im Mai 2012 rund 3000 Bürger/innen / **Seite 116.**

Grafik 6: „Kinder der Bundesminister/innen und Bundestagsabgeordneten im Durchschnitt“ / **Seite 128.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 7: „Vergleich des prozentualen Anteils von Frauen und Männern und den Eltern der befragten Bundestagsabgeordneten“ / **Seite 167.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 8: „Zusammengefasste Geburtenziffer“ / **Seite 169.**

Quelle: Pressemitteilung Nr. 327 vom 04.09.2009 des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden 2009.

Grafik 9: „Kinder der befragten Abgeordneten nach Altersgruppen“ / **Seite 172.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 10: „Frauen und Männer mit und ohne Kinder nach Jahrgängen und im Jahr 2006 unter und über 40 Jahre alt“ / **Seite 174.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 11: „Vergleich aller Kinder von Abgeordneten mit den hiervon während Ausübung des Bundestagsmandats geborenen Kindern“ / **Seite 175.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 12: „Partner/in berufstätig ja/nein? Abgeordnete insgesamt im Vergleich zu den Abgeordneten darunter, die Kinder unter 18 Jahren haben“ / **Seite 179.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 13: „Mandatsübernahme der Befragungsteilnehmer/innen“ / **Seite 181.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 14: „Antworten auf die Frage „Vereinbarkeit von Karriere und kleinen Kinder“ unterteilt in Altersgruppen“ / Seite 192.

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 15: „Sicht der Frauen zu „Karriere und Familie ‚unter einen Hut‘ bringen“ / **Seite 194.**

Grafik 16: „Sicht der Männer zu „Karriere und Familie ‚unter einen Hut‘ bringen“ / **Seite 194.**

Quelle: eigene Erhebungen.

Grafik 17: „Wenn es allgemein um die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere geht, haben es Frauen im Vergleich zu Männern ...nicht schwerer (1), ...schwerer (2), ...erheblich schwerer (3)?“ / **Seite 230.**

Quelle: eigene Erhebungen.

## Fragebogen

(ohne Anschreiben)

<b>Vorfragen</b>	Personenstand:	ledig <input type="checkbox"/>
Frau <input type="checkbox"/>		verheiratet <input type="checkbox"/>
Mann <input type="checkbox"/>		in Partnerschaft <input type="checkbox"/>
Geburtsjahr <input type="text"/>		geschieden <input type="checkbox"/>
		oder getrennt lebend <input type="checkbox"/>
Ausbildung _____	Haben Sie Kinder?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
_____	Wenn ja, wie viele?	<input type="text"/>
ausgeübte Tätigkeit vor dem Mandat _____	In welchem Alter?	<input type="text"/>
_____	Ist Ihr Partner/Ihre Partnerin berufstätig?	ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>
	Seit wann sind Sie Abgeordnete(r) des Deutschen Bundestages?	<input type="text"/>

**Falls Sie ein Kind/Kinder haben, beantworten Sie bitte die folgenden Fragen:**

*(Sonst weiter auf Seite 3)*

War es für Sie selbstverständlich, ein Kind/Kinder zu haben? ja  nein

Wollen Sie oder wollten Sie eigentlich ein weiteres Kind haben? ja  nein

Haben Sie länger überlegt, ob Sie ein Kind/Kinder haben wollen? ja  nein

Haben Sie länger überlegt, wann der richtige Zeitpunkt wäre? ja  nein

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Haben Sie den Eindruck, dass die Geburt Ihres/Ihrer Kind(er) Ihre politische Karriere beeinflusst hat? ja  nein

**Wenn ja, bitte schildern Sie die Veränderungen:**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Falls Sie höhere politische Ämter übernahmen, nachdem Ihr(e) Kind(er) schon in die Schule ging(en): Würden Sie rückblickend sagen, Sie hätten, als Ihr(e) Kind(er) kleiner waren, Karriere und Familie „unter einen Hut bringen“ können? ja  nein

Glauben Sie, dass Ihre politische Karriere anders verlaufen wäre, wenn Sie keine Mutter bzw. kein Vater wären? ja  nein

**Wenn ja, warum?**

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

Wer betreut/betreute überwiegend Ihr(e) Kind(er)?	ich	<input type="checkbox"/>
	meine Partnerin/ mein Partner	<input type="checkbox"/>
	ein anderes Familienmitglied	<input type="checkbox"/>
	ein(e) angestellte(r) Betreuer(in)	<input type="checkbox"/>
Werden/wurden Ihr(e) Kind(er) betreut ...		
	in einer Krippe?	<input type="checkbox"/>
	in einem Kindergarten?	<input type="checkbox"/>
	von einer Tagesmutter?	<input type="checkbox"/>
Falls Sie zur Betreuung Ihres Kindes/Ihrer Kinder Arbeitskräfte beschäftigen:		
	Für wie viele Wochenstunden?	<input type="text"/>
Wie viel Zeit bleibt Ihnen für Ihr(e) Kinde(r) im Schnitt?		
	In Sitzungswochen (ca. Stunden pro Woche):	<input type="text"/>
	In Wahlkreiswochen (ca. Stunden pro Woche):	<input type="text"/>

Haben/hatten Sie regelmäßig Zeit...				
...für gemeinsame Mahlzeiten, für das Zubettbringen/die Gutenachtgeschichte?	öfters	<input type="checkbox"/>	selten	<input type="checkbox"/>
	manchmal	<input type="checkbox"/>	nie	<input type="checkbox"/>
...für die Unterstützung bei Hausaufgaben o.ä.?	öfters	<input type="checkbox"/>	selten	<input type="checkbox"/>
	manchmal	<input type="checkbox"/>	nie	<input type="checkbox"/>
...sich jederzeit die Sorgen des/der Kindes/er anzuhören?	öfters	<input type="checkbox"/>	selten	<input type="checkbox"/>
	manchmal	<input type="checkbox"/>	nie	<input type="checkbox"/>
...für gemeinsame Unternehmungen/Reisen?	öfters	<input type="checkbox"/>	selten	<input type="checkbox"/>
	manchmal	<input type="checkbox"/>	nie	<input type="checkbox"/>
...um die Entwicklungsschritte Ihres/Ihrer Kindes/er im Einzelnen verfolgen zu können?	öfters	<input type="checkbox"/>	selten	<input type="checkbox"/>
	manchmal	<input type="checkbox"/>	nie	<input type="checkbox"/>
Machen Sie sich Gedanken darüber, dass Sie mandats- bedingt wenig Zeit für Ihr/Ihre Kind/er haben/hatten?	öfters	<input type="checkbox"/>	selten	<input type="checkbox"/>
	manchmal	<input type="checkbox"/>	nie	<input type="checkbox"/>

**Falls Sie keine Kinder haben,  
beantworten Sie bitte die folgenden Fragen:**

Wollen Sie noch Kinder bekommen?	ja	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>
			unentschlossen	<input type="checkbox"/>
Hätten Sie eigentlich Kinder haben wollen?	ja	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>

**Wenn ja:** Sie haben keine Kinder trotz Kinderwunsches,

weil Sie den/die richtige(n) Partner(in) nicht fanden?	ja	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>
aus medizinischen Gründen?	ja	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>
weil Sie zunächst beruflich und/oder in der Politik vorwärts kommen wollten und den richtigen Zeitpunkt verpassten?	ja	<input type="checkbox"/>	nein	<input type="checkbox"/>

Aus welchen anderen Gründen sind Sie trotz Kinderwunsches kinderlos?

---



---



---



**Wenn nein:** Aus welchen Gründen wollten oder wollen Sie keine Kinder haben?

---

---

---

---

### Allgemeine Fragen

Wie viele Wochenstunden nimmt Ihr Abgeordneten-Mandat in Anspruch?

von  bis zu  St./W.

Wie viele Wochenstunden verbringen Sie mit Ihrer Familie?

von  bis zu  St./W.

Würden Sie die vorherigen Fragen anders beantworten, wenn Sie kein(e) Abgeordnete(r) wären und einen anderen Beruf ausüben würden?

ja  nein   
unentschieden

**Wenn ja, warum?**

---

---

---

Glauben Sie, dass Abgeordnete in Bezug auf Familienleben eine Vorbildfunktion haben?

ja  nein

Glauben Sie, dass Abgeordnete in Bezug auf die Zahl ihrer Kinder eine Vorbildfunktion haben?

ja  nein

Ist Ihr(e) Partner(in) ebenfalls (gesellschafts-)politisch aktiv und bekleidet ein Amt? **Wenn ja, welches Amt (Ämter)?**

ja  nein

Würden Sie aus Rücksicht auf Ihren Partner/Ihre Partnerin auf Ihr Mandat oder einen weiteren Karriereschritt verzichten?

ja  nein   
unentschieden

Wenn es allgemein um die Vereinbarkeit von Familie und politischer Karriere geht, haben es Frauen Ihrer Ansicht nach im Vergleich zu Männern ... ?

nicht schwerer   
schwerer   
erheblich schwerer

**Bitte begründen Sie Ihre Antwort.**

---

---

---

**Ihre Anmerkungen:**

---

---

**Vielen Dank!**

## Interviews

Männliche Interviewpartner

S. 16 - 76

<b>Interview-partner</b>	<b>Nord-/Ost-/West-/Süd-Deutschland</b>	<b>Familienstand, Kinder? (Alter Kind/Kinder)</b>	<b>Interview geführt im Jahr</b>
A	Süd	ledig, keine Kinder	2005
B	West	verheiratet, 3 Kinder (7, 4 und 3 Jahre)	2006
C	Süd	verheiratet, keine Kinder	2006
D	Ost	verheiratet, keine Kinder, aber wird Vater (Frau schwanger)	2006
E	Nord	ledig, keine Kinder	2006
F	Nord	verheiratet, 1 Kind (14 Jahre)	2006
G	Nord	verheiratet, keine Kinder	2006
H	Ost	verheiratet, keine Kinder, aber wird Vater (Frau schwanger)	2006
I	Süd	verheiratet, 3 Kinder (12, 10 und 5 Jahre)	2006
J	West	verheiratet, 4 Kinder (8, 3 und 2x 0,5 Jahre)	2008

Weibliche Interviewpartner

S. 77 - 189

<b>Interview-Partnerin</b>	<b>Nord-/Ost-/West-/Süd-Deutschland</b>	<b>Familienstand, Kinder? (Alter Kind/Kinder)</b>	<b>Interview geführt Jahr</b>
K	West	verheiratet, (noch) keine Kinder	2005
L	Nord	Getrennt lebend, 2 Kinder (14 und 12 Jahre)	2005
M	Süd	verheiratet, 1 Kind (2 Jahre)	2006
Zweites Interview: N		1 Kind (4 Jahre)	2008
O	West	ledig, keine Kinder	2006
P	West	verheiratet, 3 Kinder (11 bis 16 Jahre)	2006
Q	West	in Partnerschaft, keine Kinder	2006
R	Süd	getrennt lebend vom Vater ihres Kindes (5 Jahre)	2006
S	Ost	geschieden, keine Kinder	2006
T	Süd	in Partnerschaft, keine Kinder	2006
U	Ost	verheiratet, 1 Kind (1,5 Jahre)	2006
V	Nord	verheiratet, 2 Kinder (12 und 10 Jahre)	2006
W	Ost	geschieden, 1 Kind (20 Jahre)	2006
X	Süd	In Partnerschaft, Partner hat zwei Kinder (13 und 9 Jahre)	2006
Y	West	in Partnerschaft, 1 Kind (1 Jahr)	2008
Z	Süd	verheiratet 3 erwachsene Kinder aus 1. Ehe	2008

Zum Zweck der Anonymisierung wurden die Bundesländer wie folgt in Gruppen zusammengefasst: „Nord“ umfasst Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein; „Ost“ umfasst Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen; „Süd“ umfasst Baden-Württemberg und Bayern und „West“ umfasst Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland.

In den Interviews tauchen an zahlreichen Stellen Einschübe der Verfasserin/Interviewerin in Form von eckigen Klammern auf: [...]. Diese sollen in den meisten Fällen kennzeichnen, dass zum Zweck der Anonymisierung Auslassungen erfolgt sind oder Bezeichnungen und Namen ersetzt wurden, wie beispielsweise [ein Amt], [das Bundesland] oder [eine Stadt], die Rückschlüsse auf den/die Abgeordnete/n zulassen würde. An wenigen Stellen sind in den Klammern aber auch Wörter ergänzt worden, die das Erfassen einzelner Sätze erleichtern sollen. Darüber hinaus sind die eckigen Klammern an verschiedenen Stellen auch auf bewusst vorgenommene Auslassungen weiterführender Erläuterungen [...] einzelner Interviewpartner/innen zurückzuführen, die nicht für die Untersuchung als relevant erachtet wurden.

#### Interview mit Heide Simonis

S. 190 - 199

Heide Simonis (SPD), Jahrgang 1943, gehörte von 1976 bis 1988 dem Deutschen Bundestag an. 1976 wurde sie als Direktkandidatin in Schleswig Holstein für den Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde gewählt und war zur damaligen Zeit die jüngste Bundestagsabgeordnete. Im Anschluss an den Bundestag war sie von 1988 bis 1993 zunächst Finanzministerin und von 1993 bis 2005 Ministerpräsidentin von Schleswig-Holstein. Simonis ist verheiratet und hat keine Kinder.

Das Interview fand im Juli 2006 in Kiel statt und wird hier im Einverständnis von Heide Simonis veröffentlicht.

## Interviewpartner A

*Wie sieht Ihr politischer Werdegang aus?*

[A berichtet von seinen politischen Anfängen in der Schüler- und Jugendarbeit, unter anderem als Vorsitzender des Landesschülerbeirats in seinem Bundesland und als Schülersprecher und seinem langjährigen Engagement bei der Jugendorganisation seiner Partei. Unter anderem bis 2001 war er Landesvorsitzender.] Kurz nach meinem Eintritt in die Partei hat es mich schon in den Landesvorstand [der Partei-Jugendorganisation] gespült. Es haben sich schon bald Türen geöffnet, da ich mich engagiert habe und es nahm seinen Weg.

*Welche Motivation gab es für Sie, in die Politik einzusteigen und gab es einen auslösenden Moment, einer Partei beizutreten?*

Eine wichtige Frage für mich war immer, wie können sich junge Leute einbringen und das war sehr kommunal- und landespolitisch geprägt. Der auslösende Moment, wo ich mir sagte, du musst mehr als Initiativen auch im Kompromiss mit einer Partei machen, der kam durch den Asylkompromiss und durch ausländerfeindliche Übergriffe. Da habe ich mir gesagt, du musst auch gesellschaftlich mehr machen. Für mich war schon immer die Frage nach Generationengerechtigkeit wichtig. Auch dies war ein auslösender Moment und weshalb ich auch genug Motivation für die eher schwierigen Momente im politischen Ehrenamt gefunden habe – die Überzeugung, man muss da was machen. Die Frage, wie steht es um die öffentlichen Finanzen, die Frage, wie organisiert man eine Gesellschaft nachhaltig. Das war neben den klassischen Themen [meiner Partei] ein entscheidender Impuls für das Engagement.

*Können Sie sich erinnern, dass Sie sich irgendwann vorgestellt haben, das könnte ich ja auch beruflich machen – anders gefragt: gab es einen Moment, wo Sie gedacht haben, ich will höher hinaus?*

Dem Engagement folgten immer die Möglichkeiten. Über das Engagement öffneten sich immer die Türen. Es war nicht der große Plan, Bundestagsabgeordneter zu werden und dass ich geguckt habe, wie komme ich da hin, sondern es ist so entstanden, es hat sich immer der logisch nächste Schritt angeschlossen.

Ich konnte mir das schon immer vorstellen mehr zu machen als Ehrenamt. Aber es war nicht so, dass das der Spielplan war, wo ich mit 18 gesagt hab, ich trete da jetzt ein, weil ich mit 28 Jahren Bundestagsabgeordneter sein will. So rum lief das nicht. Ich bin auch überzeugt, dass es so rum nicht geht.

*Als es um die Nominierung für die Landesliste ging...?*

...Da war ich Mitarbeiter in der Landtagsfraktion und da war die Situation, die ersten Anfragen kamen [...]. Und als dann die ersten Kreisverbände fragten – nach dem Motto, du hast ja durchaus eine Chance im Mittelbereich zu kandidieren – willst du nicht bei uns antreten? Ich war in meiner dritten Legislatur im Landesvorstand und bis kurz davor Vorsitzender [der Partei-Jugendorganisation] in [Bundesland] gewesen. Da kamen die Anfragen und ich dachte, wahrscheinlich musst du einfach mal so eine Kandidatur machen und springen. An Platz [...] glaubt keiner, aber ich hatte auf Platz [...] zumindest eine Nachrückperspektive gesehen. Und da habe ich gesagt, jetzt machst du das. Es war damals auch nicht klar, dass das tatsächlich mit einem Mandat endet, wegen der schlechten Umfragen. Und ich hab gesagt, ich will da was reißen im Wahlkampf und am Ende kam mit etwas Glück auch tatsächlich das Mandat bei raus. Aber das war ein wirkliches Kampfergebnis. Die Situation kam auch schneller als geplant. Ich hatte gerade mit einem Kollegen [mich selbstständig gemacht]. Ich dachte eher, das wäre eine Nachrückperspektive oder ein „Sich-in-Stellung-bringen“ für die nächste Bundestagswahl.

*Waren Sie damals in einer Partnerschaft?*

Zum Zeitpunkt der Wahl ja. Das hat dann aber nicht lange gehalten.

*Hat das mit Ihren ganzen Aktivitäten zu tun gehabt?*

Nicht nur. Es gibt ja oft vielfältige Gründe. Dann kam aber der ganze räumliche Umbruch als Katalysator hinzu. Ich war in der Situation, dass ich in [Stadt] gewohnt und gearbeitet habe. Der Wahlkreis war in [Stadt]. Auf einmal war klar, in Zukunft würde es [Stadt] – Berlin sein und [Stadt] fiel räumlich raus. Das ging nicht lang gut. Sicher gab es auch andere Gründe, aber das hat schon mit reingespielt. Der Lebensrhythmus ändert sich völlig, wenn sich das örtlich komplett umkrempelt. In einer Beziehung, wo nicht alles rund läuft, ist so was schnell der Punkt, der die Entscheidung mit sich bringt, sich zu trennen.

*Meinen Sie, es ist schwieriger, eine Partnerschaft aufzubauen, wenn man politisch so eingespannt ist, wie Sie es sind?*

Ich glaube schon. Zeitlich ist das was anderes, als ein normaler Job. Natürlich gibt es Abgeordnete, die das sehr unterschiedlich machen. Ich hab mir gesagt, als ich hier angekommen bin, wenn ich schon hier bin, dann mach ich's auch richtig und umgehe die Arbeit nicht. Eine Schwierigkeit ist aber natürlich auch, dass mein Wahlkreis so weit entfernt ist. Der Sprung vom Ehrenamt zum Mandat ist schon groß. Da verändert sich viel im Leben. In einen Landtag ist es natürlich auch ein großer Sprung, aber da gibt es die räumliche Trennung nicht. Es gibt selten mal eine Woche, wo ich auf unter 80 Arbeitsstunden komme. Das ist ein Job, da kann man halt nicht sagen, ich bin um sieben daheim und dann gibt's Abendbrot.

*Hypothetisch gedacht, könnten Sie sich vorstellen Kinder zu haben?*

Ja. Es ist zwar nicht so, dass ich sage, wenn ich vierzig bin will ich drei Kinder haben. Ein Ziel ist es vielleicht nicht, aber eine Vorstellung, Kinder zu haben. Ich weiß schon, dass man sich als Mann mit dreißig in Hinblick auf Kinder jünger fühlt als das bei Frauen der Fall ist.

*Könnten Sie sich vorstellen – angenommen Sie hätten eine Familie und eine Frau, die auch berufstätig ist – dass Sie sich so einschränken würden, dass Sie weniger Termine wahrnehmen und sich ein Stück weit auch um die Kinder kümmern könnten?*

Also, das kann ich mir ganz schwierig vorstellen. Ich habe zwar Kolleginnen, die das tatsächlich hinkriegen und das finde ich auch bewundernswert. Aber ich könnte – auch wenn ich's notfalls mache – mir nur schwierig vorstellen, wie ich das dann mache. Das Wochenende freihalten und mal was mit den Kindern machen ist ja was anderes als die Erziehungsarbeit zu leisten. Also, ich habe da großen Respekt vor der ein oder anderen alleinerziehenden Mutter im Parlament. Aber bei dem was ich mache und wie ich's mache, kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, wie ich das hinkriegen würde. Da müsste ich mein Pensum schon ordentlich zurückschrauben. Ich würde da auch in Schwierigkeiten kommen, mit dem was ich als meine Verantwortung sehe. Ich könnte jeden Tag am Stück 24 Stunden Termine machen und ich weiß so schon nicht, wie ich alle wahrnehmen soll und habe so schon ein schlechtes Gewissen, wenn ich was absagen muss.

Wahrscheinlich ändert sich das erst, wenn du ein kleines schreiendes Kind daheim hast. Mir fehlt da das Vorstellungsvermögen, aber vielleicht ist vieles dann doch einfach unwichtiger, als es jetzt ist. Ich vermute, meine Partnerin und nicht ich hätte die tragende Rolle.

Ich würde sagen, dass auch hier eine entscheidende Rolle die räumliche Situation ist. Es scheint mir gerade in der Familiengründungsphase einfacher, wenn die Basis Berlin wäre, wo die Familie wohnt.

*Glauben Sie, dass die Situation komplett anders wäre, wenn Sie bei Ihrer selbstständigen Arbeit geblieben wären?*

Ich wäre ja stabiler an einem Ort – auch wenn hier und da mal Auslandsreisen angestanden hätten. Mit meiner [vorherigen] Tätigkeit als [...] ist es aber gar nicht zu vergleichen.

*Gerade die Männer in der CDU/CSU haben viele Kinder.*

Es ist die Altersfrage, die da eine Rolle spielt. Wenn man sich die Altersstruktur bei [meiner Partei] ansieht, liegen wir bei der Kinderzahl, glaube ich, im Schnitt der durchschnittlichen Kinderzahl. Bei meinem 10-jährigen Abitreffen waren wir alle erstaunt, dass nur wenige Kinder hatten. Aber das sind auch alles Akademiker und die kriegen heute keine Kinder oder erst später.

[...]

*Sehen Sie im Vergleich zu Ihren Bekannten außerhalb der Politik bei Ihren Kollegen und Kolleginnen im Bundestag andere Probleme in Punkto Familie?*

Ich muss dazu sagen, dass ich bei vielen gar nicht weiß, wie der familiäre Stand ist. Bei den Jüngeren in unserer Fraktion liegen wir soweit ich weiß gut im Schnitt.

[Hier musste das Interview abgebrochen werden, da Interviewpartner A einen wichtigen Anruf erhielt und anschließend einen weiteren Termin wahrnehmen musste.]

## Interviewpartner B

*Meine Einstiegsfrage ist, wie Sie zur Politik gekommen sind und die nach dem Moment, an dem Sie sich entschieden haben: Politik, das ist meins und das will ich auch zum Beruf machen?*

Wobei ich als erstes widersprechen würde, dass das ein Beruf ist. Das erzähl ich immer meinem Sohn. Der kriegt in der Schule schon gesagt, wird ihm vorgehalten: Dein Papa ist doch von Beruf Politiker. Und dann sagt mein Sohn: Mein Papa ist von Beruf [...]. Deswegen sage ich bewusst, wenn man sich schon selber vorhält, dass das Beruf ist, ist die Perspektive schon eine andere: Ich muss das weitermachen, es ist mein Job. Ich muss dabei bleiben. Also fangen wir an mit der Frage: Gibt es ein Kernelement dessen, was die Initialzündung ausgemacht hat? [Im Jahr...] während des Studiums saß ich vor dem Fernseher mit meinen Freunden, sah Panorama oder andere Sendungen über Politiker, was sie nicht können oder was sie falsch machen. „Diese Idioten, die kriegen ja gar nichts hin, das können ja wir besser.“ Da hat einer gesagt: „Nee, das können wir nicht besser.“ Von den damals anwesenden sechs haben vier gesagt: „Kommt, wir probieren das mal aus!“ [...] Ich habe dann, weil dahinter bei mir keine Kernentscheidung steckt, die [Partei] erst mal angekuckt. Ich wollte Examen machen und auf keinen Fall schon Parteiarbeit machen. [...] Ich wollte gucken, wie es funktioniert, ob man vielleicht helfen kann. Ich bin auch in die Wahlkampfstelle gegangen, um auch zu verstehen, wie das da geht. Aber mehr aus Neugierde, denn als Ziel, Ziel war: Du wirst [...]. Angefangen hat das Elend dann damit, dass ich [während der Berufsausbildung] in der Wahlphase in die Landtagsfraktion der [Partei] gegangen bin. Was mir sehr gut getan hat. Die haben mir direkt nach zwei Wochen Protokolle eines Untersuchungsausschusses gegeben.

Ich bin Abendarbeiter, einer der sich gern abends hinter die Akten klemmt - das ist eine Belastung möglicherweise für Kinder und die Beziehung. Ich bin dann [Beruf] geworden. Und dann war es so, dass nach anderthalb Jahren auf einmal der Anruf kam – 1996 – ob ich nicht für die Bundestagsfraktion Referent werden wollte. Ich sagte, frag mal meine Frau. „Lass mich das doch mal für ein paar Jahre machen.“ Das ging bis 99, bis der Bundestag nach Berlin gekommen ist. Ich war inzwischen Beisitzer auf Kreisebene. Ich hab aber nie zu irgendwas kandidiert. Nicht einmal auf kommunaler Ebene. Und dann [...] die Bitte, ob ich nicht doch [als Referent] mit nach Berlin ziehen könnte, jedenfalls das erste Jahr. Ich bekäme die Wohnung gestellt und könnte auch jedes Wochenende zurück.



Jetzt kommt die Familie ins Spiel. Meine Frau und ich haben [im Jahr...] geheiratet. Wir wussten immer, dass wir Kinder haben wollten. Man sollte sich immer darüber klar sein, bevor man heiratet. Ich hab meine Frau gefragt, ob das geht oder nicht, und sie hat gesagt, na gut, ok. Als wir die Entscheidung dann getroffen hatten, war aber schon mein erster Sohn unterwegs. Dabei dachte ich: Im ersten Jahr arbeite ich nicht, da werde ich auf jeden Fall Pause machen.

Wir haben dann unsere Wohnung bewusst so gewählt, dass das auch mit dem Kind hier in der Woche geht. Bei mir ist die Frage immer: Organisation ist alles! Ich hab da ein Kinderbett drin, ich hab da Babysachen drin, ich hab das heute noch teilweise, obwohl es keines meiner Kinder mehr braucht. Und jetzt kommt der Punkt: Die Frage, wie kam ich von der Referentenposition in den Bundestag? Ich habe mich selbst nicht beworben, wollte auch gar nicht. Für mich war eigentlich klar, 99 oder 2000 hörst du auf. Da kam 2000 die Bitte, das noch ein kleines bisschen länger zu machen [...]. Da hat meine Frau noch mit Grummeln gesagt: Na gut. Und dann kam die Frage, ob ich nicht für den Bundestag kandidieren wollte und zwar von einem Bundestagsabgeordneten, der damals bei uns [in der Region...] kandidiert hat. Der sagte, ich will nicht mehr. Und dann wurde es schwer. Und dann aber kam die Initialentscheidung zu sagen, ich überleg mir das. Und ich hab mir das den ganzen Sommer 2000 mit meiner Frau überlegt. Es war nicht einfach ich will, sondern ich hatte das große Glück, was selten ist, dass ich mehr oder weniger unterstützt wurde. Ich hab dann auch einen sicheren Listenplatz gekriegt. Wir haben in der Zeit gesagt, es ist möglich, aber wir einigen uns darauf, dass sozusagen ein Vetorecht meiner Frau für jegliche Art von Vertragsverlängerung besteht. Also: Bei der nächsten Wahl hab ich meine Frau gefragt: „Soll ich, ja oder nein?“ Hätte sie nein gesagt, hätte ich höchst ungern, ich hätte auch dagegen argumentiert, aber letztlich hätte ich dann auch gesagt, dann geht es nicht. Das hätte nicht gegolten für die Partei, aber für den Bundestagsabgeordneten war das eine klare Entwicklung.

*Das erste Kind ist [im Jahr...] gekommen, die anderen beiden relativ schnell hinterher?*

[Monat/Jahr], dann zweieinhalb Jahre später im [Monat/Jahr] das zweite Kind, eine Tochter, die den Blick auf ihre Mutter geerbt hat, die ganz hübsch ist, und dann ein dreiviertel Jahr später [die zweite Tochter].

*Die ist also auch kein Baby mehr.*

Sie ist gerade dabei, den unangenehmeren Teil des Windelwechsels den Eltern zu ersparen. Sie geht probeweise einen Tag in der Woche in die Kindergartengruppe ihrer

Schwester. Bei ihr machen wir es genauso wie bei den anderen: Gucken, anpassen, die anderen gehen auch auf die Toilette, ich will das auch.

*Ist Ihre Frau wieder in den Beruf zurückgegangen?*

Unglaublicher Weise ja. Die Hauptleistung, was Familienarbeit angeht, trägt meine Frau. Ohne Wenn und Aber. Ich kann mal was machen. Aber wenn ich hier bin [in Berlin] kann ich nichts machen. Ich kann mal am Telefon. Wenn meine Frau sagt, es geht nicht mehr, ich bin krank, dann komm ich. Das geht dann nicht anders, das muss man auch mal haben. Meine Frau hat eine eiserne Disziplin. Sie hat bis zu ihrer ersten Schwangerschaft als [...] gearbeitet. Sie hat dann ihren ersten Sohn in einer sehr kalten Winternacht bekommen und hat dann vier Jahre pausiert. Hat aber dann in dieser Zeit weiter gelernt [für weitere berufliche Qualifizierungen]. Hat dann gearbeitet, um [einen weiteren] Teil ihrer Prüfung fertig zu machen, den praktischen. Sie hat während der Schwangerschaft mit dem zweiten Kind die [weitere Ausbildung und Prüfung] gemacht. Sie hat dann nach der Geburt des zweiten wieder ausgesetzt, aber nicht für lange, und mit der Geburt des Dritten kam noch mal ein Aussetzer und hat dann angefangen, wieder halbtags zu arbeiten. Arbeitet als [... bei...], 20 Minuten mit dem Auto entfernt. Sonst wäre das auch nicht möglich – wie immer, alles eine Organisationsfrage.

[...]

Ich glaube – ob ich das so könnte, ich weiß es nicht. Wahrscheinlich nicht. Vielleicht. Vor allem, weil ich die Bürde habe, gerne nachts zu arbeiten.

*Wenn es nun mal vorkommt, dass Sie Kollegen oder Mitarbeiter sagen: „ich bin weg“, wie ist es dann mit dem Verständnis, dass Sie da...*

...ich glaube, da gibt es – bei den Mitarbeitern sowieso, wie sie das wissen, und auch kennen – nie Schwierigkeiten. Beispiel: In meinem Büro sind Bilder meiner Kinder. Ich hab immer so einen Stapel Fotos, die ich auch brauche, manchmal. Spätestes Donnerstagnachmittags denk ich mir, eigentlich möchtest du jetzt lieber nach Hause. Mir macht mein Job hier super Spaß, weil ich mit meinem Teiljob hier super Glück habe. Das ist, sag ich ganz ehrlich, nie schwierig gewesen. Beispiel: Wir wollten eigentlich [...] eine Reise machen nach Argentinien, Chile zu bestimmten [politischen Fragen]. Nun ist es aber so: unser Sohn darf seit drei Tagen probeweise in die Zweite Klasse gehen. Das heißt aber, er muss auch viel lernen. Und damit war mir völlig klar, das kannst du nicht machen. Da rede ich gar nicht mit meiner Frau drüber – kann ich, wird es dann doch vielleicht gehen? –

sondern dann ist klar, ich muss verzichten. Das sag ich dann aber auch den Kollegen. Und die verstehen das. Und ich muss wirklich sagen, ich habe bisher Ausfälle der Familie wegen fast immer Verständnis gehabt. Da hat sich, glaub ich, für mich viel gewandelt. Zudem haben wir [...] sehr viele Familienväter. Die auch das bewusst betreiben und ihren Teil auch machen. Ich hab noch keine Legislatur erlebt, wo nicht eine oder zwei Geburten in der Fraktion waren und wir gratuliert haben.

*Ich hab das schon ausgewertet, allerdings von der letzten Legislaturperiode.*

Da hatten wir eine gute Geburtenrate übrigens. Ich hab das auch mal ausgerechnet, wie viele Kinder wir pro Mitglieder eigentlich haben. Da stehen wir als [Partei] ganz gut da, wieder.

*Aber es betrifft fast ausschließlich die Männer.*

Richtig... Nein, bei uns ist es auch bei den Frauen. Zum Beispiel – Moment, ich glaub zwei, drei, die da auch – aber für die ist es sehr viel schwieriger. Weil Kind und politische Karriere ist sehr viel schwieriger für Frau als für Mann. Leider noch immer die klassische Rollenverteilung.

*Frauen haben einen besonderen Anspruch an sich. Sie wollen nicht nur ihren Job gut machen. Sie wollen auch Mutter sein. Sie wollen sich nicht später vorwerfen, dass sie sich nicht genügend Zeit genommen haben. Frauen kommen vor allem selbst in großen Konflikt.*

Ja, wobei das für die Väter auch gilt. Für mich ist ein Satz immer ganz wichtig: Von allem, was man hier macht, es bleibt ganz wenig davon übrig, was man als Politiker macht. Die Drucksachen, ich weiß nicht was alles, ist ja schön. Aber was wirklich bleibt, sind die Kinder. Und das geht ja so schnell, dass sie sich sozusagen auch von der Hauptorientierungsperson Eltern verabschieden, dass ich dann so – sagen wir mal so: An machen Stellen hab ich ein schlechtes Gewissen. Es kommt darauf an, vorher eine Kommunikation mit der Ehefrau, machen wir das oder nicht, wobei wir dann auch manchmal sagen, wir machen es ohne die Kinder, vor zwei Wochen ganz kurz für drei Tage nach Barcelona, klar ich hätte es auch gern mit den Kindern gemacht, aber war auch wichtig für die Beziehung mit meiner Frau.

*Wer springt dann in so einem Moment ein?*

Meine Eltern, die vor Ort sind, fallen aber teilweise aus, weil sie beide mit 69 und 68 noch arbeiten. Aber an Wochenenden nehmen sie gerne mal, nicht drei Enkel, das wäre zu viel. Aber die ältesten beiden. Das klappt auch gut. Und wir haben den Vorteil natürlich: Unsere Kinder haben es von Geburt an nicht anders wahrgenommen, als dass der Papa zum Arbeiten immer mal wieder nach Berlin muss. Dürfen aber auch mit nach Berlin, es ist nichts Fremdes. Das Schönste ist, wenn ich die Zeit finde, dass ich mit meinen Kindern mit dem Zug nach Berlin fahre. Das finden die immer ganz toll. Die Kinderbücher, die ich vorhole. Klar fragen sie am Anfang: „Musst du denn wieder nach Berlin? Du warst so kurz da.“ Aber wir telefonieren auch viel. So, und was haben wir noch an Organisation? Ja dann, sozusagen Rückgrat, unser Au-pair-Mädchen. Wir haben ein Au-pair-Mädchen aus Georgien. Wir haben auch, als uns die Bank das Haus gekauft hat, wir mussten es noch renovieren, extra für das Au-pair-Mädchen ein Zimmer eingerichtet. Nach oben wird dann entweder [Name des Sohnes], der Älteste oder eine der beiden Mädels ziehen, wenn das dann eben nicht mehr da ist.

*Sie planen also kein viertes Kind.*

Nein! Ich sage immer ganz bewusst: Die Planung ist abgeschlossen. Was nicht heißt, dass wir nicht noch üben.

*Ok!*

*(Lacht).* Ich komme aus einer Zweikindfamilie. Ich wollte zwei Kinder. Meine Frau kommt aus einer Dreikindfamilie. Sie wollte drei. Und es war dann an der Stelle eben so: Ich kam dann wieder mal in die Problematik, wenn meine Frau, die die Hauptbelastung hat, sagt, ich will ein drittes Kind, kann ich doch nicht sagen, nee, ich will nicht. Das ist kein Vetorecht. Ich kann sagen, ich bin anderer Meinung, aber man muss sich dann einigen, und da kann ich nicht vetoisieren. Wenn meine Frau zwei haben wollte und ich drei, hätte ich nicht sagen können: Jetzt pass mal auf, alles klar, drei! Du kümmerst dich! Das geht nicht. So, und dann natürlich ganz wichtig für die Organisation: Wir haben einen Kindergarten, wo der Älteste drin war, die Mittlere drin ist und die Jüngste, wie gesagt, jetzt tageweise reinkommt. 7.30 Uhr möglich bis 16.30. Mit Mittagessen und allem Drum und Dran. Der Älteste geht in die Schule und kommt um 13 Uhr in denselben Kindergarten in die Hortgruppe. Er ist ein Hortkind, was er immer schon werden wollte. Die Alten, das sind die Großen. So dass wir dann beide Kinder auch da abholen können. Wir: Meine Frau oder ich oder das Au-pair-

Mädchen. Das ist 20 Minuten zu Fuß zu gehen. Und die Junge, die ist entweder mit dem Au-pair-Mädchen oder zweimal oder dreimal die Woche in einer Spielgruppe, wo auch schon die älteren waren, die allen Kindern super gut getan hat, weil da ganz tolle Betreuerinnen sind, die auch schon den Kleinen unheimlich viele Grundregeln auch beibringen in einer Art, die wir zwar als Eltern auch können, wo ich ehrlicher Weise immer wieder zugeben muss, das fängt schon früh an, die Auseinandersetzung in der Trotzphase mit der Autorität Eltern ist immer eine andere als die mit irgendwelchen Betreuerinnen. Das hat supergut funktioniert. Bei allen drei Kindern war es so: Sie sind vom ersten Tag an gerne in den Kindergarten gegangen. Sie haben nie: Ich will nicht ba ba ba ba!

*[Unterbrechung durch einen Telefonanruf.]*

Das ist auch eine Frage: Sage ich im politischen Betrieb, dass ich manche Sachen nicht machen kann, weil ich sie familiär nicht kann, oder sage ich es nicht. Meine Tendenz ist, ich sage es. Weil ich es für dumm empfinde zu sagen, da habe ich einen Termin. Wenn jemand mit mir was hat, was meine Arbeit betrifft, dann ist es wichtig. Dann muss ich schon einen wichtigen anderen Grund haben, warum es nicht geht. Zu sagen, da hab ich einen Termin, ist blöd. Ja vielleicht zu der Organisation noch: Dadurch dass wir diese Gesamtorganisation haben, geht das auch.

Jetzt muss man unterscheiden: Nichtsitzungswochen und Sitzungswochen. In Sitzungswochen bin ich nicht da. Kann ich relativ wenig machen, wenn ich Montagmittags gehe. Wobei Montagmorgen ich das mache, was ich auch in Nichtsitzungswochen, also Wahlkreiswochen mache. Politische Termine haben den großen Vorteil aus familiärer Sicht, sie finden nicht morgens um sieben, acht oder neun statt. Frühestens um zehn. Das bedeutet: ich stehe für die Familie morgens zu Verfügung.

Ein Morgen bei uns läuft wie folgt ab: Meine Frau steht meistens um halb sieben auf. Ich viertel vor sieben oder auch schon um halb sieben [...]. Meistens hört das unser Sohn, er wird wach, kommt dann meistens sehr verschlafen, setzt sich auf die Toilette, während wir uns waschen. Dann hat meine Frau um sieben, viertel nach sieben ab, um halb acht bei der Arbeit zu sein. Und dann hab ich die Kinder allein. Was nicht immer stressfrei ist, weil die beiden Mädels, grad die Ältere, was Klamotten angeht, inzwischen schon anfangen: „Nein, ich will das“. Die in eine Hose zu zwängen, obwohl wir sie bewusst anders erziehen, ist unglaublich schwierig. [...] Aber sie sind alle drei schon so weit, dass sie sich alleine waschen können. Wir haben ein Bidet im Bad, da steht oben drüber ein Plastikschild: Kinderwaschbecken. Das geht denen so bis an den Bauch. Das ist sehr praktisch. Sie haben ihre Waschlappe da und sie können sich komplett dort waschen.

*Jetzt weiß ich endlich, wozu Bidets noch gut sein können.*

Die sind für Kinder unheimlich praktisch, niedrige Waschbecken, die wunderbar funktionieren. Sie haben warmes Wasser da. Ist doch toll! So, sie waschen sich selber, trocknen sich selber ab. Das klappt bei allen dreien gut. Selbst die Jüngste, auch wenn die Wäsche manchmal auch Nacharbeit braucht. Vor allem, weil sie sehr lange gebraucht hat festzustellen, dass man den Waschlappen richtig auswringen muss, bevor sie sich dann abwäscht. Sie hatte dann immer Wasserlachen. Dann irgendwann merkte sie, dass sie immer ausrutschte. Dann hab ich ihr das erklärt. Seitdem guckt sie immer ganz genau, dass sie auswringt. Der Älteste zieht sich alleine an, nimmt dann seine Schultasche, geht runter, deckt den Frühstückstisch. Das macht er auch sehr gerne. Wenn er es nicht machen will, manchmal, sag ich, ist ok, ist in Ordnung. Ich darf aber dann auch mal sagen, ich mag nicht. Andererseits steh ich manchmal morgens auch unter Druck und ich gebe zu, wenn ich unter Stress stehe, werde ich manchmal etwa lauter. Dann kommen alle drei ins Auto, weil das Au-pair-Mädchen noch nicht belastet werden soll, dann wird der Bengel in die Schule gebracht, dann kommt [Name der älteren Tochter] in den Kindergarten, wobei [Name der jüngeren Tochter] immer mit kann, wenn [Name der älteren Tochter] in den Kindergarten kommt. Sie wusste also immer schon, was da war.

*Und das Au-pair-Mädchen springt dann praktisch erst ab mittags ein?*

Nein! Jetzt kommt was Schlimmes. Ich komm dann um neun Uhr oder um halb neun wieder nach Hause. Dann kommt neun halb zehn das Au-pair-Mädchen dann runter. Dann fahre ich in [ein Büro] oder ich habe andere Termine. Denn soweit ich nicht als Politiker tätig bin oder als Familienvater was tun kann, gehe ich in [das Büro] und arbeite [als ...].

*Dass Sie das noch schaffen, finde ich nun wirklich erstaunlich.*

[...] Wenn ich keinen Termin habe, suche ich mir auch keinen. Da geh ich nicht hin und sage, ich muss jetzt wieder ein neues Papier zum Thema [...] machen. Das kann man zwar, aber da sag ich ganz ehrlich nein. Ich möchte nicht von der Politik abhängig sein. Das wird immer stärker, aber ich möchte immer noch in der Lage sein, ein halbes Jahr, spätestens ein Jahr nachdem ich aus dem Bundestag ausgeschieden bin, [mit meiner beruflichen Tätigkeit] mein Geld zu verdienen. Wenn ich [im Büro] arbeite, kann ich meine Kinder jederzeit hinbringen oder abholen, zum Sport oder zur Musikschule. [...]

*Wie sieht es an Wochenende für Sie aus. Sind Sie da sehr eingespannt?*

Unterschiedlich. Wenn Parteitermine sind, Kreisparteitag Kleinkleckersdorf, Kreisparteitag Großkleckersdorf, Bezirksparteitag Großkleckersdorf-Land oder Ähnliches, nur zum Beispiel, aber selbst da nehme ich manchmal meinen Ältesten mit. Manchmal wird es ihm langweilig. Aber ich will nicht, dass er die Partei als Konkurrenz ihm gegenüber sieht. Die Mittlere ist noch nicht so dafür. Der Ältere fragt: „Kann ich mir ein Buch mitnehmen, kann ich was zu Lesen mitnehmen, kann mir einen CD-Player mitnehmen?“ Aber er freut sich, wenn er dann dabei ist. Wir versuchen, viel an Wochenenden gemeinsam zu machen.

Samstag gehen die Kinder oft zu Oma und Opa, sie sind beide da und beide sind supertoll.

*[B berichtet weiter von seinem Familienleben.]*

## Interviewpartner C

*Ich weiß bereits, Sie sind verheiratet und haben noch keine Kinder.*

Ja.

*Haben Sie vor, Kinder zu bekommen?*

Ja, auf jeden Fall. Klar.

Ich bin mit 27 Jahren in den Bundestag gekommen. 2003 habe ich geheiratet und natürlich ist das jetzt geplant, Kinder zu kriegen und eine Familie zu gründen.

*Meine Eingangsfrage ist eigentlich, wie Sie überhaupt zur Politik gekommen sind und wie alles angefangen hat? Vielleicht können Sie was zur Motivation sagen, die dahinter steckt, sich zu bemühen, in der Politik voranzukommen.*

Die Sache war einfach: Ich war im Gymnasium immer so im Bereich Sozialkunde, Geschichte interessiert – das waren meine Lieblingsfächer und für mich war klar, dass ich irgendwann neben dem Sport [...] zu einer politischen Partei gehe, um auch Verantwortung zu übernehmen. Auch im kirchlichen Bereich habe ich Ministrantenarbeit gemacht und ich habe schon ein bisschen Verantwortung für die Gesellschaft übernommen, im Bereich Sport im Sportverein. Ich bin zwar nicht klassisch früh eingestiegen, aber ich wollte erst mal mein Abitur machen und 94 bin ich dann in die [Jugendorganisation der Partei] eingetreten – aus eigenem Antrieb.

Es sind ja drei Möglichkeiten – drei Gruppen – in eine Partei einzutreten. Die eine nimmt die politischen Programme und schaut sich an, wo sind die größten Schnittmengen und da geht man rein. Die, die am meisten zieht: ein Freund sagt, hey, ich bin bei der „JU“ oder bei den „Jusos“, komm doch mal mit und du wirst einfach mitgenommen. Und die dritte Geschichte: du gehst auf eine Veranstaltung, vielleicht eine Party und lernst Leute kennen und denkst, die sind ganz nett... Das sind die drei Arten. Es gibt vielleicht noch die vierte Art, das Elternhaus, das familiäre Umfeld, wobei meine Eltern erst durch mich in die Partei eingetreten sind, aber klassische [...] Wähler sind. Als ich politisches Interesse bekundet habe, haben meine Eltern mir die Person im Stadtteil, die für [die Partei] die Verantwortung trägt, gezeigt und dann bin ich halt einfach da hingegangen. Das war ein Mix aus politischem Interesse und Wissen von politischen Programmen der Parteien und Elternhaus. Für mich war von vornherein klar, ich gehöre ins [...] Lager. [...]



Ich bin 94 in die Partei und habe 96 schon für den Stadtrat für meinen Stadtteil kandidieren können. Zwar ohne Erfolg, auf den hinteren Plätzen, habe aber Erfahrungen sammeln können. 97 bin ich dann Kreisvorsitzender der [Jugendorganisation der Partei] geworden, also für die ganze Stadt warst du zuständig. Mein Gott, Politik ist einfach nicht nur Kompetenz – das müssen andere beurteilen – aber nicht nur der sachliche Hintergrund, sondern auch zur richtigen Zeit am richtigen Ort sein. Dann ergibt sich schnell eine Funktion, wo man einfach reingehen kann.

Dann habe ich für [Name Politiker] gearbeitet, aber eher nicht parteipolitisch motiviert, sondern eher von meiner Ausbildung her. Das hat sich einfach so entwickelt. Ich hätte auch in dem Bereich bleiben können, aber ich hab mir gesagt, nee, ich will jetzt meine Ausbildung noch fertig machen und zweitens selbst aktiv werden. Man wird Chef der [Jugendorganisation der Partei] vor Ort, dann wird man Chef auf Kreisebene und dann kommen schon schnell die nächsten Ebenen, Bezirksebene, [Regionalebene und Landesebene], und dann ist man sehr schnell in den Vorstand reingewählt, in den Landesausschuss oder ähnliches. Dann hat man auch die Gelegenheit, auf einer Liste zu kandidieren. Das klingt jetzt zwar sehr sehr einfach – hat zwar einen riesen zeitlichen Zusammenhang: zur richtigen Zeit am richtigen Ort – aber dann muss der Proporz passen, dann muss dies und das passen. Du kannst jetzt nicht sagen, ich will jetzt in alle Gremien rein, da kommt schon einiges dazu. Dann muss man einfach Glück haben, Schicksal – keine Ahnung – dann kandidiert man auf einer Liste und 2002, das weiß ich auch, bin ich [...] durch das Wahlergebnis 2002 in den Bundestag reingekommen.

2005 war es auch bei mir ein harter Kampf, ein harter Wettbewerb. Da hab ich mich gegen einen Parteikollegen in drei internen Abstimmungen durchgesetzt. Da war ja die Sachlage so: [Die Stadt] war vertreten durch einen Direktabgeordneten, der über die Erststimmen 2002 in den Bundestag gewählt wurde und zwei – zufälligerweise zwei Frauen – über die Liste nachgerutscht sind. Und natürlich ist die Liste immer eine ganz ganz unsichere Geschichte. Deswegen haben sich dann alle um den Direktwahlkreis beworben [...]. Das war 2005 ein ganz ganz harter parteiinterner Wettbewerb.

*Haben Sie Ihre Frau vor der Bundestagskandidatur 2002 kennen gelernt?*

Wir haben uns über [die Jugendorganisation der Partei] kennen gelernt. Deswegen habe ich auch immer gesagt, auch wenn ich jetzt politisch keinen Erfolg habe und nicht in irgendwelche Gremien oder Parlament gewählt werde – eines hat's mindestens bewirkt: Dass ich meine Frau kennen gelernt habe. Wir hätten uns sonst nicht kennen gelernt. Meine Frau kommt aus [Region], viel zu weit weg von [meiner Heimatstadt] – wir hätten uns nie so kennen gelernt. Wir haben uns auf einer Landesversammlung 99 kennen und lieben gelernt.

*Ist die denn ähnlich aktiv wie Sie?*

Sie ist selber Gemeinderätin bei sich im Ort, war Kreis-Vorsitzende [der Jugendorganisation der Partei], aber es ist jetzt nicht so, dass sie weitere Ämter angestrebt hätte. Sie kommt aus einer politischeren Familie als ich, weil der Großvater Bürgermeister war und so weiter.

*Ich denke, dass das vielleicht insofern von Vorteil ist, weil sie ja weiß, was ein politisches Amt inne zu haben bedeutet – auch ohne Bundestagsabgeordnete zu sein, hat man ja ein anderes Verständnis für die vielen Termine und dergleichen, als wenn sie gar keine Berührungspunkte mit der Politik hätte.*

Das ist ein ganz zentraler Punkt. Ich möchte jetzt schon hervorheben – wie das die anderen Kollegen definieren, ob jetzt Frauen politisches Verständnis oder politisches Engagement mitbringen oder nicht – bei mir war es halt immer so, wir haben schon immer eine Fernbeziehung gehabt und das hat schon immer super geklappt, weil sie halt im elterlichen Betrieb arbeitet und weiterhin möchte und will und muss – deshalb haben wir halt immer eine Fernbeziehung gehabt. Ob ich jetzt in [meiner Stadt] oder Berlin bin von Montag bis Freitag, es ist eine Fernbeziehung. Aber mit den Terminen ist es bei mir sehr sehr wichtig, dass meine Frau Verständnis aufbringt. Ich habe in meinem politischen Werdegang auch eine Freundin gehabt, die das nicht so verstanden hat und die auch keine politische Sozialisation hatte, zwar indirekt durch mich, aber das führt schon zu Problemen. Da muss schon die Frau, der Partner sehr sehr viel Verständnis aufbringen. Ich schätze das auch nicht gering, sondern das sind Sachen, wo ich immer wieder zu erkennen gebe, dass ich das Verständnis meiner Frau sehr schätze. Auch wenn man mal Zeit hat hört es ja nicht auf mit der Politik. Das sind viele Gespräche mit meiner Frau, Einschätzungen und der Rat meiner Frau sind mir sehr sehr wichtig, dass sie auch emotionaler und nicht so versachlicht, wie ich das mache, argumentiert. Ihr Rat auch in politischen Fragen ist mir sehr wichtig!

Wenn ich vorher den Wettbewerb mit den Kollegen angesprochen habe – da ist es wirklich um viel gegangen, da war auch eine Anspannung, die wir auch bewältigen mussten. Du kommst ja nicht immer gut gelaunt nach Hause, wenn es dann gerade ein Telefonat gegeben hat, wenn dir einer sagt, nee ich unterstütze den anderen. Das wird auch reingetragen. Da haben wir über Strategien und Wege diskutiert, erst mal die Frage, kandidiere ich gegen ihn oder nicht?

Am Wochenende hört es ja nicht auf. [Man ist] ja nicht drei Jahre Berliner und kommt dann in den Wahlkreis zurück. Das heißt, wenn hier am Freitag Schluss ist, wenn Sitzungswoche ist und auch wenn nächste Woche Sitzungswoche ist, fahr ich ja heim und habe die nächste

Veranstaltung zu Hause. Das heißt, dieses Wochenende habe ich, glaube ich, zehn Veranstaltungen gehabt, vom ersten agrarpolitischen Gespräch um 9.30 Uhr bis zum letzten Neujahrsempfang. Das heißt, das muss man auch ein bisschen herausarbeiten. Natürlich tut sich der eine oder andere, der in der Sparkasse arbeitet oder Lehrer ist oder ähnliches, doch ein bisschen leichter, am Freitag nach Hause zu kommen und ein schönes Wochenende mit der Frau und den Kindern zu verbringen. Das halte ich an der ganzen Diäten-Diskussion auch für unfair, das so über den Daumen zu beurteilen. In jedem Berufsstand gibt es solche und solche. Abgeordnete die das so oder so definieren. Aber da hat ja der Wähler die Möglichkeit sie abzuwählen oder nicht wieder zu wählen.

Ich sag immer am Stammtisch, wenn wieder die Diskussion aufkommt, dann begleitet mich mal – sitzungsfreie Woche heißt es ja fälschlicherweise – ob das Termine in Rathäusern sind, Betriebsbesichtigungen oder Expertenrunden, irgendwas besprechen und so weiter und so weiter.

*Kommt dann Ihre Frau [in Ihre Stadt]? Sie müssen ja im Wahlkreis sein...*

Ja, zu 80 Prozent kommt sie [zu mir]. Nur wenn ich einen Termin in [Stadt] habe oder ähnliches, fahre ich nicht mehr [...] nach Hause, sondern fahr zu ihr und übernachtete da und fahr am nächsten Tag weiter. Das ist einfach ein Zeit- und fahrtechnisches Management. Da wird dann die Woche über besprochen, was jetzt das Beste wäre. Am Freitagabend ist auch wieder ein Termin in [Region] und dann sage ich, ich komme danach zu dir.

*Sie haben ja gesagt, dass Sie Kinder haben wollen. Haben Sie schon mal konkret gemeinsam Überlegungen angestellt, wie Sie das dann managen könnten?*

Ja klar beschäftigt man sich damit, wenn man Kinder will. Aber das muss genauso flexibel gehandhabt werden, wie so'ne Zweierbeziehung. Da haben wir den Vorzug, dass die Schwiegereltern da sind und alles zusammen von der Lokalität her. Und auch Möglichkeiten von einer Tagesmutter oder ähnliches. Da sind wir absolut flexibel. Die Wohnung und Arbeit ist alles in einem Haus, das ist ein mittelständisches Unternehmen.

Ich sehe das bei den Kollegen, die gerade Väter geworden sind. Das wird sicher nicht einfach sein, am Montag in den Flieger zu steigen, mit dem Gedanken nach dem Motto, andere Väter sind am Montag-Abend wieder grundsätzlich zu Hause und können das Aufwachsen der Kinder miterleben. Es gibt ältere Kollegen, sie gesagt haben, das was ich bei meinen Kindern an Zeit nicht weitergeben konnten, das muss ich jetzt bei meinen Enkeln weitergeben. Ich muss auch sagen, ein Top-Manager, der irgendwo in Hamburg bei einem Großkonzern oder so arbeitet, muss das auch unter einen Hut bringen. Da sind die

Partnerschaften heute sehr auf Mobilität und Flexibilität angelegt. Deswegen machen wir auch politische Entscheidungen, die dem entsprechen, weil sich die Welt verändert. Die klassische Großfamilie gibt es nicht mehr, die klassische Ein-Ernährer-Familie – furchtbarer Begriff, aber sagt man halt so – die gibt es zum großen Teil nicht mehr. Das hat auch finanzielle Hintergründe oder ähnliches, aber deshalb machen wir auch politische Entscheidungen, wie zum Beispiel das Elterngeld, die einen Anreiz bieten, ein oder zwei Jahre zu Hause zu bleiben. Auch der Ausbau der Betreuung für die 0- bis Dreijährigen: es deutet ja alles darauf hin, dass wir den jungen Familien auch Unterstützung geben wollen, sich auch auf die veränderte Lebenswelt besser einstellen zu können.

*Es ist ja angedacht, dass zehn Monate des Elterngelds der Frau zur Verfügung stehen soll und zwei Monate dem Mann, sofern er das in Anspruch nimmt – könnten Sie sich das überhaupt vorstellen in ihrer jetzigen Situation? Ich habe gehört, dass [Name Abgeordneter] Elternzeit genommen hat.*

Elterngeld finde ich grundsätzlich richtig und ich war in den Koalitionsverhandlungen auch mit dabei. Jetzt kommt ne kleine Ministerin-Kritik: Der erste Kollege. Der das gehört hat, hat gemeint: „Und wie sollen *wir* das machen?!“ Natürlich hast du als einer, der eigentlich im Beruf bleiben muss, von den beiden Partnern, ein bisschen ein schlechtes Gewissen zu sagen, die Last liegt auf meiner Frau. Aber schließlich geht's einfach nicht, sich zwei Monate rauszuziehen. Ich könnte es mir vielleicht noch vorstellen in der Sommerpause – da tut sich [derjenige] einfacher, der keinen Wahlkreis vertreten braucht, der setzt andere Prioritäten als einer, der Wahlkreisinhaber ist. Ich persönlich oder sehr sehr viele Kollegen könnten das nicht. Das muss doch aber das Pärchen selber entscheiden.

*Meine letzte Frage: Haben Sie es schon mal bereut, Bundestagsabgeordneter zu sein?*

Die Politik ist ein sehr leistungsorientierter Job und gibt einem eine hohe Arbeitsmotivation. Die Politik macht mir viel Spaß und deshalb habe ich auch nie bereut, das zu tun, was ich tue.

## Interviewpartner D

*[...] Meine Eingangsfrage ist aber immer: Wie sind Sie zur Politik gekommen? Wie war es ganz am Anfang, der Einstieg, und wann wurde es dann ernster? Ab wann haben Sie gedacht: Warum werde ich nicht Berufspolitiker?*

Ich hab mich eigentlich immer politisch interessiert. Ich bin aber erst relativ spät, nachdem ich mich damit beschäftigt hatte, [in die Partei] eingetreten. Ich glaube, ein jeder kann sich als politischer Mensch bezeichnen, der ein bisschen nachdenkt und nicht alles unkritisch hinnimmt. Und Berufspolitiker wollte ich eigentlich nie werden. Sondern ich wollte es immer als Kontrolle machen. Zur Kontrolle derer, die da sonst arbeiten. Dann kam das eben, dass ich für den Bundestag kandidierte. Es gab zwar andere Kandidaten, aber die waren nicht richtig gut und da hab ich dann selbst kandidiert.

*Aber so kurz und bündig lief das wohl auch nicht. Sie mussten sich doch auch durchsetzen? Sie mussten doch auch kämpfen und überlegen: „ok ich will das jetzt besser machen, ich hab die und die Ziele, und deshalb versuche ich, mich durchzusetzen“...?*

Genau, na ja klar, jeder hat ein bestimmtes Sendungsbewusstsein. Mir waren zwei Sachen wichtig: Das eine war, wenn ich jetzt an 98 denke, dann war das Generationengerechtigkeit, das sind die Vertreter meiner Generation, speziell noch aus dem Osten, die auch im Bundestag vertreten sind. Das Zweite war einfach damals auch, dass es eben nicht nur solche Bundestagsabgeordnete aus dem Osten gibt, sondern auch ordentliche.

*Da waren Sie auch ‚frischer Wind‘ im Sinne von ‚jung‘?*

Genau. [...] Ich habe die Erfahrungen der Wende, die mein Leben und das meiner Familie existenziell verändert hat. [...]

*In Bezug auf Familie, wann haben Sie sich das erste Mal mit der Frage auseinandergesetzt...*

...ob ich eine Familie haben will?

Genau.

[D berichtet von seiner Lebenspartnerin, die er seit der Schulzeit kennt und die er vor kurzem geheiratet hat. Beide erwarten ihr gemeinsames erstes Kind.] ...Ich glaube, es greift zu kurz, das auf Familie zu beschränken. Familie sind auch meine Freunde, die sind mir sehr wichtig und dass ich zu denen noch Kontakt habe. Und das zu vereinbaren ist auch nicht immer einfach.

*Ihre Freundin und Partnerin oder Frau mittlerweile kennt Sie ja schon lange und hat schrittchenweise miterlebt, wie Sie in die Politik reingewachsen sind...*

...und dass ich keine Zeit habe. Wir sind zusammengekommen kurz vor der Bundestagswahl. Ein halbes Jahr vorher.

*Da ist sie auch direkt mitreingeschmissen worden.*

Ja. Und sie wusste dann schon worauf sie sich einlässt.

*Kamen da jemals Klagen in dem Sinne, das wäre ja schön und einfacher, du hättest einen anderen Beruf?*

Na ja klar. Aber ich persönlich glaube, dass wir dann gar nicht verheiratet wären. Ich brauche das auch, mein eigenes Leben leben zu können. Wenn ich jeden Tag um acht Uhr gehen würde und um vier nach Hause käme, würde ich irgendwann einen Koller kriegen. Von daher tut uns das beiden, glaube ich, ganz gut. Man darf es zwar nicht übertreiben. Aber ab und zu ist das schon ok.

*Mit Kind wird sich das ja vielleicht doch ändern, Vielleicht haben Sie dann das Bedürfnis Ihr Kind öfters zu sehen und Ihrer Frau auch stärker unter die Arme zu greifen?*

Ja. Das glaube ich auch. Also, man weiß es nicht. Vielleicht freut sich dann jeder, wenn man mal ausschlafen kann. Aber ich glaube schon, dass ich mehr Zeit bei den beiden [Frau und Kind] verbringen werde und weniger pendele. Ich weiß nicht genau, wie ich das machen werde, ob ich einiges konzentrierte mache. [...]

*Hat Ihre Frau schon so was gesagt: „Wenn das Kind dann da ist, dann möchte ich auch, dass du ein bisschen mehr...“?*

Nicht nur das! Sie möchte ja auch wieder arbeiten oder sie will mal allein mit ihrer Freundin wegfahren. Also einmal, einen Tag in der Woche werde ich komplett übernehmen.

*Geht das denn?*

Es geht alles. Es ist nur eine Frage der Organisation. Wenn du keine Regeln einführst, wird das immer wieder gebrochen. Sonst gibt es immer irgendwas Wichtiges. Wenn ich aber sage, es gibt einen Tag, an dem ich zu Hause bin, dann ist das so.

*Aber in Wahlkreiswochen?*

Ja. In Wahlkreiswochen. In Sitzungswochen geht das nicht.

[D berichtet u.a. vom Job seiner Frau.]

*Sie haben sich also schon zusammengesetzt und geplant, dass sie aber erst mal zu Hause bleibt?*

Ja. Für ein Jahr.

[Es folgt ein kurzer Diskurs zum Elterngeld.]

*Haben Sie jemals über Elternzeit nachgedacht?*

Kann ich nicht. Würde ich machen, wenn ich einen normalen Beruf hätte. Aber kann ich nicht.

*Einen längeren Urlaub nehmen, wäre auch schwierig?*

Im Sommer, Juli/August, oder an Weihnachten vielleicht. [D spricht sich gegen die zwei „Vätermonate“ beim Elterngeldbezug aus, da sich der Staat hier nicht einmischen sollte.]

*Mich interessiert ja besonders die Familienplanung. Bei Frauen ist interessant zu erfahren, inwieweit sie sich vielleicht abgeschreckt fühlen, ein Kind zu bekommen in der Situation als Bundestagsabgeordnete, mit all den Verpflichtungen und Zeitengpässen bzw. auch wenn sie schon Kinder haben und sie die Möglichkeit haben zu kandidieren, inwiefern sie vielleicht eher abgehalten werden zu kandidieren – das spielt bei Männern ja nicht so eine Rolle.*

Nee. Ich glaube, dass es die Frauen schwieriger haben. Ganz sicher.

*Wie ist die Stimmung? – alle freuen sich, dass Sie Vater werden?*

[D nickt und lächelt.]

*Aber wie haben Sie das bei Frauen erlebt, die ein Kind bekommen, dass darüber geredet wurde – ob ‚die‘ das wohl ‚gebacken‘ kriegt? und ob man sie für das ein oder andere Amt noch brauchen kann?*

Das ist ein Manko, dass das im Hintergrund sicherlich eine Rolle spielt. Das wird wahrscheinlich keiner so zugegeben. Aber ich glaube das schon. Und dass es dann Frauen öfter schwer haben, weil sie es erst beweisen müssen, dass sie den Job packen.

*Und wenn sie es beweisen, dann heißt es, die vernachlässigt bestimmt ihre Kinder...?*

Ich höre so etwas.

*In der Hinsicht haben es Männer einfach leichter.*

Ja.

*Was denken Sie wird sich bei Ihnen hinsichtlich Karriere verändern?*

Ich habe ja noch keine Kinder! [Die folgenden Anmerkungen waren auf der Tonbandaufnahme leider kaum zu verstehen. D denkt u.a. darüber nach, dass sich mit Kindern die Prioritäten zugunsten der eigenen Familie ändern. Er glaubt, dass die heute junge Generation der Abgeordneten sich stärker als Väter engagieren, als dies noch bei den früheren Generationen älterer Parlamentarier der Fall gewesen ist.]

*Hat es jemals, in Hinblick auf Einschränkungen auf Ihr Leben Momente gegeben, in denen Sie bereut haben im Bundestag zu sein?*

Nein. Wenn ich es mir hätte wünschen können, dann hätte ich das ganze gern ein paar Jahre später gemacht, um studieren zu können und wirklich Zeit zu haben. Aber was weiß ich, ob es einen optimalen Zeitpunkt gegeben hätte. Man hat eben nur einmal die Chance.



## Interviewpartner E

*Wie sind Sie zur Politik gekommen?*

Zum einen allgemeines Interesse an Politik, zum anderen konkret waren das Ereignisse in den 80er Jahren [...] und Geschichte: Die Frage der Anerkennung der DDR [...] war für mich nicht akzeptabel. [...]

*Hat sich dann alles so nacheinander Stufe für Stufe entwickelt?*

Es hat sich Schritt für Schritt langsam ergeben. 1986/87 habe ich angefangen in Ausschüssen aktiv zu sein – in den kommunalen und Parteiausschüssen. Während des Studiums habe ich Politik gemacht – immer ein bisschen mehr. Ab 1997 ging es dann relativ schnell. Ich bin ins Kommunalparlament gekommen [...] und 2001 in [den Landtag].

*Sie arbeiteten ja als [...]. Haben Sie das noch mit dem Mandat vereinbaren können? Hatten Sie eine volle Stelle?*

Nee. [...] Zu meiner Zeit als normaler Abgeordneter habe ich auch noch normal als [...] gearbeitet. Als ich dann stellvertretender Fraktionsvorsitzender wurde habe ich [...] reduziert. 2002 habe ich noch beides gehabt. Das macht man dann drei, vier Monate und dann geht das einfach nicht mehr. Dann hatte ich zwei 2/3-Jobs: eine 2/3-Stelle [im erlernten Beruf] und praktisch eine 2/3-Stelle in der Politik. Volle Auslastung. [...]

*Waren Sie in einer festen Partnerschaft als Sie in [den Landtag] kamen?*

Ja.

Sind Sie jetzt noch in einer Partnerschaft?

Ja.

*Sie sind aber nicht verheiratet oder in einer eheähnlichen Partnerschaft?*

Nicht eheähnlich. Ich habe eine Freundin. Ist noch nicht so fest, so dass sie auch nicht bei mir wohnt.

*Ist Ihre Partnerin selber politisch aktiv? Hat sie Verständnis für Ihre politische Arbeit?*

Also sie hat Verständnis. Sie hat Bekanntschaft mit ein bisschen Politik, so auf kommunaler Ebene, kennt viele Leute [...] geht zu Sitzungen, so einmal im Monat [...] und kennt die Rahmenbedingungen. Die muss sie aber auch akzeptieren. Das war auch immer klar. Da gab's von vornherein eine klare Definition – das habe ich ihr auch immer gesagt. Sie weiß, wie mein Leben läuft und daran werde ich nichts ändern.

*Wie lange sind Sie zusammen?*

Anderthalb Jahre – seit 2004 – fast zwei Jahre.

*Dann hat sie auch schon den letzten Wahlkampf mitgekriegt... Haben Sie sie da in die Planung miteinbezogen, hier evtl. nach Berlin zu gehen?*

Nee. Ehrlich gesagt nicht. Also, es gab immer zeitliche Probleme. [...] Ich bemühe mich, mein Leben so zu koordinieren, dass wir genügend Zeit füreinander haben. Aber es war niemals so, dass von ihr eine Erwartungshaltung an mich gestellt wurde. Und ich habe immer klar gesagt, das muss sie so akzeptieren. Ich bemühe mich auch, meine Termine so zu koordinieren, dass wir uns sehen – das mache ich auch von mir aus. So egoistisch will ich gar nicht sein, dass nur ich das entscheide und entschieden habe. [...]

*[Zu Fragen zu einem möglicherweise vorhandenen Kinderwunsch kam es im Rahmen dieses Interviews leider nicht mehr. Im Gespräch berichtete E noch, dass ihm die Politik und insbesondere auch die neuen Herausforderungen im Bundestag Freude machen.]*

## **Interviewpartner F**

*Können Sie in Kurzform sagen, wie Sie zur Politik gekommen sind?*

Ich hab mich in der Schulzeit schon engagiert in der Schülervertretung, der Schülerzeitung, dem Schülerzeitungs-Verband, dann bei [der Jugendorganisation der Partei]. Das war eine Sache, die ab einem bestimmten Lebensalter immer dazugehörte. Es war immer ein Teil des Lebens. Es war immer schlecht zu trennen: Das ist Politik und das ist ganz privat. Es gibt Menschen, die man im politischen Miteinander kennen gelernt, die man auch privat nett findet, und man würde auch mit Leuten, die man privat nett findet, politisch gern zusammenarbeiten. Das ist genau kein Gegensatz. Man braucht gesellschaftliches Miteinander, man braucht Gemeinschaft. In einem Verband, einer Partei, kommen Menschen zusammen, weil sie miteinander etwa machen wollen, weil sie sich nett finden, weil sie sich kennen, weil sie Vertrauen zueinander haben.

Also: Praktisch seit 16/17 war das immer so eine Sache, die mitschwang in allem, im Studium und auch danach. Ich habe Soziologie, Volkskunde studiert, hab bei [der Jugendorganisation der Partei] gearbeitet, im Landesverband [der Partei]. Das war keine Berufspolitik. Das waren nur ehrenamtliche Engagements. [...] Bei der Wahl [im Jahr...] war ein Mandat frei geworden [...]. Darauf hab ich mich in der Partei beworben, es gab mehrere Kandidaten. Ich wurde dann in den Bundestag gewählt und ich hab [im Jahr...] wieder kandidiert und den Wahlkreis geholt.

*Ihr Arbeit [...] und Parteiarbeit liefen parallel?*

Ja.

*Wann haben Sie Ihre Frau kennen gelernt?*

Äh, wann war's denn? Mehr 1990. Sie war damals [politisch aktiv an der Universität].

*Sie kannten sie von Anfang an als politisch aktiven Menschen?*

Ja, sie war aktiv.

*Gab es einen wesentlichen Unterschied zwischen dem, was vorher [vor der Zeit als Bundestagsabgeordneter] war? Abgesehen von der Tatsache des Pendelns zwischen*

*[Heimatstadt/Wahlkreis] und Berlin?*

Es ist schon etwas ganz anderes. Wenn ich mir die Berufsfelder vorstelle, die für [Geisteswissenschaftler] möglich sind, dann hab ich eigentlich alles auch mal gemacht. [...] und jetzt MdB.

*Ich wollte fragen nach den Einwirkungen auf Ihr eigentliches, privates Leben.*

Die Arbeitsabläufe sind vorgegeben, ich kann sie nicht frei gestalten. In der Sitzungswoche ist die Termindichte noch größer als die freier gestaltbare im Wahlkreis. Es sind drei Dinge, die man unter einen Hut bringen muss: die Arbeit im Bundestag, die im Wahlkreis und die Familie. Schwierige Vereinbarkeit. Drei Bereiche, von denen man jeden 100 Prozent machen könnte. Man könnte seine ganze Zeit im Wahlkreis oder in Berlin zubringen, man kann die ganze Zeit auch mit der Familie zubringen.

*Die Schnittmenge zwischen Wahlkreiswoche und Familie ist größer als zwischen Sitzungswoche und Familie?*

Klar.

*Wann ist Ihre Tochter geboren?*

[Im Jahr...]

*Sie war also 7/8 Jahre alt, als Sie in den Bundestag eingezogen sind. Also aus dem Größten schon raus...*

Wir haben es ganz klassisch gehabt und haben es auch jetzt noch ganz klassisch. Die Mutter meiner Frau wohnt am Ort. Wenn man das nicht hat, worauf man sich abstützen kann, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass man sich für ein Kind entscheidet. Es lief bei uns von Anfang an so, dass die Großeltern mütterlicherseits einen Kilometer Luftlinie entfernt wohnen und immer Aufgaben übernehmen. Einmal in der Woche übernehmen Großeltern.

*Sind Sie verheiratet?*

Ja.

*Sie ist sicherlich beruflich auch sehr eingespannt. Haben Sie überlegt, noch ein zweites Kind zu kriegen?*

Da wir das erst nicht überlegt hatten, sondern es kam, haben wir keinen Plan: wird ein zweites kommen. Wahrscheinlich wird es bei einem bleiben.

*Es ist doch manchmal so, dass man denkt, jetzt wäre es gut, wenn wir denn noch ein zweites Kind haben wollen, nicht mehr zu warten.*

Als sich die Frage nach dem ersten Kind stellte, da waren wir noch nicht verheiratet, wussten aber, dass das Kind unterwegs ist, da hab ich eine weise Frau gefragt, meine Büroleiterin damals, keine Kinder. Sie gab mir eine sehr instruktive und kurze Belehrung: „Kind passt nie.“ Da hatte sie so was von Recht. Man muss gar nicht darauf warten, dass es reinpasst in den Lebenslauf. Wenn es kommt, kommt's. Danach haben wir es nicht darauf angelegt. Wahrscheinlich wäre das auch einpassbar gewesen. Aber das ist immer schwierig bei zwei berufstätigen Eltern.

*Sehen Sie Unterschiede im Verhältnis zu Ihrer Tochter in Bezug auf Ihre Arbeit vor dem Mandat und jetzt?*

Wahrscheinlich habe ich damals mehr gemacht, haben beide mehr gemacht. Als die Tochter kleiner war. Wer steht nachts auf in der Babyfütterphase? Wer bringt das Kind in den Kindergarten, wer holt es ab? Heute heißt die Frage, wenn sie früher zur Schule muss als wir aufstehen müssen: Wer steht dann mit auf? Immer abwechselnd mit ihr zu Frühstück. Das sind sehr viel angenehmere „Belastungen“ geworden. Ein ausgesprochen nettes Kind, sie ist ja nicht schwierig...

*...und das, obwohl sie in der Pubertät ist, nicht wahr?*

Ja, das Wort will sie nicht gerne hören. Sie weiß, was wir beide tun. Sie weiß auch, dass wir eine Familie sind.

*Aber ohne die Großeltern wäre es...*

...viel schwieriger gewesen. Auch für Notfälle. Das war wichtig und ist noch wichtig. Da haben wir Glück und ohne das hätte es mehr Dramen gegeben. Aber auch jetzt ist es so. [Meine Frau] ist in Hamburg, ich bin in Berlin. [Meine Tochter] ist in [Stadt/zu Hause]. Im

Prinzip müsste ich zu jedem Zeitpunkt wissen, wo sie ist. Weil ich den Tagesablauf im Kopf hab, wann sie wo ist. Und im Prinzip ist immer auch jemand ansprechbar.

*Kommt Ihre Frau abends zurück?*

Ja, sie kommt zurück.

*Ihre Tochter ist dann nachts nicht allein?*

Nein, das war sie nie. Wie viele andere Eltern hatten wir auch Babysitter zu Hause.

*Wer war öfter zu Hause, Sie oder Ihre Frau oder haben Sie das mit dem Babysitter gut regeln können?*

Es ließ sich immer regeln.

*Wie oft hatten Sie Kontakt unter der Woche, Sie und Ihre Tochter?*

Wenn ich in Berlin bin telefonieren wir. Zu Hause bin ich wahrscheinlich häufiger als andere Väter. Mein Wahlkreisbüro ist an die Wohnung angeschlossen. Ich muss dafür nicht weg, um an meinem Schreibtisch zu arbeiten.

*Das ist ein interessanter Aspekt für meine Arbeit. Ich bin noch gar nicht auf die Idee gekommen, dass so was ohne weiteres möglich ist.*

Auch wenn [meine Frau] zu Hause arbeiten muss, dann tut sie das in meinem Büro. Das ist sicherlich ein Vorteil – wenn man so will – von geistiger Arbeit. Man kann Botschaften schicken, wo sie gebraucht werden, man kann telefonieren, faxen, mailen. Das kann man auch gut zu Hause machen. [...]

Zwei Erwachsene, die berufstätig sind und ein Kind und zwei Arbeitsorte, nicht identisch mit dem Wohnort, das ist auch eine Organisationsfrage. Wer nicht in der Lage ist, zu organisieren, wird es nicht hinkriegen. Er stürzt von einer Katastrophe in die andere.

*Das haben mir alle mit Kindern gesagt.*

Das hört sich herzlos an, hat aber damit überhaupt nichts zu tun. Es nützt nichts, ein Kind noch so sehr zu lieben, wenn man es nicht hinkriegt, dass immer jemand da ist. Das kam

nicht vor, das Kind allein zu Hause.

*Wäre es in Ihren Augen ‚verwerflich‘, wenn man sich sehr stark auf [anderweitige] Betreuung einstellt – das Kind ist sehr viel bei der Tagesmutter und die Eltern auch nachts nicht immer zu Hause – das wird viel diskutiert: Darf man das? In Deutschland sind die Leute sehr viel strenger als anderswo.*

Ich würde da die „Kind-Anker“ empfehlen. Die Wohnung ist eines. Das Kind jede Woche zu sieben verschiedenen Stationen zu transportieren ist blöd. [Meine Tochter] ist jetzt zu Hause, ist da, wo sie immer ist. Da wo ihr Zuhause ist. Und wir sind immer die gleichen. Und da sind zwei stabile Eltern und zwei stabile Großeltern. Dann kommt eine Menge dazu. Wenn die Eltern nicht da sind, kommen immer nette Leute.

*Aber das klappt ja nicht immer so. Mancher hat keine Großeltern, ist mit dem Kind allein und ist trotzdem Abgeordneter.*

Wobei man sich ja schon den Gedanken machen muss, das ist nicht das Beste. Aber es gibt Gründe, warum es so sein muss. Manche sagen, das Kind braucht das. Ich habe schon Sachen erlebt, dass Kinder das nicht brauchen, sondern die Eltern das brauchen. Ein Kind braucht nicht Zeit seines Lebens 25 Babysitter, die alle nett sind. Es geht aber. Es wäre noch netter, wenn man nette Nachbarn hätte. Man soll sich auch nicht belügen, was davon den eigenen Interessen entspricht.

## Interviewpartner G

*Gab es für Sie einen auslösenden Moment, in die Politik zu gehen?*

Ich bin ja in der DDR aufgewachsen. Und in der DDR wurde man recht frühzeitig – das ging auch schon im Kindergarten los – mit Politik konfrontiert. Mein Elternhaus war politisch. Ich habe frühzeitig die Zeitung gelesen, hab auch die Nachrichten verfolgt. Als der Vietnamkrieg zu Ende war, kann ich mich noch erinnern. Insofern ist es bei mir nicht die übliche Karriere eines Politikers. [...] Schon als Kind hab ich mich [mit Politik] auseinandergesetzt. Aber es ist nicht die übliche Karriere über Schülervertreter, Verbänden. usw.

Ich hab mich nach der Wende auch politisch engagiert, in [der Partei] bis 92, dann bin ich eine ganze Weile rausgegangen, weil ich ein bisschen einen Selbstfindungsprozess durchgemacht habe. 2000 bin ich wieder eingetreten in [die Partei] damals und hab mich da ehrenamtlich engagiert, im Kreisverband Mecklenburg, war dann auch für zwei Jahre im Kreisvorstand. Das war aber nicht so als politische Karriere geplant.

Engagement, weil ich mich einbringen wollte. Weil ich gesagt habe, wenn man was verändern will, dann muss man sich einmischen. Da kann man nicht als Zaungast über den Zaun schauen und sagen, es ist schön. Da muss man mehr tun. Verantwortung übernehmen.

*Sind Sie nach [Bundesland] auch aus politischen Gründen gegangen [...]? Oder war das eher privat?*

Unterschiedliche Gründe. Ich hab in [Stadt] studiert. Und ich war Pendler. Ich war in Mecklenburg in der [Partei] aktiv, hab aber die Woche über in [Stadt] studiert und hab dann auch Kontakte aufgenommen zur dortigen [Partei]. Ich hab dann Wahlkampf zu den Regionalwahlen 2003 mitgemacht. Darüber hinaus hatte ich schon seit 2001 Kontakte zum Kreisverband [Stadt], weil ich in [Stadt] zeitweilig gearbeitet hatte. Und wo man arbeitet, ist man auch sozialisiert. Ich wohnte zwar in [Bundesland], meine sozialen Kontakte fanden aber mehr in [Stadt] statt. So war ich in [Stadt] integriert. Das war ein Grund. Ich stimmte damals mit der [Partei] in [Bundesland] nicht so überein. [...] Manches an der Politik hab ich kritisiert, bis ich gesagt habe: Die in [Bundesland] sind auch froh, wenn sie Verstärkung kriegen. Aber der Hauptgrund war, dass ich das Hin- und herfahren nicht mehr wollte und sagte: Ich kann das auch in [Stadt] machen.

[...]



Ich hab sogar zwei Wahlkreisbüros. Eins in [Stadt] und eins in [Stadt]...

*Wie lange sind Sie schon verheiratet?*

Ich bin schon seit zehn Jahren verheiratet, elf Jahren.

*Ihre Frau hat Sie also schon als politisch aktiven Menschen miterlebt.*

Ich habe sie in der Politik kennen gelernt. 1991 war ich für eine gewisse Zeit wieder in [Stadt], war dort Kreisstellenleiter [der Partei]. Wir hatten da eine recht schwierige Jugendgruppe. Wir haben eine Pfingstfahrt organisiert [...]. Da hab ich meine Frau so richtig kennen gelernt. Sie war da aber noch anderweitig vergeben und – ja!

*Und ist sie heute auch noch aktiv?*

Ja, sie ist auch wieder aktiv.

*Sie leben jetzt in [Stadt]?*

Bei [der Stadt].

*Haben Sie Kinder oder wollen Sie noch?*

Ich hoffe, dass wir das noch auf die Reihe kriegen.

[...]

Meine Frau ist voll berufstätig. Sie ist Lehrerin. Sie hat sich 96 entschieden, den Wohnort zu wechseln. Ich war noch nicht fertig mit Studieren, sie war gerade fertig mit Studieren. Sie hatte die Hauptfinanzierung. Ich war nur bedingt in der Lage, Geld beizubringen, Wenn man studiert, dann sollte man sehen, dass man es schnell abschließt. Familienplanung: Wir haben gesagt, gut jetzt machen wir das, bevor wir das nächste Ziel angehen.

*Es wäre ja auch nicht anrühlich, wenn Sie sagten, wir wollen eigentlich gar keine Kinder. Das würde mich interessieren, wenn es so wäre.*

Nein, meine Frau ist Lehrerin. Das sagt schon alles darüber aus. Ich hab mich auch in der Jugendarbeit engagiert [...].Also: der Kinderwunsch ist schon da.

*Sie könnten es sich also gut vorstellen, in Ihrer jetzigen Position als Abgeordneter Vater zu werden? Jetzt in Berlin und das Pendeln nach [Stadt] – spielt das eine Rolle bei der Familienplanung?*

Ja natürlich. Es war ja so, dass ich durch das Studium oft nicht zu Hause war. Ich war zwar drei, vier Tage in [Stadt] und dann an den Wochenenden zu Hause. Nachdem ich 2004 fertig war, war das Familienleben natürlich ein besseres. Es ist jetzt belastend, man muss damit umgehen. Aber ich sag mal ganz einfach so: Wenn ich meine Nachbarn sehe und auch andere: Wie viele Leute pendeln irgendwohin, sind die ganze Woche nicht da. Da funktioniert es auch. Warum soll das bei mir als Abgeordneter nicht funktionieren? Es erfordert natürlich ein gewisses Maß an Organisation in der Familie.

*Könnten Sie sich vorstellen, Elternzeit zu nehmen?*

Ich bitte darum!

*Das würden Sie auch gerne tun? Könnten Sie sich vorstellen, dass das mit dem Mandat vereinbar wäre? Zum Beispiel, wenn das nicht die verlängerte Sommerpause ist?*

Ja, ich denke, dass das auch machbar wäre. So genau habe ich mir das noch nicht überlegt. Es gibt ja Kolleginnen – bei Kollegen kann ich das jetzt nicht sagen – die [Abgeordnete] ist jetzt auch im Erziehungsurlaub, so weit ich das weiß, zumindest war ich der Meinung, dass sie schwanger war, als die Legislatur anfang. Wir sind uns zu Hause in so weit einig, dass wir uns aufteilen wollen. Dass nicht einer die ganze Zeit zu Hause ist. Das ist auch mit dem Mandat zu vereinbaren. Wenn wir im Bundestag schon einfach sagen: Nee, das geht ganz einfach nicht, dann brauchen wir uns ja nicht über die Entwicklung der Gesellschaft, über zu wenig Kinder gar nicht unterhalten. Das ist, wofür ich auch stehe, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, da muss man irgendwo auch – da gibt es noch viel zu tun.

*Das sehen andere MdB, vor allem Männer, anders. Da kommt auch ein klares Nein. Ich denke, das ist eine Einstellungsfrage, auch im normalen Leben.*

Das Bundestagsmandat war im dem Sinne nicht geplant. Es kam die Vertrauensfrage von Schröder dazwischen. [In der Partei suchte man] einen Kandidaten. Ich hab ein paar Tage nachgedacht und mit meiner Frau darüber gesprochen. Ich bin hier voll im Wirbel. Wenn meine Frau nach Hause kommt, ist sie alleine. Wir hatten vorher für uns geklärt: Familienplanung mit Kindern – das erste Stück ist dann meine Frau zu Hause, dann ich...

*Sind Sie allein mit Ihrer Frau in dem Haus?*

Wir haben noch drei Katzen. Und die schauen ganz traurig, wenn ich Sonntags meine Tasche packe.

*Und Ihre Familie, ihre Eltern, die wohnen nicht in der Nähe?*

Nein. Meine Schwiegermutter, die wohnt in [Stadt], meine Eltern wohnen in [Bundesland]. Meine Geschwister sind verteilt. Wir haben sehr nette Nachbarn, mit denen sind wir seit zehn Jahren befreundet. Wir unterstützen uns gegenseitig.

*Und in den Wahlkreiswochen?*

Da sieht mich meine Frau auch nicht viel mehr als in den Sitzungswochen.

*[Er erzählt ausführlich von seiner Arbeit im Bürgerbüro, von seinen ersten Tagen in Berlin und der Arbeit seiner Fraktion.]*

## Interviewpartner H

*Wie sind Sie zur Politik gekommen und gab es einen auslösenden Moment für Sie, zum einen überhaupt politisch aktiv zu werden und zum anderen dann den Schritt in die Berufspolitik zu machen – also, sofern man das so für sich entscheiden kann – der Moment zu sagen, ich möchte gern „Politiker“ werden?*

Ich war eigentlich immer politisch interessiert und habe schon in der Grundschule – oft zum Leidwesen meiner Lehrer – diskutiert und alles ausdiskutiert. Ich war auch in der Grundschule Schulsprecher und habe aber nie wirklich Interesse gehabt, in eine Jugendorganisation einer Partei einzutreten. 1989 hatten wir in [Bundesland] Wahlen [...]. Das war der Auslöser, wo ich gesagt habe, jetzt musst du irgendwas machen. Ich habe damals noch sehr viel Sport gemacht und hatte dort damals einen sehr guten Freund, zu dem ich gesagt habe, lass uns jetzt eintreten. Wir haben uns dann informiert – bei der [Partei] und bei der [Partei] – und die haben uns beiden eigentlich gar nicht so dolle gefallen. Aber wir hatten Freunde, die waren in der [Jugendorganisation der Partei] und die haben einen Laden [der Jugendorganisation der Partei] eröffnet. Dort waren wir eingeladen und das hat uns Spaß gemacht. Und da habe ich gesagt, lass uns in die [Jugendorganisation der Partei] eintreten, hier können wir diskutieren, die treffen sich jeden Freitag und das macht Spaß, das ist ein lustigerer Treffpunkt und da machen wir halt mit. Und so kam es, dass wir beide in [die Jugendorganisation der Partei] eingetreten sind und kurz danach auch in die [Partei]. [...]

Irgendwann wurden wir gefragt, ob wir beide zusammen für [das Regionalparlament] kandidieren wollen. Wir haben uns gesagt, das ist doch spannend, können wir eigentliche machen. So sind wir in [das Regionalparlament] gekommen von 1995 bis 1999.

*Im Doppelpack?*

Ja, das war immer im Doppelpack – ganz witzig. 1999 haben wir dann beide zusammen für [den Landtag] kandidiert. Das war wirklich viel für mich. Ich habe aktiv Sport gemacht und hatte ein ausgefülltes Leben im Verein und mit meinem privaten Freundeskreis – der sich dann reduziert hat. Viele sind miteingetreten in die Partei und unterstützen mich jetzt und wir treffen uns noch heute. Zu vielen ist aber auch der Kontakt abgebrochen durch diese Aktivitäten. Nicht, weil sie das blöd finden, was ich mache, aber weil man einfach nicht mehr die Zeit hat.

1999 bin ich in [den Landtag] gewählt worden. Er auch, aber er hat das Abgeordneten-Mandat nicht angenommen, weil er [höheres politisches Amt] wurde. Dann trennte sich ein bisschen der Weg, durch die unterschiedlichen Häuser, wo wir dann saßen. Dann habe ich 2001 wieder für [den Landtag] kandidiert und nun bin ich im Deutschen Bundestag. Das war nie mein Ziel. Ich hatte das überhaupt nicht vor Augen. Irgendwann so 2000/2001 kam ich in den [...-Ausschuss im Landtag] – zuletzt war ich auch [...] Sprecher [der Fraktion] und da habe ich gemerkt, dass viele Dinge, die du [im Landtag] bewegen möchtest, dort nicht zu bewegen sind, aufgrund der Gesetzgebung. Und daraufhin habe ich mich entschlossen für den Deutschen Bundestag zu kandidieren – und versuche es dort zu bewegen. Aber das war nie so, dass ich 1989 eingetreten bin mit dem Ziel, irgendwann wirst du Berufspolitiker. Das war nie mein Ziel – um Gottes Willen!

*Von den meisten Interviewten habe ich erfahren, dass es schon mit Nachdruck zu tun hatte, dass man für einen Posten kandidieren konnte und sich innerhalb der Parteigremien durchgesetzt hat. Das klingt bei Ihnen jetzt so einfach – ach, dann kam halt das und jenes – wurde das dadurch begünstigt, dass junge Leute gebraucht und gesucht wurden?*

Ja. Das war zweifelsohne eine sehr günstige Zeit. Die [Partei im Bezirk/Region] war von der Struktur her damals eine sehr alte Partei. Als wir eingetreten sind, kam auf einmal eine Masse von jungen Leuten, die wir mitgemacht haben. So kam es, dass man gesagt hat, wir wollen jetzt auch ein paar junge Leute [im Regionalparlament] haben. Das war sicherlich der Hauptgrund. Ich habe damals gesagt, ich wollte gern [im Regionalparlament] bleiben, da es mir viel Spaß gemacht hat – ich war [...] Sprecher dort – und als man mir dann angeboten hat [in den Landtag] zu gehen, war ich ganz unsicher, ob ich das mache. Ich hatte damals schon ganz gute Beziehungen zu Kollegen – ältere Kollegen – die haben mir gesagt, wenn man dir das anbietet, [für den Landtag] zu kandidieren, solltest du das wahrnehmen. Wer weiß wann das Angebot wiederkommt. Das war wirklich recht einfach. Ich habe gesagt, ich denk mal darüber nach und machte das dann.

2005 wurde ich Kreisvorsitzender der [Partei im Bezirk/Region] – und da gab's dann schon ein Stück weit auch Widerstände – ich meine, das war dann nicht so leicht und da wurde ich nicht gefragt, sondern da habe ich dann gesagt, so, ich will das jetzt machen. Es gab auch keine wirklichen Widerstände – ich wurde mit 98 Prozent der Stimmen gewählt. Aber da hat man dann schon gemerkt, dass der ein oder andere Ältere gesagt hat, na muss das denn jetzt alles schon sein. [...]

*Sie sind ja schon eine ganze Weile aktiv und dass die politische Arbeit auch recht viel Zeit einnimmt – Sie haben ja auch erwähnt, dass Sie weniger Zeit haben für alte Freunde und Bekanntschaften – gab es da einen merklichen Bruch oder war das eher schleichend?*

Das war schleichend. So richtig aktiv war ich vier bis fünf Jahre nach meinem Eintritt. Ich bin ab und zu mal hingegangen, wenn ich mal Lust hatte. 1994/1995 ging's dann richtig los und wo es dann richtig anstrengend wurde als Kreisvorsitzender der [Jugendorganisation der Partei] und da hat man schon ziemlich viele Pflichttermine, wo man hin muss. Ich bin früher unheimlich gern am Wochenende weggegangen, auf Konzerte, Diskotheken, Feten usw. und Freitag hatten wir immer unsere Treffen [der Jugendorganisation der Partei], deshalb war dann Freitag weggehen schon mal gestorben – für mich ein Riesenproblem am Anfang und eine unglaubliche Umgewöhnungsphase (*lacht*), aber das ging dann auch, da hat man sich dann von verabschiedet. Und dann ging es 1994, wie gesagt, richtig los. Und von da an hatte man halt immer weniger Zeit für Freunde, die nicht so aktiv in der Politik sind oder gar nicht in die Politik mitgekommen sind. Ganz viele Freunde von mir haben gesagt, komm, dann treten wir auch ein. Die sind dann nicht so aktiv geworden wie ich, aber die sieht man dann halt ab und zu mal auf einer Veranstaltung, beim Sommerfest, wo auch immer. Aber bei den anderen hat das halt nach und nach immer mehr abgenommen. Man versucht den Kontakt aufzufrischen, aber da ist einfach keine Zeit, um das so zu pflegen. Seit 1999, also seit [dem Landtag], ist das schon eine sehr zeitintensive Geschichte. Im Bundestag ist das noch mal viel extremer. Aber seit 1999 hatte ich schon sehr wenig Zeit und wenn ich welche hatte, dann habe ich sie auf die besten Freunde, auf die Familie und damals auf Freundinnen konzentriert und aktuell jetzt auf meine Frau – so dass andere Sachen ein Stück weit zu kurz kommen.

*Denken Sie, es macht einen Unterschied zur sonstigen Berufstätigkeit? Natürlich hängt das auch davon ab, welchen Beruf man ausübt und in welcher Funktion – aber einfach mal bezogen auf Ihren Beruf, abgesehen vom Mandat, denn ich nehme an, dass Sie neben [dem Landtag] in Ihrem Beruf weiter tätig waren (er nickt) und sehen Sie da Unterschiede, auch im Vergleich zu Ihrem Bekanntenkreis?*

Absolut. Wir haben ja gar keinen geregelten Zeitablauf. In einem anderen Job – es sei denn, man ist Geschäftsführer oder Inhaber einer Firma – aber als Politiker haben sie immer eine Sieben-Tage-Woche – auch damals schon [im Landtag], wenn am Wochenende die Kleingärtner rufen, die Sportvereine rufen, irgendwelche Kiezfeste stattfinden, wo sie hin müssen – die Wochenenden sind bis auf die Sommermonate total zugepackt. Zum Beispiel die Weihnachtsfeiern – da muss man ja nicht hingehen, aber ich finde, wenn man so was

macht, dann muss man es auch richtig machen. Von da her ist es schon ein großer Unterschied zu einem normalen Job, wo sie halt sagen, ich komme morgens um acht oder neun und bin dann um 17 Uhr zu Hause. Es ist eigentlich so, dass ich fast jeden Abend Abendveranstaltungen habe. Die beginnen um 19.30 Uhr – zwei Stunden bis 21.30, danach trinkt man noch'n Kaffee zusammen, ein Bier oder eine Cola und gegen 22/23 Uhr bin ich dann zu Hause.

*Kommt Ihre Frau dann manchmal auch mit?*

Oft. Es würde auch gar nicht anders gehen. Fast alle meine Beziehungen, die ich vor meiner Frau hatte, sind alle an der Partei gescheitert. Am Anfang war es immer ganz spannend für jede: Mensch toll, heute gehen wir da hin zum Sportverein oder da hin zur [Jugendorganisation der Partei], wo wir uns alle treffen. Aber spätestens nach dem fünften Mal hieß es. Kannst du da nicht alleine hin? Oder: musst du denn da hin und können wir nicht mal was anderes machen? Und daran ist das dann eigentlich immer zerbrochen. Ich habe dann immer gesagt, nee, ich will das machen, mir macht das wahnsinnig Spaß. Wenn sie da nicht eine verständnisvolle Frau oder Freundin haben, die das mitmacht, haben sie keine Chance.

*Wobei „mitmachen“ – bedeutet das denn, dass Ihre Frau oder wer auch immer an Ihrer Seite wäre, wirklich auch bereit ist, immer mitzugehen oder wäre das auch ok, wenn sie es akzeptieren würde, Sie haben jeden Abend einen Termin und sie selbst macht halt ihr Ding?*

Klar, gar keine Frage. [Meine Frau] macht auch ihr Ding. Aber es erleichtert es natürlich, wenn sie mitkommt, weil wir uns dann auch mal sehen. Und manchmal ist es ja auch wirklich nett – wenn irgendwelche Weihnachtsfeiern sind, dann kommt mein alter Freund, den ich erwähnte, mit seiner Frau. Man hat dann zwar viele Gespräche zu führen, aber man hat auch mal eine Stunde allein, wo man da sitzt, sich unterhalten und tanzen kann oder was auch immer. Ein paar Sachen sind dann auch angenehm, und wenn sie zu solchen Veranstaltungen mitkommt, die auch Spaß machen, ist das sehr viel wert, weil dann sieht man sich auch mal und kann gemeinsam was machen. Und wenn man zu irgendwelchen Bällen eingeladen wird, ist das schon ganz schön, wenn sie dabei ist. Ich fände das jetzt auch ok, wenn sie sagen würde, ich habe da jetzt keine Lust drauf und keine Zeit – das kommt auch oft vor, dass sie sagt, sie hat keine Zeit – aber es ist hilfreich, wenn jemand das mitmacht. Denn das bestimmt auch mein Leben weitestgehend und auch wenn du nach Hause kommst und bist bewegt von irgendwelchen Bildern, irgendwelchen Sachen, die du gehört und gemacht hast – und wenn man dann eine Frau zu Hause hat, mit der man

darüber auch diskutieren kann – also ein Stück weit Beraterfunktion – ist das schon angenehm.

*Wo haben Sie sich kennen gelernt?*

*[überlegt] ...2000.*

*Also hat Ihre Frau sie schon als politisch aktiven Menschen erlebt und zugleich noch zusätzlich halb Berufstätiger kennen gelernt?*

Sie hat bei mir gearbeitet. Als ich in der „M...“-Firma tätig war, haben wir eine Mitarbeiterin gesucht. [Name seiner Frau] hatte eine Freundin bei der „M...“-Firma, die sie ganz gut kannte, und die meinte, sie sei gerade mit dem Studium fertig und suche einen Job in der Wartezeit auf das Referendariat. Da habe ich gesagt, prima, die soll mal ihre Bewerbung schicken und dann haben wir uns getroffen.

*Also nicht über die Partei – das ist ja nicht unüblich...*

Sie hat auch meinen Terminkalender gepflegt und mal den ein oder anderen Partei-Brief geschrieben für meine Tätigkeit als Politiker. Aber sie wusste, was ich gemacht habe und wir hatten auch so unsere Konflikte am Anfang, denn sie war politisch nicht so hundertprozentig mit der [Partei] einverstanden, so dass wir viel diskutiert haben – ganz spannend übrigens. Das hat auch Spaß gemacht. Und in der ganzen Vorbereitung des Wahlkampfs 2001, da haben wir uns dann immer öfter gesehen – sie hat dann auch länger gearbeitet, so dass sich dann da was entwickelte. Und letztlich zusammen gekommen sind wir am Wahltag 2001 – am 21. Oktober 2001.

*Ist sie eingetreten?*

Ja, aber sie musste nicht (*lacht*). Ich war ganz überrascht. Sie ist auch nicht bei mir im Ortsverband Mitglied, sondern dort wo wir wohnen. Wenn sie nicht eingetreten wäre, wäre das auch nicht schlimm. [...] Sie musste sich erst überzeugen lassen.

*Meine nächste Frage geht in die Richtung Familienplanung. Ich gehe mal davon aus, dass Sie Kinder haben wollen?*

Ja.



*Wie stark haben Sie darüber geredet, wann und wie und überhaupt das reinpassen würde?*

Das ist natürlich Blödsinn, wenn man darüber stark redet, wann es passt. Irgendwie passt es wahrscheinlich nie rein in den Zeitplan und trotzdem ist es wahrscheinlich das größte und schönste, was man so erleben kann. Es ist zwar noch in der kritischen Phase und es weiß auch noch keiner – außer den engsten Freunden – aber in ca. sieben Monaten wird es so weit sein! Sie ist jetzt fast im dritten Monat [...].

Es sieht alles gut aus und das freut uns auch wahnsinnig und ist schön! [...] Als wir geheiratet haben, haben alle gefragt, seid ihr schwanger und wenn ja, wann...? Und dann habe ich gesagt, wir haben doch nicht geheiratet, weil wir ein Kind haben wollen, sondern weil wir heiraten wollen. Und irgendwann wollen wir auch Kinder haben. Aber das hat doch nichts mit der Heirat zu tun!

Ich bin aber ganz froh, dass es jetzt kommt. Später hätte ich mich natürlich auch gefreut, aber jetzt ist das ein guter Zeitpunkt. [...] Das Kind wird wahrscheinlich [im Monat...] kommen und von da her passt es auch hervorragend nach dem Wahltermin [der Landtagswahlen], wenn man die ersten Wochen auch erst mal ein bisschen genießen kann. Im Bundestagswahlkampf 2005 wäre es natürlich blöd gewesen. Na, es wäre auch schön gewesen und ich hätte mich auch nicht beklagt – es kommt, wie es kommt. Aber so ist es schon besser. Es passt genau, als ob es geplant wäre, obwohl es nicht geplant ist!

*[...] Die Situation mit dem Berliner Büro [im Bundestag] und dem Wahlkreis in [Ort] ist wahrscheinlich kein Problem...?*

Ich habe immer gesagt, wenn der Deutsche Bundestag noch in Bonn sitzen würde, hätte ich's wahrscheinlich nicht gemacht. Aus heutiger Sicht würde ich sowieso sagen, dass ich's trotzdem machen würde. Ich glaube aber, dass die Kollegen, die nicht in Berlin oder Brandenburg wohnen, einen Riesenvorteil haben. Ich habe zwar den Vorteil, dass ich jeden Abend nach Hause kann, aber das ist meistens nachts, wenn [Name seiner Frau] schon schläft. Die anderen Kollegen sind in den Sitzungswochen hier, können sich voll und ganz auf ihre parlamentarische Arbeit konzentrieren und abends haben die dann auch nichts mehr – die haben zwar auch ihre Empfänge, aber nicht die Parteiverpflichtungen, wie ich sie habe. Wenn Kreisvorstand, Kreisausschuss, Veranstaltungen von anderen Kreisverbänden, Vereinigungen und und und – das haben die nicht. Da sagen sie einfach: Tut mir leid, bin in Berlin, kann nicht kommen. Wenn ich irgendwo mal fehle, da fragt dann beispielsweise der Bürgermeister von [Ort], wo war denn der Bundestagsabgeordnete heute? Das wird den Kollegen nicht passieren und ist für die natürlich ein Vorteil, dass sie sich voll und ganz auf

die parlamentarische Arbeit hier konzentrieren können. Und wir haben halt immer noch den Kreisverband, die Partei, zu betreuen. Zeitlich ist das auf jeden Fall nachteilig für die [ostdeutschen] Abgeordneten. Ich bin deswegen auch in der sitzungsfreien Zeit stark eingebunden: Gestern war ich bis 21 Uhr hier im Büro und danach hatten wir noch ein Wahlkampfmeeting bis halb drei oder drei – keine Ahnung mehr. Das passiert den anderen Kollegen nicht. Die haben halt jetzt ihre Wahlkreisarbeit, aber müssen nicht schon um acht Uhr im Büro sein.

[...]

*Was die Vorstellung angeht, dass Sie Vater werden, ist es doch vielleicht eine Erleichterung zu wissen, wenn etwas ist, bin ich in der Nähe und kann jederzeit nach Hause, muss nicht erst in den Flieger steigen und kann vor allem auch nachts nach Hause und muss nicht die Woche über in einer anderen Wohnung schlafen?*

Das ist wirklich ein Vorteil, selbst wenn [Name der Frau] schon schläft. Oft ist sie auch noch wach oder hält sich wach. Oft schläft sie, aber dann wachen wir gemeinsam auf – das ist schon ganz schön und das würde mir schon fehlen und das wäre schon blöd.

*Ist Zeit für ein gemeinsames Frühstück?*

Wenn ich ganz früh gehe, dann nein. Aber meistens machen wir das. Ich mache das auch so, wenn mal Zeit ist – oder auch am Wochenende, dann nehme ich mir schon die Zeit und schalte mein Handy ab – das kann ich auch ohne Probleme. Dann schalte ich das Handy morgens ab und erst abends wieder an, so dass wir mal sehr intensiv so einen Tag miteinander verbringen können. Dann fahren wir zu [den Schwieger-]Eltern und dann ist Pause von Partei und Politik. Das ist auch gut, dass ich abschalten kann. Wir fahren auch ab und zu am Wochenende mal an die Ostsee und das genießt man dann, wenn das Handy aus ist. [...]

Das hatte ich völlig unterschätzt [... die Arbeit im Landtag] – völlig harmlos im Vergleich zu hier! Aber hier die Sitzungswochen – da komme ich auch noch immer nicht ganz mit klar. Montags geht, da ist es noch relativ ruhig, aber Dienstag bis Freitag haben sie keine Chance. Von acht Uhr morgens jeden Tag Termine und man rennt eigentlich nur von Haus zu Haus. Ich kann mich kaum vorbereiten auf irgendwelche Sachen, weil ich nur hin und herrenne – von Arbeitsgruppegespräch und Frühstücksrunde mit irgendeinem Verband, einer Gewerkschaft – ich bin ja im [...-]Ausschuss – rein in den Ausschuss, dann ins Plenum in die Fragestunden und dann haben sie in den Sitzungswochen die Termine von Treffen mit

Verbänden und Lobbygruppen, die halt einladen, wo man auch hin will, weil das ganz spannend ist und man sehr viel erfährt. Die Termine sind auch wichtig, um Kontakte zu knüpfen und diese Termine sind alle in den Sitzungswochen. Ich bräuchte in den Sitzungswochen nichts essen, ich hätte jeden Tag Frühstück, Mittag- und Abendessen mit irgendwelchen Wirtschaftsvertretern von Dienstag bis Freitag – kein Problem.

*Können Sie sich vorstellen, das zurückzufahren, für die Familie, wenn das Kind dann da wäre – nicht nur wegen des Kindes, vielleicht auch aus anderen Gründen?*

Also zurückfahren, nein. Weil ich glaube, dass das ganz schwierig ist, wenn man das macht, muss man es richtig machen. Das würde man auch merken, wenn man's zurückfährt und das würden einem die Leute auch übel nehmen, die einen wählen sollen und das will ich auch nicht. Aber ich glaube, man muss es halt anders organisieren. Zum Beispiel anstelle von schnell duschen und dann weg kann man sagen, so, morgens wird erst mal gefrühstückt und der ein oder andere Termin, den ich jetzt auf halb acht oder acht lege, der wird dann auf neun gelegt. Und dann stelle ich mir das so vor, wie es mein Freund gemacht hat, dass man sich Unterlagen mit nach Hause nimmt. Nachdem er dann das Kind ins Bett gebracht hat, ist er noch zu Hause in sein Büro gegangen und hat noch Akten bearbeitet. Ich muss nicht hier sitzen, sondern kann das auch zu Hause machen. Ich glaube, ich werde das dann auch so organisieren. Gute Freunde aus der Partei, die älter sind, haben mir gesagt, wenn du Vater wirst, die Zeit kommt nur einmal und nimm dir die Zeit, damit du siehst, wie dein Kind aufwächst. Weil sie diesen Fehler gemacht haben, haben sie es mir gesagt. Und ich will schon dabei sein und sehe es auch bei dem ein oder anderen. [...] Ich will schon gar nicht, dass ich irgendwann nach Hause komme und mein Kind fragt, wer ist denn der Onkel?

*Können Sie sich vorstellen, für zwei Monate völlig rauszugehen und Elternzeit zu nehmen?*

Wenn ich normal und nicht hier, sondern in einem anderen Beruf arbeiten würde, könnte ich mir das durchaus vorstellen. Ich habe vorhin mit einem anderen Freund gesprochen, der das vielleicht macht und mich gefragt hat, wie ich das sehen würde, ob das peinlich wäre, wenn er das machen würde. Da habe ich gesagt, nein, warum ist das peinlich, ich würde es auch machen. Aber jetzt, aufgrund der Situation im Bundestag geht das nicht.

*Geht nicht, wegen der Erwartungshaltung...?*

Ja, auch, weil ich glaube, wenn ich sagen würde, ich klinke mich mal zwei Monate aus und lasse mich weder im Wahlkreis sehen noch in der Fraktion und in den Ausschüssen, ich

glaub, das würde keiner verstehen. Und das wusste ich auch vorher, dass ich nun die Verantwortung – oder die Möglichkeit – habe, für eine gewisse Zeit – ich bin ja auf Zeit gewählt für vier Jahre – und da wäre es auch nicht fair, wenn ich sage, ich klinge mich jetzt hier aus. Denn dafür kriegt man ja hier eine ganze Menge Geld. Den Erwartungsdruck merkt man auch manchmal bei den Wählern und Menschen im Wahlkreis, den Erwartungsdruck, was man alles bewegen könne. Und den Leuten zu erklären, ich bin da jetzt neu und habe auch festgestellt, ich kann die Welt noch nicht verändern, das verstehen viele auch gar nicht. Die denken, wenn [Interviewpartner H] das sagt, wird das jetzt alles passieren – und das ist leider nicht so. Ich will nur sagen, der Erwartungsdruck ist riesig groß und von der Warte könnte ich mir nicht vorstellen Elternzeit zu nehmen.

*Das Verständnis dafür, dass man Vater geworden ist und zwei Monate vielleicht drin sein sollten, dafür dass man für seine Familie da ist – das existiert nicht?*

Wie gesagt, in jedem anderen Beruf – wenn ich jetzt irgendwo angestellt wäre oder Freiberufler, könnte ich mir das durchaus vorstellen und ich hätte mit [meiner Frau] gesprochen, wie wir das organisieren. Aber in meiner jetzigen Berufssituation kann ich mir das nicht vorstellen. Um den Vatersein gerecht zu werden, muss das halt organisiert werden – das ist mir ganz wichtig. Ich hatte Eltern, die sich sehr um mich gekümmert haben und das möchte ich auch für mein Kind – alles ist organisierbar, man muss es nur strukturieren.

*Ich bohre auch nur nach, weil das u.a. ein interessanter Aspekt für meine Arbeit ist. [...]*

*Ich habe in Ihrem Internetauftritt auch gesehen, dass da steht, Familie wäre Ihnen wichtig – wer gehört für Sie zur Familie dazu?*

Meine Frau, meine Eltern. Auch ihre Eltern, ihr Bruder – die ganz enge Familie, die ist mir wahnsinnig wichtig. Natürlich kommen da auch noch dazu meine Tanten, meine Onkel, ihre weitergehende Familie, ihre Großeltern – ich habe keine mehr. Das ist für mich Familie und auch ganz wichtig. Ein Stück weit würde ich auch meine guten Freunde – das sind vielleicht so drei/vier – die würde ich auch dazu zählen. Ich habe einen ganz großen Freundeskreis und [meine Frau] auch. [...] Familie ist noch mal was ganz besonderes, aber direkt danach kommen die allerbesten Freunde.

*Lebt Ihre Familie auch in [Ort]?*

Ja, selbstverständlich. Bis auf eine Tante wohnen alle in [Ort] – bezogen auf den Nachwuchs ist das optimal geregelt.

Was auch wirklich schön ist, dass von den besten Freunden der eine jetzt Papa wird, die anderen haben alle relativ junge Kinder, so dass man das auch gut organisieren kann.

[...]

*Sie sind ja noch nicht so lange im Bundestag, aber haben ja schon viel Erfahrung aus den Jahren davor [im Landtag] und können die Arbeit ganz gut vergleichen: Haben Sie es schon mal bereut, den Schritt in die Politik gemacht und das Mandat übernommen zu haben?*

Also bereut habe ich das nie, dafür mach ich das alles hier zu gerne. Es macht mir wirklich richtig Spaß [...] Was ich immer empfand, wenn es eine „Station“ höher ging – [von der Regionalebene in den Landtag]: Das war ich erst mal super-enttäuscht. [Der Landesvorsitzende... und der Fraktionsvorsitzende...] haben gemacht, was sie wollten und als Abgeordneter, insbesondere als Neuling konnte man gar nichts bewegen. Ob ich da war oder nicht war eigentlich völlig wurscht. [Im Regionalparlament], wenn ich da gesagt habe, ich will, dass das Jugendprojekt so viel Geld bekommt und die Parkbank dahin kommt und die Ampel dort, dann war das so – da konnte man zum Teil was bewegen. [Im Landtag] am Anfang gar nicht. [...] Wenn man sich ein bisschen hochgearbeitet hatte und man in gewissen Themenbereichen ernst genommen wurde, konnte man die Positionen der Fraktion auch ein bisschen mitbestimmen. Das hat mir zuletzt als [...-poltischer] Sprecher auch sehr viel Spaß gemacht. Und hier fange ich nun wieder von Null an.

Man merkt sehr deutlich, dass man als Abgeordneter in einer großen Koalition nicht unbedingt sehr wichtig ist, weil die Mehrheiten sehr große sind und man sitzt als Neuling wirklich ganz hinten. Ich merke das jetzt auch, dadurch dass ich wirklich sehr viel rumrenne überall, in der Arbeitsgruppe durchaus ernst genommen werde, in der Fraktion aber bei Weitem noch nicht. Da kommt man gar nicht zu Wort, aber in der Arbeitsgruppe schon. Und man lernt immer mehr Leute kennen, wo man dann merkt, hier kannst du dich einbringen. Aber das ist ein unglaublich schwieriger Weg. Je höher die Ebene, desto schwieriger wird es. Ich merke, dass man hier eine absolute Hierarchie hat. In der Fraktion gibt es den Vorsitzenden, Stellvertreter, Geschäftsführer und dann kommt erst mal eine Weile gar nichts. Dann gibt es die Landesgruppen-Vorsitzenden und irgendwann kommt dann vielleicht auch mal der normale Abgeordnete. Und im [Landtag] war das schon anders in der Hierarchie. Hier gibt es halt eine enorme Bürokratie. Bevor sie hier einen Anfrage oder einen Antrag durchkriegen durch die Fraktion – das ist der absolute Wahnsinn, da ist das Thema schon längst beerdigt. Deshalb mache ich das immer in schriftlichen Anfragen kurz und knapp als Abgeordneter und nicht für die Fraktion. Aber das ist schon sehr anstrengend – heißt aber nicht dass ich das hier bereue. Das heißt für mich, sich noch mehr anzustrengen, damit man ganz schnell noch ernster genommen wird und wirklich das ein oder andere mitbewegen

kann. Also, das wird bestimmt gerade hier im Deutschen Bundestag noch eine Weile dauern. Das wird nicht in zwei Wochen so sein, eher in zwei Jahren.

[...] Man muss aber gar nicht unbedingt einen Titel innehaben oder ein Amt. Man muss sich auf ein/zwei Themen stürzen und sich darin Ansehen erarbeiten als kompetenter Gesprächspartner. Das läuft hier schon über Inhalte und nicht über Ellenbogen – vielleicht in großen Landesgruppen wie Bayern oder NRW. Aber als [einer aus einem Ost-Bundesland/aus einer kleinen Landesgruppe]... – das kann man nur über Inhalte, Gespräche und Kontakte schaffen. Das will ich auch. Der Ellbogen muss schon mal rausgeholt werden, gerade innerparteilich. Aber ich finde in der Fraktion sollte es schon inhaltlich sein.

## Interviewpartner I

*Meine Eingangsfrage ist: Wie sind Sie zur Politik gekommen?*

Ich habe mit zwölf Jahren angefangen Plakate zu kleben, weil meine große Schwester in der [Jugendorganisation der Partei] war und ich fand das spannend. Ich bin dann mit vierzehn eingetreten in die [Jugendorganisation der Partei], mit 16 in die [Partei], mit 18 dann aus allem raus, weil ich dann eine eigene politische Meinung entwickelt hatte. Ich hab mich dann sehr lange nur für Politik interessiert und nicht aktiv politisch gearbeitet. Ich bin dann nach der Bundeswehrzeit in die [Partei] eingetreten. Ich hab mich da schon zur [Partei] orientiert gehabt. Ich wollte dann auch wieder aktiv arbeiten. Und dann hat sich das irgendwie entwickelt.

Ich habe nicht an irgendeinem Gitter an irgendeinem Kanzleramt gerüttelt, wenn Sie das meinen.

*Das meine ich nicht. Aber gab es nicht einen Moment, an dem Sie sich sagten: warum eigentlich nicht?*

Das war bei mir eher ein schleichender Prozess. Das hat sich so ergeben, dass ich irgendwann der Ansicht war, dass nicht andere für mich gestalten. Ich wollte es selbst.

*Wann haben Sie Ihre Frau kennen gelernt? Waren Sie da schon politisch aktiv?*

Nein, da war ich noch bei der Bundeswehr. Ich habe sie kennen gelernt – 1985 muss es gewesen sein, so ungefähr [...]. Wir waren dann lange Zeit getrennt. 1990 haben wir dann geheiratet.

*Das war bevor Sie in [Stadt] aktiv geworden sind?*

Ich bin 1990 in die [Partei] eingetreten, es war im gleichen Jahr.

*Und ihre Söhne, wie alt sind die heute?*

Die sind 93, 95 und 2000 geboren [...].

*Im Internet haben Sie keine weiteren Angaben zu Ihren Kindern gemacht. Gab es Schwierigkeiten in dem Anpassungsprozess, was Ihre Familie und Ehe angeht, nachdem Sie zusehends mehr aktiv wurden?*

Als wir uns kennen lernten war das mein Hobby und meine Frau hatte ihre Hobbys. Ich bin meinem Hobby nachgegangen. Und wenn man die Möglichkeit hat, das Hobby zum Beruf zu machen, ist das eine schöne Sache.

*Ist Ihre Frau auch parteipolitisch aktiv?*

Nein. Sie ist Mitglied in der [Partei]. Das hat lange gedauert. [...] Sie war Delegierte bei uns im Kreisverband, aber – doch, sie hat kandidiert für die Kommunalwahl, war bis vor kurzem auch Bezirksbeirätin, aber sie macht das auch mehr motivfrei.

*Ich hab gelesen, sie war auch voll berufstätig. Selbstständig. Das ist ja auch mit viel Arbeit verbunden...?*

Ja.

*Ist es nicht ganz gut, dass sie sich die Arbeit selbst einteilen kann?*

Mich wundert es auch. Ihr Beruf ist mit viel Arbeit verbunden. Es interessiert sie, es bringt ihr Spaß. Politik interessiert sie, macht ihr Spaß, aber sie meint, es reicht, wenn ich das mache. Sie hat viele Stimmen gekriegt bei der Kommunalwahl und fand das schön, aber sie hat andere Prioritäten. Das Schöne ist, dass wir auch Freunde haben außerhalb des politischen Bereiches.

*Wie viel Zeit haben Sie so für Termine mit alten Freunden?*

Viel zu wenig.

*Ihr Amt als Generalsekretär hat sich gerade gejäht. Haben Sie seitdem noch weniger Zeit?*

Deutlicher Zuwachs von Terminen. Es ist nicht so, dass ich vorher unterbeschäftigt gewesen wäre. Es ist deutlich mehr geworden. Die Takte sind anders, es sind weniger Freiräume dazwischen und die Qualität ist eine andere.



*Sie suchen sich wahrscheinlich stärker aus, worauf Sie sich konzentrieren?*

Ich schaff es nicht im Wahlkreis, Stichwort Tierzüchterverein, zu gehen.

*Nehmen es Ihre Kinder wahr, dass Sie sehr stark eine öffentliche Person geworden sind?*

Am Anfang fanden sie es noch ganz spannend, Papa im Fernsehen, aber mittlerweile: Ach Papa im Fernsehen, haben wir weitergeschaltet. Sie merken schon, dass das eine andere Tätigkeit ist als andere Berufe, aber sie haben dadurch auch Nachteile. Gerade was Lehrer anbetrifft, bemühen sie sich ganz besonders deutlich zu machen, dass die Kinder des Abgeordneten nicht bevorzugen. Zu deutsch: sie haben eher einen Malus. Man guckt eher doppelt streng hin, bloß nicht, dass der Eindruck entstehen könnte, man würde bevorzugt werden. Und das ist natürlich auch so, wenn wir bei irgendwelchen Veranstaltungen sind, dass ich dann gucke, in dem Moment wo Medien da sind, dass die Kinder nicht in meiner Nähe sind. Wir wollen, dass die Kinder ganz bewusst aus dem Medienraum herausgehalten werden. Das ist nicht immer ganz einfach. Wobei ich merke, mehr und mehr, dass die Journalisten das auch akzeptieren. Ich bin da auch ganz konsequent: Wenn die Kinder nicht heraus gehalten werden, dann werden die Journalisten verklagt. Da ist die Grenze überschritten. Die Kinder haben in der Öffentlichkeit nichts zu suchen, wobei sie natürlich gern im Fernsehen wären. Keine Frage. Sie hätten da gar nichts gegen. Da muss man schon aufpassen. Und sie merken halt, dass ich viel weg bin. Sie haben da durchaus einen sehr feinen Sinn, was sie noch mittragen und wo sie dann anfangen zu meckern, zu Recht.

*Wie viel Zeit bleibt zu Hause für Frau und Familie?*

Zu wenig! Wir versuchen es gerade, das ein wenig anders zu organisieren.

Sie sind meistens in Berlin, nehme ich an?

Ja.

*Auch in sitzungsfreien Wochen?*

Als normaler Abgeordneter war ich in den Sitzungswochen hier und in der sitzungsfreien Zeit überwiegend im Wahlkreis. Nicht nur, aber überwiegend. Jetzt ist es so, dass ich in den Sitzungswochen sowieso hier bin und in den sitzungsfreien Zeit normaler Weise auch zwei, drei Tage gebunden bin und in der anderen Zeit irgendwo und nicht im Wahlkreis. Und wenn

ich im Wahlkreis war, dann musste ich mir die wenige Zeit zwischen Wahlkreis und Familie teilen und beide sind zu kurz gekommen. Deswegen hab ich jetzt Ostern die Familie nach Berlin geholt und ich pendele jetzt umgekehrt. Weil das andere nicht mehr darstellbar war.

*Sie sind also gerade in dem Prozess, wo sich die Familie neu eingewöhnt?*

Richtig, wir leben auf einer Baustelle. Wir haben noch „Naturtüren“...  
...was sehr kommunikativ ist.

*Ich hoffe, die Kinder haben sich ein bisschen auf Berlin gefreut.*

Ja und nein. Solange die Familie auch mitzieht, ist nichts verloren.

*Beruflich versucht dann Ihre Frau, hier Fuß zu fassen?*

Neuer Anfang.

*Ja, das ist nicht einfach. Ist es richtig, wenn ich sage, dass es auch ein gewisses Opfer ist, das Ihre Familie da mit trägt, damit der Zusammenhalt noch gewahrt bleibt?*

Ja! Das sind die Sachen, die öffentlich nicht wahrgenommen werden.

*Das ist das Thema meiner Arbeit. Da ist es sehr wichtig, dass ich hier Gespräche führen kann...*

*Ich habe mitbekommen, dass Sie eine Elternzeit genommen haben.*

Ich hatte Erziehungsurlaub – ein völlig falsch gewählter Begriff. Das Wort „Urlaub“ hat überhaupt damit nichts zu tun.

*Natürlich! Es ist absoluter Quatsch! „Babypause“ sagen auch manche...*

*Wann war das?*

Das war bei unserem zweiten Sohn, ungefähr zwei Jahre lang. Ich hab das gemacht bis zur Wahl zum Bundestag, also von 96 bis 98 und geboren ist er 95. Wir haben das so gemacht. Also erstmal die Reaktion war: „Mann macht das nicht“. Aber das mussten wir entscheiden, es war mir völlig egal. Es ging dadurch einigermaßen, dass ich eine Kollegin hatte, die grad Mutter geworden ist. Ich war [Beruf], ich hab gesehen, wie schlimm das ist, wenn jemand

lange aus dem Beruf ist, wieder reinzukommen. Deswegen war es mir wichtig, dass meine Frau auch im Beruf bleibt. Und ich wollte von den Kindern auch was mitkriegen. Und dann haben wir es so organisiert, dass ich Erziehungsurlaub genommen habe, in dem ich 19,25 Stunden gearbeitet habe, meine Stelle mit meiner Kollegin, die Mutter geworden ist, geteilt habe und meine Frau halb gearbeitet hat. Das sah praktisch so aus: ich hab von Montag bis Mittwoch-Mittag gearbeitet und meine Frau hat von Mittwoch bis Freitag gearbeitet. Und zwischendurch hatten wir ein Time-lack von ungefähr drei Stunden, wo wir keine Betreuung hatten, wo wir das organisieren mussten, mit einer befreundeten Nachbarin. Wir kennen das gesamte Spektrum der Fragestellung: a) wer kümmert sich um die Kinder? und b) wie organisiere ich die Betreuung, wenn etwas schief geht? Wir haben das gemacht unter Wegfall eines kompletten Einkommens. Wir hätten es wahrscheinlich nicht machen können, wenn wir beide gleich schlecht verdient hätten.

*Aber das ist doch eine gerechte Lösung. Sie haben ja weiter Halbzeit gearbeitet, und Ihre Frau hatte auch die Chance zu arbeiten.*

Da war uns beiden wichtig, dass man Familie haben kann und trotzdem Erwerbsleben hat. Man kann es nur, wenn man finanzielle Einbußen in Kauf nimmt. Der komplette Wegfall eines Einkommens, das merkt man schon.

*Wie waren die Reaktionen auf Ihre Anfrage?*

Bei meinem Arbeitgeber blankes Entsetzen. Im familiären Umfeld haben zumindest alle gesagt, dass sie es toll finden. Was sie gedacht haben, weiß ich nicht. Im politischen Umfeld war so die Stimmung: „der hat einen Karriereknick zu befürchten“.

*Und wie war's?*

Ich war [...], ich hatte keine Karriere zu befürchten.

*Und die Auswirkungen auf das politische Umfeld?*

Befremdlich [...].

*Und der Rücklauf von den Abgeordneten, die Sie angeschrieben haben? [Interviewpartner I hat bereits in 2001 eine Umfrage innerhalb des Bundestags gemacht, ob weitere männliche Abgeordneten-Kollegen Elternzeit in Anspruch genommen haben.]*

Von einem Kollegen, der sich jedes Mal für einige Wochen um das Kind gekümmert hat, bis geklärt war, wie die das zu Hause organisieren. Von einem anderen Kollegen, der in ganz, ganz früher Vorzeit – also ein älterer Kollege – vor vielen Jahren sich mal um die Kinder gekümmert hat, ich glaube für ein halbes Jahr. Das war's, was die männlichen Abgeordneten betrifft. Es gab einen einzigen Kollegen, der hat Erziehungsurlaub genommen, der ist allerdings ausgeschieden 2002.

*Gab es einem bestimmten Grund, warum Sie diese Umfrage im Bundestag gemacht haben?*

Einfach, weil wir im Wahlprogramm auch gesagt haben: wir wollen die finanziellen Leistungen für Familien, die finanziellen Ersatzleistungen entwickeln, wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern. Und daran hing natürlich auch die Fragestellung: wer kümmert sich um die Kinder? Ich bin übrigens der Ansicht, dass es nicht Sache des Staates ist, zu entscheiden, wer sich um die Kinder kümmert. Das müssen die Partner untereinander ausmachen. Aber ich muss den Rahmen schaffen, dass es überhaupt möglich wird, dass Männer, die oftmals die Besserverdienenden in der Partnerschaft sind – ist ja heute noch so – dass die überhaupt die Möglichkeit haben. Die meisten haben ja einen Job, wo man nicht einfach aussteigen kann.

[...] Wir haben auch Kolleginnen, die während der Mandatszeit Kinder bekommen haben, und die auch lange Geschichten erzählen können. Zum Beispiel von der Bundestagsverwaltung, was die Zulassung zum Bundestagskindergarten betrifft. Die Menschen denken, er sei für die Kinder der Abgeordneten. Er ist für die Kinder der Mitarbeiter. Die sind lange Zeit verwiesen worden auf städtische Betreuungs-Einrichtungen, obwohl hier einer da ist. Oder eine Kollegin im Europäischen Parlament, die kämpfte die ganze Zeit um die Möglichkeit eines Wickelplatzes. Unglaublich, was da für Dinge passieren. Das wollte ich einfach wissen, wie ist da die „Kompetenz“ in dieser Frage durch eigenes Erfahren. Es gibt ganz viele Dinge, wo wir keine eigenen Erfahrungen haben. Aber hier ist es so, dass die eigene Erfahrung das Bewusstsein sehr prägt. Die Diskussion war völlig ok. Sie hat einen Denkprozess noch einmal angestoßen [...].

*Angenommen, Sie denken zurück an Ihre ersten Tage im Bundestag [...], hätten Sie sich da vorstellen können, noch mal Elternzeit zu nehmen? [...]*

Wie sollte ich das machen? Es wäre etwas anderes, wenn man am gleichen Ort ist. Dann kann man es organisieren, dass man sich teilt. Aber wenn sie paar hundert Kilometer entfernt den Wahlkreis und den Wohnort der Familie haben, dann ist das eigentlich nicht zu machen. Vor allem wird das von den Wählern nicht akzeptiert, weil die haben mich ja gewählt, um die Interessen des Wahlkreises zu vertreten und nicht zu Hause um die Kinder zu kümmern. [...]

## Interviewpartner J

*Gab es einen Auslöser für Sie, in die Politik zu gehen? Was war ausschlaggebend?*

Es gab keinen Auslöser, ich will Bundestagsabgeordneter werden. Es gab immer Anlässe zu sagen, ich misch mich ein, ich mach Politik, ich geh in die Partei, und so was. Aber das Bundestagsmandat war so nie geplant. Es gab einfach ne Situation, wo mein Vorgänger erklärt hat, er kandidiert nicht mehr, und dann mein Unterbezirk, die [Stadt-/Kreis-Partei], gesagt hat, wir schlagen keinen vor. Die, die Interesse haben, sollen sich melden und dann gehen wir in ein offenes Verfahren durch die Partei und nominieren auf dem Parteitag. Und da bin ich von mehreren angesprochen worden, ob ich mir nicht überlegen könnte, das zu machen. In Rücksprachen dann mit meiner damaligen Frau hab ich entschieden: Ich mach das. Ich versuche die Chance zu nutzen, die sich durch die Offenheit ergab.

*Haben Sie damals überlegt – Ihr Sohn war erst zwei Jahre alt...?*

Natürlich hab ich das überlegt. Und hab dann immer gesagt, du bist natürlich wochenweise weg, aber alles andere kannst du ja bei der Hand haben. Also, wenn du jetzt vor Ort deine Wahlkreisarbeit machst, bist du erst Mal relativ autonom in deiner Termingestaltung. Dadurch haben sich relativ viele Freiräume ergeben. Beispielsweise morgens mit meinem Sohn zu frühstücken. Das war vorher gar nicht möglich, wie ich um sieben Uhr angefangen hatte zu arbeiten. Das war mit Übernahme des Mandats schon möglich. Bei allen großen Veranstaltungen war es mir möglich, auch immer meine Familie mitzunehmen, bei Familienfesten der [Partei] und ähnlichen Sachen, war es immer möglich, auch sie mitzunehmen, sie einzubeziehen. Das hatte ich schon auf der Agenda. Ich hab mir das überlegt, ob man das machen kann.

*Da waren Sie sich damals einig?*

Da waren wir uns einig.

*Die Konsequenzen, die das dann hatte, kann man vorher nicht absehen... Haben Sie relativ offen darüber geredet? War die räumliche Trennung der Grund, dass Sie sich getrennt haben?*

Ja, das schon. Es war aber nicht nur die räumliche Trennung. Zum einem, weil bei meiner damaligen Frau das Gefühl immer mehr aufgelaufen ist, sie ist viel allein. In der Tat war das auch so. Wenn du dann das Pech hast, dass das Kind immer dann krank ist, wenn du gerade nicht da bist, dann hat man so ein Gefühl. Das war der eine Punkt. Der andere Punkt ist ganz einfach, dass ein Entfremdungsprozess stattfindet und zwar vor dem Hintergrund der nicht stattfindenden Teilhabe an der Arbeit, die ich hier gemacht habe. Also: Meine damalige Frau konnte nicht wirklich teilhaben an dem, was ich tue. Das war ein Problem. Und bei mir war dann das Problem, was sich so eingestellt hat, dass ich quasi ein permanent schlechtes Gewissen mit mir rumgeschleppt habe gegenüber meiner Frau und meinem Kind. Wenn man dann nach Hause gekommen ist, an einem Freitag nach einer harten Woche hier, und so gesagt kriegt, „so jetzt mach ich frei, jetzt bist du dran“, dann schaukelt sich doch was auf, was so nicht absehbar war. Es war nicht absehbar, dass sich das so entwickelt.

*War also die Belastung durch das Mandat mehr als Sie vielleicht dachten? Oder auch eine Veränderung, weil sich „neue Welten“ für Sie eröffnet haben?*

Der entscheidende Punkt war: Das Leben hat sich komplett verändert. All das, was unsere Beziehung früher ausgemacht hatte, war völlig auf den Kopf gestellt. Das war völlig anders. man musste sich neu finden. Und diesen Findungsprozess, den haben wir nicht hingebacht gemeinsam. Das ging nicht. So, wie sortieren wir morgen unser Zusammenleben, als Familie, aber auch als Paar? Das haben wir nicht mehr hingekriegt.

*Das heißt, der Vorteil dieser Wahlkreiswochen, wo man vor Ort ist und relativ autonom seine Termine bestimmen kann, hat das nicht wettgemacht?*

Hat es nicht wettgemacht, weil du natürlich immer Anforderungen hast, Verpflichtungen hast, die im Wesentlichen abends sind. Die machen ja vor Ort alle ehrenamtliche Arbeit. Da bist du abends nur unterwegs oder am Wochenende. Da kannst du am Tag ein bisschen im Haushalt mithelfen und ähnliche Sachen, die vorher weniger möglich waren. Aber das ersetzt ja nicht die Beziehung, das ersetzt ja nicht Familienleben. Also, ich glaube: Dieser Findungsprozess, der hat einfach nicht stattfinden können. Zumindest hat er bei und nicht funktioniert.

*Dann haben Sie irgendwann Ihre [jetzige] Frau kennen gelernt...?*

Die Trennung war gelaufen, wir waren noch gemeinsam mit unserem Sohn im Urlaub. Bei mir war es so: Ich bin schon deutlich über 40 gewesen, auf was soll ich da warten. Was sollst

du jetzt da lange rumtrauern, das ist nicht so mein Ding. Man geht mal essen, man trifft sich mal, verliebt sich Gott sei Dank, auch in dem Alter noch...!

Allen Ernstes: Wenn du dann noch einmal neu anfangen willst und nach wie vor darauf setzt, dass eine dauerhafte Beziehung, Ehe und Familie, für dich das Richtige ist, dann kannst du ja nicht ewig damit warten. Deswegen hab ich nicht die Erstbeste mir gesucht, die daherkam. Aber auf Grund meiner Verliebtheit bot sich mir eine fantastische Möglichkeit mit [meiner Frau], und da hab ich zugegriffen.

*Dann kam relativ bald das erste Kind. Sie haben sicherlich gemeinsam überlegt, ob Sie das wollten?*

Natürlich, na klar. Diese Projekt haben wir angehen wollen, gemeinsam. [Mein Frau] wollte immer Kinder haben und für mich ist Familie auch schon was Besonderes. Ich will dieses Modell auch leben. Wenn es einmal an einer Stelle nicht funktioniert hat, auch erklärbar, muss man ja nicht den zweiten Versuch verweigern. Das ist ja völliger Quatsch! Ich glaub, wir waren zwei Jahre zusammen oder so, da kam unsere Tochter.

*Ich hab von Kollegen gehört, wenn ich von meiner Arbeit erzählt habe, ich müsste mal mit Ihnen sprechen. Sie kommen doch immer mir dem Kinderwagen an.*

Ja, ja!

*Das find ich natürlich wirklich spannend, weil ich auch gesagt bekommen habe, von Frauen vor allem: Ich krieg erst mal kein Kind, ich kann mir nicht vorstellen, wie das funktionieren soll. Und Sie als Mann sagen: Na und. Meine Frau steht nicht alleine da mit dem Kind. Ich nehm's einfach mit. Vielleicht würde sich manche Frau das nicht trauen.*

Ich hab nie ernsthaft darüber nachgedacht. Du kommst in Situationen, wo anders die Betreuung nicht darstellbar ist, anders nicht machbar ist. Und dann kannst du entweder die Verantwortung gegenüber dem Kind nicht wahrnehmen oder – ich finde, Familie hat Priorität – du nimmst sie halt mit. Das war immer relativ einfach für mich.

*Wie lange hat das geklappt?*

Das war vor allem in der Zeit notwendig, wo wir die Kleine nicht in der Betreuung hatten. Ab ihrem neunten Lebensmonat war sie in der Kita. Bis dahin war es ab und an notwendig, dass man auch die Kleine mitnimmt. [Meine Frau] hatte auch Termine, hatte auch Verantwortung



wahrzunehmen, war auch wochenendweise weg. Da muss man halt Verantwortung wahrnehmen.

*Und arbeitet sie jetzt auch nach den Zwillingen wieder so schnell?*

Sie würde wohl gern im September oder Oktober wieder anfangen. Wir haben recht gute Erfahrungen gemacht mit der Betreuung von der [älteren Tochter], mit der Kita, in der [die ältere Tochter] ist, und das ist erst mal zumindest der Stand heute, dass [meine Frau] dann wieder arbeitet. Also auch wieder halbtags, also nicht in der Gänze, sonst wird es doch zu eng, um alles zu erledigen, zumal wenn ich dann tatsächlich auch tage- und wochenweise nicht da bin, dann wird's einfach zu überanstrengend. Man kann nicht Vollzeit arbeiten und drei Kinder haben, und vor allem so kleine, das geht nicht. Von daher hat sie entschieden, dass sie halbtags möchte. Und muss dann halt schauen, wie das dann im September, Oktober tatsächlich sich darstellt.

*Und hatten Sie zwischendurch so kurze Nächte wo Sie gesagt haben: Mensch, und jetzt die Sitzung und die Rede vorbereiten...!*

Ich sag mal so: Andererseits ist es so, dass es zum einen sehr diszipliniert, was die Arbeit und Arbeitsvorbereitung angeht. Und das macht einen unglaublich teamfähig, weil man viel von Verantwortung delegiert auf die Mitarbeiter. Also, man stellt sich nicht dauernd selbst in den Fokus, und viel an Verantwortung überträgt man auch. Man lernt sehr schnell, dass man bereitgestellte Hilfen annehmen muss, auch in solchen Lebenssituationen, Ich hab eigentlich nur positive Erfahrungen so für mich gemacht. Mit den kurzen Nächten – ja nun gut – ich hab jetzt Nächte, wenn's viel wird, hab ich sechs Stunden Schlaf im Moment. Dann musst du dir einfach deine Ruhe und Gelassenheit irgendwo anders suchen. Entspannung, wenn du so willst.

*Die Zwillinge mit in die Arbeit zu nehmen, haben Sie das gemacht?*

Nee, nee, bisher nicht! Die Notwendigkeit war noch nicht da, und ich wohne ja jetzt auch selbst komplett zu Hause. Deshalb ergab sich die Notwendigkeit nicht. Ab und zu ergab sich die Notwendigkeit jetzt auch schon, dass ich mit den Kindern im Wahlkreis war. Dass ich sie mitgenommen habe. Ich mach's doch nur wenn's nötig ist. Doch nicht um zu dokumentieren, dass ich ein toller Vater bin. Ich hab's immer nur dann gemacht, wenn's nicht anders ging. Ich hab meine Tochter nicht zum Spaß in den Bundestag gefahren.

*Auf die Bundestags-Kita wollten Sie aber nicht zurückgreifen?*

Wir hatten eine Zeit lang überlegt, ob wir's machen. Und dann haben wir irgendwann entschieden, dass wir es lieber nicht wollen. Der entscheidende Punkt war eigentlich immer nicht so sehr inhaltlicher, wobei, man kann natürlich auch diskutieren, ob man sich da und die Kinder isoliert, in einem ganz bestimmten Milieu isoliert, sozusagen. Aber das war überhaupt nicht die Diskussion. Die Diskussion war eine andere. Für den Fall, dass ich nicht da bin, ist der Transport der Kinder von zu Hause zur Bundestags-Kita ein relativ weiter Weg. Zweimal am Tag hin müsste [meine Frau] den Weg dann machen. Dann haben wir uns entschieden: Gehen wir in eine ganz normale Kita in der [Straße], da wo wir wohnen. Da ist der Weg fünf Minuten.

*Was ist mit den Wahlkreiswochen. Man ist ja genauso oft im Wahlkreis wie in Berlin. Da haben Sie doch auch die räumliche Trennung von den Kindern?*

Das ist im Prinzip eine Mischung aus die Familie fährt mit in den Wahlkreis. Das ist immer eine gute Option für die Zeit, in der ich da arbeite. Natürlich haben wir da auch eine Wohnung, selbstverständlich, das ist mein erster Wohnsitz. Es ist eine Mischung aus Familie fährt mit und dass man versucht so konzentriert wie möglich die Termine zu legen. So dass man beispielsweise sagt, ich mach dann vier oder fünf Tage im Wahlkreis, dann in der freien Woche aber zwei halte ich mir offen. Oder dass man halt viel mehr reisen muss, dass man viel mehr unterwegs ist, als es andere Menschen sind. Dass man sagt, ich hab morgen erst wieder abends einen Termin, dann fahr ich heute nach Berlin und bin morgen Abend wieder da. Das ist ja unproblematisch zu organisieren mit meiner Bahn-Card. Dann entstehen auch keine zusätzlichen Kosten. Dann kann man das auch ohne schlechtes Gewissen machen.

*In der Hinsicht ist es auch einfacher, so lange die Kinder noch so klein sind?*

Ja genau, es ist einfacher, solange die Kinder klein sind. Die Möglichkeit nutzen wir. Also zum einen konzentriert die Termine machen, wenn es möglich ist, das ist nicht immer möglich. Zum anderen: die ganze Rasselbande fährt mit.

*Ja schön! Und Ihren Sohn sehen Sie dann vielleicht auch regelmäßig?*

Regelmäßig. Wir versuchen immer einen Zweiwochenrhythmus an Wochenenden durchzuhalten. Das klappt natürlich nicht immer, aber dafür war ich zum Beispiel am Rosenmontag einen Tag länger da. Im Januar nach Neujahr war er auch vier Tage hier. Im

Sommer fährt er zwei Wochen mit uns in Urlaub. So dass ich dann mit vier Kindern unterwegs bin. Über Ostern ist er eine Woche von den zwei Wochen Ferien bei uns. So versuchen wir es uns zu organisieren, um auch ein Stück weit mein schlechtes Gewissen zu kompensieren. Das geht ganz gut.

*Die Reaktionen von Parteikollegen oder sonstigen Bürgern aus dem Wahlkreis, die Ihre Situation kennen... – wie haben Leute reagiert – positiv oder negativ? Die Parteikollegen achten doch darauf, dass der Abgeordnete im Wahlkreis immer viel tut. Es könnte doch zu Irritationen geführt haben, dass Sie jetzt mit Ihrer Familie in Berlin wohnen?*

So eine Diskussion hast du, wenn du deine Wahlkreisarbeit vernachlässigst. Und ich mach das nicht. Ich mach nicht jeden, jeden, jeden Quatsch im Wahlkreis, ich muss auch nicht zu jedem Termin, zumal wenn es sich um Nabelschautermine handelt, also wo man nur unter sich ist, da muss ich nicht überall hin. Aber zu denen, die mir wichtig sind, wenn ich eingeladen werde irgendwo zu referieren oder Ähnliches, bin ich da. Das macht jeder andere auch, der auch im Wahlkreis lebt als Abgeordneter, nimmt sich auch hier und da einen Tag frei, oder zwei Tage in der Woche, oder eine Vormittag oder ein Wochenende frei. Ich mach praktisch nichts anderes.

*Sie sind also nicht mit irgendwelchen blöden Sprüchen konfrontiert worden?*

[...] Es gibt immer irgendwelche Leute, die dir nicht wohlgesonnen sind. Die hast du überall. Das ist halt so. Die hast du da auch und da kriegst du hintenrum mal mit, da ist doch erzählt worden und so. An der Stelle ist die Partei nicht anders wie alle anderen gesellschaftlichen Gruppen. Da wird getratscht. Da muss man sich irgendwann ordentlich erklären und dann ist das gut.

*Die Lokalpresse hat das nicht aufgegriffen?*

Nein, überhaupt nicht.

*Von Frauen habe ich gehört, dass sie sich eher angreifbar machen, wenn es im umgekehrten Fall heißt: Sie haben Familie und kümmern sich nur um Politik. Passiert Ihnen das als Mann in diesem umgedrehten Fall eher nicht?*

Nein, im meinem Fall nicht. Ich hatte im Wesentlichen aufgrund der Geburt meiner Kinder jeweils nur sehr positive Rückmeldungen, Die Leute haben sich gefreut, gratuliert, haben

Mails geschickt. Es gibt im Moment keine für mich wahrnehmbare Diskussion im Wahlkreis über mich und meine Arbeit. Die findet nicht statt. Ich hab im Moment nicht das Gefühl, dass es irgendein Problem gibt. Der zweite Punkt ist ja auch nicht, ob jetzt, wenn du einen Tag frei hast, in Berlin bist, das ist ja nicht der entscheidende Punkt. Sondern der entscheidende Punkt ist: Ist der zentrale Punkt deiner Arbeit der Wahlkreis, ja oder nein? So, und das ist er. Bei allen großen gesellschaftlichen Anlässen bin ich da, bei allen Veranstaltungen der Partei bin ich da. Ich mach da meinen Job, wie jeder andere auch. Und nur wenn ich selber Termine machen kann, versuche ich sie zu komprimieren auf drei oder vier Tage. Da hab ich nicht immer die Möglichkeit. Aber wenn, dann tu ich das. Wenn ich jetzt an einem Tag zwei Bürgersprechstunden mache, eine in [Name Stadtteil], Teil meines Wahlkreises, und eine in [Stadt/Stadtteil], interessiert niemand, ob das an einem Tag hintereinander ist. Hauptsache, ich hab da Bürgersprechstunden gemacht und ich bin ansprechbar für die Bürger. Das ist ja der entscheidende Punkt. Ich könnte natürlich auch zwei Tage dafür aufwenden.

*Also aus Ihrer Perspektive als Vater von vier Kindern ist die Situation sogar eher sehr angenehm im Vergleich zu anderen Spitzenämtern?*

Ich bin in einer privilegierten Situation. Weil ich ja auch viele Möglichkeiten habe, hin und her fahren zu können, meine Familie mitnehmen zu können, ...solange [meine Frau] das mitmachen will. Wenn sie in [Stadt A, B oder C in meinem Bundesland] arbeiten würde, wäre es halt andersrum. Dann würde man vielleicht eher mal in [Stadt C] spazieren gehen. Aber das war's dann. Oder einkaufen gehen. Aber darauf würde es sich ja reduzieren. Läuft ja genauso wie sonst auch, also Wahlkreisarbeit.

*Die Phase, in der Kinder noch klein sind, ist günstig. Die Probleme werden erst dann beginnen, wenn die Kinder zur Schule gehen und dann nicht mehr wochenweise hin und her gefahren werden können...*

Genau. Dann hat man Probleme, weil du dann die Flexibilität nicht mehr hast. Und dann ist es wahrscheinlich auch sinnvoller, im Wahlkreis zu sein. Aber die Frage stellt sich jetzt noch gar nicht. Bei den Sitzungswochen hast du Präsenzpflcht, da kannst du nicht ausbrechen. Wenn ich Präsenzpflcht habe, sehe ich meine Familie auch, also nicht nur in sitzungsfreien Wochen.

*Sie sind ja etwa zeitgleich mit der Geburt Ihrer Zwillinge im letzten Jahr zum stellvertretenden [Amt] gewählt worden. Waren die Zwillinge kein Hindernis? [...]*

Also die Entscheidung triffst du zu Hause. Das hab ich mit [meiner Frau] besprochen, und zwar sehr ernsthaft, ob ich für den [den höheren Posten] kandidiere [...]. Das muss man allerdings immer sagen an dieser Stelle: Mit [meiner Frau] hab ich den Vorteil, dass ich mit jemanden zusammen bin, der den Apparat kennt, die für eine Abgeordnete gearbeitet hat. Sie weiß, wie's geht, die weiß, was da wirklich anfällt, und die weiß, was man da an Rücksicht nehmen muss als Paar. Das weiß sie alles.

*Und sie findet das selber spannend und unterstützt Sie bei der Arbeit?*

Ja, sie findet es spannend und von Zeit zu Zeit ist sie stolz auf mich und wir sind insgesamt stolz aufeinander, dass wir unser Leben so organisieren und in den Griff kriegen. Macht überwiegend Freude, außer an den Abenden, wo die Kinder einen quälen, weil sie nicht schlafen wollen oder krank sind. Aber ansonsten ist es wunderschön.

*In der Fraktion gab es niemand, der sich getraut hätte zu fragen: „Sag mal, ich hab gehört, du kriegst jetzt Zwillinge und du willst trotzdem diese beiden Posten noch dir aufhalsen?“*

Nein, ich glaub da haben alle diese klassischen Denkmuster im Kopf: Eine Frau ist zu Hause und kümmert sich um die Kinder.

*Haben Sie mal mit Kollegen oder Kolleginnen über die Situation Kinder bekommen oder kleine Kinder haben während des Mandates gesprochen?*

Ja, zuletzt ist ja der [Parteikollege] Vater geworden, beispielsweise, und ist ja kurz vorher [höheres Parteiamt] geworden. Ich sprach mit ihm kurz am Rande. Bei ihm ist es ja noch extremer, auch der Aufwand, den er betreiben muss für die Aufgaben, die er hat. Man spricht miteinander, na klar. Ich sag dann, dass ich aus meiner Familie, meinen Kindern, sehr viel Kraft schöpfe für meine Arbeit. Irgendwann hab ich mal gesagt, ich hatte da noch keine Kinder, ich will unbedingt Kinder haben. Da hatte ich noch keine Karriere gemacht und war noch nicht im Bundestag, aber ich war schon [Position] bei [Firma/Arbeitgeber]. Irgendwann habe ich mal zu jemand gesagt, der gesagt hat, er will keine Kinder haben: Irgendwann, ganz am Ende, steht man mal vor seinem eigenen Leben und sagt, wofür das alles. Und dann hab ich gesagt: so, und wenn ich jetzt so einfach mir das anschau, ich hab die Frage schon beantwortet, wofür das alles. Ich hab doch vier Würmer, die wachsen und gedeihen, die ihren Start ins Leben suchen, denen ich dabei helfe, mein bestes tue, damit sie auch gut ins Leben kommen. Die Frage, wofür ich das alles mache, die hab ich schon beantwortet: Für mich ganz persönlich. Und das macht mich glücklich. Das macht die Freude.

*Schön! Gibt es aber nicht auch Tage, an denen man sich ärgert, dass alles so schief läuft? Dass die Partei gar nicht in die Richtung geht, die man selber vertritt. Und man denkt: Mein Gott, was mach ich mir hier für einen Stress, da könnte ich auch einen ganz normalen Job haben, nach Hause kommen und mit meinen Kindern spielen?*

Ja, sicher. Diese Tage hast du auch. Aber wenn man was bewegen will, wenn man was verändern will, dann muss man das machen.

*Das heißt – das hab ich immer am Schluss meiner Interviews gefragt – Sie bereuen die Entscheidung nicht, Bundestagsabgeordneter geworden zu sein?*

Solche Situationen gab es auch, dass ich gesagt habe: Verdammter Mist, wenn du da im Wahlkreis sitzt, weil du da sein musst, und du kommst auch nicht weg, weil du da in der Verantwortung bist... Ich kann nicht sagen, die können mich jetzt alle mal oder hallo, Herr Chef, ich bin mal krank oder so, das geht einfach bei uns nicht in der Form. Und wenn dann zu Hause [meine Frau] anruft, [Name] hat 40 Fieber, [Name] hat Koliken, die kommen alle drei nicht in den Schlaf, der Anruf dann nachts um drei stattfindet, und du kannst nicht helfen, dann verfluchst du deinen Job natürlich. Ist doch klar. Aber ich hab's nie bereut. Ich hab's nie bereut den Job zu haben und erneut Familie zu versuchen. Was damit auf uns zukam mit den Zwillinge, war mit völlig klar. Es ist noch schlimmer geworden, als wir uns das ausgemalt haben, zumindest, was den Bereich Schlafentzug angeht, dass man permanent mit Ringen unter den Augen rumrennt und versucht, konzentriert seine Arbeit zu machen.

*Noch eine Frage zur Situation von Frauen: Meine Fragenbogenaktion hat ergeben, dass es Frauen schwerer haben als Männer, gerade wegen der Vorurteile, Stichwort „Rabenmutter“.*

Ich glaube, wir haben es hier mit zwei verschiedenen Phänomenen zu tun, die ein und dieselbe Ursache haben. Du hast ein Frauenbild, das sich im Wesentlichen auf Frauen fokussiert: Frau ist lieb, Frau kümmert sich. Das ist weiterhin in der Gesellschaft vorherrschend, auch in den eigenen Reihen, auch wenn man da politisch anders agiert. Einerseits. Andererseits sind es aber auch Frauen, die genau das denken. Eine ganz typische Situation: [Meine Frau] hat mit ihren Freundinnen verabredet, die fahren einmal im Jahr irgendwohin. [Meine Frau] hat das in diesem Jahr abgesagt. Wegen der ganz kleinen Würmer hätte sie ein schlechtes Gewissen.

*Sie hätte sie bei Ihnen lassen können.*

Ja, aber es ist gesellschaftlich tief verankert, die Frauen kümmern sich und: ich kann doch meine Kinder nicht alleine lassen. Und manchmal gibt es Extremfälle, wo die Frau, obwohl es eine ordentliche Beziehung gibt, und sie auch modern ist, den Mann nicht die Windeln wechseln lässt.

*Ein anderes Problem: Von Frauen, die ein Bundestagsmandat bekleiden, wird teilweise erwartet, dass sie zu Hause die ganzen Arbeiten erledigen, die der Mann eben nicht gemacht hat.*

Das würde ich als Argument nicht akzeptieren. Wir sind in einer relativ gut situierten Situation, wo man auch recht viel Geld verdient. Da muss man sich eine professionelle Haushaltshilfe einmal die Woche organisieren. Man holt sich halt Hilfe, die entlastet. Das war für mich nie eine Diskussion. Und ich hab immer mal die Freiheit zu sagen, Leute, ich komm später zu einer Sitzung.

*Also alles mehr eine Frage des Willens?*

Ich glaub wohl. Bei [Parteikollegin] musste ich mich entschuldigen, weil die [Name Kind] so krank war und ich mit der ihr zum Arzt musste, weil [meine Frau] mit der [Name Kind] und den beiden Zwillingen nicht zum Arzt marschieren konnte. Dann kommst du eben zwei Stunden später in deine Sitzung. Das musst du aushalten, denn du hast ja dann auch gegenüber deinem Ausschuss oder Arbeitsgruppe ein schlechtes Gewissen. Aber: Wenn solche Ausnahmesituationen entstehen, muss man konsequent bleiben.

*Und deswegen hat Ihnen noch keiner ein Bein gestellt?*

Allen Ernstes, das würde mich auch in keinster Weise anfechten, wenn da irgendeiner böse auf mich wäre. Meine Familie und meine Kinder haben absolute Priorität. Ich denke, das wäre doch eigentlich normal. Wenn man die Verantwortung nicht übernehmen will, dann sollte man das sein lassen. Wenn es meinen Kindern nicht gut geht oder meiner Frau nicht gut geht oder meiner Mutter nicht gut geht, verdammt noch mal, dann bin ich doch in der Pflicht. Dann nehme ich auch in Kauf, dass ich andere Sachen kurzfristig vernachlässige. Ich würde das aber auch machen, wenn ich [in meinem alten Beruf arbeiten würde].

*Schwangere Abgeordnete genießen keinen Mutterschutz und Abgeordnete haben keinen Anspruch auf Elterngeld. Ist das gerecht?*

Zusammengefasst: Ich bin dagegen, eine solche Debatte zu führen, denn wir sind sowieso schon so privilegiert, zum Beispiel die langen Sommer-/Winterpausen, um auszuspannen und sich um die Familie zu kümmern.

*Die Vereinbarkeit von Familie und politischem Mandat ist also aus Ihrer Sicht nicht so schwierig?*

Du musst dich auf das, für das du dich substantiell entscheidest, ob Mandat oder Kinder, voll einlassen. Und dieses Projekt, diese Idee musst du gemeinsam mit dem Partner intensiv leben. Und dann funktioniert das auch. Du muss beides mit Überzeugung machen. Wenn jemand ehrenamtlich tatsächlich Politik macht, das ist schwieriger. Hochachtung vor denen, die in den Wahlkreisen für die Parteien arbeiten. Das ist oft viel familienschädlicher als das, was ich tue.

*Ist das der Grund, warum Frauen, zumindest die Frauen, die Kinder haben oder noch Kinder bekommen wollen, abgehalten werden davon, eine politische Laufbahn professionell anzustreben?*

Durchaus eine Möglichkeit, dass das so ist. Wobei ich auch ganz viele Männer kenne, die definitiv gesagt haben, ich würde das nicht machen. Männer mit Familie. Das ist dann halt ein Abwägungsprozess. Ich hab ja einmal erlebt, dass es mir in die Hose gegangen ist, dass es gescheitert ist, und ich erleb jetzt, dass es auch anders funktioniert. Das kann man nie wirklich abschätzen, da brauchst du auch wirklich Eintracht in der Partnerschaft, sonst funktioniert es nicht. Da muss man gleich ticken, da muss man stolz aufeinander sein, da muss man eine Form der Teilhabe entwickeln. Ich glaub, ich ruf fünf, sechs Mal zu Hause an. So, dass [meine Frau] sagt, du nervst mich. Und abends, wenn ich nach Hause komme, wird auch der Tag erzählt. Es gibt da sicherlich immer unterschiedliche Wege. [Meine Frau] und ich haben auf der zurückliegenden Strecke unseren Weg gefunden. Der macht mir Freude.



## Interviewpartnerin K

*Nach der Wiederwahl vor wenigen Wochen haben Sie gesagt: „Wäre ich nicht wiedergewählt worden, dann hätte ich mich um die Familienplanung gekümmert“.*

Das ist richtig, ...wenn's mit dem Bundestag nicht wieder geklappt hätte, hätte ich erst mal Babypause gemacht. Ich finde es einfach schwierig, beides miteinander zu kombinieren. Ich komme gerade aus einer Krankenpflegeklasse und habe den Schülern dort den Sitzungsalltag geschildert. Und dann haben die mich gefragt, haben Sie denn keinen Mann und keine Kinder? Ja, einen Mann habe ich, aber Kinder nicht. Ich stelle mir das einfach zu schwierig vor oder man müsste andere Prioritäten setzen. Aber so ist man die ganze Zeit im Wahlkreis unterwegs – die ganze Woche. Und man kommt ganz unregelmäßig nach Hause und hat keinerlei Rhythmus in seinem Leben, wo ich eigentlich denke, das müssten Kinder doch haben.

Mein Mann kann keine Elternzeit nehmen, weil er selbstständig ist. Der hätte es sonst gemacht. Er hat so wie ich ursprünglich [...] studiert und dann hätte das geklappt und er hätte gesagt, dann bleib ich erst mal zu Hause. Aber das geht eben jetzt nicht mehr und so blieb es nun wieder an mir hängen. Und das Modell Oma ist schwieriger. Meine Eltern sagen sicherlich, wir machen das mal, aber nicht immer.

*Wie sieht es mit den Angeboten von Betreuung – Krippenplätze, Tagesmütter – aus, die ja auch schon für Babys ab drei Monaten angeboten werden?*

Hier vielleicht, aber nicht in meinem Wahlkreis. Bei uns zu Hause ist das absolut nicht machbar – Tagesmutter vielleicht. Aber da kommen dann schon die Überlegungen – das ist schon das konservative Denken: will ich das auch? Wenn ich Teilzeit arbeiten würde und einen Job hätte, bei dem ich jeden Abend zu Hause bin oder zumindest den überwiegenden Teil des Wochenendes, dann würde ich sagen, ok, dann machen wir das auch mit einer Tagesmutter, weil ich dann ja noch die andere Zeit für mein Kind frei hätte. Aber so wie es jetzt ist – ich hab halt zwischendurch mal zwei Stunden Zeit und dann aber wieder bis in die Nacht hinein Termine. Und da sage ich mir, das will ich auch nicht. Das ist dann leider so, dass man nach wie vor vor der Entscheidung steht, Kind oder Karriere. [...] Wenn ich da meinen Wahlkreis sehe: Krippenplätze gibt es da noch keine. Da sind wir wirklich noch in den Kinderschuhen. Da ist es schon revolutionär, wenn der Mann sich für das Kind Elternzeit nimmt. Wir haben auch dort immer noch mit dem Vorurteil der Rabenmutter zu kämpfen. Das ist schon noch extrem, gerade im ländlichen Bereich.

*Meinen Sie, als Politikerin wäre man vielleicht noch eher der Kritik „Rabenmutter“ ausgesetzt? Würden Sie ein Kind haben und alles so weiter verfolgen wie bisher, wäre das noch stärker der Fall als bei einer Karrierefrau mit „normalem“ Job?*

Der Vorwurf käme, wenn ich nicht sagen würde, ich nehme mich jetzt zurück für das Kind. Eigentlich müsste man denken, dass der Wahlkreis sagen würde: toll! Da ist eine junge Frau, die versucht das zu vereinbaren und wir wollen doch alle mehr Kinder. Ich weiß aber nicht, ob da das Verständnis da wäre, wenn ich dann weniger Termine abends wahrnehmen würde und andere Prioritäten setzen und das wenigstens ein bisschen reduzieren würde – ich weiß nicht, ob da Verständnis da wäre nach dem Motto: ach, die hat ja ein kleines Kind zu Hause, dann kann sie halt nicht auf jedes Sängerfest oder jeden Karnevalsclub – oder ob die dann nicht sagen, das ist unsere einzige direkt gewählte Kandidatin und Abgeordnete, die lässt sich ja nicht mehr sehen, scheinbar sind ihr jetzt andere Dinge wichtiger! Wenn ich sage, ich reduziere diese Termine nicht und mache nach wie vor mein normales Programm, dann heißt es wieder, die ist so karrieregeil!

*Die Partei funktioniert nach dem Prinzip „Meetings and More“...*

Ich weiß auch nicht, was das bringt, wenn ich zum Schlachtessen nach xy fahre. Ich fahre ein Stunde da hin, esse Blutwurst und Sauerkraut und fahre wieder eine Stunde zurück. Das sind vier Stunden und ich habe politisch da nix bewegt. Die haben mich gesehen und sagen, ach die ist ja ganz normal und ist auch ganz nett und der ein oder andere spricht einen an und das wird manchmal auch als Bürgersprechstunde genutzt – aber das wäre nicht zwingend notwendig gewesen. Aber ich muss mich sehen lassen und Präsenz zeigen. Das ist so, wie wenn ich sagen würde, am Wochenende bleibe ich in Berlin. Mein Mann kommt hierher und wir machen uns ein Wochenende hier. Aber es gibt kein Wochenende ohne Einladung, wo es dann nicht heißt, wo ist die denn? Jetzt ist sie gewählt und lässt sich nicht mehr sehen! Man muss echt aufpassen, dass man nicht in so eine Spirale kommt und immer mehr Termine macht, denn Einladungen gibt's ja ohne Ende. Ich bin ja erst [...] Jahre alt, aber ich habe die Befürchtungen, dass man später sieht, man war überall und war überall präsent und alle Leute kennen einen, aber irgendwann ist man dann mal ohne Mandat und ganz schön allein. Ich habe das schon mal in der Partei anklingen lassen: Leute, ich mach drei Legislaturperioden und dann ist Schluss und ich mach wirklich Familie. Da hieß es: Das kannst du doch nicht machen! Du kannst doch die Partei nicht hängen lassen! Aber wenn ich dann später irgendwann mal bereue, dass ich mich nicht für die Familie entschieden habe, dann ist das der Partei auch ziemlich egal.

*Sie haben sich auch schon mal richtig darüber Gedanken gemacht – eigentlich bis 2006, bis 2010 und dann noch bis 2014?*

2014. Genau. Dann das Kind, weil's dann noch passt. Das war so die Überlegung. Und wenn's jetzt nicht geklappt hätte, hätte ich die Zeit jetzt genutzt. Das wären vier Jahre gewesen und dann wären auch die Kinder zumindest für den Kindergarten groß genug gewesen – und dann hätte ich gesagt, ich trete dann wieder an. Wir überlegen wirklich, wie wir das machen könnten. Andererseits war jetzt die Überlegung: Jetzt ist die Zeit der großen Koalition eine optimale Chance dafür. Denn wir werden nicht mehr so starke Präsenzpflicht haben, wie es in der letzten Legislatur der Fall war. Die Mehrheiten sind ja jetzt ein bisschen dicker. Beim letzten Mal mussten wir immer alle an Bord sein. Aus dieser Sicht ist die Zeit jetzt gar nicht so schlecht. Auf der anderen Seite bin ich jetzt die einzige Abgeordnete bei mir im Wahlkreis. Eigentlich muss ich die vier Jahre jetzt nutzen, um mich da zu festigen.

*Ist die Konkurrenz innerhalb der Partei groß? Stehen da schon genug andere in der Partei vor Ort in den Startlöchern?*

Nein, das habe ich Gott sei Dank nicht. Ich habe keine internen Konkurrenten, die sagen, sie wollen meinen Posten übernehmen. Eher im Gegenteil sagte man mir, mach's noch mal, sonst müssen wir jemand neu aufbauen. Bei interner Konkurrenz wäre das ja noch mal anders, wenn man denken muss, sobald ich den Posten frei mache, bekomme ich da nie wieder einen Fuß in die Tür. Das ist nicht so der Fall.

*Interessanterweise sagte mir eine Kandidatin, die nicht in den Bundestag einziehen konnte, wäre sie in den Bundestag gewählt worden, hätte sie bald ein Kind bekommen, da sie dann ja [finanziell] abgesichert gewesen wäre...*

[Eine ältere Fraktionskollegin] hat zu mir mal gesagt: Wir warten eigentlich jeden Monat darauf, dass du sagst, ich bin schwanger. Wieso das? habe ich gefragt und sie sagte, das ist doch eigentlich der optimale Zeitpunkt: Du hast ein gesichertes Einkommen, du kannst dir deine Arbeitszeit selber einteilen. Du wirst nie wieder in so einer komfortablen Lage sein wie zurzeit. Da hat sie auch irgendwo Recht. Aber die Frage bleibt: Werde ich meiner Arbeit hier und im Wahlkreis und werde ich vor allem meinem Kind gerecht? Da habe ich Angst vor, dass ich das nicht schaffen würde. Irgendeiner könnte dann sagen, du hast deinen Wahlkreis oder die Arbeit in Berlin vernachlässigt oder im schlimmsten Fall, wenn ich mir dann sage, du

hast dein Kind vernachlässigt. Man macht sich vielleicht – auch wenn's dann gar nicht so ist – später mal Vorwürfe und davor scheue ich mich.

[...]

*Wie sieht das Ihr Mann? Sagt er, das musst vor allem du entscheiden, weil du die Frau bist?*

Er sagt nicht, das musst du jetzt ganz alleine entscheiden. Er sagt, wir kriegen das schon irgendwie hin, wir packen das – mit Tagesmutter, mit Oma. Ich weiß auch, dass man das hinkriegt, ich weiß halt nur nicht, wie ich das mit meinen Wünschen vereinbaren kann. Er ist optimistischer an dieser Stelle. Aber ich mache das an einem Beispiel fest: Wir haben einen kleinen Hund. Den haben wir vor zwei Jahren als Welpen aus dem Tierheim geholt. Danach war ich eine Woche auf Auslandsreise und zwei Wochen in Berlin. Danach kam ich nach Hause und der Hund hat mich überhaupt nicht erkannt. Die Bezugsperson ist eindeutig mein Mann und das ärgert mich schon ein bisschen. Wenn ich mich für ein Kind entscheide, will ich wenigstens auch Zeit haben, die ich mit dem Kind verbringen kann.

Ich komme halt auch aus einer relativ konservativen Familie. Vielleicht hat es auch was mit Prägung zu tun. Manche sagen: „Sie müssten doch als junge Frau viel fortschrittlicher an der Stelle denken“. Aber das ist dann so ganz tief drin...

*Darf ich fragen, wie es eigentlich zur Ihrem politischen Engagement kam. Gab es ein Schlüsselerlebnis, das Sie dazu bewogen hat, in [Ihre Partei] einzutreten?*

Es war ein längerer Prozess. [...] Bei Familienfesten wurde immer über Politik gesprochen. Das war Tschernobyl, als ich angefangen habe zuzuhören, 1986. Wir haben ungefähr [...] km von zu Hause weg ein Atomkraftwerk stehen. Damit habe ich mich auseinandergesetzt. Wir hatten 1994 Kommunalwahlen und bei uns vor Ort wurde eine Arbeitsgruppe [der Jugendorganisation der Partei] gegründet und das wollte ich mir angucken. [...] Es gab ein paar Leute, die sich damals für regenerative Energien unheimlich stark gemacht haben. Und ich habe dann gedacht, wenn ich jetzt hier mitarbeite trete ich auch in die Partei ein – dann will ich das auch mit Haut und Haaren machen. Und am Anfang war ich sicherlich für meinen Ortsverein so eine Art Alibi-Junge. Die haben mich relativ schnell in Verantwortung genommen, als Beisitzerin und man hat mir auch Aufgaben gegeben und mir auch was zugetraut, und man hat mich lassen machen und das hat mir einfach auch Spaß gemacht. Es ist immer mehr dazu gekommen, ich habe Seminare organisiert und bin dann 1999 in den Kreistag gewählt worden.

*Haben Sie das ganze auch als „Ochsentour“ angesehen?*

Es war so eine Ochsentour im Zeitraffer. Ich hatte ja nie vor Augen: Da will ich hin – ich will mal Bundestagsabgeordnete werden und du musst jetzt diese Positionen durchlaufen. Da war sicherlich eine ganze Portion Glück dabei, zur richtigen Zeit am richtigen Ort zu sein und auch Vertrauen entgegen gebracht zu bekommen. Von außen betrachtet ist es wohl die übliche Ochsentour. Ich hab das ja neben meiner Arbeit ehrenamtlich gemacht und dann hat mein Vorgänger aufgehört und ist in Ruhestand gegangen – und wir hatten in der Partei keinen „Kronprinzen“, der das Amt übernehmen sollte. Man hatte niemanden aufgebaut. Man hat dann ein offenes Auswahlverfahren gewählt und in der Partei gefragt, wer denn Interesse hat – das ist ganz selten so. Dann haben sich sieben gemeldet und man hat mich auch noch gefragt, nach dem Motto: Wir haben doch da auch jemand junges – die ist auch engagiert. Da habe ich gesagt, nee Leute, das traue ich mich nicht. Da bin ich doch eher zurückhaltend. Dann hat man mir gesagt, nun hab doch mal Mut, du kannst doch nur gewinnen, auch wenn du dich gegen die anderen nicht durchsetzt. Dann versuchst du es später noch einmal, dann ist dein Name schon mal bekannt. Und dann habe ich gedacht, ok, dann mach ich's und habe mich durchgesetzt. Es war wirklich eher überraschend. Ein Mann tritt da wahrscheinlich mit einem anderen Selbstbewusstsein auf. Ich wäre da jetzt nicht selber auf die Idee gekommen zu sagen „ich will das jetzt gern machen!“. Ich war ja [Mitte 20] und die anderen über 50 und viel länger in der Partei. Das war am Anfang auch gar nicht so leicht, überhaupt Akzeptanz zu finden. Mittlerweile ist das ok und die respektieren mich und erkennen das auch an. Aber das war am Anfang schon nicht so einfach.

Ich habe keine Probleme gehabt von Seiten der Älteren in der Partei. Im Wahlkampf zum Beispiel war das die beste Zusammenarbeit, ein bisschen wie Enkel und Großeltern. Schwierig waren so die 40 bis 45-Jährigen, die jetzt eigentlich dran gewesen wären, wo ich als jemand Neues dazu kam.

Die Ratschläge, die man einer jungen Frau gibt – ich glaube das würde man sich nicht gegenüber einem Mann wagen. 2002 hat es begonnen, dass man mir gesagt hat: Du darfst die Haare nicht hochstecken, sonst erkennt dich ja keiner mehr. Und es kamen Kleidungstipps, Frisurentipps. Und da habe ich auch gefragt: „Sagt mal, sagt ihr eurem Kreisvorsitzenden, er soll die rosa-gepunktete Krawatte anziehen, die steht ihm so gut?“ Nö. Aber mir sagen sie, du solltest doch mal eine Bluse anziehen und zieh doch mal ´nen Rock an. Da erlebt man schon Dinger, wo man denkt: Mensch, ich bin doch noch mein eigener Mensch. Aber seit der Sache mit den Haaren wirst du mich auf keinem Foto mit hochgesteckten Haaren mehr sehen. Ich hab das auch gemacht.

*Haben Sie schon mal im Kopf durchgespielt, wie die Situation mit Kind für Sie wäre und ob oder welche Einschränkungen sich konkret ergäben?*

Ja klar, das geht uns schon ganz konkret durch den Kopf. In meinem Freundeskreis werden immer mehr Kinder geboren und da denkt man schon, ach Mann, wir wollen doch eigentlich auch.

Einschränkungen, die man dann vielleicht hätte? Wir würden wahrscheinlich das Modell Oma in Verbindung mit Tagesmutter wählen. Und als Tagesmutter haben wir da schon jemanden im Blick, der das dann wahrscheinlich machen würde.

*Was die Beziehung zu Ihrem Mann betrifft, aber auch zu Ihrem Freundeskreis – klappt das so ganz gut oder denken Sie, da hat man schon Einschränkungen hinzunehmen als Politikerin, die Sie vorher im Beruf nicht hatten?*

Mit meinem Mann klappt es eigentlich sehr gut, wobei ich sagen muss, ich bin damals in die Kandidatur nur reingegangen, weil mein Mann bzw. damals mein Freund und meine Eltern gesagt haben, wir helfen dir, egal was kommt. Wenn die das nicht gesagt hätten, hätte ich das auch nicht gekonnt. Ich brauche die Unterstützung – ohne die könnte ich das nicht. Ich komme nach Hause zum Klamottenwechseln und bin wieder weg. Oder ich sag, hey, du musst mal wieder Rasenmähen, das muss ja einer machen. Ich habe da einfach den großen Vorteil, dass mein Mann so engagiert ist, dass es kaum auffällt, wenn ich nicht da bin. Er hat nicht nur [...] und ist jeden Abend [...] unterwegs. Wir sehen uns relativ selten. Aber wir haben den Vorteil, wir haben relativ viel Freiraum durch die Selbstständigkeit, dass wenn er mal Mittwochsmorgen Zeit hat, ich sagen kann, ich mach jetzt mal keine Termine und dann haben wir den Mittwochmorgen für uns. Wir haben halt nicht mehr das Klassische – so wie es früher, in der Verwaltung, Freitagnachmittag um drei ist Schluss und ich hab dann das freie Wochenende. Das gibt's halt nicht mehr. Aber wir zwei kommen damit eigentlich ganz gut klar. Aber man darf natürlich das Verständnis nicht überstrapazieren. Wenn ich das ganze Wochenende Termine habe, sollte er halt auch gut ausgebucht sein. Andererseits, wenn er mal das ganze Wochenende frei hat, dann ist es halt blöd, wenn ich nur unterwegs bin. Dann sitzt einer zu Hause und es gibt schon irgendwie Ärger.

Wo ich Einschränkungen sehe oder negative Erfahrungen gemacht habe im Vergleich zu früher, das ist die Spontaneität, die verloren geht – im Bereich Freundeskreis. Das ist auch die einzige Erfahrung, die wehgetan hat, zu sehen, dass sich was im Freundeskreis verändert hat. Ich hatte einen Riesenfreundeskreis, eine Riesenclique. Jetzt heißt es halt, die brauchst du nicht anrufen, die kann eh nie. So verkleinert sich der Kreis und es bleiben die übrig, von denen du weißt, das sind deine Freunde und die musst du pflegen und richtig hart

dran arbeiten. Ich mach mit denen genau so Termine, wie mit Ihnen auch und sag, wenn wir Halloweenparty haben, dann plane ich die in meinem Kalender ein und meine Freunde können sich darauf verlassen, dass ich die nicht cancel. Dann muss schon [der Landesvorsitzende] kommen, dass ich sage, Leute, es geht doch nicht oder ich komme ein bisschen später.

*Haben Sie es jemals bereut, in Ihrer jetzigen Position zu sein? Gab es Momente, wo Sie gesagt haben, eigentlich schade. Jetzt bin ich zwar Bundestagsabgeordnete, aber...?*

...nee, das hatte ich noch nie. Denn dafür ist die Zeit auch viel zu spannend gewesen in den letzten Jahren. Dafür ist das Ganze zu abwechslungsreich und man hat auch gerade im Wahlkreis direkte Erfolge, wo man direkt sehen kann, wo ich Leuten helfen kann und denke, toll, da konnte ich jemanden wirklich weiterhelfen! Es gibt auch Tage, wo man denkt, warum tust du dir das eigentlich an? Aber ich glaube, die hat man glaube ich auch in jedem Beruf und die hatte ich vorher auch gehabt. Da hat man mal `nen schlechteren Tag. Aber dass ich gesagt hätte, nee, das machst du nie wieder... Nee. Da überwiegt auf jeden Fall das Positive.

*Wahrscheinlich ist es schwer, nach einer längeren aktiven Zeit wieder Abstand zu gewinnen und in seinen normalen Beruf zurückzukehren. Was denken Sie?*

Ja, das glaube ich auch. Deswegen sage ich auch – ich bin jetzt beurlaubt – wenn ich nicht wiedergewählt worden wäre, wäre ich auch wieder in die Verwaltung zurückgegangen. Ich hätte nach drei Jahren überhaupt kein Problem damit gehabt. Ich habe auch noch Kontakte zu den früheren Kollegen. Wir schreiben uns auch noch Emails. Ich wohne ja noch am Ort und treffe die mal in der Stadt. Aber klar, umso länger man hier ist und die wahnsinnigen Termine und Aktivitäten hat, umso schwerer fällt einem das. Nachher sitzt man dann zu Hause und denkt: „Was mache ich denn jetzt mit mir?“ Das ist auch der Grund warum viele den Absprung nicht schaffen und sagen, ich höre jetzt auf. Deswegen bewundere ich [den Aussteiger], der gesagt hat, ich mache das 12 Jahre – drei Legislaturperioden – und dann ist Schicht. Das man das wirklich macht, wenn die Entscheidung kommt, ich glaub, das ist schwer.

*Da halten einen bestimmt die Familie – wenn man sie hat – und der Freundeskreis auf dem Boden und in der Normalität fest?*

...was auch ganz wichtig ist! Was ich auch gesagt habe: „Wenn ihr Veränderungen an mir spürt, müsst ihr mir das sagen.“ Es kommen ja von allen immer Ratschläge, aber wenn ich weiß, das kommt von Leuten die mich wirklich kennen und das spüren, dann müssen die mir das sagen – diese Erdung braucht man, das ist ganz wichtig.

*Wie reagieren die Kollegen auf Bundestagsabgeordnete, die Kinder bekommen/haben?*

Ich habe den Eindruck, die Fraktion ist da sehr aufgeschlossen. Bei der Kollegin [...] bekomme ich das mit, mit der bin ich im gleichen Ausschuss und da bekomme ich mit, welcher Stress das ist. Aber das ist wohl der Stress, den man in jedem Beruf hat. Ich muss das Kind zur Krippe bringen oder abholen und kann jetzt eigentlich gar nicht und dann wird telefoniert – kannst du nicht? Wer holt ihn jetzt? Aber negativ auffallen tut das nicht. Man hat aber wohl immer zu dem, was läuft, immer noch den Gedanken im Kopf, was ist mit deinem Kind?

Die [...] hat zum Beispiel kein Sofa im Büro, sondern eine kleine Kinderecke.

Wenn man sich die Frauen anguckt, die hier sind – die wenigsten haben kleine Kinder. Die meisten haben keine Kinder, keine Familie – auch keinen Mann. Oder aber die Kinder sind schon groß – die sind halt erst nachdem die Kinder flügge und aus dem Haus waren richtig in die Politik gegangen. Bei den Männern ist das wirklich anders. Die jungen Kollegen bekommen Kinder und wenn man nachfragt, wie macht Ihr's denn? „Tja, meine Frau ist zu Hause.“ Man merkt, dass die klassische Aufteilung noch da ist.



## Interviewpartnerin L

*Wie hat sich rauskristallisiert, dass Sie in die Politik gegangen sind?*

In die [Partei] bin ich 1998 eingetreten. Als meine Kinder ganz klein waren habe ich Elternarbeit im Kindergarten und in der Schule gemacht. Ich war Eltern-Vorsitzende einer größeren Kita und Elternratsvorsitzende einer größeren Grundschule, wo relativ viele Probleme anstanden, die kommunalpolitisch gelöst werden mussten. Ich war in meiner Position als Elternratsvorsitzende sehr viel auf Ratssitzungen, habe öffentliche Anfragen gestellt – berechnete Forderungen im Namen der Schüler und Schülerinnen, Lehrer und Eltern, die zum Schulalltag eigentlich dazu gehören. Und so habe ich relativ schnell engeren Kontakt zu den Ratsmitgliedern in der [...] -Fraktion in meiner Heimatgemeinde bekommen. Und dann war mein Schlüsselerlebnis, dass man wirklich nur was verändern kann, wenn man in der Politik richtig aktiv ist. Nach einem halben Jahr, nachdem ich in die [Partei] eingetreten war, bin ich zur stellvertretenden Ortsvereinsvorsitzenden gewählt worden. Und durch einen tragischen Unfall des Vorsitzenden kurze Zeit danach kam es dann dazu, dass ich zur Vorsitzenden eines Ortsvereins mit recht vielen Mitgliedern wurde. Und dann habe ich für den Rat meiner Gemeinde kandidiert und bin mit gutem Ergebnis gewählt worden. Gleichzeitig gab es Wahlen zum Regionsparlament und dort wurde ich dann ebenfalls reingewählt. Als Ortsvereinsvorsitzende habe ich wieder Dinge zum Leben erweckt, für die sich keiner gefunden hatte und mit neuen Ideen, z.B. für Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit habe ich dann recht schnell Kontakt in den Unterbezirk und zu Landtagsabgeordneten bekommen. In relativ kurzer Zeit hat sich dann die Kandidatur für den Bundestag ergeben.

*...nicht gerade die klassische Ochsentour.*

Genau. Die war natürlich mit meinem Parteieintritt 1998 erstens nicht geplant und zum anderen hat sich das dann durch das, was ich gemacht habe und durch Kontakte ergeben.

*[...] Ihre politische Karriere begann ja, als die Kinder sozusagen schon „aus dem Größten raus“ waren.*

Ja, je nachdem, was man so „aus dem Größten raus“ nennt. Meine Tochter ist 14 [...]. Mein Sohn ist kurz vor der Wahl 11 geworden. Von Beruf her bin ich ja [...] und daneben habe ich im Lebenslauf Familienfrau angegeben, weil ich in der Tat die letzten Jahre bzw. nach der

Geburt meiner Tochter bis zum Einzug in den Bundestag viele ehrenamtliche Tätigkeiten ausgeführt habe, aber ansonsten als Familienfrau mit allem was dazu gehört vieles um die Ohren hatte. Und ich kämpfe jetzt hier im Bundestag auch ganz bewusst [...] dafür, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sein müssen. Denn so viel Freude mir das auch letztlich im Rückblick gemacht hat, viel Zeit für meine Kinder gehabt zu haben, ist es natürlich schon schwierig, wenn man auch weitere Ansprüche hat, gesellschaftlich was verändern will oder in seinem Arbeitsbereich.

Das war in meiner Kommune schlichtweg gar nicht möglich. Das gab es definitiv das Entweder Oder, weil die Kinderbetreuung mehr als im Argen war und zum großen Teil heute noch ist. Insbesondere in den ersten drei Jahren wurde das von den Großeltern aufgefangen, die aber damals selbst noch alle berufstätig waren.

Ich glaube, was das Problem der Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder vor das Entweder Oder gestellt zu sein bedeutet, habe ich selbst sehr deutlich erfahren. Ich habe die Zeit, die ich für meine Kinder hatte bewusst wahrgenommen. Aber bestimmte Dinge, das was einem sonst noch beruflich oder auch an politischem Engagement hätte offen stehen können, das war einfach nicht möglich, weil keine Kinderbetreuung da war. Damals gab es noch keinen einzigen Krippenplatz. Ganztagschule gibt's auch nach wie vor nicht. Ganztags-Kindergartenplätze gibt es erst, seit meine Kinder aus dem Alter raus waren und ich gemeinsam mit anderen Politikern und betroffenen Eltern mit viel Kraft [...] im Rat nach und nach ein bisschen was erreichen konnte.

*War es Teil Ihrer Motivation gegen die Missstände etwas tun zu wollen?*

Es war eine bewusste Entscheidung, [... Ich wollte] ganz bewusst und mit Vehemenz für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kämpfen. Einerseits was qualifizierte Betreuungsangebote angeht, aber auch für diejenigen, denen Betreuung möglich ist, aber bei denen von Hause aus die Möglichkeiten gar nicht da ist, so dass mir der Ausbau von Betreuungsangeboten sehr am Herzen liegt. Nicht nur um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu gewährleisten, sondern auch um Chancengleichheit und gleiche Lebenschancen für Kinder und Jugendliche zu ermöglichen [...]. *[Es folgen weitere Ausführungen zur Familienpolitik, u.a. zum Elterngeld.]*

*Sehen Sie einen Unterschied, was die Vereinbarkeit im „normalen Berufsleben“ und die eines Politikers/einer Politikerin – gerade wenn man wie Sie im Bundestag ist – betrifft?*

Ja, das ist schon eine ganz besondere Herausforderung, wenn man Familie hat – speziell Kinder hat. Und das ist eine Herausforderung, die zweifelsohne nicht immer leicht ist zu

meistern. Das Leben einerseits in Berlin in den Sitzungswochen, wo wir ja unseren zweiten Wohnsitz haben, und den ersten im heimatlichen Wahlkreis, wo die Familie und da wo die Kinder leben, ist es nicht immer ganz leicht das hinzubekommen. Ich telefoniere in den Sitzungswochen täglich mindestens einmal mit meinen Kindern und frage, wie es in der Schule gelaufen ist, wie es im Freundeskreis aussieht, beim Sport – beide sind sehr im Sport engagiert, meine Tochter singt außerdem. Also, dass ich trotz der Distanz und der Zeit, die ich ja in den Sitzungswochen definitiv nicht habe – jedenfalls nicht der Anwesenheit – dass ich mir trotzdem am Tag einmal oder zweimal die Zeit nehme, um in Ruhe mit meiner Tochter und meinem Sohn zu telefonieren und um zu hören, was bei ihnen so passiert und gleichzeitig zu erzählen, was bei mir hier so passiert ist, damit ich in diesem Rhythmus, in dem man sich hier bewegt, das andere, vor allem das Leben mit den Kindern, nicht aus den Augen verliere – aus den Augen sowieso nicht verliere, sondern auch hier in vollem Bewusstsein da ist.

*Meinen Sie, dass Frauen, wenn sie nicht bereits wie Sie vor Ihrer politischen Aktivität bzw. Karriere Kinder bekommen haben, auch anders als ihre männlichen Kollegen, davon abgehalten werden, Kinder zu bekommen?*

Die Statistik zeigt ja, dass Frauen etwa in meinem Alter [...um die 40] und wie ich Akademikerinnen, zu einem sehr, sehr hohen – für mich erschreckenden Prozentsatz! – kinderlos sind. Und dazu gehören ja auch entsprechend die Männer und der Kinderwunsch ist bei Männern häufig noch sehr viel geringer ausgeprägt als bei den Frauen und teilweise haben die Frauen ja auch deswegen keine Kinder, weil nicht der entsprechende Partner da ist. Das stört mich dann auch manchmal an den Debatten, dass es immer auf den Nichtkinderwunsch der Frauen zurückzuführen ist. Ich kenne auch einige Frauen, die gerne Kinder gehabt hätten, aber der Partner in dem entscheidenden Alter nicht da war, der selbst gern Kinder hätte haben wollen. Ich selbst empfinde es für mich persönlich und auch wenn ich das mit meinen Kindern sehe, als Vorteil, dass sie schon so alt sind, wie sie sind. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Bei all den Dingen, die hier anliegen, dem geteilten Leben, also das Leben an zwei Orten – im Wahlkreis und in Berlin – und so eine Sitzungswoche in Berlin ist ja wirklich von frühmorgens bis abends strukturiert. Gleich habe ich den nächsten Termin. Selbst wenn die Familie während der Sitzungswoche hier sein könnte – was ja gar nicht geht, weil die Kinder ja nicht zweimal im Monat die Schule wechseln können – selbst dann wäre kaum Zeit für sie da zu sein. Es gibt aber durchaus Kolleginnen, wie [...], die während ihres Bundestagsmandats ihren Sohn bekommen hat. Oder [...] hat ja zum Beispiel in ihrer ersten Legislaturperiode ihre Tochter bekommen. Oder [...]. Das kommt vor. Es gibt aber auch viele Frauen, die ein bisschen jünger sind als ich, keine Kinder haben und in der Tat

wegen der Überlegungen, dass alles so schwierig ist, hinzubekommen, das Thema einfach nach hinten verschoben wird – und das manchmal wirklich so lange, bis es dann wirklich irgendwann zu spät ist. Oder letztlich die Überlegung so weit gereift ist, dass die Frau sagt, beides ist für mich zu schwierig und deshalb nur die politische Karriere oder das politische Mandat – wie auch immer man es nennen will. Also, leicht ist es nicht, aber ich bin fest davon überzeugt, wenn der Kinderwunsch vorhanden und wirklich ausgeprägt ist, findet man sowohl als Frau oder sowohl als Mann immer eine Möglichkeit, das letztlich auch umzusetzen.

*Sehen Sie konkrete Möglichkeiten, wie Abgeordneten oder anderweitig politisch sehr eingespannten Menschen die Vereinbarkeit der Arbeit und der Familie und damit die Familienplanung erleichtert werden kann? Es gibt ja beispielsweise in Norwegen oder Schweden Modelle, dass Sitzungen bis maximal 18 Uhr gehen.*

Ja, aber das wäre ja nur bedingt hilfreich, zumindest für die Bundestagsabgeordneten mit der Struktur der Arbeit in Berlin und im Wahlkreis – was ich ja so von der Struktur her mit der Präsenz im Wahlkreis auch sehr wichtig finde, dass man nämlich für die Bürgerinnen und Bürger da und greifbar ist – ich finde Wahlkreisarbeit ganz wichtig. Also, wenn es da in der Sitzungswoche so eine Regelung gäbe, ab so und so viel Uhr ist Schnitt, weil es auch noch ein Leben neben der Politik gibt, wäre das ja nicht hilfreich, da spätestens, wenn die Kinder zur Schule gehen die Entscheidung ansteht, wo lebt man. Entweder da, wo die Sitzungen stattfinden, das wäre Berlin. Oder im Wahlkreis, wo eigentlich der Hauptlebenspunkt sein sollte, weil in den sitzungsfreien Wochen dort viel Arbeit anliegt. Und mit dem Wechsel Kindergarten – einen hier und einen da, das kenne ich von Kolleginnen, die kleine Kinder haben. Zwei Kolleginnen, die haben das so organisiert, dass die Kinder zum Teil in Berlin und in den sitzungsfreien Wochen mit im Wahlkreis sind. Die haben einen Kindergartenplatz hier und im Wahlkreis. Aber wie gesagt, spätestens wenn die Schule ansteht, ist dieser Wechsel, so wie der Schulalltag aussieht, nicht mehr zu organisieren für die Kinder. Ich glaube für Kinder – und das fängt auch nicht erst mit dem Schulalter an – ist das zweigeteilte Leben eine große Zumutung. Das sind ja nicht nur die zwei Wohnungen, sondern auch die Bezugspersonen – Freunde hier, Freunde da. Auch die Freunde und Freundinnen der Kinder müssen das ja hinbekommen, warum ist Freund oder Freundin in dieser Woche wieder nicht da? – mit Vater und Mutter wieder in Berlin. Da nehmen bei Kindern ab drei Jahren auch die Schwierigkeiten für die Kinder zu. Ich wüsste zumindest nicht, ob das vernünftig zu regeln ist, weil wir ja im Prinzip nicht nur die Arbeit hier in Berlin, sondern auch zum großen Teil im Wahlkreis haben.

*Fühlen Sie sich zumindest im Wahlkreis noch frei, Ihre Termine so einzuteilen, dass sie sich auch mal einen ganzen Tag frei nehmen?*

Das passiert zwar relativ selten und das muss man sich auch wirklich ganz fest vornehmen, dass man da, wenn Anfragen kommen, wirklich mal hart ist und einen Tag am Wochenende keinen Termin annimmt. Es gibt aber auch Zeiten, wo das völlig unrealistisch ist, wegen der vielen Ortsvereinsversammlungen oder Feiern, wo die Leute ja auch zur Recht erwarten, dass Abgeordnete inhaltlich berichten und für Diskussionen zur Verfügung stehen. Das ist nicht ganz leicht, sich da was freizuschaukeln. Aber es ist schon mal ein Nachmittag reserviert für die Kinder und da mache ich was mit den Kindern. Das erfordert schon eine verdammt gute Organisation. Und mit dem Älterwerden der Kinder haben die ja auch immer mehr ein Eigenleben und eigenes Freizeitverhalten.

Für mich gibt es sehr viele Abendtermine im Wahlkreis und an den Nachmittagen haben meine Kinder schlichtweg viele Termine. Erstens findet die Schule bis in den späten Nachmittag statt – meine Tochter ist neunte und mein Sohn fünfte Klasse Gymnasium – und Sport und musische Freizeitaktivitäten, Treffen mit Freunden und Freundinnen sind natürlich auch am Nachmittag oder frühen Abend. Mit dem Größer- und Eigenständigwerden der Kinder ist es auch ein bisschen schwieriger gemeinsame Termine herauszuarbeiten. Das ist möglich und klappt auch, aber die Terminabsprache ist für alle Beteiligten notwendig. Und die Kinder treffen ja manchmal auch spontan Verabredungen in der Schule. Nun hat die Mutter gerade Zeit, aber für die Kinder steht die Verabredung oder das spannende Ereignis an – da muss man da auch als Mutter Verständnis haben, wenn man mal kurzfristig versetzt wird, obwohl man eigentlich gesagt hat, wir machen heute mal was zusammen. Wenn man ja auch selbst der Familie und den Kindern einiges an Abwesenheit oder nicht genügend Anwesenheit zumutet, muss man dann auch ehrlich sein und damit umgehen, dass andere auch entsprechende Ansprüche haben.

*Haben sie das Gefühl, dass Ihre Kinder anders mit Ihrem Mandat umgehen, als andere Kinder mit dem Job ihrer Eltern – einem „normalen Job“?*

Meine Kinder sind mit dem, was ich politisch bisher gemacht habe – und da sind die auch von Klein auf reingewachsen – mit der Elternarbeit war ich ja schon häufig in der Gemeinde in der Öffentlichkeit und es war für sie normal, dass da mal ein Bild von mir als Elternvorsitzende in der Zeitung war. Dass es eine Öffentlichkeit um meine Person und mein politisches Wirken gibt, damit sind die eigentlich groß geworden. Das hat sich gesteigert und ich glaube, das ist so nach und nach auch ganz gut gelaufen, weil sie Zeit hatten zu erfahren, was es heißt.

Wenn man Bundestagsabgeordnete ist, gibt es noch mal eine wesentlich größere Öffentlichkeit, das erfahren meine Kinder schon, weil sie nämlich selbst an dem Gymnasium sind, wo ich [im Jahr...] Abitur gemacht habe und noch die ein oder andere Lehrerin ist, die ich damals schon als junge Lehrerin hatte. Und da kommen da schon mal so Fragen, insbesondere wenn die Politik, Deutsch oder Geschichte unterrichten: Erzähl doch mal, was deine Mutter gerade in Berlin macht oder wie geht es jetzt mit den Koalitionsverhandlungen weiter? Da gehen die aber überwiegend normal mit um. Ich denke auch, dass sie auch ein ganzes Stück stolz darauf sind, was ich mache. Ich erzähl ja auch von den Dingen, an denen ich insbesondere arbeite und ich glaube, das finden die auch schon wichtig und sind auch interessiert und fragen nach. Die haben politisch mehr als einen groben Überblick. Und es ist für beide nicht so, dass sie da große Schwierigkeiten haben damit umzugehen, dass ich im Prinzip in so einer Kommune mit 30.000 Einwohnern eine Person des öffentlichen Lebens bin. Damit gehen die gut um. Das liegt aber auch mit daran, dass ich ihnen das immer entsprechend erklärt habe und dass ich normal mit dem Mandat umgehe und mich nach wie vor normal bewege.

Was aber zweifelsohne eine Umstellung für meine Kinder war, aber auch für mich war, sich daran zu gewöhnen, dass ich eine knappe Woche gar nicht da bin und die Verständigung nur übers Telefon läuft und natürlich auch ansonsten in den sitzungsfreien Wochen mehr Termine sind – dass wir weniger Zeit füreinander haben, was dann auch ein besseres Miteinander organisieren und kommunizieren bedingt – das ist eine Erfahrung, die man gemeinsam gemacht hat und man auch lernen musste, dass man bestimmte Dinge vernünftig absprechen sollte, damit alle zu ihrem Recht kommen.

*Der Vater der Kinder arbeitet auch Vollzeit?*

Ja, genau. Das ist ja meistens so – wenn die Frau Vollzeit arbeitet, tut das der Mann auch. Und wenn die Frau im Beruf erfolgreich ist, ist der Partner meistens auch einigermaßen erfolgreich in seinem Beruf, was umgekehrt in der Regel nicht der Fall ist. Genau, da ist dann oft die Frau dahinter, die zu Hause, wie man so sagt, die Dinge zusammen hält – das ist ganz häufig so.

*Für die [männlichen] Abgeordneten ist es ja auch oftmals einfacher, Kinder zu bekommen...*

...weil da ganz oft die Frau alles Drum und Dran zu Hause managt. Bei den meisten Frauen, die Kinder haben, die noch im Haushalt leben, gibt es vereinzelt Männer, die zu Hause sind – als Familienmann, das Pendant! – aber die meisten haben Arbeit, die sie zeitlich ziemlich beansprucht.

*Haben Sie es im Rückblick jemals bereut, in die Politik gegangen zu sein?*

Nein. Die Kandidatur und das Bundestagsmandat habe ich noch an keinem Tag bereut. Es ist schon so, dass wenn man Kinder hat, es einem wesentlich mehr Organisation abverlangt – insbesondere in dem Alter, in dem sich meine Kinder befinden – und das ist ein Lernprozess. Aber ich finde es gerade ganz wichtig für Familienpolitik und überhaupt für Politik generell, dass hier eben auch Frauen und Männer im Bundestag mit Kindern vertreten sind – das ist zwar keine Qualifikation für ein Mandat, Kinder zu haben, aber im Bundestag muss eine bunte Mischung von Männern und Frauen sein – auch bezogen auf unterschiedliche Berufe, dass die Gesellschaft möglichst in alle ihren Facetten, das sollte der Anspruch sein, doch mindestens ein Stück weit widergespiegelt wird. Und deshalb finde ich es eben auch wichtig, dass im Bundestag Männer und Frauen sind, deren Kinder im Alter sind, in dem sie noch im Haushalt sind. Und das dürfen dann nicht nur die Männer sein, bei denen die Frauen alles um die Familie herum organisieren und die Männer sind hier in Berlin erfolgreich. Sondern auch gerade die Frauen, die wissen, was es heißt, das so hinzukriegen. Und ich kann nur sagen, dass ich aufgrund meiner eigenen Erfahrungen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für dringend notwendig halte und die noch stärker politisch betont werden muss.

*[Es folgen politische Anmerkungen, insbesondere zur Familienpolitik als „Zukunfts- und Querschnittspolitik“.]*

## Interviewpartnerin M

*Wie sind Sie zur Politik gekommen?*

1995 also, ich habe Jura studiert und hatte dann einen Professor, der Rektor war der Hochschule für Politik [in Stadt]. Wir haben damals über das Kruzifix-Urteil viel diskutiert vom Bundesverfassungsgericht, das haben wir natürlich auch politisch diskutiert. Der hat mich auf die Hochschule gebracht. Und da hab ich mir gedacht, das hört sich aber interessant an und habe parallel zum Jurastudium angefangen, dort Politik zu studieren, weil man das zwischen 16 und 21 Uhr machen konnte. Das war extra so gelegt, um gerade Berufstätigen die Möglichkeit offen zu halten, Politik zu studieren und zum Zweiten aber auch für jemanden, der ein Doppelstudium machen möchte. Ich habe dann ein Doppelstudium gemacht und nach ein, zwei Semestern eben festgestellt, Viele sind engagiert, es wird viel über Parteien geredet.

Da hat es mich immer interessiert, wie denn Parteiarbeit in der Praxis aussieht. Da hab ich mir von den vier gängigen Parteien die Wahlprogramme zuschicken lassen, hab alle gelesen, hab bei der [Partei] festgestellt: Es entspricht am ehesten meinen Vorstellungen von grundsätzlicher Staatsauffassung, Menschenbild, von den Politikfeldern eben. Und dann hab ich bei der [Partei] einfach angerufen: ich würde gern Mitglied werden.

Ich bin 1997 Mitglied geworden. Ja, war während des Studiums einfach viel engagiert, habe dann 1998 schon für den Landtag kandidiert, nur mal so auf Probe, weil ich ja Zeit hatte, weil ich es interessant fand, mal auf Podiumsdiskussionen gewesen zu sein und das alles zu erleben. Ich hatte auch thematisch was vorzubereiten und das ging alles halt so weiter. 1999 wurde ich stellvertretende Kreisvorsitzende in [...], dann ging's weiter bis 2003, wo ich Vorsitzende wurde. [...]. Wenn mal sich engagiert, dann kommt man halt immer weiter. [...] Dann habe ich 2003 noch mal für den Landtag kandidiert und hatte da ein sehr gutes Ergebnis.

Und deswegen hab ich letztes Jahr, 2005, als es eben feststand, dass es wahrscheinlich Neuwahlen gibt, mir gedacht, das traue ich mir einfach mal zu, ich kandidiere jetzt in den Bundestag. Ich wollte erst mal für den Bundestag kandidieren, natürlich irgendwie im Kopf dabei: Vielleicht wird's doch was. Aber es war doch ein langer Prozess, bis ich in den Bundestag kam. Ich musste durch verschiedene Gremien: Ich musste in meinem Wahlkreis aufgestellt werden als Kandidatin. Im Bezirk [...] hätte ich eigentlich Platz eins werden sollen, um dann auf der alles entscheidenden Landesliste in [Bundesland] auch so einen Platz zu bekommen, der dann fest ist bei der Bundestagswahl, so dass ich mit dem entsprechenden Ergebnis hier [im Bundesland] und bundesweit in den Bundestag einziehe. [...] Da haben mir



auch einige Männer übel mitgespielt. Wie auch immer. Es war dann erst mal aussichtslos. Dann bin ich auf die alles entscheidende Versammlung trotzdem gefahren [...]. Dann sind die zwei, die vor mir waren, beide durchgefallen bei den Gesamtdelegierten aus ganz [Bundesland]. Und da hat es eben geheißt, dass ich jetzt antreten soll [...]. Ich hatte keine Rede und nix vorbereitet. Hab mich halt hingestellt, habe mich kurz vorgestellt, was meine Ziele sind, ganz kurz nur wirklich geredet, zwei, drei Minuten. Und bin prompt komplett gewählt worden. Und [...] so in den Bundestag eingezogen.

[Nach dem Studium] habe ich insgesamt vier Jahre bei [...] gearbeitet [...]. Im Jahr 2003 hab ich einen kleinen Sohn bekommen. Mit dem Sohn habe ich dann schon gemerkt: es ist schwierig zu vereinbaren, Beruf und meinen Sohn. Nur war ich aber auch immer ja wahnsinnig politisch engagiert und diese drei Themenfelder, die waren irgendwann mal zu viel. Alles war zu Lasten und der Beruf ist hinten rausgefallen. Ich hab ein Jahr lang keinen Kinderkrippenplatz bekommen, als ich den Kinderkrippenplatz hatte, war es für den Beruf zu spät. [...] Da kam das mit der Neuwahl und da hatte ich halt Politik und mein Kind schon.

Unser Sohn ist jetzt 22 Monate. Mein Mann hat immer fulltime gearbeitet und ich hab auf das Kind aufgepasst und Politik gemacht. Und daher ist es mir durchaus bewusst, was es heißt, Politik und Kind versuchen zu vereinbaren. Das ist auch nicht ganz leicht. Wir hatten dann einen Kinderkrippenplatz am Nachmittag, da konnte ich dann viel für den Wahlkampf vorbereiten. Und dann musste ich abends halt wechseln mit Babysittern, im Wahlkampf. Manchmal war das ganz schlimm: Von Montag bis Freitag wechselnde Babysitter. Weil sie wirklich von heute auf morgen kamen.

*Konnte Ihr Mann denn nicht flexibel einspringen?*

Wir haben das Einkommen gebraucht. Er ist selbstständig und da heißt es ganz einfach: Wer nicht arbeitet, verdient kein Geld.

Als ich dann eben gewählt wurde – ich hatte mir vorher keine großen Gedanken darüber gemacht, denn der Erfolg war ja nicht gerade sicher, [...] da hab ich eben meinen Mann in der Nacht angerufen und hab gesagt: „Schatzi, ich bin tatsächlich im Bundestag, jetzt musst du auf unseren Kleinen aufpassen.“ Er hat am Anfang erst mal alle Termine abgesagt. Und jetzt haben wir so eine Zwischenlösung. Das heißt: er ist vormittags meistens für ihn da, manchmal ist er zwei Vormittage nicht da, dann kommt der Kleine in die Kinderkrippe, von zwei bis um sechs Uhr ungefähr. Und abends ist es auch abwechselnd. Also er versucht, drei Abende zu Hause zu sein und zwei Abende dann für den Beruf herzunehmen. Und das ist ihm aber zu wenig, weil er sagt: Nur die Nachmittage – er muss ja auch zu Hause sehr viel managen, das ist das, was eine ganz normale Hausfrau auch tun muss: Kochen, was

zum Essen auf den Tisch stellen, Wäsche vorbereiten und die ganzen Sachen halt – und Beruf, das ist halt für ihn auch schwierig.

*Und dann plötzlich auf halbtags arbeiten komplett umzustellen, das ist gar nicht so leicht...*

Ganz genau. Und sich trotzdem zu etablieren und zu halten und seine Kunden nicht zu verlieren. Jetzt jedenfalls – wir diskutieren jeden Tag drüber und es ist jeden Tag eigentlich ein Reibungspunkt, weil mir es natürlich am liebsten wäre, er wäre mehr für's Kind da – ich bin in permanentem schlechten Gewissen. Also ich hab hier die Kinderbilder, da kann ich manchmal gar nicht hinschauen. Und denke mir dann immer: Ich wär halt gern bei ihm. Zum Beispiel habe ich am letzten Donnerstag erfahren, dass mein Mann am Freitag und Samstag beruflich weg musste, um halb acht in der Früh. Dann bin ich am Freitag um 9.40 Uhr ins Flugzeug gestiegen und nach Hause geflogen, weil ich es nicht mehr ausgehalten habe. Ich habe alles hier abgesagt, den ganzen Freitag und gesagt: Jetzt muss ich für meinen Kleinen da sein. ...schwierig! Wir überlegen uns, vielleicht ein Kindermädchen einzustellen, die wir in Aussicht haben. Die wird aber erst im Juli Zeit haben dafür, eine Zeit die wir noch überbrücken müssen. Dann hab ich angedacht, den Kleinen hierher zu holen, vielleicht.

*Das hätte ich auch gefragt und mir überlegt.*

Ich habe im Bundestagskindergarten angefragt. Da hieß es aber, es ist schwierig: In erster Linie für Mitarbeiter, in zweiter Linie für Abgeordnete, die rund um Berlin wohnen, in dritter Linie erst für die normalen Bundestagsabgeordneten. Dann hab ich halt noch eine ganz blöde Aussage bekommen nach dem Motto: Ich solle doch nicht nur an mich denken, sondern an mein Kind denken, es soll doch zu Hause bleiben und schon gleich nicht hin und her ziehen. Denn ich hatte für eine flexible Lösung plädiert: Es ist halt manchmal so, dass man dann denkt als Mutter: Jetzt hätt ihn in gern lieber bei mir, nehme ich ihn mit! Und dann denk ich mir: Das ist doch dem wurscht, mit wem er jetzt die Bauklötzchen spielt, ich meine, solange ich nicht ständigen Wechsel habe, sondern ihn nur ab und zu mal – zwei, drei, vier mal im Jahr – herbringen kann und ihn auch mal in eine flexible Gruppe abgeben kann. So hatte ich mir das halt vorgestellt. Ich hätte mir auch erwartet, dass viele Bundestagsabgeordnete davon Gebrauch machen. Aber es scheint nicht der Fall zu sein. Es wäre mal interessant, das herauszufinden.

[...]

Da kämpfen wir halt momentan noch, also mit dieser Situation. Ganz klar! Auch zum Beispiel, wenn ich jetzt im Wahlkreis bin, dann ist es ja nicht so, dass dann die Arbeit brach liegt oder aufhört. Ich hab jetzt auch Interview-Anfragen, das ginge aber noch eher, unter

Tags mal was zu machen. Aber selbst da haben wir schon das Problem. Die rufen ja auch Sonntag an. Es läuft grad über Ticker eine Meldung über dieses und jenes. Da ruft die Pressestelle und sagt: Sagen Sie mal was dazu! Nun bin ich auch in der [...] -Funktion und da muss ich 24 Stunden, sieben Tage die Woche bereit sein, was zu den Themen zu sagen. Dann ist es halt so. Da hab ich schon zweimal Disput gehabt mit meinem Mann, weil ich gesagt hab, wenn ich jetzt mit den Journalisten telefoniere, bitte nimm ihn ganz weg, weil ich auch kein Geschrei dann hören kann. Und Kinder sind nun mal laut und da kann man nicht sagen: „Pssst“, sei mal schön leise, die Mama muss telefonieren. Das ist halt ganz schlimm, und es tut mir arg weh. Aber es geht in dem Moment nicht anders. Ich kann mich auch gar nicht konzentrieren, ich kann kein Interview führen, wenn der Kleine nebedran schreit. Weil man als Mutter – oder ich, ich sag das mal von mir – automatisch denkt: was hat er denn, was kann ich denn machen?

Das ist schwierig. Auch zu Hause geht's weiter. Ich habe Wahlkreisveranstaltungen. [...] Ich weiß nicht wie viele Kilometer, aber sehr, sehr viele, drei Stunden von ganz Norden nach Süden, da bin ich ganz schön beschäftigt. Da auch alle zu besuchen und zu bedienen, auf die Veranstaltungen zu gehen und die sind dann meistens abends. Aber, der Vorteil: Wenn ich zu Hause bin, wenn ich aufwache oder wenn er aufwacht, dann bin ich da, wenn er in der Nacht irgendwas hat, bin ich da. Ich versuche die Vormittage frei zu halten, Termine versuche ich auf den Nachmittag zu legen, wo er die Kinderkrippe hat. Und bei Abendveranstaltungen tröste ich mich, dass er meistens von der Kinderkrippe schon so kaputt ist, dass er dann eh relativ bald einschläft.

*Das ist wirklich nicht einfach. Das find ich so spannend, wie Sie das erzählen, weil ja erwartet wird von einem Politiker, dass er rund um die Uhr da ist...*

Ja.

*...und dass er tatsächlich seine Aufgabe als Volksvertreter ausübt, ihm selber aber nicht die Zeit und Möglichkeit gelassen wird, sich ein bisschen mehr um Kinder kümmern zu können. Es ist vergleichbar mit einer Position in der Wirtschaft auf Führungsebene. Das sagte mir auch ein Kollege von Ihnen aus der [...] -Fraktion. Vom Arbeitsaufkommen her.*

Ja, wir haben ja 70-, 80-Stundenwoche wenn wir in Berlin sind. Dann geht es morgens um halb acht oder acht los, die letzte Veranstaltung endet dann um elf.

Aber: Was ich noch sagen wollte zu diesen Thema und was ich noch viel schlimmer finde: Ich selber kann damit leben. Weil Bundestag ist zum einem mein Lebenstraum. Zweitens, ich habe das Gefühl, hier wirklich als Mutter – Krippenmutter – hautnah erzählen zu können, wie

es vielen Müttern wahrscheinlich in Deutschland geht. Und das Gute an unserer Familienministerin finde ich jetzt auch, wenn man sich mit der unterhält: Sie ist auch eine Mutter, die viel, viel, viel erlebt hat. Ich finde nicht alle Vorschläge gut, die sie bringt. Aber wenn man mit ihr redet, dann merkt man: da spricht eine Mutter und das hat, glaub ich, lang in der Politik gefehlt.

[... ] Ich kann den Finger drauf zeigen, wo was besser laufen müsste. Und auf der anderen Seite dann aber: Viele Bürgerinnen und Bürger trauen mir das einfach nicht zu. Beziehungsweise: Sie legen es mir sogar negativ aus und sagen: Wie kannst Du Kinderpolitik machen und dein eigenes Kind zu Hause lassen? Müsstest Du als Mutter nicht so verantwortungsvoll sein, zu Hause zu bleiben, wie eine gescheite Mutter es halt so macht? Sie bleibt zu Hause, kümmert sich um die Kinder und der Mann geht arbeiten. Dieses Rollenverständnis ist immer noch bei uns in [Bundesland] sehr stark.

*Der Abgeordnete mit kleinen Kindern zu Hause...*

...wird nicht thematisiert. Ganz genau!

*Da ist ja die Mutter da, die sich kümmert.*

Ganz genau. Und da hatte ich eben auch Kampfkandidaturen [...]. Da war ein Vater mit einem kleinen Kind. Den hat keiner danach gefragt: Das Baby ist ja erst ein paar Wochen alt. Meiner war da schon ein gutes Jahr alt und ich wurde permanent darauf angesprochen. Man interessiert sich auch dafür, weil viele nicht glauben können, wie so was geht. Aber viele legen es auch negativ aus. Das Bild oder das Familienbild von der Frau, die arbeitet, auch in der Politik und vor allem in der Politik, ist sehr veraltet. Find ich. Da könnten wir sehr viel moderner werden und sagen: Es ist gut und richtig und wichtig, so wie Frauen in der Wirtschaft jetzt mehr in Führungspositionen kommen sollen, überhaupt immer mehr sich einbringen sollen mit ihrem Wissen, mit ihrer Erfahrung, mit ihrer anderen Sichtweise, so muss es auch in der Politik vonstattengehen. [Auch in meiner Partei ist es] ein hartes, hartes Business, sich da durchzukämpfen. Das ist ganz klar.

Erst gestern bin ich hier wie ein Häufchen Elend gesessen, wie ich halt wieder so Sachen mitbekommen habe, wo im Wahlkreis zu Hause gegen mich gespielt wird. Jemand eingeladen wird, der keine Kinder hat, weil der zufällig Zeit hatte, und ich habe halt gesagt, nee, ich brauche halt für mein Kind zu Hause Zeit.

*Was man Ihnen eigentlich positiv auslegen müsste...*

Ganz genau.

*...weil Sie wissen, dass Sie sonst schon so viel machen und sich einsetzen. Aber dann heißt es: da hat sie sich nicht blicken lassen.*

Ja, ganz genau!

*Ich fand das ganz spannend, dass Sie so jung und so früh voll durchgestartet sind. Gehörten Sie mit Abstand immer zu den Jüngsten und waren Sie auch immer jüngste Frau?*

Ja, – von der Statistik her kenn ich's nicht, das weiß ich nicht – aber schon tendenziell jung. Ja. Und als Frau war's sowieso ungewöhnlich. Ich weiß im Nachhinein schon, woran es lag. Die vielen Einzelentscheidungen, die jetzt hier vielleicht nicht eine Rollen spielen. Es war schon die Frage, warum wurde ich stellvertretende Kreisvorsitzende? Weil ich im Wahlkampf engagiert war. Warum wurde ich noch mal Landtagskandidatin? Weil ich halt schon mal einen Landtagswahlkampf geführt hatte und Teilerfahrungen und Geld einbringen konnte. Warum wurde ich Vorsitzende der [Partei], war dann halt die Frage: Weil es Personen gab, die wiederum Kreise vertreten haben, und diese Einzelpersonen einfach mich gut fanden und hinter mir standen. Und gesagt haben: die kann es und kann es besser als der Vorgänger und wie auch immer. So wurde ich dann Vorsitzende. Es sind halt viele, viele Etappen, die dann zum Weg führen. Aufgrund meines Studium, meiner Bildung, meiner ständigen Präsenz, Engagement, Fleiß für die Partei kam es halt auch mit der Bundestagskandidatur. Dass ich halt einfach so weit die Personen, die Entscheidungsträger, die Meinungsführer sind – bei uns lokal – davon überzeugt habe, dass ich jetzt Kandidatin werde.

*Ihr Mann, der hat das ja schon die ganze Zeit immer Ihr politisches Engagement begleitet. Ich weiß nicht, ob er selber auch engagiert ist?*

Der ist jetzt eingetreten. [...] Er ist von mir ein bisschen angesteckt mit dem Fieber.

*Ok, aber eigentlich waren immer Sie die politisch Aktiveren.*

Ja!

*Aber er kannte es von Ihnen?*

Er hat mich so kennengelernt, ganz genau. Es ist trotzdem jetzt auf einem ganz anderen Level. Es ist noch mal eine andere Stufe: Es ist positiver auf der einen Seite: weil ich ja so viele Jahre ehrenamtlich gearbeitet habe und – ich muss es ganz ehrlich sagen – wahnsinnig viel Geld ausgegeben habe. Es ist ja nicht so, dass ein Wahlkampf nix kostet, und dann auch Fahrtkosten und Telefonkosten und was weiß ich alles. Und jetzt ist es halt so, dass ich zum ersten Mal mit der Politik Geld verdiene. Das heißt, es ist positiver, also von ihm von außen betrachtet, weil er nicht nur sieht: die steckt viel Zeit rein, sondern da kommt wenigstens auch etwas in die Familienkasse. Zum anderen aber auch negativ, weil ich – glaube ich – jetzt in einem ganz anderen Maß angespannt bin, als wenn ich zu Hause bin und nicht einfach locker lassen kann. Weil er wahnsinnig viel Stress hat, jetzt Haushalt, Kind und Beruf vereinbaren zu müssen.

Das ist genau anders rum, als es sonst immer ist. Das ist also zwiespältig. Insgesamt glaube ich schon auch für meinen Mann sagen zu können, dass die Freude überwiegt und zu sagen „ich bin stolz auf meine Frau, dass sie im Bundestag ist“. Aber man bringt viele Opfer. Aber es ist witzig, wenn ich jetzt mit der Botschaft rausgehe, lachen mich viele aus und sagen: ja bist du bescheuert, da arbeiten manche dreißig Jahr darauf hin, in den Bundestag zu kommen, und du bist grade mal acht Jahre engagiert.

*Ich nehme an, dass Sie es trotzdem nicht bereuen, dass Sie jetzt hier sind.*

Auf keinen Fall! Es gibt harte Zeiten aber es gibt auch ganz, ganz viele, gute Zeiten. Ich habe sehr viele gute Zeiten erlebt.

*Sie sind auch relativ frisch hier. Auch in der Kombination: das Kind ist noch nicht so alt. Dann muss man sich erst mal hier einleben. Seit Oktober ist ja gar nicht so viel Zeit vergangen.*

Gleich am ersten Tag musste ich hier sein, und dann ging's gleich los. Da war erst Fraktionssitzung. Bis Mitte Oktober musste ich Bewerbungsunterlagen ohne Ende sichten, ich musste mich drum kümmern, in welche Büros kommen wir, wie werden Büros eingerichtet, ausgestattet. Da muss man ja wie ein Selbstständiger, wie ein Existenzgründer vom Bleistift bis zur Visitenkarte alles selbst organisieren. Und erst mal die Mitarbeiter finden. Das Büro hab ich immer noch nicht eingerichtet, das dauert einfach noch. Zuerst habe ich im Hotel hier übernachtet. War ein Fehler. Ich hätte mir gleich eine Wohnung nehmen sollen. Dann habe ich halt seit 1. Januar die Wohnung. Da habe ich jetzt keine Zeit

mehr, sie einzurichten. Da fühl ich mich nicht richtig wohl, weil nur ein Bett drin steht und eine große Kiste mit Zeitungen und sonstigen Material, das ich mir da halt durchlese.

*Ihr Mann muss auch arbeiten am Wochenende, nehme ich an?*

Das geht, das versuchen wir weitestgehend frei zu halten. Und auch ich von den Terminen. Kommendes Wochenende mal wieder nicht. Nächstes Wochenende auch nicht, aber es geht schon, ein, zwei Wochenenden immer frei zu halten.

*Ich hab das schon mitbekommen, dass es im Prinzip nie einen freien Tag gibt, weil immer Terminanfragen da sind.*

Ja. Wenn man angesprochen wird, aber absagt und nicht kommt, dann ist es nicht so, dass die Leute es nicht registrieren. So anonym ist man hier nicht in dem ganzen Betrieb. Da wird schon drauf geachtet, ist man in den Sitzungen, ist man im Parlament. Bei den Veranstaltungen im Wahlkreis ist man präsent...

*Man hat Verantwortung.*

Genau! Und ziemlich rund um die Uhr. Das, wo ich eigentlich mal glücklich war, während des Studiums, wo man den Bruch und das permanente schlechte Gewissen im Hinterkopf hat, weil man denkt: Ich müsste noch lernen, ich müsste was lesen, wo ich dann so froh war, irgendwann zu arbeiten, weil man aus der Arbeit rausgehen kann und sagen, jetzt hab ich nix mehr, es fängt erst morgen wieder an. Das ist bei einem Politiker ganz anders. Er ist 24 Stunden drin.

*Noch einmal: Die Einstellung der Umgebung in Blick auf Mütter – arbeitende oder Hausfrauen – die ihre Kinder in Krippen betreuen lassen und wollen lassen. Ist das ein speziell westdeutsches Problem?*

Wenn Frauen nicht arbeiten ist die Verwunderung eher größer. „Was, du arbeitest nicht?“ „Was, Sie arbeiten nicht?“ Wobei da die Einkommensverhältnisse vielleicht noch mal ein Grad schlimmer sind. Ich hab mal gelesen, dass Viele nichts anderes machen können, außer wenn beide arbeiten. Es würde bei Vielen besser gehen, wenn sie die Möglichkeit hätten [zu arbeiten]. [...]

*Ein unheimlich komplexes Thema. Wenn Sie Frau von der Leyen sehen mit ihren vielen Kindern – da würde ein Mann wahrscheinlich anders drauf reagieren. Finden Sie, macht sie es genau richtig? Ich meine es weniger politisch, sondern aus Ihrer Erfahrung mit Ihrem Kind heraus.*

Ja, klar! Ich bewundere sie da. Ich hab mich da gestern persönlich länger mit ihr unterhalten. Es war bestimmt fast zehn Minuten, wo sie mich persönlich noch mal bestärkt hat und gesagt hat: Einfach weitermachen. Freundlich, aber bestimmt den Männern klarmachen: Ich habe auch meinen Beitrag, ich hab meinen Platz, und ich lasse mich von ihnen nicht wegdrängen, nur weil ich ein Kind habe. Ich habe meine Berechtigung. Sie hat sich auch so viel anhören müssen, bei jedem Kind wieder. Nach jedem Kind wieder. Alle haben nur die Hände über den Kopf zusammengeschlagen: Jetzt hat sie wieder ein Kind! Ja, und wie will sie denn Landessozialministerin werden?, hat es dann geheißen. Dann war sie's! Und jetzt hat es geheißen: Ja wie will die denn Bundesfamilienministerin werden? Und sie ist es. Und sie macht's gut. Also im Großen und Ganzen.

*Apropos Kinder: Haben Sie schon mal darüber nachgedacht, wie es mit einem zweiten Kind funktionieren könnte?*

Da haben wir drüber nachgedacht. Für mich ist es eher ein Thema, weil ich mit sage, dass eigentlich wichtigste was es gibt, das ist die Familie. Da bin ich ganz emotional, schalt den Kopf aus und sage: In zehn Jahren hab ich vielleicht politische Karriere gemacht, aber dann kann ich vielleicht kein Kind mehr kriegen, das möchte ich mir dadurch jetzt nicht verbauen und bin daher tendenziell offen für ein zweites Kind. Aber mein Mann lehnt es zurzeit komplett ab. Für ihn ist es überhaupt ein Ding der Unmöglichkeit, jetzt sich noch mal ein Kind anzutun.

*Vielleicht, wenn der Kleine aus dem Größten raus ist?*

Ja. Das ist jetzt auch für meinen Mann sehr anstrengend. Und wenn er mir den Rücken nicht frei halten würde, also dann müsste ich schon schwer schlucken bzw. müsste ich halt ein Kindermädchen einstellen, wie auch immer. Das wäre eine Option, wäre aber mit mehr Schmerzen verbunden als jetzt.

*Das könnte aber trotzdem klappen.*



Ja, stimmt. Es könnte klappen, klar. Weil: das Kind würde einen trotzdem lieben und sagen: Du bist meine Mama, du bist die tollste und größte. Man muss da keine Eifersucht oder Angst haben eigentlich. Aber jetzt einfach spontan... und vielleicht fehlt mir auch einfach die Erfahrung dazu: Eigentlich bin ich ganz froh, dass mein Mann da ist. Auch für ihn ist es eine schöne Erfahrung. Oftmals haben Väter ja gar nicht so die Chance, sich einzubringen bei der Beziehung. Das ist dann auch wieder schade für die Kinder, weil sie die Väter weniger erfahren, weniger kennenlernen, Und ich glaub schon, dass es für Kinder gut ist, wenn sie beide Seiten der Geschlechter kennenlernen. [...]

*Knapp ein Prozent der Väter nehmen Elternzeit. [...] Wird sich das eines Tages angleichen? Wenn das eines Tages 20 Prozent würden, wäre schon viel gewonnen.*

Ja, ich denke für die Kinder ist es ganz positiv, beide kennenzulernen.

*[...] Wie vereinbart man das, wenn man stark eingespannt ist und wenn man weiter an der Karriere basteln will, in der Politik?*

Mein Lebenstraum war immer, in den Bundestag zu kommen. Ich hab mir gedacht: Irgendwann klappt es vielleicht mal. Dass das zwei Jahre später sein wird, das habe ich nie im Leben gedacht. Ich war halt engagiert aus dem Zweck heraus, irgendwann mal ein Mandat auszuüben oder eine Machtposition zu haben. Wenn ich irgendwie eine Stufe weiter gekommen bin, immer weil ich mit selber zugetraut habe, es einfach besser zu machen. Oder weil ich gedacht habe, ich würde andere Aspekte mit reinbringen oder das ein oder andere anders machen als der Vorgänger. Und vom Engagement her: Also: Irgendwann, ich weiß auch nicht, es ist wie eine Sucht, konnte ich gar nicht mehr anders, als immer an den Themen dranzubleiben. Und wenn wir dafür gekämpft haben einen Zebrasteifen über eine Straße zu kriegen oder einen Fahrradweg irgendwo. Bis hin zu den Themen jetzt [...]. Ich find es einfach spannend, Themen selber mitzugestalten.

## **Interviewpartnerin N**

*[Zweites Interview mit Interviewpartnerin M]*

Ich weiß nicht mehr genau, worüber wir gesprochen haben.

*Es geht in meiner Doktorarbeit um das Thema „Vereinbarkeit politisches Mandat und Familie“. Damals waren Sie noch relativ frisch im Bundestag. Das war vor zwei Jahren. Meine Arbeit hat sich verzögert. Sie hatten gesagt, wenn Sie noch Fragen haben, sollte ich mich melden. Ich will Sie fragen, wie Sie das eine oder andere, was ich herausgefunden habe, einschätzen. Aber erzählen Sie zunächst, was für Erfahrungen Sie gemacht haben nach zwei, drei Jahren Bundestag.*

Es ist schon so, dass ich festgestellt habe, dass der Beruf sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, nicht nur die Zeit, die man in Berlin verbringt, sondern auch die Zeit im Wahlkreis. Aber es ist schon so, dass es Zeiten gibt, in denen mehr los ist, und solche, die zeitlich weniger anspruchsvoll sind.

*Und als [Funktion]...*

...ich sehr in Anspruch genommen war. Sowohl in Berlin, weil da die Abstimmungen [...] wichtig waren – mit den Mitarbeitern, zum anderen aber auch ich viel angefragt wurde von den verschiedensten Verbänden, Parteien bundesweit, weil die mich für Statements, Podiumsdiskussionen oder irgendwas haben wollten. Damals hatte noch mein Mann auf das Kind aufgepasst. Es hatte sich schon angedeutet, dass wir vielleicht ein Kindermädchen suchen wollten. Das hatten wir dann auch. Er kam dann in den Kindergarten. Wir haben dann aber mitbekommen, dass dieses Kindermädchen sich nicht wirklich gut um ihn gekümmert hat und er sehr gelitten hat. Mein Mann und ich waren nicht da und das Kindermädchen hat sich nicht richtig gekümmert. Sie hat auch selbst dann festgestellt nach einem halben Jahr, sie möchte den Beruf wechseln, sie würde doch lieber eine Frisörlehre machen. Also: Wir hatten ja die Betreuung durch meinen Mann, dann hatte ich ihn hier ein halbes Jahr dabei, ein halbes Jahr hatten wir ein Kindermädchen. Dann haben meine Eltern irgendwann gesagt: So, jetzt springen wir ein. Wir sind eine Familie. Meine Mutter ist in Rente. Somit ist er jetzt bei Oma und Opa, was das Gute ist.

So wird es nicht immer sein. Es gibt auch Generationen, die sich nicht so prima verstehen. Bei uns ist es so, dass wir hier keine Reibungsverluste haben, auf einer Linie sind in der Erziehung und das Kind sich da auch sehr wohl fühlt.

*Leben die Großeltern auch in [...]?*

Sie leben 15 km vor [...]. Was wichtig ist für Kinder, habe ich festgestellt: Sie brauchen immer jeden Tag den gleichen Tagesablauf, um Halt zu haben und sich orientieren zu können. Und das ist ganz schwierig, das mit dem Beruf eines Politikers zu vereinbaren. Ich stehe morgens auf und mag einen Plan haben vom Tag, aber der kann sich im Lauf eines Tages noch zwölfmal umdrehen. Man muss flexibel reagieren, auf Nachrichtenlagen, auf neue Erkenntnisse, auf Anforderungen von Kollegen oder von Parteien etc. Darauf muss man reagieren. Das eine kommt dazu, das andere kommt weg. Es ist einfach ein sehr schwieriger Tagesablauf, den wir so haben. Und der ist natürlich für den eines Kindes viel zu verwirrend.

*Wie alt ist er jetzt?*

Vier Jahre.

*In der Zeit, in der Sie ihn bei sich hatten, haben Sie ihn in den Sitzungswochen mitgebracht?*

Ich bin mit ihm gependelt, ganz genau. Er war in der Kinderkrippe in [...]. Da habe ich vormittags gearbeitet und geguckt, dass ich abends einen Babysitter habe. Dann hab ich ihn nach Berlin mitgenommen und da hat er im Bundestagskindergarten einen Platz bekommen. In den Sitzungswochen geht das ja auch. Von acht oder halb neun bis abends halb sieben, also schon sehr lange. Aber da war er zwei-dreiviertel Jahre alt oder so. Er war sehr, sehr klein noch und es war ein richtig harter Arbeitstag für ihn. Und das wollte ich ihm nicht weiter antun. Außerdem war es für mich sehr anstrengend, weil auf den Wegen, die wir zurücklegen als Abgeordnete, mal im Auto oder in der Bahn oder im Flugzeug, das sind immer Chancen, wo man selber nachdenken kann über die Arbeit. Hier ist man wie der Hamster im Laufrad. Irgendwann braucht man dann wieder eine Entschleunigung und die findet oft auf Reisen statt. Aber ganz zu Recht hat das Kind Anspruch darauf, dass man was vorliest oder mit dem Kind spielt etc. Ich bin nicht mehr zum Nachdenken gekommen. Das hat mich ganz persönlich unheimlich beansprucht, geistig wirklich 24 Stunden fit zu sein und topp zu sein. Beruf und Familie war sehr anstrengend. Ich glaube es wäre leichter wenn ich den Wohnsitz voll in Berlin hätte und ich einmal im Monat vielleicht in den Wahlkreis fahren würde auch für zwei, drei Tage. Dann kann man sich besser einteilen. Wechselnde Leben, das ist die große Herausforderung für Vereinbarkeit von Beruf und Familie eines Politikers.

*Haben Sie versucht, ihn auch zu Terminen mitzunehmen?*

Na klar. Ich habe auch Termine an Wochenenden. Zum Beispiel, als wir nach einer Sitzungswoche nach Rheinland-Pfalz geflogen sind, dort einen Mietwagen genommen haben, dann noch übers Land gekurvt sind zum Parteitag, da habe ich geredet, Parteileute haben sich teilweise erbarmt, auf das Kind aufzupassen. Es war für mich mit das Schönste, was ich hatte, aber es war sehr unstrukturiert für ihn. Ich glaube für Kinder ist es schöner, wenn sie Struktur haben.

*An Wochenenden ist ihr Mann doch meistens zu Hause?*

Ja genau. Meine Eltern passen auf ihn montags bis donnerstags auf. Freitagmittag holt ihn mein Mann ab vom Kindergarten und wir haben ihn dann gemeinsam am Wochenende. Wenn ich Zeit habe, Samstag und Sonntag, verbringen wir die ganze Zeit zusammen. Was ich sehr gerne mache, und er hat ein Recht darauf, mich die ganzen zwei Tage zu sehen. Aber ich stelle fest, dass oftmals am Wochenende die Ehrenamtlichen Zeit haben und mich da eben haben wollen. Es kommt oft vor, dass ich für Parteitage, Frühschoppen oder was auch immer an Wochenenden angefragt bin. Und da versuche ich so gut wie möglich das Kind zu integrieren, bin mir aber bewusst, dass es für ihn nicht witzig und schön ist, wenn die Mama da ist und er irgendwo still dasitzen und was malen muss.

*Besteht genügend Zeit, um zu dritt etwas zu unternehmen?*

Nur am Wochenende und genügend Zeit kann ich nicht sagen.

*Ich habe da eine Statistik von meinem Fragebogen: Zeit für Kinder. Da haben die Mütter angegeben, sie hätten in Sitzungswochen 12,8 Stunden, die Männer 9,7 Stunden Zeit. In Wochenkreiswochen im Durchschnitt 21,1 Stunden.*

Das scheint mir aber viel Zeit. Ich glaube aber, dass es eine große Rolle spielt, ob man Wahlkreisabgeordneter ist oder über die Partei gewählt worden ist. Als Wahlkreisabgeordneter ist man örtlicher bezogen, ist in der Regel morgens und abends zu Hause. Und ich als Listenabgeordnete – ich muss durch ganz [Bundesland] fahren. Dann lässt es sich nicht vereinbaren, jeden Abend nach Hause zu kommen, weil es einfach zu weit weg ist.

*Sie sind also auch in Wahlkreiswochen nicht jeden Tag abends zu Hause?*

Genau.

*Aber Ihr Mann ist in der Regel zu Hause?*

Ja. Wobei der auch abends länger arbeitet und um zehn heimkommt. Deswegen haben wir dann die Regelung mit meinen Eltern erzielt.

*Und der Kindergarten ist auch ein bisschen flexibler als die Krippe vorher?*

Ja. Wobei: Es spielt jetzt keine Rolle, ob das vormittags oder nachmittags ist. Es kommt mir nicht so sehr darauf an, ob der jetzt örtlich gut gelegen ist. Auch da habe ich Qualität sehr zu schätzen gelernt. Wie fühlt sich das Kind, wenn er dort reingeht? Wenn man ihn abholt, wie ist er drauf? Da muss ich sagen, da würde sogar ich irgendwelche Flexibilitätszeiten in Kauf nehmen, also weniger Flexibilität in Kauf nehmen, wenn die Qualität gut ist. Mir sind die Rahmenbedingungen dann nicht so wichtig.

*Damals sagten Sie, prinzipiell wollten Sie ein weiteres Kind haben, Familie sei Ihnen das allerwichtigste. Sie sagten, es sei eher Ihr Mann, der bremst. Er hatte beruflich stärker zurückgesteckt. Es war zu der Zeit ein bisschen ein Konfliktpunkt.*

Ja genau. Wir sind beide jetzt so mal übereingekommen: Falls ich nicht mehr in den Bundestag gewählt werden würde, dann wäre es das nächste Projekt der Familie, eben ein Kind in die Welt zu setzen. Wenn ich gewählt werde, dann müssen wir sowieso eine Entscheidung treffen, wie wir weitermachen mit dem Modell Oma/Opa, wenn das Kind in die Schule kommt. Ich glaube nicht, dass meine Eltern, wenn er in die Schule kommt, weiter das Modell betreiben wollen würden, weil es natürlich sehr viel Aufwand bedeutet. Und meine Eltern ja auch nicht jünger werden. Das wäre dann meines Erachtens die Folge, nach Berlin zu ziehen und das Kind hier in den Kindergarten, in die Schule gehen zu lassen und eben ein weiteres Kind zu bekommen. Da haben wir wieder einen Konflikt mit meinem Mann, weil er mit seiner Selbstständigkeit und seinem Kundenstamm nicht wieder die Stadt wechseln möchte. Also das sind Herausforderungen, denen wir noch begegnen müssen, wo ich noch keine Lösung für habe.

*Da ist mal wieder die Flexibilität gefragt.*

Ja, das stimmt. Ja, genau.

*Ich hab das auch von anderen [...] gehört, dass sie nach Berlin gezogen sind, was eigentlich dem Wahlkreis gegenüber nicht so gern gesehen ist.*

Da hab ich keine Erfahrung. Da muss ich mit den anderen mal sprechen, ob es ihnen zum Nachteil gereicht hat. Das würde ich dann im Zweifel einfach in Kauf nehmen. Das ist mein Leben. Ich habe nur einen Job, wie jede andere. Ich muss auch nicht 24 Stunden für die Partei da sein. Ich hab auch ein Leben.

*Sie setzen sich für die Themen Familie und Kinder ein, man hat Ihnen aber auch Vorhaltungen gemacht: Wie können Sie Ihr eigenes Kind zu Hause lassen... Passiert Ihnen das heute auch noch?*

Ja! Also nach wie vor. Daran hat sich nichts geändert. Höre ich immer wieder. Per Email, per Schreiben, blöde Bemerkungen bei Veranstaltungen. Das ist nach wie vor Gang und Gebe.

*Da hat sich also nichts geändert?*

Ja. Man kann die Welt nicht weiterentwickeln.

*Ich dachte, irgendwann lässt das nach.*

Im Gegenteil: Ich werde immer bekannter [...]. Immer mehr kriegen es mit und umso mehr kritisieren dann auch.

*Haben Sie Kontakt zu anderen Müttern? Zum Beispiel Frau [...]? Die hat doch auch ihr Kind immer hierher gebracht.*

Ja. Das war da noch ganz klein und Zugfahren ist auch noch ein großer Unterschied. Es ist inzwischen auch bei ihren Eltern. Im Wahlkreis in [Bundesland].

*Was ich feststelle in meiner Arbeit: die Selbstverständlichkeit, ein Kind zu haben, gerade auch als Politikerin, wird immer größer. Trotz weiterer Vorurteile, lassen sie sich davon aber nicht mehr beeindrucken.*

Das liegt vielleicht daran, dass Familie und Kinder insgesamt mehr an Bedeutung gewonnen haben in der Gesellschaft und dass man sich jetzt mehr traut, weil es gar nicht mehr political correctness wäre, gegen ein Kind irgendwas zu sagen. Oder dass die Mutter dieses Kindes arbeitet. [...] Sondern im Gegenteil, die Mütter brauchen Unterstützung und deswegen traut man sich auch eher. Vor paar Jahren ist eine Kollegin noch angefeindet worden. Vielleicht gibt es jetzt noch immer die ein oder andere doofe Bemerkung aber die ist dann hinterm Rücken.

*Ist Ihnen das auch passiert, als Sie hier mit dem Kind unterwegs waren im Haus?*

Nein, eigentlich nicht. Ich glaube hintenrum mit Sicherheit. Dass da der ein oder die andere lästert. Aber nach vorne nicht.

*Ich hatte in der Erhebung das Ergebnis, dass gerade die jüngeren Abgeordneten gesagt haben, dass sie eigentlich keine Vereinbarkeitsprobleme sehen. Das ist gerade die Gruppe, die die Probleme zu schultern hat. Anders als die Älteren, die gesagt haben, es liegt schon lange zurück, sie könnten es sich im Nachhinein nicht vorstellen, es hinzukriegen.*

Vereinbarkeit ist eine Brücke zwischen Männern und Frauen. Es ist nach wie vor so: Die Mütter, die im Bundestag sind, da gibt es keine Mutter, die sagt: Ah, es ist locker, da gibt es kein Problem. Es ist machbar inzwischen, aber Probleme haben sie alle. Die vielen, die Väter sind, die haben kein Problem damit, weil sie Frauen haben, die zu Hause bleiben.

## Interviewpartnerin O

*„Wie sind Sie zur Politik gekommen? Was war vielleicht der auslösende Moment für den Einstieg in die Politik und wie und wann kam es zu dem Schritt, sich für die Bundestagskandidatur zu entscheiden?“*

Einen spezifischen auslösenden Moment gab es nicht. Aber es gab Anfang der 90er ja die Brandanschläge in Solingen, in Mölln, in Rostock und Hoyerswerda und das waren auf jeden Fall Ereignisse, die mich mit beeinflusst haben – gegen Rechtsextremismus und gegen Ausländerfeindlichkeit was zu machen. Vor allem, weil ich Migrationshintergrund habe. Meine Eltern kommen aus [...]. Ich habe die Diskriminierungserfahrung aus der Familie zur Kenntnis genommen und ein besonderes Anliegen an Gerechtigkeit gehabt. In der Schule sind wir gegen den Irakkrieg alle auf die Straße gegangen. Da fing das politische Bewusstsein an oder zumindest das interessengebundene Bewusstsein für bestimmte Sachen hat langsam angefangen.

Mit der Zeit habe ich dann in der Schülervertretung mitgemacht – als Klassensprecherin, als Schulsprecherin und dann immer weiter sozusagen habe ich in der Landesschülervertretung gearbeitet und dann in der Bundesschülervertretung. Mit 16 habe ich angefangen zu arbeiten und habe mir mein Taschengeld verdient. Als Mitglied der Gewerkschaft habe ich angefangen aktiv Gewerkschaftsarbeit zu machen. Immer da, wo ich mich befand, habe ich versucht, bestimmte Interessen oder meine Interessen zu vertreten und auch gruppenspezifisch. Das hat dazu geführt, dass ich das auch weiter gemacht habe, als ich mein Studium begann an der Hochschule. Und nebenbei – und das ist das, was mein politisches Leben am meisten beeinflusst hat – bin ich seit ich 18 bin bei einer Migrant\*innenorganisation aktives Mitglied. Ich habe dort im Jugendbereich gearbeitet, verbunden mit der Tätigkeit der Schüler- und später Studierendenvertretung. Das waren eigentlich die Faktoren.

[...] Meine Kandidatur [...] kam eigentlich dadurch zustande, dass ich relativ bekannt war durch meine Arbeit in der Migrant\*innencommunity und der Ausländerarbeit und durch meine Tätigkeit in der Friedensbewegung und in der sozialen Bewegung, die ich gemacht habe. [...].

*[...] Dann komme ich einfach mal ziemlich prompt zu den Fragen in Richtung Familie. Sie sind ja ledig...?*

Ja.



*In Partnerschaft? [Interviewpartnerin schüttelt den Kopf.] Momentan nicht – und auch nicht während der Kandidatur?*

Ich glaube, während der Kandidatur ist das denkbar ungünstig. Ich glaube kaum... also, ich habe zum ersten Mal Wahlkampf geführt und so intensiv, wie der geführt werden musste... Meines Erachtens war kaum Zeit und Raum für zwischenmenschliche Annäherung.

[...]

*Sie sind ja noch sehr jung und insofern steht ja noch alles offen... Wollen Sie denn Kinder haben?*

Ich habe als Kind oder Jugendliche immer gesagt, ich will Kinder, aber ich will sie nur adoptieren. Weil ich denke, es gibt genug Kinder auf der Welt, die Eltern brauchen. Später habe ich, dadurch dass meine Geschwister bis auf meinen kleineren Bruder, alle geheiratet und Familien gegründet haben – auch neben ihren Berufen – und ich ganz viele Nichten und Neffen habe, habe ich sozusagen mehr das Gefühl entwickelt, dass ich auf jeden Fall auch Kinder haben möchte. Jetzt in den letzten Monaten, wenn ich das Revue passieren lasse und mir überlege, wie wird das in den nächsten drei Jahren der Legislatur sein, stelle ich mir das sehr schwierig vor – und nicht nur die nächsten drei Jahren, sondern überhaupt, wenn man perspektivisch denkt. Ich möchte Politik machen und ich möchte wirklich was verändern. Und ich sehe das nicht als Job, sondern als Berufung. Dann stellt sich natürlich die Frage, wie will man das hinkriegen, weil wir nicht gerade in einem Land leben, das sehr freundlich und ausgerichtet ist auf Frauen im Beruf. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist immer noch sehr schwierig. Da könnten wir uns ein Stückchen abschneiden von den skandinavischen Ländern.

Ganztagsbetreuung, Kindergärten... da bin ich ja eigentlich an der besten Stelle, um etwas verändern zu können. Also, Familie möchte ich gern haben, aber im Moment habe ich überhaupt keine Vorstellung, wie das machbar ist.

*Wenn Sie an Kolleginnen denken, die Kinder haben – wie schaffen die das?*

Die sind total überlastet. Das ist ja auch eine Frage von Bequemlichkeit, leider ist es so. Ich sehe meine Kolleginnen, die verheiratet sind oder nicht und Kinder haben: die haben damit zu kämpfen, dass sie bestimmte Dinge einfach streichen müssen. Ich habe erlebt, dass eine Kollegin um Weihnachten total eingespannt war mit der Familie – Kinder haben ja auch Ansprüche und wollen von ihrer Mutter auch was haben. Dann geht es nicht, wenn man

einfach angerufen wird: da ist eine Veranstaltung, eine Diskussionsrunde, ein Empfang – das können die nicht machen. Und dann ist da die Hin- und Hergerissenheit zwischen dem, was man politisch eigentlich machen möchte und natürlich, dass man auch für die Familie da sein möchte. Ich glaube, es ist ganz schwierig oder ich würde das als schlimm empfinden, wenn ich für meine Familie nur da bin, weil ich denke, ich bin jetzt dazu verpflichtet. Ich würde gern aus eigenem Bedürfnis heraus Zeit mit meiner Familie und meinen Kinder verbringen und weil ich selber daran Spaß habe und ich nicht denken muss, jetzt muss ich aber am Wochenende Zeit mit meinen Kindern verbringen, damit sie nicht zu kurz kommen. Mit Bequemlichkeit meine ich, dass ich als kinderlose Frau alle Freiheiten habe. Ich kann tun und lassen, was ich will und sehr flexibel mit meiner Zeit umgehen, sehr flexibel und spontan reagieren. Das können Leute mit Familie weniger.

*Wären Sie dann nicht auch stärker eingeschränkt, wenn sie einen Partner hätten? Ich meine, welche Art von Partnerschaft käme denn überhaupt in Frage?*

Bei der Partnerschaft habe ich den Eindruck, dass unter den gegebenen Umständen für mich eine feste Partnerschaft im klassischen Sinne nicht in Frage kommt – mit jedem zweiten Tag sehen und jeden Tag telefonieren oder so ähnlich und dass man sich regelmäßig trifft. Ich glaube, das geht nicht. Weil man wirklich die Sitzungswochen hat und in den sitzungsfreien Wochen unterwegs ist. Ich zumindest, ich habe den Anspruch, in den Kommunen und Städten unterwegs zu sein – nicht nur in meinem Bundesland, sondern auch bundesweit. Und weil ich meine politische Arbeit durch eine Partnerschaft nicht einschränken lassen möchte, deshalb glaube ich, dass es fast unmöglich ist, eine klassische Partnerschaft zu leben.

*Klassische Partnerschaft auch in Hinblick auf Ihren familiären Hintergrund...?*

Nein, ich meine das ganz allgemein. Ich definiere Partnerschaft, dass man eine feste Beziehung führt und zusammen lebt, man einfach immer da ist.

*Ich denke auch eher an den stärkeren familiären Zusammenhalt, den ich mir bei Ihrer Familie vorstelle.*

Der familiäre Zusammenhalt ist natürlich da, dass ich schon zur Familie immer zurückkehren kann – in den Schoß der Familie – und ich das auch als soziales Netz betrachten kann. Aber bei Partnerschaft meine ich klassisch Ehe oder eheähnliches Zusammenleben, und das ist, glaube ich, mehr als schwierig.

*Gab es ein Ziel, dass Sie sich mal gesagt haben, bis spätestens 30 Jahre möchte ich verheiratet sein?*

Nein, so ein spezielles Ziel gab es nicht. Aber ich habe schon gedacht, wie wird das wohl sein, wenn ich die 30 überschritten habe, wo stehe ich da? Im Beruf? Habe ich Wurzeln geschlagen – Familie und Kind? Oder was mache ich...? Ich hatte mir schon die Frage gestellt, weil Frauen ja auch immer suggeriert wird, wenn du 30 bist, tickt die innere Uhr und die Hälfte des Lebens ist eigentlich schon vorbei und du musst bestimmte Sachen geschafft haben. Darüber denkt man natürlich nach. Aber das war nicht so konkret.

*Ihre Familie ist bestimmt stolz auf Sie, dass Sie [im Alter von ... Jahren] in den Bundestag gekommen sind.*

Ja, die sind ziemlich froh.

*Wie viele Geschwister haben Sie?*

Wir sind sechs, also fünf Geschwister. Ich habe zwei ältere Schwestern, Ich bin das dritte Kind. Nach mir kommen ein Junge, ein Mädchen und noch ein Junge. Alle haben Kinder, bis auf mein jüngster Bruder.

*Hat mal einer von ihnen zu Ihnen gesagt, dass es doch komisch ist, was Sie da machen oder dass Sie in die Politik gegangen sind?*

Nee, eigentlich nicht. Komisch hat keiner gesagt. Aber ich merke jetzt schon ein bisschen, dass in der Familie Sorge da ist: „Du kannst doch dein Leben lang nicht nur allein durch die Welt marschieren, ohne festen Partner und Kinder, also Familie... Das klassische Familienbild ist natürlich sehr ausgeprägt, so dass das schönste auf der Welt ist, eine Familie zu gründen und Kinder zu bekommen und heranwachsen zu sehen. Da ich dieses Bild nicht erfülle, ist es nicht so, dass man mir einen Vorwurf macht, aber sich eher Sorgen macht: „Wie will sie das schaffen?“ Ich glaube unter den Umständen und Lebensbedingungen, die man als Abgeordneter hat, ist es sehr schwierig, die Gelegenheit zu haben, dass man sich in jemanden verliebt und Romantik aufkommen kann. Und man vielleicht herausfindet, das ist der Mann des Lebens – das ist ziemlich schwierig. Da bewegt man sich gar nicht in dem Rahmen der Möglichkeiten, die einem das anbieten würden. Ich sehe das ja an mir. Ich habe kaum Freizeit oder gar keine Freizeit. Das hat angefangen mit

der Kandidatur und dem Wahlkampf. Nach der Wahl ist es nicht besser geworden, sondern noch schlimmer. Es kommt immer mehr Arbeit und die Arbeit endet nicht. Und ich glaube, eine große Herausforderung für Abgeordnete ist es auch, Grenzen zu setzen und sich Freiräume zu schaffen, zum Beispiel: Einmal in der Woche halte ich mir einen Abend frei oder abends ab so und so viel Uhr mache ich nichts mehr. Ich habe die ersten Monate immer bis Mitternacht oder sogar zwei Uhr Nachts im Büro gegessen – hier, in [...] oder [...]. Oder ich war unterwegs. Ich habe schmerzhaft nach 18-Stunden-Tagen erfahren, dass die Arbeit nicht zu Ende zu bringen ist. Ich versuche mir mittlerweile schon Freiräume zu schaffen, weil es ja auch Kolleginnen und Kollegen gibt, die Familie haben und sich auch die Zeit für ihre Familie nehmen. Diese Zeit könnte ich ja auch für mich beanspruchen, für Freizeitausgleich oder Weiterbildung.

*...oder ihre Familie?*

Ja, dass ich zwischendurch auch mal wieder im Schoß der Familie bin und ich mich einfach da fallen lassen kann. Und dann kann ich sagen, so jetzt habe ich meine „Familienportion“ gehabt, jetzt geht's wieder an die Arbeit.

*Leben ihre Geschwister in Deutschland?*

Ja, sie leben hier – überall auf die Bundesrepublik verteilt, aber das ist kein Problem. Für Treffen nehmen wir uns schon die Zeit.

Freunde sind auch da, aber die Zeit ist immer weniger da. Früher habe ich meine Freunde und Familie viel öfter gesehen. Meine Eltern sagen: „Seit der Wahl haben wir dich verloren“. Wir haben uns zwei Mal gesehen. Meine eigene Familie ist für mich auch der Ersatz dafür, dass im Moment keine Möglichkeit besteht eine irgendwie geartete Partnerschaft zu führen. Sie füllt sozusagen die Lücke aus. Sie sollten auch kein Lückenfüller sein, das sagen auch mein Bruder, meine Schwester und meine Eltern. Aber ich habe keine Zeit und keine Kräfte und Energie zu investieren, jemanden näher kennen zu lernen. Das braucht ja auch Zeit und Kraft. Da bin ich auch zu bequem. Ich investiere so viel Zeit und Kraft in die politische Arbeit, da habe ich nicht mehr die Motivation und Kraft, sie noch woanders rein zustecken. Daher fahre ich dann manchmal zu meiner Familie und habe meine „Portion“ an Familie gehabt, bin gestärkt und es geht dann weiter.

*Hat sich da noch mal viel verändert, seit Sie im Bundestag sind oder auch seit der Wahlkampf begann?*

Grundsätzlich hat sich da weniger geändert, außer dass ich noch weniger Zeit habe. Die Tatsache, dass ich nicht so offen für eine „Beziehung“ bin hat sich seither verstärkt. Es ist schwierig, noch die Lust zu haben und Kraft und Zeit aufzuwenden, Neues zu wagen oder der Sache nachzugehen.

Ich habe einen großen Freiheitsdrang und möchte mich nicht beschränken lassen. In gewisser Hinsicht wird es immer eine Beschränkung sein – so empfinde ich es zumindest. Auch wenn es ein Geschenk ist. Anforderungen, Erwartungen sind auf einmal da und Verpflichtungen und das ist nur noch mehr Belastung, durch die Verantwortung, die man in einer Partnerschaft übernimmt. Und dann muss man noch mehr Erwartungen gerecht werden. Deshalb würde ich eine offenere, freiere Beziehung favorisieren, in der eben keine Anforderungen gestellt werden und keine Erwartungshaltung da ist – einfach freier im Umgang – das ist das von mir favorisierte Bild, weil es auf die freie Entscheidung ankommt und weniger andere, fremde Überlegungen eine Rolle spielen und man auch fremdbestimmt ist. Ich möchte selbstbestimmt sein und selbstbestimmt mein Leben ausüben können.

*Ich möchte noch ganz schnell zu meiner letzten Frage kommen, und zwar ob Sie es irgendwie bereuen, im Bundestag zu sein – auch wegen der vielen Verantwortung und Arbeit?*

Nein, also die Anforderungen habe ich ja bewusst in Kauf genommen. Ich habe mich bewusst entschieden für die Kandidatur und habe viel Spaß daran. Ich habe viel Motivation und Enthusiasmus. Aber ich muss dazu auch sagen, ich komme ja aus der außerparlamentarischen Arbeit. Politik findet für mich nicht nur in Parteien und nicht nur in Parlamenten statt. Ich habe ein Politikverständnis, wo Politik schon beim Gärtnerverein anfängt. Das ist für mich schon eine Interessenvertretung und Politik, die von unten nach oben stattfindet. Ich habe manchmal den Eindruck oder frage mich, ob es nicht besser gewesen wäre, für den Bereich außerhalb des Parlaments zu arbeiten. Der Parlamentsbetrieb und die Möglichkeiten der Gestaltung sind anders und einschränkender in dem Sinne, dass man gewisse Mehrheitsverhältnisse haben muss, um Dinge durchzuzufechten. [...] Natürlich macht es Spaß, aber es ist auch anstrengend – eine schöne Anstrengung. Man weiß, man hat Verantwortung. Die Menschen schauen auf einen und sie möchten, dass man ihren Aufgaben gerecht wird und man versucht sachdienlich zu sein. Das ist schon auch große Verantwortung, die man eingeht. Und die bin ich bewusst eingegangen. Deshalb bin ich eigentlich zufrieden und bereue es nicht. Aber ich wünschte mir, es gäbe noch andere, erfreulichere Seiten der Parlamentsarbeit.

## Interviewpartnerin P

*Wie sind Sie zur Politik gekommen?*

Angefangen habe ich relativ früh schon, mit 16. Da bin ich in die [Jugendorganisation der Partei] eingetreten. Ich suchte den Kontakt mit Leuten, die in der Politik waren und die ich in anderen Zusammenhängen kennen gelernt habe. [...] Dann war es für mich einfach schön, dass man in der Kommunalpolitik durchaus schon einiges erreichen kann, wenn man sich da um konkrete Projekte kümmert. Das macht natürlich Spaß. Konkret: Aus dem Stadtverband, aus dem ich komme, wurde das auch gern gesehen. Da war eine starke [Jugendorganisation der Partei], die kommunalpolitische Themen gemacht hat. [...] Wenn in der Partei die Mehrheit gefunden wurde, dann hieß es auch: Das wird auch so gemacht. Einen Kindergarten anzusiedeln oder einen Kinderspielplatz zu gestalten. Es sind nicht immer die hochtrabenden Themen, aber die erste Erfahrung: Wir setzen uns zusammen und denken uns was aus, was wir für gut halten, und dann geschieht das auch. Das ist natürlich dann sehr motivierend. Das sind meine ersten Erlebnisse in der Politik. Dann hat sich das alles weiterentwickelt.

*Ich habe mir natürlich Ihre Vita angekuckt im Internet. Das war ja auch sehr interessant, wie Sie Ihr Studium und Referendariat verbunden haben und ihre Kinder bekommen haben. Gab es da noch mal einen Schnitt, als es um die Kandidatur ging oder auch vor der Kandidatur? Sie waren doch weiterhin aktiv in der Kommunalpolitik...?*

Es war sehr unterschiedlich intensiv. Während des Studiums und der Referendarzeit bekam ich die drei Kinder. Ich habe in der Zeit noch Politik gemacht. Das ließ sich noch halbwegs vereinbaren. Aber es wurde schon heftig. Als ich dann [im Beruf] angefangen habe, da habe ich dann die Politik sein lassen. Da bin ich aus dem Landesvorstand rausgegangen. Da war genau die Zeit, in der dann – zwei Jahre später, 94 – viele aus der Gruppe in den Bundestag gegangen sind. Es wäre also eigentlich ein naheliegender Schritt – eine Möglichkeit jedenfalls – gewesen. Ich hab mich völlig abgenabelt. Auch mit ein bisschen Wehmut betrachtet: Schade dass es für mich im Moment nicht in Betracht kommt. Ich hab das auch nie wirklich zielgerichtet auf ein anderes Amt hin betrieben. Es war einfach – auch im Nachhinein dann eben – einfach das Ergebnis, dass ich nicht Beruf plus Kinder plus Politik auf diesem Niveau machen konnte, sondern nur zwei. Und das sind schon für sich genommen Grenzwerte. Also habe ich nicht mehr eine stringente Karriere-Planung über die

Jahre verfolgt. Ich habe immer aus meiner konkreten Lebenssituation heraus entschieden. Mehr einzusteigen oder eben nicht.

*Also die Entscheidung, erst Kinder und dann Politik?*

Politik hatte für mich nicht diese Wichtigkeit, sondern ganz klar Beruf und Familie. Diese beiden Dinge standen im Vordergrund und Politik war eben Hobby. Nun kommt es bei mir dazu, dass auch mein Mann ziemlich viel Politik macht. Konkret: Kommunalpolitik. Er ist [Funktion] bei uns in [...] seit vielen Jahren. Und auch im Kreis mittlerweile ziemlich arriviert, so dass ich auch über ihn immer sehr eingebunden war oder auch informiert war, dran war und mit diskutieren konnte. Also die Verbindung war immer da. Und in dem Moment, in dem ich dann selber in die Kandidatur ging, hieß es immer „die Frau von...“ Es war überhaupt keine Frage. Ganz klar: Die anderen beiden Dinge hatten Priorität. Es war aber auch nicht mit einer Lebensplanung verbunden, Berufspolitiker zu werden. Daran hab ich überhaupt nicht gedacht.

*Haben Sie lange nachgedacht, bevor Sie zur Kandidatur antraten?*

Ja sicher. Aber es lagen doch ein paar Stufen dazwischen. Ich bin vor gut drei Jahren zuvor in den Kreisvorstand gegangen. Das war jetzt wieder Politik auf einem etwas höheren Level, als Arbeitskreis und [Kommunale Frauenvertretung der Partei]. Drei Jahre später bin ich dann Stellvertretende Kreisvorsitzende geworden. Und die beiden Positionen sind mir auf dem Silbertablett angetragen worden. Es war wirklich so: ohne dass ich den Gedanken gehabt hatte, vorher, ist jemand an mich herangetreten und hat gesagt: „Hier, mach du das doch“. Da spielt natürlich mit: Frau mit Kindern hätten wir gern in unseren Reihen, können wir sie gut gebrauchen, um unser Bild auch nach außen hin moderner zu gestalten. Das sind zwei Vorstufen gewesen, um die ich mich selber nicht initiativ bemüht habe. Ich brauchte keine Bedenken haben, dass das nicht klappen würde. Ich brauchte nur noch zuzugreifen. Bei der Kandidatur zum Bundestag was es dann anders. Die Wahl kam sehr überraschend. Im Wahlkreis, in der Partei, war es so, dass sich noch keiner darüber Gedanken gemacht hatte. Das wäre im letzten Herbst auf die Tagesordnung gekommen. Der Wahlkreis ist von [Partei]-Seite verwaist gewesen, er war direkt geholt von der [Partei]. Der ihn zuletzt hatte und dann einmal knapp verloren hatte, ist unser derzeitiger Kreisvorsitzender. Er wurde gefragt, ob er es wieder gerne machen würde. Er hat sich das ausführlich überlegt. Wenn er ja gesagt hätte, dann wäre die Diskussion am Ende gewesen. Als er es nicht machen wollte, ja gut, da konnte man mal anfangen zu überlegen, ob ich mich dafür interessieren würde. Es gab dann auch Leute aus dem [...] Kreis, die sagten: „Mach Du doch das mal“. Aber wie

belastbar oder realistisch ist das? Es wird auch so mal eben dahingesagt. Wirklich erst in dieser Situation habe ich dann angefangen, mir konkret zu überlegen, eine Chance zeichnete sich schon ab.

Aber diesmal war es anders. Die Parteiführung favorisierte jemand anders. Und noch andere, ich weiß nicht, wer noch alles im Boot saß. Der Kandidat kam aus dem Nachbarwahlkreis, der als Seiteneinsteiger da hereinkommen wollte. Es regte sich Widerstand in der Partei meines Wahlkreises. Mein Wahlkreis ist [...]. Es regte sich doch Widerstand, weil es auch implizierte, dass, wenn jemand von außen geholt wird, keiner der örtlichen Größen für würdig befunden worden ist von der Parteiführung. Über das Vorgehen der Parteiführung waren viele verärgert und das hat auch ein bisschen eine Solidarisierung gebracht.

Es war eine zwiespältige Abwägung. Geh ich da rein und werfe ich meinen Hut in den Ring mit der Folge, dass man dann auch nicht mehr so ganz unbeschadet raus kann, wenn es an irgendeiner Stelle hakt. Es ist auch für meine berufliche Position nicht so ganz einfach gewesen. [...] Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, dass ich in der [Partei] bin, aber es hat nie eine Rolle gespielt, ich hielt mich im Beruf politisch immer zurück, es hat nie eine blöde Situation gegeben in all den Jahren. [...] Und plötzlich wird man so zur Frontfrau einer Partei oder man bekennt sich eben zu einer Partei und geht damit in die Öffentlichkeit. Wenn das nicht gelingt und man geht in die alte Position zurück, dann ist das irgendwie schwierig. Also das war schon ein Risiko, das ich auch abwägen musste. Es hätte an vielen Stellen daneben gehen können.

[...]

In der Frage, mach ich das, ja oder nein, spielte natürlich die familiäre Situation, diese Risiken, eine Rolle und die Frage natürlich, wenn es gelingt und es gelingt beim nächsten Mal eben nicht, kann ich dann in den Beruf zurück? Zu Beginn des parteiinternen Auswahlverfahrens spielte es für mich schon eine große Rolle, ob ich mir das antue mich da jetzt so zu outen mit der Gefahr, hinterher wieder in den Beruf zurückzukehren. Sich als schon sehr parteilich gebunden dargestellt zu haben und auch mit einer Niederlage, die in der Öffentlichkeit registriert wird. Ich hab mich dann in das Verfahren hineinbegeben. Als dritter Kandidat kam der örtliche Vorsitzende der [Stadt], der dann offenbar meinte, dass er gegen den Seiteneinsteiger und gegen mich eine gute Chance hätte. Bei uns fällt die Entscheidung, wer kandidiert, letztendlich die Mitgliederversammlung des Wahlkreises. Es war alles sehr kurz. Zwischen der Benennung von uns Dreien und der Entscheidung waren dann ungefähr gut zwei Wochen. Und in diesen zwei Wochen sind wir dann auch durch den Wahlkreis getingelt und haben zehn Podiumsdiskussionen gemacht. Das war völlig aus dem Stand. Ich war nicht auf die große Bundespolitik vorbereitet und in allen Fragen auch



argumentativ gerüstet. Das war ganz schön schwierig, sich als möglicher Kandidat zu präsentieren.

*Umso bemerkenswerter, dass Sie sich durchgesetzt haben!*

Ja. Ich hatte einfach die meisten Leute da. Ob dieses Verfahren letztendlich wirklich die besseren Politiker hervorbringt, das weiß ich gar nicht. Beim letzten Mal hatten wir einen, der dann in der Wahlentscheidung, obwohl die Ausgangsposition gar nicht schlecht war, dann eben gescheitert ist. Und der ist auch von der Mitgliederversammlung gewählt worden. Mir kam zu Gute, dass ich sagen konnte: ich bin zwar jetzt nicht Berufspolitikerin, die das seit Jahren macht, dafür habe ich eine Lebenserfahrung, die ich einbringen kann. Gerade Erfahrungsbereiche abdecken, die typischer Weise zu kurz kommen.

*Hatten Sie da schon die Familienpolitik mit im Blick? Sind Sie wegen der Kinder schnell verortet worden?*

Klar. [...] Das war nicht zu umgehen.

*Aber Sie tun das auch gerne?*

Klar. Hier habe ich einige Erfahrungszusammenhänge einzubringen, die nicht so weit verbreitet sind in der Politik. Ich denke, in dieser Lebenssituation mit Kindern in dem Alter, wie ich sie habe, bin ich auch ziemlich weitgehend allein auf weiter Flur. Es sind natürlich viele Kollegen da, die etwas ältere Kinder haben. Gerade in dem Bereich tut sich ja innerhalb von zehn Jahren ziemlich viel.

*Ihre Kinder sind zwischen 11 und 15?*

[Zwischen 11 und 16]. Ich denke, dass mir das in der Auswahlentscheidung schon sehr genutzt hat, weil ich glaubhaft darstellen konnte, dass ich diese Bereiche aus eigener Erfahrung kenne. Und das, was ich nicht aus eigener privater Erfahrung weiß, weiß ich eben aus beruflichem Zusammenhang.

*Und umgekehrt, dass Leute in der Versammlung gesagt haben, „ja, aber die muss sich doch um ihre Kinder kümmern, was will die denn in Berlin im Bundestag“...?*

Ja, das war Standard. Die Frage kam immer, und zwar ausschließlich an mich. Der Vorsitzende des Stadtverbandes hat auch genau drei Kinder und auch genau in dem Alter wie die meinen. Der andere Kandidat hatte ältere Töchter. Aber die Frage kam jedes Mal und immer an mich.

*Zumindest kann man dann eben sagen, dass es die meisten nicht dann dahingehend beeinflusst hat, Sie nicht zu wählen.*

Ja, aber es wurde damit schon Stimmung gegen mich gemacht.

*Eigentlich unschön. Was waren so dann Ihre Hauptargumente, um das zu entkräften?*

[...]. Letztendlich ist es nicht völlig auszuräumen. Das kann man sich auch nicht einfach schönreden. Das ist auch irgendwo der Punkt, wo es am meisten weh tut. Klar, das bringt die größten Einschränkungen. Das kann man nicht wegdiskutieren. Aber trotzdem denke ich, ist das zu verantworten, weil die Kinder also einfach schon gut versorgt werden und weil ich, denk ich auch, über viele Jahre jetzt eine gute Grundlage gelegt habe. Was wirklich originale mütterliche Betreuung angeht, haben sie wirklich viel mitgekriegt, auch im Vergleich zu vielen anderen Schulkameraden. Ich habe sie in meiner ganzen Berufstätigkeit, wo ich immer nur teilzeitbeschäftigt war, wirklich auch ganz überwiegend selber versorgt.

*Sie sind nicht mehr ganz klein...*

Sie sind nicht mehr ganz klein, gut, am meisten trifft es noch die Kleinste. Die kriegt dann auch ein bisschen Sonderbehandlung an den Wochenenden und in den sitzungsfreien Wochen, ich telefoniere öfter mit ihr und schick ihr mal was, dass sie merkt, dass ich an sie denke. Damit übersteht sie das ganz gut. Die Versorgung ist sichergestellt, es wird auch jeden Tag gekocht, es braucht keine sich selber versorgen.

*Der Unterschied zur Berufstätigkeit ist wahrscheinlich, dass Sie wochenweise nicht da sind?*

Ja genau, und dass ich an den Abenden und in der Nacht nicht da bin. Das ist wohl doch ein Unterschied.

*Ist Ihr Mann vollzeitberufstätig?*

Ja und dann auch in der Kommunalpolitik aktiv. Er hat häufig Abendtermine.

*Beschäftigen Sie eine Haushaltshilfe?*

Ich habe eine richtige Haushälterin angestellt. Die kocht auch mittags. Sie ist auch eine ganz schöne Bezugsperson für die Kinder. Das war ein Glücksfall. Durch einen Zufall sind wir auf sie aufmerksam geworden. Sie versteht sich ganz gut mit den Kindern und kocht, was ihnen schmeckt, da sind schon die wichtigen Punkte dann auch gut gelöst.

*Und Großeltern oder so, die auch einspringen...?*

Ja, sind auch alle da, wohnen ganz in der Nähe. Die Schwiegereltern wohnen Garten an Garten, meine Eltern auch ganz in der Nähe, aber sie sind zu alt, eingeplant zu werden, um regelmäßige Aufgaben zu übernehmen. Aber wenn es darum geht, sich ein paar Streicheleinheiten zu holen, etwas zu besprechen oder Abwechslung zu haben, Hilfe in einer konkreten Situation zu haben, dann sind sie da.

*Versuchen Sie sich das Wochenende möglichst frei zu halten? Ich denke, auch da kommen ja immer noch viele Termine.*

Ja, das lässt sich nicht vermeiden.

*Sie sind ja noch nicht ganz so lange dabei. War da schon Mal eine Situation, wo sie gesagt haben: „Oje, das ist doch stressig! So hab ich mir das doch nicht vorgestellt!“ Haben Sie ein leichtes Reuegefühl irgendwie?*

Nein, Reuegefühl nicht. Einmal hatten wir die Situation, dass mein Mann auch weg war, er war sogar hier in Berlin und wir konnten unsere Nichte, die schon Mal Babysitten macht über Nacht, leider nicht gewinnen. Sie hatte auch keine Zeit. Da habe ich's so gemacht, dass ich am späten Nachmittag nach Hause geflogen bin und bin am ganz frühen Morgen wieder zurückgefliegen. Da waren die Kinder über Nacht nicht alleine. Ich möchte sie auf keinen Fall alleine lassen. In der nächsten Sitzungswoche hat meine Tochter Geburtstag. Da flieg ich auch mittags nach Hause und komme eben am nächsten Morgen ganz früh wieder zurück. Dass ich dann auch da bin und dass sie das dann auch registriert, dass sie mir so wichtig ist, dass ich dazu von Berlin nach Hause komme und sei es nur für ein paar Stunden. Und dass sie dann auch merken, die Mama ist nicht aus der Welt, denn wenn es wirklich Mal eilig ist, dann ist sie auch innerhalb weniger Stunden da.

*Das klappt insgesamt doch recht gut?*

Ja! Dafür ist auch die Anbindung vom [Stadt]- Flughafen nach [Stadt] wirklich ziemlich gut. Wenn ich an einige Kolleginnen denke, die immer noch stundenlang mit der Bahn zum Flughafen anreisen müssen, die haben deutlich längere Reisezeiten. Für mich dauert eine Reise ungefähr drei Stunden. Es kostet natürlich alles mehr Kraft, als ich es mir gedacht habe. Aber es ist ja auch sehr interessant, sehr spannend und motiviert, da mitzumachen. Im großen Ganzen tragen es die Kinder auch gut mit.

*Sie haben da schon Verständnis?*

Genau! Auch zunehmend besser. Also meine [andere] Tochter, die ist schon sehr selbstständig, die vermisst mich jedenfalls nicht konkret, wenn ich ein paar Tage mal nicht da bin. Das ist für sie kein großes Thema. Ich muss natürlich durchaus da sein und auch Zeit mit ihr verbringen, mit ihr sprechen, erreichbar sein. Das natürlich. Aber wenn das jetzt ein paar Tage mal nicht da bin, dann in konzentrierte Form. Oder wie auch immer. Das spielt jetzt nicht die große Rolle. Bei der Kleinen ist das noch ein bisschen anders. Aber es ist absehbar, dass es sich auch in kurzer Zeit auch in die Richtung entwickelt. Und wenn wir in der nächsten Legislaturperiode – ich dann wieder dabei bin, sieht die Sache schon ganz anders aus. Dann hat sich das Problem irgendwann ganz schnell gelöst. Die Möglichkeit, das jetzt anzugehen, hatte ich eher. Ich denke, ich hätte mich immer geärgert, wenn ich es nicht versucht hätte.

## Interviewpartnerin Q

*Wie sind Sie zur Politik gekommen? Was war Ihre Motivation, zum einen bezogen auf den Einstieg auf ehrenamtlicher Ebene und zum anderen, später auf die Entscheidung, mache ich das beruflich?*

Es gibt nicht das Schlüsselerlebnis. Selbst der Moment, wo ich mich zum Eintritt entschieden habe, war einer, der sich über Jahre mehr oder weniger herauskristallisierte. Über Arbeit in Bürgerinitiativen, um eine Müllverbrennungsanlage zu vermeiden, über Lehrer, die einen beeinflusst haben, über [journalistische Tätigkeit], wo ich halt beobachtet habe, ich komme als junge Frau, auch was mich politisch bewegt, gar nicht vor. [...] Und das hat mich dann eher an die Programmatik von [Parteien] im weiteren Sinne herangeführt – zum Thema, Frauen, Bildung und anderen, die mich damals sehr interessiert haben. Also kann man schon sagen, es gibt nicht das Ereignis.

Es gibt einen zweiten Moment in meinem Leben, der sehr typisch „Frau“ war und zwar letztendlich die meine politische Vita entscheidende Frage, werde ich für [Funktion] kandidieren oder nein. [...] Dann hieß es im Verband [der Jugendorganisation der Partei], es muss jetzt eigentlich jemand neutrales kommen, am besten eine Frau. Das war sozusagen die Chance, die man so als Frau bekommt, aber praktisch als Unfall der Geschichte. Das ist natürlich auf einer ganz anderen Ebene und in einer ganz anderen Liga bei der Merkel auch ein bisschen so gelaufen. Sie bekam dann ihre Chance, eigentlich weil das System Kohl implodierte über die ganze Spendenfrage und sie hat dann die Gunst der Stunde genutzt. So habe ich das auch gemacht. Ich habe mir das dann zwei Wochen überlegt und hab dann einfach zugewagt und in dem Moment auch die Entscheidung getroffen, mehr als nur ein Hobby aus der Politik zu machen. [...]

Also zum einen war ich nicht vorgekommen in dem [bestehenden] politischen Angebot in meiner Region und zum anderen war ich als Frau gefragt, als die Jungs das vor die Wand gefahren hatten. Das waren zwei ziemlich wichtige Schlüsselerlebnisse.

[Interviewpartnerin Q berichtet von verschiedenen Erlebnissen und Beobachtungen, die sie während ihrer politischen Laufbahn und eigenen Kandidaturen gemacht hat.] Da schwingt ja immer mit dieses „die Frau, die Karriere macht in der Politik, das ist nicht normal“, sondern immer noch einen Kommentar wert. Und das fand ich einerseits grotesk und insgesamt bezeichnend. [...] Immer wieder, wenn ich das so zusammen betrachte, spielt „Frau sein“ – ohne dass ich das Thema persönlich anspreche, ich bin nämlich gar nicht besonders „frauenbewegt“ in dem Sinne – immer wieder eine Rolle von außen, in der Öffentlichkeit. [...]

*Sie haben gesagt, Sie möchten Kinder haben. Können Sie sich vorstellen [...], wenn Sie Ihre Ämter ausüben und ein Kind bekämen?*

Es gibt ja sehr viele schöne Vorbilder von jungen Kolleginnen, die jetzt auch in den letzten Jahren hier im Bundestag die Sache ein bisschen normalisiert haben, indem sie ein Kind gekriegt haben und damit auch gut zu Recht kommen. Obwohl man nicht genau weiß, wie wirklich die Karrierechancen der einen oder anderen gewesen wären. Ich habe schon den Eindruck, dass die schon ein bisschen einen Klimawechsel erreicht haben, seit ich das beurteilen kann. Fand ich toll, das hat mich gefreut und auch ermutigt. Ich habe auch mit denen geredet – mit der [...], der [...] oder [...]. Dass die in dieser Zeit Kinder bekommen haben, fand ich schon ganz toll, dass man darüber auch ein bisschen einen Wechsel in der Wahrnehmung erreichen konnte.

Individuell wäre halt spannend zu sehen, ob man selber mit der Erwartungshaltung an sich selbst klar kommt. Diese ganzen Jobs, die ich mache, sind schon ganz schön Abend füllend. Ich sehe eher die Spannungen auch bei mir selbst: Wie will ich das organisieren und wie will ich meine Prioritäten setzen? Das stelle ich mir nicht einfach vor, weil beides wichtig ist, parallel. Und ich habe den Eindruck, dass obwohl es eine Klimaverbesserung gibt, von den Frauen nicht weniger erwartet wird und dass es ihnen nicht leicht gemacht wird – keinerlei Aggression oder hinter dem Rücken reden, wie es vielleicht früher der Fall war. Es gibt kein aktives Rausboxen von solchen Frauen aus Strukturen. Aber gibt auch nicht wirklich große Akzeptanz, Hilfestellung oder Erleichterung in so einer speziellen Situation. Es ist schon eine sehr auf die Frau, ihren Partner und ihre Familie zurückgeworfene Entscheidung. Es verändert nicht das politische System mit seinen vielen Terminfragen und auch nicht den Druck und die Erwartungen – überhaupt nicht. Du musst dich selber organisiert kriegen, aber das ändert im Prinzip an den Strukturen nichts. Dafür sind es auch nicht genügend Frauen und das ist auch nicht gewollt. Das ist, was ich so beobachte. Das heißt, man muss es sehr stark auf sich nehmen – du musst es sehr stark zu deiner eigenen Sache machen, es wirklich vereinbaren wollen – aus meiner Sicht eine sehr ambivalente Geschichte, das ist auch nicht sehr verwunderlich.

Diese Situation, das heißt die Überlegung kriege ich Kinder, wie manage ich das, teile ich mit allen anderen jungen Frauen, die versuchen das zu organisieren, nebenbei berufstätig zu sein. Wir haben noch das Glück, dass wir eine vernünftige Finanzierung hinbekommen, also uns möglicherweise eine Betreuungsstruktur anders organisieren können, als Frauen mit niedrigeren Einkommen. In so weit bin ich privilegiert. Ich habe zwar auch mehr Terminverpflichtungen – vielleicht, aber zumindest materiell habe ich nicht die Sorgen, die viele andere Frauen oder Alleinerziehende haben. Ich denke nicht, dass die Abgeordneten an dieser Stelle eine andere Rolle einnehmen, aber sicherlich ist die Zuspitzung etwas

verdichtet. Gerade wenn man auf die Karrierechancen schaut. Es gibt immer wieder Meldungen, dass die Stellen so knapp sind, dass eine Frau, die in Mutterschaft geht – schwupp – die Stelle sofort neu besetzt ist. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt hat dazu geführt, dass sozusagen die Mutterschaft fast immer einen Bruch bedeutet. Auch dass immer noch massiv gefragt wird: Wollen sie Kinder haben? – teilweise nebenbei, manchmal ganz direkt in einem Einstellungsgespräch, obwohl das eigentlich verboten ist.

*Gerade die befristeten Verträge von heute tragen nicht gerade dazu bei, dass du denkst, jetzt ist vielleicht ein guter Moment. Denn kaum läuft der Vertrag aus und du bist schwanger, weißt du ja gleich, du bist da raus.*

Ja. Die Erwerbsbiografien werden immer bruchstückhafter. Das wurde auch verlangt: neue Mobilität – da hat von politischer Seite auch jeder darauf hingearbeitet – egal von welcher Partei, dass immer mehr das Flexibilitätsargument gekommen ist. Nun braucht es aber, um eine Familie zu gründen – ob nun allein oder mit dem Partner – „flexicurity“! Also es braucht vielleicht Flexibilität, auch, wenn man Kinder hat, damit man auch am Arbeitsplatz mit den Arbeitszeiten anders umgehen kann. Aber man braucht eben auch Sicherheit. Und diese zweite Hälfte wird oft in der Realität nicht eingelöst und ich glaube, dass das sehr belastend ist für die Lebensplanung von jungen Leuten. Da musst du dich sehr bewusst für ein Leben entscheiden, von dem du nicht weißt, was auf dich zukommt – du willst das Kind ja auch gut versorgen und ihm Chancen geben – nur das beste für das Kind ist der Wunsch jeder Eltern. Und dann hast du aber gleichzeitig nicht die Perspektive im Beruf. Die ganze Debatte hat ja jetzt neuen Wind bekommen.

*Mein letzter Interviewpartner hat sich darüber mokiert, dass zwei Monate lang auch noch die Männer „einspringen“ sollen.*

Das ist ja der Witz an der ganzen Sache. Ich würde mich wirklich schwer tun mit dem Elterngeld, wenn dieser Punkt nicht drin wäre, weil es ja darum gehen muss, nicht das Zuhausebleiben von Frauen zu finanzieren – weil es im Wesentlichen ja darauf hinaus laufen würde und damit die Berufsunterbrechung komfortabler zu machen. Es soll ja auch darum gehen, dass die Betreuung von Kindern auch in den Unternehmen einkalkuliert wird, auch bezogen auf eine Elternzeit der Männer – dass man Strukturen aufbricht und dass Männer legitimiert ihre Rolle als Vater wahrnehmen können. Es ist ja nicht so, dass sie das nicht wollen – aber nicht können, ohne schräg angeguckt zu werden!

[Interviewpartnerin Q berichtet davon, dass es Absprachen gibt, durch wen welche Funktion neu besetzt werden könnte.] Das läuft dann so, wenn ein Job besetzt wird – in der Fraktion oder der Partei – da können wir auch mal den oder die oder die nehmen, aber die hat ja ein kleines Kind oder hat gesagt, sie will eines – dann die erst beim nächsten Mal. Dann wird da ganz schnell der Konsens hergestellt „beim nächsten Mal“, was ja dann natürlich nicht unbedingt eintritt. So viele „windows of opportunity“ gibt es nicht so oft im politischen Leben. Vielleicht ist das etwas, was bei mir im Kopf und im Bewusstsein: du merkst auf einmal, aha, die Entscheidungsträger, die ticken wirklich so. Da lässt es mich auch immer schmunzeln, wenn so junge 20-Jährige kommen und sagen sie brauchen keine Frauenpolitik, ich schaffe das auch allein. Und dann werden sie 35 und merken, nach der Schule, Uni... – da spielt das alles keine Rolle – aber dann! [...]

Also meine Erwartungshaltung, wenn ich mich jetzt [für ein Kind] entscheiden sollte, dass [...] ich mir genügend klar mache, was es eventuell für Folgen haben kann. [...] Also, es ist beides: Man muss es sich selber klar machen und sich drauf einstellen und man muss auch versuchen, das Bewusstsein über so was auch bei anderen Leuten zu wecken. Das ist das einzige, was du machen kannst. Denn das ist ja nichts, was du ändern kannst. Das ist was Gedachtes und Vorurteilsbeladenes und da kommst du ja nicht ran, indem du jetzt irgendwelche Regeln schaffst, sondern im Bewusstsein der Leute etwas änderst.

*...und dann unter Beweis stellen, dass man es doch hinkriegt!? Aber man weiß ja nicht, welche Belastungen dann wirklich auf einen zukommen.*

Ja, es kann ja sein, dass das Kind nicht ganz gesund ist oder dass es andere Probleme gibt – woher weiß man denn das? Man muss sich eben sehr individuelle Lösungen einfallen lassen, weil die Strukturen sich nicht anpassen, an diese Situation. Aber man sagt ja, das Ziel sind kinderfreundliche Strukturen, aber sich selbst in der Politik kinderfreundlich zu verhalten? Die Politiker, die jetzt mit großer Werft die Kinderfreundlichkeit einfordern, fragen die sich mal, wie handhaben sie das in ihrem eigenen Kabinett, in ihrem eigenen Ministerium, in ihrem eigenen Ausschuss – je nach unterschiedlicher Ebene...? Da habe ich so meine Zweifel manchmal.

*Kennen Sie das Beispiel aus Norwegen, dass die Kabinettsitzungen um spätestens fünf oder sechs enden, damit die Eltern ihr Kind noch abholen oder zumindest ins Bett bringen können? Auch wenn ich schon gehört habe, das ist ein kleines Land und das könne man nicht mit Deutschland vergleichen...*



Das ist schon wahr, in Skandinavien läuft es anders, weil es individueller ist und es weniger Leute sind, aber das ist nicht die einzige Erklärung. [...] Meine Eltern haben immer erzählt, wie begeistert sie sind, dass Schweden so kinderfreundlich ist. Zum Beispiel gab es in jedem Restaurant einen Kinderstuhl, so was wurde in den Neunziger Jahren hier mal durchgesetzt. In Schweden war das schon in den Siebzigern ganz normal. In der Haltung gegenüber Familien und gegenüber Kindern haben wir wirklich extreme Defizite. Wir sind eine sehr kopflastige Erwachsenengesellschaft. Auch die Partnerschaftlichkeit ist in der Erziehung in Schweden deutlich stärker ausgeprägt.

Die Frage ist, haben wir wirklich genug darüber geredet – auch bei den kleinen Sachen: Raum schaffen, damit Kinder noch ins Bett gebracht werden können. Es gab einen Riesenskandal im Bundestag, weil die Kinder der Abgeordneten ihre Kinder nicht im Kindergarten direkt neben dem Bundestag abgeben durften. Das war ja nur für die Angestellten und Beamten. Dabei waren es keine Massen von Abgeordneten, um deren Kinder es ging. Aber das wäre superpraktisch, weil man zwischendurch mal sein Kind sehen könnte. Das wurde einfach so festgelegt. Doch das Durchboxen von [Abgeordnete] und anderen hat dann dazu geführt, dass es gelungen ist und möglich. Aber es war ein Kampf. So was ist doch symptomatisch – als Beispiel. Insoweit denke ich, ist die Kinderfrage immer noch Pionierarbeit. Vieles wird bei uns am Leben vorbei geregelt!

*[Es folgen noch Ausführungen in diesem Zusammenhang.]*

## Interviewpartnerin R

*„Wie sind Sie zur Politik gekommen? Was war vielleicht der auslösende Moment für den Einstieg in die Politik und später für den Schritt in die Berufspolitik?“*

Es gibt kein Schlüsselerlebnis, wo ich sagen könnte, das war mein Grund für den Einstieg in die Politik. Ich komme aus einem recht politischen Elternhaus, wo es einfach immer Thema war. [...] Als ich nach [Stadt] gegangen bin zum Studieren, da war ich 20 und ich wusste, ich geh zu [Partei]. Ich kann es nicht richtig fassen, woran das lag. [...] Und dann habe ich eine ganz klassische Karriere gemacht nach dem Prinzip „kleiner Finger ganze Hand“ kam ich in den Kreisvorstand, später in den Landesvorstand. Bei der [Jugendorganisation der Partei] war ich auch im Landesvorstand, dann im Gemeinderat und irgendwann stand ich vor der Frage, kandidiere ich oder werde ich Berufspolitikerin, mache ich das zu meinem Beruf, der mich auch ernährt? Recht lange habe ich überlegt, ob das was für mich ist oder nicht und dann 2002 entschieden, dass ich für den Bundestag kandidiere. Da gab es kein Schlüsselerlebnis, das war eher so eine gefühlte Sache, dass ich auch wusste, eigentlich will ich das zu meinem Beruf machen.

*Da hatten Sie ja viel Erfahrung schon im Vorfeld – die Erfahrung, dass das einfach auch sehr aufreibend und sehr zeitaufwendig ist – war das für Sie nicht ein Grund, dass sie sich erst mal reiflich überlegt haben, ob Sie kandidieren wollen?*

Auf jeden Fall. Man spricht ja immer von so 70- /80-Stunden-Wochen, das war mir fremd und ich habe mir schwer vorstellen können, wie sich das ausgestaltet. Natürlich war meine Hauptfrage – mein Kind war damals zwei Jahre alt – und es war mir nicht klar, ob ich das hinbekomme... Es war mir eigentlich immer klar, dass es für das Kind ok ist, also dass man mit Struktur, Familie und mit einer guten Betreuung – dass mein Kind nicht leiden oder Schaden nehmen wird. Aber ich habe mich immer gefragt, ob ich das kann – fünf Tage weggehen kann. Bei einem Zweijährigen ist das schon hart. Das war die Hauptfrage, die aber letztlich nicht dagegen gesprochen hat – sonst wäre ich ja nicht hier.

*Während der Sitzungswochen ist das Kind in [Stadt]?*

Ja. Ich lebe dort im Haus meiner Eltern und da lebt auch meine Schwester mit ihrem Kind. Dort lebt mein Sohn. Und wenn ich nicht da bin, lebt er dort ohne mich. Dort sind Erwachsene, die sich um ihn kümmern. Er wird bald sechs.

Ohne dass er dort aufgehoben wäre, würde es nicht gehen. Auch weil es die Familie ist. Die Vorstellung, das mit Tagesmutter, Kinderfrau und Babysitter... Ich lebe getrennt von meinem Mann – dem Vater. Anfangs hatten wir eine Situation, dass der Kleine eine Woche bei mir war und dann eine Woche bei ihm und je nach dem, ob ich da war oder nicht. Das geht aus verschiedenen Gründen nicht mehr und jetzt habe ich die Situation, dass ich bei meinen Eltern wohnen kann, in einer eigenen Wohnung. Und der Kleine hat ein Kinderzimmer mit zwei Türen zu beiden Wohnungen – er ist einfach integriert und dass ist mit ein Grund, dass ich das weitermachen kann, weil ich weiß, er ist gut aufgehoben und es gibt so eine grundelterliche Sorge, 24 Stunden am Tag. Das ist eine Voraussetzung für mich, diesen Beruf zu haben. Im Bundestag ist man schon fünf Tage am Stück weg, das jede zweite Woche. Wir hatten jetzt vier Sitzungswochen in fünf Wochen. Es gibt zwar lange Sommerpausen, aber manchmal ist alles so geballt, dann ist es schon viel – eigentlich schon zu viel.

*Während der Kandidatur, kamen da so Fragen in die Richtung: Warum wollen Sie denn in den Bundestag? Fragen darauf gerichtet, ob das eine gute Idee ist und ob das nicht der-oder diejenige machen sollte, die kein Kind hat?*

Interessanterweise nicht. Ich hätte mir das schon vorstellen können, dass so Fragen kommen. Auch krasser: Das ist nicht gut fürs Kind. Eine Mutter soll nicht so viel weg sein. Es kann daran liegen, dass [Stadt] eine recht aufgeschlossene Stadt ist und es kann zum anderen auch daran liegen, dass mich einige das fragen wollten und nicht die Möglichkeit hatten oder sich nicht traute. Es kann aber auch sein, dass es das nicht mehr so gibt. Also, das ist meine stille Hoffnung, dass sich da was wandelt in der Gesellschaft. Es mag schon Viele geben, die das denken. Wenn ich mich so im Freundeskreis unterhalte, wo man sehr offen reden kann, gibt es schon öfters Leute, die auch... – aber dann eher für mich sprechen: Ob das denn gut ist für dich? Ich bin halt schon oftmals traurig... Aber ich habe die Stimmen nicht gehört, die sagen, das ist schlecht fürs Kind.

*Der Vater des Kindes, hat der so etwas in der Richtung gesagt und in Frage gestellt oder sie im Gegenteil eher unterstützt?*

Genau. Wir waren in der Zeit noch zusammen und das war eine gemeinsame Entscheidung für den Bundestag. Nee, das war schon in Ordnung – der hat das schon mit unterstützt. Der Trennungsgrund liegt auch woanders. Ich denke, die Entscheidung Kind und auch diesen Beruf zu machen, da waren wir einig.

*War das Kind anfangs noch mehr beim Vater? War das so ausgemacht, dass gerade in der Anfangsphase, als Ihr Sohn noch kleiner war, er noch mehr beim Vater ist?*

Wir haben uns das schon genau überlegt, wie wir das machen, wenn ich dann fünf Tage weg bin. Meine Eltern waren viel da und Freunde waren viel da. Es gab schon ein richtiges Netz, das alle getragen haben. Ohne geht's nicht – ohne ein Netz von ganz engmaschigen Betreuungsmöglichkeiten, die nicht einfach ausfallen können. Wenn man sich nur auf die Tagesmutter konzentrieren würde, wird der ihr Kind vielleicht selber mal krank... Da ist so eine großelterliche Sorge, eine familiäre Sorge, eine andere. Wir haben schon viel überlegt, ob wir vielleicht ein Au-pair dazu nehmen sollten – da gab es schon viele Überlegungen.

*Der Vater war voll berufstätig?*

Nee, er war nicht voll berufstätig. Sonst wäre es nicht gegangen.

*Es scheint mir nicht allzu oft der Fall zu sein, dass es mit dem familiären Netz klappt, von dem Sie sprechen. Das mag manchmal an der räumlichen Trennung liegen oder die Großeltern sind zu alt oder was auch immer...*

Es war schon der Fall, dass ich nicht wusste, wie es weiter geht, als wir uns getrennt haben. Damit war klar, ich weiß nicht, wie es weiter geht und ob ich das schaffe. Klar war da der Trennungsschmerz, aber ich meine: Schaffe ich das im praktischen Alltag? Und die Situation zwei Kinderzimmer fand ich unmöglich. Aus meiner Sicht ist das nicht gut fürs Kind – wenn es mal hier ist und mal da. Da spielen ja immer die eigenen Erfahrungen eine Rolle. Ich hatte immer mein Dach über dem Kopf und fand das gut. Dann haben mir meine Eltern angeboten, ich soll zu ihnen ziehen: „Wir bauen eine Wohnung aus im Haus – wir haben ein großes Haus, wo das gut geht mit dem Kinderzimmer und so... Und sie kümmern sich, wenn ich nicht da bin. Wenn die das nicht gemacht hätten, hätte ich meinen Job nicht mehr, weil dann hätte ich nicht mehr kandidiert.“

Natürlich ist es schon so, dass ich sagen muss, vielen Dank dafür. Aber ich weiß auch, dass meine Eltern auch was davon haben – das ist ein Mehrgenerationenhaus, da leben jetzt drei Generation, da ist einfach was los. Ich würde im Alter gern so leben wollen. Statt alleine vor mich hin zu puzzeln lieber ein bisschen Trubel und Leben im Haus haben. Das ist schon durchaus anstrengend. Der Kleine steht morgens früh auf. Das heißt, meine Eltern müssen auch um halb sieben auf der Matte stehen – aber das hält sie jung. Die machen das mit großer Liebe und Begeisterung. Ich hätte es mir nicht anders vorstellen können. Die Alternative wäre gewesen, ich ziehe hierher – aber ich bin im ländlichen Raum

aufgewachsen und so ein Kind in Berlin... ich weiß nicht. Zumal die Sitzungswochen sind schon 80-Stundenwochen und die kann ich auch nicht reduzieren. Im Wahlkreis ist das was anderes, aber hier ist das schon so. So ist es schon das Beste. Hat natürlich zur Folge, dass ich unheimlich viel unterwegs bin... Aber er hat seinen festen Ort und das ist gut.

[...]

*Sie haben das teilweise schon angesprochen... mich würde noch interessieren, wie man das alltäglich organisiert. Die sitzungsfreien Wochen sind ja flexibler gestaltbar. Haben Sie da auch mal die Möglichkeit, jetzt nehme ich mir mal einen kompletten Tag frei und verbringe die Zeit mit meinem Kind?*

Am Wochenende allemal. Ich mache eigentlich keine Termine am Sonntag aus diesem Grund. Da ist auch kein Kindergarten. Ich versuche auch manchmal ihn mitzunehmen auf Eröffnungen oder auf kleine Feste. Und ich versuche meine Termine in sitzungsfreien Wochen so zu regeln, dass die in der Kindergartenzeit sind. Was schon passiert ist, dass ich über Mittag nicht da bin und dann ist er bei meinen Eltern. Aber ab vier, wenn er kommt, versuche ich, dass ich dann da bin und wir auch was machen können und ich ein bisschen dabei bin, wenn die Kinder dann malen oder Fußball spielen.

[Interviewpartnerin R zählt unter anderem die Veranstaltungen auf, die von Abgeordneten üblicherweise im Wahlkreis besucht werden.] Aber ich glaube er hat auch ein Recht darauf, dass ich da bin und Zeit für ihn habe. Er ist fünf! Da kann ich nicht sagen, dass ich zur Blasmusik fahre. Auch meine Eltern haben ein Recht darauf, wenn ich Wahlkreiswochen habe, dass sie nicht auch dann die ganze Zeit da sein müssen. Da bin ich auch recht rigoros, dass ich mir die Zeit auch nehme. Sonst schaffe ich das auch nicht mehr.

*Telefonieren Sie auch mit ihm?*

Ja, wir telefonieren einmal am Tag, so gegen halb sieben/sieben. Ich versuche ihm gerade beizubringen, dass er anruft. Manchmal rufe ich an und dann geht's gerade nicht, weil für ihn gerade was anderes ganz wichtig ist. Eine Kollegin hat mir erzählt, als ihr Sohn klein war und sie im Landtag war, hat er angefangen Bilder zu zeichnen, die er dann gefaxt hat. Da kannst du auch ablesen, wie geht's ihm eigentlich. Da müssen wir noch ein bisschen üben. Er weiß auch, ich bin in Berlin und er war zwei Mal hier mit und hat sich alles angeguckt. [Sie deutet auf die zahlreichen Fotos und Bilder, die im Büro von ihm hängen...]

*Unabhängig von der Tatsache, dass Sie sich getrennt haben – wie sieht es mit einem Geschwisterkind aus?*

Ich hätte das schon gewollt. Aber ich stehe einfach nicht vor der Frage. Deshalb kann ich die auch nicht beantworten. Ich glaube, das wird dann schon enorm schwierig mit dem Job – mit einem Säugling. Mein Sohn war zwei. Aber mit einem Säugling...? Ich weiß, als er ein Säugling war, hatte ich neun Monate Pause und die waren nicht schlecht, denn das war schon unglaublich anstrengend. Und jetzt könnte ich mir diese neun Monate nicht nehmen. Das ist dann schon Zeit, die fehlt – auch fürs gemeinsame Aufwachsen. Aber damit habe ich mich jetzt nicht weiter beschäftigt.

*Das ist doch noch mal eine sehr private Frage: Würden Sie sagen, dass die Trennung auch mit der Belastung durch die Arbeit hier zusammenhing?*

Naja, das kann ich eigentlich nicht beantworten. Ich würde eigentlich sagen nein. Da sind so Dinge, die ineinander spielen – so ein klassisches Beispiel: Missverständnisse liegen auch daran, dass man nicht viel Zeit hat, sich auszutauschen und das passiert zwangsläufig dann, wenn man viel weg ist. Man könnte jetzt sagen, das liegt daran. Auf der anderen Seite ist, wenn man so aufeinander hockt, die Gefahr für Missverständnisse auch groß. Von daher kann ich das nicht beantworten. Ich würde tendenziell sagen, der klassische Fall, dass man sagt, das hat nicht funktioniert wegen diesem Job im Bundestag, da würde ich sagen nein.

*...aber er sieht seinen Sohn schon ab und zu?*

Ja, ja. Das ist ganz klassisch. Er geht jedes zweite Wochenende zu ihm und sie verbringen Urlaube miteinander. Das war sicherlich für den Vater schwierig, weil er ihn ja auch lange intensiv betreut hat. Aber es gab Gründe, warum es nicht mehr anders geht. Inzwischen muss man ehrlicherweise sagen, ist das in vielen Fällen Realität.

*Am Ende stelle ich immer noch eine Frage in die Richtung, ob Sie wirklich was vermissen oder auch: haben Sie den Schritt in den Bundestag jemals bereut?*

Das ist eine gute Frage. Mir ist gerade erst letztens aufgefallen, dass ich eigentlich jeden Tag gern aufstehe. Ich kann mich schon an früher erinnern, als ich einen ganz normalen Job hatte und dass man aufsteht und denkt: Das wird wieder langweilig. Und ich wache auf und denke, was steht denn heute an?! Das sind ja immer wieder ganz unterschiedliche Sachen. Aber natürlich bin ich manchmal einfach völlig kaputt und denke, jetzt wieder das ganze Hin

und her und dann muss man am Abend noch auf irgendeine Veranstaltung, auf die man keine Lust mehr hat und man wirklich müde ist. Es ist sehr schwer, einen größeren Freundeskreis aufrecht zu erhalten – ein kleinerer, der das auch einfach akzeptiert, geht schon, aber eine größere lockere Gruppe geht nicht. Ob ich das jetzt wirklich vermisse, weiß ich nicht. Es entwickelt sich hier ja auch was und ist interessiert daran, auch mal was zusammen zu machen. Obwohl – zwei Mal war ich hier schon im Kino – so viel ist das ja eigentlich nicht.

Aber ich bereue das eigentlich nicht. Jeder hat mal einen Durchhänger, wie überall, und wenn irgendwas kritisch ist, dann dass es mir manchmal zu anstrengend ist und das liegt an der Reiserei. Ich bin schon gern an einem Ort sesshaft. Aber ich bereue es nicht und habe mich auch schnell dafür entschieden, es wieder zu machen.

Ich würde immer empfehlen beides zu machen: Kinder und Job, denn es geht – das sage ich immer meinen Schulklassen, die hierher kommen. Es ist beides ein Gewinn. Ich würde zwar eher auf meinen Job verzichten als auf mein Kind, aber auf meinen Beruf auch ungern!

## Interviewpartnerin S

*„Wie sind Sie zur Politik gekommen?“ ist eigentlich immer meine Einstiegsfrage. [...] Mich interessiert auch die Entscheidung, die Politik zum Beruf machen zu wollen, also einzusteigen mit „Haut und Haaren“...*

Vom Interesse zum Beruf ist es natürlich ein weiter Weg gewesen und das lag nicht unbedingt an mir [...]. Ich komme ja aus [Stadt] und ich habe die Wende-Demonstrationen miterleben können und habe mir dann überlegt, was mache ich weiter, wo will ich weiter aktiv sein und wo will ich mich einmischen? Ich bin bei [Partei] gelandet, weil die sozusagen meinen Intentionen am ehesten entspricht und ich habe dann erst mal als aktive Sympathisantin mitgearbeitet und habe mich dann 1994 bei der Kommunalwahl dazu entschlossen Kommunalpolitik zu machen. Ich war fünf Jahre lang Stadträtin in [Stadt], mit ungefähr 25.000 Einwohnern. Die nächsten Jahre habe ich wieder Politik ehrenamtlich und sozusagen hobbymäßig gemacht und dann habe ich zur Bundestagswahl 2002 auf der Landesliste kandidiert und [...] ich war dann die Nachrückerin. [...] Und ich habe mir gesagt, ich konzentriere mich noch nicht darauf, denn es könnte ja auch nicht klappen und mein Leben bleibt so, wie es war. Von daher war dann mein Einstieg in die Berufspolitik doch sehr spannend und dramatisch und sehr kurzfristig. [...]

Das war ein sehr spannendes und dramatisches Jahr – mit den Neuwahlen... Ich hatte mir gedacht, bis zur nächsten Wahl 2006 sind es anderthalb Jahre, da hat man Zeit, sich in Ruhe einzuarbeiten. Denn wenn man aus dem normalen Alltag in das Universum Bundestag kommt, dann braucht man ein paar Monate, um sich einzuarbeiten. Man muss erst mal die ganzen Abläufe kennen, die Thematik, um mit den einzelnen Abteilungen umzugehen. Gerade als ich gedacht habe, das Grobe habe ich so begriffen – da kam dann die Entscheidung mit den Neuwahlen. Das war schon ganz schön happig, nach einem halben Jahr im Bundestag dann wieder zu kandidieren und ich musste mir dann erst mal in sehr kurzer Zeit überlegen, will ich das weiter machen. [...] Und das war dann natürlich auch gar nicht so einfach, weil es auch eine Konkurrentin gab – es war wirklich bis zum Wahlausgang hochspannend, weil niemand gewagt hatte, den Ausgang vorherzusagen. Aber es ist dann doch gleich im ersten Wahlgang relativ eindeutig der erste Platz an mich gegangen. Die Delegierten entscheiden.

Ich hatte dann einen anstrengenden Sommer mit Wahlkampf. Ich hoffe, diese Wahlperiode dauert etwas länger. In der Hinsicht wünsche ich Frau Merkel viel Erfolg!



*Für meine Arbeit ist zumindest der Aspekt, dass wir jetzt eine Bundeskanzlerin haben, ganz interessant...*

Ja, ja, von dem Aspekt her habe ich das natürlich auch begrüßt, dass wir jetzt eine Frau als Kanzlerin haben. Ich denke, das tut diesem Land auch ganz gut, von einer Frau repräsentiert zu werden – und dann natürlich noch von einer ostdeutschen Frau, das finde ich natürlich besonders gut – in einer so westdeutschen und konservativ dominierten CDU besonders bemerkenswert, dass sich Frau Merkel da durchgeboxt hat.

*Wenn es Ihnen Recht ist, möchte ich auf die Frage Familie/Familienplanung kommen. Sie sind ledig? [Interviewpartnerin S nickt. Sie ist bereits seit einigen Jahren geschieden]. Sind Sie in einer Partnerschaft?*

Ich habe keine feste Partnerschaft und auch keine Kinder. Zum einen hat sich das nicht ergeben und zum anderen hatte ich auch nicht den dringenden Wunsch, ein Kind zu haben. Wenn ich ein paar Jahre älter gewesen wäre, dann hätte ich sicherlich Kinder gehabt, denn gerade zur Wendezeit, als in Ostdeutschland dieser Knick zu beobachten war, war ich gerade [...] Jahre alt – also gerade so die Zeit, wo man in der DDR Kinder bekommen hat. Ich war auch gerade mit dem Studium fertig. Also, ich sag mal, wenn ich zwei/drei Jahre älter gewesen wäre, hätte ich sicherlich Kinder gehabt. Aber ich habe das auch als ziemliche Kränkung für die ostdeutschen Frauen angesehen: Man hat in der Praxis gesehen, viele Frauen hatten Kinder und haben gearbeitet und die wurden dann massiv an den Rand gedrängt. Und dann hatte ich auch eine Phase, in der ich gesagt habe, die Gesellschaft, die wir jetzt haben, die will gar nicht, dass wir Kinder haben, denn die Frauen, die Kinder haben, die werden nur bestraft.

Es hat sich zwar etwas bewegt in den letzten Jahren, aber es ist immer noch so, dass die Frauen hauptsächlich für die Kinder verantwortlich sind und dass die Frauen zu Hause bleiben und man dann in der jetzigen angespannten Arbeitsmarktsituation fast keine Chance mehr hat. Und gerade in meinem Bekanntenkreis gibt es einige, die teilweise alleinerziehend sind – eine hat auch ein lernbehindertes Kind – die ist voll ausgebildet gewesen und bekommt keine Arbeit mehr. Die sind alle um die 40/Anfang 40 und haben keine Chance. Das ist hochdramatisch – auch gesellschaftspolitisch und ökonomisch nicht nachvollziehbar, wozu bilde ich die Frauen aus? Das kostet den Staat ja auch Geld. Und wenn sie dann Kinder bekommen, was ja eine Gesellschaft auch wünscht, heißt es, kümmer dich drum und mach vielleicht einen 400-Euro-Job – das kann's doch nicht gewesen sein, dass eine Akademikerin bei Aldi die Regale einräumt. Insofern ist es doch auch nachvollziehbar, dass Frauen entsprechend reagieren!

Auch diejenigen, die versuchen, sich die Erziehungsarbeit partnerschaftlich aufzuteilen, merken auch in der Praxis, wie schwierig das ist. Selbst wenn es den jungen Vater gibt, der zum Arbeitgeber geht und sagt, er möchte reduziert arbeiten oder zwei Monate zu Hause bleiben, dann ist die Reaktion entsprechend, dass man merkt, die Gesellschaft und die Unternehmen, die sind noch nicht so weit. [...]

Wenn man die Praxis in der DDR erlebt hat – auch wenn das alles natürlich auch kritisch zu sehen ist und in der Kindererziehung nicht alles optimal war – war das was uns da Anfang der 90er-Jahre erwartet hat, schon ein großer Rückschritt.

*Es ist jetzt nicht so, dass Sie auch wegen Ihrer politischen Aktivitäten – auch bevor Sie in den Bundestag gekommen sind – gemerkt haben, ich krieg das eigentlich auch gar nicht hin, dadurch, dass ich so eingespannt bin in meine Freizeitaktivitäten in der Partei – dass das auch eine Rolle gespielt hat?*

Das hat natürlich auch mit eine Rolle gespielt und jetzt als Berufspolitikerin, da sieht man das erst Recht. Ich bewundere wirklich so einige Frauen, die kleine Kinder haben, auch in unserer Fraktion, wie die das auf die Reihe kriegen! Der Tagesablauf hier, der lässt ja überhaupt keinen Spielraum und der nimmt auch keine Rücksicht. Ich wüsste wirklich nicht, wie ich das auf die Reihe kriege. Natürlich gibt es hier um die Ecke den Kindergarten, aber die ganzen Sitzungen und Treffen – ob von Parteien und Verbänden – da nimmt niemand Rücksicht. Die eigenen Mitglieder in der Fraktion und in der Partei sind auch nur sehr eingeschränkt in ihrer Toleranz. Man merkt einfach, egal ob das nun in führenden Positionen in der Wirtschaft oder in der Politik ist, ist dafür kein Platz. Es gab ja immer mal wieder in der Vergangenheit Berufspolitikerinnen und Ministerinnen, die das versucht haben, mit kleinen Kindern auf die Reihe zu bekommen – allen, die das geschafft haben, kann man wirklich nur sagen: Hut ab. Es ist wirklich ein schwerer Kampf und in der Beziehung hat sich noch nicht allzu viel zum Positiven gewendet. Es wird zwar mittlerweile von der CDU beschworen, wir müssen kinderfreundlich sein, aber das Ganze ist nur Theorie und dann ausgerechnet Frau von der Leyen als Vorbild zu nehmen – jenseits von jeder Realität, wenn man weiß, welchen Hintergrund sie hat und wen sie alles an ihrer Seite hat. Das ist ja nicht der Normalfall.

[...]

Ich lege darauf Wert, mir die Zeit einzuteilen und meine Familie zu sehen. Man muss jetzt langfristig planen, aber ich versuche, so viel wie möglich von dem, was mir vorher wichtig war, auch jetzt in meinen Alltag zu integrieren.

*Haben Sie schon mal bereut, den Schritt in die Berufspolitik gemacht zu haben?*

[...] Ich hatte ja, als die Neuwahl anstand, ja die Gelegenheit, zu überlegen, wenn's nun gar nichts für mich gewesen wäre, dann lass ich's und tue es mir nicht mehr an. Aber es ist zwar anstrengend, aber es macht in manchen Bereichen auch Spaß. Und die Chance hat man auch nicht allzu oft und wenn ich die Chance habe, sollte ich das mal probieren. Ich möchte Berufspolitik nicht mein Leben lang machen, aber da hier die Zeit eh immer in Abschnitte eingeteilt ist, wo man erst wieder neu Anlauf nehmen muss, habe ich gesagt, einmal will ich's noch machen und von daher habe ich es auch nicht bereut. Es gibt wie überall positive und negative Sachen, aber im großen Ganzen, wenn es gut läuft, sagt man sich „schön!“ und dann gibt es wie überall auch mal Tage und Stunden, in denen man sagt, warum hab ich's gemacht? Aber im Grunde genommen, habe ich's nicht bereut.

## Interviewpartnerin T

*Wann fiel die Entscheidung, aus politischem Engagement mehr als ein Hobby zu machen?*

Es war kein prägnantes, auslösendes Ereignis. Es war ein längerer Prozess und der hat auch relativ spät gestartet. Also erst im Studium. Das dürfte im Jahr 97 hauptsächlich gewesen sein, als ich während des Studiums mir erst mal über die Wirtschaftspolitik Gedanken gemacht habe. Ich hab damals den Spiegel gelesen und damals noch Talk im Turm angeschaut. Da war so der erste Anknüpfungspunkt, dass man sagt, wie sieht's denn in der Wirtschaftspolitik aus? Es war dann ein längerer Prozess. Ich hab mir gedacht, was willst du jetzt machen? Nur auf dem Sofa zu sitzen bringt nix. Ich hab mir dann im Herbst 97 die Grundsatzprogramme der Parteien von der Landeszentrale für politische Bildung schicken lassen, also nicht die Wahlprogramme. Und hab mir das dann durchgelesen und habe dann festgestellt, wo die größte Schnittlinie ist und die größte Übereinstimmung. Und das war damals und auch heute noch bei [der Partei] so. Dann hab ich mir gedacht: Was mach ich jetzt? Da hab ich ins Telefonbuch geschaut. Da gab's dann auch einen Eintrag [Partei]- Kreisverband. Da hab ich angerufen. Und da hab ich eben gesagt, ich interessiere mich für die [Partei]. An wen ich mich da wenden kann? Und da hat [die Frau am Telefon] mir mit dem damals jungen stellvertretenden Kreisvorsitzenden einen Termin zugesagt. Mit dem hab ich dann auch telefoniert. Das war das erste Gespräch und der hat mich dann mitgenommen zum Landesparteitag und danach bin ich dann eingetreten. So war das.

*Das ist sehr interessant, die unterschiedlichen Herangehensweisen...*

Ich hab auch keine Vorprägung von der Familie. [...] Es war zwar so, dass ich früh Verantwortung übernehmen musste, einfach weil meine Eltern beide berufstätig waren im [eigenen Betrieb], eigentlich rund um die Uhr. Aber es war keine Parteivorprägung da. [Ich komme aus einem Ort mit 7000 Einwohnern...]. In [Stadt] habe ich studiert. Ich bin katholisch und ich bin ledig.

*Wie kam es dazu, dass Sie kandidiert haben?*

Eingetreten bin ich im Februar 97. Bei der anschließenden Kreisvorstandswahl bin ich dann gleich stellvertretende Kreisvorsitzende geworden. Aber das ist nix Besonderes. Es waren relativ wenige Mitglieder da, die das Amt übernehmen könnten. Ja, und dann hab ich 98 für den Landtag und 2003 noch mal für den Landtag kandidiert. 2002 hab ich im März für die Kommunalwahlen kandidiert und bin dann Kreisrätin im Kreistag [Stadt] geworden. [...] Als

es dann klar war, dass es vorgezogene Bundestagswahlen gibt, haben wir halt überlegt, wer im Wahlkreis kandidiert. Unser Bundestagswahlkreis besteht aus zwei Landkreisen. Das ist immer abwechselnd: Einmal stellt der Landkreis [...] den Direktkandidaten und einmal der Kreisverband [...]. Und jetzt war es eben so, dass [mein Kreisverband] dran war. Dann ist vorgeschlagen worden, ob ich das nicht machen möchte. [...] Dann kam ich in die Stichwahl und habe mich durchgesetzt [...].

*Einen Gegenkandidaten im Kreis hatten Sie nicht?*

Im Kreis nicht. Aber ich hab versucht mich im Bezirk [...] durchzusetzen gegen meinen Gegenkandidaten [...], das ist der Bezirksvorsitzende, der Spitzenkandidat von [...] wurde. Ich wollte auch Spitzenkandidatin für [...] werden. Ohne zu wissen, was im Juli rauskommt, sondern einfach so. [...]

*Die Reaktion in der Familie, im Freundeskreis auf die Kandidatur...?*

Die Kandidatur als solches, das ist nix Neues. Ich hab zweimal für den Landtag kandidiert und dann für den Bundestag. Meine Eltern haben sich dran gewöhnt, die Gemeinde hat sich dran gewöhnt, meine Freunde, das wissen sie alles. Das war nichts Besonderes mehr.

*Mit der Bundestagswahl dann wahrscheinlich große Freude?*

Also in der Familie ein bisschen gespalten in der Hinsicht, weil sich Eltern ja auch immer Sorgen machen, wie denn das neue Amt so ist, ob dann weniger Freizeit und solche Sachen. Aber grundsätzlich doch recht positiv. Ich höre es oft, dass dann die Freunde sagen, es ist dann eben eine von uns, eine „bodenständige“, und Politik wird dadurch ein bisschen greifbar für die. Es ist nicht so weit weg in Berlin, sondern es ist die [Name Interviewpartnerin T], die jeden Tag mit mir in der Mensa war. Es ist für die Menschen vor Ort, also für die Kleinstadt: Politik ist ganz anders greifbar.

*Waren Sie zwischenzeitlich in einer Partnerschaft?*

Ja, ich war schon zum Zeitpunkt des Wahlkampfes, also auch davor, in einer Partnerschaft und bin immer noch in der gleichen Partnerschaft. Es gab natürlich durch die Wahlen jetzt eine große Veränderung. Auch dadurch, weil ich vorher jeden Tag mit meinem Freund verbracht habe – nicht den ganzen Tag, aber den Abend zumindest, da hat ja jeder seinen eigenen Beruf – aber jeden Abend mit meinem Freund, also nicht jeden, aber eigentlich

schon die meisten. Oder man hat was mit Freunden gemacht, halt jeden Abend zusammen verbracht. Und das ist jetzt halt der große Unterschied, dass man sich jetzt sehr selten sieht.

*Sie sind auch schon länger zusammen?*

Ja.

*Haben Sie auch zusammen gelebt?*

Nee, wir wohnen nicht zusammen. Wir haben noch zwei getrennte Wohnungen. Das haben wir noch nicht gemacht. Das hat sich jetzt durch die Wahl... Jetzt ist es erst mal so, dass ich mir in Berlin noch was suchen muss und wie wir es dann weiter machen, ist also noch nicht klar.

*Aber er war bestimmt oft hier in Berlin?*

Nee, er war noch nie hier in Berlin. Aber das liegt daran, weil er sehr viel arbeitet. Er hat sich selbstständig gemacht und er arbeitet auch sehr viel am Wochenende und darum war er noch nicht in Berlin.

*In den Wahlkreiswochen ist es aber einfacher, sich zu sehen?*

Ja, aber immer noch vergleichbar wenig. Also, ich sag mal so: Es geht, wenn... Angenommen, wenn... Ich sage mal beim Mann, der Abgeordneter ist, und die Frau daheim Hausfrau ist, ist es einfacher, weil die Hausfrau sich auf die Terminlage des Mannes abstimmt. Jetzt im Klischee. Aber bei mir ist es jetzt so: Dadurch dass er jetzt selber sein Unternehmen gegründet hat, hat er ja auch viele Termine und viel zu tun, und da kann ich nicht nach dem Motto, jetzt bist du da, jetzt mach ich hier mal, jetzt leg ich die Beine hoch und warte, bis du kommst. Also, obwohl er da eh mir sehr entgegenkommt. Aber es ist schwierig. Also es ist wirklich schwierig, dass man da Zeit für sich aufbringt, weil man natürlich auch immer Abendveranstaltungen hat und Empfänge, Kreisverbände in anderen Bezirken, Treffen, ...ganz schwierig!“

*Es ist so auch quer durch die ganze Woche immer?*

Ja! Genau, so ist es!

*Sind Sie, seitdem Sie MdB sind, mehr in Berlin oder im Wahlkreis?*

Hm, müsste ich jetzt ausrechnen. Wir haben ja einen festen Sitzungskalender. Aber: Im Moment verbringe ich mehr Zeit in Berlin. Juli/August: da bin ich dann zwei Monate im Wahlkreis. Aber nicht ganz, ich muss dann auch zwischenzeitlich nach Berlin.

*Ist das mehr Arbeit, als Sie sich gedacht hatten? Haben Sie sich vorher darüber überhaupt Vorstellungen gemacht, was Sie da erwarten würde?*

Nee, ganz ehrlich: Ich hab nicht damit gerechnet, dass ich gewählt werde. [...] Ich hab immer gesagt zur Zeitung: Es ist nicht unrealistisch, es ist nur nicht so wahrscheinlich. Aber es ist nicht unmöglich. Ich hab einfach nicht mit dem Ergebnis gerechnet. Insofern habe ich mir überhaupt keine großen Gedanken gemacht, wie das im Detail für mich aussehen wird. Man hat natürlich Vorstellungen, wie ein Abgeordneter arbeitet oder wie die Arbeit im Bundestag ist, aber man macht sich für seine Person weniger – hab ich mir zumindest keine Vorstellungen gemacht. Ich kann jetzt auch nicht sagen: Ich hab mir das mehr oder weniger vorgestellt, weil ich für meinen Fall mir eben nicht den Tagesablauf vorgestellt habe. Ich weiß nie, was ich wirklich anders eingeschätzt hätte, ich weiß nur, dass die Arbeit hier in Berlin ohne Mitarbeiter überhaupt nicht zu bewältigen ist. Und dass die Mitarbeiter, die man hat, bis Oberkante voll sind.

Die Arbeitsbelastung mit Arbeitsanfragen, mit Terminen, auch mit inhaltlicher Arbeit, ist schon gewaltig. Auch mit viel Reisetätigkeit verbunden. Aber man muss geschickt für sich die Zeit ein bisschen rausnehmen, wenn man mal zum Zahnarzt geht oder man irgendwie ganz banale Termine hat, die jeder Mensch auch hat. Das muss man sich schon rausschneiden. Aber ich denk, da lernt man auch dazu. Wenn ich dann sehe, was Frau [Abgeordnete in höherer Funktion] zum Beispiel an Terminen hat, dann denk ich, wie schafft die das bloß? Ich denk aber: Man gewinnt da dazu und organisiert sich besser.

*Haben Sie sich gut reingefunden in das Team, also die Fraktion?*

Ja, in der Fraktion selber war es in der Hinsicht nicht so schwierig, ich sag mal im menschlichen Miteinander. Da glaube ich, ist es kein Problem. Da sitzen auch viele, die mit Tipps helfen, die einem zur Seite stehen. Wo es aber gewisse... [zögert], wo man sich durchsetzen muss, ist bei der Frage, welche Gebiete man bearbeiten möchte und wie man die auch bearbeiten möchte. Erst recht dann die Frage Sprecherposten usw., das ist nicht so einfach. [...] Die alten Hasen haben gewisse Gebiete immer bearbeitet. [...] Also ich habe dann schon manchmal den Eindruck, dass sich alle – nicht alle, das kann man nicht sagen,

nicht über einen Kamm – aber dass vereinzelt bestimmte Abgeordnete einfach das alles weitermachen möchten und einfach nicht realisiert haben, dass jetzt auch andere da sind, auch mit eigenen Biographien, auch mit eigenem Fachwissen, die das vielleicht auch gerne machen möchten. Aber das ist nicht in der Gänze so, das ist einzeln so.

*Sie sind im [...] - Ausschuss? Der nimmt sehr viel Platz ein?*

Ja. [...]

*Haben Sie, wohlmöglich gemeinsam mit Ihrem Freund, darüber nachgedacht, eine Familie zu gründen? Wie hat man sich das vorher überlegt und wie müsste man das eventuell jetzt ganz anders noch mal neu planen?*

Also dazu muss ich sagen: Bei Erwachsenen ab 30 tickt die biologische Uhr. Also bei vielen im Bekanntenkreis. Also, ich muss dazu sagen, ich hab keinen festen Plan, wann ich heiraten, wann ich Kinder kriegen will. Ich weiß, dass ich heiraten werde, ich weiß, dass ich Kinder kriegen werde. So. Aber ich hab keinen Plan, ob mit Anfang oder Mitte Dreißig. Ich hab mir auch nie Gedanken gemacht, wie es dann ist, wann die nächsten Wahlen sind. Das weiß ich noch nicht. Es wird wahrscheinlich später werden, als ich das vielleicht mal in jungen Jahren... – wobei ich fest auf diesen Kinderwunsch immer aufbaue, das muss ich dazu auch sagen. Im Studium war immer meine Haltung: Erst mal mit dem Studium fertig, ich mach meinen Abschluss. [...] Und dann muss ich erst mal schauen, dass ich hier Geld verdiene. Weil man hat ja auch viel investiert – bei der Ausbildung investiert. Viel Kraft auch. Nicht nur das Monetäre, sondern man will ja das, was man über Jahre gelernt hat, auch anwenden. Insofern war mein erster Punkt, die Promotion abschließen und dann eine gute Stelle zu bekommen. Dann, wenn das so gewesen wäre, hätt ich gesagt. So, jetzt hab ich eine gute Stelle, jetzt hab ich mich vielleicht auch intern hochgearbeitet, dann werden Kinder das Thema wählen. Insofern: einen festen Plan hab ich nicht. Vom ganz normalen Berufsausbildungsweg wusste ich, dass es später wird. Das wusste ich, und das ist jetzt auch so. Ich möchte natürlich auch nicht, dass es zu spät ist. Aber ich weiß es nicht.

*Ihr Freund ist auch nicht derjenige, der mehr Tempo machen wollte? Das passiert ja auch manchmal.*

Mein Freund ist sehr, sehr kinderlieb. Der wäre bestimmt ein sehr, sehr guter Vater. Auch jetzt schon. Also unabhängig jetzt vom Alter. Er ist noch nicht so alt, er ist nicht so viel älter



als ich. Aber dadurch, dass er sich jetzt selbstständig gemacht hat, ist das Thema für ihn auch momentan vom Tisch.

*Eine junge Politikerin, die für den Bundestag kandidiert hatte, aber nicht gewählt wurde [...] hat mir gesagt, wenn sie gewählt würde, würde sie gleich ein Kind bekommen wollen. Denn sie und das Kind wären dann abgesichert. MdB zu sein wäre ein idealer Zeitpunkt, ein Kind zu bekommen.*

Ich könnte mir nicht vorstellen, wie das jetzt gehen sollte. Angenommen, ich würde jetzt ein Kind kriegen, das wäre mir wirklich eine sehr, sehr große Herausforderung. Gerade weil die ersten drei Jahre die wichtigsten sind. Gerade wenn man – was weiß ich – wenn man stillt und das alles. Ich wüsste nicht, wie das gehen soll. Ich wüsste es nicht. Natürlich kann man sich sagen: Von den Diäten kann man sich eine Kinderbetreuung leicht leisten. Das stimmt. Aber dann muss man auch ganz klar sagen: was hat Priorität. Das zu vereinbaren mit einem grad geborenen Kind. Das stell ich mir wirklich sehr, sehr schwierig vor. Da müsste dann der jeweilige Partner auch einen großen Anteil dran haben, sonst geht's nicht. Und man muss dazu sagen: Die Absicherung, die ist ja auch nur für die Periode. Man ist gewählt für vier Jahre. Man weiß nicht, was in vier Jahren ist. Man weiß nicht, wie sich der Landesverband verhält, man weiß nicht, was man selber für Vorstellungen hat. Und man bekommt ja dann auch kein Arbeitslosegeld. Angenommen, man ist nur für vier Jahre drin und man fällt dann raus, dann kriegt man Überbrückungsgeld – das heißt anders – das ist dann anteilig berechnet nach der Zugehörigkeit im Parlament, aber dann setzt es ja aus. Man muss sich dann nach einer neuen Stelle umschaun. Es ist eine Absicherung für vier Jahre, mehr ist es nicht. Angenommen, ich würde ein Kind bekommen, dann ist es die nächsten drei Jahre versorgt. Aber was dann ist, wie ich dann leben soll, das wäre vielleicht alles neu.

*Dass das so schwierig ist, das hat sich die junge Frau wohl nicht vorgestellt.*

Vor allem, was noch hinzu kommt: Es nimmt keiner Rücksicht drauf, dass man ein Kind hat. Der Landesverband, die Kreisverbände wollen einen trotzdem sehen. Wenn ich jetzt sagen würde: ich bin jetzt für drei Tage weg, ich bin bei meinem Kind – ich glaube auf Dauer würden die Leute mich nicht verstehen. Ich weiß, dass keiner Rücksicht nimmt auf meine Promotion. [...] Man ist jetzt gewählt und man hat als Abgeordneter Termine wahrzunehmen, sei es jetzt im Kreisverband, sei es nun im Wahlkreis selber, sei es mit Grußworten, sei es in anderen Kreisverbänden. Da zählt garnix. Wenn man nicht gerade, ich sag mal, mit gebrochenem Bein daher robbt, zählt da garnix, also als Entschuldigung. Das macht es wirklich schwer. Ich denk auch, da muss sich auch noch was ändern, denn da ist zu wenig

Verständnis da. Allgemein, wenn man jetzt sagen muss, man möchte Zeit für die Familie, das zählt nicht.

*...wenn Sie zum Geburtstag Ihrer Mutter wollen, zum Beispiel?*

Ja, man kann sich das schon – man muss sich das immer dann rausschneiden. Aber das sind dann kleine Stücke.

*Hatten Sie schon mal einen Anflug von Reue, im Bundestag zu sein und auf viel verzichten zu müssen?*

Es gibt natürlich Momente, wo man sich maßlos ärgert. Das kann über alles Mögliche sein. Das gibt's. Andererseits gibt's aber immer Momente, wo man sich wirklich freuen kann, und wo man sieht, was man wirklich erreichen kann. Ich merk das immer, wenn ich im Wahlkreis bin, und man dann da ist – wir hatten die Eröffnung von einem Gemeindezentrum und die Menschen haben sich gefreut, dass ich da war. Und das ist auch so ne neue Erfahrung, denn ich war ja als Kreisrätin auch bei vielen Veranstaltungen. Dass jetzt der Abgeordnete kommt, das ist für die sehr viel wert, und die freuen sich, dass man da Teilhabe hat, dass man ihr Projekt auch unterstützt. Das gibt einem sehr viel wieder zurück. Die freuen sich wirklich, dass ich da bin, und das sieht man ihnen auch an. Und das ist was Schönes. Und auch hier, wenn man merkt, man kann in der Fraktion in gewissen Bereichen, die man jetzt bearbeitet, politisch auch was bewirken, das gibt einem dann sehr viel zurück.

Aber man muss ganz ehrlich sein: Es gibt immer Momente, wo man sich ärgert. Sei es über Fraktionskollegen oder über bestimmte Themen oder bestimmte Herangehensweisen oder dass was Falsches in der Zeitung steht oder jemand was verdreht, was so gar nicht gesagt worden ist. Oder irgendwas also. Aber das ist bei jedem Beruf auch so. [...] Es gibt tausend Sachen. Ich hab das auch vorher im Berufsleben erlebt: Es gibt immer zwei Seiten der Medaille.

## Interviewpartnerin U

*Wie sind Sie zur Politik gekommen? Was war für Sie der auslösende Moment für den zunächst ehrenamtlichen Einstieg in die Politik?*

Über eine Jugendorganisation, [die Arbeitsgemeinschaft ...] die es in meiner Heimatstadt gab, wo ich damals gewohnt habe. Eine Gruppe junger Menschen, die sich mit ganz unterschiedlichen Dingen beschäftigt hat, auch öffentlichkeitswirksam, die mich einfach angesprochen haben. Aktionen zum 500sten Jahrestag der Entdeckung von Amerika und den Folgen. Aktionen, dass in unserer Stadt kein Tropenholz verwendet werden soll beim Aufbau Ost. Aktionen gegen § 318 und zur Asylrechtsverschärfung damals 1993 – die Dinge, wo ich nach und nach reingerutscht bin – über die Zeitung, wo ich darüber gelesen habe und Schulfreunde, die sich da engagiert haben. Die hatten ein so genanntes Info-Café, das war die Geschäftsstelle [der Partei] und das durften die jungen Leute eben auch nutzen. Da haben wir uns abends getroffen in lockerer Runde und haben Themen besprochen. Das war der Beginn. Ich war am Anfang jahrelang nicht Mitglied in der Partei. Ich war Mitglied bei [der Jugendorganisation] und da konnte man Mitglied sein ohne [der Partei] selbst anzugehören. 1997 bin ich eingetreten – wir wollten auch von innen etwas verändern. Dann habe ich das erste Mal für den Kreistag [...] kandidiert – da war ich noch nicht 18 Jahre alt. Ein paar Jahre später habe ich wieder kandidiert und bin auch eingezogen und war dort im Jugendhilfeausschuss tätig, was mir sehr viel Spaß gemacht hat.

Nach meinem Umzug [nach ...] bin ich auch wieder dort in den Kreistag. Das passt zu mir. Ich habe seit 2003 zwei kommunale Mandate, die ich auch weiterhin parallel ausübe [...]. In beide Richtungen ist es sehr sinnvoll mitzubekommen, was hier und was dort passiert. Ich habe mich gefragt, ob ich das schaffe und habe beschlossen, dass mir das sehr wichtig ist, da es der engste Bezug ist zu der Stadt. Dort lebe und wohne ich und möchte ich meine Zukunft verbringen. Dort ist der Draht am kürzesten. Was das Mandat im Kreistag angeht, wurde ich gebeten, das fortzuführen, auch wenn ich nicht zu jeder Fraktionssitzung kommen kann. [...]

Die ersten Monate [hier im Bundestag] war es nicht leicht, sich erst mal in einen Alltag einzuarbeiten. [...] Die ersten Monate habe ich gedacht, mir stürzt alles über'm Kopf zusammen. Aber mittlerweile geht es, man weiß, wie der Hase läuft und die Fraktion ist mittlerweile auch eingespielt.

*Wann fiel der Entschluss für Ihre Kandidatur? Haben Sie sich früher schon darüber Gedanken gemacht oder kam das so über Sie herein?*

Ich habe ja schon mal 2002 für den Bundestag kandidiert, im selben Wahlkreis. Damals war die Debatte, wer 2003 für den Landtag antritt. Wir haben gedacht, wir müssen uns entscheiden, wer für welche Wahl – für unsere junge Gruppe – ins Rennen geht. Aus dem Kreis heraus bin ich auch gefragt worden, ob ich das machen will. Ich wollte wenn auch nur das eine oder das andere. Es hieß auch, eine Frau hat eh bessere Chancen, was die Aufstellung der Liste betrifft [...] und die Vertretung des Kreises. Das war dann schnell geklärt, dass ich das machen soll [...]. Ich bin nach dem Wahlkampf in ein ziemliches Loch gefallen, eine Krise nach dem Wahlkampf – der war ja deutlich länger als 2005. Der ganze Wahlkampf begann viel früher [...]. Es nahm kein Ende, ich war monatelang nur unterwegs. Mein Wahlkreis ist sehr groß. [...]

2005 ist an mich die Bitte herangetragen worden, es noch mal zu versuchen. Ich habe den Kontakt nicht abbrechen lassen und Projekte aus dem Wahlkampf weiter besucht. Ich bin eh im Landesverband sehr aktiv. Von daher hieß es, ich soll es mir noch mal überlegen – eigentlich für den Bundestagswahlkampf 2006. Das kam ja dann alles viel früher [...], dadurch dass auch kein anderer bei uns im Wahlkreis antreten wollte, ging alles sehr schnell, worüber ich froh bin.

*Ihr Kind war zu diesem Zeitpunkt schon auf der Welt, als im Mai letzten Jahres die Neuwahlen-Ankündigung kam?*

Sie ist 2004 geboren. Da sind noch alle davon ausgegangen, dass die Wahlen 2006 sein werden. Es wäre natürlich einfacher gewesen, weil sie jetzt in den Kindergarten geht. Oma und Opa sind inzwischen zurück nach [...] gezogen – das ist auch ganz hilfreich. [...] Ich wollte sowieso nicht ständig antreten und dann nicht gewählt werden und habe mich auf die Bundestagswahlen konzentrieren wollen. Bei den Landtagswahlen 2004 habe ich beim Spaziergehen mit dem Kinderwagen Wahlkampfmaterialien für meinen Kollegen verteilt. [...]

*Was mich auch interessiert, ist Ihre Partnerschaft – Sie sind ja verheiratet und ist Ihr Mann auch politisch aktiv und hat insofern vielleicht auch mehr Verständnis für Ihre Arbeit?*

Wir haben uns bei [der Partei] kennen gelernt, mein Mann und ich. Wir waren eine Zeit lang beide Mitglied im Landesvorstand. Er hat jetzt gerade letzte Woche seine letzte Klausur für das zweite juristische Staatsexamen geschrieben – hoffentlich erfolgreich abgelegt. In der

Frage hatten wir also nie Probleme, dass ich etwas mache, womit er nichts anfangen kann. Er ist [politisches Amt] in der Stadt. Es gibt da keine Schwierigkeiten. Jeder hat seins. Er macht viel Sport und ist Schiedsrichter. Ich habe jetzt halt den Bundestag.

*Sie sind beide sehr aktiv.*

Genau.

*In dem Zusammenhang interessiert mich, wie kriegen Sie das hin mit der Betreuung Ihres Kindes?*

Ohne meinen Mann, wäre das nicht gegangen. Wir haben uns darauf verständigt, dass er die Elternzeit nimmt – aus verschiedenen Gründen. Als Referendar hat er auch das geringere Einkommen gehabt. Ich war ja Mitarbeiterin eines Landtagsabgeordneten und wir konnten damals nicht auf mein Gehalt verzichten. Auf der anderen Seite ging es auch darum, mir den Rücken frei zu halten für die Politik. Er gehört also zu den zwei Prozent Männern in Deutschland, die Elternzeit genommen haben.

*Für wie lange?*

Ich hatte die acht Wochen nach der Geburt Mutterschutz und habe anschließend meinen ganzen Jahresurlaub genommen, war ein Vierteljahr zu Hause und dann hat er Elternzeit genommen. Er konnte auf Antrag sogar mehr als ein Jahr Elternzeit nehmen während des Referendariats. Das hat ganz gut geklappt. Er hatte so auch die Möglichkeit, sich in Ruhe aufs Examen vorzubereiten. Wenn die Konstellation eine andere gewesen wäre, weiß ich nicht, ob ich die Kraft und den Rückhalt gehabt hätte, zu kandidieren. Jetzt, da meine Eltern von [Stadt] wieder nach [Stadt] gezogen sind, konnten sie die Kleine nun auch mal am Nachmittag nehmen. Und jetzt ist die Kleine anderthalb Jahre alt und geht für sechs Stunden am Tag in den Kindergarten, was ihr unheimlich Spaß macht, wo wir Glück haben, dass sie sich da so gut eingelebt hat. So gibt es nun auch mal freie Minuten. Es gab schon Augenblicke, da gab es die Arbeit oder unser Kind und keine freie Minute.

*Wie ich das jetzt raushöre, haben Sie die Entscheidung, ob sie ein Kind haben wollen, nicht davon abhängig gemacht, wie es mit Ihrem politischen Fortkommen aussieht. Aber haben denn Überlegungen eine Rolle gespielt, wann es am besten reinpasst?*

Für mich war klar, dass ich zum Landtag 2004 nicht antreten werde [...] und die Partei oder Wahlen haben insofern kaum eine Rolle gespielt. Freunde von uns haben 2003 ein Kind bekommen und wir haben uns häufig getroffen und haben gemerkt, wie gut es denen tut. Meine Oma sagt, wenn man am Bett einer jungen Mutter sitzt, kann das sehr ansteckend sein und so war es dann auch. Wir haben dann auch gesagt, wir können uns das vorstellen.

*Waren Sie da schon verheiratet?*

Nein. Wir haben geheiratet als ich im sechsten Monat schwanger war. Das ist ja auch eine biologische Frage und wir wussten nicht, wie schnell es dann klappt. Und wir wollten im Juni heiraten. Dann ging es mit der Kleinen doch schneller als gedacht und im achten Monat wollte ich dann doch nicht heiraten, dann haben wir die Hochzeit vorgezogen. Meine Mutter war nicht verheiratet, als sie mich zur Welt gebracht hat. Ich habe es aber schöner gefunden, wenn unser Kind als Tochter von zwei verheirateten Eltern geboren wird – wegen der bürokratischen Dinge, Anerkennung der Vaterschaft, Name und so. Da wir eh heiraten wollten, haben wir die Planung nach vorne gezogen und ich glaube, die Entscheidung war auch richtig so.

*Sie sprachen ja an, dass Ihr Mann [politisches Amt] ist und ich nehme an, dass auch Termine der Partei oft am Abend stattfinden. Wenn Sie gleichzeitig Termine haben – er vor Ort und Sie hier in Berlin – springen dann die Großeltern ein?*

Entweder wir entscheiden uns, dass einer von uns zu Hause bleibt – und ich habe es noch nie erlebt, dass jemand sich darüber beschwert, wenn einer von uns nicht da ist. Wenn es aber gar nicht geht und wir beide zu einem Termin müssen – zusammen oder getrennt – dann sind die Großeltern, meine Schwiegereltern, völlig begeistert und freuen sich, wenn sie sich um die Kleine kümmern können, sie ins Bett bringen.

*Können Sie sie auch auf Termine mitnehmen oder geht das eher nicht?*

Das haben wir am Anfang gemacht – im Kinderwagen. Sie war ein sehr pflegeleichtes Baby und hat die meiste Zeit geschlafen. Wir hatten sie mit im Kreistag, auf Landesparteitagen. Erst jetzt, wo sie selbstständiger wird überlegen wir uns, ob wir sie mitnehmen oder einer zu Hause bleibt.

*Sie fahren ja jeden Tag – am Abend – nach Hause?*

Ja, das ist mein Vorteil. [...] Ich wüsste nicht, ob ich mit der Kleinen kandidiert hätte, wenn Bonn noch Regierungssitz wäre. Die Sitzungswochen sind ja für mich schon schwierig, obwohl ich abends nach Hause fahren und in meinem eigenen Bett schlafen kann. Sie schläft, wenn ich abends komme und wenn ich morgens fahre, liegt sie noch im Bett. Aber ich kann zumindest an ihr Bett treten und sie sehen. Das ist auch schon mal was. Wenn ich mir überlege, ich müsste Sonntagabends oder Montagfrüh mit dem Flieger sonst wo hin und sehe mein Kind erst am nächsten Samstag wieder – da wüsste ich nicht, ob ich kandidiert hätte. Gerade in dem Alter, in dem die Kinder noch so auf die Eltern fixiert sind. Ich merke ja, wie sehr sie sich an mich klammert, wenn ich zu Hause bin. Dann ist der Papa abgeschrieben – das tut mir auch leid – dann heißt es halt „Mama, Mama, Mama“, alles soll ich machen. Ich hätte Angst, dass sich mein Kind von mir entfremdet, wenn die Entfernung so groß wäre. Ganz zu schweigen davon, dass ich ja nicht nur Mutter und Politikerin bin, sondern auch meinen Mann sehen möchte.

*Als jetzt gerade am Anfang so viel zu tun war, haben Sie hier Nachtschichten verbracht oder auch Arbeit mit nach Hause genommen – ich nehme an, am Wochenende nimmt das ja kein Ende? Oder haben Sie Ihr Kind auch mal mit hierher gebracht?*

Hier hatte ich sie noch nicht. Das hat sich noch nicht ergeben. Ich nehme mir immer Sachen mit zum Lesen und nutze die Stunde im Zug, die ich fahre. Ich mach auch Anrufe von zu Hause oder zum Beispiel den Entwurf für meine Rede habe ich zu Hause geschrieben. Hier [im Bundestag] sind normalerweise immer alle Türen offen und es ist immer irgendwas los und irgendwas kommt immer rein. Für inhaltlich anspruchsvolle Arbeiten hat man hier wenig Raum. Das mache ich dann zu Hause und nehme mir schon was mit nach Hause, was ich dann aber mache, wenn die Kleine dann schläft. Ich will die Zeit, die ich zu Hause habe, auch mit ihr verbringen. Da muss man natürlich Kompromisse finden, auch wenn ich hausfrauiche Tätigkeiten erledigen muss – da will sie mittlerweile auch schon mithelfen, total lustig.

*Beschäftigen Sie denn jemanden als Hilfe im Haushalt?*

Der Gedanke ist schon mal gekommen, dass es schöne wäre, wenn man nach Hause kommt und alles ist gemacht – gerade in der Situation als mein Mann sich aufs Examen vorbereitet hat. Da habe ich dann versucht, ihm auch viel abzunehmen, wenn ich dann zu Hause war. Bis jetzt haben wir aber noch niemanden. Meine Schwiegermutter hatte mir das

mal angeboten, aber das habe ich kategorisch abgelehnt – die Vorstellung, dass meine Schwiegermutter bei uns putzt – das geht gar nicht. Aber die Kleine geht ja jetzt schon in den Kindergarten und das nimmt uns schon ein bisschen was ab. Und ich merke, sie ist nicht einfach nur abgeschoben, sondern hat auch selbst was davon. Sie hat auch einen richtigen Sprung gemacht in ihren Sprachfähigkeiten. Ich habe ein ruhiges Gewissen und das ist schon eine wichtige Entlastung. [...] Ich hatte es auch schon, dass ich hier einen Anruf bekommen habe: die Kleine hat Fieber – dann bin ich nach Hause gefahren. Privat geht vor. Jeder ist irgendwie ersetzbar. Dann muss man halt mal einen Termin absagen. Denn nichts wäre schlimmer, als hier auf Kohlen zu sitzen und es geht vielleicht irgendwas schief.

*Können Sie sich noch ein zweites Kind vorstellen? Haben Sie darüber vielleicht schon mal unabhängig von Ihrem Mandat nachgedacht?*

Wir haben schon gesagt, dass gerade dadurch, dass es so gut lief mit der Kleinen und sie so pflegeleicht war [...], denken wir darüber nach, dass sie nicht alleine bleibt. Ich selbst habe mir als Kind immer einen Bruder gewünscht [...], insofern könnte ich mir auch schön vorstellen – ein Geschwisterchen. Nur im Moment ist das nicht so drin. Ich hoffe, dass sich hier alles ein bisschen mehr einpegelt. [...] Wenn dieses Arbeitspensum bleibt, würde es schwer werden. Da muss man noch mal andere Prioritäten setzen. Das wollte ich vorhin bei der Frage, wie das zu Hause so klappt, noch sagen: Was man sich sehr schnell angewöhnt, wenn man eine junge Familie ist, dass man bestimmte Dinge nicht mehr so genau nimmt – dass einem bestimmte Dinge, ob gesaugt ist oder die Fenster geputzt sind – nicht mehr so wichtig sind und man lieber eine Stunde mit der Kleinen spazieren geht. Da verschieben sich die Prioritäten.

*Darauf zielte auch meine Frage mit der Beschäftigung einer Haushaltshilfe.*

Wenn wir uns überlegen sollten, ein zweites Kind zu bekommen, könnte es sein, dass wir das ganz konkret besprechen. Wenn man eh schon wenig Freizeit hat, will man die ja auch nicht mit Putzen verbringen. Das kommt jetzt auch darauf an, wie es mit meinem Mann weiter geht. Wenn er dann auch mal arbeitstechnisch so eingespannt ist wie ich, kann das eine konkrete Überlegung wert sein.

*Hat er denn auch mal überlegt, ob er gern Berufspolitiker sein würde? Was würden Sie davon halten, wenn er sein Standbein und Haupteinkommen in der Politik suchen würde?*



Weiß ich nicht. In Brandenburg gibt es ja das Ehepaar Reiche. Ich weiß nicht, ob wir danach streben sollten, das auch so zu machen. Aber ich glaube auch nicht, dass das [Name des Ehemannes] erste Wahl wäre. Er ist schon gern Jurist und versucht da eine Verbindung zu schaffen. Vielleicht wird er versuchen in die Verwaltung zu gehen. Wir haben den Vorteil, dass er nicht unter dem Druck steht, sofort einen Job finden zu müssen, da mein Einkommen ja für uns beide reicht [...].

*Kommen Sie auch in sitzungsfreien Wochen hierher?*

Ich habe mehrere Wahlkreisbüros. Mein Hauptwahlkreisbüro, das auch Hauptanlaufpunkt ist, ist in [Stadt]. Ansonsten bin ich auch in [Stadt], [Stadt] und [Stadt] präsent, wo ich mich miteinklinke. Es ist schwer möglich, in den sitzungsfreien Wochen auch hier zu sein und die sind für die Arbeit im Wahlkreis verplant.

*Macht es für Sie einen Unterschied, ob Wahlkreis- oder Sitzungswoche?*

Bei den Wahlkreisterminen habe ich die Hand drauf und kann entscheiden, dass ich mal nicht vor neun anfangen und Zeit für das gemeinsame Frühstück habe. Das macht schon einen Unterschied. Und ich kann sagen, packt mir den einen Tag voll und dann bin ich den ganzen Tag in [Stadt] oder [Stadt] und dafür habe ich am darauffolgenden Tag den halben Tag frei. Das ist natürlich entlastend. [...] Hier bin ich nicht „Herr meiner Zeit“ und insofern sind die sitzungsfreien Wochen anders.

*Auch wenn Sie noch gar nicht so eine lange Zeit im Bundestag sind: Hatten Sie schon mal so einen Moment, wo Sie gedacht haben „oh nee, das habe ich eigentlich nicht gewollt“ oder da bereue ich fast, Bundestagsabgeordnete geworden zu sein?*

Solche Momente gab es wirklich. [...]. Ich kam völlig entnervt nach Hause und fand vor lauter Dingen, die ich machen muss, keine Ruhe im Schlaf. Das hat mich körperlich auch sehr stark belastet. Ich war derart nah am Wasser gebaut eine Zeit lang. Jede kritische Bemerkung und schlechte Nachricht hat mich völlig aus den Hufen gehauen. Das war Anfang Dezember, wo sich die Termine eh naturgemäß häufen. Da war mir das zu viel. Im Januar haben wir dann eine Fraktionsklausur gemacht, alles bekam ein bisschen Struktur und mir wurde klar, du musst nicht alles auf einmal machen und alles von heute auf morgen wissen. Am Anfang hatte ich wahrscheinlich auch an mich selbst einen viel zu hohen Anspruch. [...] Da dachte ich, wo bin ich hier hingekommen?!

## **Interviewpartnerin V**

*Meine erste Frage lautet immer: Wie sind Sie in die Politik gekommen. Gab es einen auslösenden Moment?*

An und für sich: Nein. Es gab nicht so einen auslösenden Moment. Ich bin irgendwann [in die Partei] eingetreten nach Abschluss meiner Ausbildung. [...] Das war 1991. [...] Vielleicht auch ein bisschen Dankbarkeit dafür, dass ich studieren durfte, was ich wollte, wohnen durfte, wo ich wollte. Dankbarkeit auch für einen politischen sozialen und materiellen Wohlstand. Aus dieser Überzeugung heraus und um das zu demonstrieren, bin ich in eine Partei eingetreten, eine demokratische Partei. Weil mir das Grundsatzprogramm [der Partei] am besten gefiel und am besten mit meinen Überlegungen übereinstimmte.

Dann wurde ich gefragt, ob ich Lust hätte, ehrenamtlich Politik zu machen, was ich getan habe an einem ganz konkreten Projekt. Wir haben einen Jugendhof aufgebaut. Ich bin dann in den Stadtverband-Vorstand gekommen. Zufällig, weil man mich gefragt hatte, weil es auch in der Kommunalpolitik nicht viele junge Frauen gibt. Dann bin ich so meinen Weg durch die Partei gegangen. Ich hab dann ganz untypisch irgendwann mal völlig aufgehört, bin in der Partei geblieben, hab aber keine Parteiämter mehr gehabt, weil ich beruflich sehr eingespannt war, weil wir inzwischen zwei Kinder hatten und ich damit Beruf und Familie und ehrenamtliche Politik nicht mehr überein bekommen habe.

Meine erste Kandidatur war auch eine ungewöhnliche Sache: Da ist nämlich meiner Partei eine Kandidatin abhanden gekommen. Eine gute Woche vor der Nominierungsveranstaltung. Und man wusste, dass man nur mit einer Frau die Möglichkeit haben würde, einen sicheren Listenplatz auf der Landesliste zu bekommen. Da der Wahlkreis ein bisschen schwierig zu gewinnen ist [...], hat man sich ganz gezielt nach einer Frau umgesehen. Ich bin dementsprechend die typische Quotenfrau. Inzwischen bin ich das zweite Mal aufgestellt und das zweite Mal gewählt [...].

*Sie waren aber auch schon [in der Jugendorganisation der Partei]?*

Das ist richtig. Ein allgemeines politisches Interesse hab ich immer gehabt. Ich war an der [...] Hochschule, wo ich studiert habe und zusammen mit anderen eine eigene politische Vereinigung damals aufgemacht. [...] Wir wollten an der Hochschule konkret etwas ändern. Da haben wir uns zusammengefunden und eine eigene hochschulpolitische Vereinigung aufgemacht. Dann hab ich mich irgendwann entschlossen, nicht automatisch, sondern wirklich ganz bewusst diesen Schritt zu tun und [in die Partei] einzutreten.

*Und Ihr Mann, ist der auch politisch aktiv?*

Er ist Sympathisant, würde ich sagen. Sonst kann man das wohl auch nicht ertragen mit einer Politikerin zusammenzuleben. Und er hat immer sehr, sehr viel Verständnis dafür gehabt, dass ich Politik gemacht habe – ehrenamtlich Politik gemacht habe. Das war ja in der Phase, wo wir kleine Kinder hatten, die ganz viel Betreuung benötigten, gerade abends, ohne Kindermädchen oder Babysitter, und da hat mein Mann diese Aufgabe immer übernommen und hat mich abends laufen lassen. Und auch jetzt wäre unser Familienleben ohne meinen Mann als zentralen Ankerpunkt überhaupt nicht möglich. Er ist zu Haus und kümmert sich vorwiegend um Haus, Hof und Kinder. Und ich bin eben außer Haus tätig.

*Wie alt sind Ihre Kinder jetzt?*

Zehn und zwölf.

*Ich glaube, es ist doch relativ selten, dass der Mann zu Hause bleibt. War das schon so geplant, als das erste Kind unterwegs war?*

Nein, das hat sich bei uns so entwickelt, ehrlich gesagt. Wir waren eigentlich sehr konventionell und haben zunächst tatsächlich geplant gehabt, dass ich die Kinder kriege, das ist immer so, und sie dann auch vorwiegend betreue. Ich war die ersten vier Jahre, als die Kinder ganz klein waren, zu Hause. Ich war im Erziehungsurlaub. Und dann hat sich das aber einfach so ergeben durch die berufliche Situation meines Mannes, durch ein Angebot, was man mir gemacht hat, dass ich dann tatsächlich, als unser Kleiner zwei Jahre alt war, wieder angefangen habe, voll berufstätig zu sein und mein Mann dann eben zu Hause war. Mit zwei- und vierjährigen Kindern ist es meiner Meinung nach fast nicht anders möglich, als dass einer der beiden ganztags oder zumindest halbtags zu Hause ist. Das war uns dann auch so wichtig, dass wir gesagt haben: Gut, wenn einer von uns beiden arbeitet, ist das völlig in Ordnung. Und dann hat sich das eben so ergeben, dass wir in der Situation die Aufgaben getauscht haben.

*Schön! [...]*

Und das ist, wenn ich das ergänzen darf, das ist so geblieben. Und in der Situation, wo man mich gefragt hat, ob ich mir vorstellen könne zu kandidieren, war das dann eigentlich noch eins drauf: die völlige Umstellung der häuslichen Situation. Es war bei uns ohnehin schon so,

dass mein Mann vorwiegend für die Kinder zuständig ist und ich eben vorwiegend außer Haus tätig bin. Es war sicherlich meine Entscheidung zu sagen, Jawohl, ich wage jetzt auch den Sprung nach Berlin.

*Ihre berufliche Situation vorher war...?*

Ich war vorher [berufliche Tätigkeit], war dann aber natürlich abends immer zu Hause. Aber dennoch über Tag ganz weg und das war auch ein Tag über 38,5 Stunden, weil die Arbeit nie aufhörte. Von daher war es dann natürlich doch noch ein qualitativer Sprung nach Berlin, wo ich wochenweise ganz weg bin. Aber es war dennoch nicht völlig unterschiedlich.

*Da waren Ihre Kinder schon ein bisschen älter.*

Sechs und acht.

*Da waren sie schon zumindest in der Schule. Da ist Ihr Mann während der Schulzeit auch entlastet.*

Ja, genau.

*Das ist schon eine andere Situation, als wenn die Kinder so ganz klein sind.*

Im Prinzip schon. Auf der anderen Seite ist es aber natürlich so, wenn die Kinder mittags nach Hause kommen oder wenn die Schulzeiten unregelmäßig sind oder wie auch immer, das ist immer noch schwierig und ja auch ein Großteil dessen, was wir im Moment diskutieren: Wie kriegen Leute Familie und Beruf auf die Reihe? Wie kann man das eigentlich kombinieren? Und das ist eben in vielen Bereichen immer noch so, dass wir keine verlässliche Beschulung von morgens um acht bis mittags um 13 Uhr haben. Dass es Kindergarten-Zeiten gibt von – weiß ich nicht – acht bis zwölf. Da kann man aber fast eine Halbtags-tätigkeit nicht mit kombinieren, weil man sich dann noch selber auch zur Arbeitsstelle hinbewegen muss und sich wieder zurückbewegen muss. Also, das ist immer noch eine Schwierigkeit, die wir auch nicht wirklich zureichend im Griff haben.

*An den Wochenenden fahren Sie nach Hause?*

Ja.

*Ich nehme an, dass Sie da auch reichlich Termine haben?*

Es ist eben keine freie Zeit, wenn wir im Wahlkreis sind. Da sind Termine, da sind Firmenbesuche, Besuche in Schulen, in Heimen, Parteiveranstaltungen, Vorträge – was auch immer – jede Menge Bürgersprechstunden, Parteisitzungen. Tatsächlich jede Menge Termine, die zu absolvieren sind. Auch vorwiegend abends und am Wochenende, weil die Parteistrukturen, auf die wir uns stützen, mit denen wir arbeiten, eben aus ehrenamtlich für die Partei arbeitenden Menschen und Mitgliedern besteht und die haben halt abends Zeit und am Wochenende. Und deshalb ist auch unser Kalender danach ausgerichtet.

*Sie haben aber doch während der Wahlkreiswochen mal Zeit, mittags mit Ihren Kindern zu essen. Und dafür sind Sie abends nicht da?*

Genau! Es ist ganz unterschiedlich.

*Haben Sie mehrere Wahlkreisbüros?*

Nein, ich habe ein Wahlkreisbüro in [Stadt]. [...]

*Also auch nah bei Ihnen zu Hause?*

Ja, es ist nicht so weit, genau.

*Gab es denn schon Situationen, in denen Ihre Kinder oder Ihr Mann gesagt haben: „Ach Mensch, kannst Du nicht mal ein bisschen kürzer treten?“*

Ja, natürlich gibt es solche Situationen. Sicher, man kann seine Arbeit so oder so machen. Das ist natürlich auch klar. Es gibt auch Zeiten unterschiedlicher Inanspruchnahme, zum Beispiel im Wahlkampf. 12 Stunden, 14 Stunden – die Wahlkampftour, der Besuch von x Ortsmarktplätzen. Dann kommt man nach Hause und hat dann noch mal zwei, drei Stunden E-Mails zu bearbeiten und Briefe zu beantworten, Fragebögen auszuwerten und ich weiß nicht was. Und das ist schon eine extreme Zeit, auch für die Familie. Dann gibt es hier immer mal wieder phasenweise ganz, ganz viel Arbeit, wo dann zu Hause irgendwann gesagt wird: Du pass auf, jetzt ist es gut.

Dieses Wochenende zum Beispiel ist ganz hübsch. Morgennachmittag, sobald ich hier weg kann, fahre ich irgendwo [Region], wo wir Vorstandsklausur haben und irgendwann am Samstag Spätnachmittag nach Hause und so hab ich im Prinzip gut einen Tag zu Hause. Ich

muss dann aber gucken, dass das, was sich da an Post angesammelt hat, noch mal eben zusammengepackt wird. Wir haben im Herbst Kommunalwahlen. Ich bin noch [politisches Amt] zu Hause, und ich muss sehen, ob ich das Eine oder Andere telefonisch auf die Bahn bringen kann. Und dann fahre ich am Montag ganz früh wieder hierher. Es ist wirklich manchmal wenig Zeit, ja!

*Haben Sie zu Hause Personal beschäftigt?*

Ja, ich habe einen kleinen Arbeitsplatz geschaffen. 20 Stunden die Woche ist eine Frau bei mir im Haushalt, bei uns im Haushalt, und macht da alles, was normalerweise in einem Haushalt gemacht werden muss. Wenn ich es selbst machen würde, würde es von der Zeit für die Kinder und für meinen Mann abgehen. Zudem finde ich es auch gut, wenn man einen kleinen Arbeitsplatz schafft. Das ist sicherlich vernünftig.

*Hat Ihr Mann denn jetzt wieder angefangen zu arbeiten?*

Er arbeitet ehrenamtlich in vielen Bereichen. Er ist Vorsitzender von [...] und arbeitet als [...]. Also ehrenamtlich und nebenamtlich tätig.

*Begleitet er Sie auf Veranstaltungen oder will er sich lieber raushalten?*

Eigentlich nie, weil das auch eine komische Situation ist. Ich versuche tatsächlich meine Familie aus meinem politischen Leben fern zu halten, ganz deutlich zu machen: Ich bin gewählt, ich habe das Mandat, es ist meine Aufgabe, meine Arbeit. Dass mich meine Familie natürlich menschlich begleitet, das ist überhaupt keine Frage. Aber die politische Auseinandersetzung, da bin ich halt diejenige, die da die Verantwortung trägt.

Bei politischen Veranstaltungen ist es dann so, dass meine Familie nicht als eigenständige Persönlichkeiten auftreten, sondern es ist immer nur der Mann von oder die Kinder von. Und das ist eine ziemlich anstrengende und öde Situation für meinen Mann und auch gerade für die Kinder, die dann von 30, 40 Leuten gleichzeitig gefragt werden: „Wie heißt ihr denn, wie alt seid ihr denn, wo geht ihr denn zur Schule und ist das eure Mama und ist die oft nicht da?“ Es sind dann immer dieselben Fragen, die dann letztendlich gefragt werden und das ist eine blöde Situation. Da haben die Kinder auch überhaupt keine Lust mitzukommen. Und mein Mann weiß dann auch wesentlich besseres zu tun, als mich auf irgendwelche Veranstaltungen zu begleiten. Also es gibt da unterschiedliche Bereiche. Wir reden zu Hause natürlich auch über politische Dinge. Na klar, sonst geht das ja gar nicht. Aber im Prinzip versuchen wir wirklich, den familiären Bereich und den Bereich, den ich hier als Mandat

vertrete und politisch vertrete, voneinander zu trennen. Auf der anderen Seite, das Abgeordnetendasein ist doch was Besonderes: Bundestagsabgeordnete zu sein. Und ich versuche, wenn ich zu Hause bin, den Kindern ganz bewusst nur ich zu sein. Nicht die Frau Abgeordnete. Ich versuche die Jungs unbeeinflusst, so weit das geht, von meiner Position in der Öffentlichkeit groß werden zu lassen. Denn politische Auseinandersetzungen können auch manchmal einen Ton haben oder eine gewisse Schärfe, die für Kinder vielleicht schwer verständlich ist, die sie nicht nachvollziehen können, noch sie einschätzen können. Von daher rede ich auch mit den Kindern natürlich über bestimmte politische Dinge, soweit sie mich fragen. Aber ich versuche sie sonst wie ganz normale Kinder in einer ganz normalen Umgebung groß werden zu lassen.

*Werden Ihre Kinder in der Schule auch mal von Lehrern angesprochen, von der Arbeit ihrer Mutter zu erzählen?*

Eigentlich noch nicht. Mit zehn und zwölf sind sie noch in dem Alter, im dem zwischen den Kindern politische Themen noch keine Rolle spielen. Das mag aber noch kommen.

*Aber es gab da keine Negativerfahrungen.*

Nein, noch nicht. Gott sei Dank! Weil ich tatsächlich versuche, das zu Hause einigermaßen raus zu halten und es, wie gesagt, so normal wie möglich für die Kinder zu gestalten. Ohne dass ich mich selbst verleugne oder so was. Natürlich bin ich Abgeordnete, auch wenn ich zu Hause bin. Aber ich versuche, meinen Beruf, der es ja ohne Zweifel ist, mein Amt, mein Mandat, das ja schon ein bisschen mehr als Beruf [ist], von meinem Privatleben tatsächlich ein bisschen getrennt zu halten.

*Wurden sie in der Nominierungsphase angesprochen: Sie sind doch Mutter von zwei Kindern, warum wollen ausgerechnet Sie in den Bundestag?*

Das kommt immer. Während meiner ersten Nominierung war das eigentlich eine vordringliche Frage, die ich zu beantworten hatte. Das war weniger die Frage, was haben sie für politische Vorhaben, was haben sie für Ziele, was versuchen sie für diesen Wahlkreis durchzusetzen, wie wollen sie das eigentlich machen, wie sind sie ausgebildet? ...was auch immer. Sondern die Frage war sehr, sehr schnell: wie kriegen sie das mit ihrer Familie in Deckung, ist ihr Mann damit einverstanden, werden ihre Kinder darunter leiden? Das sind sehr, sehr dringliche, vordringliche und eindringliche Fragen gewesen, die ich eigentlich bei jeder Vorstellungsrunde beantworten musste, immer, immer. Ich hab das auch von mir aus

gemacht. Hilft ja nix, diese Fragen kommen immer. Die Fragen kommen übrigens auch heute noch, wenn ich mich mit jemanden unterhalte, der mich nicht kennt und dem ich dann erkläre, dass ich erstens Abgeordnete und zweitens Mutter von noch nicht ganz großen Kindern bin. Da kommt diese Frage auch immer. Und es kommt auch immer die Anfrage, ob das denn mit meinem Mann so in Ordnung sei, und ob er auch wirklich nicht darunter leiden würde, und was das für ein Typ sein könne? Also, das ist eine Frage, die die Leute wirklich brennend interessiert [...]. Das ist durchaus [...] nicht selbstverständlich, dass in Familien eine solche Aufgabenteilung auch tatsächlich funktionieren kann. Ja, da bin ich doch ein bisschen ungewöhnlich [...].

*Männern würde das wohl nicht passieren?*

Männern würde das nicht passieren. Nein! Wenn da irgendwo ein 40jähriger Mann auftaucht und hat zwei halbwüchsige Kinder, natürlich wird er nicht gefragt, ob seine Frau damit einverstanden sei und ob er Familie und Beruf überein kriegen könnte. Da hat unsere Gesellschaft – und das ist nicht nur eine Frage von Politik, sondern das ist eine Frage unserer gesamten Gesellschaft, also die gesellschaftlichen Gruppen – wirklich noch einen Umdenkungsprozess vor sich. Glaub ich schon. Ja.

*Haben Sie das Gefühl, dass Sie hier ein bisschen was vorleben können. Wollen Sie eine Art von Vorreiterrolle spielen?*

Vorreiterrolle – das ist so eine Geschichte. Jeder muss das so sortieren, wie er es in seiner Familie, seiner Konstellation, hinkriegt. Mein Mann und ich, wir kriegen das so hin miteinander, wir finden uns beide in unserem Aufgabenbereich ein, wir freuen uns daran, wir versuchen es möglichst gut zu machen. Es ist ok für uns beide. In dieser Konstellation mit den Kindern, die wir haben, ist das ok. Deshalb will ich niemandem da was vorschreiben oder vorleben wollen. Nur: Ich versuche natürlich oder ich bringe natürlich meine persönlichen Erfahrungen, die ich gemacht habe mit meiner Familie auch in politische Diskussionen ein. Wenn wir uns jetzt über Elterngeld unterhalten, wenn wir uns darüber unterhalten, ist das natürlich eine spannende Diskussion und natürlich versuche ich in diesem Zusammenhang auch tatsächlich meine Erfahrungen mit einzubringen. Zu betonen, wie wichtig es ist, wenn wir über Familienpolitik sprechen, nicht nur über Frauenproblematik, über Mütter zu sprechen, sondern auch über Väter. Zu jeder Familie gehören Väter unbedingt dringend dazu und zwar über das Erzeugen von Kindern hinaus. Das ist natürlich etwas, was mich sehr bewegt und was ich auch versuche, in meine Arbeit hier einzubringen.



### *Das Elterngeld ist...*

...eine ganz große Chance, die wir haben. Dass wir wirklich durch einen solchen Schritt der Politik auch das Bewusstsein für die Bedeutung von Vätern für Familien deutlich machen. Im Moment hat man einfach den Eindruck: Na ja, schlimmstenfalls kommt eine Familie auch ohne Vater aus. Für die Entwicklung eines Kindes, für die Sozialisierung eines Kindes, für das Großwerden von Jungs sind Väter ganz, ganz bedeutend, meiner Meinung nach. Tatsächlich: Wir brauchen in Familien Väter und Mütter. Auch die Verschiedenheit von Vätern und Müttern. Davon bin ich wirklich zuriefst überzeugt. Auch für die persönliche Entwicklung eines Mannes, auch für das persönliche Glück, das wir ja auch haben, das wir Kinder haben. Dass es eine große Chance bietet, tatsächlich mal einen Monat oder zwei Monate mit dem Kind zusammen sein zu können und sich wirklich nur auf das Kind konzentrieren zu können.

Diese vier Jahre, die mir geschenkt wurden, wo ich nur mit den Kindern zusammen sein durfte, würde ich niemals missen wollen. Obwohl ich in der ganzen Zeit sehr viel ehrenamtliche Politik gemacht habe. Weil ich abends mit erwachsenen Leuten über erwachsene Dinge streiten wollte und nicht nur den ganzen Tag mit Kindern. Aber dennoch ist es doch eine tolle Erfahrung, die man da wirklich machen kann, die Vätern sonst überhaupt nicht vergönnt ist, weil sie gesellschaftlich noch nicht anerkannt, in Firmen nicht akzeptiert wird. Das hat damit zu tun, dass die gesellschaftliche Anerkennung von Arbeit in Familien, von Fürsorge, Hingabe in Familien noch nicht so groß anerkannt ist. Diese Chance haben Väter praktisch nicht. Einer Frau wird das zugebilligt. Überhaupt gar keine Frage.

Bei einer Frau wird auch selbstverständlich natürlich angenommen, dass wenn sie sich für ein Kind entscheidet, sie ganz klar mindestens ein viertel Jahr ausfällt. Sie haben natürlich Mutterschutzzeit, sechs Wochen vor der Geburt und acht Wochen danach. Was übrigens ziemlich gut ist, was eine Frau gut gebrauchen kann, sag ich aus eigener Erfahrung. Aber: Es wird wie selbstverständlich angenommen, dass eine Frau, die sich für ein Kind entscheidet, natürlich, klar, mindestens ein Vierteljahr, wenn nicht vier Monate sich aus dem normalen Erwerbsleben, aus ihrer Karriere verabschiedet. Sicherlich: Für einen Mann werden diese zwei Monate, die man möglicherweise in zweimal vier Wochen splitten könnte, als völlig unmöglich angesehen. Warum eigentlich? Ich glaube, wir vergeben uns da wirklich große Chancen, familienpolitisch aber auch gesellschaftspolitisch und jeder einzelne für sich selbst für sein eigenes Leben ohnehin.

[...]

*Hätten Sie noch ein weiteres Kind haben wollen?*

Da fragen Sie mich etwas sehr intimes. Es ist tatsächlich so: Meine beiden Jungs sind total klasse, ich hätte gern noch ein Mädchen gehabt. Und jetzt traue ich mich nicht mehr. Denn das ist ein Job, den wir hier machen, der sich meiner Meinung nach ganz schwierig mit kleinen Kindern, mit Säuglingen, vereinbaren lässt. Denn in der allerersten Zeit, weiß ich von mir selber, wollte ich selber für mein Baby zuständig sein. Und mir ist es schwer gefallen, als ich nach zwei Jahren wieder angefangen habe zu arbeiten – der Kleine war zwei Jahre alt – ich hab das auch gerne gemacht, die Kollegen waren in Ordnung, aber als ich nach Hause gekommen bin, hab ich nur geheult, weil ich gemerkt hatte, das ist ein Schnitt. 70, 80 Prozent wieder im Beruf und die Kinder laufen eben nur noch mit. Das ist dann schon so eine Geschichte. Und um noch mal auf die Männer zurück zu kommen: Die haben das eigentlich immer. Die machen ihren Beruf und Kinder eben nur noch mit. Toll ist es, wenn man Vätern die Chance gibt, wirklich mal 100 Prozent Familie zu machen. Und sei es nur für einen Monat.

*Haben Sie aus privaten Gründen oder auch politischen Gründen schon mal bereut, dass Sie Abgeordnete geworden sind?*

Der Beruf, den wir haben, ist sehr interessant und sehr verantwortungsvoll. Man kann eine Menge machen, wenn man das will. Natürlich ist dieser Beruf so, wie es in anderen Berufen auch ist: Es gibt Tage, die sind gut, da gelingt eine Menge. Es gibt Tage, die sind nicht so gut, da gelingt weniger. Man muss mit den unerfreulichen Dingen kämpfen. Das ist aber, glaub ich, überall so. Das ist kein Spezifikum in der Politik. Sehr gut ist, wenn man hier ist, eine vernünftige feste Grundlage. Die hab ich in meinem erlernten Beruf als [...] und in meiner Familie. Ich mach das hier sehr gerne, mit ganzer Hingabe und viel Begeisterung. Aber wenn es einmal nicht mehr so sein sollte, wenn ich nicht wieder aufgestellt würde, würde ich das sehr bedauern, aber ich hätte meinen Beruf, in den ich jederzeit zurück könnte und meine Familie. Also: Es gibt für mich eine feste Grundlage, es gibt für mich tatsächlich ein Leben außerhalb der Politik und das ist ganz, ganz wichtig. Das macht einen freier im Kopf.

*Ich glaube, man merkt Ihnen an, dass Sie das, was Sie tun, mit voller Überzeugung und Hingabe tun.*

Ich mach das gerne, das stimmt schon. Aber trotzdem: Es gibt eben ein Leben außerhalb der Politik und das ist ganz, ganz wichtig.

## Interviewpartnerin W

*Ich möchte als erstes fragen, wie Sie zur Politik gekommen sind?*

Ich kann in so einem Zusammenhang, so einem Interview darauf nur antworten: durch Zufall. Sonst wäre es ein abendfüllendes Programm.

*Interessant ist doch Ihre kurze und steile Karriere. Wende, Eintritt in die Partei, Bundestag: Das kam doch Schlag auf Schlag?*

Das war ein Jahr, eineinhalb Jahre. Das war für alle, egal welches Alter, im Osten gleich. Es grummelte im Osten schon. Ich komme aus der Kirchenbewegung. Dann war da das Forum. Und plötzlich entwickelte es sich. Das war ja auch nicht vorgeplant. Es war dann klar: wir laufen auf Wahlen zu. Wahlen müssen sein, damit man wirklich was verändert. [...] Wirklich eintreten und politische Karriere machen wollte ich anfangs nicht. Ich bin [...] von Beruf und hab auch als solche gearbeitet. [...] Also: Ich hatte das nicht geplant.

Mein Kind ist im [noch vor der Wende] geboren. Es war einfach ein anderes System. Ich wollte immer Kinder haben. Ich war damals 23 Jahre alt, war ein Jahr verheiratet gewesen, war seit einem Jahr [berufliche Tätigkeit]. Ich war mit 22 mit dem Studium fertig. Es war eine andere Zeit. Ich bin geschieden worden, neun Tage nach der Geburt unseres Sohnes. Da gab es für mich nie irgendwie – wie soll ich das sagen – einen Konflikt in dem Sinne: ogottogott, was wird denn dann?! Sondern man wusste: Aha, es ist ja klar, selbst wenn du jetzt geschieden bist, allein erziehend bist, du kannst weiter arbeiten für den Unterhalt. Es gab ja auch nicht so etwas wie einen Ehegattenunterhalt. Es war klar: [Name des Kindes] wird ein Jahr, er wird einen Krippenplatz bekommen und ich kann zu unserem Lebensunterhalt arbeiten. Es gab eben nicht so etwas wie Sozialhilfe, wo man also reinrutschen konnte, sondern es gab die Möglichkeit zu arbeiten. Und das hat für viele die Entscheidung erleichtert, vollkommen klar.

Fakt ist, dass mit dem 3. Oktober 1990 die Kindergärten nicht geschlossen wurden. Dass wir sozusagen zurückfielen in die 60er Jahre oder so. Das war ja noch da, das hatte mit Sicherheit andere Gründe. Die DDR wird oft als der Hort der Emanzipation und der Erwerbstätigkeit von Frauen gedacht, aber immer unter dem emanzipatorischen Duktus. Das war ja ganz so auch nicht. Die Frauen wurden gebraucht und dem zufolge musste man auch für Betreuung sorgen. Und es war auch in der DDR so, dass Frauen nicht den gleichen Lohn für die gleiche Arbeit hatten. Ich bin zum Beispiel vom Studium gekommen mit einem Kommilitonen, der hatte auch keine besseren Noten als ich. Ich hab mit 730 Mark brutto

angefangen und er mit 830 Mark. Ich hab den Chef auch gefragt: wie kann das denn sein, das ist doch nicht in Ordnung! Er sagte: Das geht völlig in Ordnung, ich krieg demnächst sowieso Kinder.

*Als das Kind da war...*

...hab ich ein Jahr ausgesetzt. Es war so, es gab ein bisschen Ähnliches dem jetzt neu entworfenen Elterngeld. Man bekam von seinem Einkommen einen bestimmten Prozentsatz weiter in diesem Babyjahr. Ein großes Hopsa konnte man davon nicht machen, das ist logisch. Vor allem, wenn man gerade anfängt. [...]

Als [Name des Kindes] eindreiviertel Jahre alt war, da hab ich viel Glück gehabt. Das ist nicht überall so gewesen. Es gab ja viele, die noch lange nicht in eigenen Wohnräumen gewohnt haben, obwohl Kinder da waren. [...]

*[Interviewpartnerin W berichtet von ihrem Glück, dass sie im Haus ihres Bruders und ihrer Schwägerin leben konnte. Die Schwägerin konnte sich auch um ihren Sohn kümmern.]* Wir haben uns da gegenseitig viel geholfen. Meine Mutter stand uns zur Verfügung. Als die Montagsdemos waren. Klar, da schleppt man nicht ein kleines Kind mit. Das war ja nicht so klar was da passiert. Da ist meine Mutter zu Hause geblieben und hat gesagt: So, ich bewache die Kinder und ihr zieht los. Das war schon so, das hat man dann in Familie quasi organisiert. Man hat ja auch nach Brot angestanden. Das war ja noch diese Mangelgesellschaft, sag ich jetzt mal. Also eingekauft, Feuer gemacht, Kohlen hochgetragen und weiß ich nicht was. [...]

Es ging dann um die Volkskammerwahl 1990. Und ich hab damals gesagt: Leute, ich nicht! Das geht nicht. Das funktioniert nicht. Ich mache Kommunalpolitik. [...] Man begibt sich da rein und will es hundertprozentig machen, weiß aber nicht, was da auf einen zukommt. Das ist auch klar. [...] Meine Eltern haben mich unterstützt. Wenn Stadtratssitzung war, war mein Sohn eben bei meinen Eltern und danach habe ich ihn wieder abgeholt. Unterdessen gab es die Diskussion: „Geh du doch in den Bundestag!“ Aber ich hab gesagt, ich würde mir das ja zutrauen, aber ich kann das nicht machen, ich habe ja einen Sohn. Und da war eine Genossin aus den alten Bundesländern, die gesagt hat: „Du hör mal, es gibt ja Tagesmütter. Es gibt zwar keine Kinderbetreuung, wie im Osten, aber du verdienst ja. Du bist auf jeden Fall in der Lage, für Kinderbetreuung zu sorgen.“ Für mich war wichtig, dass ich mein Kind bei mir hab. Und meine Eltern haben mich auch ermutigt und haben gesagt, sie stehen zur Verfügung.

Als ich dann in Bonn war, habe ich geschaut, dass ich alles organisiert kriege und solange das nicht organisiert war, habe ich meinen Sohn zu Hause gelassen, bei meinen Eltern. Das

wäre mir nichts gewesen, dass er da im Büro rumkrabbelt. Das muss man den Kindern nicht zumuten und sich selbst auch nicht.

*Da ist ja auch so viel auf Sie eingestürmt.*

Wir waren 80 junge Kollegen [Neulinge im Bundestag]. Ich durfte mich anfangs vorstellen. Ich war die erste von [denen aus meinem Bundesland]. Dann habe ich gesagt: „Ich bin [Name, Alter, Beruf] und ich wollte mal fragen, ob der Bundestag einen Kindergarten hat?“ Das hat mir volle Aufmerksamkeit gesichert und hat unterschiedlichste Reaktionen hervorgerufen. Von den ostdeutschen Frauen hat mich später keine angesprochen, für die war das ganz normal. Von den westdeutschen Frauen hat eine gesagt: wenn du das hinkriegst, dann hole ich mein Kind auch. Und eine hat gesagt, das wäre unmöglich, das könne man so nicht machen. Von den westdeutschen Männern hat mir sogar einer gesagt: Das finde ich ja klasse, dass das mal eine versucht. Alle reden darüber, aber keiner macht's. Und bei den ostdeutschen Männern war es eher so die Geschichte: Das kriegst du doch nicht hin. Du musst jetzt mindestens 16 Stunden arbeiten am Tag.

Dann wurde mir gesagt, es gibt einen Kindergarten, ich müsse mich an die Präsidentin [des Bundestages] wenden, ob denn dort die Möglichkeit bestünde. In Bonn, die typischen Öffnungszeiten waren von acht bis zwölf und zwei bis vier. Das funktioniert nicht. Und der Kindergarten des Bundestags war durchgehend geöffnet von acht bis 18 Uhr. Dann habe ich die gebeten und es mussten alle Fraktionen und die Betriebsräte zustimmen. Das gab natürlich Schwierigkeiten.

*Ich habe gehört, dass das auch noch bis vor kurzem der Fall war...*

Da hat dann [Bundestagspräsident] Thierse damit Schluss gemacht. Hier in Berlin war das aber eine andere Situation. Da gab es ja ausreichend Kitaplätze, die durchgehend aufhaben. Ich habe es dann damals so gemacht – das war ja bei [Name des Sohnes] auch so – der wurde im [Monat] drei und hatte bereits in [Stadt] seinen Kindergartenplatz. Wenn Sitzungswochen waren, hatte ich meinen Spatz dann bei mir und bin auch wenn zwei Sitzungswochen waren, übers Wochenende in Bonn geblieben.

*Das wird dann erst ab dem Schulalter ein Problem...?*

Ja, das ist dann eine ganz andere Geschichte. Da kann man so ein Nomadentum nicht mehr pflegen. Dann haben wir es dann so entschieden, dass [Name des Kindes] zu Hause in [Bundesland] in die Schule eingeschult worden ist. Wir haben damals noch darüber

gesprächen, wie wir das machen, wo er sein eigenes Zimmer hat. Und es ist klar, mit sieben wird man noch betreut. Aber mit 14 geht man nicht mehr zur Oma, weil die Mutti abends noch einen Termin hat. Man hat aber trotzdem das Gefühl, so ganz allein, will man sie nicht lassen. [...] Man muss wissen, in einer Kleinstadt ist man ja stärker erkennbar und exponierter. Das ist auch nicht immer einfach. Ich hab dann die Entscheidung getroffen, mein Sohn geht da weg. Auch wenn einige entsetzt waren: „Jetzt gibt sie ihn auf die Privatschule, auf ein Internat.“ Aber es ging allein um [Name des Sohnes] und ich hatte das Gefühl, das ist das Richtige. Und das hat auch gut funktioniert. Und das Schöne: Er hat durch die Internatszeit auch nicht den Kontakt zu alten Freunden und der Familie verloren.

*Meinen Sie, Sie hätten noch ein Kind haben wollen?*

Ich habe einfach nicht den Partner gehabt, mit dem ich noch ein Kind hätte haben wollen. Aber ich hätte schon eigentlich gern mehrere Kinder gehabt. Aber irgendwann ist das Kind so alt, schon halb erwachsen. Da fängt man nicht noch mal von vorne an.

[...] Frauen, die versuchen, nicht nur Beruf und Familie zu vereinbaren. Frauen, die sich aufmachen und die Vorstandsetage erreichen oder erreichen wollen und dann schon mit so einem Blick – auch von Frauen – drauf geguckt wird, so nach dem Motto: „Naja, dass das Kind drei Mal mehr erkältet ist, ist ja kein Wunder, da kümmert sich ja keiner!“ Und dann haben die Frauen sich vielleicht doch etwas vorzuwerfen und kämpfen wieder mit dem üblichen schlechten Gewissen. [...] Es gibt zwei Unterschiede zwischen Männern und Frauen: Männer trauen sich grundsätzlich alles zu. Frauen fragen sich, geht das auch? Kann ich diesen Schritt gehen? Krieg ich dann noch den Rest meines Lebens in den Griff? Als alleinerziehende Mutter überlegt man, ist das leistbar? [...]

1998 wurde ich [höherer Posten innerhalb der Fraktion], konnte 14 Tage lang – inklusive des Wochenendes – durchplanen und [Name des Sohnes] konnte mit Fug und Recht darauf bestehen, dass an diesem Wochenende – außer dass ich am Sonnabendvormittag beim Briefmarkenverein vorbeigucke – Zeit für ihn habe. Als ich dann [ranghohes politisches Amt] wurde [...], das war in der Zeit als [Name des Sohnes] schon wieder älter war, hat er gesagt: „Mutter, ob du zu Hause bist oder nicht, ich geh zur Disko.“

Ein schlechtes Gewissen, ja klar, das hatte ich auch. Klar, ich habe immer versucht, für ihn da zu sein, wenn es darauf ankam. [Mein Sohn] war nicht häufig krank. Aber wenn mal was ist – das wusste er – dann war ich da. Und er ist damit aufgewachsen, dass es so ist.

In anderen Familien ist es der Papa, der häufig weg ist. [...]

Es gab mal einen Filmbericht von schlimmen Jugendgeschichten und da habe ich [Name des Sohnes] gefragt: „Was meinst du...?“ Da hat er gesagt, ich glaub, ich hab die beste

Jugend gehabt. Ich habe Leute kennengelernt und Dinge erfahren können, war beim Bundespräsidenten mit acht Jahren. [...]

Politiker und Politikerinnen sind ganz normale Menschen und sollten alle selbstverständlicher damit umgehen. Ich wünschte mir, dass Frauen selbstbewusster werden und normaler mit umgehen – das stelle ich aber auch zunehmend fest. Es ist klar, Viele wollen auch Kinder. Das glaube ich, ist die wichtigste Erfahrung. Heute muss man nicht mehr schauen, was man mit seinem Kind macht während der Fraktionssitzung, so wie ich damals. [...] Aber eigentlich ist es für Politiker auch dasselbe, wie für [Beruf der Interviewpartnerin], die [...] hundert Kilometer weit weg arbeiten.

## Interviewpartnerin X

[Eingangs erläutert X sehr ausführlich, wie wichtig die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist, die stärker eingefordert werden müsste, da sonst Frauen immer die schlechteren Chancen im Berufsleben haben. Die übliche Frage nach dem Einstieg in die Politik kam zu Beginn zu kurz.]

*[...] Es ist ja schon so, dass Abgeordnete in einer anderen Situation sind als „normale“ Arbeitnehmer/innen, deshalb, da die Trennung zwischen Wahlkreis und Berlin existiert. Das macht wohl insbesondere für die Frauen die Entscheidung Kinderkriegen oder nicht noch schwieriger.*

Wenn man sich selber über die eigene Situation Gedanken macht, dann setzt das ja auch voraus, dass man sich auch über andere Bevölkerungsgruppen Gedanken macht – warum habe ich keine Kinder oder warum habe ich sie erst dann und dann. Das müsste eigentlich zu dem Schluss führen, dass unsere Gesellschaft sehr kinderfeindlich ist, gerade in dem Punkt, die Erwerbstätigkeit so ausüben zu können, dass sie die Familie nicht negativ beeinträchtigt. Von daher bei den Politikern und Politikerinnen anzusetzen ist nicht falsch. [...] Ich denke, dass auch die ehrenamtliche Tätigkeit noch einen zusätzlichen Faktor darstellt, noch zusätzliche Belastung oder was Abstriche von der Familie angeht. Aber ich denke, dass das eben auch für viele andere Menschen gilt [...]. Ich sag mal so, wenn jemand parteipolitisch aktiv ist, muss er sich das auch immer überlegen. [...] Als Politikerin muss ich noch zusätzlichen Raum einkalkulieren für solche Dinge.

*Für mich war auch interessant, dass sich recht viele Abgeordnete zurückgemeldet und Fragebögen ausgefüllt haben. [...]*

In absehbarer Zeit wird das immer mehr auch ein Thema für Männer werden. Allein die Mobilität und Flexibilität, die erwartet wird in der Erwerbstätigkeit, führt dazu, dass immer mehr Männer sich für das Thema interessieren. [...]

Aus meiner Sicht bräuchte es einer hälftigen Arbeitsaufteilung. [...] Der Betrieb müsste mehr Rücksicht nehmen.

*[...] Wenn man sich mal überlegt, der „Betrieb“ ist in Ihrem Fall der Bundestag und man möchte Kinder haben oder hat eine zu pflegende Mutter. Dann ist es so, dass der „Betrieb“ keine sonderliche Rücksicht nimmt..?*



Ich habe jetzt gerade die Situation. Wir haben in [Bundesland] gerade Herbstferien. Mein Partner ist jetzt in Berlin mit den beiden Kindern.

*Sind das Ihre Kinder?*

Das sind seine Kinder. Ich habe keine „eigenen“. Aber wir sind jetzt seit acht Jahren zusammen. Der Kleine mit neun, der kennt's gar nicht anders. Ich bin für ihn praktisch die „Mama 2“. Der Große mit dreizehn, klar, der kennt's anders und der hadert auch immer mal wieder mit der Situation, weil klar ist, dass durch die Partnerschaft es halt regionale Veränderungen gab. Zuerst war gemeinsamer Wohnsitz [Stadt]. Die Kinder leben in [Stadt], sind alle vierzehn Tage bei uns. In den Ferien sind sie auch bei uns, in [Stadt] normalerweise. Jetzt ist [Stadt] wegen der Parlamentszeiten nicht möglich, da machen wir dieses Mal Berlin-Ferien, was für Kinder natürlich nur einen begrenzten Reiz hat. [...] Ich habe halt diese Parlamentszeit und ich versuche nun, so knapp wie möglich meine Anwesenheit hier zu erfüllen. Ich werde versuchen mir am Freitag einen freien Tag zu nehmen. Denn nun sind sie in Berlin und ich bin trotzdem nicht da. Das ist blöd. In einem gewissen Alter ist das so nach dem Motto: „Warum nimmst du nicht einfach einen anderen Job? Das war doch vorher viel besser, als du noch nicht in [Stadt] warst. Da hast du viel mehr frei gehabt.“

*Das ist ja genau der Punkt: Ist es wirklich ein vergleichbarer Job?*

Als ich [berufliche Tätigkeit] war, war ich auch eingeschränkt und hab viele Wochenendtermine gehabt, die ich zwar versucht habe so zu legen, dass es eben nicht die Kinder-Wochenenden trifft. Aber es war nicht immer machbar. Aber es war definitiv mehr zur Verfügung als jetzt. Das ist ganz klar. Und das ist schon stellenweise zu hart. Aber ich habe Glück, ich habe Gott sei Dank keine zu pflegenden Angehörigen. Wenn ich mir vorstelle, das wäre jetzt auch noch... Dann könnte ich nur hoffen, dass eines meiner drei Geschwister einspringt.

*Das heißt, sie haben eine größere Familie mit mehreren Geschwistern?*

Ja. Genau. Und da verteilt sich dann vielleicht ein bisschen die Belastung. [...]

*Ihr Partner, ist der auch beruflich sehr stark eingespannt?*

Er hat gerade Urlaub. Er ist als [berufliche Tätigkeit] in [Stadt] eben auch viel mit Terminen, die eben nicht so in die üblichen Betriebszeiten reinpassen. [...] Der wird am Wochenende ganz klar angerufen. Die Idee, dass der Gesprächspartner jetzt gerade eigentlich frei hat, fällt denen erst auf, wenn sie mit ihm schwätzen. Auf der einen Seite ist es eine zusätzliche Belastung. Aber auf der anderen Seite ist ein Partner, der einen ganz normalen Bürojob hat und darüber hinaus dieses so selber nicht wahrnehmen muss – ich weiß nicht, ob dann dafür Verständnis da ist, dass der andere so ungewöhnliche Arbeitszeiten pflegen muss. Ich denke, die Bereitschaft so was zu akzeptieren ist wahrscheinlich größer, wenn jemand selber in so ungewöhnlichen Arbeitszeiten drinsteckt, als wenn jemand so einen ganz normalen Job macht. Und ich denke halt auch, wenn jemand – jetzt sage ich mal – mit einem unpolitischem Menschen zusammen ist, der halt nur – in Anführungszeichen – seinen Job macht, da dürfte es relativ schwer werden. Ich glaube fast, eine Partnerschaft mit einem Abgeordneten kann nur dann langfristig gutgehen, wenn der andere Partner oder Partnerin auch in irgendeiner Form aktiv ist. Was es dann wiederum kompliziert macht, weil der natürlich dann auch seine ehrenamtlichen Termine unterbringen muss. Aber die Akzeptanz ist dadurch dann auch größer.

*Ich nehme an, dass dann auch Fragen der Kinderbetreuung eine Rolle spielen. Wie ist es denn bei Ihnen – können auch Ihre Eltern oder die Eltern Ihres Partners mal einspringen, wenn etwas dazwischen kommt?*

Es ist schon so, man kann auch einen Neun- oder Dreizehnjährigen nicht einfach einen Tag allein lassen. Klar freuen die sich, wenn ich mal einen Einkauf mache und dann haben sie gerade mal sturmfreie Bude – in Anführungszeichen. Aber die würden schon ziemlich sauer sein, wenn wir nicht zur Verfügung stehen. In diesen Patchwork-Familien konzentriert sich natürlich, sagen wir mal, der Anspruch von den Kindern auf zwei-einhalb Tage, was sich normalerweise über vierzehn Tage verteilen würde. Das heißt natürlich, in diesen zwei-einhalb Tagen haben die schon die Erwartungshaltung, dass man da schon zur Verfügung steht. [...] Von Freitagabends bis Sonntagabends. Wenn die am Freitagabend kommen sprudeln die über. Bis dann langsam mal ein bisschen Ruhe einkehrt. [...] Da wird wirklich versucht, in dieser kurzen Zeit alles unterzubringen, was möglich ist.

Wir haben halt das Problem, dass wir mit unseren Jobs in [Stadt] gelandet sind. [Interviewpartnerin X erläutert, dass ihre und die Eltern des Partners etwas entfernt wohnen und ihre Eltern auch schon älter sind.] Meine Geschwister würden sie schon mal einen Tag nehmen. Aber das ist dann wirklich die absolute Ausnahme – auch wegen der Entfernung.

[...] Für eine Patchwork-Familie ist das von daher auch ein organisatorisches Thema, wie wir das hinkriegen. [...] Es kommt natürlich auch immer wieder vor, dass nur einer von uns da ist.

*Darf ich fragen, woran es liegt, dass Sie selber – vielleicht vorher – keine „eigenen“ Kinder bekommen haben? Ob es an der Partner-Situation lag oder auch daran, dass sie durch Ihre politische und [berufliche Tätigkeit] sehr eingespannt waren?*

Es spielt alles zusammen. Ich hab sehr früh angefangen mit politischer Arbeit. Hab dann irgendwann halt gemerkt, dass ein Partner nur dann wirklich reinpasst, wenn der auch ein irgendwie gelagertes Interesse hat. Das heißt nicht, dass er parteipolitisch aktiv sein musste. Aber das hat sich dann irgendwie ergeben – das merkt man irgendwann einmal. Ich habe mir als junge Frau schon mal gesagt, bevor 30 will ich eigentlich nicht. [...]. Aber dann war ich irgendwann mal 30 und ich stand schon so tief drin in allem. [...] Vor allem wenn man das sehr jung anfängt, rutscht man da teilweise auch ganz unbewusst rein und ist dann irgendwann mal drin.

Ich war ja [in der Partei] vorher – war im Ortsverein, in der Arbeitsgemeinschaft [...] aktiv – und das geht auch so weit, dass man sich Gedanken macht, wie stark kann man sich da zurücknehmen, ohne auch soziale Kontakte zu verlieren. [...] Und wenn es sich dann nicht zufällig so ergibt, dass man in dieser entscheidenden Phase nicht den Partner hat, mit dem man sich unbedingt Kinder vorstellen kann, dann ist das ganz schnell passiert. Ich würd wirklich sagen, ich hab's nicht bewusst geplant. Ich wusste, dass ich nicht ganz jung Kinder kriegen will. [...] Und dann war's halt vorbei. [...] Und dann hab ich den Partner gefunden, der hat schon zwei Kinder mitgebracht. Und dann war die Frage, packen wir da noch was drauf oder lieber nicht? Da hab ich dann das Gefühl gehabt, dafür bin ich schon zu alt. Jetzt habe ich trotzdem Familie mit Kindern und meine Aufgaben. [...]

Wie bei dem Bundestagsmandat. Da bin ich auch nicht gezielt drauf zu. [...] Da war ich dann plötzlich diejenige welche. [...] Das ging Schlag auf Schlag. [Interviewpartnerin X berichtet kurz von der Intensität des Wahlkampfs und der Arbeitsbelastung für die „Neuen“ im Bundestag, die zum Teil auch Kinder haben.] Als Neulinge, die so Knall auf Fall reingeschlittert sind – für die war das jetzt glaube ich schon heftig.

*Es ist fast ein Jahr vergangen. Gibt es das, dass Sie sagen, eigentlich bereue ich es fast – auf bestimmte Aspekte bezogen...?*

Bereuen? Das nicht. Aber das schlechte Gewissen, das ich manchmal hab, das hätte ich lieber nicht. Ich wüsste aber auch nicht, wie ich es abstellen könnte. Ich glaube, damit werde

ich noch leben müssen. Ich denke, klar, je älter Kinder werden, werden die Zeitansprüche geringer. [...] Jetzt im Augenblick ist es schon noch so, dass die Ansprüche sehr groß sind und ich werde doch immer wieder sagen müssen, so geht's nicht. So viel Zeit habe ich nicht. Dann ist doch schon das schlechte Gewissen da. Das beeinträchtigt. Aber nicht so, dass ich sage, ich hätt's lieber nicht gemacht. Das ist dann auch einfach mein Vorleben. Ich bin eben stark geprägt von dem Wunsch mitzugestalten. [...]

[Interviewpartnerin X berichtet noch davon, dass auch ihre Geschwister politisch sind. Im Elternhaus sei bereits der Grundstock dafür gelegt worden. Ihre Familie hätte insofern auch Verständnis für ihre Aktivitäten und dafür, dass sie wenig Zeit hat, die Familie zu treffen.]

## **Interviewpartnerin Y (Telefon-Interview)**

*[Zur Erläuterung vorab: Interviewpartnerin Y und ihre Tochter sind mir persönlich bekannt, da zum Zeitpunkt des Interviews die Tochter zusammen mit meiner Tochter Malene dieselbe Gruppe in der Bundestags-Kita besuchte.]*

*Meistens sind es die Ehefrauen im Wahlkreis, die die Kinder versorgen, während Sie selbst sich hier in Berlin um Ihr Kind kümmern. Sie sind ja nicht nur Abgeordnete, sondern [haben auch ein weiteres höheres politisches Amt inne]. Wie organisieren Sie das?*

Bei mir ist die Anwesenheit in Berlin nicht auf die Sitzungswochen beschränkt, sondern ich bin im Prinzip jede Woche hier. Wir haben einfach jetzt ein Kombinationsmodell, es kommt nicht ganz genau hin, aber Pi mal Daumen: Meine Tochter ist drei Wochen bei mir und eine Woche bei meinem Mann. Wir haben auch noch zwei Kinder aus der ersten Ehe meines Mannes, die bei uns wohnen, und wir wollen, dass da auch Familie intensiv gelebt und erfahren werden kann. Und solange die Kleine es so mitmacht, wie sie es mitmacht, und auch kein Schulproblem sich stellt, geht das eigentlich ganz gut. Ich habe hier den Kindertagesstättenplatz und jemanden auch für Randzeiten, für das Hinbringen oder Abholen, je nach dem, wie mein Terminkalender einfach aussieht.

*Und Ihr Mann sieht [Name der Tochter] dann eine Woche. Er muss also auf mehr Zeit mit ihr verzichten.*

Genau. An Wochenenden versuchen wir natürlich zusammenzuführen, obwohl Politiker auch am Wochenende ja unterwegs sind. Aber auf jeden Fall funktioniert dann das Zusammensein der Familie besser, weil man die Wochenenden freier gestalten kann. Ansonsten zieht er halt den Kürzeren da, was er auch bedauert, aber das ist halt so: wenn zwei verschiedene Orte beruflich binden, ist es nicht so einfach, die Sache miteinander zu kombinieren.

*Es sind ja drei Orte, wenn man so sagen kann.*

Ja, genau. Aber man wächst ja!

*Ich finde das wirklich bewundernswert.*

Die Frage ist mit die Schwierigste. Also zu überlegen, wie man von A nach B oder sonst kommt. Da ist wieder eine Klausurtagung geplant, wo man früher direkt ohne Umwege hingefahren ist von zu Hause aus, und heute – was weiß ich – über Berlin plant, um die Tochter hier in gute Hände geben zu können und sie nicht mitzunehmen. Das sind immer Marginalien im Einzelfall, aber erfordern immer auch schon mal mehr Kreativität im Terminkalender.

*Wenn Sie können, dann versuchen Sie am Freitagnachmittag mit [Name der Tochter] im Gepäck nach [Stadt] oder [Stadt] zu fliegen?*

Genau.

*Und dann immer mit dem Flugzeug?*

Es kommt immer darauf an, von wo man startet, aber in der Regel ja. Gott sei Dank fliegt sie gerne. Es ist immer noch die beste aller möglichen Varianten.

*Sie müssen sicherlich montags schon früh Termine wahrnehmen.*

Es ist aus der Terminsituation heraus geboren, ob man sonntagabends kommt oder montagmorgens.

*Ich habe ja auch Ihren „Kindermann“ – Sie haben ihn, glaub ich, auch so genannt – kennen gelernt. Der ist ja unheimlich nett. Wir haben nur einmal ganz kurz miteinander gesprochen und er erzählte mir ganz nebenbei, dass er direkt bei Ihnen nebenan wohnt.*

Ja, das ist natürlich ein Glücksfall. Weil das kurze Wege mit sich bringt. Und einfach auch mal heißt: Wenn bei mir plötzlich was passiert, ich komm ne halbe Stunde später nach Hause oder ich muss ne Viertelstunde früher gehen, dann lässt sich so was organisieren. Wenn es halt jemand ist, der bei einem BVG-Streik quer durch Berlin kommen muss, ist es halt auch wieder viel schwieriger. Und nicht so flexibel, wie bei uns. Es ist damit echt ein Idealfall. Ich bin sehr glücklich, dass das wirklich auch so gut funktioniert und dass die Kleine auch so gut darauf anspricht.

*Das sind Glücksfälle, wenn man jemanden hat, der dann nebenan „einspringt“.*

Ich glaube, dass man, gerade wenn man eine solche Herausforderung auch räumlich hat, dass man darauf achten muss, dass es für das Kind einfach immer angenehm ist, damit sich keine Nervositäten oder Unorganisiertheiten auf das Kind übertragen. Damit das Kind dann eigene Ruhe und seinen inneren Kompass hat. Ich sag mal: Das Lieblingsschaf im Zweifel haben wir dreimal gekauft, weil wenn irgendwas passiert, ist immer irgendwo ein Schaf. Das sind Banalitäten, aber für mein Kind ist Vertrautheit vorhanden. So sind auch die Vertrautheit des Kinderbetts oder die Rituale, auf die man von Anfang an achtet, sehr wichtig. Dass das Kind das Gefühl hat: Egal, ob ich jetzt hier oder da die Augen aufmache, es ist für mich der verlässliche Rahmen einfach da. So! Auf der anderen Seite ist auch mal die Frage, ob das Kind von Natur aus nervös oder nicht nervös ist. Ob es zu Krankheiten neigt oder nicht zu Krankheiten neigt. Und deshalb haben wir immer gesagt: wir machen den nächsten Schritt, wenn der eine geklappt hat. [...] und bin dann sukzessive, je mehr klappte umso mehr auch wieder reingegangen. Und hab wieder mehr Termine gemacht und mir wieder mehr zugetraut. Und wenn der erste Flug klappte, dann hatte ich vor dem zweiten nicht so ne Angst, Wenn das klappt, ziehen andere Routinen ein usw. Und das ist auch, glaub ich, sehr wichtig, dass man sein Leben stückweise in gangbare Teile zerlegt und sich nicht jetzt schon verrückt macht, wie es denn wird, wenn sie eingeschult wird. Ich hab sie auch angemeldet, und bin froh, dass ich da nachgerutscht bin auf den Kita-Platz usw. Aber trotzdem: Bei aller langfristigen Planung, es muss immer der nächste Schritt klappen, damit der übernächste angegangen werden kann.

*Sie meinen einen Platz in der Kita hier?*

Ja, genau! In [Stadt] hab ich einfach eine funktionierende Familie und ein Netz von Freundeswerk, wie es jede Mutter hat, sag ich mal. Mein Kind hat das Recht auf ein eigenes Leben. Ich schleppe sie nicht zu Parteiveranstaltungen. Aber wenn ich mal ein Fest besuche oder so was und sonntagnachmittags da vorbeigehe, dann kann man sie auch mal mitnehmen, dann hat sie auch ihren Spaß dabei, sozusagen. Oder ich hab dort meine Schwester, meine Familie, die dort wohnt, die mal einspringt. Das ist etwa, was wir als Abgeordnete hier überhaupt nicht haben, wir haben ja kein persönliches Netz. Wir haben ja keine Familien- und Freundesstruktur. Wir haben Kollegen, mit denen wir auch befreundet sind, aber die haben das gleiche Zeitproblem. Da ist es schon vorgekommen, wenn mal absolute Not am Mann war, dass mal eine mit eingesprungen ist, aber in der Regel geht das halt nicht. Man muss das privat organisieren. Wenn sie aus der Kita jemanden kennen oder gemeinsame andere Aktivitäten mit ihrem Kind machen oder sonst irgendwas, bietet sich der eine oder andere mal an. Wenn man ein Problem hat, wo man sagen kann: passt heute

Nachmittag für zwei Stunden auf meine Kleine mit auf. Aber es fällt uns Abgeordneten schwer, ein normales Netz aufzubauen.

*Das Kind ins Büro mitnehmen, kennen Sie das von anderen Abgeordneten?*

Man plant das immer irgendwie, aber das erweist sich relativ schnell, glaub ich, als keinen wirklich guten Weg. Also erstens ist immer oberste Priorität: Das Kind hat das Recht auf sein eigenes Leben, finde ich. Es gibt immer mal Situationen, wo ich sie in der Kita abhole und ne halbe Stunde später zum Flughafen erst fahre. Dann nehme ich sie natürlich mit ins Büro rüber. Aber beide Seiten haben in der Regel nichts davon, wenn es stundenlang ist. Dann kommt man selber sowieso nicht zur Arbeit, weil die Kleinen in diesem Alter auch eine gewisse Aktion brauchen. Da ist der Besprechungstisch, auf den die Kleine möglichst nicht draufklettern sollte, damit sie sich nichts tut. Das geht mal, um was zu überbrücken, aber ich finde, das ist keine tagesadäquate Betreuung sozusagen. Am Anfang, als sie viel geschlafen hat und alle vier Stunden getrunken hat, da ging das. In dem Maße, in dem die Kinder ihr eigenes Leben entdecken, lässt es sich realisieren, so richtig.

*Haben Sie sich Gedanken gemacht – ich glaube jede werdende Mutter macht sich Gedanken – wie es werden könnte...*

...ja und nein. Zum einem hab ich natürlich ein bisschen davon profitiert, dass mein Mann schon zwei Kinder hatte und mir die eine oder andere Nervosität einfach nehmen konnte...

*...darf ich kurz fragen, wie alt sie sind?*

...13 und 16 jetzt. Da [...] hat er viele solcher normalen Situationen schon erlebt und konnte mir viel davon, Sorgen, Zweifel und Ängste abnehmen. Was ich auch immer mal gedacht habe: Es muss jeder seinen eigenen Weg finden. Manchmal kommt man ja so an ein Gefühl, wo Ratschläge einen mehr verstören als helfen. Ich weiß nicht wie es Ihnen gegangen ist. Als ich schwanger wurde, hab ich ganz viele Bücher gelesen, was man so zu tun hat als Schwangere. Aber ich bin dann echt ausgestiegen, weil ich gedacht hab, mein Gott, ich bin doch nicht zu blöd, ein Kind auf die Welt zu kriegen. Das haben andere doch auch geschafft: Das optimale Packen des Klinikkkoffers, das homöopathische Riechmittel oder so was, das man eigentlich dabeihaben soll – um Gottes Willen! Also, ich sage halt: Es ist wichtig, Erfahrung zu haben, wo man mal nachfragen kann. Die Patentante meiner Tochter hat zwei Kinder, die ein bisschen älter sind, und jede blöde Frage, die ich habe, werde ich da los. Aber zu sagen, das ist der perfekte Weg, ein Kind gut zu erziehen, den gibt es eh nicht.



*Mich interessiert vor allem das Thema Vereinbarkeit Kinder, Familie mit dem Mandat. Dann auch die Frage: Schaff ich das wirklich, [in mein Amt] zurückzukehren. Wie lange haben Sie denn Mutterschutz für sich in Anspruch genommen?*

[...] Also: Da gibt es keinen normalen Mutterschutz. Da kann man nicht sagen, ich mache jetzt ein halbes Jahr, 15 Monate oder drei Jahre oder sonst was. Das gibt es bei uns alles nicht. [Ich habe] dann Schritt für Schritt getan. Das erste Mal nach Berlin, das erste Mal fliegen, das erste Mal teilnehmen an einer Sitzungswoche, das erste Mal eigenständig versuchen, meinen Terminkalender wieder ein bisschen zu organisieren, das Überlegen, wer könnte die Betreuung übernehmen, das sukzessive Beginnen, sie für einen Kindertagesstättenplatz anmelden usw. Die strategische Vorbereitung des Wiedereinstiegs halt zu planen, aber dann halt zu gucken. Wenn der Schritt klappte, dann haben wir halt den nächsten gemacht. Ich hab sie dann im letzten Oktober in der Kita angemeldet [...]. So dass wir dann gesagt haben anfangs zum Beispiel, ach ja, zwei, drei Stunden am Tag, dann mittags schlafen, damit die Kleine sich auf den veränderten Rhythmus einfach einstellen konnte.

*Das hat ja sehr gut geklappt.*

Ja, Gott sei Dank! Also ich bin heilfroh. Ich bin sehr, sehr froh, dass das so gut läuft.

*Es ist schön zu wissen, dass sich die Dinge Schritt für Schritt ergeben können und nicht vorher schon alles ganz klar oder geplant ist.*

Nichts vor dem Kinderwunsch war schon klar. Sondern wie sich die Dinge dann manchmal ergeben, hat sich das auch ergeben. Sonst hätte ich auch anders suchen müssen oder so was. Wer weiß, wie dann sich alles entwickelt hätte. Aber in solcher Ruhe sehe ich auf der andren Seite wieder eine Chance zu sagen. Gucken wir jetzt in Ruhe nach dem nächsten Schritt, wenn der geklappt hat. Oder man sagt hat: Wenn man zum 1. Januar wieder da anfangen will, bis dahin muss ein Kitaplatz organisiert sein, was muss ich einfach dann, wann tun, damit das bis dahin einigermaßen läuft. Das macht man natürlich dann schon sukzessive. Wenn die Kleine darauf nicht reagiert hätte und neurotisch reagiert hätte, hätte sich die Frage anders gestellt. Gott sei Dank nicht. Aber jetzt theoretisch darüber nachzudenken, was denn nun gewesen wäre, wenn sie die Kindertagesstätte abgelehnt hätte, ob ich dann zurückgekehrt wäre oder nicht, musste ich mir Gott sei Dank nicht stellen und tue es auch nicht. Weil es sich aus der Realität einfach nur ergibt.

*Schaffen Sie es meistens, die Kleine abends ins Bett zu bringen?*

Ich versuche, morgens oder abends es so zu organisieren. Es gibt mal Tage, da klappt es nicht. Sie bleibt nachts grundsätzlich nicht alleine. Alleine sowieso nicht, Sie verstehen, was ich meine. Es ist sichergestellt, dass sie nachts jemand hat. Es kommt auch vor: Da kommt man zehn Minuten nach Hause, nachdem sie ins Bett gefallen war. Dann guck ich, dass ich am nächsten Morgen da bin. Also, ich guck schon, dass ich sie wach erlebe und dann einfach plane: Dann macht man entweder Abendtermine oder, was ich auch gemacht habe: Das ergibt der Beruf, dass ich tagsüber sehr, sehr viele Termine habe, dann aber noch keine einzige Akte gelesen habe, die ich einfach auch brauche. Sodass ich das, was ich früher an Aktenstudium am Arbeitsplatz gemacht habe, abends mit nach Haus nehme, wenn die Kleine dann eingeschlafen ist, wenn wir unsere Spielzeit hatten, so zu sagen, dass ich mich anschließend noch mal an den Schreibtisch setze.

*Haben Sie Kontakt mit den anderen Müttern in der Fraktion?*

Ja und nein. Das ist ja so: Manche laufen dir eh über den Weg, manche laufen dir im Ausschuss über den Weg. Man hat natürlich jetzt einen anderen Blick dafür. Wenn jemand vorbeigeht, dann fragt man schon mal, na, wie läuft's bei dir, was macht deine Kleine oder dein Kleiner? usw. Ich ertappe mich halt auch, dass ich jetzt auch aktiv bei Kollegen nachfrage, von denen ich weiß, dass sie ein Kind gekriegt haben, wie die eigentlich das empfinden, dass sie ihr Kind nicht sehen oder so. Ich habe auch total schöne Zeiten. Also, ich möchte das auch gar nicht missen. Wenn ich sehe, wie sich meine [Name der Tochter] in einer Woche verändert, dann fällt mir schon die Woche schwer, in der ich sie nicht bei mir habe. Aber ich kann natürlich auch meinen Mann verstehen, der sagt: Eine Woche bleibt sie auch bei mir.

*Mir haben einige männliche Abgeordnete gesagt, sie könnten sich definitiv gar nicht vorstellen, während der Mandatszeit Elternzeit zu nehmen.*

Wir sind in dem Sinne Freiberufler. Und anders als im Angestelltenverhältnis stellt sich die Frage nach Elterngeld und gesetzlichen Regelungen nicht.

*Ich meine auch wirklich nur eine [kurze] Auszeit.*

Ich bin immer dafür, dass wir immer auch den Bürgerinnen und Bürgern in unseren Wahlkreisen das Gefühl geben, dass wir ganz normale Menschen sind. Und dazu gehört auch die Akzeptanz des Familienlebens. Wenn man sagt, ich will mich nur noch meiner Familie widmen und nichts anderes mehr machen, ist es konsequent, das Mandat zurück zu geben. Aber: Auf der einen Seite hundertprozentig das Mandat zu machen und das Kind gar nicht zu sehen – es gibt da Zwischenwege. Und deshalb dachte ich: Ich habe nie einen erlebt, der in meinem Wahlkreis kein Verständnis gehabt hat, wenn ich gesagt habe, sorry, ich war jetzt anderthalb Stunden bei Ihnen, ich muss jetzt meinen Babysitter ablösen gehen, oder so was. Wenn die es nicht verstehen, dann kann ich es nicht verstehen. Man muss auch selbstbewusst in eine solche Situation gehen. Jeder schätzt Familie, wenn er sie denn hat. Und da Abgeordnete Menschen sind, wie alle anderen, finde ich, dass sie das selbstbewusst organisieren sollten. Es lassen sich Freiräume finden. Hundertprozentig zu sagen, das geht alles nicht, ist, glaub ich, eher gedanklich inflexibel und nicht den Realitäten entsprechend.

Wenn ich nicht fünf Tage die Woche hier wäre, wäre es wesentlich einfacher, das alles miteinander zu verbinden. Ich hab ja da den Vergleich, das letzte Jahr und jetzt wieder hier. Man ist schon als Abgeordneter ein Stückchen freier, auch in seiner Planung, als wenn ich hier fünf Tage die Woche sitze. Jeder muss das in seiner persönlichen Situation abklären. Es ist ja immer auch die Frage: arbeitet die Frau, arbeitet sie nicht? Deshalb ist es wichtig, dass man immer eine Grundorganisation da sicherstellt und dass die Grundfragen einfach geklärt werden. Also: nimmt man das Kind mit, nimmt man es nicht mit? Wenn man es mitnimmt, was heißt das für einen Kindergartenplatz oder nicht usw. Das bedarf also der Organisation. Das kann man nicht so Larifari machen und das wird schon irgendwie klappen. Das ist meine Erfahrung: Es muss einfach durchdacht werden, was kommt als nächster Schritt? Die Kollegen können das zu Hause und am Wochenende, indem sie immer wieder mal einen Termin ausfallen lassen oder sonst irgendwas, finde ich. Es gibt schon die Möglichkeiten, so was darzustellen. Wir arbeiten alle mehr als 35 Stunden die Woche, aber wir arbeiten auch nicht 24 Stunden am Tag. Und insofern ist meine Frage, wie man seinen eigenen Tagesablauf ein bisschen optimiert.

*Da sieht man schon die Unterschiede, gerade bei den Männern im Vergleich zu dem, was man noch vor 15, 20 Jahren kennt, als die Aufteilung in den Familien noch ganz klar war.*

Ich glaube, Frauen haben mehr Wahlmöglichkeiten als Männer, nach wie vor. Gesellschaftlich akzeptierter ist es, dass eine Frau heute es versucht, miteinander zu

verbinden. Das ist bei Männern eher noch ein bisschen – nicht alle, die es fordern, bewundern dann den Mann, der das tut. Auch im beruflichen Umfeld nicht. Aber ich merke, dass der Wunsch bei Kollegen und auch bei meinem eigenen Mann schon da ist zu sagen, ich möchte einfach mein Kind intensiv auch erleben. Ich möchte halt nicht: ich bin der Arbeitende und das ist die Familie, sozusagen, sondern wir wollen das zusammen gestalten. Der Wunsch ist, glaub ich, größer geworden, die Arbeitswelt ist flexibler geworden. Das Elterngeld ist in der Tat ein Schritt nach vorne. Es wird nicht von heute auf morgen die Welt verändern, aber ist ein richtiger Schritt in die Richtung gewesen, so dass das kommt. Aber es muss sich auch mal jeder fragen, wie sieht er einen Mann an, der dann sagt, ich nehme jetzt Erziehungszeit. Das wird doch, glaub ich, gesellschaftlich nicht so viel akzeptiert wie bei Frauen.

*Würden Sie im Übrigen dafür plädieren, dass Abgeordnete auch eine bezahlte Auszeit nehmen dürften?*

Also, ja, – das Problem ist halt – also ganz passt die Analogie mit Selbstständigen nicht. Ich meine übrigens: Alle Selbstständigen im Lande müssten es auch selber organisieren. Eine Freundin von mir hat ein Juweliergeschäft, die muss das auch irgendwie hinkriegen. Da sagt auch keiner: hier sind gesetzliche Möglichkeiten für dich mit Mutterschutz usw. Das nützt ihr nichts, weil sie ihren Laden am Laufen hat. So. Auf der anderen Seite sind wir auch ausgestattet mit einem Votum der Bürgerinnen und Bürger in unserem Wahlkreis oder in unserem Land. Wenn ich nun weiß, dass ich dauerhaft mein Mandat nicht ausüben kann, muss ich, glaub ich, dieses Votum zurückgeben. Wenn es mal vier, acht oder so Wochen sind, und wenn ich sage, in den ersten vier Wochen mache ich einfach mal weniger, aber dann stückchenweise wieder mehr, dann halte ich das für eine Situation – man kann ja auch krank werden, ich kann mir ja auch ein Bein brechen und vier Wochen ausfallen – also das ist nicht die Situation, die ich meine. Aber wenn ich generell sagen würde, mein Leben ändert sich, dann muss ich für mein Mandat, glaub ich, schon die Konsequenzen ziehen.

Ich sehe da auch eigentlich keine anderen Möglichkeiten. Die Grundsatzfrage ist, hat man vor, sein Mandat auf Dauer auszuüben oder nicht? Und wie man das macht, da sind wir Gott sei Dank viel freier als manch anderer, der in festem Angestelltenverhältnis ist. Wo der Chef erwartet, dass man um halb neun morgens da ist und nicht vor vier Uhr nach Hause geht. Ich kann ja mein Leben, meinen Tagesablauf als Abgeordnete auch nach meinen Notwendigkeiten bestreiten. Ich kann morgens um sechs Uhr anfangen und bis zwölf Uhr Termine machen, dann vier Stunden nicht arbeiten und dann wieder bis abends elf Abendtermine wahrnehmen oder so. Zwischendurch vier Stunden, in denen man sich um

das Kind kümmern kann. Also das meine ich. Wir haben das Privileg, ein bisschen freier mit unserem Terminplan umgehen zu können.

*Ich habe gelesen, dass es auch die eine oder andere kritische Stimme gegeben hat zu Ihrer Situation, schwanger zu sein und kurzfristige Auszeit zu nehmen. Sie sind kurz nach der Geburt [in ein Parteigremium] wiedergewählt worden. Die Schwangerschaft halt wohl keine größere Rolle gespielt? Die Kollegen haben Sie ja schwanger erlebt.*

Die haben mich ja quasi bis sieben Tage vor der Geburt erlebt. Ich hatte eigentlich vor, drei Wochen zu haben, wo ich all das tun wollte, was normale Menschen tun, Kinderzimmer noch einrichten und sonstiges. Man hatte es dann aber eiliger, auf die Welt zu kommen. Deshalb haben die mich schwängernd vor mich hin erlebt. Die kritischen Stimmen dazu, ob man jetzt Rabenmutter oder nicht ist, ob man jetzt karrieregeil ist oder nicht, die werden einem natürlich nicht persönlich aufs Brot geschmiert. Ob es da Zustimmung oder Kritik gibt, dass müssen Sie Dritte fragen. Die Betroffene erfährt das am wenigsten, glaube ich. Die einen sagen, muss die das jetzt machen, kann die sich nicht erstmal um ihr Kind kümmern. Es wird andere geben, die sagen, Mensch, ich find das toll, gerade in so einer Funktion, Supervorbild. Zu mir kommen eher die, die sagen Supervorbild. Die, die sagen, was bist du denn für eine Mutter?! Die kommen relativ selten zu mir. Die gibt es aber bestimmt, da mach ich mir keine Illusionen. Aber in der Politik lernt man auch, selbstbewusst mit kritischen Situationen umzugehen.

*Wurde nicht gesagt: Sie sind doch schon [hohes Amt], jetzt auch noch wieder [Mitglied in Parteigremium], ist das nicht ein bisschen viel?*

Ich bin von Anfang an sehr offen gewesen auf meinem Weg, auch in der Kommunikation, weil ich sowieso wusste, dass diese Fragen in der Öffentlichkeit sind. Ich hab dann halt, nachdem wir organisiert hatten, wie wir es machen, das ganz selbstbewusst nach außen getragen. Dass ich halt das Mandat weitermache, dass aber das eine Amt ruht, dass ich das zum [...] wieder aufnehmen werde. Ich habe da praktisch versucht zu sagen, das und das ist geplant. Es hätte alles anders kommen können. Die meisten kritischen Fragen stellt man sich, glaub ich, als Mutter sowieso immer selber, ob die Kleinen darunter leiden oder nicht. Aber, wie gesagt, so proper, wie die im Moment ist, bin ich eigentlich ganz Ruhe in mir selber. Sodass man aufpassen muss, ob für einen selber fünf Minuten bleiben. Nicht [hohes Amt], nicht Abgeordnete oder sonst was. Das geht, glaub ich auch jeder Mutter so.

*Gibt es so Momente, wo Sie es ein bisschen bereuen, so eingespannt zu sein?*

Bei allem, was kompliziert ist und was mehr abfordert möchte ich keine Sekunde missen. Keine Sekunde, wirklich nicht. Ich weiß nicht, ob es politisch korrekt wäre zu sagen. Aber es ist eine so unglaubliche Bereicherung meines Lebens, es ist eine Freude, auch einfach mal da zu sitzen und im Schlaf dem Kind über den Kopf zu streicheln. Das ist unvergleichbar.

*Ich bezog die Frage auf Ihre vielen Ämter und die Arbeit als solche.*

Ich habe relativ viel erreicht. Mit viel harter Arbeit. Ich habe dann mal eine Zeit zurückgesteckt. Das war ein gewisses Risiko auch, wie man dann nach [einer Auszeit] wieder reinkommt. Politik ist auch sehr schnelllebig. Aber ich finde, ich bin auch noch jung genug, um weitere Karriereentscheidungen zu treffen. Ich bin auch nicht die, die einen Zehnjahreskarriereplan hat. Ich habe immer berufliche Situationen genommen, wie sie gekommen sind, auch. Ich habe aus der jeweiligen Sache das Beste versucht zu machen. Wenn man da so ein Stück Freiheit im Kopf hat zu sagen: gut, wenn der Weg versperrt wäre, dann machst du was anderes. Ich habe ja auch einen „normalen“ Beruf. Ich bin ja nicht immer Berufspolitikerin gewesen. Es kann ja auch sein, dass ich nicht wiedergewählt werde. Also mit solchen Flexibilitäten muss man sowieso umgehen als Abgeordnete.

*Und ein zweites Kind?*

Im Moment nicht. Es würde es weiter verschönen aber auch weiter verkomplizieren. Man muss dazu sagen, ich bin nicht gerade eine frühberufene Mutter [...]. Also ich weiß nicht. Die Dinge ergeben sich im Leben.

*Nun muss ich doch einmal kurz nachfragen: Dass Sie vorher kein Kind bekommen haben liegt wahrscheinlich daran, dass da nicht der richtige Mann zum richtigen Zeitpunkt war?*

Das sind persönliche Gründe. Jeder normale Mensch hat Lebenssituationen, die passen oder nicht. Aber *den* richtigen Zeitpunkt, den gibt es sowieso nie. *Der* richtige Zeitpunkt ist es auch nicht gewesen, ein paar Monate, nachdem man [das höhere politische Amt antritt], schwanger zu werden. Aber es lässt sich alles irgendwie regeln. [...] Man sollte die Natur, die Biologie und unseren Schöpfer bei der ganzen Sache ja nicht vergessen, glaube ich.

*Aber es gibt doch Politiker, die sagen ich muss erst so und so weit gekommen sein...*

Das ist ja in jedem Beruf so. Erst sagen sie sich, ich mache eine Ausbildung, mache das Studium, wenn sie das Studium haben, sagen sie, jetzt muss ich aber den Berufseinstieg finden, dann haben sie den Berufseinstieg, aber die erste Karriereschwelle, die soll sein. So, das ist eine Lebenssituation vieler Menschen unserer Jahrgänge – ich weiß nicht, welcher Jahrgang Sie sind...

...75 ...

...ich bin [...]. Es gibt immer eine andere Begründung, wo man sagt, der Zeitraum ist jetzt noch nicht der perfekte. Und das ist völlig egal, ob sie Politik machen aus Leidenschaft, als Beruf oder ob sie in einer Bank beschäftigt sind. Was auch immer sie machen, ich glaube diese Situation – wann ist der richtige Zeitpunkt, wann ist die Familie stabil, wann haben sie ihre eigenen persönlichen Dinge durchlebt, die sie durchleben wollten oder sonstiges, da gibt es, glaub ich, keinen Gradmesser, wann der richtige Zeitmesser ist. Gott sei Dank ist es heute so, dass man auch mit 40 ohne großes Risiko ein Kind bekommen kann, weil auch da die Dinge medizinisch weiter sind, aber auch die Körper sich einfach verändern. Früher war man mit 40 Großmutter. Da hat man Enkel gekriegt.

*Im Wahlkreis – gab es da spezielle Ereignisse im Zusammenhang mit Ihrer Schwangerschaft?*

Die Reaktionen waren total positiv. Viele sagten, Mensch, freut mich für dich. Oder aber sie sagen: Das ist aber schön, dass du das jetzt trotzdem machst, auch wenn du nun ein wichtiges Amt hast. Und dann viel Neugierde: wie organisierst du es und so was. Fragen, die verständlich sind, aber ganz, ganz positiv auch. Auch dass ich zum Beispiel Spielregeln aufgestellt habe, wurde relativ schnell akzeptiert. Ich habe gesagt, es gibt kein Foto vom Kind. Ich habe ganz am Anfang mal, damit es keine Gerüchte gibt, ob das Kind gesund ist oder nicht – das ist schon von einem gewissen öffentlichen Interesse – Fotos gemacht. Aber in einem so frühen Stadium, wo sie noch nicht so erkennbar war. Und jetzt sage ich allen, wenn ich auf einer Veranstaltung bin, zu Lokaljournalisten, bitte keine Fotos: Von mir gerne, aber nicht vom Kind. Das hat das Recht auf seine eigene Persönlichkeit. Ersten soll sie selber entscheiden, zweitens möchte ich auch nicht irgendwelche Spinner anlocken oder sonst irgendetwas. Das sind Spielregeln, die aber akzeptiert werden. Ich habe da noch keinen Journalisten gesehen, der die Kamera nicht runter genommen hätte. Es wird halt einfach so akzeptiert.

*Ja, super! Ja, ach Mensch, Sie haben das ja echt klasse organisiert!*

Das hört sich aber viel leichter an, als es ist. Es ist schon auch eine hohe Anforderung, das alles irgendwie unter einen Hut zu bringen. Es gibt auch die Woche wo man sich fragt: wie ich jetzt die überlebt habe, weiß ich jetzt auch nicht.

*Das geht mir manchmal auch so. Dabei habe ich nicht annähernd solche Belastung.*

Aber, wie gesagt: In der Gesamtsumme sage ich mir dann immer: schön, dass es sie [meine Tochter] gibt. Und dann wird das alles wirklich gut.



## Interviewpartnerin Z

*Gab es einen bestimmten auslösenden Moment für Sie in die Politik zu gehen?*

Eigentlich überhaupt keinen. Sondern das waren mehr Lebens- und Berufserfahrungen. Ich bin schon früher einmal [in die Partei] eingetreten und da bin ich abgewiesen worden, weil angeblich zu jung, was mich sehr erbost hat. Ich war damals 19 und hatte schon ein Kind, sah aber sehr jung aus. Ich hatte einen Beruf und habe meine Familie ernährt. Insoweit bin ich davon wieder abgekommen und habe dann zehn Jahre gebraucht, bis ich das dann letztendlich gemacht habe. Ich hatte aber nie vor, hauptamtlich Politikerin zu werden. Das war jenseits jeglicher Vorstellungskraft. Der Entschluss [in die Partei] einzutreten kam dann durch [...]. Ich war im Beruf gut installiert. Ich war [berufliche Tätigkeit]. [...] Also, Politik als Hauptberuf war jenseits dessen, was ich mir vorgestellt hatte. Ich bin allerdings von meinem zuständigen Landratsabgeordneten, der gleichzeitig mein Ortsvereinsvorsitzender war, immer gedrängt worden, doch mehr zu machen und habe mich im gewissen Ausmaß im Ortsverein engagiert [...] – alles weit ab von der großen Politik.

*Wollten Sie trotzdem schon früh für den Bereich Familie politisch etwas erreichen?*

Das war damals noch nicht so das Thema. Die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie war sicherlich ein Thema, aber dazu muss ich sagen, dass ich in einem Betrieb war, der einen Betriebskindergarten hatte, der ganztags geöffnet war [...]. Ich war erwerbstätig in einer Stadt, in der sowohl die Familie meines Mannes, als auch meine Familie am Ort war. Es war für mich eigentlich kein echtes Problem. Und mein Mann wurde dann [im Jahr...] nach der Geburt meines jüngsten Kindes Hausmann, weil eben dann die Uroma der Kinder zu alt war. Die beiden Omas der Kinder waren beide erwerbstätig und wir konnten zwei Berufe, drei Kinder und zusätzlich noch ehrenamtliches und parteipolitisches Engagement – mein Mann war [... Interviewpartnerin zählt ehrenamtliche Aktivitäten ihres Mannes und ihre eigenen auf] – das ging irgendwie nicht. Und dann haben wir uns halt so entschieden, wie man sich halt normalerweise entscheidet: derjenige oder diejenige, der mehr verdient, bleibt im Beruf und derjenige oder diejenige, die weniger verdient, geht raus. Und nachdem ich in [berufliche Tätigkeit] sehr gut verdient habe und mein Mann, der damals [...]. Und dann haben wir uns gesagt, dann schränken wir uns lieber ein bisschen ein und er kümmert sich um die Kinder. Das war [im Jahr] ziemlich ungewöhnlich, für ihn auch ziemlich schwierig nach außen hin. Im Innenverhältnis hat's glaube ich ganz gut geklappt. Aber nach außen hin war es für ihn nicht gerade ein Vorteil.

*Hing das auch mit Ihren politischen Aktivitäten zusammen, um auch besser solche Termine mit den Kindern vereinbaren zu können?*

[...] Das hat an erster Stelle nichts mit den Kindern zu tun gehabt. Das hat an zweiter Stelle schon was mit den Kindern zu tun gehabt, weil ich sehr schnell, als ich [in die Partei] eingetreten war, von [der Jugendorganisation der Partei] gefragt worden war, ob ich mir vorstellen könnte eine von ihnen gegründete Initiative, die sich mit einem betreuten Kinderspielplatz beschäftigte, zu übernehmen. Dafür war ich natürlich prädestiniert [...]. Und dann kamen die nächsten und fragten, ob mein Mann und ich nicht die [...] -Gruppe leiten könnten. Das hat schon mit den Kindern zu tun gehabt, aber die Kinder waren nicht das ausschlaggebende Moment, um [in die Partei] einzutreten.

*Sie waren ja noch relativ jung, als Sie in den Bundestag gekommen sind. Wie alt waren Ihre Kinder da?*

Meine Kinder waren damals schon groß. Ich bin zwar vergleichsweise jung gewesen, aber [ich war ... Jahre alt]. Meine Tochter war 19, mein älterer Sohn war 17, die haben keine Betreuung der Mutter mehr gebraucht. Und der jüngste, der war 10 und mit dem allerdings habe ich sehr lange geredet und wenn der gesagt hätte, also Mutter, das halte ich nicht aus, dann hätte ich's nicht gemacht. Wobei man immer wissen muss, mein Mann war Hausmann. Wir haben keine Teilung, sondern im Wesentlichen einen Rollentausch vorgenommen. Er war zu Hause, ich war also in der Situation eines üblichen männlichen Abgeordneten, dessen Frau ihm den Rücken frei hält. Nur war es in diesem Fall mein Mann, der mir den Rücken frei gehalten hat. Ich hätte meinen Jungen niemals irgendwo in ein Internat geschickt, weil ich in den Bundestag gegangen bin. Wenn das so nicht gewesen wäre, hätte ich das so nicht gemacht. Aber mein Sohn hat das toll gefunden und insoweit war das kein größeres Problem. Also ich hatte nicht mehr die Notwendigkeit, kleinere Kinder zu betreuen und war damals schon ein bisschen sauer, wie ich von jedem Journalisten gefragt worden bin, als ich neu gewählt war, wie machen Sie das denn mit drei Kindern? Habe ich gesagt, haben Sie schon irgendwann mal einen Mann gefragt, der hier ist und laut Bundestagshandbuch, vier, fünf oder sechs Kinder hat? Und die fragen Sie nie, wie sie ihren Beruf und ihre Familie miteinander vereinbaren, nur ich werde immer wieder gefragt! Das hat die dann manchmal etwas erstaunt.

*Das soll ja auch heute noch so sein [...]. Das haben mir aber auch junge Mütter gesagt, gerade wenn es um die Kandidatur ging, sie gefragt wurden, wie wollen Sie das denn machen?*

...und Männer im Prinzip nie gefragt werden. Aber wir sind halt an diesen Stellen nicht so sehr weit und es wird immer noch den Frauen diese Frage zugeordnet und nicht allen miteinander.

*Meinen Sie, das wird sich noch ändern in absehbarer Zeit?*

Ich glaube, es wird sich ändern. Es wird sich aber nicht vollständig ändern, glaube ich. Da ist das Denken zu sehr verhaftet und natürlich sind wir Frauen durch die Geburt an die Kinder auch ein Stück mehr gebunden, auch dadurch, dass wir die Kinder stillen und so. Ich glaube, die wenigsten Mütter dürften den zweiten Teil der Elternzeit übernehmen und den ersten Teil dem Mann überlassen, schlicht und einfach aus biologischen Gründen und die Biologie sollte man auch nicht versuchen wegzudiskutieren. Aber ich glaube, es wird stärker werden, weil es zunehmend mehr Männer gibt, die nicht nur Väter sind, sondern auch Väter sein wollen. Ich denke zum Beispiel an den seinerzeitigen Oberbürgermeister von Wiesbaden, der als Oberbürgermeister Elternzeit in Anspruch genommen hat, was damals als skandalös empfunden worden ist von der Umwelt. Solche Dinge werden häufiger werden und wir sehen das ja jetzt mit der Inanspruchnahme des neuen Elterngeldes, das deutlich mehr Männer auch deutlich mehr als die zwei Monate der Mindestzeit, die von ihnen genommen werden sollen, damit es 14 Monate werden, dann auch tatsächlich in Anspruch nehmen.

*Ist es nicht sogar ein bisschen enttäuschend, dass es bisher nur sieben Prozent der Männer sind, die bundesweit Elterngeld beantragt haben?*

[...] Davor waren es nur zwei bis drei Prozent. Und wenn eine neu eingeführte Leistung, die von den meisten Betrieben und Männern als höchst ungewöhnlich angesehen wird, in einem ersten Schritt von sieben Prozent Männern mit steigender Tendenz in Anspruch genommen wird, finde ich das außerordentlich viel. Die Schweden haben, um auf ihre von im Moment 37 Prozent der Väter, die Elternzeit in Anspruch nehmen, zwei Jahrzehnte gebraucht, um auf diese Zahl zu kommen. Da war es am Anfang wahrscheinlich noch weniger. Das ist etwas, was nicht in der Denke schon drin ist und ist auch nicht bei allen Frauen etwas, was die sich vorstellen könnten. Wir sollten aufhören so zu tun: Da ist der uneinsichtige Mann und wir sind die einsichtigen Frauen, die das alles geschnallt haben. Sondern wir glauben auch immer, dass wir die einzigen sind, die prädestiniert dafür sind, Kinder zu erziehen. Über 50 Prozent der Mütter glauben, dass die Väter nicht in der Lage sind, Kinder vernünftig zu versorgen und zu erziehen. Da brauchen wir uns nicht wundern, wenn es auch nicht so arg viele tun.

*Könnten Sie sich vorstellen, kleine Kinder zu haben und in den Bundestag einzuziehen?*

Ich für mich nicht. Ich könnte mir jede politische Tätigkeit vorstellen, wo ich innerhalb von maximal einer guten Stunde meine Wohnung, also meine Kinder erreiche. Das wäre damals zwischen Bonn und [Stadt] überhaupt nicht möglich gewesen. Flieger gingen maximal vier Mal am Tag und mit dem Auto oder mit dem Zug vier bis fünf Stunden. Ich war immer berufstätig und immer ganztags erwerbstätig – war immer ganztags weg, ich habe auch viele Dienstreisen machen müssen, insbesondere wie ich ein bisschen aufgestiegen war [...]. Das war nie ein Problem gewesen, der Vater war ja da. Aber ich wäre auch da niemals im Prinzip die ganze Zeit so weg gewesen, dass ich nicht sofort hätte nach Hause gehen können.

Das ist weniger die Frage zeitlicher Beanspruchung. Das kann man immer irgendwie regeln. Und die Kinder müssen wissen, wenn Not an der Frau oder an der Mutter ist, dann ist die Mutter auch da und zwar so schnell es irgendwie geht. Und das darf keine fünf Stunden dauern. Und es gab Situationen, wo ich das dann auch wahr gemacht habe und in der Besprechung aufgestanden bin und gesagt habe: tut mir fürchterlich leid, ich muss jetzt nach Hause, ich habe einen Anruf bekommen, meine Kinder brauchen mich. Es gab Sachen, wo es eben wichtiger war zu Hause zu sein, als im Beruf zu sein. Die wussten, wenn sie mich brauchten im Beruf bin ich auch zu ungewöhnlichen Zeiten da. Mussten sie mir auch die Möglichkeit geben, mal zu ungewöhnlichen Zeiten nicht zur Verfügung zu stehen. Also unter diesen Voraussetzungen, hätte ich mir alles vorstellen können, zum Beispiel zwischen [Stadt] und [Stadt] eine Stunde Zugfahrt als Landtagsabgeordnete, das hätte ich mir vorstellen können – Bundestagsabgeordnete zur damaligen Zeit noch nicht.

*Junge Frauen mit kleinen Kindern oder mit Kinderwunsch würden weniger im Parlament vertreten sein...*

Für diejenigen, die sehr kleine Kinder haben, da ist es überhaupt kein Problem. Da können sie ja da sein, wo das Kind ist, wenn das Kind im Vorschulalter ist. Was spricht dagegen, das Kind mit sich herum zu nehmen. Das ist überhaupt keine Schwierigkeit. Da hat man am Tag unter Umständen eine Tagesmutter, wenn das Kind ganz klein ist, und anschließend ist man wieder da. Man muss den Tagesablauf anders konstruieren als üblicherweise. Dann gibt es natürlich auch Zeiten, die dann vielleicht ein Stückchen vor der Schule beginnen, wo man also sagen muss, wo werde ich denn den Lebensmittelpunkt haben und da ist dann natürlich wichtig, eine gewisse Zuverlässigkeit herein zu bringen.

Und dann gibt es natürlich zwei Leute, die dafür verantwortlich sind. Nämlich die Mutter und der Vater. Da braucht auch das Kind nicht unbedingt die ganze Zeit die Mutter, sondern da müssen die beiden halt versuchen, sich das zu teilen. Wir haben als Bundestagsabgeordnete sitzungsfreie Wochen, was spricht gegen Teilzeitbeschäftigungen auch des Mannes? Bundestagsabgeordnete verdienen ganz gut. Also: Ich sehe nicht, dass das ein Hinderungsgrund sein muss. Es kann einer sein und ich würde mir wünschen... Das gilt übrigens auch für die Anwesenheit oder Abwesenheit von Vätern, die Bundestagsabgeordnete sind – ist für manche Kinder genauso schlimm wie die Abwesenheit der Mütter. Ich glaube, dass das sicherlich ein Beruf ist, der nicht flächendeckend für Eltern kleinster Kinder in Frage kommt. Das ist auch nicht weiter schlimm. Dazu gehört ja auch eine gewisse Lebenserfahrung. Es macht überhaupt nix, wenn man [sich] eben dann, wenn die Kinder ein bisschen größer sind, dann vielleicht erst für so ein politisches Mandat entscheidet.

*Meine Erfahrung ist, dass sich junge Männer weniger davon abhalten lassen [als Bundestagsabgeordnete Kinder zu bekommen], dass Frauen sich aber mit dem Gedanken stark herumtragen. Die einen sagten mir: „zu viele Verpflichtungen!“, eine andere findet keinen passenden Mann, der das mitmachen würde.*

Das ist die Hauptursache, warum sie sich gegen Kinder entscheiden, dass sie keinen Partner finden, der bereit ist, mit ihnen Kinder in die Welt zu setzten. Und dann ist es vielleicht noch mal einen Tick schwieriger Kinder in die Welt zu setzten, mit einer Frau, die einen solch zeitintensiven und anspruchsvollen Beruf hat. Auf der anderen Seite: Es ist nicht unmöglich. Dann muss man halt schauen, ob man jemanden findet. Ich behaupte auch nicht, dass also Abgeordnetendasein genauso wie Vorstandsvorsitzender oder –sitzende zu sein der naturgemäße Beruf für eine mehrfache Mutter ist. Ja. Das ist ein Käse. Sondern das kann es in Ausnahmefällen gehen, wo viele gute Umstände zusammen kommen.

Das Leben dauert ja eine ganze Zeit. Ich muss ja nicht alles gleichzeitig machen. Ich muss ja nicht gleichzeitig Abgeordnete und Mutter und möglichst noch irgendwo zusätzlich noch eine tolle Nebenbeschäftigung und Ähnliches haben. Das muss ja nicht sein. Ich kann das ja vielleicht ein bisschen entscheiden. Ich kann sagen: Dann wart ich halt ein bisschen bis meine Kinder ein bisschen größer sind, und dann kandidiere ich und ich teile mir mit meinem Mann vielleicht auch das eine oder andere. Also ich halte es auch für ein Unding, alles immer in einen Zeitraum des Lebens hineinzupressen.

*Sie haben ja sehr früh Kinder bekommen. Wenn man ein Spitzenamt in der Politik anstrebt, so heißt es, muss man langsam aufgebaut werden. Die Frage ist, ob dabei Frauen mit Kindern im Hintertreffen sind, weil sie üblicherweise gerade in der entscheidenden Phase Karriereschritte nicht machen oder eben später dran sind als die Männer?*

[...] Also ich wüsste nicht, wo da die wahnsinnig großen Schwierigkeiten sind. Ich habe sie zumindest nicht empfunden. Ich sehe nicht, was daran so schwierig ist. Man wird doch irgendjemand finden, der vielleicht einmal in der Woche mal einen Abend... oder man geht mal abwechselnd, Mann und Frau, dann zu irgendwelchen Ortsvereinsitzungen oder ähnliches. Wenn man das also für wichtig hält. Und andere Aktivitäten kann man dann auch gemeinsam machen. Plakate kleben zum Beispiel. Da können die Kinder mitgehen. Sie haben ihren Spaß. Engagement im Ortsverein: Die Leute die haben was dagegen, wenn da irgendwelche Überflieger kommen und sagen: Da bin ich, ich bin toll und jetzt wählt mich. Das kommt nicht so gut. Engagement vor Ort gehört dazu und das ist leistbar. Ansonsten werden die Menschen im Regelfall vermeiden, dass da jemand ist, der bestimmte Dinge vorzuweisen hat.

*Ein paar Schritte über dem Ortsverein, die sind zeitintensiver. Eine junge Frau sagte mir, sie könne in dieser Situation nicht an Kinderkriegen denken, da sie so eingespannt ist. Wenn sie gewählt werden würde, hätte sie aber die Mittel, um dann zu sagen: jetzt bekomme ich ein Kind. Dann muss ich mir keine Sorgen mehr machen.*

Also ich glaube, dass man natürlich als Bundestagsabgeordnete, was die Möglichkeit der Finanzierung der Kinderbetreuung betrifft in der Zeit, in der man nicht da sein kann, privilegiert ist. Ich habe das Glück gehabt, dass meine Kinder, als ich angefangen habe – bis auf den Jüngsten, aber der ist dann auch schon ein Stückchen mitgelaufen – dass meine Kinder vergleichsweise doch schon groß waren, bevor ich mit wirklicher Karriere begonnen habe. Bevor ich auf überörtliche Parteiversammlungen oder ähnliches gegangen bin. Da waren alle Kinder schon in der Schule und teilweise schon wieder draußen. Der Vorteil – ich sage immer, wenn mich jemand fragt, ich möchte auch mal irgendwas Tolles machen – dann sage ich, dann krieg, wenn du Kinder willst, sie möglichst bald. Der blödeste Zeitpunkt, an dem man Kinder kriegen kann, ist in der Zwischenzeit der meist gewählte Zeitpunkt, nämlich so das Alter um die 27 bis 30. Bescheuert. Da sollte man die Kinder entweder schon haben, oder man muss dann doch noch warten, mit dem Risiko, dass man vielleicht keine mehr bekommt, wenn man dann diese Phase etwas überschritten hat. Der dümmste Zeitpunkt, an dem man aus Karrieregesichtspunkten und zwar unabhängig, ob politische oder in der

Wirtschaft oder Organisationen – der dümmste Zeitpunkt in dem man sich für Kinder entscheiden kann!

*Es wird immer die Karriere der Frau beschnitten. Auch in der Politik. Sehen Sie das anders?*

Dass die Karrieren der Frauen beschnitten werden? Ja, wenn sie zu diesem Zeitpunkt Kinder bekommt. Ich gehe mal davon aus, dass ein Mensch deshalb Kinder bekommt, weil er sich um diese Kinder auch kümmern will, und nicht, um sie auf die Welt gebracht zu haben, zu sagen tschüss, das war's dann. Das gilt übrigens eigentlich für Frauen und Männer gleichermaßen. Nur Männer verdrängen das in einem viel größeren Zeitrahmen. Das wird aber sicherlich anders werden. Aber es ist im Moment so. Das ist natürlich, weil eben die Strukturen leider so gewachsen sind, dass also Frauen das dann mehr zu spüren bekommen, wenn sie sich für Kinder in diesem Zeitraum entscheiden, dass sie dann mehr darunter leiden als Männer. Nur es ist die Frage, warum muss man sich zum dümmsten Zeitpunkt, den es geben kann, für Kinder entscheiden. Warum kann man sich nicht entweder vorher dazu entscheiden oder man entscheidet sich ein Stückchen später.

*Hm, na ja, gut. Viel später kann man sich als Frau meistens nicht entscheiden...*

Mit 35, 37 Jahren. Ich denk zum Beispiel an Frau Professor Allmendinger. Das sind, manche sagen Spätgebärende. Das ist heutzutage nicht mehr das große Problem. Und die hat dann den wesentlichen Teil ihres beruflichen Aufstiegs bereits hinter sich gehabt und dann ist es nicht karriereschädlich. Und andere wie ich, die haben also ihre Kinder schon gehabt bevor sie mit dem beruflichen und politischen Aufstieg überhaupt begonnen haben. Das blödeste ist, es mittendrin zu machen.

*Wenn man Spitzenpositionen anstrebt und wirklich schon relativ jung relativ weit gekommen ist – ich hab da Andrea Nahles vor Augen – die hat gesagt, ich würde gern Kinder haben. Da haben Kollegen sie vor gewarnt – das hab ich aus der Zeitung – mit dem guten Rat „sag das bloß nicht laut, weil sonst bist du weg vom Fenster“.*

Also das ist ein absoluter Schmarren. [...] Ich sehe nicht an irgendeinem Zeitpunkt, dass das für sie schädlich gewesen wäre. Das ist vielleicht manchmal auch eine Schutzbehauptung. Auf solche blödsinnigen Äußerungen muss man ja nicht hören. Ich wüsste nicht, was ihr Fortkommen, ihre Karriere, ein Kind in irgendeiner Weise behindert hätte. Ich glaube eher das Gegenteil.

[...]

*Ich hab gefunden, in einem alten Interview, dass Sie gegeben haben – da haben Sie geschrieben: Mühevoller Kleinarbeit bedeutet es, sich in einer Männerdomäne zu etablieren, dass man erstmal als Außenseiterin dasteht, wenn man eben da angekommen ist. Dann sprachen sie noch von einem „Closed-Shop-System des Herrenclubs“. Das war jetzt nicht allein auf die Politik bezogen, soweit ich das verstanden habe. Und dann sagten sie noch: Eine Frau, die dagegen angeht, spürt die Widerstände und gerät mit ihrem Engagement in vielerlei Konflikte. Das stammt noch aus den 80er Jahren. Meinen Sie, das hat sich verändert?*

Nee! Das ist, glaube ich, in einem ganz großen Ausmaß nach wie vor so. Die Männer haben ihre Netzwerke, die „old boys networks“, die funktionieren nach wie vor. Das ist gar nicht so eine bewusste Entscheidung, wir wollen da nur Männer drin haben, aber sie kommen halt zu Dingen zusammen, an denen Frauen auch gar kein so großes Interesse haben. Also, es spielen halt nun weniger Frauen Golf, es gehen weniger Frauen einen trinken, weil sie einfach zu viel zu tun haben, insbesondere dann, wenn sie auch noch Familie haben. Sie bleiben auch nicht nach der Parteiversammlung noch mal anderthalb Stündchen sitzen und quatschen das gesamte politische Personal durch. Die Frauen schauen, dass sie nach Hause kommen, sonst kriegen sie mit Männern oder sonst irgendjemand ziemlichen Zoff, weil sie die ganze Zeit nicht zu Hause sind.

Frauen setzen andere Prioritäten. Frauen leisten im Regelfall sehr viel mehr an Arbeit, weil sehr viel konzentrierter die Dinge machen, die zu machen sind und für die ganzen Ranken außen rum im Regelfall viel weniger Zeit haben. Also gibt es diese Herrenclubs, die „Closed Shops“ noch – das sag ich noch einmal: nicht bewusst, nicht als bewusste Schranke gegen Frauen aufgestellt. Aber genauso wirkend. [...] Da gibt's tolle Untersuchungen dazu [...]. Da sind Frauen, wenn sie sich nicht an Männer anpassen, bis dahin, dass Männer eine andere Form von Humor haben und so. Ich rede jetzt nicht von der Politik, sondern mehr in der Wirtschaft. Es ist so: entweder man passt sich an bis in den Jargon hinein an die Männer an, wenn man Erfolg haben will oder man bleibt, was man ist, wenn man die einzige Frau, oder eine von zwei Frauen ist, dann hat man keine Chance. Man muss praktisch guter Kumpel werden, eine, mit der man Pferde stehlen kann und so fort. Also, man muss wie eine Attitüde, die einem vielleicht gar nicht liegt – also man muss über blöde Witze lachen, die man nicht einmal versteht [...]. Das sind alles Dinge, die leider Gottes noch notwendig sind, wenn man überhaupt Erfolg haben will als Frau in männerdominierten Bereichen.

Die Politik ist aber kein männerdominierter Bereich mehr. Gott sei Dank! Also durch die Quotenregelung haben wir doch eine gute Durchmischung geschafft und das heißt, dass sich Männer endlich mal auseinandersetzen müssen auch mit Argumenten, wie sie von



Frauen vorgetragen werden, auch mit Themen auseinandersetzen müssen, die sonst überhaupt nicht diskutiert werden würden. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir [...], als ich das erste Mal als Abgeordnete gewählt worden bin, Kinderbetreuung niemals auf Bundesebene diskutiert hätten, selbst wenn es jemand eingebracht hätte. Ich hab's auch nicht eingebracht. Das war Lichtjahre von dem entfernt, was man auf Bundesebene [damals diskutiert hat]. Die hätten mich alle angeschaut und hätten gefragt, ist die jetzt meschugge geworden? Wir haben hier auf Bundesebene mit dem Ost-West-Konflikt zu tun und da sollen wir uns über Kindertagesstätten hier unterhalten? Das sind Dinge, die damals nicht vorgekommen sind. Da hat die heutige Zeit schon Veränderungen gebracht. [...]

## Heide Simonis

*Bei Ihnen interessieren mich ja besonders Ihre Erfahrungen als Spitzenpolitikerin.*

*Bei den anderen Interviews hatte ich zum Einstieg immer gefragt, ob es für den Einstieg in die Politik einen auslösenden Faktor gab, aber von Ihnen habe ich ja auch schon einiges u.a. in Ihrem Buch gelesen...*

Doch. Als wir zurückkamen aus Sambia nach knapp zwei Jahren habe ich geguckt, welche der Parteien auf dem Gebiet was anzubieten haben. Ich bin dann bei der SPD gelandet [...]. Ich habe zwischenzeitlich Entwicklungsländerpolitik nahezu vollkommen beiseitegelegt, weil ich anderweitig engagiert war, damals in Bonn im Haushaltsausschuss und dann hier als Finanzministerin [...]. Das ist aber jetzt wieder in den Vordergrund gerückt, bei dem was ich mache mit UNICEF.

[...]

Ein Aufhänger für mein Buch war, dass es strukturelle Karrierehindernisse für Frauen gab und Frauen auch heute diese strukturellen Karrierehindernisse zu spät erkennen. Die ganze Organisation liegt auch heute mehr oder weniger bei den Frauen [...] es bleibt in der Regel ein Karriereknick bei den Frauen.

*Sehen Sie zwischen damals und heute Unterschied? Auch wenn es heute kein Makel mehr ist, wenn Frauen sagen, ich möchte Karriere machen und ich möchte in der Politik was werden – aber sie merken vielleicht zu später, wenn das Kind da ist, dass es eben schwierig ist?*

Früher gab es sowieso wenige Frauen im Parlament. Die wenigen waren entweder kinderlos. Nur die Minderheit war verheiratet und hatte Kinder. Die Versuche, das unter einen Hut zu kriegen wurden dann auch prächtig durch die Presse gejagt. Matthäus-Meier, dessen Mann seinen Job aufgegeben hat und Däubler-Gmelin, deren Eltern die Kinder großzogen. Die Kinder waren unter der Woche immer bei den Großeltern. Wenn sie ihren Wahlkreis nicht direkt in Bonn haben, wird es schwer. Das, was Frau von der Leyen der Presse gesagt hat, sie arbeite drei oder vier Tage und bleibe sonst zu Hause, das kommt mir komisch vor, das hätte ich in meinem Beruf als Finanzministerin und Ministerpräsidentin nicht gewagt zu machen und mir auch nicht vorstellen können. Entweder das eine oder das andere. Sie haben schon Schwierigkeiten, sich das Wochenende frei zu halten.

*...und wenn der Mann zu Hause bleibt?*

Frauen trauen es ihren Männern auch oft nicht zu. Es ist in anderen Berufen als in der Politik vielleicht ein klein bisschen leichter, wenn der Arbeitsplatz in der Regel am gleichen Ort liegt, während Sie bei einem politischen Mandat häufig ganz schöne Strecken zu überwinden haben und was den Landtag anbetrifft, da sind sie drei Tage weg und die ganzen Abendveranstaltungen und Sonntags früh Ehrungen und Samstagnachmittag Kaffee mit den Alten und was weiß ich. Jedenfalls habe ich eine ganze Menge Termine am Wochenende gehabt – Innentermine unter der Woche am Tag und die Außentermine am Abend und Wochenende. Und das macht Druck, wenn Sie noch Kinder haben, die das Gefühl haben, ihre Mutter ist nie zu Hause – „...warum gehst du schon wieder weg?“ – das geht ja dann an die Seele.

*Würden Sie sagen, es gibt dann doch einen entscheidenden Unterschied zwischen Landesparlament und Bundestag?*

Nicht ganz so stark, aber wenn Sie in Niedersachsen, NRW oder Bayern unterwegs sind und sie müssen zweimal umsteigen... Eine Übernachtung zu den Sitzungen muss dann immer sein. Aber man kriegt das schon einigermaßen hin.

*Haben Sie solche Gespräche geführt mit Frauen – vielleicht auch mal mit einem Mann: „Ich würde ja gern für den Posten kandidieren, aber weiß nicht, ob das zu schaffen ist, vielleicht lasse ich es doch lieber sein...?“*

Das sind meistens Frauen. Instinktiv oder weil sie es immer so gemacht haben, ahnen sie, dass die Last der Bewältigung bei ihnen liegen wird. Und nun sieht ja so ein Abgeordnetenmandat auf den ersten Blick wie ein Halbtagsjob aus – sie müssen ja nicht zu jeder Abendveranstaltung gehen und tun auch einige nicht. Aber wenn sie wieder aufgestellt werden wollen, ist es besser, sie kümmern sich ein bisschen um den Wahlkreis und das erwarten die Wählerinnen und Wähler. Aber das Bild, durch die Presse geschürt, ein Abgeordneter sollte omnipräsent sein. Das ist zwar sein Job und man verspricht, sich um bestimmte Sachen zu bemühen, aber man darf auch ein bisschen sein Privatleben haben. Nur wird das einem oft nicht verziehen.

Auch die Männer merken ja, dass ihre Zeit, die sie zu Hause privat verbringen, immer weniger wird. Aber die haben den Vorteil, dass sich ihre Frauen oft als kostenlose Hilfskraft zur Verfügung stellen für Telefonate und so. Das habe ich von meinem Mann nie erwartet.

Wenn die Frau die Abgeordnete ist, sagt der Mann: „Aber nicht mit mir, ich muss meinen eigenen Job weitermachen.“

*Ist es ein Problem, dass viele Frauen, die Karriere machen, ohne Partner bleiben oder häufiger Schwierigkeiten haben, den passenden Partner zu finden, weil die Auswahl geringer ist?*

Es muss ja für manche statistischen Daten eine Erklärung geben, warum sind 40 Prozent der Akademikerinnen ohne Kinder? Weil sie genau wissen, das hat Auswirkungen auf meinen Job. Aber die längeren Ausbildungszeiten heutzutage verändern Biographien. Und dann kommt noch hinzu, sie werden als erstes gefragt, wenn sie sich irgendwo vorstellen: „Sind sie schwanger oder wollen sie schwanger werden?“ Dürfte eigentlich nicht sein, aber so ist es halt – das ist alles so kurzsichtig.

Insoweit war das, was die Familienministerin durchgesetzt hat mit dem Elterngeldjahr an sich unglücklich gelaufen und hat mit der Sache in Skandinavien und Frankreich nichts zu tun. Dort müssen Väter und Mütter sich das teilen – nicht nach dem Motto zwei Monate plus, falls der Mann noch aussetzt. Die Diskussion ist jetzt gelaufen. In Finnland hat der Ministerpräsident Liponen noch mal einen Nachzögling bekommen und da der Mann mindestens zwei Monate machen muss, denn sonst bekommen beide ihr Geld nicht, hat sie darauf bestanden, dass er seine zwei Monate nimmt. [...] Ist sehr lehrreich – da sehen die Männer mal, was ihre Frauen für Kurven fahren. Und er hat da auch ein Zeichen mit gesetzt. Hätte nicht gut ausgesehen, wenn er sich geweigert hätte.

*Sie machen ja den Unterschied zwischen Beruf und Politik – auf der einen Seite berufliche Karriere und auf der anderen Seite, sich in die Politik stürzen. Wenn man nun mal Vollzeitpolitiker ist, ist es dann nicht ein Beruf?*

Jein, es ist natürlich ein Beruf, sie müssen es ausüben wie ein Beruf, wobei ich bei Visaanträgen bei Berufsangaben immer geschrieben habe Volkswirtin. Sie sind nämlich in zwei Sachen sehr abhängig von anderen: Zum einen die Frage, werden Sie aufgestellt und werden Sie gewählt und dann, wie man bei mir gesehen hat: Der Beruf ist ziemlich schnell zu Ende, wenn irgendeiner sagt, das sehe ich jetzt alles nicht mehr so. Natürlich kann das auch im Beruf passieren, dass irgendwo die berufliche Leiter abgeschnitten wird, aber wenn Sie sagen ich bin irgendwo Verkaufsleiterin oder Eventmanagerin, dann ist es ihr Beruf, in dem Sie versuchen weiterzukommen ohne dass tausend Leute erst darüber in einer Wahl abstimmen. In der Ausführung innerhalb der vier oder fünf Jahre Legislatur ist es schon ein richtiger Beruf. Es kann Ihnen dann aber je nach Großwetterlage passieren, dass Sie

anschließend nicht wieder gewählt werden und dann ist es aus mit Ihrem Beruf und dann sind Sie arbeitslos ohne irgendwas zu bekommen, wenn Sie vielleicht noch keine Ansprüche erworben haben. Nur bei der öffentlichen Hand können Sie zurückkehren. Die meisten machen dazu alles, dass sie wieder reinkommen.

*Prinzipiell ist es ja nur besser, man hat seinen Beruf, bevor man in die Politik geht.*

Ich kann nur den Rat geben, dass man auf jeden Fall eine Ausbildung zu Ende machen soll und in seinem Beruf für ein paar Jahre gearbeitet haben soll. [...] Man muss solche Erfahrungen haben, wenn man in der Politik was Vernünftiges machen will. Auch Auslandserfahrungen sind nicht schlecht, dass man weiß, wenn's schief geht, hast du zwar Pech, aber du kannst dann noch was anfangen, mit dem was du erlernt hast – das macht einen etwas selbstsicherer.

*Ich wollte noch mal auf die Frage nach Familie zurückkommen. Familie bedeutet ja nicht nur gemeinsam Kinder zu haben, sondern auch einen Partner und anderweitig Familie zu haben – das kann ja doch mit größeren Problemen verbunden sein, ein zeitlich ausfüllendes Mandat aufzunehmen.*

Ich habe kurz nach meinem Examen gearbeitet, bevor wir geheiratet haben und wir nach Sambia gingen. Als wir zurückkamen und ich in der Partei angefangen habe Kommunalpolitik zu machen, hat mein Mann schon mal gefragt: „So lange?“ Da kam ich um elf, zwölf nach Hause. Das waren noch die Zeiten, als es noch Spaß machte in der Kommunalpolitik. Die Gesellschaft musste ja verändert werden. Das ist heute wohl ein bisschen anders. Dann die Parteitage [...]. Alles zusammen addiert ist das schon eine ganz schöne Belastung. Aber wenn der Mann selber etwas hat, was ihn beschäftigt, dann haben sie ihre Ruhe. Und das sind sehr viele Frauen, die haben einen Professor als Mann. Frau Merkel zum Beispiel, Herta Däubler-Gmelin, ihr Mann war Universitätsprofessor in Bremen und die Frauen, auch aus der CDU, die ich von damals her kannte, hatten fast alle einen Mann, die in ihrem Bereich gebunden waren, so dass es nicht so schrecklich auffiel, ob man wieder unterwegs war oder pünktlich zum Abendessen zu Hause war. Bei uns gab es lange, als ich Bundestagsabgeordnete wurde und dann Finanzministerin war, Probleme, mal ins Kino oder irgendwo am Abend hinzugehen. Zu Konzerten nur, wenn es offizielle waren – so Sachen, wo man dann nur noch mit dem Terminkalender geht.

*Unter welchen Umständen hätten Sie vielleicht Kinder bekommen können wollen und Ihre Ziele in der Politik weiterverfolgen können?*

Im Rückblick kann ich sagen, in Sambia hätte man Kinder kriegen können, weil Personal da war und ich hätte auch halbtags arbeiten gehen können. Jemand wäre immer für die Kinder da gewesen, wenn man denn Kinder gehabt hätte. Das habe ich damals aber irgendwie anders gesehen. Dann kamen wir zurück und mein Mann fängt an zu habilitieren und dann habe ich endlich den Beruf gekriegt, in dem wollte ich mich erstmal einarbeiten und das war zum ersten Mal ein Beruf, für den ich eigentlich ausgebildet war. [...] und dann bin ich mit 33 in den Bundestag gekommen und irgendwann stellt man fest, dann ist die biologische Uhr so auf einen Punkt zugelaufen, an dem man sagt, jetzt lieber auch nicht mehr. Also ich beklage das auch nicht. Das wäre dumm. Denn das ist immer von mir eine Entscheidung gewesen – eine eigene Entscheidung, die man getroffen hat, mehr oder weniger bewusst, aber eine Entscheidung.

*Denken Sie, wenn Sie heute starten würden, es würde Ihnen vielleicht leichter fallen, weil das Klima sich doch ein bisschen verändert hat, weil mittlerweile doch mehr Frauen im Parlament sind und das mit der Betreuung auch ein Stück einfacher ist?*

Also, es gibt einen Punkt, wo es nicht geklappt hätte. Das war als ich mich für die politische Seite entschieden hatte: Mein Mann in Berlin, wir hier in Kiel und ich auch in Bonn. Da können Sie keine Kinder haben. Bei mir geht das nicht. Die Kinder dann jeden Montag irgendwo abliefern und am Freitag wieder abholen, die Bündelchen. Das geht nicht. Hier im Haus wohnten lauter Familien mit Kindern. Über uns wohnte eine junge Familie mit drei Kindern, er arbeitete in Düsseldorf und sie war an der Uni als Medizinerin in der Ausbildung. Die haben das offensichtlich nur geschafft mit einer Haushälterin, die kam jeden Morgen und blieb nachmittags bis fünf. Anders war das nicht hinzukriegen. Wenn man mal schnell im Büro sagen kann: „Leute ich muss mal schnell nach Hause, da stehen die Fahnen auf Sturm!“ Das können Sie natürlich nicht, wenn Sie in Bonn sind.

*Ich habe in meinen Interviews festgestellt, es gibt einige, die überlegen: Mache ich noch eine Legislatur und dann mache ich einen Schnitt und bekomme Kinder – oder sie entscheiden sich doch noch mal anders. Ich hatte zu Anfang [in einem der beiden testweise durchgeführten Vorab-Interviews] auch eine Interviewpartnerin, die für den Bundestag kandidiert hatte und dann doch nicht reingewählt wurde, die aber schon immer sehr aktiv in der Politik war. Die meinte zu mir, wäre ich jetzt in den Bundestag gekommen, dann wäre das für ein Kind ein super Zeitpunkt. Dann könnte ich mir Betreuung leisten und Leute, die ich beschäftigen kann, was ich jetzt nicht kann, wobei ich in meinen Funktionen, die ich derzeit habe, so viel zu tun habe, dass ich mir zeitlich ein Kind nicht vorstellen kann...*

Das ist schon ein komisches Land, in dem man erst eine der wenigen führenden Positionen haben muss, damit man sich Kinder leisten kann, also irgendwo stimmt da was nicht. Aber theoretisch hat sie Recht. Das Abgeordnetenmandat wird nicht gerade schlecht bezahlt. Kleine Kinder brauchen zwar eine regelmäßige Versorgung, aber sie müssen noch nicht in die Schule und da hat man noch seine Ruhe und das kann man mit einer Kinderfrau halbwegs hinkriegen.

*Ich möchte noch mal nachhaken: Was mir aufgefallen ist, Sie schreiben, dass Frauen sich auch weniger anbieten, wenn es darum geht, den nächsten Schritt auf der Karriereleiter zu machen. Junge Männer planen ihre politische Karriere eher – beginnend auf Ortsvereinsebene und so weiter. Sehen Sie da Unterschiede zu damals, was die Möglichkeiten für heute angeht? Damals wurde ja auch schon geguckt: Gibt es da nicht noch eine Frau, die in Frage kommt? Vielleicht fehlt da aber der Ehrgeiz bestimmte Ämter anzustreben?*

Wir haben ja die Quote. Das hat uns immer gezwungen zu gucken, wie soll die Liste aussehen. Dann ist man losgelaufen und hat bei den Aufstellungen gesagt, ihr müsst auch Frauen vorsehen, im Reißverschlussverfahren. Dann kommen häufig Frauen rein, die nicht kandidiert haben und dann geht die Diskussion los: „Warum denn die, die ist doch sowieso blöde!“ ...wie immer, wenn drei Leute zusammen über einen Vierten entscheiden sollen. Ich glaube, dass sich inzwischen auf der Ebene der Partei insoweit einiges verändert hat, als dass die meisten mittlerweile geschluckt haben, dass es die Quote gibt und Frauenthemen, die sich in Frauenpolitik niederschlagen muss und alles irgendwie zusammenhängt. Und dass wenn man von Arbeitsmarktpolitik redet, man nicht drum rum kommt zu fragen, wie sieht die Arbeitsmarktsituation von Frauen aus? Wenn man über die Frage der Vergreisung unserer Gesellschaft redet, kommt man nicht drum rum darüber zu reden, warum haben wir in Deutschland die niedrigste Geburtenquote, außer vielleicht in Italien. Man kommt nicht drum rum die Fakten zur Kenntnis zu nehmen. Das ist schon mal ein Fortschritt, denke ich mal. Aber sonst sind das die alten Muster: Wie sieht die aus? Was hat die hier und dort und was hat die für eine schreckliche Stimme! Sollte die nicht mal den Friseur wechseln?

*Hat sich da vielleicht unter den Frauen was verändert? Frauen sind ja bekanntermaßen auch ihre schärfsten Kritiker.*

Ich habe festgestellt, dass über Parteigrenzen unter Frauen versucht wird, vernünftig miteinander umzugehen. Leute, wir haben es so schwer, da müssen wir es uns nicht auch

noch untereinander schwer machen. Man muss die Politik schon auf den Kicker nehmen. Aber soll ich mich über die Klamotten von irgendeiner Frau unterhalten? Mir ist mal rausgerutscht, Frau Merkel wird lernen, dass es ärgerlich ist, wenn die Leute immer übers Aussehen reden statt über das, was sie macht. Das ist dann ein bisschen als Kritik betrachtet worden, aber sie hat ja darauf reagiert. Sie sieht ja heute so aus, dass alle sagen, hätte sie das nicht immer schon machen können? Dieses Feld hat sie abgedichtet. Ich kenne das von meinen Hüten. Es wurde nicht danach gefragt, wie der Haushalt aussieht, den ich schaffe, sondern, hast du schon wieder so einen komischen Hut auf? Und warum so viele Ringe? Die haben sich mehr mit den Äußerlichkeiten beschäftigt. Gut, die Hüte habe ich nicht abgeschafft, wegen des Wetters hier – der Regen und der Wind. Aber bei vielen anderen Sachen habe ich gesagt, das muss ja nicht sein. Wir brauchen uns ja nicht über diese Themen zu unterhalten. Man umschiffet es leichter, wenn man sagt, dann machst du es halt nicht mehr. Das führt dazu, dass Frauen genau wie Männer, am Ende im schwarzen Anzug durch die Gegend laufen.

*Das ist mir bei Ursula von der Leyen aufgefallen. Die ist immer sehr dezent gekleidet – weißes T-Shirt und grauer Anzug. Die hat genau geguckt, wo sie am wenigsten Angriffsfläche hat.*

Als Tochter von Herrn Albrecht ist das wohl auch so. Verhaltensweisen, die trinkt man mit der Muttermilch.

*Ich habe gelesen, dass es im Kabinett unter Schröder immer noch ein Treffen unter Frauen gab. Das gibt's ja jetzt nicht mehr. Was sagen Sie dazu? Halten Sie das für wichtig, dass sich die Frauen noch mal treffen – es machte den Eindruck, dass Schröder und Fischer so chauvinistisch waren, dass es deshalb nötig war?*

Stimmt. Wir hatten ja auch so etwas wie ein Hexenfrühstück reih um alle drei Monate und dann wurde es immer weniger. Nur noch am Anfang und Ende der Legislatur. Der Wunsch, sich nur unter Frauen zu treffen, wurde weniger. In Bonn gab es einen Frauenstammtisch.

*Müssen sich die Frauen noch mal versammeln, um gemeinsam überhaupt gegen die starken Männer anzukommen?*

Das war am Anfang eher, um einfach zusammenzurücken. Sie müssen sich mal vorstellen, Sie sind in einer großen Fraktion eine von 13 oder 14 Frauen und werden jedes Mal so mitleidig angeguckt. Dann brauchen Sie das ab und zu mal. Mir ist ja immer der Vorwurf



gemacht worden, ich wäre gar keine Frau, ich wäre so was militant Unfrauliches. Ich habe aber immer in Ausschüssen gearbeitet, wo das eher der Fall war, dass das notwendig war. Haushaltsausschuss, hier in der Stadt im Finanzausschuss. Später war ich Finanzministerin und Tarifverhandlungsführerin und dann als Ministerpräsidentin sowieso – ich musste schon eher Männerverhaltensweisen an den Tag legen, als ich Frauenverhaltensweisen hätte durchziehen können. Ich wäre auch nie auf den Gedanken gekommen, mit den Augen zu klimpern: „Ach bitte, gib mir doch jetzt die drei Prozent.“

*Ist es kein Zufall, dass Frau Merkel auch eher die kühle Naturwissenschaftlerin ist und keine „frauliche“ Frau ein wirkliches Spitzenamt ausübt?*

Glaube ich, ja. Ich kenne keine Politikerin, die was geworden ist, ein Spitzenamt gekriegt hat – oder ganz wenige nur – die nun auch bewusst über frauenpolitische Politikmaßnahmen und Lebensentwürfe dahin gekommen sind. Sondern wir haben uns das alle irgendwie angewöhnt: Sie haben dieses Umfeld um sich herum und Sie merken, wie die Sie zum Teil reinlegen – das hat man im Haushaltsausschuss oft gehabt: Sie brauchten die Stimmen der anderen für eine bestimmte Sache, die Sie gern für Ihren Wahlkreis und Ihr Land gehabt hätten und umgekehrt. Und dann machte man mit den anderen Deals und die hielten sich dran. Dann geht man natürlich nicht hin und sagt: „Du bist ja so gemein!“ Da geht’s richtig zu und das nächste Mal werden andere Deals gemacht. Wenn Sie das nicht schnellstens lernen, auf so was zu achten und das zu interpretieren, dann gehen Sie unter, da bin ich fest überzeugt. Ich meine, das sind meine Erfahrungen. Vielleicht fragen Sie eine andere Frau und die sieht das ganz anders.

*Würden Sie denn Frauen – einigen zumindest – raten, gleich in die harten Ressorts reinzugehen und sich gar nicht auf frauenpolitische Themen festlegen zu lassen? ...das passiert ja schnell.*

Ich bin mittlerweile so weit gekommen, dass ich sage, es gibt eigentlich gar keine frauenpolitischen Themen mehr. Außer wenn man sich überlegt, ob Frauen für Kinderjahre Rente bekommen sollen. Aber wie Kindergärten aussehen und die Schulwege, sollte Väter und Männer genauso interessieren wie Frauen. Da dem aber nicht so ist – in der Kommunalpolitik fängt es schon an: Als Frau kriegt man die Kindergärten und Kinderspielplätze und die anderen kriegen Hafenanlagen, die Finanzen, den Schlachthof und die Müllverbrennungsanlage – würde ich jeder Frau raten, wenn sie nicht gerade Fachfrau für diese Familienangelegenheiten und die sogenannten soften Themen ist, sich auch um die anderen Themen zu kümmern. Sonst läuft das so getrennt ab. Hier sitzen

die Leute, die legen das Geld fest und hier sitzen die Gutmenschen, die kümmern sich um die Standards in den Kindergärten. Dann sagen die vom Finanzbereich: Nö, ihr spinnt ja wohl, wie sollen wir das bezahlen? Und schon ist der schöne Plan im Wasser.

*Sie haben ja schon vor einigen Jahren spekuliert, wann es die erste Kanzlerin gibt...*

Das habe ich ja gut hingekriegt. Die Zeit stimmt genau.

*Hatten Sie da jemanden im Sinn?*

Nein, gar nicht. Wobei ich gedacht hätte, wir kriegen eher eine Präsidentin als eine Bundeskanzlerin. Aber ich merke jetzt, dass die Leute damit relativ gut zurecht kommen. Es hat aber vielleicht auch damit zu tun, dass es keine Frau der SPD ist. Denn sie kriegen den meisten Zunder ja von den Unternehmensverbänden und wenn das eine konservative Frau ist, werden die den Teufel tun, die zu stark zu kritisieren. Wenn an der Stelle von Frau Merkel mit demselben Politikverhalten eine SPD-Frau wäre – die Zeitungsartikel würde ich gern lesen. Jetzt wird relativ sachlich geschrieben. ...noch schlimmer wäre es, wenn es eine Grüne wäre.

*Wenn Sie darüber spekulieren müssten, wann eine Frau an die Spitze kommt, die Kinder hat – auch wenn die dann schon aus dem Haus sind – wann wäre das?*

Das wäre ein Alter, in dem die Kinder schon mindestens 15 wären – so wie Gesine Schwan vielleicht – das wäre schon möglich. Aber so schnell werden wir das nicht erleben. Jetzt mache ich nicht noch mal Prognosen.

[...]

Für Frauen ist es schwieriger. Wir kriegen erst gar nicht die Spitzenkandidaturen angeboten. Frauen sind häufig nicht in den Ausschüssen, um einigermaßen nach außen auftreten zu können, wie jemand, der das allein hinkriegen kann. Die Merkel hat das ja nicht ungeschickt gemacht. Die ist über die Wirtschaftspolitik gelaufen.

*Sie sagten gerade, eine Spitzenkandidatur wird einem nicht angeboten...?*

Das kommt einem auch manchmal gar nicht in den Sinn. Die Frauen gucken einen an: „Ach, da ist ja noch...?!“ Karrieren müssen ja aufgebaut werden. Die [Parteien] bauen ihre Wunschkandidaten relativ langfristig und liebevoll auf. Da wird man Sprecher vom

Seeheimer Kreis und von diesem und jenem und dann kann man übergeordnet reden und nicht nur über sein Fachgebiet.

*Haben Sie in irgendeiner Form bereut, dass Sie in die Politik gegangen sind?*

Ich ärgere mich immer, wenn Attacken gegen Politiker gefahren werden. Ich glaube, wir sind nicht schlimmer und nicht besser als der Durchschnitt aller anderen. Also, ich habe es immer gerne gemacht. Ich bin gern mit Leuten zusammen und gern unterwegs. Ich könnte keinen Beruf, bei dem ich immer nur am Schreibtisch bin, auf Dauer gut machen. Ich bewege auch gerne was und kämpfe auch gern, wie Tarifverhandlungen führen... Bis auf das Ende – das war ein bisschen plötzlich und überraschend – habe ich es immer gut gefunden.

[...] Für mich war es das auch wert, all die Sachen. Darüber muss man sich auch vorher Gedanken machen, ob man das ertragen kann. Wenn man das Amt lost ist, ist man auch eine ganze Menge anderer Sachen los. Unter anderem die „vielen lieben Freunde“. Das ist dann plötzlich sehr überschaubar. Aber das haben Sie schneller im Kopf, als in der Seele. Es ist dann einfach vorbei, es gibt dann nichts mehr, wo man gefragt wird, kannst du noch hier oder da – Wissen einbringen. Der Terminkalender war plötzlich leer. Da stand ich plötzlich da und fragte mich, was machst du heute? [...]

*Letzter Aspekt in Hinblick auf Ihr Ausscheiden aus der aktiven Politik: Da war es doch bestimmt wichtig, dass Sie von der Familie bzw. Ihrem Mann aufgefangen wurden?*

Ja, mein Mann hat die Sachen gemacht, die notwendig waren, um mich wieder „zurückzuholen“. Der hat für mich organisiert, dass wir mal wieder im Kino waren und im Theater. Ich bin jetzt auch ganz froh, mal wieder mehr Zeit zu haben. Ich hatte auf Usedom einen Vortrag und da haben wir noch einen Tag dran gehängt. Normalerweise wäre ich gleich zurückgefahren oder wäre noch nach Berlin gefahren.